

UB Braunschweig 84



10264-368-2

VIII. B. 122

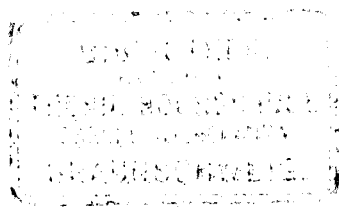
Particulares
P r i v a t r e c h t

des
Herzogthums Braunschweig.

Bearbeitet

von

Adolf Steinacker,
Kreissecretair zu Gandersheim.



Wolfenbüttel,
Verlag der Holleschen Buch-, Kunst- und Musikalien-Handlung.

1 8 4 3.

Particulares

P r i v a t r e c h t

des

Herzogthums Braunschweig.

V o r r e d e.

Den Rechtskundigen und überhaupt den Freunden der vaterländischen Literatur übergebe ich hiermit im Vertrauen auf nachsichtige Beurtheilung eine Arbeit, bei der ich den Zweck gehabt habe, eine für den Handgebrauch nützliche Zusammenstellung des vaterländischen particularen Privatrechts zu liefern. Das Werk umfaßt daher in der Materie alle Zweige des im hiesigen Herzogthume ausschließlich geltenden Privatrechts; beschränkt sich indeß in den Fällen nicht streng auf diese Gränze, wo die Bekanntschaft mit dem öffentlichen Rechte wegen des engen Zusammenhanges mit dem Privatrechte von besonderer Wichtigkeit erscheint. In allen einzelnen Lehren ist zunächst der Inhalt der Quellen selbst angegeben, dann bin ich aber auch bemühet gewesen, die besondere, vollständiger ausgebildete oder modificirte Gestaltung hinzuzufügen, welche das Gesetz durch Gewohnheit, Herkommen

und Praxis erhalten hat, und endlich den Zusammenhang einzelner particularrechtlichen Bestimmungen mit dem gemeinen Rechte und mit verwandten Rechten nachzuweisen. Wenn dieser zweite, aus nothwendiger Rücksicht auf Raumersparung hauptsächlich in die Nothen verwiesene Theil meiner Arbeit nicht immer den Anforderungen der Wissenschaft vollständig genügt, so müssen dies hauptsächlich die Schwierigkeiten entschuldigen, die für mich darin gelegen haben, daß ich keine andere Hülfsmittel habe benutzen können, als solche, welche meine Privatbibliothek und einige mühsam erworbene Privatsammlungen geboten haben. — Eine systematisch zusammenhängende Darstellung des braunschweigischen Privatrechts, welche in den meisten Materialien in der That nur durch Ausfüllung großer Lücken mit dem Inhalte des gemeinen — römischen oder deutschen — Rechts möglich gewesen wäre, konnte nicht in meinem Plane liegen, weil die Schwierigkeiten einer solchen Bearbeitung des territorialen Privatrechts eines kleinen Landes, die zunächst in dem Mißverhältnisse des Kraftaufwandes zu dem Umfange des Publikums bestehen, für mich unüberwindlich gewesen sein würden. Es schien mir aber auch nicht nur meinem Zwecke zu genügen, sondern vor allen Dingen den Gebrauch wesentlich zu erleichtern, wenn ich meine

Arbeit an eine der vorhandenen, dem Praktiker bekannten Bearbeitungen des deutschen Rechts anknüpfte, und nur den Stoff da weiter in dem Gebiete des Particular=Individuellen fortführte, wo jenes seinem Zwecke nach an der Gränze des Allgemeinen und Gemeinsamen stehen bleiben mußte. Zu einer solchen Grundlage meiner Arbeit habe ich das Lehrbuch des deutschen Privatrechts von Eichhorn (2te Auflage) genommen, zu welchem sie daher in dem Verhältnisse eines auf die hiesigen Eigenthümlichkeiten berechneten Supplements steht, weshalb jedesmal bei den einzelnen Abschnitten die entsprechenden Paragraphen jenes Werkes angeführt sind.

Ob nun die Arbeit ihrem Zwecke und den etwa davon gehegten Erwartungen entspricht — muß ich dahin gestellt sein lassen; treu und gewissenhaft gearbeitet zu haben, darf ich jedoch versichern.

Gandersheim im Juli 1843.

H. Et.

Uebersicht des Inhalts.

(Die Zahlen bezeichnen die Paragraphen.)

E i n l e i t u n g.

I. Kapitel.

Personenrecht.

A. Von den Personen in ihrem natürlichen Zustande.

I. Geburt 1.

II. Lebensalter 2.

III. Krankheit 3.

IV. Tod — Todes-Erklärung 4.

B. Von den Personen in Familien-Verbindung.

I. Verwandtschaft 5.

II. Eherecht.

A. Allgemeines 6.

B. Eingehung der Ehe.

1. Verlöbniß und Ehestiftung 7.

2. Ehehindernisse.

a. Verwandtschaft und Schwägerschaft 8.

b. Alter 9.

c. Religions-Verschiedenheit 10.

d. Nothwendigkeit des Heiraths-Consenses 11.

e. Wiederverheirathung 12.

f. Vormundschaft 13.

3. Aufgebot und Trauung 14.

C. Verhältniß der Ehegatten 15.

D. Trennung der Ehe 16.

III. Väterliche Gewalt.

A. Erwerbung der väterlichen Gewalt, Alimentationspflicht und Erziehungsrecht 17.

B. Aufhebung der väterlichen Gewalt 18.

C. Rechte der Eltern am Vermögen der Kinder 19.

IV. Vormundschaft und Curatel.

A. Vormundschaft.

1. Einleitung 20.
 2. Bestellung der Vormundschaft 21.
 3. Obervormundschaft 22.
 4. Vormundschafts-Verwaltung.
 - a. Inventar üb. das vormundschaftl. Vermögen 23.
 - b. Vermögens-Verwaltung 24.
 - c. Rechnungs-Abgabe 25.
 5. Beendigung der Vormundschaft und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Minderjährigkeit 26.
- B. Curatel 27.**
- C. Von den Personen in staatsbürgerlicher Verbindung.**
- I. Ehre 28.
 - II. Stand.
 - A. Adel 29.
 - B. Bürger 30.
 - C. Bauern 31.
 - D. Diensthofen.
 1. Einleitung 32.
 2. Dienstverhältnis und Dienstvertrag 33.
 3. Lohndienst und Miethspennig 34.
 4. Pflichten der Diensthofen 35.
 5. Pflichten der Herrschaft 36.
 - III. Religion.
 - A. Christliche Religions-Secten.
 1. Allgemeines 37.
 2. Insbesondere.
 - a. Evangelisch-Lutherische 38.
 - b. Reformirte 39.
 - c. Catholiken 40.
 - B. Juden 41.
 - IV. Landeseinwohner und Fremde.
 - A. Allgemeines 42.
 - B. Landeseinwohner.
 1. Rechte und Pflichten derselben 43.
 2. Erwerbung und Verlust des Landeseinwohner-Rechts 44.
 3. Wohnortrecht 45.

- C. Fremde 46.
- D. Fremdlingsrecht — Nachsteuer und Abschöß 47.
- D. Von den Personen in Gemeinde-Verbindung.**
 - I. Allgemeines 48.
 - II. Gemeinde-Vermögen und Gemeinde-Eassen 49.
 - III. Gemeinde-Beamte 50.
 - IV. Stadt-Gemeinden.
 - A. Einleitung 51.
 - B. Stadtgesetze 52.
 - C. Stadtbezirke, Gemeindegengen, Einwohner und Bürger 53.
 - D. Rechte und Pflichten der Stadt-Gemeinden 54.
 - E. Städtische Verwaltung.
 - 1. Stadtverordnete.
 - a. Zusammensetzung der Stadtverordneten 55.
 - b. Rechte und Pflichten derselben 56.
 - c. Verhandlungen derselben 57.
 - 2. Stadt-Magistrat.
 - a. Magistrats-Wahl 58.
 - b. Obliegenheiten und Geschäftsführung des Magistrats 59.
 - 3. Hilfs- und Unterbeamte 60.
 - 4. Verhältniß der Stadtbehörden zu der Landes-Regierung und den Landesbehörden 61.
 - V. Dorf-Gemeinden.
 - A. Gemeinde-Verwaltung 62.
 - B. — Vortheile und Eassen 63.
 - C. — Vermögen 64.
 - D. — Prozesse 65.
- E. Anstalten zur Beförderung der Religion, Bildung und Wohlthätigkeit.**
 - I. Allgemeines 66.
 - II. Kirchen.
 - A. Kirchengüter 67.
 - B. Verwaltung des Kirchen-Vermögens 68.
 - C. Kirchenbediener 69.
 - D. Wittwen der Kirchenbediener 70.
 - III. Stifter und Klöster 71.

IV. Schulen.

A. Einleitung 72.

B. Schulhäuser, Schuldiener und Schulbesuch 73.

V. Armen-Anstalten 74.

VI. Sonstige milde Stiftungen 75.

F. Gewerbe und Handel.

I. Gewerbe.

A. Allgemeines 76.

B. Gilden.

1. Einleitung 77.

2. Eintheilung und öffentliches Verhältniß 78.

3. Innere Verfassung.

a. Verwaltung der Gilde-Angelegenheiten 79.

b. Von den zu den Gilden gehörigen Personen.

a. Meister und Lehrherren 80.

b. Gesellen und Lehrlinge 81.

4. Rechte der Gilden gegen einander und gegen ihre Mitglieder 82.

5. Rechte der Gilden gegen Dritte 83.

6. Gewerbe außer dem Gildeverbande 84.

C. Insbesondere Mühlen.

1. Zulassung zum Müllergewerbe u. Mühlenordn. 85.

2. Anlegung neuer u. Erweiterung älterer Mühlen 86.

D. Regal-Gewerbe. Postwesen 87.

II. Handel 88.

III. Messen und Märkte 89.

IV. Bannrechte 90.

Anhang.

Vom Fiscus 91.

II. Kapitel.

Recht der Forderungen.

Erster Abschnitt. Von den Forderungen aus Verträgen im Allgemeinen.

A. Einleitung 92.

B. Von Entstehung der Verträge.

I. Im Allgemeinen 93.

II. Entstehung der schriftlichen Verträge insbesondere.

- A. Schriftliche Abfassung — Notariats-Instrumente 94.
 - B. Gebrauch des Stempelpapiers 95.
 - C. Abgaben an milde Stiftungen 96.
 - D. Eintragung in die Amtshandels- und Hypothekenbücher 97.
 - III. Nothwendigkeit der gerichtlichen Bestätigung 98.
 - C. Beendigung der Forderung 99.
 - D. Moratorien 100.
- Zweiter Abschnitt. Von einzelnen Verträgen.
- A. Darlehn.
 - I. Beschränkung in der Person des Anleiher 101.
 - II. Zinsen 102.
 - III. Mortificirung abhanden gekommener Schuldverschreibungen 103.
 - IV. Sparcassen 104.
 - V. Leihhausanstalt.
 - A. Allgemeines 105.
 - B. Rechte und Pflichten der Leihhausanstalt.
 - 1. In Ansehung des Versatzgeschäfts 106.
 - 2. In Ansehung der Darlehne 107.
 - 3. In Ansehung der Annahme von Capitalien 108.
 - 4. Leihhauszinsen 109.
 - B. Depositum 110.
 - C. Trödelcontract 111.
 - D. Kaufcontract.
 - I. Beschränkung im Ankaufen und Verkaufen.
 - A. Allgemeines 112.
 - B. In Hinsicht auf die Subjecte 113.
 - C. In Hinsicht auf die Objecte 114.
 - II. Vom meistbietenden Verkaufe 115.
 - III. Von Verzinsung des Kaufgeldes 116.
 - IV. Von dem Vorkaufs- und Retractrechte 117.
 - V. Gewährleistung beim Kaufcontracte 118.
 - E. Pacht- und Miethcontract.
 - I. Ueber Sachen.
 - A. Beschränkungen hinsichtlich der Subjecte 119.
 - B. Ländliche Pachtungen 120.
 - C. Miethzeit bei Wohnungen 121.

- D. Aufhebung der Miethe oder Pacht durch Kauf 122.
- E. Borpachtsrecht 123.
- II. Ermiethung von Diensten 124.
- F. Gesellschaftscontracte.
 - I. Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Societäten.
 - A. Beamten-Wittwen- u. Waisen-Versorgungsanstalt.
 - 1. Einleitung 125.
 - 2. Theilnahme und Beiträge 126.
 - 3. Pensionen 127.
 - B. Allgemeine braunschw. Versicherungs-Anstalt 128.
 - C. Andere Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalten 129.
 - II. Sterbe- und Todtencassen 130.
 - III. Brandversicherungs-Gesellschaften.
 - A. Landes-Brandversicherungs-Anstalt.
 - 1. Einleitung 131.
 - 2. Theilnahme an der Gesellschaft 132.
 - 3. Versicherungs-Vertrag.
 - a. Begriff 133.
 - b. Versicherungssumme 134.
 - c. Anfang, Dauer u. Aufhebung des Vertrags 135.
 - d. Beiträge u. Eintrittsgelder der Mitglieder 136.
 - e. Reservefonds 137.
 - f. Anlehne 138.
 - g. Vergütung der Brandschäden; Auszahlung u. Verwendung der Entschädigungssummen 139.
 - B. Auswärtige Brandversicherungs-Gesellschaften 140.
 - IV. Hagel-Versicherungs-Societät 141.]
- G. Mandat 142.
- H. Schenkung 143.
- I. Spiel 144.
- K. Wechselrecht.
 - I. Einleitung 145.
 - II. Wechselfähigkeit 146.
 - III. Form der Wechsel 147.
 - IV. Insbesondere trassirte Wechsel.
 - A. Ausfertigung mehrerer Original-Exemplare des Wechsels 148.

- B. Wirkungen des Wechselcontractes 149.
- C. Avissiren der Wechsel 150.
- D. Präsentation der Wechsel 151.
- E. Acceptation der Wechsel 152.
- F. Acceptation per honor di lettera §. 153.
- G. Verfallzeit der Wechsel 154.
- H. Zahlung der Wechsel 155.
- I. Protestation wegen verweigerter Acceptation und Zahlung 156.
- V. Eigene Wechsel und Handelsobligationen 157.
- VI. Indossiren der Wechsel 158.
- VII. Bevollmächtigte beim Wechselcontracte 159.
- VIII. Erlöschen der Wechselkraft 160.
- IX. Verlorne Wechsel 161.
- X. Verbindlichkeit der Erben aus dem Wechselcontracte 162.
- XI. Vorzug der Wechsel beim Concurse 163.
- L. Receptum 164.
- M. Forderungen aus unerlaubten Handlungen 165.

III. Kapitel.

S a c h e n r e c h t.

Erster Abschnitt. Vom Eigenthume.

- A. Sachen, welche zum öffentlichen Gebrauche bestimmt sind.
 - I. Gewässer. — Fischerei 166.
 - II. Waldungen — Jagdrecht 167.
 - III. Bergproducte und ähnliche Gegenstände 168.
 - IV. Wege.
 - A. Allgemeines 169.
 - B. Verbindlichkeit zur Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege, die nicht volles Staats-Eigenthum sind.
 - a. Interessenschaften, denen die Verpflichtung obliegt 170.
 - b. Repartition der Wegebesserungslast in der verpflichteten Interessenschaft 171.
 - c. Art der Herstellung und Unterhaltung der Wege 172.
 - C. Weggelder und Wegebesserungs-Abgaben 173.

- D. Abtretung von Grundstücken zu Wegebauten und Eisenbahnen 174.
 - B. Beschränkung des Eigenthums aus allgemeinen Staats- und Gemeinde-Rücksichten 175.
 - C. Erwerbung des Eigenthums.
 - I. Dem Verkehre entzogene Sachen 176.
 - II. Eigenthumserwerbung an beweglichen Sachen; insbesondere durch Finden 177.
 - III. an unbeweglichen Sachen; Auflassung 178.
 - D. Gemeinheiten.
 - I. Allgemeines 179.
 - II. Gemeintheilung.
 - A. Theilbare Gemeinheiten 180.
 - B. General- und Specialtheilung.
 - 1. Allgemeines 181.
 - 2. Recht auf Generaltheilung 182.
 - 3. Recht auf Specialtheilung 183.
 - C. Legitimation behuf der Gemeintheilung 184.
 - D. Beschränkung der Gemeintheilung durch Verträge 185.
 - E. Theilnehmungsrecht 186.
 - F. Entschädigung der Theilnehmer 187.
 - G. Perfection des Vertrages 188.
 - H. Eigenschaft der Entschädigung und Benützung der eingetauschten Grundstücke 189.
 - I. Capital-Abfindung 190.
 - K. Wirkungen des Vertrages hinsichtlich dritter Personen 191.
 - L. Wirkungen des Vertrages, besonders auf Pacht-Verhältnisse 192.
 - M. Verfahren bei Auseinandersetzungen 193.
- Zweiter Abschnitt. Dienstbarkeiten.
- I. Persönliche Servituten 194.
 - II. Prädial-Servituten.
 - A. Allgemeines 195.
 - B. Städtische Prädial-Servituten 196.
 - C. Ländliche Prädial-Servituten.
 - 1. Hufe-Gerechtigkeit 197.

2. Schäfereirecht und Schäferei: Berechtigteit 198.

3. Waldnutzungsrecht 199.

Dritter Abschnitt. Pfandrecht.

A. Gegenstand des Pfandrechts 200.

B. Faustpfänder 201.

C. Hypotheken.

1. Gesetzliche Hypotheken 202.

II. Öffentliche Hypotheken 203.

III. Hypothekenbücher 204.

D. Priorität der Pfandrechte 205.

E. Wirkung der Hypothek gegen dritte Besitzer 206.

Vierter Abschnitt. Bauergüter.

A. Allgemeines.

1. Einleitung §. 207.

II. Begriff der Bauergüter 208.

III. Beschränktheit der Dispositionsbefugniß über Bauergüter 209.

IV. Eintheilung der Bauern 210.

V. Lagerbücher und Ackermaße 211.

B. Einzelne Arten der Bauergüter.

1. Erbenzinsgüter 212.

II. Meiergüter.

A. Einleitung 213.

B. Begriff und Eintheilung der Meier 214.

C. Dingliche Natur des Meierverhältnisses 215.

D. Begründung des Meierverhältnisses — Meierbriefe — Weinkauf 216.

E. Ueber die Person des Gutsherrn u. des Meiers 217.

F. Gegenstand des Meiercontractes 218.

G. Rechtsverhältniß des Meiers zu dem Gute und dem Allodium 219.

H. Meierzinsen.

1. Leistung der Meierzinsen 220.

2. Remission an den Meierzinsen 221.

3. Herabsetzung u. Erhöhung der Meierzinsen 222.

I. Abmeierung und Einziehung des Meierguts 223.

C. Dienste.

1. Einleitung 224.

II. Einzelne Arten der Dienste.

A. Land- und Gerichtsfolge 225.

B. Gemeinde- oder Reihewerke 226.

C. Herrendienste.

1. Arten der Dienstleistungen 227.

2. Natur der Dienste 228.

3. Benützung der Dienste — Dienstgeld 229.

4. Leistung der Dienste 230.

5. Gegenleistungen des Dienstberechtigten 231.

6. Dienstberechnung — Dienstbeschwerde — Dienstzwang 232.

D. Zehnten.

I. Einleitung 233.

II. Einzelne Arten der Zehnten 234.

III. Ziehen des Zehntens 235.

IV. Benützung des Zehntrechts.

A. Ueberhaupt 236.

B. Insbesondere Verpachtung des Zehntens 237.

C. Erlass am Zehnten 238.

E. Pertinenzen der Bauergüter.

I. Pertinenz-Qualität 239.

II. Verbot der Veräußerung 240.

III. Reunion der veräußerten Pertinenzen 241.

F. Erbfolge in Bauergütern.

I. Allgemeines 242.

II. Vertragsmäßige und testamentarische Erbfolge 243.

III. Intestat-Erbfolge 244.

IV. Abfindung der nicht zur Succession gelangenden Erben 245.

V. Leibzucht oder Altentheil 246.

VI. Interimswirtschaft 247.

Fünfter Abschnitt. Lehn- und Rittergüter.

A. Einleitung 248.

B. Verschiedene Arten der Lehne — Asterlehne 249.

C. Lehnsfähigkeit 250.

D. Investitur 251.

E. Lehnwaare 252.

F. Lehndienste 253.

- G.** Lehngerichtsbarkeit 254.
 - H.** Gesamtbelehnung — Eventualbelehnung — Anwartschaft 255.
 - I.** Veräußerung der Lehne 256.
 - K.** Lehnschulden 257.
 - L.** Succession in Lehnsgüter.
 - I.** Allgemeines 258.
 - II.** Abfindung der Töchter aus Lehnsgütern 259.
 - III.** Theilung der Lehnserbkünfte vom Sterbejahre 260.
 - M.** Aufhebung des Feudalverbandes und Errichtung von Familien-Stammgütern.
 - I.** Von dem Rechte auf Aufhebung d. Lehnverbandes 261.
 - II.** Entschädigung des Lehnsherrn 262.
 - III.** Lehnserbhobungs-Geschäft und dessen Wirkungen.
 - A.** Allgemeine Bestimmungen 263.
 - B.** Besondere Bestimmungen.
 - 1. Bei den kleinen Lehnen 264.
 - 2. Bei Rittergütern und deren Zubehörungen.
 - a. Verwandlung in Familien-Stammgut 265.
 - b. Unveräußerlichkeit des Familienstammguts 266.
 - c. Vererbung des Familien-Stammguts 267.
 - d. Verwandlung des Allodialguts in Familien-Stammgut 268.
 - e. Erlöschen und Aufheben der Stammguts-Qualität, so wie Modification derselben 269.
 - N.** Insbesondere von den Rittergütern 270.
- Sechster Abschnitt. Von der Ablösbarkeit der privatrechtlichen Reallasten.
- I.** Von der Ablösbarkeit im Allgemeinen 271.
 - II.** Berechtigung zur Ablösung 272.
 - III.** Entschädigung des Berechtigten.
 - 1. Im Allgemeinen 273.
 - 2. Entschädigung bei festen Geldabgaben 274.
 - 3. » » festen Naturalabgaben 275.
 - 4. » » Meierzinsen 276.
 - 5. » » zufälligen Abgaben 277.
 - 6. » » Zehnten 278.
 - 7. » » Diensten 279.

- IV. Ausmittelung des Umfanges der abzulösenden La-
sten und der Normalpreise.
 - 1. Ausmittelung des Umfanges 280.
 - 2. » der Normalpreise 281.
- V. Perfection des Ablösungs-Geschäfts 282.
- VI. Wirkungen des Ablösungs-Vertrages.
 - 1. Wirkungen unter den Parteien 283.
 - 2. Wirkungen gegen dritte Personen.
 - a. Allgemeine Wirkungen 284.
 - b. Wirkungen für die Lehn- und Fideicommiß-
Nachfolger, Gutsherren u. 285.
 - c. Wirkungen für die Realgläubiger 286.
 - d. Wirkungen auf Pachtverhältnisse 287.
- VII. Ablösungs-Capitale und statt derselben abgetretene
Grundstücke 288.

IV. Kapitel.

E r b r e c h t.

- A.** Allgemeines 289.
- B.** Vertragmäßige Erbfolge 290.
- C.** Testamentarische Erbfolge 291.
- D.** Intestat-Erbfolge.
 - 1. Allgemeines 292.
 - II. Singuläre Bestimmungen über die Succession der
Kinder, der Eltern und der Seitenverwandten 293.
 - III. Erbfolge der Ehegatten 294.
 - IV. Außerordentliches Erbrecht 295.
- E.** Fideicommiße 296.

Einleitung.

In der ältesten Zeit, und zwar bis zur Einführung des römischen Rechts, bietet der in den Landen des heutigen Herzogthums Braunschweig bestandene Rechtszustand, im Vergleiche zu den übrigen deutschen Staaten, etwas Eigenthümliches nicht dar. 1) Während die Reichsgesetzgebung überhaupt noch wenig ausgebildet war und die Territorial-Gesetzgebung sich erst mit der spätern Entstehung der Territorien entwickelte, bildete neben den Volksrechten, Capitularien, Hof- und Lehnrechten u. d. vor Allem wichtige Gewohnheitsrecht die Normen für privatrechtliche Streitigkeiten. Mit dem Ende des zwölften Jahrhunderts wurde die Nothwendigkeit fühlbar, die vorhandenen Materialien, welche geschriebene Gesetze und Gewohnheiten enthielten, durch Sammlungen zu allgemeiner Kenntniß zu bringen. Die Verbreitung röm. Rechtsgrundsätze trug wesentlich dazu bei, das Bedürfniß solcher Sammlungen zu erkennen. Unter den hierauf veranstalteten Rechtspbüchern erfreute sich im nördlichen Deutschland der Sachsen-spiegel des größten Beifalls und fand Eingang auch im jetzigen Herzogthume Braunschweig, 2) wo sich bereits, und

1) Es müßte sonst der Umstand dahin gerechnet werden, daß das deutsche Meierwesen in Westphalen und Niedersachsen seinen Hauptsitz und die weiteste Verbreitung hatte. Eichhorn, deutsch. Privatrecht §. 261.

2) Engelbrecht, De genuinis decision. jur. fontib. in terr. brunsv. luneb. T. XVI. — von Selchow, Anfangsg. des br. luneb. Privatr. §. 11 u. 12. — du Roi, Anleitung zur Kenntniß der Quellen u. d. des br. wolsenb. Staats- und Privatr. §. 19.

zwar zunächst in den Städten, ein warmes Interesse für Rechtsausbildung entwickelt hatte.³⁾ Indes mußte der Einfluß des röm. Rechts, welches ohnehin als ein Kaiserrecht betrachtet wurde, immer bedeutender werden, weil auf den seit der Mitte des funfzehnten Jahrhunderts in Deutschland gegründeten Universitäten nur das röm. und canonische Recht, und, als ein Anhang des erstern, das longobardische Lehnrecht gelehrt wurden, was zur Folge hatte, daß die Gerichte, und zwar zuerst die Reichs- und die höheren Landesgerichte die fremden Rechtsnormen anwandten und diese letzteren daher allmählig auf ganz Deutschland übergingen.⁴⁾ Durch die fremden Rechte wurde daher mehr und mehr das bis dahin bestandene Recht, insbesondere das Sachsenrecht, verdrängt. Indes hatten viele der lebenden Rechtsansichten und Institute zu sehr in Nationalität und Staatsbürgerlichen Verhältnissen ihre Wurzel, als daß ein baldiges und vollständiges Losreißen und Entfremden von denselben möglich gewesen wäre. Es entstand daher ein Kampf zwischen den einheimischen und den fremden Rechten und mit demselben ein für das sociale Leben höchst nachtheiliges Schwanken des Rechtszustandes, welches abzustellen, die Nothwendigkeit dem Gesetzgeber gebot. Dieser entschied sich für das reichhaltigere und bei weitem ausgebildete römische Recht⁵⁾ und es wurde die Anwen-

3) Eichhorn, deutsche Rechtsgeschichte §§. 224 a. 243.

4) Vergl. Eichhorn a. a. O. §§. 440 flgg. Ueber die Einführung dieser fremden Rechte im Herzogthume Braunschweig, die auf speciellen gesetzlichen Vorschriften nicht beruhet, s. du Roi, a. a. O. §§. 4 flgg. und die daselbst allegirten Schriften. Welche Vorsicht man bei Einführung der fremden Rechte beobachten zu müssen glaubte, ist aus den Hofgerichts-Ordn. v. 1556 und 1559 ersichtlich, in welchen derselben zuerst vom Gesetzgeber als Rechtsnormen gedacht wird. Erst im Landt. Absch. v. 1597. Art. 32 trat man bestimmt mit jener Absicht hervor und berief sich dabei auf die bereits geschehene factische Einführung der fremden Gesetze.

5) Ueber die Gründe der Abschaffung des Sachsenrechts vgl. du Roi, Einleitung §. 20. — Scheid, Quam ob causam jus saxon. in terris brunsv. lüneb. sit abrogatum? — v. Selchow, Anfangsgr. des br. lüneb. Privatr. §. 13. — Gesenius, Das Meierrecht Th. I. S. 437.

dung des Sachsenrechts zuerst vom Herzoge Heinrich d. J. in den unter Zustimmung der Landstände errichteten Hofgerichts-Ordnungen von 1556 und 1559 ausdrücklich untersagt. Indes fand die Ausführung dieses Verbots so große Schwierigkeiten, daß für erforderlich gehalten wurde, dasselbe in dem Landt. Absch. von 1597, in der Canzlei-Ordn. von 1651, in der Hofgerichts-Ordn. von 1663 und selbst noch in verschiedenen späteren Constitutionen ausdrücklich zu wiederholen. ⁶⁾ Dennoch mußte aus den oben angedeuteten Gründen das Sachsenrecht fortwährend einen bedeutenden Einfluß auf die fernere Ausbildung des Rechtszustandes behalten; ja, es zeigte sich in manchen Fällen selbst die Unmöglichkeit, das Volk von den im Sachsenrechte begründeten und in das Volksleben übergegangenen Rechts-Institutionen und Rechtsbegriffen völlig loszureißen und mit dem fremden Rechte zu befreunden, so daß der Richter und selbst der Gesetzgeber sich gezwungen sahen, die Beibehaltung in einzelnen Fällen zu sanctioniren. Dies war besonders auch dann der Fall, wenn das fremde Recht für nationale Rechts-Institute so wenig ein Entscheidungsprincip, als auch nur eine Analogie darbieten wollte. Es wurden daher nicht nur einzelne Bestimmungen des Sachsenrechts ausdrücklich in die Gesetzgebung aufgenommen, sondern es begann auch in Folge des zum Theil noch fortbestehenden Kampfes zwischen den volksthümlichen Rechtsansichten und dem fremden Rechte, in welchem das letzte nicht immer siegreich bleiben konnte, sich eine Praxis zu bilden, welche sich als das Product der dem Richter bei der Anwendung des röm. Rechts aufgedrungenen Ueberzeugung der Nothwendigkeit, das röm. Recht in manchen Lehren nach deutschrechtlichen Principien und National-Ansichten zu modificiren und dem Bedürfnisse anzupassen, betrachten läßt.

Die Gesetzgebung war bis zur Mitte des sechzehnten Jahrhunderts wenig thätig, theils weil man so viel als

6) In der Stadt Braunschweig hielt sich das Sachsenrecht bis zu ihrer Unterwerfung unter die Landeshoheit und es wurde dasselbe erst durch die Verordn. v. 24. Septb. 1675 (Sanctio pragmatica) abgeschafft.

möglich die Ansicht in Kraft zu erhalten suchte, daß das zum gemeinen Rechte erhobene röm. Recht hinreichende Entscheidungsnormen biete, theils weil die Territorial-Gesetzgebung noch zu wenig ausgebildet war und die Reichs-Gesetzgebung durch die Eifersucht der Reichsstände auf die kaiserliche Obergewalt verhindert wurde, einen erheblichen Einfluß auf Privat-Rechtsverhältnisse zu gewinnen. Etwa von der Mitte des 16ten Jahrhunderts an machte sich indeß ein Grund geltend, welcher der Thätigkeit der Legislation nothwendiger Weise einen bedeutenden Impuls geben mußte. Es war dies die mit der Abschaffung des Faustrechts, mit der weitern Verbreitung der Reformation und in Folge der Entdeckung von Amerika sich rasch verbreitende Cultur, welche das Ordnen und zum Theile selbst das Umgestalten mancher Rechtsinstitute, z. B. des Bauernrechts, gebieterisch forderte. Als daher durch den westphälischen Frieden, in Folge der weitern Ausbildung der Landeshoheit, der Landesfürst, dem Kaiser gegenüber, unumschränktere Gewalt in der Territorial-Legislation bekam, nahm diese nunmehr die Thätigkeit des Gesetzgebers in einem bis dahin unbekannten Grade in Anspruch. Es häufte sich bald eine große Menge von einzelnen größeren und kleineren Gesetzen und Verordnungen über alle Zweige der Staatsverwaltung, die indeß in früherer Zeit keineswegs nach einem abgeschlossenen Plane, sondern wie diese oder jene zufällige Veranlassung sie nöthig oder rathsam erscheinen ließ, und zwar unter beständiger Rücksicht auf das gemeine Recht, dieses bald erläuternd, bald ergänzend, in schneller Folge erlassen und bei Regierungswechseln nicht selten eben so bald wieder abgeändert, oder als außer Kraft getreten angesehen, häufig aber auch wiederholt und von neuem eingeschränkt wurden. Erst seit dem Anfange des vorigen Jahrhunderts, wo überhaupt die Nothwendigkeit einer systematischen Bearbeitung des Rechts ⁷⁾ fühlbar zu

7) Die derartigen Versuche waren übrigens noch sehr schwach, denn selbst für das röm. Recht hatte man damals noch kein ordentliches System und man begnügte sich mit der Ordnung der Legal-

werden begann, fing man an, bei der Gesetzgebung nach einem bestimmten Plane zu verfahren und dabei auf eine mehr wissenschaftliche Ausbildung des Privatrechts Rücksicht zu nehmen. Einen sehr wichtigen Abschnitt in dem Rechtszustande bildet später die westphälische Regierungsperiode, in welcher die französischen Gesetzbücher recipirt wurden. Nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung wurden freilich die franz. Gesetze wieder außer Kraft gesetzt, indeß überzeugte man sich gleichwohl von der Unthunlichkeit und Unzweckmäßigkeit, die sämmtlichen früheren, zum Theil nicht mehr zeitgemäßen Staats- und Rechtsinstitute wieder ins Leben zu rufen. Es wurde nunmehr Aufgabe des Gesetzgebers, manche dieser Institute völlig umzuformen oder zu reformiren, und den höheren Ansprüchen, welche von jetzt an augenscheinlich an die wissenschaftliche Fort- und Ausbildung unsers Rechtszustandes gemacht wurden, auf eine würdige Weise zu entsprechen.

Nach diesem kurzgeprägten Umrisse unserer äußern Rechtsgeschichte mögen einige nähere Betrachtungen über die einzelnen Rechtsquellen Platz finden.

Von besonderer Wichtigkeit für die vaterländische Gesetzgebung ist die Mitwirkung der Landstände. Die Gründe, welche das Institut der Landstände im 14. Jahrhundert hervorriefen, lagen in der durch das Entstehen der Landeshoheit den Landesfürsten gezeigten Nothwendigkeit einer näheren Anschließung an die drei zu jener Zeit in staatsrechtlicher Beziehung allein wichtigen Stände der Prälaten, Ritterschaft und Städte, um von diesen diejenigen Kräfte und Mittel zu erlangen, welche zum Schutze des Staates gegen äußere Angriffe und zur Aufrechthaltung der inneren Ruhe, so wie zur Herstellung eines geregelten Zustandes im Lande selbst erforderlich erschienen; vor allen Dingen aber auch in dem Streben der Territorialfürsten, durch die Mitwirkung jener drei Corporationen sich eine feste, haltbare Stellung gegen

pandecten. Die eigentlich wissenschaftliche Systematisirung begann erst am Ende des vorigen Jahrhunderts.

den Kaiser zu verschaffen. ⁸⁾ Die Landesfürsten traten daher mit diesen Corporationen bei wichtigen Veranlassungen zu einer gemeinschaftlichen Berathung zusammen, und obwohl von denselben in den gewöhnlichsten Fällen nur Geldhülsen in Anspruch genommen wurden, so blieben doch solche Berathungen, weil an die Verwilligung von Geldmitteln häufig Bedingungen geknüpft wurden, welche den Rechtszustand betrafen, nicht ohne Einfluß auf die Gesetzgebung. Ueberhaupt hatten die Landesfürsten zu jener Zeit in der That keine gesetzgebende Gewalt, vielmehr gebührte diese verfassungsmäßig dem Kaiser und dem Reiche, so daß es nur durch Mitwirkung und Einverständniß der Stände möglich war, eine gesetzgebende Gewalt in den Territorien als eine dem Reiche gegenüberstehende Autonomie zu begründen. Zuerst pflegte man sich über einzelne Fragen zu einigen, ⁹⁾ und es waren selbst die Fälle nicht selten, in denen der Landesfürst eine solche Einigung nur mit einer einzelnen Corporation traf. Späterhin wurden gemeinschaftlich allgemeine Prinzipie festgestellt, auf deren Basis der Landesfürst sodann die bezüglichen Gesetze erließ. Doch berieth man hin und wieder auch specielle Gesetze, welche von besonderer Wichtigkeit waren, gemeinschaftlich. ¹⁰⁾ Das Recht der Theilnahme der Landstände an der Gesetzgebung wurde noch in den Landtags-Abschieden von 1597 und 1619 ¹¹⁾ ausdrücklich anerkannt; seitdem aber verlor sich dasselbe in demselben Verhältnisse, in welchem überhaupt der Einfluß der

8) Vergl. de Dobbeler, Geschichtliche Entstehung, Charakter und Fortbildung der landständischen Verfassung des Herzogthums Braunschweig. — Eichhorn, deutsche Rechtsgeschichte §. 420 flgg.

9) Beweise hierzu liefern der Recess zwischen Herzog Heinrich d. A. und den Landständen von 1433 wegen Einschränkung der Baulehnung, Baubelinge und Bedemund, und die Landes-Ordnung desselben Herzogs wegen Gewichte, Bölle, Münze und Geleite von 1498. S. Ribbentrop, Sammlung der Landt. Abschiede Th. I. N^o 3 und 9.

10) z. B. die Hofgerichts-Ordn. von 1356.

11) Steinacker, Sammlung der Organisations- und Verwaltungs-gesetze des Herzogthums Braunschweig N^o I u. II.

Stände auf die Landesregierung abnahm, weil in Folge der Reformation die Stellung der Prälaten zu dem Landesfürsten sich geändert hatte, durch die Einführung der stehenden Heere die Wichtigkeit der Ritterschaft vermindert und die Kraft der Städte durch die langjährigen Kriege und durch das Aufblühen des Bauerstandes gebrochen war. Dagegen traten die Fürsten eines Theils zu dem Kaiser und dem Reiche, andern Theils auch zu den drei Curien, deren sie nicht mehr als nothwendiger Stütze bedurften, in eine unabhängigere Stellung und es entwickelte sich das Princip der Souveränität, welches eine directe Einmischung der Landstände in die Gesetzgebung ausschloß. ¹²⁾ Die Wichtigkeit der Stände mußte unter diesen veränderten Verhältnissen mehr und mehr abnehmen; die Versammlungen derselben wurden von jetzt an, besonders im vorigen Jahrhundert, immer seltener, und bei den nothwendigen Verhandlungen der Landesregierung mit den Curien wurde fast allein die Mitwirkung des landständischen Ausschusses in Anspruch genommen. Die letzte energische Anstrengung der Stände, von ihrem früheren Einflusse noch das Wesentlichste zu retten, geschah im Anfange des vorigen Jahrhunderts; allein das ganze Institut war zu sehr in seinen innersten Grundfesten erschüttert und beruhete zu sehr auf veralteten Formen, als daß dasselbe auf solche Weise noch zu halten gewesen wäre. Das Resultat jenes Versuches umfassen die landschaftlichen Privilegien von 1710, ¹³⁾ eine Zusammenstellung aller den Landständen jemals gemachten Zugeständnisse, aber ein Wesen ohne Leben, weil seine Existenz lediglich auf schriftlicher Zusage beruhete und ihm die *conditio sine qua non* aller Staatsverträge, ein gegenseitiges Interesse am Bestehen, fehlte. Gleichwohl haben diese landschaftlichen Privilegien nicht allein rechtsgeschichtlichen Werth, sondern sie enthalten auch noch jetzt geltende privatrechtliche Bestimmungen. Hinsichtlich der Theil-

12) Vergl. Eichhorn, deutsch. Rechtsgesch. §. 521 flgg.

13) In denselben finden wir zuerst die Idee eines allgemeinen Landesgrundgesetzes. S. Steinacker a. a. O. in der Einleitung zu den landschaftlichen Privilegien von 1710.

nahme der Stände an der Gesetzgebung wurde diesen im Art. 4 zugesagt, daß sie bei der Emanation wichtiger Gesetze zugezogen und um ihr Gutachten befragt werden sollten. Wie sehr man seitdem immer mehr von der ursprünglichen und eigentlichen Bedeutung der Landstände abging und dieselbe zu vergessen suchte, lassen die landschaftlichen Privilegien von 1770 ersehen, worin den Ständen (Art. 10) als *perpetuis patriae consiliariis*, denen die Pflicht obliege, in wichtigen, die Wohlfahrt und das Beste des Vaterlandes betreffenden Sachen ihren Rath auf Befragen zu ertheilen, und deren Rath bei Abfassung von Gesetzen und Verordnungen von Zeit zu Zeit gehört sei, die Versicherung ertheilt wurde, daß der Landesfürst nicht abgeneigt sein werde, so oft es nöthig und rathsam erscheine, ihr Guthaben und ihren Rath zu hören. Es ergiebt sich hieraus, auf welche geringe Einwirkung bei der Gesetzgebung die Landstände allmählig reducirt waren. Während der westphälischen Regierungsperiode waren die landständischen Corporationen völlig aufgehoben und da die landständische Verfassung in Folge des 13. Artikels der deutschen Bundesacte in unserm Vaterlande erst im Jahre 1819 wieder hergestellt wurde, so erfolgten bis dahin sämmtliche Gesetze und Verordnungen ohne alle Mitwirkung der Landstände. Die Landschafts-Ordnung vom 25. April 1820 ¹⁴⁾ räumte den Landständen wiederum eine gewisse Theilnahme an der Gesetzgebung ein, die, wenn sie auch nicht so umfassend war, als in älterer Zeit, doch eine größere Befugniß gewährte, als die Stände seit zwei Jahrhunderten thatsächlich ausgeübt hatten. Dieselben sollten bei Abänderungen in den bestehenden Gesetzen, so oft es die Umstände gestatteten, mit ihrem Gutachten und Rathe gehört worden; ein neues Civilgesetzbuch sollte nicht ohne Berathung mit den Ständen eingeführt werden können; zu Veränderungen in Ansehung der Zehnten, Dienste, Meier- und anderen gutherrlichen Verhältnisse und Gefälle, so wie zu einem Gesetze über die Theilung der Gemeinheiten wurde eine Ber-

14) §§. 26 bis 30. Verordn. Samml. N^o 6.

handlung und Uebereinkunft mit den Ständen als nothwendig bezeichnet; denselben wurde nachgelassen, Vorschläge zu allgemeinen Landesgesetzen zu thun, und endlich sollten sie befugt sein, wegen bemerkter Mängel oder Mißbräuche bei der Gesetzgebung Vorträge an den Landesfürsten zu richten und sich über deren Abstellung gutachtlich zu äußern. Dieses Verhältniß blieb bis zu dem, unter der Benennung einer »neuen Landschafts-Ordnung« errichteten Landes-Grundgesetze vom 12. Octbr. 1832 ¹⁵⁾ bestehen, welches über die Mitwirkung der Stände bei der Gesetzgebung in den §§. 98 und 99. 105. 120. u. folgende Bestimmungen enthält:

1) Die Zustimmung derselben ist erforderlich:

- a) wenn das Landesgrundgesetz oder die mit demselben erlassenen Gesetze ergänzt, erläutert oder abgeändert,
- b) wenn neue organische Staats-Einrichtungen getroffen oder die bestehenden verändert, und
- c) wenn Landesgesetze gegeben, aufgehoben, abgeändert oder authentisch erklärt werden, die das Landes-Finanz- und Steuerwesen, die Militairpflichtigkeit und die Aushebung der Mannschaften, das bürgerliche oder das Straf-Recht, den bürgerlichen oder den Straf-Proceß betreffen.

Einzelne, das bürgerliche und das Straf-Recht und den Proceß betreffende Gesetze können auch zwischen den Landtagen mit Zustimmung des ständischen Ausschusses erlassen werden, vorausgesetzt, daß durch solche Gesetze das Landesgrundgesetz, oder ein mit demselben publicirtes Gesetz weder ergänzt, noch erläutert oder abgeändert, und eben so wenig eine organische Einrichtung getroffen oder verändert wird. Auch Gesetze, welche das Landes-Finanz- und Steuerwesen oder das Militairwesen betreffen, kann die Landesregierung zwischen den Landtagen mit Zustimmung des ständischen Ausschusses erlassen, insofern das Staatswohl dringende Eile gebietet, oder der vor-

15) Gesetz- und Verordn. Sammlung № 22.

übergehende Zweck des Gesetzes durch Verzögerung vereitelt werden würde, worüber die Landesregierung unter Verantwortlichkeit des Staats-Ministeriums entscheidet.

- 2) Bei allen übrigen, namentlich den das Landes-Polizeiwesen betreffenden gesetzlichen Bestimmungen müssen die Stände, und zwischen den Landtagen der ständische Ausschuß, mit Gutachten und Rath gehört werden.

Nur Verordnungen ¹⁶⁾ d. h. Verfügungen, welche aus dem allgemeinen Verwaltungs- oder Oberaufsichts-Rechte der Regierung hervorgehen, oder welche die Ausführung oder Handhabung der bestehenden Gesetze betreffen, erläßt die Landesregierung ohne Mitwirkung der Stände.

Die Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung umfaßt zugleich auch das Recht, dem Landesfürsten Vorschläge zu Gesetzen, Verordnungen u. zu machen, und es sollen diese Vorschläge nicht nur genau geprüft, sondern darauf auch stets landesf. Entschließungen und zwar im Ablehnungsfalle unter Anführung der Gründe erfolgen.

Die Landtags-Abschiede sind daher von Anbeginn der Ausbildung unsers Privatrechts bis auf das Erscheinen des Landesgrundgesetzes von 1832 mehr oder weniger die Basis der Gesetzgebung, wenigstens immer eine sehr wichtige Quelle des Privatrechts ¹⁷⁾ und bilden für manche Rechts-Institute, insbesondere für solche, die entweder dem röm. Rechte fremd sind, oder in welchen die Anwendung der fremden Rechte bei der

16) Unter dieser Bezeichnung begriff man bis dahin nicht allein die obigen Verfügungen, sondern alle Landesgesetze; denn obwohl schon im 10. Art. des Landt. Absch. v. 1770 auf eine Unterscheidung zwischen Gesetzen und Verordnungen hingedeutet wird, so ist dieselbe thatsächlich doch erst mit der weitem Ausbildung der ständischen Verfassung in's Leben getreten. Vergl. Archiv für civil. Praxis Bd. 16. S. 318 und N. 6. Bd. 17. S. 309. — Mittermaier, deutsch. Privatrecht (6. Aufl.) Bd. 1. S. 85.

17) In der Verordn. v. 25. Febr. 1605 wird daher die Befolgung der Landtags-Abschiede ausdrücklich neben andern Landesgesetzen zur Pflicht gemacht. Steinacker, Neue Bearbeitung des Frederickschen Promptuars der Landes-Verordnungen Th. 2. S. 420.

Eigenthümlichkeit der Verhältnisse sich als durchaus unthunlich erwies, seit der ältesten Zeit bis auf den heutigen Tag die geltende Norm ¹⁸⁾. Die jetzigen Landtags=Abschiede dagegen sind ziemlich bedeutungslos geworden, da dieselben nur die Ergebnisse der während des Landtages zwischen der Landesregierung und den Ständen getroffenen Vereinbarungen kurz zusammenstellen ¹⁹⁾, und namentlich alle auf das Privatrecht sich beziehende Beschlüsse in Gesetze gefaßt werden müssen.

Obwohl von eigentlichen Provinzialgesetzen im Herzogthume Braunschweig, wegen seiner geringen geographischen Größe, die Rede nicht wohl sein kann, so haben sich doch in verschiedenen Landestheilen oder Districten, weil zur Zeit ihrer Vereinigung mit dem Herzogthume sich in ihnen schon ein besonderer Rechtszustand gebildet hatte, welcher auch später noch Berücksichtigung bei der Gesetzgebung erforderte, hin und wieder specielle gesetzliche Bestimmungen nothwendig gemacht, Bestimmungen, die zwar fast ausschließlich zunächst die Landespolizei ²⁰⁾ und das Steurowesen ²¹⁾ betreffen, jedoch auch nicht ganz ohne Einfluß auf das Privatrecht geblieben sind. Im Verlaufe der Zeit sind indeß diese, für besondere Landestheile erlassenen Verordnungen mehr und mehr mit der allgemeinen vaterländischen Gesetzgebung verschmolzen und jetzt in dieser fast völlig untergegangen, so daß insbesondere in privatrechtlicher Hinsicht nur noch einzelne derartige Bestimmungen, welche durch eigenthümliche Local-Verhältnisse hervorgerufen sind, abweichende Normen bilden. Es findet sich dies hauptsächlich noch in dem früheren Für-

18) Am unbestrittensten ist dies der Fall mit dem Landt. Abschiede von 1597 hinsichtlich des Bauernrechts.

19) Geschäfts=Ordnung für die Landschaft v. 12. Octbr. 1832. §. 86.

20) Es gehören hierher insbesondere Verordnungen, welche das Jagd- und Forstwesen, z. B. für den wolfsenb. und schönung'schen District v. 12. Octbr. 1753, für den Harz-District v. 18. März 1757 und für den Weser-District v. 11. Novbr. 1767, ferner die Hude und Weide, z. B. für den Weser-District v. 29. April 1767 und für das Amt Harzburg vom 20. Januar 1772, die Baupolizei im Weser-District und Aehnliches betreffen.

21) Vgl. v. Bülow, Beiträge zur Geschichte der br. lüneb. Lande S. 50.

stenthume Blankenburg 22) und in dem Amte Thedinghausen. 23)

Die Stadtgesetze haben, der Natur der Sache nach, ebenfalls einen bedeutenden Einfluß auf die Ausbildung des Rechtszustandes gehabt. Einzelne Bestimmungen derselben gelten auch jetzt noch als Localrecht. 24)

Da die Gesetzgebung, als ein Ausfluß der höchsten

22) Die Grafschaft Blankenburg fiel 1599 als eröffnetes Lehn an Braunschweig, kam bei der dritten Theilung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg mit der Grafschaft Hoya an die hartzburg'sche Nebenlinie, fiel sodann bei deren Aussterben 1642 an die wolfsenb. Linie, wurde davon durch Abtretung an den jüngsten Prinzen des Herzogs Anton Ulrich, Ludwig Rudolph, wieder getrennt, im Jahre 1707 vom Kaiser Joseph I. zum Fürstenthume erhoben und endlich 1731 abermals mit dem Herzogthume Braunschweig, indeß unter getrennter Regierung, vereinigt. Bis zur westphälischen Regierungsperiode hat das Blankenburgische gewissermaßen seine eigene Staats-Verfassung gehabt (v. Liebhaver, Vom Fürstenth. Blankenburg und dessen Staats-Verfassung), weshalb dasselbe mehr als andere Landestheile mit besonderen und eigenthümlichen Gesetzen, hauptsächlich aus der Regierungszeit des Herzogs Ludwig Rudolph, versehen ist (S. du Roi a. a. D. §. 152.), und ein großer Theil der im übrigen Herzogthume geltenden Gesetze u. dort keine Anwendung findet. Eine nähere Nachweisung dieser Gesetze u. giebt Küchenbühl in der Vorrede zur Fortsetzung des Fredericksdorff'schen Promptuars der Landes-Verordnungen S. IV, Note.

23) Im Amte Thedinghausen, welches früher zum Herzogthume Bremen gehörte und erst 1679 durch den Friedensschluß zu Celle von den Schweden, die bis dahin in Folge des westphälischen Friedens das Bremensche im Besitze gehabt hatten, an das Gesammthaus Braunschweig gekommen und 1703 an das Herzogthum Braunschweig abgetreten ist, hat sich der heutige Rechtszustand zum größten Theile anders ausbilden müssen, als im übrigen Herzogthume, so daß theils aus diesem Grunde, theils auch durch eigenthümliche Verhältnisse hervorgerufen, dort manche besondere, das Privatrecht berührende gesetzliche Bestimmungen bestehen, z. B. im Bauernrechte.

24) Die wichtigsten Stadtgesetze haben Braunschweig, Wolfenbüttel (Heinrichsstädtische Statuten von 1602) und Helmstedt. S. du Roi a. a. D. §§. 154 flgg.

Staatsgewalt, vom Landesfürsten, unter Mitwirkung der Landstände, ausgeht, so tritt kein Landesgesetz und keine Verordnung in Kraft, bevor sie von der Landesregierung verkündigt sind²⁵⁾; im Eingange derselben soll der erfolgten Zustimmung und des vorher angehörten ständischen Gutachtens und Rath's Erwähnung gethan werden.²⁶⁾ Die Gesetze, so wie alle Verfügungen in Landesangelegenheiten ergehen im Namen des Landesfürsten und bedürfen, außer der Unterschrift desselben, der Contrasignatur eines stimmführenden Mitgliedes des Staats-Ministeriums als eines zu ihrer Vollziehbarkeit wesentlich nothwendigen Requisites.²⁷⁾ Ueber die Publication der Gesetze enthält die ältere Legislation die Vorschrift, daß dieselben von den betreffenden Beamten sofort, wenigstens in den ersten vier Tagen nach ihrem Empfange, durch Anschlag und von den Geistlichen durch eine kurze Anzeige von der Kanzel

25) Land. Gr. Gef. v. 12. Octbr. 1832. §. 5 und §. 100.

26) Auch allgemeine Verfügungen und Beschlüsse des deutsch. Bundes erhalten erst durch landesfürstl. Verkündigung Gesetzeskraft. Land. Gr. Gef. v. 12. Octb. 1832. §. 12. — Vergl. Klüber, Oeffentl. Recht §. 164. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6. Aufl.) Th. 1. S. 85.

27) Land. Gr. Gef. §. 155. Die Contrasignatur der Verordnungen geschah schon in ältester Zeit, indeß wurden bis zur Regierungszeit des Herzogs August Wilhelm nur die Originale contrasignirt und erst mit der Verordn. v. 23. April 1714. fing man an, auch die Abschrift und die durch den Druck verbreiteten Exemplare zu contrasigniren. (Wolterreck, Kurzer Begriff der br. wolfsenb. Landes-Verordnungen zc. S. 215.) Die erste gesetzliche Vorschrift in Betreff der Contrasignatur findet sich im §. 32 der Landsch. Ordn. vom 25. April 1820, wo zur Sicherung der Staatsdiener die Contrasignatur als nothwendig bezeichnet und bestimmt wird, daß nicht contrasignirte Verfügungen des Regenten in Landesangelegenheiten als erschlichen angesehen werden sollen. Obgleich sich daher die Lehre von der Verantwortlichkeit der Minister erst in neuerer Zeit weiter ausgebildet hat und namentlich in §. 156 des Land. Gr. Gef. die stimmführenden Mitglieder des Staats-Ministeriums für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der von ihnen contrasignirten und unterzeichneten Verfügungen verantwortlich gemacht sind, so ist dieselbe an sich doch keineswegs neu. Vergl. Leyser, Meditat. ad pand. Sp. 170 et 171.

bekannt gemacht werden sollten.²⁸⁾ Diese Art der Publication, neben welcher allerdings noch der Abdruck der Verordnungen in willkürlich zu vertheilenden Exemplaren Statt fand, entsprach indeß dem Zwecke nicht genügend. Es wurde deshalb im Jahre 1814²⁹⁾ die Anlegung einer officiellen Sammlung sämmtlicher, von Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung an erscheinenden allgemeinen Verfügungen³⁰⁾ angeordnet. Zugleich wurde bestimmt, daß die einzelnen Stücke dieser Sammlung durch die Post versandt und die geschehenen Versendungen in den braunschw. Anzeigen bekannt gemacht werden sollten. Mit dem Anfange des achten Tages, nachdem diese Bekanntmachung durch die Anzeigen geschehen, sollten die Verfügungen für gehörig publicirt erachtet werden, mithin verbindende Kraft haben. Diese Art der Publication findet noch jetzt Statt. Einzelne, besonders wichtig scheinende, gewöhnlich polizeiliche Verordnungen werden auch wohl von Zeit zu Zeit von der Kanzel in Erinnerung gebracht.

Die Anzahl der unter der Benennung von Verordnungen, Ordnungen, Gesetzen, Edicten, Statuten, Rescripten, Mandaten, Privilegien, Concessionen, Bekanntmachungen, Instructionen, Declarationen u. erschienenen Landesgesetze ist sehr groß und die Frage ihrer heutigen Anwendbarkeit in manchen Fällen um so schwieriger zu beantworten, als nur von den seit 1814 erschienenen eine, indeß nicht vollständige³¹⁾

28) Landesf. Verordn. vom 14. Januar 1749. §. 2 und vom 20. März 1749. Promt. II. S. 421 u. 422. In noch früherer Zeit geschah die Publication auf den Landgerichten. Landt. Absch. von 1597. Art. 49.

29) Verordn. vom 5. Januar 1814. № 2.

30) Diese Sammlung beschränkte sich indeß längere Jahre hauptsächlich auf Gesetze, Verordnungen und Verfügungen der höchsten Landesregierung; erst in neuerer Zeit ist die Anordnung getroffen, daß in dieselbe auch die allgemeinen, bisher gewöhnlich in der Form von Circular-Rescripten erlassenen Verfügungen der Landes-Collegien aufgenommen werden. Bekanntmach. des Staats-Ministerii vom 22. Januar 1842. G. u. B. S. № 37.

31) Das Fehlende hat Bege in seinen Repertorien der Verordnungs-Sammlung u. zu ergänzen gesucht.

officielle Sammlung besteht. Die Producte der Gesetzgebung aus früherer Zeit finden sich nur noch in einzelnen, mehr oder weniger vollständigen Privatsammlungen ³²⁾, und es sind dieselben selbst der bei weitem größten Anzahl der Rechtskundigen nicht anders, als aus Excerpten-Zusammenstellungen bekannt, die als reine Privat-Unternehmungen ohne alle Mitwirkung der Landesregierung dastehen. Diese, dem Quellen-Studium entgegenstehenden Schwierigkeiten haben nicht ohne nachtheilige Folgen für die Rechtskunde bleiben können. Es zeigen sich die Folgen zunächst darin, daß manche gesetzliche Bestimmung völlig der Vergessenheit verfallen, ja daß selbst unter den Rechtsgelehrten Ungewißheit über ihre Existenz entstanden ist ³³⁾, und daß bei anderen ihre heutige Anwendbarkeit in Zweifel gezogen werden muß, weil dieselben anscheinend obsolet geworden sind. Die Excerpten-Zusammenstellungen können nur als ein, zwar durch die Nothwendigkeit gebotenes, indeß höchst unvollständiges Auskunftsmittel erscheinen; abgesehen von manchen anderen auf der Hand liegenden Mängeln fehlt es den Excerpten schon an jedem Erkennungszeichen, ob die Form, in welcher die gesetzliche Vorschrift erlassen ist, zu ihrer Rechtsgültigkeit verfassungsmäßig genügt. ³⁴⁾ Die durch solche Umstände herbei-

32) Der zu verschiedenen Zeiten gemachte Versuch einer officiellen Sammlung der älteren Landesgesetze ist bekanntlich stets auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen; sie würde auch, wenn ihre Gränze durch die jetzt noch bestehende Gültigkeit der gesetzlichen Bestimmungen bezeichnet werden sollte, der Wissenschaft nicht völlig genügen. Ueber die Ausführbarkeit einer Privatsammlung und Herausgabe sämmtlicher Landesgesetze vergl. Bischoff, Von den deutsch. Landesgesetzen, der Nothwendigkeit einer Sammlung derselben u. und die Vorrede zu dem 1. Theile meiner neuen Bearbeitung des Frebersdorff'schen Promptuars.

33) Ein auffallendes Beispiel hiervon giebt die Vormundschafts-Ordnung vom 29. April 1651, welche Woltereck, Kurzer Begriff der br. Landes-Verordnungen S. 89, und du Roi, Anleitung zur Kenntniß der Quellen und der Literatur des br. Rechts S. 160, anführen, von der sich aber, wenigstens in der Praxis, keine Spur mehr findet.

34) Eine solche Beurtheilung ist nicht allein schon nach gemeinem

geführte Unbekanntheit mit unseren älteren Rechtsquellen macht es nothwendig, daß über die Anwendbarkeit einzelner gesetzlicher Bestimmungen nicht selten erst die Entscheidungen der Obergerichte bestimmte Auskunft geben müssen, weshalb denn deren Präjudize auch in dieser Hinsicht eine wichtige Quelle des heutigen Privatrechts bilden.

Daß das Gewohnheitsrecht, als ein für sich bestehender und von gesetzlicher Sanctionirung unabhängiger Entstehungsgrund rechtlicher Normen, gleichfalls, besonders in ältester Zeit, sehr bedeutenden Einfluß auf den Rechtszustand gehabt hat; leidet um so weniger Zweifel, als einzelne Gewohnheiten vom Gesetzgeber ausdrücklich bestätigt und in geschriebenes Recht verwandelt sind.³⁵⁾ Seine hohe Wichtigkeit als richterliche Entscheidungsnorm wird von der vaterländischen Legislation mehrfach auf das Bestimmteste anerkannt.³⁶⁾ Zwar

Rechte Pflicht des Richters, sondern insbesondere auch nach unserer Landes-Gesetzgebung, die dem Richter auf das Bestimmteste verbietet, Cabinetsbefehle, in welcher Form sie auch ergehen mögen, zu befolgen. Kanzlei-Ordn. von 1651. Art. 2. — Hofger. Ordn. von 1663. Tit. 75. §. Befehlen auch zc. und mehrere spätere Verordnungen. Promt. I. 506 flgg.

35) §. 2. die ehemals geltende, durch die Parömie »längst Leib längst Gut« ausgedrückte Gewohnheit hinsichtlich der Erbfolge der Ehegatten, welche durch die Verordn. v. 16. August 1689 (Promt. I. 282) zu einem geschriebenen Rechte gemacht wurde. Vergl. Engelbrecht, Coll. jur. comm. et brunsv. Cap. I. §. 7.

36) Kanzl. Ordn. Art. 54. — Hofger. Ordn. Tit. VI. §. Sonst sollen unsere zc. Promt. I. 98. — Auch die Reichsgesetze verweisen auf Gewohnheiten wie auf andere Rechtsquellen. Cammerger. Ordn. v. 1555. Th. 1. Tit. 13. §. 1. — J. R. A. §. 105. — Die allgemeine Rechtsregel, daß eine Gewohnheit, wenn sie nicht auf Notorietät beruht, bewiesen werden muß, wird von der vaterländischen Gesetzgebung ausdrücklich bestätigt. Hofger. Ordnung Tit. V. §. So viel aber die zc. Vergl. Mynsinger, Singul. observat. imper. cam. Cent. V. obs. 96. — Die Praxis tritt der Ansicht der mehrsten neueren Rechtslehren bei, daß eine richterliche Bescheinigung über das Dasein eines Gewohnheitsrechts nur insofern den Beweis desselben enthält, als sie die einzelnen Handlungen, wodurch dasselbe eingeführt sein soll, aufzählt und, mit Bezeichnung der darüber vorhandenen Acten, die Umstände dar-

könnte es den Anschein haben, als ob die nach gemeinem Rechte den Gewohnheiten beiliegende derogatorische Kraft durch die Bestimmung, daß alle gesetzlichen Verfügungen ohne Ausnahme nicht anders, als durch die Legislation und insbesondere nicht durch Gewohnheiten sollen abgeändert werden können, aufgehoben sei ³⁷⁾; allein diese Bestimmung ist später dahin declarirt, daß unter jenen gesetzlichen Verfügungen nur solche zu verstehen sind, die auch durch Privat-Uebereinkommen nicht abgeändert werden dürfen ³⁸⁾. Hiermit schließt sich das Particularrecht wieder dem gemeinen Rechte an, wonach die Existenz derogatorischer Gewohnheiten dadurch bedingt wird, daß dieselben nicht einem absolut gebietenden oder verbotenden Gesetze entgegenstehen ³⁹⁾.

Ueber die Verhältnisse der verschiedenen im Herzogthume Braunschweig geltenden Quellen des Privatrechts zu einander, bestehen im Allgemeinen keine besondere Vorschriften, weshalb für den Fall der Collision die regulirenden Bestimmungen des gemeinen Rechts eintreten ⁴⁰⁾. Nur hinsichtlich des franz. Rechts, welches während der westphälischen Regierungszeit (1. Januar 1808 bis 28. Februar 1814) Gesetzeskraft hatte, und der in diesem Zeitraume abgeschlossenen Rechtsgeschäfte haben wir specielle Vorschriften, die sich auf den Grundsatz stützen, daß alle zur Entscheidung der Gerichte kommenden Gegenstände nach denjenigen Rechten beurtheilt werden sollen, welche zu der Zeit Gesetzeskraft hatten, als das Geschäft seine Entstehung erhielt ⁴¹⁾.

legt, unter welchen sie stattgefunden haben. S. v. Bülow, Abhandl. über einzelne Materien des röm. bürgerl. Rechts Th. 2. N^o 25. — Vgl. Runde, deutsch. Privatr. §. 56. — Mittermaier a. a. D. §. 27. — Ex officio soll der Richter auf Gewohnheitsrecht keine Rücksicht nehmen. Hofger. Ordn. a. a. D. — Vergl. dagegen Mittermaier a. a. D. §. 110.

37) Landesf. Rescript vom 20. August 1742. Promt. II. 420.

38) Landesf. Rescript vom 5. Novbr. 1765. Promt. I. 69.

39) Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 110.

40) Vergl. Engelbrecht, De genuin. decision. jur. fontib. etc. §. 21. — du Roi a. a. D. §. 31 flgg. — Mittermaier a. a. D. §. 29.

41) Verordn. vom 15. Januar 1814. N^o 14. §. 9 und vom 2. Januar

Die Literatur des braunschw. Privatrechts, die, insbesondere in Betreff einzelner Theile desselben, ziemlich reichhaltig ist, indem dazu die Schriften über das verwandte hannöv. Recht gerechnet werden müssen, ausführlich hier zu verzeichnen, gestattet der dieser Arbeit vorgezeichnete Raum nicht. Es wird deshalb auf folgende neuere Schriften:

- 1) du Roi, Anleitung zur Kenntniß der Quellen und der Literatur des br. wolsenb. Staats- und Privatrechts. 1792.
- 2) Zachariä, Grundriß des br. wolsenb. Privatrechts, mit beigelegter Literatur. 1832.
- 3) Schneider, Fragmente über Privatrecht zc. des Herzogthums Braunschweig. 1836.
- 4) Grefe, Leitfaden zum Studium des hannöv. Privatrechts. 1838.

mit dem Bemerkten verwiesen, daß die Literatur der neuesten Zeit durch etwas Bedeutendes nicht vermehrt ist.

1818. № 1. Diese letzte Verordnung ist besonders insofern wichtig, als dieselbe von der Ansicht ausgeht, daß der Rechtszustand des suspendirten Herzogthums mit allen seinen Instituten auch während der Fremdherrschaft als fortdauernd anzusehen gewesen sei, und darauf die abnorme Bestimmung stützt, daß nach diesem älteren Rechtszustande die rechtliche Befähigung der contrahirenden Personen bei Contracten zc. beurtheilt werden müsse. Es waren der Verordnung mehrere Entscheidungen des Ob. Appellat. Gerichts im gleichen Sinne vorausgegangen. Vergl. v. Bülow, Abhandl. über einzelne Materien des röm. bürgerl. Rechts Th. 2. № 1. — Waldeck, Controversen-Entscheidungen № 2 und 3.

I. K a p i t e l. •

Personenrecht.

A. Von den Personen in ihrem natürlichen Zustande.

§. 1.

I. Eheliche und uneheliche Geburt.

Eichhorn, Deutsches Privatrecht. §. 89.

Als eheliche Kinder werden die Kinder angesehen, welche während der Dauer einer Ehe oder in den ersten zehn Monaten nach erfolgter Trennung derselben geboren werden, so lange ihre uneheliche Abkunft nicht gerichtlich erwiesen worden ¹⁾. Außerdem, daß die unehelichen Kinder unfähig zur

- 1) Reglement des Consistoriums vom 10. Decbr. 1812. Bege, Repertorium der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die herzogl. br. Lande Th. 1. S. 213. — Consistor. Auschr. vom 2. Decbr. 1837. G. u. B. G. N. 55. S. 799. — Die obigen Bestimmungen, welche das Consistorium behuf Führung der Kirchenbücher bekannt gemacht hat, sind dem röm. Rechte entnommen. (L. 5. D. De in jus voc. II. 4. — L. 6. D. De his, qui sui vel etc. I. 6. — L. 3. §. 11. D. De suis et legit. hered. XXXVIII. 16.) — Nach der Praxis kann die gesetzliche Vermuthung, daß ein während der Ehe gebornes Kind auch den Ehemann zum Vater habe, nur durch den Beweis solcher Umstände gestört werden, welche die Unmöglichkeit der Vaterschaft des Ehemannes darthun. (v. Bülow, Abhandl. über einzelne Materien des röm. bürgerlichen Rechts Th. 2. S. 268. — Strube, Rechtl. Bedenken, Ausgabe von Spangenberg N. 70 und 72; ältere Ausg. Bd. 3. N. 51 und Bd. 5. N. 86. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörterungen Bd. 4. N. 68. — Eichhorn, Kirchenrecht Bd. 2. S. 449.) In einem solchen Falle ist derjenige für den Erzeuger des Kindes anzusehen, welcher erweislich mit der Mutter den Beischlaf zu einer Zeit vollzogen hat, die mit der Epoche der Geburt und mit dem damals bei dem Partus eingetretenen Grade der Reife in einem entsprechenden Verhältnisse steht. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 8. März 1841. J. S. Reinecke c. Oppermann.

Lehnssuccession²⁾, so wie zur Intestat-Erbfolge ihres Vaters³⁾ sind, genießen sie alle Rechte gleich den ehelich gebornen und insbesondere ist uneheliche Geburt, auch ohne erfolgte Legitimation⁴⁾, kein Hinderniß der Aufnahme in Gilden⁵⁾. Die Gesetzgebung sucht das Andenken an die uneheliche Geburt zu verwischen, indem sie die Legitimation, vorausgesetzt, daß dadurch den Rechten des Landesfürsten kein Abbruch geschieht, und auch wohlervorbene Rechte dritter nicht verletzt werden⁶⁾, nicht nur im Allgemeinen befördert⁷⁾, sondern auch die speciellen Bestimmungen enthält, daß wegen der in den Armen-Anstalten erzogenen unehelichen Kinder an den Landesfürsten berichtet werden soll, damit denselben die Legitimation ertheilt werden könne⁸⁾; daß die Prediger bei der Taufe eines unehelichen Kindes auf die Benennung des Vaters nicht bestehen⁹⁾, auch bei der Pro-

-
- 2) Landschaftl. Privilegien v. 9. April 1770. Art. 32. Promt. der br. wölfenb. Landes-Verordnungen von Fredericksborff, neu bearbeitet von Steinacker Th. 2. S. 81. — S. §. 250.
- 3) Verordn. v. 9. April 1770. Promt. II. 18. — S. §. 293. — Ueber die frühere Rechtsbeschränkung der unehelich gebornen Kinder s. v. Selchow, Anfangsgründe des br. lüneb. Privatr. §. 254. — Selchow, Elem. jur. germ. §. 88. — Mynsinger, Observ. Cent. I. Obs. XXXI.
- 4) Früher wurden uneheliche Kinder nur dann als gütbefähig angesehen, wenn sie legitimirt waren. Gilde-Ordn. v. 4. März 1765. §. 32.
- 5) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 65.
- 6) Verordn. vom 3. Januar 1593. Promt. I. 262, welche insbesondere verbietet, durch die Legitimation den Lehnsherren, die Agnaten, Mitbelehnten und solche Personen, welchen Landesf. Privilegien ertheilt sind, zu benachtheiligen. Vergl. Landes-Grund-Gesetz v. 12. Octbr. 1832. §. 6. — Mynsinger, Observat. etc. Cent. I. Obs. XXXV et Cent. III. Obs. XXVI. — Ueber die Erlangung des Adels durch Legitimation s. Eichhorn §. 60.
- 7) Consistor. Aussch. vom 11. Juni 1836. G. u. B. S. N. 19. S. 113.
- 8) Landesf. Aussch. vom 8. August 1755. N. 7. Promt. I. 36. — Vergl. Klüber, Deffentl. Recht der deutsch. Bundesstaaten 3. Aufl. §. 486.
- 9) Verordn. vom 8. Decbr. 1591. — Kirch. Ordn. Th. 1. Cap. VIII. §. 4. Promt. II. 388.

clamation unehelich geborner Personen den Vater nicht nennen sollen ¹⁰⁾, und daß eine gerichtliche Untersuchung wegen der Unzuchtsbrüche nicht mehr zulässig ist ¹¹⁾.

Ueber die Legitimation unehelicher Kinder und die Verpflichtung zur Ernährung derselben s. §. 17.

§. 2.

II. Lebensalter.

Eichhorn §§. 318. 319 und 323.

Obwohl mit dem vollendeten ein und zwanzigsten Jahre gewissermaßen Volljährigkeit eintritt, so ist dies doch nur eine unvollkommene (§. 26) und zur vollkommenen Volljährigkeit ist der dem röm. Rechte entlehnte Termin des vollendeten fünf und zwanzigsten Jahres erforderlich ¹⁾. Ein solches Alter genügt indeß noch nicht, um auch als Landtagsabgeordneter oder als Stadtverordneter wählbar zu sein, vielmehr wird dazu ein Alter von dreißig Jahren erfordert ²⁾; in bei-

10) Consistor. Rescr. vom 9. Febr. 1771. Promt. II. 241.

11) Landesf. Rescr. vom 22. Juni 1821. Bege II. 47. — Früher mußten die Leichen der Kinder der privilegirten Huren aus der Stadt Braunschweig an das anatomisch-chirurgische Institut daselbst abgeliefert werden (Landesf. Rescr. vom 19. Septbr. 1750, 10. Decbr. 1750, 3. März 1761 und 27. April 1772. Promt. II. 392); dies geschieht jetzt gleichfalls nicht mehr. (Cammer-Rescr. v. 19. Decbr. 1828. Bege II. 55.)

1) Verordn. v. 15. Febr. 1814. № 31. — Vergl. Glück, Comment. Bd. 2. §. 224. — Mittermaier, Deutsches Privatrecht (6. Aufl.) Th. 1. §. 44.

2) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 71. — Städte-Ordnung vom 4. Juni 1834. §. 56. — Die Militairpflichtigkeit beginnt mit dem vollendeten 21. Lebensjahre und währt fünf Jahre beim stehenden Corps und zwei Jahre bei der Reserve. (Gesetz v. 23. Febr. 1837. № 10. §. 4 und 5.) Da nun zur Erlangung des Bürgerrechts oder eines öffentlichen Amtes, zum Antritte der Bewirthschaftung eines eigenen Grundstückes, oder zur Betreibung eines Gewerbes erfordert wird, daß der Militairpflicht beim stehenden Truppcorps genügt ist (Gesetz vom 23. Febr. 1837. № 10. §. 57.), so folgt daraus für jene Fälle, wenn nicht eine Befreiung

den Fällen gilt das zurückgelegte fünf und sechzigste Lebensjahr als Entschuldigungsgrund zur Ablehnung des Auftrages resp. des Amtes ³⁾. Der Staatsdiener kann nach vollendetem siebenzigsten Altersjahre verlangen, in den Ruhestand versetzt zu werden ⁴⁾.

Veniam aetatis (Jahrgebung) ertheilt nur der Landesfürst ⁵⁾. Am gewöhnlichsten kommt die gemeinrechtliche vor, wodurch der Minderjährige wegen seiner nachmaligen Handlungen wie ein Volljähriger verpflichtet wird, indeß bei der Veräußerung von Immobilien und bei der Disposition über sein Capitalvermögen gleich einem Vormunde an das richterliche Zahlungsdecret (§. 24) gebunden bleibt ⁶⁾, weshalb ohne ein solches an ihn mit Sicherheit auch keine Zahlung geschehen kann, welche die Substanz seines Vermögens betrifft ⁷⁾. Neben der gemeinrechtlichen *venia aetatis* besteht noch eine particularrechtliche mit dem Zusätze „*cum facultate libere de rebus suis disponendi*“, welche dem Minderjährigen auch in Betreff der Befugniß, über sein Vermögen auf jede Weise frei zu disponiren, alle Rechte eines Volljährigen giebt ⁸⁾.

vom Militairdienste oder eine Dispensation eintritt, die Nothwendigkeit eines Lebensalters von 26 Jahren.

- 3) Landes-Grund-Gesetz v. 12. Octbr. 1832. §. 82. — Städte-Ordn. v. 4. Juni 1834. §. 50. — Ueber den Eintritt der *senectus* nach röm. Rechte s. Glück, Comment. Bd. 2. C. 228. — Archiv für civil. Praxis Bd. 8. C. 74.
- 4) Staats-Dienst-Gesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 49.
- 5) Ob der Regent dabei an die Vorschrift des röm. Rechts, daß der Minderjährige ein Alter von 20 oder 18 Jahren, je nachdem derselbe männlichen oder weiblichen Geschlechts ist, erreicht haben müsse (L. 2. C. De his qui ven. aet. II. 45.), gebunden sei, verneint Homborg, Praelection. academ. Lib. I. Tit. XXII. §. 2. — Stryk, Usus mod. I. p. 407. — Glück a. a. O. Bd. 2. C. 226.
- 6) L. 1 et 3. C. De his qui ven. aet. (II. 45.)
- 7) Berordn. vom 24. Januar 1771. (Promt. II. 416.)
- 8) Landesf. Rescr. vom 8. Juli 1803. Promt. II. 417. Durch diese particularrechtliche, wirksamere *venia aetatis* wird die Bestimmung des gemeinen Rechts, daß *venia aetatis* in den Fällen nicht zu-

Die Bestimmungen über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Minderjährigkeit sind bei der Lehre von der Beendigung der Vormundschaft (§. 26) angeführt, weil die vaterländische Gesetzgebung von dieser Resitution im Zusammenhange mit der Vormundschaft handelt.

§. 3.

III. K r a n k h e i t.

Die Bestimmung des gemeinen Rechts, daß für solche volljährige Personen, welche an einem Leibes- oder Gemüths-Gebrechen leiden, wodurch sie zu der Verwaltung ihres Vermögens oder zum freien Vernunftgebrauche unfähig sind, als Sinnlose, Blöde, Stumme, Taube, Blinde u. eine Curatel angeordnet werden muß, findet unbeschränkte Anwendung ¹⁾. (§. 27.)

Krankheit und Körperschwäche befreiet von der Verpflichtung zur Uebernahme des Landtagsabgeordneten-Auftrages und des Stadtverordneten-Amtes, und giebt dem Staatsdiener das Recht auf Versetzung in den Ruhestand ²⁾.

Kranke, welche nicht die Mittel besitzen, ihre Heilung zu bestreiten, müssen auf Kosten der Armen- oder der Gemeinde-Casse ihres Wohnortes geheilt werden, wenn für diese nicht aus besonderen Gründen eine öffentliche Casse eintritt ³⁾.

reiche, wo von einem Gesetze oder von einer Privatdisposition ausdrücklich Volljährigkeit gefordert werde (L. 4. C. De his qui ven. aet. II. 45.), nicht aufgehoben. Engelbrecht, Compend. jurisprudent. Lib. IV. Tit. IV. §. 22. — Strube, Rechtl. Bed. N^o 81. (III. 32.) — Glück, Commentar Bd. 2. §. 130.

- 1) Ordnung und Instruct. der Vormundschafsherren der Stadt Braunschweig vom 5. August 1689. §. 18. — Vormundsch. Ordn. der Stadt Helmstedt vom 9. April 1745. §. 35. Promt. II. 439.
- 2) Staats-Gr. Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 82. — Staats-Dienst-Gesetz v. 12. Octbr. 1832. §. 49. — Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 50. — Die Waffenfähigkeit wird ebenfalls durch körperliche und geistige Diensttauglichkeit bedingt. Gesetz vom 23. Febr. 1837. N^o 10. §. 2.
- 3) Verord. vom 5. Juli 1826. N^o 17, welche das bei der Behand-

§. 4.

IV. Tod. — Todes = Erklärung.

Eichhorn §. 327.

Bei Abwesenden, deren Leben und Aufenthalt unbekannt ist, tritt die Vermuthung ihres Todes, der gemeinrechtlichen Praxis gemäß ¹⁾, dann ein, wenn der Abwesende das siebenzigste Lebensjahr vollendet haben würde ²⁾, vorausgesetzt, daß die Abwesenheit schon dreißig Jahre gedauert hat, ohne daß seit dieser Zeit von dem Verschollenen Nachricht eingelaufen ist ³⁾. Die Todes = Erklärung selbst geschieht durch die Gerichte und es muß derselben eine Edictalladung, welche präclusiv ist, und ein rechtliches Verfahren vorangehen. Die

lung armer Kranken und bei der Aufbringung der dadurch verursachten Kosten zu beobachtende Verfahren betrifft. — Ueber die Aufnahme geistes- und gemüthskranker Personen in das St. Alexii Pflegehaus zu Braunschweig s. Cammer = Rescript vom 8. Decbr. 1832. Bege III. 304.

- 1) Im röm. Rechte findet sich überall keine bestimmte Norm für die Vermuthung des Todes eines Verschollenen und ein Erbrecht in den Nachlaß eines solchen konnte nicht anders geltend gemacht werden, als wenn der Tod des Erblassers in rechtliche Gewißheit gesetzt war. L. 19. D. De acq. vel omitt. heredit. (29. 2.) — Glück, Commentar Bd. 23. §. 1397. e. — Schweppe, röm. Privatrecht §. 61. — v. Wangerow, Leitfaden für Pandect. Vorles. §. 33. — v. Bülow, Abhandlungen über einzelne Materien des röm. Rechts Th. 1. № 12.
- 2) Vergl. landesf. Rescript vom 5. April 1830. Bege II. 174.
- 3) Die Rechtsvermuthung für das Leben eines Verschollenen bis zu dessen 70. Lebensjahre gilt indeß nur in Rücksicht auf die von ihm vor seiner Entfernung erworbenen und zurückgelassenen Güter, nicht aber auch in Rücksicht auf seine Person und seine persönlichen Verhältnisse, aus welchen Erwerbungen möglich sind. In Ansehung dieser tritt bis zu jenem Zeitpunkte weder für das Leben, noch für den Tod eine rechtliche Vermuthung ein, vielmehr muß derjenige, welcher auf das Eine oder Andere einen Anspruch gründet, den Beweis führen. Erkenntn. des Ob. App. Ger. vom 10. Juli 1838 J. C. Bahns c. Minderlein. S. Samml. interess. Auss. aus dem Gebiete des gemeinen Rechts Bd. 2. S. 127. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 9. (III. 104.) — Glück a. a. D. §. 1397. e. Note 96.

Gerichte haben die Verpflichtung, in allen Fällen, wo die Curatoren Abwesender, wenn diese das siebenzigste Lebensjahr überschritten haben würden, versäumen, die zur Beendigung der Curatel geeigneten Schritte zu thun, die Curatoren anzuweisen, auf die Todes-Erklärung anzutragen und eine Edictalladung sowohl des Abwesenden, als auch der Erben desselben auszuwirken. Im Falle sich so wenig der Abwesende, als Erben desselben einfinden oder gehörig legitimiren, muß das Gericht dem Finanz-Collegio die erforderliche Anzeige behuf Wahrnehmung der fisciatischen Rechte ex officio machen, indeß ist das Finanz-Collegium ohne eine solche Anzeige ebenfalls berechtigt, bei dem competenten Gerichte auf Todes-Erklärung und auf Präclusion der etwaigen unbekannten Erben anzutragen ⁴⁾).

Besondere gesetzliche Bestimmungen treten hinsichtlich der aus den Feldzügen von 1807 bis 1815 nicht zurückgekehrten Militairpersonen ein, indem dieselben, ohne Rücksicht auf ihr Lebensalter, für todt erklärt werden können, wenn sie auf Antrag der Interessenten zu einem wenigstens auf ein Jahr hinauszurückenden Termine edictaliter vorgeladen und nicht erschienen, auch über ihr Leben und ihren Aufenthalt keine glaubhafte Nachrichten eingelaufen sind. Das Gesuch um Todes-Erklärung ist bei dem Gerichte des letzten Wohnortes des Abwesenden anzubringen. Dem Gerichte muß dabei zugleich darüber Anzeige gemacht werden, mit welchem Truppen-Corps und zu welcher Zeit der Abwesende in das Feld gegangen ist; nicht weniger müssen die näheren Umstände, welche die Entfernung, den letzten Aufenthalt und den wahrscheinlichen Tod des Abwesenden betreffen, dem Gerichte angegeben und so viel als möglich nachgewiesen werden, auch ist die Absicht und der Grund, weshalb die Todes-Erklärung nachgesucht wird, anzuführen und das rechtliche Interesse des Impetranten dabei nachzuweisen. Letzterer hat eidlich zu erhärten, daß ihm von dem Leben des Verschollenen keine

4) Landesf. Rescript vom 5. April 1830. Bege II. 174. — Vergl. Pfeifer, Pract. Ausfüh. Bd. 4. Nr. 11.

glaubhafte Nachricht zugekommen ist, und eidlich anzugeloben, daß er Nachrichten, die er hierüber etwa noch erhalten würde, dem Gerichte sofort mittheilen wolle. Zu den Verhandlungen ist der Curator des Abwesenden, der erforderlichen Falls zu solchem Zwecke besonders bestellt werden muß, zuzuziehen. Da ein solches Verfahren indeß nur den Beweis des Todes erleichtern soll, so sind, wie bei der gemeinrechtlichen Todes-Erklärung, alle übrigen, den Rechten nach zulässigen Beweismittel des Todes dadurch nicht ausgeschlossen 5).

B. Von den Personen in Familien-Verbindung.

§. 5.

I. Verwandtschaft.

Der Einfluß, den Verwandtschaft auf gewisse Rechtsverhältnisse hat, z. B. auf die Eingehung der Ehe, die Vormundschaft und Curatel, die Alimentationspflicht, das Erbrecht u. ist bei der Abhandlung dieser Lehren bemerkt.

II. E h e r e c h t.

Sichhorn §. 290 bis 314.

§. 6.

A. Allgemeines.

Die vorzüglichste Quelle für das Eherecht, hauptsächlich in kirchlicher Beziehung, ist die erneuerte Kirchen-Ordnung vom 1. Mai 1709. Viele andere, insbesondere privatrechtliche Bestimmungen finden sich zerstreuet in Verordnungen aus verschiedenen Zeiten; von denen aus neuerer Zeit ist die Verordnung vom 14. April 1814 N^o 55 die wichtigste.

Der Concubinat ist durch die hiesigen Landesgesetze streng verboten 1).

5) Verordn. v. 5. Januar 1824. (Nr. 1.) — Aehnliche Bestimmungen enthält die hannöversche Gesetzgebung. Grefe, Leitfaden zum Studium des hannöv. Privatrechts Th. 2. §. 98.

1) Verordn. v. 3. Januar 1593. Promt. I. 262. — Durch die Reichs-

Alle Ehe- und Verlöbnißsachen gehören, ohne Unterschied der Religion der streitenden Theile, vor die ordentlichen Gerichte und werden nach den Landesgesetzen entschieden 2).

B. E i n g e h u n g d e r E h e.

§. 7.

1. Verlöbniß und Ehestiftung.

Zu einem gültigen Verlöbniß ist, außer einer desfallsigen freiwilligen, ohne Einwirkung von Furcht, Betrug und Irrthum und in bestimmten Ausdrücken erklärten Uebereinkunft beider Theile 1), die Einwilligung der Eltern 2) oder

- Abschiede von 1530, 1548 und 1577 war bereits der Concubinat allgemein verboten. Vergl. Pufendorf, *Observat. jur. univ. T. I. obs. 89.* — Engelbrecht, *Collat. jur. comm. Cap. 4. §. 5.*
- 2) Verordnung vom 9. April 1768. §. 12 und 13. (*Promt. II. 297.*) — desgl. vom 3. Febr. 1814. (Nr. 27.) §. 7. — desgl. vom 26. März 1823. (Nr. 7.) §. 2. — Gesetz vom 15. Decbr. 1832. (Nr. 33.) §. 10.
- 1) L. 11, 12 et 13 D. De sponsal. (23. 1.) — Cap. 4. i. f. 6, 13 et 23 X. De sponsal. (4. 1.) — Böhmer, *Princip. jur. can. §. 364.* — Kirchen-Ordn. von 1569. Tit. Von der Blutsfreundschaft etc. §. Da sich auch etc. — Engelbrecht, *Collat. jur. comm. Cap. 4. §. 7.* — Ueber die Nothwendigkeit einer ausdrücklichen Erklärung der Verlobten s. v. Bülow und Pagemann, *Pr. Erört. Bd. 4. Nr. 63. §. 4.*
- 2) Die Vorschrift der Verordn. vom 25. Febr. 1685, vom 2. Januar 1704 und 19. Novbr. 1725 (*Promt. I. 266*), daß alle Personen, also auch diejenigen, welche sich nicht mehr in väterlicher Gewalt befinden, der Einwilligung der Eltern bedürfen, stützt sich darauf, daß die Nothwendigkeit dieser Einwilligung nach deutschem Rechte nicht als ein Ausfluß der väterlichen Gewalt angesehen, sondern unter den moralischen Gesichtspunkt der den Eltern schuldigen Ehrerbietung gestellt wird. Als eine Abweichung von diesem Grundsatz mußte die Bestimmung der Kirchen-Ordn. von 1569. Tit. Von heimlicher unordentlicher Eheverpflichtung etc. erscheinen, wonach der elterliche Consens nur so lange erforderlich sein sollte, als die Kinder in väterlicher Gewalt waren. Engelbrecht, *Collat. jur. comm. Cap. 3. §. 4.* — Die Controverse, ob die Mißbilligung der Mutter das Verlöbniß des Kindes ungültig mache, wenn

Vormünder ³⁾, so wie auch deren Gegenwart, Falls dieselben aber zu weit entfernt sind, die Gegenwart der Gerichtsobrigkeit, und in beiden Fällen die Zuziehung von zwei männlichen Zeugen ⁴⁾ erforderlich. Wenn aber die Personen, welche das

der Vater dasselbe gebilligt habe? wird verneint werden müssen, weil das Ansehen des Vaters das der Mutter überwiegt. Leyser, *Meditation. ad pandect.* Sp. 18. Nr. 3. Sp. 291. Nr. 8. Sp. 468. Nr. 29. — v. Bülow und Hagemann, *Pract. Erörter.* B. 3. Nr. 53. — Vergl. Eichhorn §. 315. — Böhmer, *Princip. jur. can.* §. 369. — Nach dem canon. Rechte ist die Einwilligung der Mutter in die Ehe überall nicht erforderlich. Eichhorn, *Kirchenrecht* Bd. 2. S. 434.

- 3) Die Einwilligung der Vormünder, welche so wenig das römische (L. 20. D. De ritu nupt. 23. 2.), als das canonische Recht (Cap. 23. X. De sponsal. 4. 1. — Böhmer, *Princip. jur. can.* §. 369. — Eichhorn, *Kirchenrecht* Bd. 2. S. 434.) fordert, bezeichnet schon die Kirchen-Ordnung von 1569. Tit. Von heimlicher und unordentlicher Eheverpflichtung zc. als ein wesentliches Requisit eines gültigen Verlöbnißes. Engelbrecht, *Coll. jur. Cap.* 3. §. 4. — Leyser, *Meditat.* Sp. 291. Nr. 10.

Die Bestimmung, daß der bei Verheirathungen von den Eltern oder Vormündern ohne genügenden Grund versagte Consens vom Richter supplirt werden kann (§. 11), findet analoge Anwendung auf Verlobungen. Vergl. von Bülow und Hagemann, *Pract. Erörter.* Bd. 4. Nr. 64. — Pfeifer, *Pract. Ausführ.* Bd. 5. Nr. 4.

- 4) Die Zuziehung von Zeugen ist nach canon. Rechte nicht erforderlich. Eichhorn, *Kirchenrecht* Bd. 2. S. 435. — Unser Particularrecht legt aber darauf ein besonderes Gewicht, so daß ein landesf. Rescript vom 4. Septbr. 1709, welches bestimmte, daß ein Verlöbniß auch ohne Zuziehung von Zeugen, die nur mellois probationalis gratia zu adhibiren wären, gültig sein sollte, wenn die Verlobten und deren Eltern ihre Genehmigung vor Gericht eingestanden hätten, durch ein landesf. Rescript vom 23. Novb. 1801, mit Hinweisung auf die Verlöbniß-Ordn. von 1725, ausdrücklich aufgehoben ist. — Nach der hannöv. Eheverlöbniß-Constitution vom 5. Januar 1733. §. 1. dürfen die Brüder und die Söhne der Brüder und Schwestern der sich Verlobenden nicht als Zeugen zugezogen werden, wohl aber die übrigen Verwandten, vorausgesetzt, daß dieselben nicht die Vormundschaft über die sich Verlobenden führen. Grese, *Leitfaden zur Kenntniß des hannöv. Privatrechts* Th. 2. S. 39.

Verlöbniß eingehen wollen, keine Eltern oder Vormünder haben, so muß dasselbe mindestens im Beisein der nächsten Anverwandten ⁵⁾ und zweier Zeugen geschehen. Auf dem Lande soll auch der Prediger ⁶⁾ zugezogen werden. Im Falle aus erheblichen Ursachen die Zuziehung der Anverwandten, Vormünder oder des Predigers nicht sofort möglich ist, so muß doch längstens binnen 14 Tagen denselben und der Obrigkeit von dem Verlöbniße in Gegenwart und mit Benennung der Zeugen Nachricht gegeben und die Einwilligung jener oder die der Obrigkeit nachgeholt werden. Verlöbniße, bei welchen diese Vorschriften nicht beobachtet sind, sollen nichtig sein und kein Klagerrecht begründen. Auf die obigen Requisite soll indeß dann nicht so genau gesehen werden, wenn eine Mannsperson ein unbescholtenes Frauenzimmer unter dem Versprechen der Ehe zum Weischlafe verleitet hat, gleichwohl bleibt auch in einem solchen Falle der Consens der Eltern ⁷⁾ zu der Verlobung ein wesentliches Erforderniß ⁸⁾. Unter Eltern sind übrigens allein die rechten Eltern zu verstehen, so daß die Einwilligung der Stiefeltern in das Verlöbniß der Stieffinder in keinem Falle erforderlich ist. Es soll indeß auf dieselben in dem Falle gehört werden, daß sie Gründe vorbringen, durch welche die Gerichte bestimmt werden können, die Ehe der Stieffinder gegen den Willen der Vormünder zu gestatten oder zu untersagen ⁹⁾.

5) Unter diesen werden zunächst die noch lebenden Großeltern verstanden. Homborg, Consil. etc. Resp. 64. — Ausdrücklich schreibt solches die hannov. Verordn. vom 5. Januar 1733. §. 1 vor.

6) Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Th. 3. Nr. 52.

7) Ueber die gemeinrechtliche Controverse, ob das Recht der Eltern, eine Verlobung des Kindes wegen nicht eingeholten Consenses zu annulliren, durch hinzugekommenen Weischlaf der Verlobten aufgehoben werde, s. Leyser, Meditat. ad pandect. Sp. 291. Nr. 3. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 3. Nr. 53. Note b.

8) Verordn. v. 2. Januar 1704 und vom 19. Novbr. 1725. Promt. I. 266. — Diese Verordn. sind auch den katholischen Geistlichen mitgetheilt, um dieselben alljährlich von den Kanzeln abzulesen. Verordn. vom 9. April 1768. §. 1. Promt. II. 294.

9) Landesf. Rescript vom 22. Januar 1742. Promt. I. 268.

Zu der Gültigkeit der Verlobungen der Unterofficiere und der gemeinen Soldaten ist außer diesen Förmlichkeiten auch die Einwilligung des Commandeurs ein wesentliches Erforderniß, so daß die Verlobungen derselben ohne diese Einwilligung selbst dann nicht gültig sein sollen, wenn eine Schwängerung erfolgt ist, es wäre denn, daß der Soldat die Frauensperson durch Betrug verleitet hätte ¹⁰⁾.

Verlobte dürfen ohne erhebliche Ursache nicht in demselben Hause zusammen wohnen ¹¹⁾.

Obwohl auch nach der neueren Gesetzgebung ¹²⁾ das Verlöbniß die Verlobten im Allgemeinen zur Eingehung der

10) Beropdn. vom 15. Januar 1717. Promt. I. 263. — Vergl. Gesetz vom 23. Februar 1837. Nr. 10.

11) Consistor. Ausschr. vom 5. Februar 1733 und landesf. Rescript vom 6. März 1751. Promt. II. 419. — Consistor. Rescript vom 18. Decbr. 1817. Bege I. 192.

12) Nach den älteren Gesetzen konnte aus einem förmlichen Eheverlöbniße auf Vollziehung der Ehe geklagt werden und die Verlöbniß-Ordn. vom 19. Novbr. 1725. §. 4. (Promt. I. 267) setzte ausdrücklich fest, daß der zurücktretende Theil einem bösslichen Verlasser gleich gehalten werden und seinem Gegner in dasjenige verfallen sein solle, was demselben den Eheveredungen oder gemeinen Rechten nach gebühre; außerdem sollte dem Schuldigen eine anderweite Verlobung und Berehelichung absque plenissima causae cognitione und ohne höchst erhebliche Ursachen nicht gestattet werden. Indes zwangen die Gerichte, nach einer bei den Protestanten eingeführten Praxis, eine Partei nicht leicht zur Ehe, insbesondere wenn kein Beischlaf erfolgt war (Leyser, Meditat. ad pandect. Sp. 205. Nr. 6, 7 et 9. — Homborg, Consil. etc. Resp. 102 et 286.), am wenigsten aber, dann, wenn Todtfeindschaft oder Haß zwischen den Verlobten eintrat. (Homborg, Consil. etc. Resp. 99 et 260. — Carpzow, Jurispr. consistor. L. 2. def. 176. — Brunnemann, Jus. eccl. L. 2. C. 16. §. 7.) Aufgehoben konnten die gültig geschlossenen Verlobungen nicht anders werden, als durch das Consistorium und ein Vergleich über die Aufhebung eines Eheverlöbnisses ohne Genehmigung des Consistoriums war selbst dann ungültig, wenn derselbe eidlich bekräftigt war. (Leyser, Medit. ad pandect. Sp. 42. Nr. 4. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. 4. §. 1. — Liebhaber, Einleitung Bb. 2. S. 123.) Indes hoben die öffentlichen Verlobungen die heimlichen unbedingt auf und von zwei öffentlichen Verlobungen hatte die

Ehe verpflichtet, so sind doch Klagen auf Vollziehung der Ehe, es mögen selbige auf ein eigentliches Verlöbniß, oder auf den nach erfolgtem Eheversprechen gestatteten Beischlaf gegründet sein, durchaus unzulässig und der Verlobte hat gegen den zurücktretenden Theil, und die Geschwächte gegen den Verführer nur die in den Rechten begründete Entschädigungsklage ¹³⁾.

ältere den Vorzug (Engelbrecht l. c. — Homborg, Consilia. Resp. 64.), so daß selbst die mit einer andern Person eingegangene Ehe ungültig war. Homborg, Praelection. academ. L. I. Tit. 10. §. 2. — Boehmer, Princ. jur. can. §. 378. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 7. Nr. 27.

- 13) Verordn. vom 18. Februar 1814. Nr. 34. — Mit der Aufhebung der vormaligen Zwangspflicht zur Vollziehung einer durch ein zu Recht beständiges Eheversprechen verabredeten Ehe sind die in den älteren Gesetzen angedrohten Strafen weggefallen, weshalb denn auch die Gerichte nicht mehr auf Verlust der Dos erkennen, weil dieser als eine vormalige Strafe und nicht als Entschädigung angesehen werden muß. Erkenntn. des Ob. Landger. vom 17. Octb. 1820. J. S. Spiegel c. Altenburg. — Die Entschädigung erstreckt sich auf id quod interest, also nicht bloß auf Rückgabe der Geschenke u., sondern auch auf die dem verlassenen Theile durch den Rücktritt entzogenen Vortheile. Scholz, Jurist. Magaz. Bd. 2. S. 476. Wenn eine Person unter dem Versprechen der Ehe zum Beischlase verleitet ist, so werden bei der Festsetzung der Entschädigung für die Defloration, die nach dem Gerichtsgebrauche mit Rücksicht auf den Stand und die Vermögens-Verhältnisse beider Theile geschicht, ganz besonders die Vortheile erwogen, welche die Geschwächte durch Erfüllung des Eheversprechens gehabt haben würde, und es wird unter Berücksichtigung des letzteren eine höhere Entschädigungs-Summe zugesprochen, als in Fällen, wo der Schwängerung das Versprechen der Ehelichung nicht vorangegangen ist. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 16. Februar 1835. J. S. Grabenhorst c. Borchers. — Erk. des Ob. Land. Ger. v. 10. Juli 1838. J. S. Lemke c. Frohme. — Ueber die Satisfactionsforderung einer Geschwächten s. von Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 4. Nr. 69. Bd. 6. Nr. 84 und 100. — Grefe, Leitfaden Bd. 2. §. 186.

Restitution wegen Minderjährigkeit gegen ein unter den rechtlichen Erfordernissen geschlossenes Eheverlöbniß wird nach der heutigen Praxis zwar ertheilt, indeß nur dann, wenn eine Ration vorhanden und nachgewiesen ist. Scholz, Jurist. Magaz. Bd. 2.

In Betreff der Ehestiftungs-Contracte ¹⁴⁾ ist zu bemerken:

1) daß dieselben, wenn darin über bürgerliche Immobilien disponirt wird, der gerichtlichen Confirmation bedürfen (§. 98), und

2) daß, wenn andere Religionsverwandte sich mit Katholiken verheirathen, unter den Verlobten eine Eheveredung darüber, in welcher Religion die zu erwartenden Kinder erzogen werden sollen, errichtet werden muß. Die ordentliche Obrigkeit des protestantischen Theils hat zu dem Ende in Gegenwart beider Verlobten und mit Zuziehung des Beichtvaters des katholischen Theils die Eheveredung, so weit diese die Erziehung und die Religion der Kinder betrifft, zu reguliren. Von dem auf diese Weise aufgerichteten Contracte ist jedem Theile ein mit dem Gerichtssiegel originalisirtes Exemplar nebst einer beglaubigten Abschrift für die Geistlichen auszuhändigen. Wenn sich Eheleute im hiesigen Lande niederlassen, von denen der eine der evangelischen und der andere der katholischen Confession zugethan ist, so haben dieselben binnen acht Wochen nach ihrer Uebersiedelung das Document, in welchem ihre Vereinbarung über den Religions-Unterricht ihrer Kinder enthalten ist, bei Strafe der Ungültigkeit desselben, der Obrigkeit vorzuzeigen, welche daraus den betreffenden Predigern einen Auszug mittheilt.

§. 482. — Leyser, *Meditat. ad pandect. Sp.* 295. Nr. 9. — v. Bülow und Hagemann, *Pract. Erört.* Bd. 4. Nr. 66. — Dagegen wird ein Verlöbniß zwischen nicht mannbaren Personen, welches gemeinrechtlich zulässig und durch unser Particularrecht nicht verboten ist, von selbst aufgelöst, wenn ein Theil nach erlangter Pubertät seinen Rücktritt erklärt. *Cap. 29. De sponsalib.* (4. 1.) — Eichhorn, *Kirchenrecht* Bd. 2. §. 345.

- 14) Eine schriftliche Abfassung der Eheveredung, welche z. B. nach preuß. Landrechte (Th. 2. Tit. 1. §. 79 u. f.) ein wesentliches Requirat alter Verlöbnisse ist, schreibt unser Particularrecht als erforderlich nicht vor; die unter Ehestiftungen oder Verschreibungen bekannten Contracte enthalten eigentlich nur Bestimmungen über die zeitlichen Güter der Verlobten und über die Erbfolge, wobei die Zusage des Verlöbnisses wiederholt zu werden pflegt.

Im Falle bei einer schriftlichen oder mündlichen Verabredung, daß sämtliche Kinder in der katholischen Religion erzogen werden sollen, der Verdacht eintritt, daß diese Zusage von dem katholischen Theile dem evangelischen abgedrungen ist, sind beide Theile verpflichtet, eidlich zu erhärten, daß die Verabredung eine freiwillige sei ¹⁵⁾. Fehlt es überall an einer Vereinbarung über den Religions-Unterricht der Kinder, so wird nach den im §. 17 angeführten Bestimmungen verfahren.

2. Ehehindernisse.

§. 8.

a. Verwandtschaft und Schwägerschaft ¹⁾.

a) Ohne Zulassung der Dispensation sind die Ehen verboten:

- 1) zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie;
- 2) zwischen voll- und halbbürtigen, in oder außer der Ehe erzeugten Kindern;
- 3) zwischen Stief- und Schwiegereltern und Stief- und Schwiegerkindern;

15) Verordn. vom 9. April 1768. §. 5 und 7. Promt. II. 296. — Consistor. Ausschr. vom 20. Septbr. 1826. Bege II. 197. — Nach hannöv. Particularrechte (Verordn. vom 31. Juli 1826) steht dem Vater allein das Recht zu, über die Religion der in dieser Hinsicht noch nicht selbstständigen Kinder zu bestimmen und es soll ihn kein Verzicht auf dieses Recht binden. Grefe, Leitfaden 2c. Th. 2. S. 71. §. 90. Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 76. Note *).

1) Das ältere Recht dehnte die Eheverbote viel weiter aus, namentlich die Kirchen-Ordnung von 1569, und die Verordn. vom 25. Septbr. 1695 bestimmte, daß den im dritten Buche Moses im 18. und 20. Capitel aufgeführten, so wie den Personen, welche sich im gleichen Verwandtschaftsgrade befänden, insbesondere denen, welche im zweiten Grade ungleicher Linie verwandt wären, keine Dispensation ertheilt werden solle. Die erneuerte Kirchen-Ordnung von 1709. S. 108 beschränkte zwar die bis dahin bestandenen Verbote, indeß bei weitem noch nicht so sehr, als die neueste Gesetzgebung.

Ueber die Eheverbote im Hannöverschen s. Grefe, Leitfaden Th. 2. S. 55. §. 85 flg.

- 4) zwischen Personen, deren eine die andere an Kindes Statt angenommen hat, so lange diese Verbindung nicht auf eine gesetzmäßige Weise wieder aufgehoben worden ²⁾.
- b) Die Dispensation des Landesfürsten ist zu einer Verheirathung:
- 1) mit der verstorbenen Frauen Schwester und Halbschwester ³⁾ und
 - 2) mit der Schwester des Vaters oder der Mutter, oder eines weiteren Verwandten in aufsteigender Linie erforderlich. Zu Verheirathungen in anderen Verwandtschaftsgraden bedarf es einer besondern Erlaubniß nicht ⁴⁾.

§. 9.

b. A l t e r.

Mannspersonen dürfen sich nicht vor dem 18ten und Frauenspersonen nicht vor dem 15ten Jahre verheirathen ¹⁾.

- 2) Diese, dem röm. Rechte entnommene Bestimmung (Eichhorn, Kirchen-Recht Bd. 2. S. 419) enthielt schon die Kirchen-Ordn. von 1569. S. 254. — Vergl. Archiv für civilist. Praxis Bd 21. Nr. 12 und 17.
- 3) Nach einem Consistor. Ausfchr. an die Geistlichen vom 30. Mai 1838 ist das Consistorium autorisirt, in diesen Fällen Dispensation zu ertheilen. — Die Ehe mit des verstorbenen Bruders Wittwe, welche jetzt gestattet ist, war früher so streng verboten, daß dazu nicht einmal Dispensation ertheilt werden sollte. Landesf. Refer. vom 13. April 1756.
- 4) Verordn. vom 11. April 1814. Nr. 55. §. 10 und 11. — Landesf. Rescript vom 11. Mai 1821. Bege III. 259.
- 1) Kirchen-Ordn. v. 1709. Th. 1 Cap. 22. §. 2. — Sowohl das röm. Recht (Pr. J. De nupt. I. 10. L. 9. D. De sponsal. XXIII. 1. L. 4. D. De rit. nupt. XXIII. 2.), als das canonische Recht (Cap. 8. 10. 11. X. De despons. impub. IV. 2.) erfordern das Alter der Pubertät zur Eingehung einer Ehe, und wenn jenes zugleich als den Eintritt der Pubertät für Mannspersonen das vollendete 15te und für Frauenspersonen das vollendete 12te Lebensjahr bezeichnet, so bestimmt dieses dafür kein gewisses Alter, sondern nimmt an, eum puberem esse, qui ex habitu corporis

Da indeß während der Militairpflichtigkeit, welche mit dem zurückgelegten 21sten Lebensjahre beginnt und fünf Jahre währt ²⁾, die Verheirathung nur bedingungsweise (§. 11) gestattet ist und alle waffenfähigen Landeseinwohner militairpflichtig sind, so muß jetzt in der Regel das zurückgelegte 26ste Lebensjahr als das Alter angesehen werden, welches zur Verheirathung der Mannspersonen erforderlich ist.

§. 10.

c. Religions=Verschiedenheit.

Aus dem gemeinrechtlichen Verbote der Ehen zwischen Juden und Christen ¹⁾ folgt, daß die Verheirathung eines Juden, der zur christlichen Religion übertreten will, mit einer Christin nicht eher gestattet werden darf, als bis jener wirklich getauft ist. Die Zustimmung der Eltern in die Verheirathung bleibt auch in diesem Falle ein wesentliches Requisit ²⁾. (§. 11.)

Die Verheirathung der Katholiken mit anderen Religions=Verwandten ist unbedingt gestattet, nur muß vorher eine Uebereinkunft hinsichtlich der Religions=Erziehung der zu erwartenden Kinder getroffen sein. (§. 7.)

pubertatem ostendit et generare jam potest. (Cap. 3. X. l. c.) Neuere Gesetze haben häufig die Fähigkeit zur Eingehung einer Ehe an ein späteres Lebensalter, als das der Pubertät geknüpft; so z. B. das preuß. Landrecht (Th. 2. 1. §. 37.), welches beim männlichen Geschlechte das 18te und beim weiblichen das 14te Lebensjahr erfordert, und die lüneb. Kirch. Ordn. Cap. 14. §. 69. 70, welche die Ehe bei Knaben unter 16 und bei Mädchen unter 12 Jahren verbietet (Grefe, Leitfaden Bd. 2. S. 63. §. 87). — Vor der Kirch. Ordn. von 1709 war im hiesigen Lande das röm. Pubertäts=Alter zur Eingehung einer Ehe erforderlich. Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. 4. §. 7.

2) Gef. vom 23. Februar 1837. Nr. 10. §§. 1, 4 und 5.

1) Eichhorn, Kirchenrecht Bd. 2. S. 380. — Engelbrecht, Collat. jur. commun. Cap. 4. §. 12.

2) Consistor. Rescript vom 14. Mai 1825. Wege I. 206.

§. 11.

d. Nothwendigkeit des Heiraths-Consenses.

1) Die Eingehung einer Ehe ist nächst der, hinsichtlich ihrer Erfordernisse nach den bei anderen Rechtsgeschäften geltenden Grundsätzen zu beurtheilenden Einwilligung beider Theile ¹⁾, von der Einwilligung der Eltern oder Vormünder abhängig ²⁾, die indeß eintretenden Falls durch richterliche Verfügung, nach vorgängiger *causae cognitio*, ergänzt oder supplirt werden kann ³⁾.

2) Alle Mannspersonen und Wittwen auf dem Lande bedürfen zu ihrer Verheirathung, insofern sie nicht nach der

- 1) Eichhorn, Kirchenrecht Bd. 2. S. 350. — Schweppe, Röm. Privatrecht (4te Aufl.) Bd. 4. §. 708 flg. — Daß die Einwilligung eine freiwillige sein muß, ist ausdrücklich in der Verordn. vom 18. Febr. 1814. Nr. 34 angeführt. Bei der priesterlichen Copulation muß die Einwilligung wiederholt und bestimmt zu erkennen gegeben, und sie darf unter keinen Umständen präsumirt werden, so daß so wenig der Consens zu dem vorangegangenen Verlöbniß, als andere, die Eingehung der Ehe bezweckende Handlungen die zur rechtsbeständigen Vollziehung der Ehe wesentlich erforderliche Einwilligung ersetzen können, und die Rechtsgültigkeit der priesterlichen Copulation durch die von beiden Theilen in gehörigem Maße erklärte Einwilligung zur Vollziehung der Ehe bedingt wird. In diesem Sinne erkannte das Ob. Land. Ger. am 26. Febr. 1833 und das Ob. Apell. Ger. am 23. Juli 1833 J. C. Eppers c. Ute.
- 2) Die Einwilligung in die Ehe ist an dieselben Erfordernisse geknüpft, welche die Einwilligung in das Eheverlöbniß (§. 7) erheischt. Eichhorn a. a. D. Bd. 2. S. 433. Und wenn auch jene Einwilligung diese einschließt, so ist doch der Consens der Eltern zur Vollziehung der Ehe in allen Fällen ein wesentliches Requisit. Eichhorn a. a. D. S. 357. — Schweppe a. a. D. §. 708. — von Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 4. Nr. 64. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. 4. §. 7. — von Selchow, Br. Lüneb. Privatrecht §. 265.
- 3) Landesf. Declaration vom 4. Mai 1818. B. S. Nr. 5. — Consistor. Rescript vom 14. Mai 1825. Bege 1. S. 206. — Vergl. L. 19. D. De rit. nupt. (23. 2.) — Engelbrecht l. c. — von Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 4. Nr. 64. — Schweppe a. a. D. S. 216. Note 4. — Pfeifer, Pract. Ausführ. Bd. 5. S. 148.

früheren Verfassung von der Lösung des Bedemundscheins ⁴⁾ befreiet waren, was von dem herkömmlichen Gebrauche abhing, eines Trauscheins des betreffenden Amtes, vor dessen Ertheilung die Ehe nicht vollzogen werden und kein Prediger die Trauung verrichten darf. Der Trauschein wird nur dann ertheilt, wenn der beabsichtigten Heirath eine gesetzliche Bestimmung nicht entgegensteht und die Verlobten ohne Schwierigkeit sich an einem gewissen Orte häuslich niederlassen, auch sich mit Familie hinreichend nähren können. Es wird zwar für den Trauschein der frühere Bedemund nicht mehr, dagegen aber eine Abgabe an die Amts-Feuercasse bezahlt ⁵⁾. Diejenigen Mannspersonen, auf welche die obige Bestimmung nicht anwendbar ist, bedürfen zu ihrer Verheirathung einer obrigkeitlichen Bescheinigung darüber, daß in polizeilicher Hinsicht der einzugehenden Ehe ein Hinderniß nicht entgegenstehe. Eine solche Bescheinigung darf nicht versagt werden, wenn wegen des Wohnortsrechts der künftigen Eheleute, so wie wegen ihrer Vermögens-Verhältnisse und ihrer Erwerbsfähigkeit eine Bedenklichkeit gegen die Ehe nicht obwaltet. Den Predigern ist bei Strafe untersagt, vor Beibringung des obrigkeitlichen Attestes mit der Trauung zu verfahren ⁶⁾.

4) Der Bedemund war ursprünglich eine Abgabe des Leibeigenen an seinen Herrn für die Erlaubniß zur Verheirathung. Eichhorn, Deutsches Privatrecht §. 71. — Als später die Trauungen der Landleute von der Beibringung eines Erlaubnißscheins der dem Bräutigam vorgesetzten Obrigkeit abhängig gemacht wurden, nannte man diesen Schein, für welchen eine Abgabe entrichtet werden mußte, ebenfalls Bedemund. Engelbrecht l. c. Cap. 4. §. 7.

5) Allgem. Landes-Ordn. Art. 99. Promt. I. 84. — Verordn. vom 24. März 1825. Nr. 4. — Auf canonische Ehehindernisse hat die weltliche Obrigkeit bei Ertheilung des Trauscheins nicht besonders zu achten; sie bleiben der Beurtheilung und Prüfung des Geistlichen, welcher die Trauung zu vollziehen hat, überlassen. Pagemann, Pract. Erörter. Bd. 8. a. Nr. 34. — Ueber die Erfordernlichkeit der Trauscheine im Hannöv. s. Grefe, Leitfaden Th. 2. S. 52. — Nach dem hannöv. Gesetze vom 30. September 1842 (Off. Ges. Samml. 1842. Abth. I. Nr. 41) sind Ehen, welche von Juden ohne obrigkeitliche Erlaubniß geschlossen worden, nichtig.

6) Verordn. vom 8. Novbr. 1830. Nr. 26. — Den Staatsbediensteten

3) Diese Bestimmungen finden auch auf die reservepflichtigen Landeseinwohner ⁷⁾ Anwendung, aber nicht auf wirkliche Militairpersonen, Officiere, so wie Militairbeamte mit Officiersrang, welche, mögen sie im activen Dienste, auf Warregeld oder auf Pension stehen, vor Eingehung der Ehe die Genehmigung der höchsten Landesbehörde einholen müssen ⁸⁾. Unterofficiere und Soldaten bedürfen der Genehmigung des Commandeurs des Truppencorps, der dieselbe nur nach vorgängiger Erklärung von Seiten der Localbehörde und auf erfolgte Mittheilung der betreffenden Kreisdirection, daß in polizeilicher Hinsicht der beabsichtigten Verheirathung ein Bedenken nicht entgegen steht, ertheilen darf ⁹⁾. Die ohne Consens resp. der höchsten Landesbehörde oder des Chefs geschlossene Ehe ist nichtig und bleibt solches selbst dann, wenn sie durch priesterliche Copulation vollzogen und Schwängerung erfolgt sein sollte. Dieselbe hat außerdem sowohl die Bestrafung des Predigers, von dem die Trauung geschehen ist, als auch desjenigen, welcher sich ohne Consens verheirathet hat, zur Folge ¹⁰⁾.

Die dem stehenden Truppencorps nicht einrangirten Militairpflichtigen der ersten fünf Altersklassen bedürfen zu ihrer Verheirathung der Erlaubniß der Kreisdirection, die nur

2ter Classe und anderen im Staatsdienste beschäftigten, aber nicht förmlich angestellten Personen soll der Trauschein erst nach vorangegangener Communication mit der dem Bräutigam vorgesetzten Behörde und nach Erledigung der aus der Geringfügigkeit des Dienst-Einkommens gegen die Ehe obwaltenden Bedenken ertheilt werden. Minister. Rescript vom 1. Juli 1842. G. und B. G. Nr. 68.

- 7) Ges. vom 23. Febr. 1837. Nr. 10. §. 59.
- 8) Verordn. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. Art. 131. G. 256.
- 9) Gesetz vom 23. Febr. 1837. Nr. 10. §. 58.
- 10) Verordn. vom 28. Decbr. 1741 und vom 9. Decbr. 1788. Promt. I. 264. — Declaration vom 23. Februar 1835. Nr. 12. §. 3. — Verordn. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. Art. 62. G. 241 und Art. 159. G. 312. — Durch obige Bestimmung ist indeß eintretenden Falls eine Klage auf Entschädigung pro defloratione nicht ausgeschlossen.

dann ertheilt wird, wenn die Nachsuchenden durch die Verheirathung ihre oder ihrer Familie Lage verbessern ¹¹⁾).

4) Die Gehülfsjäger dürfen sich nur mit Genehmigung der Cammer ¹²⁾, und

5) die Berg-, Puch- und Hüttenleute nur mit Erlaubniß ihrer Vorgesetzten verheirathen ¹³⁾).

6) Daß Heirathen der Gesellen ist in der Regel verboten. Nur unter ganz besonderen Umständen und bei einigen Gewerben, wo solches schon vormals erlaubt war ¹⁴⁾, darf den Gesellen die Verheirathung gestattet werden ¹⁵⁾).

§. 12.

e. Wiederverheirathung.

1) Eine Wittve darf nicht anders als nach zuvor eingeholter Erlaubniß des Consistoriums vor Ablauf des 10ten Monats nach dem Absterben ihres Ehemannes zur anderweiten Ehe schreiten ¹⁾. Einer Dispensations-Ertheilung soll

11) Ges. vom 23. Februar 1837. Nr. 10. §. 58.

12) Cammer-Rescript vom 18. Juni 1825. Bege III. 128.

13) Berordn. vom 16. März 1751. Promt. I. 442.

14) Hierzu gehören besonders die Gewerbe der Bauhandwerker.

15) Berordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 8. §. 85.

1) Berordn. vom 14. April 1814. Nr. 55. §. 11. — Die Kirchen-Ordn. von 1709. Th. 1. Cap. 22. §. 7 folgte dem röm. Rechte, indem sie die Trauerzeit der Wittve auf ein volles Jahr bestimmte. L. 1. 2. C. De secund. nupt. 5. 9. — Im Hannöverschen ist die Trauerzeit der Wittve auf neun Monate beschränkt. Grese, Leitsagen Th. 2. §. 80. — Bekanntlich ist die Strafe der Infamie, welche die Wittve für die Uebertretung dieses Heirathsverbots oder für begangene Unzucht während des Trauerjahrs nach röm. Rechte traf, durch das canonische Recht aufgehoben. Cap. 4. 5. De secund. nupt. 4. 21. Dagegen ist gemeinrechtlich controvers geblieben, ob auch die übrigen in einem solchen Falle nach dem röm. Rechte die Frau treffenden Nachtheile, insbesondere die Vermögensverluste, durch das canonische Recht abrogirt sind. Thibaut, Pandectenr. §. 388. — v. Wening-Ingenheim, Gem. Civilr. Bd. 4. §. 67. — Schweppe, Röm. Privatr. 4. Aufl. Bd. 4. §. 720. §. 236. Nr. 5 und §. 721. — Glück, Commentar Th. 24. §. 197. — Eichhorn, Kirchenrecht Bd. 2. §. 424. — Linde, Zeitschrift für Civilrecht u.

eine möglichst genaue Ermittlung vorausgehen, ob für gewiß anzunehmen ist, daß eine Schwangerschaft der Wittwe aus der durch den Tod ihres Mannes getrennten Ehe nicht Statt findet. Ueberhaupt bezweckt das Verbot allein, für den Fall der Schwangerschaft der Wittwe die Ungewißheit der Paternität zu verhindern, weshalb einer Seits eine Dispensation vor Ablauf von sieben Monaten nach dem Tode des Ehemannes nur dann ertheilt wird, wenn besondere Fälle eine Ausnahme begründen, z. B. eine lange Abwesenheit des Ehemannes ²⁾, anderer Seits in dem Falle, daß eine Ehefrau nach ihres Mannes Tode entbunden wird, zu einer intra tempus luctus zu schließenden Ehe eine Dispensation überall nicht erforderlich ist ³⁾.

Bd. 5. Nr. 23. Die Praxis der hiesigen Landen, wenigstens die ältere, neigt sich der Ansicht zu, daß durch das canonische Recht alle nach dem röm. Rechte mit der Wiederverheirathung während der Trauerzeit verbundenen Nachtheile aufgehoben sind. Leyser, *Medit. ad pandect. Sp. 300. Nr. 19.* — Pufendorf, *Observ. jur. univ. Tom. 4. Nr. 214.* — von Bülow und Hagemann, *Pract. Erört. Bd. 2. Nr. 60.* — Strube, *Recht. Bedenk. Nr. 34. (III. 16.)* — Im Hannoverschen ist durch eine Verordn. vom **31. Decbr. 1825** eine solche Wiederverheirathung allein mit Geld- oder Gefängnißstrafe bedrohet. Strube, a. a. O. **Bd. 3. S. 493.** — Dem sächsischen Rechte, insbesondere dem *Sachs. Spiegel*, sind nachtheilige Folgen der anderweiten Verheirathung überhaupt unbekannt. Leyser, *Medit. ad pandect. Coroll. ad sp. 300.* — Hautbold, *Sächsisches Privatrecht §. 81.*

2) Consistor. Aussch. vom **24. März 1821.** *Bege I. 199.*

3) Consistor. Aussch. vom **6. Novbr. 1822.** *Bege I. 238.* — Diese Bestimmungen weichen von den Ansichten des röm. Rechts ab. Zwar gründet das röm. Recht das Verbot der Wiederverheirathung während des Trauerjahrs gleichfalls zunächst auf die Möglichkeit einer Schwangerschaft aus der bestandenen Ehe (*L. 11. §. 1. D. De his qui notant. inf. III. 2.*), indeß nimmt dasselbe doch auch noch einen andern Grund aus der Achtung und Ehrerbietung her, welche die Frau dem Manne schuldig ist (*L. 1. C. De secund. nupt. V. 4.* — *Nov. 39. Cap. 2.*), weshalb die Frau selbst durch die Entbindung nach dem Tode des Mannes von dem Aushalten des Trauerjahrs nur in dem Falle befreiet wurde, daß sie den Mann nicht zu betrauern brauchte, was eintrat, wenn derselbe sich entleibt hatte oder als Missethäter gestorben war. (*L. 11. §. 1 et*

2) Wittwer dürfen sich zu jeder Zeit und ohne Beachtung einer sogenannten Trauerzeit wieder verheirathen 4).

3) Geschiedene Eheleute sollen nicht anders zur Eingehung einer andern ehelichen Verbindung gelassen werden, als wenn sie durch ein in gehöriger Form auszufertigtes richterliches Erkenntniß, dem ein Document über die beschrittene Rechtskraft beigefügt worden, nachweisen, daß ihnen solches gestattet ist 5).

4) Den katholischen Geistlichen ist untersagt, in den Fällen, wo nach ihrem Religionsbekenntnisse eine Ehe als ungültig oder aufgehoben angesehen wird, dem einen oder andern Theile zu gestatten, zu einer andern Ehe zu schreiten, bevor dazu die Genehmigung der höchsten Regierungsbehörde ertheilt ist 6).

5) Wittwen dürfen sich nicht eher wieder verheirathen, als bis sie sich mit den Kindern aus erster Ehe in Betreff des Vermögens auseingesezt haben und für diese Vormünder bestellt sind 7).

2. D. De his qui notant. inf. III. 2.). Das canonische Recht scheint indeß bei der Bestimmung über die Trauerzeit nur jenen ersten Grund im Auge gehabt zu haben (Cap. 4. 5. De secund. nupt. IV. 21.). Dasselbe ist im preussischen Landrechte II. 1. §. 19. flg. und in der hannöv. Verordn. v. 31. Decbr. 1825 der Fall.

4) Minist. Rescript vom 12. Juni 1830. Bege III. 276. — Weber das röm. noch das canon. Recht schreibt dem überlebenden Wittwer eine Trauerzeit vor. Eichhorn, Kirchenrecht Bd. 2. S. 425.

— Nach der Kirchen=Ordn. von 1709. Cap. 22. §. 7 sollte der Mann vor Ablauf eines halben Jahrs nach dem Tode der Frau nicht zur zweiten Ehe schreiten. Die hannöv. Verordn. vom 31. Decbr. 1825 beschränkt solches auf drei Monate. Strube, Rechtl. Bedenk. Bd. 3. S. 493.

5) Consist. Rescript vom 29. Juli 1826. Bege I. 207. — Die hannöversche Verordn. vom 31. Decbr. 1825 verbietet die Wiederverheirathung nach einer durch Scheidung getrennten Ehe dem Manne während der ersten drei, und der Frau während der ersten neun Monate. — Ueber die Wiedereingehung einer Ehe unter geschiedenen Eheleuten s. Hagemann, Pract. Erört. Bd. 5. Nr. 16.

6) Verordn. vom 9. April 1768. §. 13. Promt. II. 297.

7) Allgem. Landes=Ordn. Art. 100. — Consistor. Ausschr. vom 11. Novbr. 1716. — Landesf. Rescript vom 11. Januar 1753. —

§. 13.

f. Vormundschaft.

Dem Vormunde ist verboten, sich selbst oder eine in seiner väterlichen Gewalt stehende Person mit der Pflegebefohlenen zu verheirathen, so lange er nicht Rechnung über die Verwaltung des vormundschaftlichen Vermögens abgelegt hat und von jedem Ansprüche aus der Vormundschaft liberrirt ist ¹⁾).

Die Wittve, welche die Vormundschaft über ihre Kinder führt, darf sich nicht eher wieder verheirathen, als bis für diese ein anderer Vormund bestellt ist ²⁾).

§. 14.

3. Aufgebot und Trauung.

1) Daß Aufgebot geschieht an zwei Sonntagen nach einander, auch wenn einer derselben zugleich ein erster Festtag

Publicat. vom Rathe zu Braunschweig vom 30. Januar 1753. — Landesf. Rescript vom 6. Febr. 1764. Promt. II. 501. — Reglement des Consistor. vom 10. Decbr. 1814. B. d. §. 11. Bege I. 216. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. C. 5. §. 2. — Nach den heinrichsstädt. Statuten von 1602. C. 15 darf die Wittve sich nicht eher wieder verloben, als bis sie für die Kinder andere Vormünder hat bestellen lassen und Rechnung über die Verwaltung des Vermögens abgelegt ist, widrigen Falls dieselbe ihre Kinder nicht beerben soll.

- 1) L. 15. D. De sponsal. (23. 1.) L. 59. 62. §. 2. I. 66. pr. D. De rit. nupt. (23. 2.) — Schweppe, Röm. Privatrecht Bd. 4. §. 705. — Kirchen-Ordn. von 1569. Tit. Von der Blutsfreundschaft. §. Keinem soll etc. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. C. 4. §. 12. — Hahn, Observat. theor. pract. P. post. p. 204. — Vergl. Preuß. Landrecht Th. 2. §. 1. §. 14. — Grefe, Zeitschen Th. 2. §. 62. §. 87. — Ueber die gemeinrechtliche Controv., ob die betreffende Bestimmung des röm. Rechts nach heutiger Praxis noch Anwendung finde, s. Pufendorf, Observat. jur. comm. T. 2. Nr. 94. §. 13. — Thibaut, System des Pandecten-Rechts §. 397. — Eichhorn, Kirch. Recht Bd. 2. §. 426.
- 2) S. die in der Note 7 des vorstehenden §. angeführten Gesetzstellen. Vergl. Linde, Zeitschrift für Civilrecht und Proc. Bd. 3. §. 232. Bd. 5. §. 437. — Die Bestimmung des röm. Rechts,

ist, und zwar in den Kirchen der Gemeinden, in welchen die Braut und der Bräutigam zu der Zeit ihren Aufenthalt haben ¹⁾. Zum zweimaligen Aufgebote in Eins ertheilt das Consistorium Dispensation, dagegen kann eine gänzliche Befreiung vom Aufgebote nur beim Landesfürsten nachgesucht werden ²⁾. Wenn zwischen dem ersten und zweiten Aufgebote, oder zwischen diesem und der Trauung ein Zeitraum von sechs Monaten verflossen ist, so wird eine Wiederholung desselben erforderlich ³⁾. Diese Bestimmungen finden auch in dem Falle Anwendung, daß beide Verlobte katholischer Religion sind ⁴⁾.

Den Predigern ist untersagt, eine Trauung oder auch nur ein Aufgebot vorzunehmen, bevor sie sich Gewißheit darüber verschafft haben, daß der Verheirathung so wenig ein kirchliches, als ein polizeiliches Hinderniß entgegensteht,

daß die sich wieder verheirathende Wittve auch das Erziehungsrecht der Kinder verlieren solle, ist obsolet geworden, indem der Mutter die Erziehung nur dann genommen wird, wenn erhebliche Umstände dafür sprechen. Stryk, *Usus modern. L.* 27. T. 2. §. 2. — Hahn, *Observat. theor. pract. P. post. L.* 26. T. 1. p. 294. — Schweppe a. a. O. Bd. 4. S. 244.

- 1) Kirchen-Ordnung vom 1. Mai 1709. Th. 1. Cap. XXII. §. 3. Promt. II. 240. — Consistor. Ausschreiben vom 12. Juni 1816. Bege I. 189. — Consistor. Ausschr. vom 1. Decbr. 1838. G. und B. S. № 45. — Dasselbe gilt auch für die Katholiken. Verordn. v. 9. April 1768. §. 14. Promt. II. 297. — Nach dem tridentinischen Decrete soll das Aufgebot an drei auf einander folgenden Sonntagen wiederholt werden. Eichhorn, *Kirchenrecht Th.* 2. S. 329.
- 2) Verordn. vom 14. April 1814. (№ 55) §. 12. — Die Unterlassung des Aufgebots hat zur Folge, daß, wenn der Verbindung ein Ehehinderniß entgegensteht, dieselbe auch im Falle die Verbundenen damit nicht bekannt waren, für ein *matrimonium putativum* nicht geachtet wird. Cap. 3. §. 1. X. *De clandest. despons.* (4. 3.) Entschuldigt wird die Unterlassung des Aufgebots, wenn keine Ehehindernisse entgegenstehen und die Ehe außerdem nicht hätte geschlossen werden können, z. B. auf dem Sterbebette. Eichhorn, *Kirchenrecht Th.* 2. S. 331. Preuß. *Landrecht II.* 1. §. 156 und 157.
- 3) Consistor. Ausschreiben vom 24. Juni 1826. Bege III. 267.
- 4) Verordnung vom 9. April 1768. §. 14. Promt. II. 297.

und insbesondere darüber, daß die zu proclamirenden Personen noch ehelos sind ⁵⁾).

2) Die Trauung soll in der Regel an dem Orte geschehen, wo die Braut bis zur Hochzeit eingepfarrt gewesen ist. Den Dienstboten steht jedoch die Wahl frei, ob sie sich an dem Orte ihres letzten Aufenthalts oder an dem Wohnorte ihrer Eltern copuliren lassen wollen, nur müssen sie im letzten Falle dahin zurückgekehrt und auch an dem Orte ihres letzten Aufenthalts proclamirt sein ⁶⁾. Die Trauungen geschehen der Regel nach öffentlich in der Kirche und nur der Ritterschaft ist gestattet, dieselben in ihren Häusern verrichten zu lassen, ohne dazu der Genehmigung des Consistoriums zu bedürfen, die außerdem zu allen Haustrauungen erforderlich ist ⁷⁾. Den Predigern ist bei namhafter Strafe verboten, fremde, nicht in ihren Kirchsprengel gehörende Leute ohne schriftlichen Erlaubnißschein der Obrigkeit derselben zu proclamiren oder zu trauen, und insbesondere dürfen sie ledige Frauenspersonen mit Ausländern erst dann copuliren, wenn der Bräutigam einen von der competenten Polizeibehörde seines Wohnorts ausgestellten und mit dem Visa und dem Genehmigungsbemerke der diesseitigen Polizeibehörde der Braut versehenen Receptionsschein vorgelegt hat ⁸⁾.

5) Consistor. Ausschreiben vom 12. Juni 1816. Bege I. 189. — Ministerial-Rescript vom 22. Juli 1834. Cf. C. 3. X. De clandest. despons. (4. 3.)

6) Kirchen=Ordnung vom 1. Mai 1709. Th. I. Cap. XXII. §. 8. — Consistorial=Ausschreiben v. 12. Juni 1816. Bege I. 189. — Gemeinrechtlich sind die Pfarrer beider Verlobten gleich competent zur Trauung (Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 332), weshalb denn auch nach dem obigen Consistorial=Ausschreiben der Pfarrer der Braut, wenn die Trauung von einem andern Pfarrer geschehen soll, kein Widerspruchsrecht, sondern nur einen Anspruch auf die Copulationsgebühren hat.

7) Kirchen=Ordnung vom 1. Mai 1709. Cap. IX. §. 7. Promt. I. 428. — Verordnung vom 14. April 1814. (N^o 55) §. 12. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. 4. §. 4. — Die Haus=trauung schließt die Befreiung vom Aufgebote nicht in sich. Hagemann, Pract. Erört. Th. 5. S. 97 Note.

8) Kirchen=Ordnung vom 1. Mai 1709. Cap. XXII. §. 6. (Promt. II. 240.) — Ministerial-Rescript vom 10. Septbr. 1834.

Zur Verheirathung in den sogenannten geschlossenen Wochen ⁹⁾, die stille Woche vor Oftern ausgenommen, bedarf es keiner besondern Erlaubniß. An Sonn- und Festtagen sollen Trauungen zu einer dem Gottesdienste nachtheiligen Tageszeit ¹⁰⁾, und an den Werktagen um 12 Uhr Mittags geschehen ¹¹⁾.

3) Wenn der Bräutigam evangelischer, die Braut aber katholischer Religion ist, so gebührt die Copulation in Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt, wo katholische Prediger angestellt sind, dem Prediger, in dessen Parochie die Braut das letzte Vierteljahr gewohnt hat, wenn aber der Bräutigam katholischer und die Braut evangelischer Religion ist, so geschieht die Trauung von dem katholischen Geistlichen. Dagegen sollen die Copulationen der in den übrigen Städten und auf dem Lande wohnenden Personen in allen Fällen, es mögen beide Verlobte katholischer oder gemischter Religion sein, von dem evangelischen Prediger ihres Wohnorts verrichtet werden, und wenn die Verlobten sich von einem Geistlichen ihrer Confession trauen lassen wollen, so ist erforderlich, daß sie von dem evangelischen Prediger ihres Wohnorts ordnungsmäßig proclamirt sind und Dimissorialien erhalten haben. Gleiche Vorschriften gelten auch für die Reformirten ¹²⁾.

§. 15.

C. Verhältniß der Ehegatten.

Eichhorn, §. 295 u. f.

1) Die Ehefrau theilt, von dem Augenblicke der Ver-

9) Zu der geschlossenen Zeit wird besonders die Fasten- und Adventszeit gerechnet. Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 423. -- Kirchen-Ordnung von 1709. Cap. 22. §. 9.

10) Verordnung vom 14. April 1814. (N^o 55) §. 13.

11) Kirchen-Ordnung vom 1. Mai 1709. Th. I. Cap. XXII. §. 9. — Consistorial-Ausschreiben vom 21. Decbr. 1765. Promt. II. 240.

12) Verordnung vom 9. April 1768. §. 4. Promt. II. 295. — Consistorial-Ausschr. vom 19. Septbr. 1818. Bege I. 235. — desgl. vom 20. Septbr. 1826. Bege II. 197.

heirathung an, das Wohnortsrecht und den Gerichtsstand ihres Ehemannes ¹⁾).

2) Hinsichtlich des Vermögensverhältnisses der Eheleute kommt im Ganzen das gemeine Recht in Anwendung; eheliche Gütergemeinschaft findet nur dann statt, wenn sie etwa durch Vertrag bestimmt sein sollte ²⁾. Die Ehefrau hat an dem Vermögen ihres Mannes, sowohl wegen des Eingebrachten ³⁾, als des Paraphernalguts, eine gesetzliche, der Eintragung in das Hypothekenbuch nicht bedürfende Hypothek ⁴⁾. Sie verliert dieselbe zur Strafe, wenn sie als Theilnehmerin an dem betrügerischen Bankerotte ihres Ehe-

- 1) Verordnung vom 4. Mai 1830. *N* 10. §. 4. — Verordnung vom 14. Juli 1825. *N* 11. — Ges. vom 15. October 1832. *N* 33. §. 9. — Verordnung vom 16. November 1839. *N* 27. §. 5.
- 2) Vergl. Dehn, Entwurf einer Classifications-Tabelle zc. *S.* 33. Note. — Vergl. Circular-Rescript des Ob. Land. Ger. vom 3. März 1842. *S.* und *B.* *S.* *N* 50. *S.* 353. — Eine communio honorum usufructuaria findet sich bei den Bauergütern. *S.* unten *N* 4. — von Selchow, Anfangsgründe des braunschw. lüneb. Privatrechts §. 274, ist der Meinung, daß die Gütergemeinschaft im hiesigen Lande früher die Regel gebildet habe, und stützt sich dabei auf die in Anwendung kommende Parömie »der Letzte macht die Thür zu« (Verordnung vom 26. August 1689. Promt. I. 282); allein diese Parömie bezieht sich vielmehr auf die Erbfolge und läßt einen sichern Schluß auf Gütergemeinschaft nicht zu. Pufendorf, *Observat. T. III. N* 118. §. 1. — Runde, Deutsches Privatrecht §. 607. Note c. — Eschenburg, Intestat-Erbfolge der Ehegatten §. 9. (Scholz, Intestat-Erbrecht der Ehegatten auf deutschen Bauergütern *S.* 191.) — Ueber die eheliche Güter-Gemeinschaft im Hannoverschen s. Grefe, *Leitfaden* §. 97.
- 3) Die Aussteuer wird nach der Praxis zu den Dotals- und nicht zu den Paraphernalgütern der Frau gerechnet. Gemeinrechtlich ist die Frage sehr bestritten. *S.* Pufendorf, *Observat. T. I. N* 206. §. 14. — Strube, *Rechtl. Bedenk.* *N* 46 (I. 53.) — Thibaut, *Pandecten-Recht* §. 441. — Hagemann, *Practische Erört.* *Bd.* 6. *N* 76.
- 4) Verordnung vom 26. März 1823. *N* 14. §. 1. *N* 6. Daß diese Hypothek, auch wenn die Brautgabe vor Eingehung der Ehe bestellt worden, dennoch erst mit der Ehe beginnt, wird von der Praxis ausdrücklich anerkannt. *Erk. des Ob. Land. Ger. vom 26. April 1836. J. S. Meyer c. Hagen.*

mannes eine wahrheitswidrige Angabe über den Betrag ihres Eingebrachten oder die Zeit des Einbringens absichtlich gemacht hat, und sie soll in einem solchen Falle allen Gläubigern nachstehen. Auch kann die Frau, wenn sie von dem Vermögens-Verfalle ihres Mannes Kenntniß gehabt und aus eigenem Antriebe auf dessen Kosten einen unverhältnißmäßigen Aufwand gemacht, oder ihren Ehemann zu gemeinschaftlicher Verschwendung verleitet, oder durch schlechte und unordentliche Führung des Haushalts zu dem Vermögens-Verfalle beigetragen hat, durch richterliches Erkenntniß, nach Beschaffenheit der Umstände, entweder sämmtlichen Gläubigern ihres Mannes nachgeseht werden, oder auch nur in Ansehung ihres Eingebrachten, Total- und Peraphernal-Vermögens, insofern sie deshalb als Gläubigerinn, nicht als Vindicantinn auftritt, ihre gesetzlichen Unterpfands- und Vorzugsrechte verlieren ⁵⁾.

3) Den Ehefrauen solcher Prediger und Administratoren, die sich an den ihnen anvertrauten Geldern, welche Kirchen und sonstigen piis corporibus zustehen, vergriffen; imgleichen den Ehefrauen eben solcher Personen, sowie auch den Ehefrauen der Kirchen-Visitatoren und Superioren, deren Ehemänner dergleichen Gelder gegen das gesetzliche Verbot als ein Anlehn an sich genommen; ebenfalls den Ehefrauen der Administratoren, welche dergleichen Gelder an Visitatoren, Patronen, Superioren, Prediger und andere Administratoren verordnungswidrig ausgeliehen haben, sollen ihre gesetzlichen beneficia gegen die Kirche oder ein anderes pium corpus, denen aus den gedachten Gründen

5) Verordn. vom 26. März 1823. № 15. §. 20 und 21. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Bd. 3. № 781 (S. 77.) — von Bülow und Hagemann, Practische Erörterungen Bd. 7. № 94. — Dehn, Entwurf einer Classifications-Tabelle S. 50. — Schwegge, Rdm. Privatrecht §. 348. S. 293. — Die in der Stadt Braunschweig bestehenden besonderen Rechtsbestimmungen über das Verhältniß der Ehefrau zu den Gläubigern des Ehemannes sind durch obige Bestimmungen nicht abgeändert.

Forderungen an den Ehemännern zustehen, nicht zu Statuten kommen ⁶⁾.

4) Der Ehegatte, welcher zu einer zweiten Ehe schreitet, behält das, was er von dem Vermögen des verstorbenen Ehegatten als Eigenthum erworben hat ⁷⁾.

5) In der Stadt Braunschweig ist, in Rücksicht auf den dem Handel nöthigen Credit, das privilegium dotis aufgehoben, so daß die dem Ehemanne zugebrachten und in seine Verwahrung, Nahrung oder Handthierung gegebenen Dotalgüter den Gläubigern desselben mit verhaftet sein sollen ⁸⁾. Es wird daher solches Vermögen der Frau als mit dem Vermögen des Mannes verschmolzen angesehen, so daß jeder, selbst der chirographische Gläubiger, ein Recht hat, seine Befriedigung aus diesem vereinigten Vermögen zu verlangen, und die Frau erst dann, wenn sämtliche Gläubiger vollständig befriedigt sind, ihre nur gegen den Mann gültigen Rückforderungsrechte geltend machen kann. Diese

6) Verordnung vom 28. Mai 1746. II. d. Promt. II. 28.

7) Verordnung vom 30. Decb. 1754. Promt. I. 284. — Hierin liegt bekanntlich eine Abweichung vom gemeinen Rechte. S. Thibaut, Pandectenrecht §. 393. — v. Wening-Ingenheim, Gemeines Civilrecht Bd. 4. §. 64. — Vergl. übrigens §. 294.

8) Edict des Rathes vom 5. Februar 1579. — Landesf. Declaration vom 7. Octbr. 1676. Promt. II. 235 und 236. — Vergl. Hurlerbusch, Beiträge aus dem Civil- und Criminalrechte Heft I. N^o 12. — Schon früher, in der Braunschw. Unterger. Proceß-Ordn. von 1553. §. 20 und in einem Erlasse des Rathes v. 23. April 1567, sind ähnliche Bestimmungen ergangen; v. Strombeck, Beiträge zu einer Geschichte der Gesetzgebung hinsichtlich der Gerechtsame der Frauen in der Stadt Braunschweig 2c. im Braunschw. Magazine von 1824. N^o 46. — Die Anführung Peyer's, Meditat. ad pandect. Sp. 301. Nr. 7, daß in der Stadt Braunschweig zur Zeit noch eheliche Gütergemeinschaft bestehe, wird sich auf ein Mißverstehen der obigen Verhältnisse gründen. Aus dem Stadtrecht von 1234. Stück 2. §. 60 geht hervor, daß in Braunschweig eheliche Gütergemeinschaft selbst in ältester Zeit nicht bestanden hat, indem a. a. O. gesagt wird, daß die Frau mit ihrem Vermögen für die Schulden des Mannes nicht hafte, wenn sie den Gläubigern sich nicht verbindlich gemacht habe.

gesetzliche Bestimmung findet indeß folgende, zum Theile schon in dem Grunde derselben liegenden Beschränkungen:

- a) Die Aufhebung des *privil. dotis* bezieht sich nur auf die Ehefrauen solcher Individuen, welche Handel und bürgerliche Nahrung treiben, also insbepondere nicht auf die Frauen des gelehrten Standes ⁹⁾.
- b) Von der gesetzlichen Bestimmung sind diejenigen Güter ausgenommen, deren Verwaltung die Frau dem Manne nicht übertragen hat, weshalb *bona receptitia* von den Gläubigern des letztern nicht in Anspruch genommen werden können ¹⁰⁾.
- c) Ueberhaupt haftet das Vermögen der Ehefrau den Gläubigern des Mannes nur in subsidium, wenn das Vermögen des letztern zur Bezahlung der Schulden nicht ausreicht ¹¹⁾.
- d) Auch bezieht sich das Gesetz nur auf die vor und während der Ehe gemachten Schulden, so daß in keinem Falle die auf die Kinder übergegangenen *bona materna*, woran dem überlebenden Ehemanne nur der Nießbrauch zusteht, den Gläubigern für die nach dem Tode der Mutter gemachten Schulden verhaftet sind, dieselben

9) Landesf. Rescript vom 12. Juni 1690. Promt. II. 236.

10) Landesf. Rescript vom 18. Mai 1695. Promt. II. 236. — Untergerichts-Ordnung vom 2. Februar 1764. Kap. 16. §. 18. Promt. I. 300. — Nach der Praxis sind auch diejenigen Sachen, welche zwar zur Aussteuer der Frau gehören, indeß zu deren alleinigem Gebrauche bestimmt geblieben sind, als Pretiosen, Kleidung, Wäsche und dgl. ausgenommen, auch verbleibt der Frau die an Mobilien, Betten zc. inferirte Aussteuer, indeß lediglich so lange solche noch in natura vorhanden ist, indem ihr das Recht nicht zusteht, den Ersatz des Werthes der nicht mehr vorhandenen Effecten zu fordern. Hurlbusch a. a. O. S. 110. — Erkenntniß des Ob. Land. Ger. vom 27. Septbr. 1834 und des Ob. Appellat. Gerichts vom 4. Juli 1835 J. S. Wahnschafe c. Meinecke. S. Sammlung interessanter Aufsätze aus dem Gebiete des gem. Rechts Bd. 1. A² 65.

11) Rescript der Justiz-Canzlei vom 6. November 1724. Promt. II 237.

vielmehr bei entstehendem Concurse den Vorzug *ex jure legalis seu tacitae hypothecae* haben ¹²⁾).

Die fortbestehende Gültigkeit dieser Bestimmungen ist in neuerer Zeit ausdrücklich anerkannt ¹³⁾.

6) Von dem gemeinen Rechte abweichende, eigenthümliche Grundsätze über die Vermögens-Verhältnisse der Eheleute und insbesondere über die Befugniß zur Rückforderung des Heirathsgutes enthält das Bauernrecht. Wenn der Besitzer (oder die Besitzerin) eines Bauerngutes dasselbe einem Ehegatten zuheirathet, so werden diesem dadurch Mitverwaltungs- und Mitbenutzungsrechte übertragen, welche eine *communio bonorum usufructuaria* begründen. Auf die bauerrechtliche Proprietät an dem Gute hat eine solche Zuheirathung keinen Einfluß, diese bleibt vielmehr an sich ungeschmälert dem zuheirathenden Gatten und dieser der einzig legitimirte Disponent über die Substanz des Hofes ¹⁴⁾. Das Vermögen da-

12) Landesf. Rescript vom 13. Februar 1745. Promt. II. 237.

13) Verordn. vom 26. März 1823, N. 15. §. 21.

14) Beim Leben des zuheirathenden Gatten kann der aufgeheirathete (Aufkömmling), selbst wenn er der Wirthschaft als Haupt vorsteht, immer nur im Namen des Ersten handeln und seine Handlungen sind, so weit sie die Substanz angehen, eben so wie seine einseitigen Zugeständnisse, ohne des Andern Genehmigung für diesen unverbindlich. Strube, *De jur. villic. Access. VI. p. 409.* — Durch den Tod des Zuheirathenden werden, wenn dieser einen Auerben hinterläßt, die Rechte des Aufkömmlings an der Substanz des Gutes keinesweges vermehrt, vielmehr handelt er, im Falle er die Wirthschaft fortführt, z. B. der Vater kraft seines Nießbrauchsrechts am Muttergute seiner Kinder (§. 19), als Vertreter des Nachfolgers, und ungeachtet sein Rechtsverhältniß extensiv dadurch gewonnen hat, daß er, statt vorher nur in Gemeinschaft mit dem Zuheirathenden, jetzt allein die Wirthschaft führt, so ist es doch intensiv unverändert geblieben, es greift auch jetzt nicht in die Proprietät ein und in Bezug auf diese steht der aufheirathende Gatte dem Nachfolger des zuheirathenden ganz auf gleiche Weise, wie vorhin dem Letzten selbst gegenüber. Schreitet sodann der Aufheirathende zu einer zweiten Ehe und nimmt er den neuen Ehegatten in die Gemeinschaft der von ihm einstweilen fortgesetzten Hofverwaltung auf, so entsteht das Institut der Interimswirthschaft. Mit Rücksicht auf diese Rechtsgrundsätze ist z. B. bei der

gegen, welches der aufheirathende Ehegatte in den Hof bringt, soll seiner Bestimmung nach dazu dienen, die Kräfte des Hofes zu vermehren, und wird deshalb ein integrierender Theil desselben. Der einheirathende Ehegatte wird dafür durch die *communio bonorum usufructuaria* und eintretenden Falls durch eine angemessene Leibzucht, die Interimswirthschaft oder die Erbfolge in den Hof entschädigt. Es bleibt deshalb ein Rückforderungsrecht des Eingebrachten in der Regel ausgeschlossen und kann nur dann eintreten, wenn die Ehe und damit auch der Ehecontract durch die Schuld des Hofbesizers aufgelöst wird, wenn der Mann bei Lebzeiten der Frau in Vermögens-Concurs und der Hof in fremde Hände geräth, und wenn die Meierstatt verwirkt oder von dem verarmten Meierherrs zurückgenommen wird, weil in diesen Fällen das gesetzliche Surrogat des Eingebrachten nicht erfolgen kann 15).

Ablösung bäuerrechtlicher Reallasten der Vater, welcher kraft väterlicher Gewalt handelt, an die Zustimmung der Kinder, denen das Eigenthum zusteht, der Ehemann an die Zustimmung der Frau, welche das Colonat als Brautschaf inferirt hat, und der Interimswirth an die Zustimmung des Auerben gebunden. S. §. 272.

- 15) v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 7. N^o 86. Bd. 8a. N^o 23. Bd. 8b. N^o 3. — Erkenntniß des Ob. Land. Ger. vom 20. März 1829. J. G. Berkelmann c. Bruns; — desgl. des Ob. Appellat. Gerichts vom 10. Juni 1830 in derselben Sache. (S. Scholz, Jurist. Magazin 1832. Bd. 2. S. 1.) — desgl. des Ob. Land. Ger. vom 6. Novbr. 1838. J. G. Hille c. Hille. — Der Grundsatz des Bauernrechts, daß der inferirte Brautschaf dem Bauergute verfällt, beschränkt sich indeß auf die Gegenstände, welche die Frau, sei es speciell oder im Allgemeinen, als Brautschaf verschreibt, und ist nicht auf dasjenige Vermögen auszudehnen, welches sie außerdem besitzt oder welches ihr in der Folge zufällt. Wenn sie solches Vermögen ihrem Ehemanne behuf Vestreitung der Lasten der Ehe übergiebt, so ist dasselbe nicht als ein in den Hof inferirter deutsch-rechtlicher Brautschaf zu betrachten und nicht nach den von einem solchen nach Bauernrechte geltenden Grundsätzen zu beurtheilen, sondern als eine des des röm. Rechts. In diesem Sinne erkannte das Ob. Land. Ger. am 6. März 1831. J. G. Fricke c. Fricke. — Vergl. Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 8a. N^o 23. — Ueber die entgegenstehende Ansicht s. Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten auf Bauergütern S. 32.

Beim Vermögens-Verfalle des Mannes tritt auch noch die besondere Bestimmung ein, daß die Frau, welche vom Vater über das gesetzliche Maaß ausgestellt ist (§. 245), wegen dieses Mehrbetrages das privilegium dotis gegen die Gläubiger des Mannes nicht in Anspruch nehmen kann ¹⁶⁾.

§. 16.

D. Trennung der Ehe.

Gichhorn, §. 313.

Die Ehe kann durch richterlichen Ausspruch und aus landesfürstlicher Machtvollkommenheit, aber nicht durch gültliche Vereinbarung der streitenden Eheleute geschieden werden ¹⁾.

Außer den gemeinrechtlichen Scheidungsgründen einer an sich gültigen Ehe ²⁾, Ehebruch ³⁾ und bössliche Verlass-

16) Allgemeine Landes-Ordn. Art. 32. Promt. I. 2.

- 1) Verordn. vom 3. Februar 1814. N^o 27. §. 7. — Landesf. Circular-Rescript vom 12. Febr. 1835. N^o 11. — Vergl. Schweppe, Röm. Privatrecht §. 714. — Glück, Commentar Bd. 5. S. 353. — Daß in Ehescheidungs-Processen der Eid sowohl zugeschoben, als vom Richter auferlegt werden kann (Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 1165. — Bayer, Vorträge über den Civilproceß S. 389. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 6. N^o 30 — über die entgegenstehende Ansicht s. Grolmann, Theorie des gerichtlichen Verfahrens §. 91, und Ganz, Grundf. des ordentlichen Processes §. 370), leidet nach der heutigen Praxis keinen Zweifel; diese nimmt selbst ein mit den erforderlichen Eigenschaften versehenes Geständniß als zureichend zur Trennung der Ehe an. Erkenntniß des Ob. Appell. Ger. von 1818, — desgl. des Ob. Land. Ger. vom 6. Mai 1833. (S. Sammlung interessanter Aussätze aus dem Gebiete des gemeinen Rechts Bd. 1. N^o 45.) — Vergl. die Abhandlung von Gensler im Archiv für die civilistische Praxis Bd. 2. N^o 3.

- 2) b. h. einer Ehe, welche nicht schon wegen eines vernichtenden Ehehindernisses eo ipso nichtig ist. Zu den letzteren gehört auch die schon vor eingetragener Ehe bestandene Unfähigkeit zum Weisclasse (Cap. 1. 2. 3. X. De frigid. 4. 15. — Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 392); ist diese aber nach geschlossener Ehe und zwar ohne bössliches Verschulden eingetreten, so begründet sie überall

fung 4), bezeichnet die vaterländische Gesetzgebung auch die Landesverweisung als einen Ehescheidungsgrund 5). Den Ehefrauen der Militairpersonen, welche den letzten Feldzügen in Spanien, Portugal, Rußland, Deutschland und Frankreich beigemohnt haben und nicht zurückgekehrt sind, ist gestattet,

keinen Anspruch auf Scheidung (v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 7. № 50. — Leyser, Medit. ad pandect. Sp. 315. Nr. 2. 3 et 4), wogegen die bösslich verschuldete Unfähigkeit als dem Ehebruche analog angesehen wird. (v. Bülow und Hagemann, a. a. D. Bd. 6. № 31.)

- 3) Kirchen=Ordn. von 1569. 2te Abth. S. 255. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. 4. §. 14. — Vergl. Crim. Ges. Buch §. 188. — Unnatürliche Fleischesünden und verschuldete Unfähigkeit zum Weichlase (s. die vorstehende Note) stehen dem Ehebruche gleich. (v. Bülow und Hagemann, a. a. D. Bd. 6. № 31. — Eichhorn, Kirchenrecht Bd. 2. S. 484.) — Gegenseitiger Ehebruch soll sich nach der Kirch. Ordn. v. 1569 a. a. D. compensiren und die Scheidung nicht begründen. Mißhandlungen, welche Leben oder Gesundheit gefährden, und tödtliche Feindschaft eignen sich zunächst nur zur separatio quoad thorum et mensam, können indeß gleichfalls zu einer separatio quoad vinculum führen. (Thibaut, a. a. D. §. 425. — Leyser l. c. Sp. 316. Nr. 2. — Hahn, Observat. theor. pract. p. 263. Nr. 9. — Engelbrecht, Comp. jurispr. p. 443. — v. Bülow und Hagemann, a. a. D. Bd. 4. № 67.) — Die heutige Praxis erfordert indeß zu einer temporären Ehe=Zrennung nicht gerade eigentliche Sävitien, lebensgefährliche Mißhandlungen, sondern hält dazu auch geringere, dem richterlichen Ermessen überlassene Ursachen für genügend, namentlich jede unerträglich harte Behandlung, wenn sie auch nicht in Thätlichkeiten übergegangen ist. Erkenntniß des Ob. Land. Ger. vom 26. Novbr. 1835. (Sammlung interessanter Aufsätze aus dem Gebiete des gemeinen Rechts Bd. 1. № 75.)

- 4) Kirchen=Ordn. von 1569. 2te Abth. S. 256. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. 4. §. 14.

- 5) Landesf. Rescript vom 19. Mai 1707. Promt. I. 265. — Glück, Commentar Bd. 6. S. 514. — Leyser l. c. Sp. 315. Nr. 9. — Cramm, De diff. jur. comm. et Brunsv. Obs. 11. — Kress, De diff. jur. comm. et Brunsv. Cap. 4. Obs. 4. — Da indeß Landesverweisung nicht nur als polizeiliche Maßregel, sondern auch als Criminalstrafe abgeschafft ist (Verordn. vom 29. Decbr. 1814. Nr. 66. — Crim. Ges. Buch §. 23), so kann die obige Bestimmung nicht mehr zur Anwendung kommen.

gegen die Ehemänner auf Ehescheidung wegen bösslicher Verlassung zu klagen ⁶⁾).

Wenn beide Eheleute katholischer Confession sind, so kann die Ehe auf keine Weise *quoad vinculum* getrennt werden ⁷⁾).

Die Folgen der Ehescheidung sind die gemeinrechtlichen; der unschuldige Ehegatte, welcher nicht selbst hinreichendes Vermögen besitzt, kann von dem schuldigen Alimente verlangen ⁸⁾).

Es steht nicht nur den geschiedenen Eheleuten frei, die an sich zulässige Ehe mit einander zu erneuern ⁹⁾, sondern es wird die Erneuerung getrennter Ehen von dem Gesetzgeber selbst als wünschenswerth bezeichnet ¹⁰⁾.

III. Väterliche Gewalt.

§. 17.

A. Erwerbung der väterlichen Gewalt — Alimentationspflicht — Erziehungsrecht.

Eichhorn, §. 314 u. f.

1) Die väterliche Gewalt wird, dem gemeinen Rechte

6) Verordn. vom 1. Octbr. 1817. Nr. 12.

7) Landesf. Rescript v. 30. Septbr. 1786. Promt. I. 265. — Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 454. — Hinsichtlich der Rechtsfrage, ob eine Ehe durch richterliches Erkenntniß geschieden werden könne, wenn der eine Ehegatte der katholischen und der andere der evangelischen Confession zugethan sei? sollen sich die höchsten Gerichte des Landes in neuerer Zeit verneinend ausgesprochen haben. S. Samml. interessanter Aufsätze aus dem Gebiete des gem. Rechts Th. 1. Nr. 11, woselbst zugleich entgegenstehende Ansichten angeführt sind; diesen ist noch hinzuzufügen: Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 509. — Das preuß. Landrecht Th. 2. Tit. 1. §. 733 u. f. läßt die Scheidung gemischter Ehen zu; eben so auch der hannöv. Gerichtsgebrauch. Erkenntniß des Ob. Appellat. Ger. zu Celle vom 4. Octbr. 1830. Sammlung zc. Bd. 1. Nr. 83.

8) Leyser, Meditat. ad pend. Sp. 316. §. 4. — Pufendorf, Observat. jur. Rom. Nr. 166. §. 6. — v. Bülow und Hagemann a. a. O. Th. 8b. Nr. 4.

9) L. 18. D. De ritu nupt. (23. 2.) — L. 7. C. De nupt. (5. 4.) — Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 481. — v. Bülow und Hagemann, a. a. O. Th. 5. Nr. 46.

10) Kirchen-Ordn. von 1569. 2te Abth. S. 256.

conform, durch eheliche Geburt, Legitimation und Adoption erworben.

a) Unter welchen Voraussetzungen ein Kind als ein ehelich gebornes angesehen wird, ist im §. 1 angeführt; über uneheliche Kinder hat der Vater keine Gewalt, indem dieselben der Mutter folgen ¹⁾.

b) Durch Legitimation, welche per rescriptum principis oder per subsequens matrimonium geschieht ²⁾, kommt das Kind in die Gewalt des Vaters und erhält gemeinsames Erbrecht an dem Vermögen desselben; von der Succession in Lehnsgüter bleibt dasselbe ausgeschlossen (§. 258). Die Legitimation wird von der Gesetzgebung begünstigt (§. 1).

c) In Betreff der Adoption gelten die gemeinrechtlichen Bestimmungen ³⁾; es darf dieselbe nicht zur Umgehung des über das Wohnortsrecht erlassenen Gesetzes vorgenommen werden ⁴⁾.

2) Den Kindern, sie mögen in oder außer der Ehe erzeugt sein, steht gegen ihre Eltern der gemeinrechtliche Alimentations-Anspruch zu ⁵⁾, und wenn auch das uneheliche

1) Das Rechtsverhältniß des unehelichen Kindes zu seinen Eltern muß, in Ermangelung anderer sicherer Normen, nach dem röm. Rechte beurtheilt werden. Vergl. Scholz, Jurist. Magazin Thl. I. S. 108 flg.

2) S. §. 1. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. III. §. 1. — Kinder aus einer putativen Ehe bedürfen der Legitimation nicht. Leyser, Meditat. ad pand. Sp. 19. §. 5.

3) Engelbrecht l. c. Cap. III. §. 2. — v. Selchow, Anfangsgründe des br. lüneb. Privatrechts §. 297. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 80. (2. 62.)

4) Verordn. vom 4. Mai 1830. Nr. 10. §. 1.

5) Für die von den Eltern erhaltenen Alimente sind die Kinder zur Verrichtung häuslicher Dienste verpflichtet (Schweppe, Röm. Privatrecht §. 644. — Thibaut, System des Pand. Rechts §. 347. — Leyser, Meditat. ad pand. Sp. 17. m. 2.); indeß haben dieselben Anspruch auf eine Remuneration, wenn sie durch Dienstleistungen ihren Eltern das Halten von Gesinde, welches diese hätten lohnen müssen, erspart haben. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Th. 2. Nr. 55. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 67. h. (III. 49.) — Erkenntniß des Ob. Land. Ger. vom 10. Juli 1831. J. S. Böker c. Tornø, dgl. v. 19. April 1836. J. S. Pels c. Greune.

Kind kein Erbrecht an den Nachlaß seines Vaters hat, so soll dasselbe doch aus dem Vermögen *pro viribus facultatum* Alimente erhalten, wofür der Richter erforderlichen Falls *ex officio* zu sorgen hat ⁶⁾.

- 6) Verordn. vom 9. April 1770. Promt. II. 18. — Die Grundsätze des römischen Rechts von dem Beweise der Vaterschaft durch eine darauf, daß das Kind binnen eines gewissen Zeitraumes seit dem Beischlafe geboren ist, gestützte gesetzliche Vermuthung werden nach einer festbegründeten Praxis auch auf die außer der Ehe erzeugten Kinder angewandt, und diese Vermuthung kann dadurch, daß die Mutter des Kindes zu gleicher Zeit noch mit Anderen concumbirt hat, nicht elidirt werden. (v. Bülow, Abhandlungen über einzelne Materien des röm. Rechts Th. 2. Nr. 7. — Scholz, Juristisches Magazin (1838) Th. 2. Nr. 14. — Vergl. Archiv für civil. Praxis Th. 11. Nr. 18 und Th. 17. Nr. 77. — v. Bülow und Pagemann, Pract. Erdr. Th. 2. Nr. 59 und Th. 7. Nr. 92.) — Die Alimente, welche der Vater seinem unehelichen Kinde zu leisten hat, werden, dem Gerichtsgebrauche zufolge, nach dem Stande und den Vermögens-Verhältnissen beider Eltern festgesetzt, und es wird dabei auf die Vermögens-Verhältnisse des Vaters besonders Rücksicht genommen. Bei vermögenslosen Personen aus der untersten Volksklasse, Dienstknechten und Tagelöhnern, pflegen 8 bis 10 Thlr. jährlicher Alimente erkannt zu werden, je nachdem die Lebensbedürfnisse am Wohnorte des Kindes wohlfeil oder theuer sind. (Erkenntniß des Ob. Land. Gerichts vom 10. Juli 1838. J. G. Kemke c. Frohme. — Desgl. des Ob. Appell. Gerichts vom 13. Septbr. 1838 in ders. Sache. — Vergl. Scholz, a. a. O.) — Der festgesetzte Alimentations-Beitrag wird bei dem Heranwachsen des Kindes nicht successive vermindert. (Erf. des Ob. Land. Ger. vom 12. April 1836. J. G. Hünerberg c. Mönkemeyer.) — Früher nahm die Praxis an, der Vater könne verlangen, das uneheliche Kind zu sich zu nehmen und ihm die Alimente *in natura* zu verabreichen, jedoch nicht unbedingt, vielmehr müßten bei Beurtheilung der Zulässigkeit eines solchen Anspruches die individuellen Verhältnisse berücksichtigt werden. (Erf. des Ob. App. Ger. vom 20. März 1832. — Scholz, Jurist. Magazin 1836. Th. 1. S. 2. S. 121.) — Nach neuerer Praxis ist indeß die Mutter überhaupt nicht verbunden, das uneheliche Kind ihrem Schwängerer behuf Leistung der natürlichen Alimente zu überlassen, da ihr allein das Erziehungsrecht zusteht. (Erf. des Ob. Land. Ger. vom 29. April 1834. J. G. Heine c. Flagge. — Das preuß. Landrecht Th. 2. T. 2. §. 621 und 622 gesteht dem Vater unbedingt das Recht zu,

Uneheliche Kinder der Soldaten können die ihnen vom Vater gebührenden Alimente nicht durch Abzüge von dessen Tractamente, Wartegelde, Pension ic., sondern allein aus seinem sonstigen Vermögen, welches derselbe entweder schon besitzt oder noch zu erwarten hat, erhalten ⁷⁾).

Die Ernährung der Findelkinder fällt nicht den Armen-

das Kind, nachdem dasselbe das 4te Lebensjahr zurückgelegt hat, behuf der Alimentation zu sich zu nehmen.) Diese Alimentations-Verbindlichkeit des Vaters erstreckt sich übrigens auf alle außer der Ehe erzeugten Kinder, sie mögen spurii, adulterini oder incestuosi sein (v. Bülow und Hagemann a. a. D. Th. 4. S. 365. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 69. (1. 142.) — v. Bülow a. a. D. Th. 1. S. 243. — Scholz, a. a. D. Th. 2. §. 1. Nr. 4. — Einde, Zeitschrift für Civilrecht ic. Th. 5. Nr. 21. — Archiv für civil. Praxis Th. 12. Nr. 7. — Ueber eine entgegenstehende Ansicht s. das angef. Archiv Th. 1. Nr. 5 und Th. 3. Nr. 26.) und geht auf seine Erben über. (v. Bülow und Hagemann a. a. D. Th. 4. Nr. 70. §. 2. — Das angef. Archiv Th. 12. Nr. 7. S. 132.) — Die Frage, ob der Großvater in subsidium verbunden ist, auch dann die unehelichen Enkel zu ernähren, wenn er den Vater derselben nicht beerbt hat? ist zwar durch eine landesf. Resolution vom 19. August 1755 (Promt. II. 18.) bejahend entschieden; da indeß diese Resolution als eine an einen Privatmann erlassene Verfügung Gesetzeskraft nicht hat, so hält sich die Praxis an das gemeine Recht, welches eine solche Verpflichtung nicht kennt. (v. Bülow und Hagemann a. a. D. Th. 4. Nr. 70. — v. Bülow a. a. D. Th. 2. Nr. 15. — v. Wangerow, Leitfaden für Pandect. Vorles. §. 260. Anmerk. 6.) — Im Falle das Vermögen des Vaters nicht ausreicht, neben seinen ehelichen Kindern auch seine unehelichen zu ernähren, so gehen jene diesen vor. (Leyser I. c. Sp. 325. §. 8. Cor. 3, woselbst ein auf landesf. Befehl ergangenes Rescript des Hofgerichts vom Jahre 1726 angeführt wird.) — Nach einer feststehenden Praxis wird dem auf Alimente eines in der Ehe geborenen und erzeugten Kindes in Anspruch genommenen Stuprator die Berufung auf die Rechtsregel, pater est quem nuptiae demonstrant, gestattet, weil die Alimentations-Verbindlichkeit des Ehemannes für überwiegend erachtet werden muß, so lange das Kind als ein eheliches angesehen werden kann. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 21. Septbr. 1841. J. C. Oppermann c. Reinecke.

- 7) Verordn. vom 19. Decbr. 1744. Promt. II. 352. — Desgl. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. §. 163. S. 314.

Anstalten der Gemeinden zur Last, sondern es muß dieselbe als ein *onus jurisdictionis* aus der Staatscasse bestritten werden ⁸⁾).

Die über die Alimentation unehelicher Kinder entstehenden Klagen sind möglichst zu beschleunigen, und der Richter hat erforderlichen Falls *ex officio* interimistische Anordnungen wegen des Unterhalts der Kinder zu treffen ⁹⁾.

3) Die Eltern haben das Recht und die Verpflichtung, für die Erziehung ihrer Kinder zu sorgen ¹⁰⁾; insbesondere sind sie gehalten, dieselben nach zurückgelegtem fünften Lebensjahre zur Schule zu schicken ¹¹⁾.

Im Falle unter den Eheleuten verschiedener Confessionen, der gesetzlichen Bestimmung entgegen, keine Uebereinkunft darüber, in welcher Confession die Kinder zu erziehen sind (§. 7), getroffen ist, so sollen, wenn der Vater sich zur evangelischen und die Mutter zur katholischen Confession bekennt, die Kinder beiderlei Geschlechts in dem evangelischen, wenn aber der Vater katholisch und die Mutter evangelisch

8) Landesf. Postscr. vom 15. Febr. 1788. Promt. I. 325. — Vergl. Meister, Princip. jur. crim. §. 263. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 554. (I. 171.)

9) Landesf. Rescript vom 1. Juni 1754. Promt. I. 17.

10) Vergl. Archiv für die civilist. Praxis Th. 8. Nr. 8. — Obige Bestimmung gilt indeß für den Vater nur hinsichtlich der ehelichen und der durch Adoption oder Legitimation in seine Gewalt gekommenen Kinder; dem Vater eines unehelichen Kindes gebührt kein Antheil an dem Rechte auf dessen Erziehung, vielmehr steht dieses Recht allein der Mutter zu, denn von ihr leitet das uneheliche Kind alle seine bürgerlichen Rechte her, zu ihrer Familie ist dasselbe allein zu rechnen und unter ihren Schutz haben es die Gesetze gestellt. (Vergl. L. 24. D. I. 5. — L. 1. 2. C. V. 49. — L. 1. §. 3. L. 3. §. 4. D. XLIII. 30. — Erf. des Ob. Land. Ger. vom 29. April 1834. J. S. Heine c. Flagge.)

11) Allgem. Land. Ordn. Art. 2. Promt. II. 328. — Schul-Ordn. vom 22. Septbr. 1753. §. 4 flg. Promt. II. 329. — Anhang zu derselben vom 19. Novbr. 1754. §. 2. Promt. II. 333. — Gesetz vom 23. April 1840. (Nr. 11.) §. 2. — Desgl. vom 12. Mai 1840. (Nr. 20.) §. 1.

ist, die Söhne in dem katholischen und die Töchter in dem lutherischen Glaubensbekenntnisse erzogen werden ¹²⁾.

§. 18.

B. Aufhebung der väterlichen Gewalt.

Eichhorn, §. 316.

Die Aufhebung der väterlichen Gewalt wird ganz nach gemeinem Rechte beurtheilt; sie tritt am Gewöhnlichsten bei den Töchtern mit deren Verheirathung, und bei den Söhnen mit der Anlegung eines eigenen Haushalts ein ¹⁾.

§. 19.

C. Rechte der Eltern an dem Vermögen der Kinder.

Eichhorn, §. 317.

1) Ueber den Nießbrauch und die Verwaltungsrechte des Vaters in Betreff der Adventitien der Kinder gelten im Ganzen die Vorschriften des römischen Rechts, namentlich die Bestimmungen desselben über die Veräußerungen des Kinderguts und über den Verlust des Verwaltungsrechts

12) Verordn. vom 9. April 1768. §. 7. Promt. II. 296. — Gemeinrechtlich entscheidet über die Religions-Erziehung der Kinder ausschließlich der Wille des Vaters und bei unehelichen Kindern der Wille der Mutter. Mittermaier, Deutsches Privatrecht (6te Aufl.) Th. 1. S. 316. — Runde, Deutsches Privatrecht §. 569. — Archiv für civil. Praxis Th. 8. S. 187. — Die hannoversche Gesetzgebung ist nicht allein hierbei stehen geblieben, sondern hat auch jeden Vertrag, wodurch der Vater auf dieses Recht verzichten sollte, für nichtig erklärt. Verordnung vom 31. Juli 1826. — Strube, Rechtl. Bedenk. Th. 1. S. 425.

1) Verordnung vom 6. Mai 1828. Nr. 13. §. 2. — Vergl. Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. III. §. 5. — Haerberlin, De usufr. patris in bon. liberor. advent. §. 6. — Pufendorf, Observat. jur. univ. T. I. Nr. 98. §. 15. 19. Nr. 99. §. 8. 10. — Hagemann, Pract. Erört. Th. 7. Nr. 29. 38. 120. Th. 8a. Nr. 13. — Glück, Comment. Th. 2. S. 435. — Pfeiffer, Pract. Ausf. Th. 2. Nr. 4.

durch übele Birthschaft ¹⁾. Um die Zweifel, welche darüber entstanden waren, ob bei dem Verwaltungsrechte des Vaters die Grundsätze über die vormundtschaftliche Verwaltung in Anwendung kämen ²⁾, zu beseitigen, hat die neueste Gesetzgebung ausdrücklich bestimmt, daß das dem Vater an dem Vermögen seiner Kinder zustehende Verwaltungsrecht lediglich nach den Bestimmungen des gemeinen Rechts beurtheilt werden, und die über die Vormundschaften und Curatelen bestehenden besonderen Vorschriften darauf keine Anwendung finden sollen. Es hat jedoch der Vater beim Anfange seiner Verwaltung über das Vermögen ein Inventarium zu errichten ³⁾

- 1) L. 1. 2. §. 4. C. De bon. matern. (6. 60.) — L. 6. §. 2. C. De bon. quae libris etc. (6. 61.) — L. 13. §. 2. C. De sentent. poss. et restit. (9. 51.) — Schweppe, Röm. Privatr. Th. 4. §. 652. — Thibaut, System des Pand. Rechts Th. 1. §. 362. — Linde, Zeitschrift für Civilrecht und Proceß Th. 8. Nr. 2. 6 und 9. Th. 14. Nr. 10. — Ueber das gesetzliche Pfandrecht der Kinder an dem Vermögen des Vaters wegen des unter seiner Verwaltung stehenden Vermögens der Kinder s. Pfeifer, Pract. Ausführung Th. 1. Nr. 5.
- 2) Diese Zweifel waren durch ein landesf. Rescript vom 17. Februar 1745 (Promt. II. 419. Note 2.) veranlaßt, wonach der Vater bei der Kündigung und Aufnahme der Capitalien und bei der Veräußerung des Grund-Eigenthums seiner Kinder an ein decretum de solvendo gebunden sein sollte. Das Rescript wurde an die Justiz-Canzlei und zwar auf deren gutachtlichen Bericht mit der Autorisation erlassen, dasselbe erforderlichen Falls durch den Druck allen Obrigkeiten bekannt zu machen, was indeß nicht geschehen ist. Es war überhaupt in früherer Zeit eine ziemlich allgemein verbreitete Rechtsansicht, den Vater als den natürlichen Vormund seiner Kinder anzusehen und danach seine Rechte auf Verwaltung des Kinderguts zu beurtheilen. Mynsinger, Observ. imper. camer. Nr. 61. — Pufendorf, Observ. jur. univ. Sp. 164.
- 3) Nach röm. Rechte braucht der Vater ein solches Inventarium nicht zu errichten. Glück, Commentar Th. 14. §. 909. — Schweppe, a. a. D. §. 652. — Thibaut, a. a. D. §. 362. — Leyser, Medit. ad pand. Sp. 164. Nr. 3. — Das ältere deutsche Recht gab dem Richter unter Umständen das Recht, die Errichtung eines Inventars vom Vater zu verlangen (Mynsinger l. c. Obs. 93); es schrieb aber schon die Instruction der Vormundschafts-Herrn der Stadt Braunschweig vom 5. August 1689 (Promt. II. 440) die

und dem Gerichte einzureichen, theils um dasselbe in den Stand zu setzen, die Verwaltung beaufsichtigen und gegen widerrechtliche Veräußerung ⁴⁾ einschreiten zu können, theils um bei künftiger Auseinandersetzung zur Grundlage zu dienen. Nur da, wo die Errichtung des Inventars besonderen Bedenklichkeiten unterliegt, darf das Gericht eine Ausnahme von der Regel nachlassen und andere dem Zwecke entsprechende Maßregeln dafür gestatten ⁵⁾.

2) Dem Vater darf der Nießbrauch an den Erbtheilen, die seinen leiblichen Kindern aus dem Nachlasse ihrer Mutter zugefallen sind, auch nach beendigter väterlicher Gewalt für seine Lebenszeit nicht entzogen werden ⁶⁾. Diese Bestimmung ist indeß, als Modification des gemeinen Rechts ⁷⁾, auf die Worte des Gesetzes zu beschränken, mithin auf das eigentliche Muttergut der Kinder allein, nicht aber auf deren übriges Vermögen zu beziehen, mindert auch das Verwaltungsgrecht der Kinder, so weit solches neben dem väterlichen Nießbrauche bestehen kann, keinesweges. Es ist deshalb

Errichtung eines Inventars über das mütterliche Vermögen der Kinder dem Vater in jedem Falle vor.

- 4) Dergleichen Veräußerungen sind ohnehin nichtig. L. 1. 2. C. De bon. matern. (6. 60.) --- L. 4. C. De bon. quae lib. (6. 61.) --- Schweppe, a. a. D. §. 652. --- Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 78 (II. 103.) und Nr. 79. (V. 55.) --- Leyser, l. c. Sp. 165. Nr. 1.

- 5) Verordnung vom 6. Mai 1828. Nr. 13. §. 1.

- 6) Verordnung vom 30. Decbr. 1754. Promt. I. 283. --- Daß das dem Vater allgemein und unbedingt ertheilte Verwaltungs- und Nutzungsrecht an dem Muttergute auch auf die Bauergüter Anwendung findet, leidet nach der Praxis keinen Zweifel. Erkenntniß des Ob. Land. Ger. vom 20. October 1834 und das Ob. Appell. Gericht vom 17. Januar 1835. (Scholz, Jurist. Magazin (1836) Th. 1. §. 3. S. 100.) --- Erkenntn. des Ob. Land. Gerichts vom 1. März 1831 J. G. Kuckuck c. Pöppe.

- 7) Vergl. Schweppe, a. a. D. §. 652. Note 5. --- Thibaut, a. a. D. §. 363. --- Vinde, a. a. D. Th. 13. Nr. 9. --- Leyser, l. c. Sp. 164. Nr. 4. --- Pufendorf, l. c. T. 1. Obs. 98. §. 15. sqq. --- Hagemann, a. a. D. Th. 7. Nr. 120. --- Darüber, ob der Nießbrauch durch Adoption des Kindes für den leiblichen Vater verloren gehe, s. Vinde, a. a. D. Th. 1. Nr. 17. Th. 13. Nr. 9. §. 6.

dasjenige Vermögen der Kinder, welches nicht aus dem mütterlichen Nachlasse herrührt, dem Nießbrauche des Vaters nur für die Dauer der väterlichen Gewalt unterworfen und geht mit dem Austritte der Kinder aus derselben, also auch mit Errichtung einer gesonderten Wirthschaft, zu unbeschränktem Verfügungsrechte, den Fall einer angeordneten Curatel ausgenommen, auf sie über. Ein Gleiches gilt von der Verfügung über die Substanz des Muttergutes, sofern solche nicht durch den fortdauernden Nießbrauch des Vaters beschränkt ist ⁸⁾).

3) Sobald der Vater sich einer ungetreuen Verwaltung schuldig macht oder in kundbare Insufficienz des Vermögens verfallen ist ⁹⁾, soll ihm die Verwaltung des Vermögens seiner Kinder genommen und, mit Vorbehalt seiner Nießbrauche ¹⁰⁾, denselben oder den zu bestellenden Curatoren überwiesen werden ¹¹⁾.

4) Ueber das eventuelle Nuzungsrecht der Mutter an dem Vermögen ihrer Stiefkinder s. §. 291.

IV. Vormundschaft und Curatel.

A. Vormundschaft.

§. 20.

1. Einleitung.

Im Betreff der Vormundschaften kommen im hiesigen Lande im Allgemeinen die Grundsätze des röm. Rechts und

8) Verordnung vom 6. Mai 1828. (Nr. 13.) §. 2.

9) Das röm. Recht kennt nur den ersten Fall. Schweppe, a. a. D. §. 653. — Thibaut, a. a. D. §. 363.

10) Diese verliert der Vater nur dann, wenn er eine dem Sohne zu restituierende Erbschaft untreu verwaltet. L. 50. D. Ad. Scit. Preb. (36. 1.) — Schweppe, a. a. D. §. 653. — Thibaut, a. a. D. §. 363.

11) Verordnung vom 6. Mai 1828. Nr. 13. §. 3. — Die Instruct. für die Vormundschaftsherren der Stadt Braunschweig v. 5. August 1689. §. 4 schreibt vor, daß dem Vater, wenn derselbe sich bei der Verwaltung des mütterlichen, großelterlichen oder andern Vermögens seiner Kinder nicht wohl verhalte, nach Befinden ein Mitvormund abjungirt werden solle.

der Reichsgesetze, worauf in den Eingangsworten mehrerer Verordnungen ausdrücklich verwiesen wird ¹⁾, in Anwendung, so daß die vaterländische Gesetzgebung nur wenig Eigenthümliches enthält und sich im Ganzen auf Ergänzungen und nähere Bestimmungen des gemeinen Rechts beschränkt.

Die Vormundschafts-Ordnung vom 29. April 1651, welche Woltered ²⁾ anführt, ist der jetzigen Praxis völlig unbekannt, und es ist mit Wahrscheinlichkeit zu vermuthen, daß dieselbe niemals existirt hat, weil sich in der spätern Gesetzgebung nicht einmal eine Andeutung derselben findet.

Besondere Vormundschafts-Ordnungen haben die Städte Braunschweig und Helmstedt; jene vom 2. August 1689 nebst einer Instruction für die Vormundschaftsherren vom 5. August 1689, diese vom 9. April 1745. Für Wolfenbüttel geben die heinrichsstädtischen Statuten vom 25. Januar 1602. Tit. XV. Vorschriften in Betreff der Vormundschaften.

§. 21.

2. Bestellung der Vormundschaft.

Sichhorn, §. 318. 319. 321.

1) Den Bestimmungen des gemeinen Rechts gemäß müssen allen Minderjährigen, die nicht unter väterlichem Schutze stehen, auf die Dauer ihrer Minderjährigkeit Vormünder bestellt werden, wovon allein die ausgenommen sind, welche *veniam aetatis plenam* erhalten haben ¹⁾.

1) z. B. Verordn. vom 21. Novbr. 1743 und vom 17. Febr. 1745. — Vergl. v. Selchow, Anfangsgründe des br. lüneb. Privatrechts §. 299. — Archiv für die civilist. Praxis Bd. 16. Nr. 8.

2) Kurzer Begriff der Landes-Verordnungen S. 89.

1) In der Regel erhalten auch so wenig die aus der väterlichen Gewalt entlassenen minderjährigen Söhne, als die sich verheirathenden minderjährigen Töchter Vormünder; sie sind dann bei Eingehung von Verträgen an die väterliche Einwilligung nicht gebunden und an die obrigkeitliche Genehmigung nur in den Fällen, wo die Gesetze die Gültigkeit solcher Verbindlichkeiten ausdrücklich dadurch bedingen, z. B. bei Veräußerungen. Pagemann, Pract. Erörter. Bd. 7. Nr. 38. §. 1. — Archiv für civilist. Praxis Bd. 16. S. 227. — Auch die Vormundschafts-Ordnung der Stadt Braun-

2) Alle Vormünder, mögen sie durch Testament ¹⁾, Vertrag, Gesetz ³⁾ oder das Gericht ernannt sein, bedürfen zur Antretung ihres Amtes der obrigkeitlichen Bestätigung und Bestellung ⁴⁾. Diese geschieht von den Stadtgerichten oder Aemtern, und zwar ohne Weiteres und ohne Ansehung des Standes, wenn die Vormundschaft oder Curatel Bewohner des platten Landes betrifft, mit Ausnahme der land-

schweig vom 2. August 1689 nimmt nur auf solche Kinder Rücksicht, welche durch das Absterben des Vaters verwaist sind. Nach der Vormundsch. Ordnung für Helmstedt von 1745. §. 3 soll die Wittwe, welche nicht binnen 4 Wochen nach dem Tode ihres Mannes auf Vormundschftsbestellung für ihre Kinder anträgt, alle Rechte aus dem Vermögen ihres Mannes, insbesondere das Erbrecht, verlieren, und eben diese Nachtheile sollen die Großeltern treffen, wenn die Wittve sich wieder verheirathet oder stirbt und jene nicht für Anordnung einer andern Vormundschaft sorgen.

- 2) Die gemeinrechtliche Bestimmung, daß die testamentarischen Vormünder allen andern vorgehen, ist in der Instruction für die Vormundschfts-Herren der Stadt Braunschweig von 1689 und in den heinrichsstädtischen Statuten von 1602 ausdrücklich wiederholt. Der Vormund kann in einem testamentum parentum inter liberos vollkommen gültig ernannt werden (Schweppe, Röm. Privatrecht §. 735. C. 278. Note 2. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Th. 2. Nr. 37. §. 4.) und die Bestimmung des röm. Rechts, daß die Ernennung des Vormundes in codicillis testamentis non confirmatis der Bestätigung der Obrigkeit bedürfe, ist jetzt ohne besondern practischen Werth, nachdem die testamentarischen Vormünder ohne Ausnahme einer solchen Bestätigung bedürfen. (Cf. Leyser, Meditat. ad pandect. Sp. 330. Med. 3. — Archiv für civilist. Praxis Th. 1. Nr. 27. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. V. §. 1.) — Die alleg. Instruction für die Vormundschfts-Herren setzt neben die testament. Vormünder diejenigen, welche die Eltern »sonst erweislichermassen verordnet hätten«.
- 3) Die heinrichsst. Statuten Tit. 15 berufen ausdrücklich die Blutsfreunde des Mündels, welche dessen nächsten Intestaterben sind, zur Vormundschaft.
- 4) Durch diese Bestimmung der Reichsgesetze (Reichs-Polizei-Ordn. von 1548. Tit. 31. §. 2 und von 1577. Tit. 32. §. 2) ist indeß der römischrechtliche Unterschied der Vormünder nicht aufgehoben, weshalb auch jetzt nicht alle Vormünder als tutores dativi zu beurtheilen sind. Archiv für civilist. Praxis Th. 1. Nr. 27.

tagsfähigen Gutsbesitzer, der Freisassen, deren Pächter oder Hauptadministratoren, der Pächter der Domainen und Klostergüter, der Superintendenden, Prediger und geistlichen Col-laboratoren, Justizbeamten, Actuaren, Forst- und Jagdbe-dienten bis zum reitenden Förster herunter, der Berg- und Hütten-Inspectoren und Oberfactoren, Kreis-Einnehmer, Accise-Inspectoren, Directoren und Vorsteher herrschaftlicher Fabriken und ähnlicher Anstalten, der Postmeister, Stallmei-ster, Doctoren der Medicin, Advocaten und Notarien und Officiere aller Grade, ohne Unterschied, ob diese öffentlichen Beamten noch im Dienste stehen, pensionirt oder mit Bei-behaltung ihres Titels entlassen sind. Die Ausnahme erstreckt sich jedoch nicht auf die Angehörigen, Hausgenossen und Diensthoten dieser genannten Personen. In den gedachten Ausnahmefällen, so wie überhaupt immer dann, wenn die Vormundschaft oder Curatel nicht Bewohner des platten Landes betrifft, muß das Amt dem Kreisgerichte die zu Vormündern oder Curatoren zu erwählenden Personen in Vorschlag bringen und diejenigen bestellen, welche das Kreis-gericht bestimmt 5).

3) Minderjährigen und sonstigen Pflegebefohlenen, welche im Auslande ihren Wohnsitz haben, im hiesigen Lande aber Grundeigenthum besitzen, müssen, ohne Rücksicht auf die aus-wärts bestellte Vormundschaft, von dem Amte, in dessen Be-zirke die hiesigen Grundbesitzungen liegen, Vormünder oder Curatoren angeordnet werden, wenn nicht in gleichen Fällen der fremde Staat die hier bestellten Vormundschaften oder Curatelen auch in Ansehung der in seinem Gebiete belegenen Grundstücke hiesiger Pflegebefohlenen anerkennt, indem als-dann diesseitig das *reciprocum* beobachtet werden soll 6).

4) Die Gerichte haben vor Allem dahin zu sehen, daß

5) Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 7. §. 4. Nr. 8. — Verordn. vom 16. August 1826. Nr. 21. — Verordn. vom 26. Mai 1837. §. 315. §. 170.

6) Landesf. Rescript v. 5. Januar 1762. Promt. II. 416. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenken Nr. 82. (II. 108.) — Glück, Comment. Th. 33. §. 1386.

zu den anzustellenden Vormündern und Curatoren nur sichere und für das persönliche Wohl und Vermögen der Pflegebefohlenen gut besorgte Personen genommen werden?).

5) Ueber die Fähigkeit und die allgemeine Verpflichtung zur Uebernahme der Vormundschaft, so wie über die Befreiung von dieser Verpflichtung, wenn gesetzlich begründete Excusationen⁸⁾ eintreten, gilt das gemeine Recht und unser Particularrecht enthält darüber nur folgende specielle Bestimmungen:

a) Durch Ketten- oder Zuchthausstrafe geht die Fähig-

7) Verordn. vom 3. Februar 1814. Nr. 27. §. 48.

8) Die Vormundsch. Ordn. der Stadt Braunschweig von 1689. §. 1 hebt als Entschuldigungsgründe hohes Alter, dauernde Gesundheitschwäche und bereits übernommene schwierige Aemter hervor. Die heinrichsst. Statuten Kap. XV bezeichnen denjenigen als genügend entschuldigt, welcher vier lebende Kinder hat, oder bereits drei gewöhnliche oder zwei weiltläufige Vormundschaften führt, mit dem Verstorbenen in großer Uneinigkeit gelebt hat, mit den zu Bevormundenden über Vermögensrechte streitet, mit Sachen des Landesfürsten genugsam beladen, über siebenzig Jahre alt oder so jung ist, daß er sein Vermögen selbst noch nicht in eigener Verwaltung hat. Diese Excusationen müssen aber bei Strafe des Verlustes binnen 6 Wochen nach der Antragung der Vormundschaft geltend gemacht werden. Die Vormundschafts-Ordn. für Helmstedt von 1745 befreit diejenigen von Uebernahme der Vormundschaft, welche das 60ste Jahr zurückgelegt haben oder körperschwach sind, welche mühsame Aemter bei der städtischen Verwaltung bekleiden und auch die, welche bereits drei nicht geringe Vormundschaften führen; außerdem sollen nur solche Personen zu Vormündern bestellt werden, die nicht weniger Vermögen besitzen, als der zu Bevormundende, die ihren eigenen Sachen wohl vorstehen, den Eltern des zu Bevormundenden nicht mit Schulden verhaftet sind oder selbst erhebliche Forderungen an denselben haben. Promt. II. 443. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Th. 3 Nr. 3. — Nach einer hannöb. Verordnung vom 18. Novbr. 1828 kann derjenige, welcher fünf Kinder hat, zur Uebernahme einer Vormundschaft nicht angehalten werden. — Ueber die Anwendbarkeit des römischen Rechts in Betreff der Vormünder, welche Gläubiger oder Schuldner der Pflegebefohlenen sind, s. v. Bülow und Hagemann, a. a. D. Th. 5. Nr. 30.

keit verloren, eine Vormundschaft oder Curatel über andere, als die eigenen Kinder zu führen ⁹⁾.

b) Die Mitglieder des Ober-Appellationsgerichts können wider ihren Willen mit der Uebernahme einer Tutel oder Curatel nicht belästigt werden; sie bedürfen zu einer solchen Uebernahme zunächst auch der Erlaubniß des Collegiums ¹⁰⁾.

6) Bei der Bestellung werden die Vormünder, auch die Mutter, welche als Vormünderin ihrer Kinder bestellt wird, auf die gewissenhafte Erfüllung der übernommenen Pflicht beeidigt ¹¹⁾, zugleich werden ihnen die gesetzlichen Bestimmungen über die Nothwendigkeit der gerichtlichen Zahlungs- und Veräußerungsdecrete ¹²⁾, über die Verwaltung des vormundschaftlichen Vermögens ¹³⁾ und über die Rechnungsablage ¹⁴⁾ bekannt gemacht und von den beiden letzten Verordnungen Exemplare oder Abschriften zugestellt. Hierauf erhält der Vormund das *tutorium*, welches mit dem Gerichtssiegel versehen ¹⁵⁾ und in das Amtshandelsbuch eingetragen ¹⁶⁾ werden muß.

7) Cautionbestellung wird von den Vormündern nicht gefordert ¹⁷⁾, dagegen haben die Pflēgbefohlenen ein gesetzli-

9) Criminal-Gesetzbuch §. 17.

10) Ob. Appell. Ger. Ordn. vom 16. Septbr. 1835. Nr. 53. §. 41.

11) Hofger. Ordn. Tit. 26. — Ganzlei-Ordn. Anhang Nr. 2 und 3. Promt. II. 441. — Landesh. Resolution vom 11. Januar 1776. Promt. II. 441. — Ueber die landesh. Dispensation der Mutter und Großmutter von Ableistung dieses Eides s. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Th. 2. Nr. 37.

12) Verordn. vom 10. Mai 1781. Promt. I. 232. — Nach der Vormundschafts-Ordn. für Helmstedt von 1745. §. 3 soll die Mutter nur dann zur Vormundschaft gelassen werden, wenn sie das 25ste Jahr erreicht hat, und in diesem Falle bei der Beeidigung auch dem Scto Vellej. entsagen.

13) Verordn. vom 5. Novbr. 1763. Promt. II. 255.

14) Verordn. vom 21. Novbr. 1743. Promt. II. 445.

15) Verordn. vom 13. Juli 1826. Nr. 18. §. 1.

16) Verordn. vom 2. Decbr. 1744. Promt. I. 414. Diese Vorschrift wird in der Praxis nicht mehr überall befolgt.

17) Cf. Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. V. §. 4. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 738. S. 286. — Nach den Reichsgesetzen

heß, der Eintragung in das Hypothekenbuch nicht bedürfen- des Pfandrecht an dem Vermögen ihres Vormundes. (§. 204.)

8) Dem Vormunde werden zwei der nächsten Verwand- ten des Pflegbefohlenen im Wohnorte desselben oder in dessen Nachbarschaft, oder zwei daselbst wohnende Freunde der Fa- milie, oder zwei andere rechtschaffene Einwohner, möglichst gleichen Standes mit den Eltern des Pflegbefohlenen, als Beiräthe zur Seite gesetzt; das Gericht hat dieselben bei der Rechnungsabnahme, bei Dispositionen über das Vermögen und in anderen wichtigen Fällen zuzuziehen, um ihre Erin- nerungen oder ihr Gutachten zu hören ¹⁸⁾.

Nicht selten wird auch dem eigentlichen rechnungsfüh- renden Vormunde noch ein Nebenvormund beigeordnet, dieß geschieht in der Regel nur dann, wenn das vormundschaft- liche Vermögen sehr ansehnlich und die Verwaltung desselben schwierig ist, in einigen Gegenden des Landes aber auch ob- servanzmäßig bei allen Vormundschaften ¹⁹⁾, z. B. im Amte Eschershausen.

Die Kinder, welche nach Vertrag (§. 7) oder, in Er- mangelung eines solchen, nach gesetzlicher Bestimmung (§. 17) in der evangelischen Confession erzogen werden müssen, sollen bei dem Tode des Vaters keine andere als solche Vormün- der erhalten, die dem evangelischen Glaubensbekenntnisse an-

müssen alle Vormünder ohne Ausnahme, auch die testamentarischen, Caution leisten. R. P. D. von 1577. Tit. 32. §. 3. — Stryk, Usus modern. L. 26. T. 7. §. 8.

18) Verordn. vom 3. Febr. 1814. Nr. 27. §. 49 und 50.

19) Die Instruction für die Vormundschaft. Herren in der Stadt Braun- schweig von 1689. §. 4 bestimmt, daß in allen Fällen der Mutter, welche die Vormundschaft über ihre Kinder führt, ein Mitvormund zur Seite gestellt werden solle. — Die Vormundschafts-Ordn. für Braunschweig von 1689. §. 15 wiederholt die gemeinrechtliche Be- stimmung, daß wenn die vormundschaftliche Verwaltung nicht von der Obervormundschaft unter den bestellten mehreren Vormündern getheilt ist, diese gemeinschaftlich für jeden durch die Verwaltung entstehenden Schaden haften müssen. Vergl. v. Bülow und Hage- mann, Pract. Erörter. Th. 3. Nr. 4. — Leyser, Meditat. ad pandect. V. Sp. 328. Med. 15 sqq.

gehören, und, obwohl die katholische Wittwe oder die nächsten mütterlichen Anverwandten der Kinder, wenn dieselben von ihrem Rechte, die tutalam legitimam in Anspruch zu nehmen, Gebrauch machen, von der Vermögens-Verwaltung nicht ausgeschlossen werden können, so liegt doch den evangelischen Vormündern hauptsächlich die Pflicht ob, für die Erziehung der Kinder in dem evangelischen Religionsbekenntnisse zu sorgen ²⁰⁾.

§. 22.

3. Obervormundschaft.

Giechhorn, §. 320.

Die Stadtgerichte ¹⁾ und Aemter führen als obervormundschaftliche Behörden die Aufsicht über die Vormundschaften ²⁾, jedoch unter Controlle der Kreisgerichte, zu welchem Zwecke dieselben jährlich Tabellen über die vorhandenen Vormundschaften an die Kreisgerichte einsenden müssen, aus welchen der Name, das Alter und der Vermögensbetrag des Pflegebefohlenen, so wie der Name der Vormünder, der Tag der abgelegten Rechnung und der Jahrgang, für welchen dieselbe abgelegt worden, ersichtlich ist ³⁾. In bestimmten Fällen ist die Localbehörde bei Ertheilung der Genehmigung zu Dispositionen über unbewegliche Güter und Capitalien der Pflegebefohlenen an die Zustimmung des Kreisgerichts gebunden. (§. 24.)

Die Gerichte haben vor Allem dahin zu sehen, daß die Vormundschaften mit pflichtmäßiger Treue geführt werden ⁴⁾,

20) Verordn. vom 9. April 1768. §. 10. Promt. II. 297.

1) Stadtgerichte bestehen nur zu Braunschweig und zu Wolfenbüttel. Bekanntmach. der Regier. Commiss. vom 22. Januar 1814. B. S. Nr. 20.

2) Verordn. vom 15. Januar 1814. Nr. 14. §. 2. Nr. 5. — Gesetz vom 15. Octbr. 1832. Nr. 33. §. 5.

3) Verordn. vom 3. Febr. 1814. Nr. 27. §. 60. — Gesetz vom 15. Octbr. 1832. Nr. 33. §. 12.

4) Verordn. vom 3. Febr. 1814. Nr. 27. §. 48. — Ueber das Pflichten der Gerichte wegen des den Pflegebefohlenen durch ihr Verschulden entstehenden Schadens s. Leyser, Meditat. ad pandect.

und der Vormund kann der obervormundschaftlichen Aufsicht so wenig durch eine testamentarische Bestimmung, als durch landesfürstliche Dispensation enthoben werden ⁵⁾).

Insofern bei Ablösung von Reallasten, bei Lehns-Abolitionen und bei Gemeinheitstheilungen Minderjährige interessirt sind, versiehet die Landes-Deconomie-Commission die Functionen der Obervormundschaft ⁶⁾.

4. Vormundschafts-Verwaltung.

§. 23.

a. Inventar über das vormundschaftliche Vermögen.

Der Vormund ist, dem gemeinen Rechte gemäß, verpflichtet, von dem gesammten Vermögen seines Pflegbefohlenen ein Inventar zu errichten, und er muß, dieser Verpflichtung nachkommen zu wollen, in dem bei seiner Bestellung zu leistenden Eide angeloben ¹⁾; indeß ist der Vater befugt, die Errichtung des Inventars aus bewegenden Ursachen und ohne Nachtheil für die Kinder zu erlassen ²⁾.

Sp. 343. — Hagemann, Practische Erörter. Th. 7. Nr. 102. — Schweppe, Rdm. Privatrecht §. 757.

5) Ministerial-Rescript an Herzogl. Stadt-Gericht Wolfenbüttel vom 13. Decbr. 1838. — Das gemeine Recht enthält hierüber keine directe Bestimmung, indeß folgt das obige Princip aus den particularrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich der Disposition über die Vermögenssubstantz der Bevormundeten und daraus, daß die Nothwendigkeit der Veräußerungs- und Zahlungs-Decrete nicht allein zur Controlle des Vormundes, sondern hauptsächlich auch zur Sicherheit der mit dem Vormunde contrahirenden Personen gereichen soll.

6) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 20. — Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 40.

1) Hofger. Ordn. Tit. XXVI. — Kanzlei-Ordnung Anhang Nr. II und III. — v. Bülow und Hagemann, Practische Erörter. Th. 2. Nr. 37. §. 2. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 88. (I. 79.) — Ueber die Verpflichtung der Mutter als Vormünderin zur Aufstellung eines Inventars s. Linde, Zeitschrift für Civilrecht und Proceß Th. 3. S. 211. — Glück, Commentar Th. 30. S. 207.

2) Landesf. Resolution vom 11. Januar 1776. — Landesf. Rescript vom 24. April 1786. Promt. II. 441. — Landesf. Rescript vom

Gewöhnlich geschieht die Aufnahme des Inventars, im Beisein und unter Mitwirkung des vormundschastlichen Personals, durch das Amt 3).

Die Inventarisation des bei dem Corps befindlichen Nachlasses der im Felde verstorbenen Militairpersonen nimmt der Zahl- oder Quartiermeister im Beisein eines Officiers und in den Feldhospitälern der erste bei dem Hospitale angestellte Officier vor 4).

Wenn Minderjährige das ein und zwanzigste, aber noch nicht das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurück gelegt haben und deshalb noch unter obervormundschastlicher Aufsicht stehen (§. 26), so muß gleichfalls, jedoch nur über das vorhandene Capital und Grund-Vermögen derselben, ein Inventar errichtet werden 5).

§. 24.

b. Vermögens-Verwaltung.

Eichhorn, §. 322.

a) Der Verkauf oder auch nur die Verpachtung von unbeweglichen Gütern, Gerechtsamen, Gefällen und Nutzungen der Pfliegbefohlenen muß gerichtlich, und zwar mittelst öffentlicher Vicitation 1) geschehen; eine Ausnahme ist nur mit

26. März 1826. Bege III. 212. — Vergl. Glück, a. a. O. Th. 30. S. 203. — Die Vormundschafts-Ordnung für Helmstedt legt indeß der von dem verstorbenen Eheanne zur Vormünderinn bestimmten Wittve für den Fall, daß derselben dabei die Inventarisation erlassen oder gar verboten ist, die Verpflichtung auf, dennoch im Beisein der beiden nächsten Blutsfreunde die Verlassenschaft in eine Designation zu fassen und diese zu unterschreiben und zu unterschiegeln.

3) Berordn. vom 26. März 1823. Nr. 7. §. 4. Nr. 8. — Landesf. Rescript vom 26. März 1826. Bege III. 212.

4) Berordn. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. S. 317. §. 173.

5) Refcr. des Ob. Land. Gerichts vom 1. März 1831. Bege III. 216.

1) Gemeinrechtlich ist dies controvers. S. Stryk, Usus modern. L. 27. T. 9. §. 6. — Hahn, Observat. theor. pract. P. 2. L. 27. p. 342. — Leyser, Medit. ad pand. Sp. 344. Nr. 4. — Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 523. — Schweppe, Rdm. Privatrecht §. 761 a. C.

specieller landesfürstlicher Genehmigung zulässig. Unter Beobachtung dieser Form können aber auch die Vormünder selbst Grundstücke, Gefälle u. der Minderjährigen gültig pachten oder kaufen ²⁾. Die obervormundschaftliche Behörde soll auf Befolgung dieser Bestimmungen unter eigener Verantwortlichkeit achten ³⁾.

Zu jeder Veräußerung, wenn dieselbe nicht Sachen betrifft, die durch Aufbewahrung verderben würden ⁴⁾, bedarf der Vormund in der Regel eines *decreti de alienando*, welches von dem betreffenden Amte zu ertheilen ist, indeß bei Veräußerung unbeweglicher Güter erst nach eingeholter Genehmigung des Kreisgerichts ⁵⁾. Bei der vor Ertheilung des *decreti de alienando* von der obervormundschaftlichen Behörde anzustellenden *causae cognitio* sind die Familienfreunde zu Rathe zu ziehen; die Zustimmung derselben ist aber nur in den Fällen ein wesentliches Requisit, wo es der Genehmigung des Kreisgerichts nicht bedarf ⁶⁾.

Bei Verfügungen über Grundstücke, welche vermöge des vollkommenen Rechts eines Dritten gefordert werden können und welche in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise ausgeführt werden, ist die obervormundschaftliche Genehmigung nicht er-

- 2) Das röm. Recht gestattet dem Vormunde ebenfalls den Kauf im Wege der öffentlichen Versteigerung. L. 2. §. 8. D. Pro emt. (41. 4.)
- 3) Verordn. vom 5. Novbr. 1763. Promt. II. 255. — Vergl. Glück, Commentar Th. 33. §. 1382 flg. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 750. C. 326. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Th. 3. Nr. 45. Th. 4. Nr. 43. — Reichs-Polizei-Ordn. von 1577. Tit. 32. §. 3.
- 4) Thibaut, a. a. D. §. 521. — Schweppe, a. a. D. §. 751 und 761. — Leyser, Meditat. ad pandect. Sp. 344. Nr. 3. — Hahn, Observ. theor. pract. L. 27. Nr. 7. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. 5. §. 4. — Vormundsch. Ordnung der Stadt Braunschweig von 1689. §. 11. — Heinrichstädtische Statuten Kap. 15.
- 5) Gef. vom 15. Octbr. 1832. Nr. 33. §. 12. — Der landesf. Erlaubniß zu Veräußerungen solcher Grundstücke bedarf es nicht. Landesf. Rescript vom 24. Decbr. 1798. Promt. II. 256.
- 6) Verordn. vom 3. Februar 1814. (Nr. 27.) §. 50.

forderlich 7), Hierzu gehört insbesondere, wenn Volljährige gegen Minderjährige auf den Verkauf eines Grundstückes behuf der Theilung, jedoch mittelst öffentlichen Meistgebots, also ohne daß die landesfürstliche Dispensation von der Subhastation erforderlich ist, antragen und wenn wegen Schulden Grundstücke der Minderjährigen, welche entweder verhypothecirt oder als Executions-Object in Vorschlag gekommen sind, im ordentlichen Wege des Processus zur Subhastation gebracht werden. Es ist indeß der Obervormundschaft zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß Grundstücke Minderjähriger nicht ohne die äußerste Noth Schulden wegen zum Verkaufe kommen. Der Fall, wenn der Erblasser die Veräußerung von Grundstücken im Testamente verordnet hat, bildet keine Ausnahme von der obigen Regel, vielmehr ist hier, gleich wie bei anderen Veräußerungen, die obervormundschaftliche Genehmigung und, eintretenden Falls, die landesfürstliche Dispensation vom Gesetze des öffentlichen Verkaufs ein nothwendiges Requisit 8).

Im Falle Minderjährige bei bauerrechtlichen Erbtheilungen concurriren, ist die landesfürstliche Dispensation nach ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung in folgenden Fällen erforderlich:

1) wenn aus besonderen Gründen für nützlich erachtet wird, daß der Minderjährige, welcher zufolge eines gültigen Rechtstitels der designirte Anerbe ist, das Anerbenrecht aufgeben und sich mit einer Abfindung begnügen soll;

2) wenn bei Gleichberechtigten ein minderjähriger Erbe der Hoffnung, durch das Loos das Anerbenrecht zu erlangen, entsagt, also wenn unter Gleichberechtigten der künftige Hof-

7) Gesetz v. 15. Octbr. 1832. Nr. 33. §. 12. — Diese Bestimmung ist dem gemeinen Rechte conform. S. Thibaut, a. a. O. §. 524. — v. Wening-Ingenheim, Lehrb. des gem. Civilrechts Th. 4. §. 121.

8) Landesf. Rescript vom 18. August 1816. Wege I. 161. — Nach röm. Rechte ist in einem solchen Falle ein richterliches Decret nicht erforderlich. L. 1. §. 2. L. ult. D. De reb. eor. qui sub tut. etc. (27. 9.) — L. 2. C. Quando decr. non opus (5. 72.)

besitzer nicht durch das Loos, sondern durch Uebereinkunft bestimmt wird; und

3) wenn es irgend zweifelhaft ist, ob nicht einem Minderjährigen, welcher abgefunden werden soll, das Anerbengericht zustehe ⁹⁾.

b) Die vorhandenen Capitalien soll der Vormund, bei Strafe des Schadens-Ersatzes, nicht unbenuzt liegen lassen, indeß auch nicht unsicher ausleihen ¹⁰⁾. Wenn sich keine Gelegenheit darbietet, die Capitalien auf andere Weise sicher unterzubringen, so hat der Vormund dieselben bei der Leihhausanstalt verzinslich zu belegen, welche zu der Annahme solcher Gelder verpflichtet ist, ohne zur Aufkündigung vor beendigter Vormundschaft berechtigt zu sein ¹¹⁾. Da indeß das Leihhaus geringere Zinsen bezahlt, als im Privatverkehre gegeben zu werden pflegen, so haben die Vormünder sich angelegen sein zu lassen, die Capitalien zu höheren, als den Leihhaus-Zinsen an Privaten gegen sichere Hypothek auszuleihen. Es ist Pflicht der Obervormundschaft, hierauf zu achten ¹²⁾.

Zur Kündigung, Ausleihung oder anderweiten Belegung der Capitalien Minderjähriger ist ein decretum de solvendo erforderlich, welches die Aemter resp. Stadtgerichte ertheilen, nachdem sie darüber das Gutachten der Familienfreunde vernommen und, im Falle das Capital 100 Thlr. übersteigt, die Genehmigung des Kreisgerichts eingeholt, im andern Falle aber die Zustimmung der Familienfreunde erhalten haben ¹³⁾. Ein solches Decret ist indeß dann nicht erforder-

9) Landesf. Circular-Rescript vom 13. Mai 1831. B. G. Nr. 10.

10) Verordn. vom 8. Novbr. 1703. Promt. II. 250. — Der Vormund hat eintretenden Falls zu beweisen, daß er bei dem Ausleihen die erforderliche Vorsicht angewandt habe. Leyser, Med. ad pand. Sp. 333. Nr. 8. — Pufendorf, Observ. T. 3. Nr. 173. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 92 letzte Note.

11) Verordn. vom 1. Juli 1782. — Desgl. vom 15. März 1787 und 12. Septbr. 1797. — Landesf. Rescript vom 10. Novbr. 1797. Promt. II. 252 sqq. — Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63. §. 3.

12) Verordn. vom 9. Januar 1798. Promt. II. 254.

13) Verordn. vom 15. Januar 1814. Nr. 14. §. 3. — Desgl. vom

lich, wenn im väterlichen Testamente angeordnet ist, daß den Kindern bei ihrer Verheirathung oder Volljährigkeit ein bestimmtes Capital ausgezahlt werden solle ¹⁴⁾, so wie überhaupt in allen Fällen, wenn die Zahlung vermöge des vollkommenen Rechts eines Dritten geschehen muß ¹⁵⁾. Im Allgemeinen ist auch zur Annahme von Zahlungen, wenn ausgeliehene Capitalien oder sonstige Forderungen, welche das Vermögen selbst und nicht bloß die laufenden Einkünfte aus demselben betreffen, so wie auch, wenn dergleichen von vielen Jahren ¹⁶⁾ aufgesummte Einkünfte erhoben werden sollen, stets ein richterliches Decret nöthig, ohne welches die Zahlung den Schuldner nicht befreiet ¹⁷⁾. In neuerer Zeit sind indeß hiervon diejenigen Capitalien ausgenommen, welche von Seiten des Schuldners gekündigt und zurückgezahlt werden ¹⁸⁾.

§. 25.

c. Rechnungs-Ablage.

Sichhorn, §. 322.

Jeder Vormund, ohne Unterschied der Person und des

8. Februar 1814. Nr. 27. §. 50. — Ges. vom 15. Octbr. 1832. Nr. 33. §. 12. — Nach gemeinem Rechte bedarf der Vormund zur Ausleihung von Capitalien eines richterlichen Decrets nicht. Thibaut, System des Pandecten-Rechts §. 518 und 524. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 752. — Pufendorf, Observat. jur. univ. Obs. 173. — Leyser, Meditat. ad pandect. Sp. 333. Nr. 9.
- 14) Landesf. Rescript vom 13. Septbr. 1784. Promt. I. 233.
- 15) Landesf. Rescript vom 18. August 1816. Bege I. 161. — Gesetz vom 15. Octbr. 1832. Nr. 33. §. 12.
- 16) Das röm. Recht nimmt geringe, von zwei Jahren rückständige Zinsen und Gefälle an. Thibaut, Syst. §. 522. — Schweppe, R. P. R. §. 763.
- 17) Verordnung vom 17. Febr. 1745. — Desgl. vom 18. Mai 1781. Promt. I. 232. — Nach gemeinem Rechte wird bestritten, ob der Schuldner, ohne daß ein solches Decret erwirkt ist, Zahlung leisten darf. Thibaut, Syst. §. 522. — Schweppe, R. P. R. 763. — Strube, R. B. Nr. 19. (III. 26.) — v. Bülow und Hagemann, P. G. Th. 5. Nr. 31.
- 18) Landesf. Rescript vom 18. August 1816. Bege I. 161.

Standes, ist verpflichtet, nach Ablauf eines jeden Jahrs binnen drei Monaten über seine Verwaltung dem betreffenden Amte oder Stadtgerichte Rechnung abzulegen, und zwar bei Vermeidung einer Strafe von fünf Procent des vormundschaftlichen Vermögens. Die obervormundschaftliche Behörde soll nach Verlauf dieser Zeit ex officio gegen den Vormund verfahren ¹⁾. Die eingereichte Rechnung hat das Amt oder Stadtgericht zunächst den Familienfreunden (§. 21. Nr. 7) zur Monitor vorzulegen und sodann selbst genau zu prüfen. Sämmtliche Erinnerungen sollen zusammengefaßt und von dem Vormunde vor der obervormundschaftlichen Behörde und zwar in Gegenwart der Familienfreunde beantwortet werden. Auf die Beantwortung der Erinnerungen erfolgt die Entscheidung entweder sogleich oder binnen acht Tagen durch einen Bescheid, worin dasjenige, was dem Rechnungsführer zu Gute geht oder von ihm zu ersetzen ist, Punkt für Punkt genau und sorgfältig bestimmt werden muß ²⁾. Gegen diese ersten Entscheidungen, die ohne Rücksicht auf den Betrag des Gegenstandes der Erinnerungen von dem Amte oder Stadtgerichte erfolgen, stehen die Rechtsmittel der Vorstellung oder der Nichtigkeits-Beschwerde frei ³⁾.

Bei der Abnahme der Rechnung, welche binnen drei Monaten nach deren Einreichung geschehen soll ⁴⁾, hat die obervormundschaftliche Behörde zugleich sorgfältig zu untersuchen, ob das unbewegliche Vermögen den gesetzlichen Bestimmungen gemäß (§. 21) verpachtet oder veräußert ist;

1) Verordn. vom 21. Novbr. 1743. Promt. II. 445. — Vormundsch. Ordnung der Stadt Braunschweig von 1689. §. 14. — Heinrichsstädtische Statuten Tit. 15. — Nach röm. Rechte braucht der Vormund erst bei Beendigung der Vormundschaft Rechnung abzulegen. Glück, Comment. Th. 32. S. 195. — Thibaut, Syst. d. p. R. §. 536. — v. Wening-Ingenheim, Lehrbuch des gem. Civilrechts Th. 4. §. 124. — Erst die Reichsgesetze nahmen die Bestimmung wegen der jährlichen Rechnungsablage auf. Reichs-Polizei-Ordn. von 1577. L. 32. §. 3.

2) Verordn. vom 3. Febr. 1814. Nr. 27. §. 49.

3) Gesetz vom 23. Febr. 1837. Nr. 7. §. 8.

4) Verordn. vom 21. Novbr. 1743. Promt. II. 445.

durch eine Versäumniß hierbei wird die Behörde selbst zum Schadens-Ersatz verpflichtet ⁵⁾).

Der Vater kann den Vormund von der Verpflichtung zur Ablegung der Rechnung dispensiren ⁶⁾.

§. 26.

5. Beendigung der Vormundschaft und Wiedereinfegung in den vorigen Stand wegen Minderjährigkeit.

Gichhorn, §. 323.

Die Vormundschaft hört, abgesehen von den übrigen gemeinrechtlichen Erlösungsgründen ¹⁾, mit dem zurückgelegten ein und zwanzigsten Jahre ²⁾ des Minderjährigen auf, so daß diesem alsdann das Vermögen zur eigenen Verwaltung übergeben wird (Vergl. §. 2). Der Minderjährige darf indeß bis zum vollendeten fünf und zwanzigsten Jahre nur über die Einkünfte frei disponiren; bei Verfügungen über die Substanz des unbeweglichen und Capital-Vermögens ist derselbe, gleich einem Vormunde, an die Autorisation der Vormundschaft gebunden ³⁾. Vom Anfange des zwei und zwanz-

5) Verordn. vom 5. Novbr. 1763. Promt. II. 256.

6) Landesf. Resolut. vom 11. Januar 1776. — Landesf. Reser. vom 24. April 1786. Promt. II. 441. — Vergl. v. Bülow und Pagemann, Pract. Erört. Th. 2. Nr. 37. §. 3. — Nach dem röm. Rechte kann so wenig der Vater, als der Regent von der Rechnungs-Ablage liberiren, sondern nur der gewesene Pflegbefohlene selbst. L. 9. 20. §. 1. L. 28. §. 4. D. De liber. legat. (34. 3.)

1) Diese sind: Wenn der Vormund oder Pflegbefohlene stirbt, wenn jener wegen einer eintretenden Excusation dispensirt oder als suspect removirt wird (vgl. §. 28. Nr. 1.), und wenn dieser eine capitis deminutio maxima oder media erleidet, oder veniam aetatis erlangt; bei der Mutter und Großmutter durch Wiederverheirathung. Thibaut, Syst. des pract. Rechts §. 545 u. f.

2) Nach dem braunschv. Stadtrechte von 1532 hörte die Vormundschaft mit dem achtzehnten Jahre auf. Pufendorf, Observ. Th. 4. Append. C. 110.

3) Da die ordentliche Verjährung in Ansehung unbeweglicher Güter eine Veräußerung in sich begreift, so muß dieselbe auch nach hiesigen Landesgesetzen bis zum 25ten Lebensjahre des Eigenthümers ausgeschlossen bleiben. Erkl. des Ob. Land. Ger. vom 22. März 1841 S. 6. v. d. Schulenburg c. Fehlen.

zigsten Lebensjahres, oder der unvollkommenen Volljährigkeit an läuft auch der vierjährige Zeitraum zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Minderjährigkeit. Die Rechtswohlthat selbst bezieht sich ausschließlich auf die früher eingegangenen Handlungen des mit diesem Zeitpunkte aus der Minderjährigkeit getretenen Contrahenten ⁴⁾. Ein Kind, welches nach erlangter Volljährigkeit gegen eine Abfindungssumme auf die elterliche Erbfolge eidlich renunciirt oder darüber gerichtlich transigirt und den Vergleich eidlich bekräftigt, soll dagegen, auch wenn sich eine übermäßige Verletzung, selbst quoad legitimam, herausstellen sollte, nur dann in integrum restituiert werden, wenn erwiesen werden kann, daß das Kind durch listige und betrügliche Ueberredung zu dem Verzicht oder Vergleiche verleitet ist ⁵⁾.

Binnen einem Jahre nach erlangter Volljährigkeit, d. h. nach zurückgelegtem fünf und zwanzigsten Lebensjahre, dürfen die Kinder einer Wittwe, welche nach dem Tode ihres Mannes einen neuen Wohnsitz erworben hat, nach dem früheren

4) Verordn. vom 15. Febr. 1814. Nr. 31.) — Landesf. Declaration vom 12. April 1828. Nr. 11. — Die bekannte Controverse, ob sich der Minderjährige, wenn er die Aufhebung eines sonst gültigen bürgerlichen Geschäfts verlangt, nur auf den Mangel der Jahre zu berufen brauche, oder ob er eine wirkliche Verletzung nachweisen müsse? ist durch die Praxis dahin entschieden, daß zur Substantiirung des Restitutionsgesuches, mit Anführung besonderer erheblicher Gründe und Ursachen, die Behauptung eines wirklichen Nachtheils erfordert wird. Scholz, Jurist. Magazin, neue Folge, Th. 2. S. 499. — Vergl. Schweppe. — Röm. Privatrecht §. 988. — Stück, Comment. Th. 6. S. 12 flg. — Thibaut, Syst. des Pand. Rechts §. 1009. — v. Bülow und Hagemann, Practische Erörter. Th. 4. Nr. 31 und 66.

5) Verordn. vom 7. April 1712. Promt. II. 287. — Cramm, De diff. jur. comm. Obs. 14. — Leyser, Med. ad pand. Sp. 43. — Ueber die eidliche Entsagung des Minderjährigen auf das benef. restit. in integr. s. Thibaut, System des Pand. Rechts §. 1010. — Stryk, Usus mod. L. 4. T. 4. §. 14. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Th. 4. Nr. 31 und 66. — v. Bülow, Abhandlung Th. 1. Nr. 13. — Pfeifer, Pract. Ausführ. Th. 3. Nr. 9.

Wohnorte zurückkehren, wenn sie nicht schon einen eigenen Wohnort erworben haben ⁶⁾.

Ueber die Beendigung der Vormundschaft durch *venia aetatis* s. §. 2.

§. 27.

B. C u r a t e l.

Sichhorn, §. 327.

Was in den vorhergehenden Paragraphen von der Bestellung der Vormundschaften, von der Obervormundschaft und der Vermögens-Verwaltung gesagt ist, gilt im Allgemeinen auch von den Curatelen ¹⁾, weshalb hier nur noch folgende specielle Vorschriften und Bestimmungen zu bemerken sind:

1) Die Curatelsachen gehören, wie die Vormundschaftsachen und auch unter denselben Beschränkungen, vor die Aemter resp. Stadtgerichte. Ausnahmßweise gebührt die Anordnung und Verwaltung der Curatel für eine Concursmasse dem betreffenden Kreisgerichte, wenn ein einzelner von dem Gemeinschuldner angegebener oder von den Gläubigern angemeldeter Schuldposten die Summe von 50 Thlr. übersteigt ²⁾.

2) Wenn das Vermögen Abwesender oder eine vacante Erbschaft dem muthmaßlichen Erben übergeben wird, so ist dieser in Betreff der Vermögens-Verwaltung eben den Vorschriften, welche für die Vormünder gelten, unterworfen ³⁾.

3) Die Gerichte haben *ex officio* darauf zu sehen, daß

6) Verordn. vom 4. Mai 1830. Nr. 10. §. 5.

1) Die in den früheren Paragraphen allegirten Verordnungen enthalten hierüber unzweifelhafte Bestimmungen, insbesondere die Verordnung vom 3. Febr. 1814. Nr. 27. §. 51.

2) Gesetz vom 15. October 1832. Nr. 33. §§. 5 und 12. — Gesetz vom 23. Febr. 1837. Nr. 7. §. 10.

3) Verordn. vom 3. Febr. 1814. Nr. 27. §. 51. — Vergl. Pfeifer, Pract. Ausföhr. Bd. 2. Nr. 5. — Glück, Comment. Bd. 33. §. 1397. b.

die Curatelen über Abwesende, wenn diese das 70ste Lebensjahr überschritten haben würden, beendet werden 4). C. §. 4.

4) Wenn es sich darum handelt, ob jemandem seines Hanges zur Verschwendung oder seiner geistigen Unvollkommenheit halber die Verwaltung seines Vermögens zu untersagen und eine Curatel für denselben anzuordnen sei, so muß jedes Mal eine *causae cognitio* angestellt, bei erhobenem Widerspruche von Seiten des zu Interdicirenden aber ein förmliches contradictorisches Verfahren eingeleitet und durch ein Erkenntniß entweder die Interdiction ausgesprochen, oder für unzulässig erklärt werden. Zu diesem Verfahren und Urtheilssprüche sind ausschließlich die Kreisgerichte competent, auch wenn das Vermögen des zu Interdicirenden 50 Thlr. nicht betragen sollte, wogegen die Anordnung und Verwaltung der erforderlichen Curatel dem betreffenden Stadtgerichte oder Amte zusteht. Von einem im Interdiction's-Verfahren abgegebenen Erkenntnisse bleibt, ohne Hinsicht auf den Betrag des Vermögens, eine Vorstellung beim Landesgerichte jeder Zeit offen 5).

5) Während sich die Truppen im Felde befinden, soll für einen jeden Unterofficier und Soldaten, welcher darauf anträgt und nicht in väterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht, durch das Stadtgericht oder Amt seines Wohnorts ein Curator zur Verwaltung seines zurückgelassenen Vermögens bestellt werden. Zugleich mit diesem Antrage muß dem Gerichte eine Vermögens-Übersicht mit sämtlichen Documenten gegeben werden. Das Gericht soll alle zweckdienlichen Erläuterungen von Amtswegen einfordern, auch die Vorschläge der Militairperson über die Person des Curators vernehmen. Auf die Ernennung, die Ablehnungs-

4) Ueber den Unterschied der Rechtsgrundsätze über die Curatel Abwesender nach röm. und nach deutsch. Rechte vergl. Glück, Comment. Bd. 33. §. 1397.

5) Verordn. vom 3. Febr. 1814. Nr. 27. §. 52. — Landesf. Circul. Rescript vom 8. Juli 1833. Nr. 18. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 3. Nr. 48. — Glück, Commentar Bd. 33. C. 181.

gründe und die Verantwortlichkeit dieser Curatoren sind durchgängig die gesetzlichen Bestimmungen über Vormünder anzuwenden ⁶⁾).

6) Das Vermögen der ausgetretenen Militairpflichtigen wird mit Beschlagnahme belegt und unter Curatel gestellt, und der Ausgetretene kann über dasselbe, weder unter Lebenden, noch auf den Todesfall, disponiren. Der Curator muß die Aufkünfte des Vermögens an die Kriegscasse abliefern und es werden dieselben zu den Militair-Unterstützungsfonds gezogen. Indes bleiben allen denjenigen, welche berechtigt sind, aus dem mit Beschlagnahme belegten Vermögen ihren Unterhalt zu beziehen, ihre Rechte vorbehalten. Wenn der Ausgetretene sein Ausbleiben gehörig entschuldigt hat, so wird ihm das Vermögen nebst dessen Aufkünften, wenn er aber bestraft oder begnadigt ist, nur das Capital des Vermögens zurückgegeben. Im Falle der Ausgetretene verstorben oder für todt erklärt ist, wird seinen Intestatserben oder, in sofern er vor der Beschlagnahme seines Vermögens darüber rechtsgültig disponirt hat, seinen Vertragserben das Vermögen, jedoch ohne die Aufkünfte, überwiesen ⁷⁾).

7) Eben so wird auch das Vermögen der Deserteure durch die Stadtgerichte und Aemter für die öffentliche Casse verwaltet. Der Compagnie werden daraus die durch die Desertion verloren gegangenen Effecten vergütet. Denjenigen, welche aus dem Vermögen gesetzliche Alimente in Anspruch nehmen können, bleibt die Verfolgung ihrer Ansprüche unbenommen. Wenn der Deserteur bestraft oder begnadigt ist, so wird ihm selbst, im Falle seines Ablebens oder seiner Todeserklärung aber seinen Intestatserben das Capital des Vermögens zurückgegeben ⁸⁾).

8) Von der Curatel über das Vermögen der Kinder unter väterlicher Gewalt wegen übler Wirthschaft des Vaters ist §. 19. Nr. 3, so wie

6) Verordn. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. S. 816. §. 172.

7) Gesetz vom 23. Febr. 1837. Nr. 10. §. 70.

8) Verordn. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. Art. 36. S. 267.

9) von der Curatel über Pflēgbefohlene, welche im hie- gen Lande Grundeigenthum besitzen, aber im Auslande wohnen, §. 21. N. 3 die Rede gewesen.

C. Von den Personen in staatsbürgerlicher Verbindung.

§. 28.

I. Ch r e.

Sichhorn, §. 83—90.

I. Eine Ehrlosigkeit, mit welcher die gānzliche Vernichtung der bürgerlichen Existenz einer Person verbunden wäre, kennt unser vaterländisches Particularrecht ¹⁾ nicht. Dagegen tritt die gewöhnlich ebenfalls mit Ehrlosigkeit bezeichnete, in Folge eines Strafurtheils ²⁾ eintretende Verminderung der bürgerlichen und politischen Rechte, die Infamie des deutschen Rechts, ein:

- a) bei Ketten- und Zuchthausstrafe ³⁾,
- b) bei Zwangsarbeitsstrafe ⁴⁾,
- c) bei Gefängnißstrafe über ein Jahr wegen eines vor- fählichen Verbrechens ⁵⁾.

Das Civilrecht, dessen Bestimmungen über die rechtli-

1) Auch dem gemeinen Rechte ist eine völlige Aufhebung aller bürgerlichen Rechtsfähigkeit fremd. Mittermaier, Deutsches Privatrecht (6te Aufl.) S. 290. — Runde, Deutsch. Privatrecht §. 306.

2) Als selbstständige Criminalstrafe kömmt der Verlust der Ehren- oder politischen Rechte in der vaterländischen Gesetzgebung nicht vor. Vergl. Motive zu dem Entwurfe eines Criminal-Gesetzbuches Tit. 2. §. 19.

3) Criminal-Gesetzbuch §. 17. — Die Kettenstrafe ist an die Stelle der früheren, gleichfalls infamirenden Karrenstrafe getreten. Landesf. Rescript vom 19. Decbr. 1782, 7. Februar und 3. October 1785. Promt. II. 3. — Auf öffentliche Ausstellung am Schand- pfehle, als Strafe des Meineides (Verordn. vom 26. Juli 1827. Nr. 17), welche ebenfalls infamirend war, wird nicht mehr er- kannt. (C. G. B. §. 6 flg.)

4) C. G. B. §. 17.

5) Ebendas.

chen Folgen der Verbrechen durch das Criminal-Gesetzbuch keine Abänderung erlitten haben ⁶⁾, bedrohet mit Infamie:

d) die Veruntreuung und das Mißbrauchen der herrschaftlichen und der Gewerke Gelder und sonstiger Einkünfte von den Communions-Rechnungsbedienten ⁷⁾;

e) die Benützung der Depositengelder von den Beamten in ihrem eigenen Nutzen ⁸⁾;

f) die Uebertretung des Verbots für Advocaten und Procuratoren, mit den Parteien ein pactum de quota litis einzugehen ⁹⁾.

Die Wirkungen der Infamie sind particularrechtlich folgende:

1) Die Ketten- und Zuchthausstrafe hat den Verlust aller Ehren-, politischen und Dienst-Rechte, so wie der Fähigkeit, diese Rechte zu erlangen, ferner den Verlust der Innungsrechte ¹⁰⁾, der Gewerbe-Concessionen ¹¹⁾ und der Fähigkeit, eine Vormundschaft oder Curatel über Andere, als die eigenen Kinder zu führen ¹²⁾, zur Folge ¹³⁾. Zu den Ehrenrechten gehören: Adel, Würden, auch geistliche und academische, Titel, Orden und Ehrenzeichen; die politischen Rechte begreifen das active und passive Wahlrecht bei Gemeinde- oder landschaftlichen Wahlen, und zu den Dienst-rechten werden die gerechnet, welche aus einer öffentlichen

6) Patent, die Einführung des Crim. Ges. Buches betr., vom 10. Juli 1840. §. III. a. C.

7) Commun. herrschaftl. Verordn. vom 27. Octbr. 1717. Promt. I. 198. — Vergl. Crim. Ges. Buch §. 260 flg.

8) Verordn. vom 17. Novbr. 1721. Promt. I. 18.

9) Hof- Gerichts-Ordnung Tit. LXXVII. §. Es sollen auch 2c. — Vergl. Oberapp. Ger. Ordn. vom 16. Septbr. 1835. §. 53.

10) Schon der Reichsschluß wegen der Handwerksmißbräuche §§. 5. 13. machte volle Ehre zur Bedingung des Eintritts in Zünfte. Vergl. Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 128. Nr. 1.

11) Vergl. Gesetz vom 4. April 1837. Nr. 19. §. 32. Nr. 1.

12) Nach röm. Rechte schließt Infamie für sich von der Vormundschaft nicht aus. I. 1. §. 6. i. f. D. De postul. (III. 1.) — I. 17. §. 1. D. De tutel. (XXVI. 1.)

13) Crim. Ges. Buch §. 17.

Function entspringen, zu deren Ausübung die Beeidigung oder die Verpflichtung mittelst Handgelöbnisses an Eides Statt vor einer obrigkeitlichen Person erfolgt, also auch der mit der öffentlichen Function verbundene Titel und Rang ¹⁴⁾.

2) Die Zwangsarbeitsstrafe bewirkt den Verlust der politischen und Dienst-Rechte, so wie der Fähigkeit, dieselben zu erlangen.

3) Mit Gefängnißstrafe über ein Jahr wegen eines vorsächlichen Verbrechens ist der Verlust der Dienstrechte verbunden, und während der Dauer derselben ruhen alle politischen Rechte ¹⁵⁾.

4) Dienstentsetzung, als selbstständige Strafe oder als nothwendige Folge, wenn der Beamte wegen Diebstahls, Fehleri, Betruges oder Meineides zu irgend einer Strafe, und wenn er wegen eines mit Vorsatz begangenen andern Verbrechens zu einer härtern, als einjährigen Freiheitsstrafe verurtheilt wird, hat die rechtliche Wirkung wie Zwangsarbeit. Dienstentlassung tritt bei einem öffentlichen Beamten schon dann ein, wenn derselbe ein der polizeilichen Bestrafung überwiesenes, selbst in der niedrigsten Strafabstufung mit Zwangsarbeit bedrohetes Verbrechen begehet ¹⁶⁾.

5) Diejenigen, welche wegen eines mit Zwangsarbeit oder einer härtern, als einer dreijährigen Gefängnißstrafe, oder mit Remotion von einer öffentlichen Function bedroheten vorsächlichen Verbrechens, oder überhaupt wegen Meineides, Diebstahls, Fehleri, Betruges oder Bankerottes von einem Gerichte des In- oder Auslandes zur Untersuchung gezogen und entweder mit Strafe belegt oder nur von der

14) Ebenas. §§. 74—76. — In Betreff des vaterländischen Ordens Heinrichs des Löwen hat sich der Landesfürst die Entscheidung vorbehalten, ob der Name eines Mitgliedes, welches sich eines Vergehens schuldig gemacht hat, aus der Liste gestrichen werden soll. Landesf. Patent vom 25. April 1834. Nr. 10.

15) Ebenas. §. 17.

16) Staats-Dienst-Gesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 62. — Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 97. — Crim. Ges. Buch §. 249 und 253.

Instanz entbunden sind; so wie diejenigen, welche gerichtlich angeschuldigt sind, es versucht zu haben, durch Geschenke, Versprechungen, Drohungen oder auf andere unerlaubte Weise auf die Wahlen der Landtagsabgeordneten, der Stadtverordneten oder Wahlmänner eingewirkt, oder sich solchen Einwirkungen hingegeben zu haben, ohne von dieser Anschuldi-
gung völlig frei gesprochen zu sein, sind absolut unfähig zum Bürgerrechte und damit zur Uebernahme des Amtes eines Magistrats-Mitgliedes ¹⁷⁾, so wie auch zur Theilnahme an den Wahlen der Landtags-Abgeordneten oder Wahlmänner; letzteres tritt auch bei denjenigen ein, welche auf den Grund der ständischen Geschäftsordnung für immer von der Ständeverammlung ausgeschlossen sind ¹⁸⁾.

6) Die rechtskräftige Verurtheilung zu einjährigem Gefängnisse oder einer härtern Strafe wegen wiederholten Diebstahles oder wegen Meineides, ferner zu einer zweijährigen Zwangsarbeit oder zu einer härtern Strafe wegen irgend eines sonstigen Verbrechens macht den Landeseinwohner unwürdig, die Waffen für das Vaterland zu tragen ¹⁹⁾.

7) Die Verurtheilung zu Kettenstrafe hat Ausstoßung aus dem Militaire und ohne Weiteres Verlust aller Ehrenzeichen zur Folge ²⁰⁾.

8) Wiederholte Veruntreuung anvertrauter Gegenstände im Gewerbe, wenn gleich deren Werth ganz unbedeutend ist, führt den Verlust der Gilderechtssame und der Gewerbebefugniß nach sich ²¹⁾.

Mit der Special-Inquisition und dem articulirten Verhöre, so wie mit der suspensio ab officio sollte schon in

17) Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 16 und 81. — Vgl. Crim. Ges. Buch §. 16 und 22.

18) Wahlgesetz vom 12. Octb. 1832. §. 2. — Vgl. Cr. G. B. §. 17.

19) Milit. Ges. vom 23. Febr. 1837. Nr. 10. §. 2.

20) Verordn. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. S. 258. Art. 3. — Vgl. Patent, die Einführung des Crim. Ges. Buches betr., v. 10. Juli 1840. §. IV. Nr. 3.

21) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 123. Nr. 3. — Gewerbe-
steuer-Gesetz vom 4. April 1837. §. 32. Nr. 3. — Vergl. Crim.
Ges. Buch §. 17.

älterer Zeit eine Verminderung der bürgerlichen Ehre nicht mehr verknüpft sein ²²⁾).

Die sämtlichen Folgen der erkannten Strafen, also auch die Wirkungen der daran geknüpften Infamie, können durch landesfürstliche Begnadigung, wenn diese ohne Beschränkung zugestanden wird, getilgt werden ²³⁾; dagegen hebt Verjährung der bereits erkannten Strafe die mit derselben verbundenen gesetzlichen Folgen nicht auf ²⁴⁾).

II. Die Art der Rechtlosigkeit, welche nicht aus Verbrechen entstanden, sondern Folge der Geburt, des Gewerbes oder Standes ist und mit Anrüchtheit oder Unehelichkeit bezeichnet wird, besteht außerdem, daß uneheliche Geburt unfähig zur Lehnssuccession macht und dieser Makel auch durch Legitimation nicht vollständig gehoben werden kann ²⁵⁾, rechtlich nicht mehr; die Gesetzgebung hat die entgegenstehenden älteren Rechtsansichten ²⁶⁾ durch folgende einzelne Bestimmungen abgeschafft:

1) Bei der Aufnahme von Lehrlingen in Gilden darf

22) Verordn. vom 14. Mai 1750 und landesf. Declar. vom 21. Febr. 1782. Promt. II. 378. — Vergl. Glück, Comment. Th. 5. §. 216. — Mittermaier, Strafverfahren Th. 2. §. 178. — Leyser, Medit. ad pand. Sp. 667. Med. 17. 18. — Cramm, Dissert. jur. comm. et brunsv. obs. 22. — Das articulierte Verhör ist durch die Verordn. vom 3. Febr. 1814. Nr. 27. §. 32 gänzlich abgeschafft. — Die oben angeführte Verordn. von 1750 bietet zugleich einen auffallenden Beweis, daß das Streben der älteren Juristen, die Ansichten des röm. Rechts über Infamie auf unsere, von den römischen sehr verschiedene Verhältnisse anzuwenden, auch auf die Gesetzgebung nicht ohne Einfluß geblieben ist, indem die Verordn. in der Einleitung der deutsch. Rechtsansicht, daß nicht das Vergessen, sondern die Strafvollziehung infamire, widerspricht und dem röm. Rechte (L. 22. D. De his qui notant. inf. (III. 2.)) folgt.

23) Grim. Ges. Buch §. 68. a. G. — Vergl. Runde, Deutsch. Privatrecht §. 304. — Reichsschluß von 1772. Art. 5.

24) Grim. Ges. Buch §. 71. Nr. 2.

25) Verordn. vom 3. Januar 1593. Promt. I. 262. — Landschaftl. Privilegien vom 9. April 1770. Art. 32. Promt. II. 81.

26) Vergl. Mittermaier, Deutsches Privatrecht (6te Aufl.) §. 104. — Runde, Deutsches Privatrecht §. 308 flg. — v. Liebhaf, Einleit. in das br. lüneb. Landrecht Th. 2. §. 187.

kein Unterschied zwischen Geburt und Stand gemacht werden 27).

2) Die Leineweber 28), Schäfer 29), Gerichtsbienner 30) und Zuchtknechte in dem Zucht- oder Werkhause 31) sollen ihres Standes oder Gewerbes wegen nicht für unehrlich gehalten werden.

3) Derjenige, welcher eine vorher von einem Andern geschwächte Frauensperson heirathet, darf deshalb nicht von den Gildegerechtsamen ausgeschlossen werden 32).

III. Die aus unmoralischen Handlungen oder einer verächtlichen Lebensweise entspringende und lediglich durch das öffentliche Urtheil begründete Verminderung der äußern Achtung (turpitude) hat particularrechtlich folgende Wirkungen:

1) Der Mangel eines unbescholtenen Rufes macht unfähig zur Landstandschafft 33) und zur Uebernahme des Amtes eines Stadtverordneten 34).

2) Diejenigen, welche sich durch einen übeln Lebenswandel die öffentliche Verachtung zugezogen haben, können nicht in die Bürgerrolle aufgenommen werden und sind nicht wählbar zu Magistrats-Mitgliedern 35).

3) Der Staatsdiener oder städtische Magistratsbeamte, welcher durch ein unsittliches Betragen ein solches öffentliches Uergerniß gegeben hat, daß die ihm nothwendige Achtung

27) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 65. — Schon früher war die Zulassung der Barbier, Bader, Föllner, Leineweber, Müller, Pfeifer, Trompeter und Schäfer, so wie auch deren Kinder, zu den Gilden geboten, indeß in der Voraussetzung, daß sie von ehelicher Geburt und untadelhaftem Wandel wären. Verordnungen v. 30. Decbr. 1650, 31. Januar 1652 und 24. April 1656. Promt. I. 358 und 394. Note, desgl. II. 104 und 305.

28) Verordn. vom 19. Mai 1729. Promt. II. 104.

29) Verordn. vom 6. Juli 1747. Promt. II. 305.

30) Verordn. vom 9. Mai 1752. Promt. I. 380.

31) Avertissement von 1748. Promt. II. 531.

32) Landesf. Rescript vom 10. Januar 1770. Promt. I. 421.

33) Landes-Grund-Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 71. Nr. 3.

34) Städte-Ordn. vom 4. Juni 1831. §. 56.

35) Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 17. Nr. 2 und §. 81.

zerstört und die Fortführung des Amtes durch ihn mit der Würde seines Standes unverträglich ist (wobei kein juristischer Beweis erfordert wird, sondern die richterliche Ueberzeugung genügt), so wie der Staatsdiener, welcher in dringenden Verdacht geräth, ein Vergehen begangen zu haben, dessen Constatirung seine Absetzung zur Folge haben würde, und der wegen mangelnden Beweises nur von der Instanz entbunden wird, ist zum fernern Staatsdienste unwürdig und wird daraus entlassen ³⁶⁾.

Der Landesfürst allein hat das Recht, Titel, Rang, Würden, Standeserhöhungen und Ehrenzeichen zu verleihen und die Annahme der von auswärtigen Regierungen verliehenen zu gestatten ³⁷⁾.

II. Verschiedenheit nach dem Stande.

§. 29.

A. Adel.

Eichhorn, §. 49—53. 56—65.

Im Braunschweigischen bestand der Adel, wie überall in Deutschland, nach seiner ersten charakteristischen Ausbildung aus freien Grundeigenthümern, Vasallen und Ministerialen; indeß wurde durch Auftragung der Güter zu Lehn die Zahl der freien Grundeigenthümer bald sehr verringert und auch die Ministerialen traten nach und nach in das Verhältniß der Vasallen, so daß eine Spur derselben nur noch in den obersten Hofämtern, die von ihnen bekleidet wurden, blieb ¹⁾. Die Adlichen in den Städten nannte man

36) Staatsdienst-Gesetz vom 12. Octb. 1832. §. 60. — Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 97. — Vergl. Gr. Ges. Buch §. 17.

37) Landes-Gr. Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 10.

1) Senkenberg, Disquisitio de feudis brunsv. et luneb. Cap. II. — Wisman, De feudis brunsv. et luneb. Cap. II. Sect. I. — Kress, De different. praec. Cap. II. — v. Selchow, Anfangsgründe des br. lüneb. Privatrechts 3tes Cap.

später Patrizier ²⁾, und die in der Stadt Braunschweig theilten sich in Gold- und Silberringe ³⁾.

Hohen Adel ⁴⁾, abgesehen von dem regierenden Hause, giebt es im Braunschweigischen nicht.

Der Landesfürst allein hat das Recht, Standeserhöhungen, also auch Adelsbriefe, zu verleihen und die von auswärtigen Regierungen an Landeseinwohner verliehenen dürfen nur mit Zustimmung des Landesfürsten angenommen werden ⁵⁾. Verlust des Adels ist gesetzliche Folge der Ketten- und Zuchthausstrafe ⁶⁾, die indeß durch landesfürstliche Begnadigung getilgt werden kann ⁷⁾.

Nachdem der privilegierte Gerichtsstand und die Steuerfreiheit des Adels aufgehoben ist, und auch bei Besetzung von Civil- und Militairgraden die Verschiedenheit des Standes und der Geburt keinen gesetzlichen Vorzug mehr begründen soll, sind mit dem Adel keine persönliche Vorrechte verbunden ⁸⁾, ausgenommen, daß zu der Probstei des Stiffts

2) Runde, Deutsch. Privatrecht §. 439 flg. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 61. — Eichhorn, a. a. O. §. 375.

3) Ribbentrop, Geschichte und Beschreibung der Stadt Braunschweig Th. 1. Einleitung S. 78. — Schröder und Asmann, die Stadt Braunschweig 1ste Abth. S. 29. Note.

4) Vergl. Klüber, Deffentl. Recht §. 197.

5) Staats-Gr. Ges. vom 12. Decb. 1832. §. 10. — Klüber, Deffentl. Recht §. 411 und 412. — Mit dem vaterländischen Orden Heinrichs des Löwen ist Personaladel nicht verbunden, wenn derselbe auch denen, die ihn besitzen, außerhalb des Dienstverhältnisses den Vorrang vor denen derselben Rangklasse, die ihn nicht besitzen, giebt. Patent vom 25. April 1834.

6) Gr. Ges. Buch §. 17 und 74. — Dieser Verlust trifft indeß nur den Verbrecher, nicht auch seine Ehefrau und die schon geborenen Kinder. Vergl. Ständische Verhandlungen über den Entwurf des Gr. Ges. Buchs 1840. Nr. XLIII. S. 510. Ausdrücklich ist solches im preuß. Landrechte Th. 2. Tit. 9. §. 93 bestimmt.

7) Gr. Ges. Buch §. 68.

8) Verordn. vom 15. Januar 1814 Nr. 14. §. 6. — Desgl. vom 29. Decbr. 1821. Nr. 14. §. 1. — Staats-Gr. Ges. vom 12. Decbr. 1832. §. 34. 39 und 200. — Vergl. v. Selschow a. a. O. §. 127 flg. — v. Liebhafner Einleit. in das br. Landrecht Th. 1. S. 243 flg.

Steterburg Einer aus den adlichen Mitgliedern der Ritterschafft gewählt werden muß und das Präsentationsrecht zu der nach dem Turnus zu besetzenden zweiten Vacanz in diesem Stifte von einem, von drei zu drei Jahren aus der adlichen Ritterschafft gewählten Ausschusse von fünf Mitgliedern ausgeübt wird 9).

Die an den Besitz von Rittergütern geknüpften Rechte
f. §. 270.

§. 30.

B. Bürger.

Sichhorn, §. 66 und 67.

Ueber den Bürgerstand im weitern Sinne, als Mittelstufe zwischen dem Adel und dem Bauerstande, bestimmen die hiesigen Landesgesetze nichts Eigenthümliches. Von dem Bürgerstande im engern Sinne oder dem Inbegriffe aller derjenigen Personen, welche Mitglieder einer Stadtgemeinde sind, ist unten §. 53 die Rede.

§. 31.

C. Bauern.

Sichhorn, §. 68—72.

Hinsichtlich der Bauern im weitesten Sinne, oder Landleute, d. h. derjenigen Landeseinwohner, welche auf dem platten Lande wohnen und entweder Besitzer von Bauergütern sind oder doch zu einer Dorfgemeinde gehören, ländlichen Nahrungsbetrieb als hauptsächlichste Beschäftigung treiben und nicht etwa zum Adel oder zu einer andern Stan-

9) Landschafft. Privil. vom 9. April 1770. Art. 65 und 66. Promt. II. 363. — Landt. Abschied vom 11. Juli 1823. Art. 31 und 32. — Desgl. vom 12. Octbr. 1832. Art. 22. — Die Herzöge Rudolph August und Anton Ulrich verwandelten das frühere Jungfrauenkloster des Augustiner-Ordens zu Steterburg 1691 in ein adliches freies weltliches Stift und besetzten dasselbe mit einem Probst, einer Aebtrissin und sechs Canonissinnen. Rethmeyer's br. Lüneb. Chronik S. 624. 1458. — Bunting's br. Lüneb. Chronik S. 235. — Stübner, Br. Lüneb. Kirchen-Versaffung S. 476.

desclasse gerechnet werden müssen ¹⁾, enthalten unsere Landesgesetze manche eigenthümliche, größtentheils beschränkende privatrechtliche Bestimmungen, die am Zweckmäßigsten bei den einzelnen Rechtsverhältnissen, von welchen sie Ausnahmen oder Eigenthümlichkeiten bilden, angeführt werden. Sofern dieselben sich auf Grundbesitz beziehen, ist davon §. 207 flg. die Rede.

Die Leibeigenschaft der Bauern ²⁾ ist in unserm Vaterlande völlig und zwar früher als in den Nachbarstaaten ³⁾, insbesondere in Folge des Vertrages mit der Landschaft vom 17. Mai 1433 ⁴⁾ und durch das Zusammenwirken mehrerer Ereignisse nach und nach verschwunden, ohne speciell durch ein Landesgesetz aufgehoben zu sein ⁵⁾. Indes bestehen noch jetzt einige Abgaben, welche der früheren Leibeigenschaft ihren

1) Vergl. Mittermaier, Deutsches Privatrecht (6te Aufl.) §. 97.

2) Die Behauptung v. Selchow's im br. lüneb. Privatrechte §. 205, daß es in den alten br. lüneb. Landen niemals leibeigene Bauern gegeben habe, außer da, wo ein solches Verhältniß sich noch finde, ist unbegründet und widerspricht unzweifelhaften Thatsachen. S. Gesenius Meierrecht Bd. 1. S. 276—281. 338—345. 362—367. 376—379. 390—397. Bd. 2. S. 91—96. — Engelbrecht, Collatio jur. comm. Cap. II. §. 3. — Kress, De differ. praec. Cap. II. Obs. IV. — Pufendorf, Observ. jur. univ. Tom. IV. Obs. CLXXIX. §. VI. — Strube, Comment. de jur. villic. Cap. I. §. 8. — Strube, Rechtliche Bendenk. (Neue Ausg.) Bed. CXXXVII. §. 1. — Daß indeß, wie Gesenius a. a. O., sowie auch S. 399 Note *** und S. 402 Note *) behauptet, die Hörigkeit die Regel gebildet habe, ist gleichfalls nicht wahrscheinlich. S. Eichhorn's Rechtsgeschichte Th. 3. §. 448 insbes. Note e.

3) In einigen älteren hannöv. Provinzen, namentlich in den Grafschaften Hoya und Diepholz und in dem Stifte Pöccum, kommt die Leibeigenschaft noch jetzt vor (S. Grefe, Leitfaden zum Studium des hannöv. Privatrechts Th. 2. §. 61), indeß soll dieselbe nach der hannöv. Ablösungs-Ordn. vom 10. August 1836 ihrem Begriffe nach von selbst aufhören.

4) S. Ribbentrop, Samml. der Landt. Abschiede Th. 1. Nr. 3. — Später ist in keinem Landesgesetze, selbst in keiner Urkunde der Leibeigenschaft mehr gedacht. Gesenius Meierrecht Th. 1. S. 402.

5) S. Gesenius Meierrecht Th. 1. S. 397. — Bode, Beiträge zu der Geschichte des Herzogthums Braunschweig S. 21.

Ursprung verdanken, z. B. die Baulebung, Besthaupt oder Mortuarium, d. h. das Recht der Herrschaft, sich beim Tode des Leibeigenen, nachher des Hintersassen oder Guts-Inhabers, ein Stück aus der Verlassenschaft anzueignen ⁶⁾. Diese Abgabe wurde später in eine, nicht selten auf ein Gewisses festgesetzte Geldabgabe verwandelt und als eine Reallast auf das Grundeigenthum gelegt ⁷⁾. Während der westphälischen Regierungsperiode wurde dieselbe aufgehoben, jedoch in neubraunschweigischer Zeit wieder hergestellt ⁸⁾. Auch von dem Bedemunde, welcher ursprünglich in einer Abgabe für die ertheilte Einwilligung in die Verheirathung des Leibeigenen bestand ⁹⁾, findet sich noch ein Ueberbleibsel in der auf dem Lande für den Trauschein an die Amts-Feuercassen zu entrichtenden Abgabe ¹⁰⁾.

D. Diensthoten.

§. 32.

a. Einleitung.

Sichhorn, §. 328.

Dem Gesinde wird vom Staate eine besondere, hauptsächlich polizeiliche Beachtung gewidmet, weshalb dasselbe in

- 6) Nachdem schon Herzog Friedrich etwa 1396 die Baulebung an einigen Orten völlig erlassen hatte (Roch, Pragmat. Geschichte des Hauses Br. und Lüneb. S. 265), setzte Heinrich d. Kelt. diese an anderen Orten immer mehr gesteigerte Abgabe in dem Reccesse von 1433 dahin auf ein Bestimmtes fest, daß ferner kein höheres mortuarium angenommen werden sollte, als »das Stück nächst dem besten«. Schottelius, De singular. quibusd. et antiq. in German. jur. et observ. C. 2. §. 10.
- 7) Vergl. Amts-Gammer-Ordn. vom 1. Juli 1688. Tit. 10.
- 8) Cammer-Rescript vom 20. Januar 1816. Bege I. 425. — Jetzt gehört diese Abgabe zu den ablösbaren. Ablösungs-Ordn. vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 57.
- 9) In dem Reccesse von 1433 wurde bestimmt, daß zum Bedemunde nicht mehr genommen werden sollte, als was von Alters hergebracht sei.
- 10) Land. Ordn. Art. 99. Promt. I. 84. — Verordn. v. 24. März 1825. Nr. 4.

dieser Rücksicht eine eigene Classe der Landeseinwohner bildet ¹⁾.

Die ältesten ausführlichen und allgemeinen Bestimmungen über das Gesindewesen giebt die Tarordnung vom 29. Novbr. 1645 im 69sten und 70sten Titel ²⁾. Die allgemeine Landes-Ordnung vom 7. März 1647, so wie mehrere theils ältere, theils spätere Verordnungen enthalten nur einzelne, das Gesindewesen betreffende Verfügungen. Eigene Gesinde-Ordnungen hatten: Braunschweig vom 2. Octbr. 1758 ³⁾, Wolfenbüttel vom 29. Octbr. 1748 und Helmstedt vom 16. Juli 1764.

- 1) Das röm. Recht berücksichtigt bekanntlich nur den dem Dienstbotens-Verhältnisse zum Grunde liegenden Contract (*locatio conductio operarum*). Auch die älteren Germanisten, z. B. Selchow, *Elementa jur. german.* §. 475 (596), und Runde, *Deutsches Privatrecht* (2te Aufl.) §. 200, haben nur diese Seite des Dienstverhältnisses in's Auge gefaßt und dasselbe deshalb gleichfalls unter den Verträgen abgehandelt. Das Gesinde nimmt indeß bei uns eine durchaus andere Stellung ein, als dies bei den Römern der Fall war, welche zu der Versorgung häuslicher Dienste Sklaven benutzten und dazu nur selten freier Menschen bedurften. Die mit dem Luxus vermehrte Unentbehrlichkeit der Dienstboten hat diesen bei uns eine solche Wichtigkeit verschafft, daß das Dienstbotenverhältniß schon längst einen besondern Gegenstand der Gesetzgebung, hauptsächlich in polizeilicher Hinsicht, ausgemacht und dadurch sich nach und nach das jetzige Dienstbotenrecht entwickelt hat. Eichhorn giebt diesem eine Stelle in dem Familienrechte, weil auch das Gesinde der Hausherrschaft unterworfen sei; dagegen hat das preuß. Landrecht (II. 5.) dasselbe in das Personenrecht aufgenommen, und es scheint hier am Zweckmäßigsten abgehandelt zu werden, weil das Gesinde in seinen jetzigen eigenthümlichen Rechtsverhältnissen als eine besondere Classe der Landeseinwohner angesehen werden kann. Vergl. v. Savigny, *System des heutigen röm. Rechts* Th. I. S. 367.
- 2) Die Polizei-Ordnung des Herzogs Julius vom Jahre 1589 handelt im 30sten Cap. nur von dem Gesinde auf dem Lande (*du Roi*, Anleitung zc. S. 175). Wahrscheinlich finden sich auch schon in den Tar-Ordnungen von 1622 und 1644, die mir nicht vorliegen, einzelne Bestimmungen, welche das Gesinde betreffen.
- 3) Außerdem eine besondere Ordnung für die Miethsclaquaien vom 5. Novbr. 1787. Promt. II. 168.

Diese mangelhafte, im Verlaufe der Zeit zum großen Theile obsolet gewordene Gesetzgebung über ein für das gewöhnliche Leben so höchst wichtiges Verhältniß mußte das dringende Bedürfniß einer zweckmäßigen, umfassenden und allgemeinen Gesinde-Ordnung fühlbar machen. Auf die beschaffte Vorstellung der im Jahre 1819 zusammenberufenen Landstände wurde denn auch von der Landesregierung die Vorbereitung dieses Gegenstandes zugesagt ⁴⁾, indeß war es erst im Jahre 1832 thunlich, ein Gesetz, um das Gesindewesen in eine zeitgemäße Verfassung zu bringen und das Verhältniß zwischen der Dienstherrschaft und dem Gesinde genauer als bisher zu bestimmen, den Landständen zur Berathung vorzulegen, worauf die Gesinde-Ordnung vom 12. Octbr. 1832 ⁵⁾ erschien, mit welcher alle früheren über diesen Gegenstand ergangenen gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben wurden.

§. 33.

2. Dienstverhältniß und Dienstvertrag.

1) Das Dienstverhältniß besteht in einer allgemeinen Unterordnung des Gesindes unter die Herrschaft in Ansehung der gemeinen häuslichen und wirthschaftlichen Dienste, und beruhet auf einem Vertrage zwischen dem Gesinde und der Herrschaft, wodurch jenes zur Verrichtung der genannten Dienste auf eine durch Verabredung oder das Gesetz bestimmte Zeit, die Herrschaft aber zu einer dafür zu gebenden Belohnung sich verpflichtet ¹⁾.

4) Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 72.

5) Im Wesentlichen ist derselben das preuß. Landrecht zum Grunde gelegt. Vergl. A. E. R. II. 5.

1) Gesinde-Ordn. vom 15. Octbr. 1832. §. 1. — Der dem Dienstbotenvverhältniß zum Grunde liegende Vertrag ist im Allgemeinen auch jetzt noch die *locatio conduct. operarum*. Vergl. Schweppe, Röm. Privatrecht §. 472. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. II. §. VI. — Homborg, Consilia. Resp. XLI. Nr. 37. — Stryk, Usus modern. L. I. T. V. §. 12. — Runde, Deutsches Privatrecht §. 200.

2) Die Befugniß, Gesinde zu miethen, wird allein durch die Fähigkeit, Verträge zu schließen und über sein Einkommen gültig zu disponiren, bedingt. Zunächst wird das Gesinde vom Hausherrn gemiethet, doch hat auch die Ehefrau, sofern sie bei dem Hauswesen vorsteht, das Recht, ohne besondere Bewilligung des Ehemannes die nöthigen weiblichen Diensthboten zu miethen. Für die unter Vormundschaft oder Curatel stehenden Personen miethen die Vormünder und Curatoren das Gesinde 2).

3) Wer sich als Gesinde vermieten will, muß freie Gewalt über seine Person haben. Kinder in elterlicher Gewalt, Mündel und Ehefrauen bedürfen dazu beziehungsweise der Einwilligung der Eltern, Vormünder und Ehemänner, die indeß erforderlichen Falls von der Polizei supplirt werden kann 3).

4) Der Dienstvertrag ist perfect, wenn über die Art der Dienstleistung, wenigstens im Allgemeinen, eine Bestimmung getroffen und ein Miethpfennig gezahlt und angenommen ist. Einer schriftlichen Ausfertigung dieses Vertrages bedarf es nicht, doch können die getroffenen Verabredungen von der Herrschaft in das Dienstbuch eingetragen werden, welche Einzeichnung bei entstehenden Streitigkeiten einen vollständigen Beweis liefert 4).

5) Gleichzeitige Vermiethung bei mehreren Herrschaften macht den Diensthboten strafbar und verpflichtet ihn zum Schadenersatz, dessen Betrag von der Herrschaft, mit der zuerst contrahirt worden und welcher der Vorzug gebührt, vom Lohne des Diensthboten gekürzt wird. Es muß jedoch dabei dem Schuldigen so viel am Lohne verbleiben, als ihm zu seinem, zur angemessenen Dienstbeforgung unerlässigen Bedarfe gehört 5).

6) Wenn über den Zeitpunkt des Dienst-Antrittes und Abganges nichts Genaueres festgesetzt ist, so muß das städti-

2) Gesinde-Ordn. §. 2.

3) Ebendas. §. 3.

4) Ebendas. §. 5.

5) Ebendas. §. 6.

sche Gesinde den Dienstag nach Ostern, den Johannistag, den Michaelistag und den ersten Tag nach dem Weihnachtsfeste; das Landgesinde den Martinitag, und die Schäferknechte den 1. Mai den Dienst antreten. Die Dauer der Dienstzeit wird, insofern darüber in dem Contracte nichts bestimmt ist, bei dem Landgesinde und den Livreebedienten auf ein Jahr, bei dem übrigen Gesinde auf ein halbes Jahr angenommen, indeß besteht die Dienstzeit stillschweigend fort, wenn keine andere Verabredung getroffen und der Dienst nicht gekündigt ist ⁶⁾.

Ueber Gesindemäkler s. §. 93.

7) Von dem Dienstvertrage kann vor dem Antritte des Gesindes abgehen:

a) die Dienstherrschaft ⁷⁾,

wenn das Gesinde die Dienstzeugnisse verfälscht hat; sich erweisliche, in dem Dienstbuche nicht bemerkte Veruntreuungen hat zu Schulden kommen lassen; mit ekelhaften und ansteckenden Krankheiten behaftet ist; die Schwangerschaft des weiblichen Gesindes sich erst nach dem Abschlusse des Dienstvertrages erweist; das Gesinde sich nach dem Miethcontracte verehelicht; verehelichtes Gesinde sich für unverehelicht ausgegeben hat, und wenn das Gesinde den Dienst anzutreten sich weigert;

b) das Gesinde ⁸⁾,

wenn ein unverschuldeter Zufall den Dienstantritt verhindert (dauert diese Verhinderung bei einem Miethvertrage auf wenigstens ein Vierteljahr nicht über vier Wochen, so muß die Herrschaft das Gesinde gegen Vergütung des während der Zeit an einen andern Dienstboten verausgabten Lohnes noch annehmen); ferner, wenn die Herrschaft ihren Wohnort vor dem Antrittstage verändert, und wenn das Gesinde Gelegenheit findet, sich zu verheirathen oder genö-

6) Ebendaf. §§. 7. 8 und 9. — Nach einer Verordn. vom 15. Febr. 1764 sollte die Dauer der Dienstzeit bei allem Gesinde ohne Ausnahme auf ein halbes Jahr angenommen werden.

7) Ebendaf. §. 11.

8) Ebendaf. §. 12.

thigt wird, eine eigene Wirthschaft zu errichten oder zu übernehmen, in welchen letzten Fällen dasselbe verpflichtet ist, den Dienst in den Städten auf ein Viertel-, auf dem Lande auf ein halbes Jahr anzutreten, oder eine taugliche Person für sich in den Dienst zu stellen.

Weigert sich die Herrschaft ohne genügenden Grund, das Gesinde anzunehmen, so kann dieses entweder auf Erfüllung des Dienstvertrages, oder auf Schadloshaltung klagen, zugleich verliert die Herrschaft den Miethpfennig. Das Gesinde, welches sich ohne genügenden Grund weigert, den Dienst anzutreten, kann dazu von der Polizeibehörde durch Zwang angehalten werden; wenn dies aber unthunlich oder das Gesinde durch eigene Schuld zum Dienstantritte unfähig geworden ist, so muß dasselbe die Dienstherrschaft entschädigen und den Miethpfennig zurückgeben, auch tritt in diesem Falle noch eine Bestrafung ein ⁹⁾.

8) Nach angetretenem Dienste wird das Dienstverhältniß aufgehoben:

a) durch den Tod des Dienstboten, in welchem Falle die Erben Lohn und Kost nur bis zum Krankenlager fordern können ¹⁰⁾;

b) durch den Tod des Familienhauptes. Die Erben brauchen das zu häuslichen Verrichtungen gemiethete Gesinde nur noch vier Wochen nach dem Tode des Dienstherrn zu behalten, indeß gebührt dem Gesinde der Lohn, nicht aber auch das Kostgeld, noch von dem laufenden Quartale und, wenn die Dienstzeit damit nicht ohnehin zu Ende gegangen wäre, auch noch der Lohn für das nächste Quartal. Bei dem Ackergesinde muß der Vertrag seiner ganzen Dauer nach, oder wenigstens so lange ausgehalten werden, als die Erben die Ackerwirthschaft fortsetzen, in diesem Falle gebührt aber dem Gesinde der Lohn auch für die übrige Zeit, bis zu welcher der Vertrag noch gedauert haben würde ¹¹⁾.

9) Ebendas. §. 13 und 14.

10) Ebendas. §. 23.

11) Ebendas. §. 24.

c) durch den Conkurs der Dienstherrschaft, indem der Tag des eröffneten Concurses dem Todestage gleich geachtet wird ¹²⁾;

d) durch die Abgabe des Landhaushaltes. Wenn der Landhaushalt wenigstens drei Monate vor Martini abgegeben wird, so werden damit die auf eine längere Zeit abgeschlossenen Dienstverträge des Acker- und Hofgesindes zu Martini beendet; tritt die Abgabe aber in kürzerer Zeit vor Martini ein, so müssen dieselben, wenn die Dauer nicht schon früher abläuft, bis Martini des nächsten Jahres ausgehalten werden. Ob der mit den Schäferknechten abgeschlossene Dienstvertrag bis zum 1. Mai des laufenden oder des nächsten Jahres fortgesetzt werden muß, hängt davon ab, ob die Abgabe des Landhaushaltes vor oder nach dem 1. Februar erfolgt ¹³⁾.

e) durch den Ablauf der bedungenen oder gesetzlichen Zeit, wenn auf eine stillschweigende Fortsetzung verzichtet ist ¹⁴⁾;

f) durch Aufkündigung zur ordentlichen Zeit und zwar, wenn keine andere Frist bestimmt ist, 14 Tage, vier Wochen oder drei Monate vor dem Ablaufe der Dienstzeit, je nachdem diese auf einen Monat, ein Viertel- oder ein halbes Jahr bestimmt gewesen ist ¹⁵⁾.

g) Vor Ablauf der Dienstzeit kann das Dienstverhältniß aufgehoben werden, und zwar

1) nach vorhergegangener Aufkündigung

a) von Seiten der Herrschaft: wenn dem Gesinde die gehörige Geschicklichkeit mangelt; wenn sich der Diensthote mit der ihm verabreichten Kost ohne Grund und wiederholt auf verächtliche Weise unzufrieden bezeigt; wenn derselbe einen unangemessenen Aufwand macht, und wenn die Herrschaft zur Rechtswohlthat der Güterabtretung zugelassen wird. In diesen Fällen muß jedoch die Dienstzeit des laufenden Monats oder Vierteljahrs, je nachdem monatsweise oder auf

12) Ebendas. §. 25.

13) Ebendas. §. 26.

14) Ebendas. §. 27.

15) Ebendas. §. 28.

ein Vierteljahr und länger gemiethet ist, ausgehalten werden ¹⁶⁾.

b) von Seiten des Dienstboten: wenn der Lohn nicht regelmäßig und vollständig bezahlt wird, und wenn der Dienstbote zur Anstellung einer eigenen Wirthschaft Gelegenheit findet und diese nicht ohne Schaden verschoben werden kann. In beiden Fällen muß aber die Dienstzeit des laufenden Monats oder Vierteljahrs ausgehalten werden ¹⁷⁾.

2) Ohne vorhergegangene Kündigung kann vor Ablauf der Dienstzeit das Dienstverhältniß aufgehoben werden:

a) von Seiten der Herrschaft: wenn das Gesinde die Herrschaft oder deren Familie durch Worte oder Thätlichkeiten beleidigt, Zwistigkeiten in der Familie anzurichten sucht, sich beharrlich ungehorsam oder widerspenstig bezeugt, denjenigen, welche ihm zur Aufsicht bestellt sind, sich thätlich oder durch Schimpf- und Schmähreden widersezt, die Kinder der Herrschaft zum Bösen verleitet oder verdächtigen Umgang mit ihnen pflegt, sich des Diebstahls oder der Veruntreuung schuldig macht oder das Nebengesinde zu dergleichen Lastern verleitet, auf der Herrschaft Namen ohne deren Wissen borgt, ohne Vorwissen der Herrschaft wiederholt über Nacht aus dem Hause bleibt, mit Feuer und Licht unvorsichtig umgeht und entweder eine Warnung vorangegangen, oder schon Feuer entstanden ist; ferner, wenn der Dienstbote durch lieberliche Aufführung sich ansteckende und ekelhafte Krankheiten zugezogen hat, ohne Erlaubniß der Herrschaft seines Vergnügens wegen sich aus dem Hause entfernt, oder ohne Noth über die erlaubte oder zu Geschäften erforderliche Zeit ausbleibt, oder auf andere Weise den Dienst vernachlässigt und deshalb vergeblich gewarnt ist; wenn derselbe dem Trunke oder Spiele ergeben ist, oder durch Bänkereien und Schlägereien den Hausfrieden stört und von solchem Betragen auf Ermahnung nicht abläßt, die beim Miethen ausdrücklich angegebenen Fähigkeiten nicht besitzt, länger als acht Tage gefänglich eingezogen

16) Ebenbas. §. 29.

17) Ebenbas. §. 30.

wird, die Herrschaft durch verfälschte Zeugnisse hintergangen hat, an der Fortsetzung des Dienstes durch eine die Dauer von vier Wochen übersteigende Krankheit verhindert, und wenn Gesinde weiblichen Geschlechts schwanger wird ¹⁸⁾).

b) Von Seiten des Diensthofen kann das Dienstverhältniß vor Ablauf der Dienstzeit ohne vorausgegangene Kündigung aufgehoben werden, wenn derselbe durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit gesetzt, oder auch ohne das von der Herrschaft mit ungewöhnlicher Härte behandelt wird; wenn die Herrschaft denselben zu Handlungen wider die Geseze oder guten Sitten hat verleiten, oder vor dergleichen Zumuthungen gegen Personen, die zur Familie gehören oder sonst im Hause ein- und ausgehen, nicht hat schützen wollen; wenn die Herrschaft den Lohn oder die Kost gänzlich verweigert, oder ihren Wohnort bleibend verändert; wenn der Diensthofe durch Krankheit zur Fortsetzung des Dienstes unvermögend wird ¹⁹⁾).

10) Wenn die Herrschaft das Gesinde, welches ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst verläßt, nicht durch Zwangsmittel zur Fortsetzung desselben anhalten lassen will, so ist sie berechtigt, einen andern Diensthofen an die Stelle des angetretenen zu miethen, und letzterer ist nicht nur schuldig, die dadurch verursachten mehreren Kosten zu erstatten, sondern er wird auch bestraft ²⁰⁾).

11) In den Fällen, wo die Herrschaft einen Diensthofen während der Dienstzeit entlassen, so wie wenn der Diensthofe nach vorhergegangener Aufkündigung den Dienst vor Ablauf der Dienstzeit verlassen darf, kann dieser nur nach Verhältniß der Zeit, während welcher er wirklich gedient hat, Lohn und Kost fordern. Wenn aber der Diensthofe den Dienst ohne Kündigung verlassen darf, so wie wenn die Herrschaft ihn ohne gesetzmäßigen Grund aus dem Dienste entläßt, kann der Diensthofe Lohn und Kost auf die noch

18) Ebenbas. §. 31.

19) Ebenbas. §. 32.

20) Ebenbas. §. 33.

übrige Miethzeit und zwar, wenn diese über ein Vierteljahr hinausgeht, auf ein Vierteljahr in Anspruch nehmen. Der höchste Betrag des Kostgeldes soll zu einem Thaler und der geringste zu zwölf Gutegroschen angenommen werden ²¹⁾.

12) Ueber die Dienstverhältnisse und das Verhalten des Gesindes muß das von jedem Dienstherrn bei Strafe zu haltende Dienstbuch eine fortlaufende, ununterbrochene Uebersicht gewähren ²²⁾.

§. 34.

3. Viehlohn und Miethpfennig.

Der Betrag des Lohnes ¹⁾ und des Miethpfennigs ²⁾ hängt von der getroffenen Uebereinkunft ab. Wenn darüber nichts verabredet ist, so entscheidet hinsichtlich des Lohnes die Polizeibehörde nach der Ortsgewohnheit, oder, wenn eine solche nicht besteht, nach billigem Ermessen. Auch der Betrag des Miethpfennigs soll in einem solchen Falle nach der Ortsgewohnheit bestimmt und es soll in zweifelhaften Fällen der 24ste Theil des jährlichen Lohnes dafür angenommen werden. Kleidung kann nur dann gefordert werden, wenn sie zugesagt ist; die Livree wird erst durch den Ablauf des

21) Ebenas. §§. 33. 34 und 35. — Diese Bestimmungen über die Verpflichtung des Dienstherrn gegen den unzeitig entlassenen Dienstherrn entsprechen dem röm. Rechte. L. 38. pr. D. Locat. conduct. (19. 2.) — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erdr. Bb. I. Nr. 25.

22) Ebenas. §. 4.

1) Die Verordn. v. 27. Octb. 1740. (Promt. I. 384) verbietet, dem Ackergesinde anstatt des Lohnes ein Feld zur Bestellung oder Ackerndung zu überlassen, und bestimmt, daß der Lohn in Gelde bestehen, indeß erlaubt bleiben solle, dem Gesinde neben dem Lohne auch ein Weniges an Korn oder Wein zu säen. Gleiche Bestimmungen enthalten: der Landt. Absch. vom 27. Januar 1619, die Verordn. vom 18. Novbr. 1637 und 31. Juli 1654 und die Tax-Ordn. v. 1645. Tit. 70; letztere setzt zugleich den höchsten Betrag des Lohnes fest und verbietet die Ueberschreitung desselben bei 20 fl. Strafe.

2) Der Miethpfennig sollte nach der Verordn. vom 15. Febr. 1764 dem Gesinde nur ein Mal gegeben werden.

zu ihrer Erneuerung bestimmten Zeitraumes oder, wenn hierüber nichts ausgemacht ist, nach Ablauf eines Jahres dem Dienstboten erworben. Geschenke zu bestimmten Zeiten können nicht anders verlangt werden, als wenn sie ausbedungen sind, und sie nehmen dann die Eigenschaft des Lohnes an.

Der Lohn muß genau und zur bestimmten Zeit entrichtet werden, und er wird, wenn nichts Anderes verabredet ist, bei Verträgen auf ein Vierteljahr und darüber sofort nach Ablauf eines jeden Vierteljahrs, bei Verträgen auf kürzere Zeit aber sogleich nach dem Ablaufe derselben fällig. Die Kost muß dem Gesinde in gesunder, genießbarer und hinreichender Qualität verabreicht werden ³⁾.

Das Vorzugsrecht des Liedlohnes im Concurse ist auf die letzten drei Jahre vor entstandenem Concurse beschränkt; der übrige Theil des Lohnes gehört in die letzte Classe des Prioritäts-Urtheils ⁴⁾. Dieses Vorzugsrecht erstreckt sich

3) Gesinde-Ordn. vom 15. Octbr. 1832. §. 5 und 21.

4) Verordn. vom 12. Octbr. 1756. Promt. I. 384. — Diese, durch eine allgemeine Gewohnheit in Deutschland begründete Begünstigung der Liedlohnforderung, welche schon im Sachsenspiegel Bd. I. Art. 22 erwähnt wird, ist gemeinrechtlich auf gewisse Jahre nicht beschränkt. Pufendorf, *Observationes jur. univ.* T. I. Obs. 104. — Dabelow, *Lehre vom Concurse* Bd. 2. §. 217. — Smelin, *Ordnung der Gläubiger* Kap. II. §. 7. — Runde, *Deutsch. Privatrecht* §. 200. — Schon früher, als durch das obige allgemeine Landesgesetz wurde das Vorzugsrecht durch ein landesf. Rescript vom 29. März 1745 für die Stadt Helmstedt beschränkt und zwar auf die letzten fünf Jahre.

Das den Dienstboten in Betreff des Liedlohnes zustehende Vorzugsrecht muß auch den Kindern zu Statten kommen, welche eine Remuneration für Dienste zu fordern haben, wodurch den Eltern das Halten von Gesinde erspart ist. Erkenntn. des Ober-Landes-Gerichts vom 10. Juli 1834 J. G. Böker c. Torns; — desgl. vom 19. April 1836 J. G. Pels c. Greune. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, *Pract. Erörterung* Bd. 2. Nr. 55. — Strube, *Rechtl. Bedenken* Nr. 67. a. (III. 49.) — Eben dies wird, wegen des gleichen Grundes, auch bei Geschwistern eintreten, welche sich solche Dienste geleistet haben. Hagemann, *Pract. Erörter.* Bd. 7. Nr. 78.

auch auf das Kostgeld und die versprochenen Geschenke, und es kann selbst von den Erben des Diensthboten in Anspruch genommen werden ⁵⁾.

§. 35.

4. Pflichten des Diensthboten.

1) Das nicht ausschließlich zu gewissen Geschäften gedungene Gesinde ist verpflichtet, alle diejenigen erlaubten Dienste jedem Mitgliede der Familie oder den darin aufgenommenen Personen zu leisten, welche ihm von der Dienstherrschaft aufgetragen werden. Ohne Erlaubniß der Dienstherrschaft darf das Gesinde sich in den ihm obliegenden Dienstverrichtungen nicht vertreten lassen. Bei Streit unter dem Gesinde über die Uebernahme der Geschäfte eines durch erhebliche Umstände verhinderten Mitdiensthboten entscheidet der Wille der Herrschaft ¹⁾.

2) Das Gesinde ist zur stillen Unterwürfigkeit unter die Hauszucht, die Einrichtung des Hauswesens und die Anordnungen der Herrschaft verbunden. Bei Scheltworten der Herrschaft, um das Gesinde zurecht zu weisen, wird, insofern sie nicht den ehrlichen Namen angreifen, kein animus injuriandi vermuthet, auch begründen geringe Thätlichkeiten der Herrschaft gegen das Gesinde, wenn dieses jene zum gerechten Unwillen gereizt hat, keine Klage auf Privatgenugthuung ²⁾.

5) Gesinde-Ordn. §. 38. — Nach älteren Rechtsansichten ging der Vorzug des Lieblohnes, als ein persönlicher, nicht auf die Erben des Diensthboten über. Smelin, Ordnung der Gläubiger Kap. II. §. 7.

1) Ebendas. §. 15.

2) Ebendas. §. 16. — Vergl. unten §. 36. Nr. 1. — Die älteren Rechtsansichten über das Züchtigungsrecht der Dienstherrschaft s. Strube, Rechtl. Bedenken Nr. 590. (III. 39.); — Glück, Comment. Bd. 2. S. 156. — Hagemann, Pract. Erbrt. Bd. 7. Nr. 37. — Stryk, Usus modern. T. I. p. 85. §. 12. — Frensdorff, Anweisung für Just. Beamte Bd. 3. S. 505. §. 9, welcher das Recht einer mäßigen Züchtigung aus L. un. C. IX. 15

3) Das Gesinde ist zu einer ganz vorzüglichen Treue gegen die Herrschaft verbunden, und nicht allein die im Dienstverhältnisse begangenen wirklichen Hausdiebstähle, sondern auch bloße Veruntreuungen und Uebervortheilungen stellen sich als qualificirte Verbrechen heraus 3).

4) Das Gesinde muß das Beste der Herrschaft so viel als möglich fördern, Schaden und Nachtheil aber abwenden. Ohne Erlaubniß der Herrschaft darf dasselbe sich nicht vom Hause entfernen, auch keinen unnützen Aufwand, besonders in der Kleidung, machen und es muß sich hierin den Vorschriften der Herrschaft fügen, welche erforderlichen Falls die Hülfe der Polizeibehörde in Anspruch nehmen kann 4).

5) Dem Gesinde liegt die Verpflichtung ob, der Herrschaft den durch Untreue, Vorsatz oder geringe Fahrlässigkeit (mit besonderer Rücksicht auf seine Persönlichkeit) veranlaßten Schaden zu ersetzen; den aus bloßem Versehen entstandenen aber nur dann, wenn dasselbe gegen den Befehl der Herrschaft gehandelt, oder sich zu solchen Geschäften vermietet hat, welche einen vorzüglichen Grad von Aufmerksamkeit oder Geschicklichkeit erfordern 5).

§. 36.

5. Pflichten der Herrschaft.

1) Die Herrschaft muß das Gesinde gut behandeln, ihm den Besuch des Gottesdienstes und einige Zeit zur Besorgung eigener nothwendiger Geschäfte und zu erlaubten

herleitet. — Die Gesinde-Ordnungen für Wolfenbüttel vom 29. Octbr. 1748. §. 15. und für Braunschweig vom 2. Octbr. 1758. §. 21 bestimmten, daß die Herrschaft bei Bestrafung des Gesindes die Gränzen einer »bescheidenen und gemäßigten« Züchtigung nicht überschreiten solle.

3) Landes-Ordn. Art. 87. — Verordn. vom 7. Septbr. 1752. — Landesf. Refor. vom 7. Septbr. 1752. — Desgl. vom 17. Febr. 1805. Promt. I. 423 flg. — Gesinde-Ordn. §. 17. — Gr. Ges. Buch §. 213 flg. und 220 flg.

4) Gesinde-Ordn. §. 18.

5) Ebendas. §. 19.

Vergnügungen gönnen. Sie darf dasselbe weder zu schweren, noch mehreren Diensten anhalten, als solches seine Leibeskräfte erlauben. Nur bei minderjährigem Gesinde steht der Herrschaft das Züchtigungsrecht zu; gegen Mißhandlungen wird das Gesinde von der Polizeibehörde kräftig in Schutz genommen ¹⁾).

2) Kost und Lohn muß zur bestimmten Zeit entrichtet werden. (S. §. 34.)

3) Die Herrschaft muß den erkrankten Diensthoten so lange behalten, bis von der Polizeibehörde für ein anderes Unterkommen desselben gesorgt ist. Hat der Diensthote bei Ausführung eines aufgetragenen, augenscheinlich gefährlichen Geschäfts Schaden genommen, so ist die Herrschaft verpflichtet, für dessen Kur und Verpflegung aus eigenen Mitteln zu sorgen und auch die Begräbniskosten zu tragen ²⁾).

Für die Bezahlung der von dem Gesinde auf den Namen der Herrschaft aufgenommenen Waaren und Gelder haftet diese nur dann, wenn sie demselben Credit eröffnet oder das Buch anvertraut hat, welches sie mit dem Verkäufer über die abzugebenden Waaren u. hält. Für den Schaden, welchen das Gesinde dritten Personen zugefügt hat, haftet dagegen die Dienstherrschaft nur insofern unbedingt, als diese Beschädigung in ihrem Auftrage oder mit ihrem Vorwissen und ihrer Genehmigung geschehen ist, sonst aber nur, wenn die Beschädigung im Dienste der Herrschaft vorfiel und diese nach gemeinem Rechte zur Tragung des Zufalls verpflichtet ist, oder bei der Auswahl des Gesindes sich einer Nachlässigkeit schuldig gemacht, oder endlich die bei diesem Geschäfte nothwendige Aufsicht über das Gesinde versäumt hat ³⁾).

4) Die Herrschaft muß dem Gesinde nach beendigter

1) Gesinde-Ordnung vom 15. Octbr. 1832. §. 20. — Vergl. oben §. 35. Nr. 2.

2) Ebendaf. §. 22.

3) Ebendaf. §. 39. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörterung Bd. 1. Nr. 21 und Bd. 2. Nr. 51. — Strube, Recht. Bedenk. Nr. 457. (III. 61.)

Dienstzeit, und auf Verlangen auch während derselben, ein Zeugniß über die Dienstzeit und das Betragen ausstellen 4).

III. Verschiedenheit nach der Religion.

A. Christliche Religionssecten.

§. 37.

1. Allgemeines.

Sichhorn, §. 79.

Seit Einführung der Reformation durch den Herzog Julius (1568) ist im Braunschweigischen die evangelisch-lutherische Kirche die herrschende geblieben, so daß in früherer Zeit nur ihre Befenner im Besitze des vollen Staatsbürgerrechts waren 1). Durch die deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815. Art. 16. 2) wurde indeß die Gleichstellung der christlichen Religionspartheien im Genuße der bürgerlichen und politischen Rechte ausgesprochen, und in dem hiesigen Landes-Grundgesetze vom 12. Octbr. 1832 ist ausdrücklich allen im Herzogthume anerkannten oder durch ein Gesetz aufgenommenen christlichen Kirchen freie Religions-Übung und gleicher Schutz des Staates zugesichert, auch sind ihren Angehörigen gleiche bürgerliche Rechte verliehen 3), wie denn überhaupt jedem Landeseinwohner vollkommene Freiheit des Gewissens und des religiösen Glaubens, auch das öffentliche Bekenntniß in einer der im Staate gestatteten kirchlichen Gesellschaften gewährt ist. Es darf jedoch niemand seine Religion vorschützen, um sich einer gesetzlichen Verpflichtung

4) Ebendas. §. 4.

1) Landschaftl. Privilegien und Befugnisse vom 9. April 1770. Art. 1. — Vergl. v. Selchow, Br. lüneb. Privatrecht §. 83. — v. Liehaber, Br. lüneb. Landrecht Bd. 2. C. 35 flg. — Im westphälischen Frieden waren zwar den Mitgliedern der drei verschiedenen Religionspartheien im Allgemeinen gleiche bürgerliche Rechte zugesichert (Art. V. §. 35. VII. §. 2.), dies hinderte aber einzelne Staaten nicht, den Genuß voller Rechtsfähigkeit von einem gewissen Religionsbekenntnisse abhängig zu machen. Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 115.

2) Vergl. Klüber, Oeffentl. Recht der deutsch. Bundesstaaten §. 432.

3) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 211.

zu entziehen 4). Die äußere Religions-Übung ist der Oberaufsicht des Staates unterworfen und die Landes-Regierung hält darüber, daß diejenigen, denen nach der Verfassung der Kirchen außer der evangelisch-lutherischen die Kirchengewalt zusteht, solche weder mißbrauchen, noch überschreiten. Es dürfen deshalb auch allgemeine Anordnungen, welche vermöge der Kirchengewalt getroffen, und Verfügungen, welche von auswärtigen geistlichen Obern erlassen sind, nur mit Genehmigung der Landes-Regierung bekannt gemacht und vollzogen werden 5).

2. Insbesondere.

§. 38.

a. Evangelisch-Lutherische.

In der evangelisch-lutherischen Kirche steht die Kirchengewalt dem Landesfürsten zu, welcher dieselbe unter Mitwirkung und Beirath des Consistoriums ausübt 1). Wenn sich der Landesfürst zu einer andern, als der evangelisch-lutherischen Religion bekennt, so tritt eine Beschränkung in der persönlichen Ausübung der Kirchengewalt ein 2).

Die Verordnungen, wodurch den Evangelisch-Lutherischen, welche sich in den Braunschweigischen Landen niederlassen würden, besondere Vortheile zugesichert waren 3), sind außer Anwendung gekommen.

§. 39.

b. Reformirte.

Das protestantisch-reformirte Glaubensbekenntniß war

4) Ebendaf. §. 29.

5) Ebendaf. §. 215. — Ueber die hinsichtlich des Rechtsgrundes, aus welchem die evangelischen Regenten Inhaber des Kirchenregiments über ihre Landeskirchen sind, aufgestellten verschiedenen Systeme s. Strube, Rechtl. Bedenk. Bd. 2. S. 338. Note.

1) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 213.

2) Ebendaf. §. 215.

3) Insbesondere Verordn. vom 5. Juni 1747. Frebersdorf, Promt. der br. Landes-Verordn. Th. I. S. 239. — Vergl. mein Promt. I. 348.

Anfangs eben so verhaßt als das catholische ¹⁾. Späterhin erhielten ihre Befenner besondere Privilegien und zwar zuerst unter der Regierung des Herzogs Anton Ulrich vom 28. März 1708, welche unter der Regierung des Herzogs Carl erneuert und vermehrt, sodann auch durch besondere Verordnungen resp. vom 6. April 1747 für die französischen, und vom 29. April 1747 für die deutschen Reformirten publicirt wurden; beide Verordnungen sind übereinstimmend. In denselben wurde den Reformirten völlige Gewissensfreiheit und freie Ausübung ihrer Religionsgebräuche zugestanden; sie wurden den übrigen Unterthanen in geistlichen und weltlichen Sachen völlig gleichgestellt, und es wurde ihnen das Recht gewährt, mit landesfürstl. Einwilligung Synoden und Kirchen-Versammlungen zu halten ²⁾.

Die reformirten Gemeinden haben das Recht, alle ihre Kirchen- und Schuldiener, welche nicht unter dem Consistorio stehen, selbst zu wählen, doch bedürfen dieselben der landesfürstlichen Bestätigung in ihren Aemtern ³⁾.

Die früher den protestantisch-reformirten Einwandernden zugesicherten Vortheile fallen jetzt weg.

Die reformirten Prediger haben die Verpflichtung, den Beichtvater dessen, der von dem lutherischen Glaubensbekenntnisse zu dem reformirten übertreten will, hiervon Nachricht zu geben, und diejenigen, welche noch unter väterlicher oder vormundschaftlicher Aufsicht stehen, ohne Consens des Vaters oder Vormundes zur Beichte und Communion nicht zuzulassen ⁴⁾.

§. 40.

c. Catholiken.

In der ersten Zeit nach Einführung der Reformation wurde den Catholiken der Aufenthalt in den braunschweigi-

1) Dies beweist die Verordn. vom 1. Febr. 1585. Schneider's Repertorium Bd. 2. S. 515.

2) Verordn. vom 29. April 1747. §§. 2, 3 und 4. Promt. II. 277.

3) Ebendaf. §. 7. — Landes-Grundgesetz v. 12. Octbr. 1832. §. 226.

4) Landesf. Rescr. vom 26. Januar 1726. Promt. II. 281. — Ueber

schen Landen völlig untersagt ¹⁾. Nach und nach traten in dieser Hinsicht mildere Grundsätze ein, doch blieben die Catholiken in privatrechtlicher Hinsicht und bei Ausübung ihrer Religionsgebräuche noch lange sehr beschränkt ²⁾. Jenes war besonders in Betreff des Erwerbes von Grundeigenthum der Fall, indem den Befennern der catholischen Confession die Erweiterung des ihnen zur Kirche und zum Kirchhofe in Braunschweig angewiesenen Districts untersagt wurde, und andere daselbst belegene Häuser und Plätze an sie nicht veräußert werden sollten ³⁾. Nachher wurde den Catholiken zwar die Acquisition von Grundstücken gestattet, jedoch blieb dazu die landesfürstliche Erlaubniß noch lange Zeit erforderlich ⁴⁾. Jetzt stehen dieselben im Genuße der bürgerlichen und der politischen Rechte den übrigen christlichen Religionspartheien gleich. C. §. 37.

Durch eine ausführliche Verordnung vom 9. April 1768 ⁵⁾ ist das Verhältniß der Catholiken in religiöser Beziehung näher bestimmt; dieselbe enthält im Wesentlichen Bestimmungen über Proclamation und Copulation (§. 14. N^o 3.), über gemischte Ehen (§. 7.), über die Religions-Erziehung der Kinder in gemischten Ehen (§. 17. N^o 3.), über die Bevormundung solcher Kinder nach dem Tode des Vaters (§. 21.), über Verlöbniße und Ehestreitigkeiten (§§. 7 und 16.) und über Dispensation wegen Ehehindernisse (§§. 12 und 14.) Auch verbietet die Verordnung den catholischen Religionsverwandten bei harter Strafe, ihre Ehegatten oder andere Personen, vorzüglich aber Kinder, auf directe oder indirecte Weise von der evangelischen Religion abzubringen

die Zeit der Unterscheidungsjahre vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 115. a. E. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 76. (I. 144.) — Archiv für civilist. Praxis Th. 8. S. 187 flg.

- 1) Verordn. vom 1. Februar 1585. Schneider's Repertorium Bd. II. S. 515.
- 2) Vergl. §. 37. Note 1.
- 3) Landesfürstl. Rescripte vom 12. Octbr. 1714 und 22. Mai 1729. Promt. II. 299.
- 4) Landesf. Rescr. vom 12. August 1784. Promt. II. 299.
- 5) Promt. II. 294 flg.

und zur Annahme ihrer Religion zu verleiten. Insbesondere ist den catholischen Eltern untersagt, zu verhindern, daß diejenigen ihrer Kinder, welche in der evangelischen Religion zu erziehen sind, eine solche Erziehung erhalten. Dem Uebertritte von der evangelischen zur catholischen Religion soll eine Anzeige bei dem evangelischen Beichtvater vorangehen. Endlich enthält diese Verordnung noch Bestimmungen über den Besuch der Kranken durch die catholischen Geistlichen, über die Administration der sacra, über die Begräbnisse und Hausstausen der Catholiken, und über die auch von Catholiken dem evangelischen Geistlichen, zu dessen Parochie sie gehören, zu leistenden Stolzgebühren. Jeder catholische Geistliche soll bei seiner Anstellung die Befolgung dieser Verordnungen angeloben.

§. 41.

d. Juden.

Sichhorn, §. 80—82.

Um den jetzigen Rechtszustand der Juden richtig zu beurtheilen, muß man ihr staatsrechtliches Verhältniß in früherer Zeit und die mit demselben bis jetzt eingetretenen Modificationen in's Auge fassen.

In älterer Zeit, als die Juden Hörige des Königs (kaiserliche Kammerknechte) waren und die Voigtei diesem sehr ausgedehnte Rechte über ihre Person und ihr Vermögen gab ¹⁾, lebten dieselben da, wo sie geduldet wurden, als eine besondere Art von Schutzverwandten mit beschränkter Rechtsfähigkeit. Hierzu waren Schutzbriefe ²⁾ erforderlich,

1) Nach damaliger Rechtsansicht stand dem Kaiser sogar das Recht zu, die Juden auszurotten und ihr Vermögen einzuziehen. Sichhorn, Deutsch. Rechtsgesch. §. 297. — Stryk, Usus modern. L. I. T. V. §. 10. — Pufendorf, Observ. T. II. Observ. 1. — Selchow, Elementa jur. germ. §. 91. (212.) — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 520. (III. 70.)

2) Der Schutzbrief wurde nur auf die Dauer von zehn Jahren gegeben und hört alsdann von selbst auf, wenn er nicht erneuert wurde. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erdr. Bd. 3. Nr. 80. C. 431.

und obwohl ursprünglich nur der Kaiser solchen Schutz verlieh, so finden sich doch schon im vierzehnten Jahrhunderte Beispiele, daß auch die Herzöge den Juden in Städten Schutzbriefe erteilt haben ³⁾. 1403 überließ der Kaiser den Herzögen auf Wiederkauf das Privilegium, von den im Lande gefessenen Juden, des Kaisers und des Reichs Cammer-Knechten, den goldenen Pferspfennig ⁴⁾ und die Steuer, welche sie an den Kaiser und das Reich zu geben hatten ⁵⁾, zu erheben, jedoch sollte davon die Hälfte dem Kaiser abgeliefert werden ⁶⁾. Späterhin wurde das Recht, Juden aufzunehmen, als ein Regal angesehen ⁷⁾.

Im 16ten und 17ten Jahrhunderte wurden die Juden bald aus Religionseifer, welcher durch die Reformation neu aufgereizt war, mit großer Strenge ganz aus dem Lande vertrieben, bald wurde ihnen wieder Schutz und Schirm zugesagt ⁸⁾, doch behielten die milderer Grundsätze nach und nach

3) Koch, Pragmat. Geschichte S. 264.

4) Dieser betrug 1 Rhein. Fl. für jede Person über 12 Jahre. Eichhorn, Deutsche Rechtsgesch. §. 297 Note f.

5) Außer der ordentlichen Judensteuer kamen auch noch andere Abgaben vor, welche von den Juden hin und wieder gefordert wurden, als: der dritte Pfennig, welchen der neu gekrönte röm. König erhielt; der zehnte Pfennig von allem Handelswucher, so wie auch Geschenke an die Hofbeamten und die Lieferung des Pergaments in die Kanzlei. Eichhorn, Deutsch. Rechtsgesch. §. 297. Note f.

6) Koch, Pragmat. Geschichte S. 271.

7) Reichs-Polizei-Ordn. von 1548. Tit. 20. — v. Selchow, Br. lüneb. Privatrecht §. 97 und 99. — v. Liebhaber, Br. lüneb. Landrecht Th. 2. S. 175. — Fredericksdorf, Anweisung für Justiz-Beamte Th. 1. S. 27. §. 11. — In späterer Zeit stand indeß das Recht, den Juden Schutz zu verleihen, auch einzelnen Städten zu, z. B. im Hannoverschen. Klüber, Oeffentl. Recht der deutsch. Bundesst. §. 379. — Pufendorf, Observat. jur. univ. T. II. Obs. 1. §. 23. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 520. (III. 70.) — Grefe, Leitfaden zum Stud. des hannov. Privatrechts Th. 2. S. 24.

8) Edict vom 8. Januar 1553. — Desgl. vom 30. April 1557. — Desgl. vom 12. August 1578. — Landesf. Ausfchr. v. 23. Novbr. 1589. — Patent vom 6. Januar 1590. — Edict vom 28. Juni 1591. — Declarat. vom 17. Decbr. 1594. — Landt. Abschr. vom 3. Juni 1597. Art. 24. — Desgl. v. 10. Octbr. 1601. Art. 48. —

die Oberhand, denn obwohl in dem Landtags-Abschiede vom 27. Januar 1619 den Ständen die frühere Zusicherung, daß keine Juden im Lande geduldet werden sollten, wiederholt gegeben wurde, so scheint doch späterhin keine Maßregel weiter zu ihrer gänzlichen Austreibung angewandt zu sein, vielmehr wurde ihnen der Wohnsitz in den hiesigen Landen, wenn auch längere Zeit hindurch allein in den Städten, gegen Entrichtung eines Schutzgeldes nach und nach leichter gestattet, so daß schon die Amts-Cammer-Ordnung von 1688 die Vereinnahmung des Schutzgeldes unter einem besondern Kapitel vorschreibt. Der Landesfürst reservirte sich indeß ausdrücklich das Recht, den Juden Schutz zu ertheilen, und es konnte das Recht auf Schutz insbesondere nicht durch langjährigen Aufenthalt im Lande gewonnen werden ⁹⁾. Der Schutzbrief verlieh den Juden aber fortwährend nur sehr beschränkte Unterthanen-Rechte, die sich gewöhnlich allein auf genau bestimmte Gewerbe- oder Handels-Concessionen bezogen, und wenn auch solche jüdische Landeseinwohner im Allgemeinen mit den christlichen Unterthanen dieselben Privatrechte hatten, so blieben sie doch in ihrer Eigenschaft als geduldete Fremde von wichtigen Staatsbürger-Rechten z. B. dem Bürgerrechte, den Gilden, dem Erwerbe von Grundstücken, sowie auch von öffentlichen Ämtern und Würden ausgeschlossen ¹⁰⁾. Den unvergeleiteten Juden, d. h. den Juden, welchen kein Schutzbrief ertheilt war, wurde nur gegen die Bezahlung von Leibzoll

Desgl. vom 12. Octbr. 1614. — Edict vom 12. Januar 1615. — Landt. Absch. vom 27. Januar 1619. Promt. I. 490.

9) Verordn. vom 24. August 1743. Promt. I. 491.

10) Eichhorn, Deutsch. Rechtsgesch. §. 350. — Stryk, Usus modern. L. I. T. V. §. 10. — Pufendorf, Observat. jur. univ. T. I. Obs. 108 et 195. T. II. Obs. 158. T. III. Obs. 54. — Selchow, Element. jur. germ. §. 93. (214.) — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bb. 1. Nr. 19. Bb. 3. Nr. 80. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 344. (III. 66.) und Nr. 521. (IV. 123.) Nr. 3. 781. (IV. 162.) — Grefe, Hannov. Privatrecht Th. 2. §. 74 und 75. — v. Selchow, Br. Lüneb. Privatrecht §. 101 flg. — Verordn. vom 30. Juli 1762. Promt. I. 496.

(den man indeß späterhin nicht mehr erhob) ¹¹⁾, von Geleit und von Weggeld freier Durchzug und auf den Jahrmärkten der Betrieb einer unverbottenen Handthierung gestattet ¹²⁾. Speciellen Beschränkungen waren die Juden unterworfen, welche nach der Stadt Braunschweig, insbesondere zur Messe, kamen; von diesen wurde auch noch ein besonderes Entreegeld erhoben ¹³⁾. Den Betteljuden blieb der Eingang in das Land durchaus verwehrt ¹⁴⁾. Als die Landschaft dennoch die Besorgniß äußerte, daß mit der Zeit die Judenschaft zu einer dem Gemeinwesen schädlichen Anzahl sich vermehren möchte, gab der Landesfürst die Versicherung, darauf halten zu wollen, daß solches nicht geschehe ¹⁵⁾.

Dies war der Rechtszustand der Juden beim Eintritte der westphälischen Regierung; in dieser Periode änderte sich derselbe völlig, denn wenn die Juden bis dahin nur im Lande geduldet und gewissermaßen fortwährend als Fremdlinge behandelt waren, so wurden sie nunmehr in jeder Beziehung als Landeseinwohner mit vollem Staatsbürger-Rechte angesehen und den christlichen Unterthanen durchaus gleichgestellt.

Nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung blieb dieses Verhältniß zwar nicht bestehen, indeß wurden auch die älteren Gesetze in ihrer ganzen Strenge und Ausdehnung nicht wieder in Anwendung gebracht, vielmehr beließ man den jüdischen Unterthanen in Folge des Art. 16 der deutschen Bundesacte ¹⁶⁾ viele wichtige Staatsbürger-Rechte, von

11) Bekanntmach. vom 23. August 1803 und landesf. Ausfchr. vom 9. August 1803. Promt. I. 490.

12) v. Selchow, Br. lüneb. Privatrecht §. 100. — Verordn. vom 24. August 1743.

13) S. die im Promt. I. s. v. »Juden, welche auf die braunschw. Messe kommen« und »Juden, welche zwischen den braunschw. Messen kommen« angeführten Notizen.

14) Landesf. Verordn. v. 31. August 1712, 20. Octbr. 1719, 8. Decbr. 1774, 7. Decbr. 1780.

15) Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 26.

16) Am Schlusse dieses Artikels heißt es: Den Bekennern des jüdischen Glaubens werden bis dahin, daß die Bundesversammlung

denen sie früher völlig ausgeschlossen gewesen waren. Da nun diesem staatsrechtlichen Zustande der Juden jede gesetzliche Basis fehlte und von dem Ermessen der höchsten Landesbehörden abhing, wie weit den jüdischen Unterthanen der Genuß des Staatsbürger-Rechts zu Theil werden sollte, so erschien es nothwendig, die bürgerlichen Verhältnisse der Juden zu reguliren, und auf einen desfallsigen Antrag der Stände auf dem Landtage im Jahre 1823 ertheilte die Landesregierung die Zusage, hierüber, so wie es die Lage der Sache thunlich mache, Verfügungen treffen zu wollen ¹⁷⁾. Die Stände brachten diesen Gegenstand auf dem Landtage im Jahre 1832 wieder in Anregung, worauf die Bestimmung erfolgte, daß den jüdischen Glaubensgenossen diejenigen bürgerlichen Rechte, in deren Besitze sie sich gegenwärtig befänden, gesichert bleiben sollten, und daß in weitere Berathung gezogen werden solle, in wiefern die hinsichtlich derselben noch bestehenden gesetzlichen Beschränkungen aufgehoben oder modificirt werden könnten ¹⁸⁾.

Wenn diesemnach die Juden auch jetzt noch nicht das volle Staatsbürger-Recht genießen, so ist doch gleichwohl ihr Verhältniß zum Staate ein ganz anderes und bei weitem günstigeres geworden, als es vor der westphälischen Regierung war, und die Gleichheit der Juden und Christen in Bezug auf die gemeinen bürgerlichen und politischen Rechte bildet nunmehr die Regel, von der Beschränkungen nur so weit eintreten, als sie durch Gesetz oder feststehende Observanz begründet sind. Die Juden stehen nicht mehr unter dem speciellen Schutze des Landesfürsten, sondern genießen

die bürgerliche Verbesserung derselben und die Verleihung des Genusses der bürgerlichen Rechte gegen Uebernahme aller Bürgerpflichten in Berathung gezogen haben wird, die denselben von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten.

17) Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 56.

18) Landt. Absch. vom 12. Octbr. 1832. Art. 19. — Im Königreiche Hannover ist das Rechtsverhältniß der Juden durch ein Gesetz v. 30. Septbr. 1842 (Ges. Samml. von 1842. I. Abth. Nr. 41.) festgestellt, indeß dürfte damit den Erwartungen derselben wenig entsprochen sein.

den allgemeinen Schutz des Staates, wie jeder andere Unterthan ¹⁹⁾, weshalb ihnen auch kein Schutzbrief mehr ertheilt und ihr Landeseinwohner-Recht nach keinen anderen, als den allgemeinen Grundsätzen beurtheilt wird, welche die Gesetzgebung, insbesondere die Domicil-Verordnung vom 4. Mai 1830 und die Städte-Ordnung vom 4. Juni 1834 an die Hand geben. Sie zahlen dieselben Steuern, wie die christlichen Landeseinwohner ²⁰⁾; sie sind gildesfähig ²¹⁾, militairpflichtig ²²⁾, stimmfähig bei der Wahl der Landtags-Abgeordneten ²³⁾ und der städtischen Beamten ²⁴⁾ und können selbst dazu gewählt werden ²⁵⁾; ihre Kinder erhalten, in Ermangelung eigener Lehrer, den ersten Unterricht, mit Ausnahme des Religions-Unterrichts, in den christlichen Schulen ²⁶⁾. Zu den staatsbürgerlichen Rechtsbeschränkungen,

19) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 22. §. 21 flg. — Das angeführte hannov. Gesetz vom 30. Septbr. 1842 hat zwar das Schutzverhältniß der Juden ausdrücklich aufgehoben, gleichwohl die daraus folgenden Leistungen bis auf Weiteres beibehalten.

20) Ebendas. §. 39.

21) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 8. §. 65. — Dasselbe ist nach der neuesten Gesetzgebung auch im Hannöv. der Fall; inbeß treten hinsichtlich des Handelsbetriebes mehrfache Beschränkungen ein, insbesondere die, daß von mehreren Söhnen eines Juden nur Einer zum selbstständigen Betriebe des Detailhandels zugelassen werden soll.

22) Gesetz vom 23. Febr. 1837. Nr. 10. §. 1.

23) Wahl-Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 23. §. 1 flg.

24) Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. Nr. 5. §. 48 flg.

25) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 71 flg. — Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 56 und 81. — Nach dem §. 8 der Landschafts-Ordnung vom 25. April 1820 waren nur die Befehrer der christlichen Religion fähig, auf dem Landtage zu erscheinen. — Das alleg. hannov. Gesetz schließt die Juden nicht allein von der Ausübung politischer Rechte, sowohl in Beziehung auf den Staat, als die Gemeinde, sondern auch von Staats- und Gemeinde-Ämtern aus, und macht die Zulassung zu anderen öffentlichen Functionen von der Genehmigung des Ministeriums abhängig.

26) Landesf. Rescript vom 4. August 1827. Bege I. 394. — Gesetz vom 23. April 1840. Nr. 11. §. 2 und 7. — Gesetz vom 12.

denen die Juden auch jetzt noch unterworfen sind, gehört insbesondere, daß sie zum eigentlichen Staatsdienste nicht zugelassen werden, obwohl sie davon durch ein Landesgesetz nicht ausgeschlossen sind ²⁷⁾, und daß sie ohne landesfürstliche Erlaubniß kein Grundeigenthum erwerben dürfen. Dieses, Anfangs nur für die Stadt Braunschweig erlassene Verbot wird jetzt auf das ganze Land angewandt ²⁸⁾. Das eidliche Zeugniß eines Juden ist nur bei geringen Verbrechen, die nach dem Gesetze mit einer Geld- oder einer allenfalls in eine Geldbuße zu verwandelnden Gefängnißstrafe geahndet werden, zulässig und glaubwürdig; in Criminalfällen, wobei es auf harte Leibes- oder Lebensstrafe ankommt, sollen dagegen Juden zur Ablegung eines eidlichen Zeugnisses nicht gezwungen werden, und ihre freiwilligen Zeugen-Aussagen

Mai 1840. Nr. 20. §. 6. — Es bestehen im Lande zwei von Privaten gestiftete Freischulen für arme jüdische Knaben; nämlich die von dem Geheimen-Finanzrath Jacobson 1801 zu Seesen und die seit 1733 durch verschiedene Stiftungen der Samson'schen Familie, ursprünglich zur Bildung von Rabbinern, zu Wolfenbüttel gestiftete; letztere ist seit 1807 in eine Elementar- und Realschule für arme jüdische Knaben umgewandelt.

- 27) Das gemeine Recht schließt sie allerdings von allen öffentlichen Aemtern aus. L. 19. C. De judaeis (l. 9). Cap. 16 et 18. X. De judaeis. — Runde, Deutsch. Privatrecht §. 641. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 3. Nr. 80. — Pufendorf, Observ. jur. univ. T. IV. Obs. 72. §. 9. — Die Doctorwürde kann Juden ertheilt werden, wenn nicht besondere Statuten der Universität entgegenstehen. v. Bülow und Hagemann a. a. O. — Rittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 117.
- 28) Landesf. Reglement vom 30. Juli 1762. §. 12. Promt. I. 497. Note 5. — Cammer-Rescr. vom 2. Octbr. 1832. Bege III. 206. — Vergl. v. Selchow, Br. lüneb. Privatrecht §. 101. — Strube, Rechtl. Bedenken Nr. 781. (IV. 162.) — Frederödorf, Anweisung für Justiz-Beamte Bd. 3. S. 99. §. 12. — Grefe, Leitfaden zum Studium des hannövr. Privatrechts Th. 2. S. 35. §. 75. — Die in den verschiedenen Provinzen des Königreichs Hannover rücksichtlich des Erwerbes von Grundeigenthum durch Juden bestehenden Rechte sind in dem Gesetze vom 30. Septbr. 1842 beibehalten.

in solchen Fällen niemals einen vollen Beweis ausmachen ²⁹⁾. Sie müssen die Wechselvaluta dem Präsentanten in's Haus bringen (§. 155). Ehen zwischen Juden und Christen sind verboten (§. 10); die Parochial- und Stolgebühren müssen jene gleich diesen bezahlen ³⁰⁾.

Ueber die Förmlichkeiten bei den von Juden und Jüdinnen abzuleistenden Eiden sind specielle Vorschriften in den landesf. Rescripten vom 19. Februar 1788, 5. März 1764 und 10. Februar 1799 enthalten ³¹⁾.

Auf welche Weise der dem Landrabbiner ausgesetzte Gehalt aufgebracht werden soll, bestimmt ein Ministerial-Rescript vom 28. Januar 1835.

IV. Landeseinwohner und Fremde.

§. 42.

A. Allgemeine s.

Sichhorn, §. 73.

Unter Staatsbürger-Recht im weitern Sinne, auch wohl deutsches Bundesbürger-Recht genannt, wird der Begriff derjenigen Rechte verstanden, welche jedem Einwohner eines deutschen Bundesstaates in Beziehung auf sämtliche Bundesstaaten zustehen; im engern Sinne begreift man darunter das eigentliche Landeseinwohner- oder Unterthanen-Recht ¹⁾. Jene allgemeinen Rechte gründen sich auf den 18. Artikel der Bundesacte und umfassen vornehmlich die Befugniß, Grundeigenthum auch in einem andern Bundesstaate, als dem heimatlichen zu erwerben und zu besitzen, ohne in jenem andern Staate mehreren Abgaben und Lasten unter-

29) Landesf. Rescr. vom 19. Febr. 1788. §. 36 flg. Promt. I. 495. — Vergl. L. 21. C. De apostatis. (I. 5.) — Strube, Rechtl. Bebenk. Nr. 718. (III. 67.)

30) Consistor. Rescr. vom 1. März 1820. Bege I. 199.

31) Promt. I. 493 flg. und 499.

1) Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) 1ste Abth. §. 107. — Präsidial-Vortrag bei Eröffnung der Bundesversammlung vom 5. Novbr. 1816. — Bundestags-Protocoll vom 17. Febr. 1817. Anlage.

worfen zu sein, als dessen eigene Unterthanen 2); die Befugniß des freien Bezuges aus einem Bundesstaate in einen andern, jedoch unter der Voraussetzung, daß letzterer die Aufnahme in den Unterthanenverband genehmigt und daß die Militairpflichtigkeit gegen das bisherige Heimathsland nicht entgegensteht 3); das Recht, in Civil- und Militair-Dienste eines andern Bundesstaates zu treten, indeß ebenfalls unter jenen Voraussetzungen, und die Befreiung von aller Nachsteuer 4), sofern das Vermögen in einen andern Bundesstaat übergeht und mit diesem nicht besondere Verhältnisse durch Freizügigkeits-Verträge bestehen.

Da indeß das auf die Bundesverfassung gestützte Staatsbürgerrecht dem öffentlichen Rechte angehört, so kann in dem Folgenden nur von dem Staatsbürger-Rechte im engeren Sinne, dem Landeseinwohner-Rechte, die Rede sein. Dasselbe ist anderweit entweder ein vollständiges oder ein beschränktes. Eine solche Beschränkung bezieht sich, abgesehen von den zum Theile eigenthümlichen staatsbürgerlichen Verhältnissen der Juden und abgesehen davon, daß einzelne in dem Landeseinwohner-Rechte begriffene Befugnisse durch den Verlust der dieselben bedingenden Eigenschaften oder in Folge der

- 2) Diese Bestimmung der Bundesacte ist nicht bloß auf Eigenthums-Rechte an Grundstücken, sondern auf alle an Grund und Boden haftende nughare Realberechtigungen zu beziehen, und es sind damit Steuern unverträglich, welche von dem einheimischen Grundeigenthume auswärtiger deutscher Staatsbürger, es bestehe solches in Grundstücken oder Grundgefällen, erhoben werden, während das gleichartige Besizthum der Landeseinwohner davon befreiet ist. Aus diesen Gründen erkannte das Ob. Land. Ger. unterm 4. Septbr. 1834 und das Ob. Appell. Ger. unterm 28. Novbr. 1834, J. G. Menshausen c. Steuer-Collegium, die Erhebung des Scheffelschages, als einer von den Zehntfrüchten wegen Herausführens derselben oder deren Geldeswerthes aus dem Lande zu entrichtenden Abgabe, für ungesetzlich.
- 3) Es ist deshalb durch eine Minist. Verfügung vom 23. Januar 1830 verordnet, daß nur dann ein Emigrations-Consens ertheilt werden darf, wenn die Genügfesung der Militairpflicht, so wie die Aufnahme des Nachsuchenden im Auslande nachgewiesen ist.
- 4) Das Nähere hierüber enthält §. 47.

Uebertretung bestimmter Geseze erlöschten ⁵⁾, auf politische Rechte, indem diejenigen Landeseinwohner, welche ihren Wohnsitz nicht schon fünf Jahre lang im Herzogthume gehabt haben, so wie auch diejenigen, welche wirkliche Hof-, Militair- oder Civildienste eines auswärtigen Staates bekleiden, als Landtags-Abgeordnete nicht wählbar sind ⁶⁾. Eine weitere Ausführung der Befugniß zur Ausübung politischer Rechte würde Sache des Staatsrechts sein, und da von den Rechtsverhältnissen der Juden schon §. 41 gehandelt ist, die Fälle aber, in welchen der Verlust einzelner Landeseinwohner-Rechte eintritt, theils dem Strafrechte angehören, theils zweckmäßig bei den Rechten angeführt werden, welche durch das Vorhandensein gewisser Eigenschaften bedingt sind, so bleiben hier nur die über das vollständige Landeseinwohner-Recht bestehenden particularrechtlichen Bestimmungen zur weitem Ausführung übrig.

Von dem Staatsbürger-Rechte, sowohl im weitem als engern Sinne, verschieden ist die Staats-Angehörigkeit, welche indeß unserer innern Gesezgebung nicht angehört, sondern nur als vertragmäßige Voraussezung der Ausweisung eines Individuums aus einem Staate in den andern in Frage kömmt. Die Merkmale der Staats-Angehörigkeit finden sich in den gleichlautenden Conventionen der hiesigen Landes-Regierung mit den königl. preussischen, sächsischen und hannoverschen Regierungen ⁷⁾ aufgestellt. Practisch sehr wichtig ist der aus einer richtigen Interpretation dieser Con-

5) Staats-Gr. Ges. vom 12. Decbr. 1832. §. 27.

6) Ebenbas. §. 71. Nr. 2 und §. 72. — Eine Ausnahme soll jedoch bei den Hof-, Militair- und Civilbeamten, welche in königlich hannöv. Diensten stehen, so lange Statt finden, als im Königreiche Hannover ein Gleiches beobachtet wird. Die Mitglieder des gemeinschaftlichen Ober-Appellationsgerichts zu Wolfenbüttel, welche von den mit Braunschweig zur Haltung dieses Gerichtshofes verbundenen Fürsten ernannt sind, werden als auswärtige Staatsdiener nicht angesehen. Ebenbas. §. 72.

7) Verordn. vom 23. Decbr. 1839. Nr. 26 und vom 16. Novbr. 1839. Nr. 27. — Die in diesen Conventionen enthaltenen Grundsätze sind fast von allen norddeutschen Staaten angenommen. Minist.

ventionen ⁸⁾ hervorgehende Grundsatz, daß es auf die Staats-Angehörigkeit — wenn immerhin die conventionellen Merkmale derselben vorliegen — nicht ankommt, sobald sich die Unterthanenqualität eines Individuums nachweisen läßt ⁹⁾. Diese Conventionen, denen lediglich ein landespolizeilicher Zweck zum Grunde liegt und die nur gegenseitige Verpflichtungen der pacificirenden Regierungen enthalten, berühren das Privatrecht nicht. Es finden sich aber überhaupt in unserer Gesetzgebung die in der Staats-Angehörigkeit für die betreffenden Individuen liegenden Rechte und Verpflichtungen nicht ausdrücklich ausgesprochen. Indes unterliegt es keiner Frage, daß die Staats-Angehörigkeit, wenn auch zunächst nur Anspruch auf einen Wohnsitz geben, doch auf diesem Wege auch zum Unterthanen-Verbande führen kann.

Die Handhabung der Bestimmungen, welche die Ausnahme in den Unterthanen-Verband, die Entlassung aus demselben, die Rechte des Wohnsitzes und des Aufenthalts betreffen, gehören zu dem Ressort der Kreisdirectionen. ¹⁰⁾

B. Landeseinwohner.

Giehorn, §. 74 flg.

§. 43.

1. Rechte und Pflichten der Landeseinwohner.

Landeseinwohner ist Jeder, der auf gesetzliche Weise das Recht des Wohnsitzes innerhalb der Gränzen des Staats-Gebietes erworben hat ¹⁾, und das Landeseinwohner-Recht besteht in dem Genuße sämtlicher durch Verfassung und Gesetz zugesicherten Rechte, vorbehältlich der in Bezug auf die

Rescript an die Landesdirect. vom 23. October 1839. — Vergl. Mittemmaier a. a. O. §. 107.

8) Besonders §. 3 derselben.

9) Dieser Grundsatz ist in einzelnen Fällen sowohl vom herzogl. Staats-Ministerio, als auch vom königl. hannöv. Cabinets-Ministerio anerkannt.

10) Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 27. §. 7. Nr. 2.

1) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 24.

Ausübung einzelner Rechte geltenden Beschränkungen ²⁾. Jene Rechte umfassen im Allgemeinen:

1) die Befugniß zur Ausübung politischer Rechte im Herzogthume ³⁾;

2) den Anspruch auf Sicherheit der Person, des Eigenthums und der übrigen Rechte ⁴⁾, so wie auf Schutz gegen andere Beschränkungen, als die, welche Rechte und Geseze auferlegen ⁵⁾;

3) den Anspruch auf vollkommene Freiheit des Gewissens und des religiösen Glaubens, und auf die Bekenntung desselben in einer der im Staate gestatteten kirchlichen Gesellschaften ⁶⁾;

4) die Befugniß zur freien Aeußerung seiner Meinungen, so lange dadurch nicht eine gesetzliche Vorschrift übertreten oder zu gesetzwidrigen Handlungen angereizt wird ⁷⁾;

5) das Recht der freien Wahl des Berufes und Gewerbes, so wie der vorbereitenden Bildungs-Anstalten des In- und Auslandes; die Verschiedenheit des Standes und der Geburt soll bei Besetzung von Civil-Ämtern und Militairgra-

2) Landes-Grundgesetz §. 25.

3) Landes-Grundgesetz §. 26. — Ueber die gesetzlich erforderlichen Eigenschaften der Landtags-Abgeordneten s. §. 71 fig. des Landes-Grundgesetzes.

4) Gleichheit vor dem Richter ist im §. 200 des Land. Grundgesetzes ausdrücklich zugesichert.

5) Landes-Grundgesetz §. 32. — Der Rechtsschutz ist auch insofern von Wichtigkeit, als darin die Verpflichtung des Staats zur Vertretung der Landeseinwohner liegt und derselbe die Auslieferung von Landeseinwohnern nicht gestattet. Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Auflage) §. 107. — Das Landes-Grundgesetz bestimmt im §. 201 und 206 ausdrücklich, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf, und verbietet die Auslieferung von Landeseinwohnern an fremde Regierungen.

6) G. §. 37.

7) Landes-Grundgesetz §. 30. — Die Freiheit der Presse und des Buchhandels soll unter Beobachtung der Beschlüsse des deutschen Bundes und der gegen den Mißbrauch dieser Freiheit zu erlassenden Geseze bestehen. Ebenas. §. 31.

den keinen Vorzug begründen ⁸⁾, und die Gestattung des Gewerbetriebes darf nicht versagt werden, wenn der Nachsuchende den gesetzlichen Anforderungen genügt hat und in allgemein-polizeilicher Rücksicht die Zulassung zum Gewerbebetriebe statthaft ist ⁹⁾;

6) den Anspruch auf Versorgung im Falle der Hilfsbedürftigkeit ¹⁰⁾;

7) das Recht der Beschwerdeführung, indem jeder Landeseinwohner in seiner Angelegenheit schriftliche Bitten an den Landesfürsten und die Landesbehörden in vorschriftsmäßiger Weise und mit Beobachtung der vorgeschriebenen Ordnung richten und Beschwerden über gesetz- und ordnungswidriges Verfahren der Behörden bis zur obersten Staatsbehörde schriftlich verfolgen darf ¹¹⁾, und

8) das Recht der Auswanderung; das Nähere hierüber s. unten.

Die Landeseinwohner sind dem Landesfürsten Treue, Ehrfurcht und Gehorsam schuldig und verpflichtet, den Gesetzen und den dieselben vollziehenden Behörden zu gehorchen. Alle männlichen Landeseinwohner müssen nach zurückgelegtem ein und zwanzigsten Lebensjahre den Erbschuldigungs-Eid leisten. Die Theilnahme an den Staatslasten trifft Alle, welche im Staatsgebiete wohnen oder Grundeigenthum besitzen, allgemein und nach gleichmäßigen Grundsätzen ¹²⁾, und

8) Landes-Grundgesetz §. 34. — Die Vergebung der Aemter hängt von der freien Entschliessung des Landesfürsten ab, indeß wird bei gleicher Befähigung in der Regel den Landeseinwohnern der Vorzug gegeben werden. Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 25. §. 5.

9) Gesetz vom 4. April 1837. Nr. 19. §. 21.

10) C. §. 74. — Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 107.

11) Landes-Grundgesetz §. 38. — Insbesondere ist den Landeseinwohnern gestattet, wenn sie sich durch landesfürstliche Verfügungen in der gerichtlichen Verfolgung ihrer Rechte für beeinträchtigt halten, oder wenn sie in verfassungsmäßigen Rechten verletzt werden, sich an die Ständeversammlung zu wenden. Ebenbas. §. 103. 107 und 114.

12) Befreiungen von den Staatslasten können nicht bewilligt werden, nur Erlasse und zwar höchstens auf die Dauer der Finanzperiode.

jedem Landeseinwohner liegt die Verpflichtung zur Vertheidigung des Vaterlandes im Kriegsdienste ¹³⁾, und zum Waffendienste behuf des Gemeindeschutzes ob ¹⁴⁾.

Den Landeseinwohnern sind einige Vorzüge vor den Fremden zugesichert, z. B. bei Besetzung der Hof-, Militair- und anderer Bedienungen ¹⁵⁾, bei Wiederverleihung erdöffneter Lehne ¹⁶⁾, bei dem Ankaufe von Bergmaterialien, Bauholz und dergl. ¹⁷⁾

§. 44.

2. Erwerbung und Verlust des Landeseinwohner-Rechts.

Das Landeseinwohner-Recht wird erworben:

1) durch Geburt, wenn bei ehelichen Kindern ¹⁾ der Vater und bei unehelichen die Mutter des Staatsbürger-Rechts theilhaftig ist ²⁾, und

2) durch Aufnahme in den Unterthanenband, die entweder vermittelt förmlicher Reception ³⁾ oder durch concludente

Gefeslich sind die fürstlichen Schlösser, Palläste, Gebäude und Gärten und das Grundeigenthum und Einkommen der Kirchen und übrigen frommen Stiftungen von den Staatslasten frei. Landes-Grundgesetz §. 39.

13) Gesetz vom 23. Febr. 1837. Nr. 10. §. 1.

14) Landes-Grundgesetz §. 25. 26. 39 und 40.

15) Landt. Abschied vom 9. April 1770. Art. 38. Promt. II. 63. — S. Note 8.

16) Ebendas. Art. 35.

17) Landt. Abschied vom 27. Januar 1619. Art. 14 und 15. Promt. I. 95 und 240.

1) Den ehelichen Kindern werden die durch nachfolgende Ehe legitimirten und die adoptirten Kinder gleichzustellen sein, vorausgesetzt, daß die Adoption in der gesetzlichen Form und nicht zur Umgehung gesetzlicher Bestimmungen vorgenommen wird. Vergl. Verordn. vom 4. Mai 1830. Nr. 10. §. 1. — Desgl. vom 23. Decb. 1839. Nr. 26. §. 2. — Desgl. vom 16. Novbr. 1839. Nr. 27. §. 2. — Gemeinrechtlich ist diese Frage bestritten. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 108. Note 3. — Mohl, Staatsrecht Th. 1. S. 320.

2) Vergl. die in vorstehender Note angeführten Verordnungen. — Mittermaier a. a. O. §. 108.

3) Diese wird durch die Beibringung eines Emigrations-Consenses

Handlungen, z. B. Verleihung eines Staatsdienstes ⁴⁾, Gestattung der Verheirathung unter Anlegung einer eigenen Wirthschaft u. ⁵⁾

3) Auch gewinnt eine Ausländerinn durch Verheirathung mit einem hiesigen Landeseinwohner das Staatsbürger-Recht ⁶⁾.

Verloren wird das Landeseinwohner-Recht:

1) durch Auswanderung. Jeder Landeseinwohner hat das Recht der Auswanderung ohne Erlegung einer Abzugsteuer (§. 47), jedoch unter den durch die Verpflichtung zum Kriegsdienste oder durch sonstige Verbindlichkeiten gegen den Staat und gegen Privatpersonen eintretenden Beschränkungen ⁷⁾.

der früheren Heimathsbehörde des Auswandernden bedingt (Minist. Rescr. vom 19. August 1828. Bege II. 244) und geschieht, wenn der Ankömmling in eine Stadtgemeinde aufgenommen zu werden wünscht, vom Staats-Ministerio, außerdem von der betreffenden Kreisdirection. Verordn. vom 4. Mai 1830. Nr. 23. — Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 19. — Minist. Rescr. vom 4. Juli 1834. — Das hannöv. Gesetz vom 30. Septbr. 1842 (Off. Ges. Samml. 1842. Abth. I. Nr. 41.) verbietet die Niederlassung ausländischer Juden im Königreiche und die Aufnahme ausländischer Töbinnen, die sich mit inländischen Juden verheirathen wollen und schon Kinder haben.

4) Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 108. — Verordn. vom 20. Decbr. 1832. Nr. 44. §. 3.

5) Es gewinnen Ausländer hierdurch zunächst zwar nur die Staats-Angehörigkeit (Verordn. v. 23. Octbr. 1839. Nr. 26. §. 2. Nr. 3 und vom 16. Novbr. 1839. Nr. 27. §. 2. Nr. 3.), indeß kann diese auch zum Landeseinwohner-Rechte führen. S. §. 42 a. E. —

Dasselbe tritt mit einem zehnjährigen, unter Vorwissen der Orts-Obrigkeit ununterbrochen fortgesetzten Wohnen im Herzogthume ein, und es ist die Ausweisung eines Ausländers lediglich aus diesem Grunde sowohl vom königl. hannöv. Ministerio des Innern unterm 4. Juni 1840 (Off. Ges. Samml. 1840. Abth. III. Nr. 7.), als auch vom hiesigen herzogl. Staats-Ministerio mittelst Rescripts vom 20. Febr. 1841 für unstatthaft erklärt.

6) Dieser gemeinrechtliche Grundsatz (Mittermaier a. a. D. §. 108) wird auch in den hiesigen Landen unzweifelhaft angewandt.

7) Zu der Aufhebung des Landeseinwohner-Rechts durch Auswanderung gehört die bestimmte, sei es ausdrücklich oder durch concludente Handlungen erklärte Absicht, das Land für immer verlassen zu wollen, und die Fähigkeit, diese Absicht rechtlich wirksam zu

2) Bei einer Frauensperson durch deren Verheirathung mit einem Ausländer ⁸⁾).

Durch Landesverweisung kann das Unterthanen-Recht nicht mehr verloren werden, weil dieselbe sowohl im Strafverfahren, als im Wege polizeilicher Anordnung nur noch bei Ausländern vorkommt ⁹⁾).

§. 45.

3. Wohnorts-Recht.

Jeder Landeseinwohner muß einer bestimmten Gemeinde angehören, und zwar derjenigen, in welcher er den gesetzlichen Bestimmungen zufolge seinen Wohnsitz hat ¹⁾. Als Angehöriger dieser Gemeinde hat er das Recht, sich daselbst aufzuhalten und diejenigen Gemeinde-Vorteile zu genießen, welche der Gemeinde-Verband bietet, insbesondere auch im Falle der Hilfsbedürftigkeit Unterstützungen aus den Mitteln der Gemeinde in Anspruch zu nehmen (s. §. 49 und 74). Begründet wird das Wohnsitz-Recht entweder durch gesetzliche Nothwendigkeit, oder durch freiwilligen, obrigkeitlich genehmigten Entschluß.

1) Ein gesetzliches Wohnorts-Recht haben herrschaftliche

erklären, insofern der Auswandernde nicht der Gewalt eines Andern unterworfen ist. Die Auswanderung ist überhaupt mindestens an dieselben Bedingungen geknüpft, wie die Aufgebung des Domicils (§. 45), weil das Landeseinwohner-Recht ausgebehntere Rechte in sich schließt, als das Wohnorts-Recht. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 25. Februar 1841. J. S. Cohn c. Seesen. — Vergl. Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 1069. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 68. — Glück, Commentar Th. 6. §. 269. 272. 274 und 283. — Mittermaier a. a. D. §. 108.

Früher war das Auswandern nach Amerika durch das kaiserl. Edict vom 7. Juli 1768, welches unterm 14. Januar 1770 in hiesigen Landen publicirt wurde, verboten.

8) S. Note 6.

9) Vergl. Crim. Ges. Buch §. 23. — Verordn. vom 23. Octb. 1839. Nr. 26. §. 1. — Desgl. vom 16. Novbr. 1839. Nr. 27. §. 1.

1) Land. Gr. Ges. §. 42. — Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) S. 300.

Officianten, Geistliche, Gemeinbediener ²⁾, mögen sie definitiv oder auf Kündigung angestellt sein, und sämtliche Militairpersonen vom Offizier-Ränge ³⁾ für sich, ihre Ehefrauen und Kinder in der Gemeinde, in welcher sie des Dienstes halber sich niederlassen müssen, nicht nur während des Dienstes, sondern auch nach Auflösung des Dienst-Verbandes. Wenn indeß im letzten Falle ihr Dienst-Aufenthalt nicht länger als zwei Jahre gedauert hat, so bleibt ihnen, auch ihren nachgelassenen Wittwen und Kindern, unbenommen, binnen einem Jahre nach der Dienst-Aufhebung an den Ort, wo sie unmittelbar vorher das Recht zum bleibenenden Aufenthalte erworben hatten, zurückzukehren. Gleiche Rechte, wie die herrschaftlichen Officianten genießen Advocaten, Notare ⁴⁾, Aerzte, Thierärzte, Chirurgen ⁵⁾ Apothe-

- 2) Hierzu werden indeß diejenigen Personen nicht gerechnet, welche zu den Gemeinden im eigentlichen Dienstbotenverhältnisse stehen, als z. B. Hirten, Feldhüter, Nachtwächter. Verordn. vom 4. Mai 1830. Nr. 10. §. 8.
- 3) Die übrigen Militairpersonen können als solche ein Wohnorts-Recht nicht erwerben und treten nach beendigter Dienstzeit in das früher erworbene Wohnorts-Recht zurück. Den Ausländern, welche unter den hiesigen Truppen gedient und nach erfolgter Verabschiedung in das Ausland nicht zurückkehren, auch sonst einen Wohnsitz in den hiesigen Landen nicht finden können, soll von Landespolizei wegen ein Wohnort angewiesen werden. Verordn. v. 4. Mai 1830. Nr. 10. §. 26 und 31. — Durch die obige Bestimmung wird indeß nicht ausgeschlossen, daß auch die Militairpersonen ohne Officier-Rang während ihres Dienstes durch besondere Facta, z. B. durch die Gestattung, eine Familie zu begründen, ein Wohnorts-Recht erlangen können. Minist. Rescr. vom 28. August 1837. — Nach röm. Rechte gewinnen Soldaten an ihrem Standquartiere ein Wohnorts-Recht, indeß nur dann, wenn sie in ihrem Vaterlande keine Güter besitzen. L. 23. §. 7. D. Ad municip. (50. 1.)
- 4) Die Anzahl der Advocaten und Notare ist für die einzelnen Gerichtskreise des Landes fest bestimmt. Es wird denselben der Wohnort der Regel nach nur in den Städten angewiesen und der Aufenthalt auf dem Lande nur ausnahmsweise gestattet. Landesf. Rescr. vom 4. Juli 1814. Bege III. 209. — Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 7. §. 8. — Desgl. vom 29. Septbr. 1835. Nr. 55. — Desgl. vom 16. Febr. 1836.
- 5) Den practisirenden Aerzten, Thierärzten und Chirurgen bestimmt

fer und Hebammen in Ansehung des Orts, woselbst sie zur Ausübung ihrer Praxis berechtigt sind, vorausgesetzt, daß sie ihren Wohnsitz nicht willkürlich ändern, indem sie behuf der Aufnahme an einem andern, als dem ihnen von der Behörde angewiesenen Orte die unter 2 angeführten Bedingungen erfüllen müssen ⁶⁾. Auch die von den Besitzern größerer Landgüter auf Lebenszeit angestellten oberen Officianten, insofern sie einen eigenen Haushalt führen und ihr Unterhalt gesichert ist, erwerben das Wohnorts-Recht am Orte ihrer Anstellung ⁷⁾.

2) Außerdem ist zur Erwerbung des Wohnorts-Rechts die bestimmt erklärte und obrigkeitlich genehmigte Absicht, den fortwährenden Wohnsitz an einem Orte zu nehmen, erforderlich ⁸⁾.

Eine solche Absicht wird präsumirt, wenn der Ankömmling in den Städten das Bürgerrecht erworben oder die statutarisch nothwendigen Erfordernisse zur Sicherung eines bleibenden Aufenthalts beobachtet hat; wenn derselbe in den Landgemeinden entweder ein mit einem Wohnhause versehenes Grundstück unter gerichtlicher Confirmation erworben, oder mit Genehmigung einen neuen Ausbau ausgeführt hat; wenn er ein Ritter- oder Freisassengut erwirbt; wenn er für einen bestimmten Ort in eine Gilde aufgenommen ist, oder die Concession zum Gewerbebetriebe erhalten und eine Wohnung daselbst gefunden hat; wenn er nach Einholung eines Trauscheins sich verheirathet und an dem vor der Erthei-

das Obersanitäts-Collegium, nach vorausgegangener Communication mit der betreffenden Kreisdirection, den Wohnort. Minist. Reser. vom 28. Mai 1839.

6) Minist. Reser. vom 31. März 1836.

7) Verordn. vom 4. Mai 1830. Nr. 10. §. 6. 7. 9 und 10.

8) Ebendas. §. 11. — Ueber die Nothwendigkeit des Vorhandenseins einer solchen Absicht s. Glück, Comment. Bd. 6. S. 269. — Es kann daher der durch einen vorübergehenden Zweck bedingte Aufenthalt an einem Orte, selbst mit hinzugekommener obrigkeitlicher Genehmigung, ein Wohnorts-Recht nicht begründen. Ebendas. §. 25. 26 und 27. — Vergl. Glück a. a. O. Bd. 6. S. 274. — v. Wening-Ingenheim, Lehrbuch des gem. Rechts Bd. 1. §. 164.

lung des Trauscheins als künftigen Aufenthalt bezeichneten Orte sich niedergelassen hat; wenn Handwerksgefellcn sich mit Genehmigung der Obrigkeit verheirathen und einen eigenen Haushalt errichten ⁹⁾.

Die obrigkeitliche Erlaubniß zur Niederlassung an einem bestimmten Orte wird dadurch bedingt, daß der Ankömmling sich über seine untadelhafte Aufführung ausweist, ein hinreichendes Vermögen, oder sonst genügende Mittel zu seinem und seiner Familie Unterhalte besitzt und eine Wohnung gefunden hat. Gehört derselbe zur Classe der Handarbeiter und will er als Häusling aufgenommen werden, so hat das betreffende Amt, nach Anhörung der Ortsbehörde und nach angestellter Untersuchung über das Wohlverhalten, die Erwerbsfähigkeit und die Vermögensumstände des Nachsuchenden, so wie unter Rücksichtnahme auf die etwaigen nachtheiligen Folgen für das Fortkommen der schon vorhandenen Arbeiter gleicher Art, auf den Antrag zu verfügen, wobei der Wille der Gemeinde nicht entscheidend ist. Die Nachweisung einer Wohnung ist auch in solchen Fällen für den Ankömmling eine wesentliche Bedingung ¹⁰⁾.

3) Ausnahmsweise gewinnen Zeitpächter, deren Hauptgewerbe in der Benützung des gepachteten Gegenstandes besteht, wenn die Pacht über einen Zeitraum von zwölf Jahren und wenigstens über die Dauer des ursprünglichen Contracts hinaus ununterbrochen fortgesetzt ist, das Recht des bleibenden Aufenthalts an dem Orte, wo der Pachtgegenstand belegen ist, für sich und ihre Familie. Die Pachtjahre des Vaters sollen dem Sohne angerechnet werden ¹¹⁾. Gleich-

9) Ebendas. §. 12 bis 16. — Ueber die Fälle, in denen gemeinrechtlich die Absicht, seinen Wohnsitz an einem bestimmten Orte nehmen zu wollen, präsumirt wird, und die im Wesentlichen mit den obigen übereinstimmen, s. Glück a. a. O. Bd. 6. S. 272.

10) Ebendas. §. 18 und 19. Der §. 22 bestimmt ausdrücklich, daß die obigen Vorschriften auch in Ansehung der Häuslinge, welche auf den Domainen, Klostergütern, Borwerken und privativen Landgütern, Fabriken und größeren Etablissements Aufnahme finden, angewandt werden sollen.

11) Ebendas. §. 28.

faß sind Handwerksgefelln und alle in Dienstboten-Verhältnissen stehende Personen ¹²⁾, wenn sie zehn Jahre lang ununterbrochen ¹³⁾ bei Einem Meister oder Einer Herrschaft an Einem Orte treu gedient haben, berechtigt, daselbst ihren bleibenden Aufenthalt zu wählen ¹⁴⁾. Diejenigen Gemeinde-Diener, welche zu der Gemeinde im eigentlichen Dienstboten-Verhältnisse stehen, z. B. Hirten, Schäfer, Feldhüter, Tag- und Nachtwächter, erwerben das Wohnorts-Recht in dieser Gemeinde, wenn das Dienstverhältniß länger als drei Jahre besteht ¹⁵⁾.

Das Wohnorts-Recht des Vaters erstreckt sich auf die ehelichen, adoptirten ¹⁶⁾ und legitimirten Kinder. Uneheliche Kinder erwerben das Wohnorts-Recht der Mutter. Kinder heimathloser und unbekannter Eltern haben das Wohnorts-Recht da, wo sie geboren und, wenn dieses zweifelhaft ist, wo sie getauft, Findelkinder da, wo sie gefunden sind ¹⁷⁾.

Die Ehefrauen theilen das Wohnorts-Recht ihrer Ehemänner und behalten dasselbe nach deren Tode ¹⁸⁾.

12) Zu den Dienstboten wird auch das Knechtsgesinde gerechnet, so wie auch Deputatisten auf Deconomien und alle diejenigen, welche gegen Lohn und Brod, oder sonstige Vergütung gewöhnliche Körperarbeit zu verrichten haben und entweder auf bestimmte Zeit, oder auf Kündigung angenommen sind. Ebendaf. §. 30.

13) Minist. Refer. vom 16. März 1841.

14) Verordn. v. 4. Mai 1830. Nr. 10. §. 29. 30. — Daß diese Begünstigung nur bei inländischen und nicht auch bei ausländischen Handwerksgefelln und Dienstboten eintreten kann, folgt schon aus dem lediglich auf die Regulirung der Wohnorts-Rechte der Landesunterthanen gerichteten Zwecke der Verordnung. Minist. Refer. v. 4. Febr. 1835. — Ueber die aus L. 2, C. De incolis (10. 39.) herrührende Ansicht, besonders älterer Rechtslehrer, daß unter allen Umständen durch einen zehnjährigen Aufenthalt an einem Orte das Wohnorts-Recht daselbst begründet werde, vergl. Leyser, Medit. ad pand. II. Sp. 72. Med. 2. — Glück a. a. O. Th. 6. §. 275.

15) Ebendaf. §. 8.

16) Es ist hierbei ausdrücklich bevormortet, daß die Adoption nicht zur Umgehung des Gesetzes vorgenommen werden darf.

17) Ebendaf. §. 1 bis 3.

18) Ebendaf. §. 4. — Diese Bestimmungen sind gemeinrechtlich. L. 22. §. 1 & L. ult. §. 3. D. Ad municip. (50. 1.) — Ueber die Grän-

Das Wohnorts-Recht geht durch Nichtgebrauch nicht verloren, sondern, a) wenn dasselbe sich auf Güterbesitz gründet, durch den Verlust des Grundstückes, nicht aber durch den Erwerb eines anderweiten Wohnortes, vielmehr steht es dem Ungesessenen frei, an den Ort seiner Besizung jederzeit zurückzukehren; b) wenn dasselbe nicht auf Güterbesitz gegründet ist, nur durch die Wahl und den Erwerb eines andern Wohnorts, weshalb die Befugniß zur Rückkehr nach dem verlassenen Wohnorte so lange stattfindet, bis ein anderer bleibender Wohnort gewählt und erworben ist 19). Das Recht der Rückkehr erstreckt sich auf die Ehefrau und die Kinder des Zurückkehrenden und es kann dasselbe nach dem Tode des Ehemannes von der Wittve und den nachgelassenen Kindern, so lange dieselben einen eigenen Wohnort nicht erworben haben, in Anspruch genommen werden. Erwirbt die Wittve einen neuen Wohnsitz, so folgen ihr die mit einem Wohnorte noch nicht versehenen Kinder, jedoch steht es den volljährigen Kindern frei, an dem bisherigen Wohnorte zu bleiben, und den minderjährigen, binnen einem Jahre nach zurückgelegtem 25sten Lebensjahre nach dem früheren Wohnorte zurückzukehren 20), wenn sie inzwischen nicht schon ebenfalls einen eige-

zen der Verpflichtung der Frau, dem Wohnorte des Mannes zu folgen, s. Glück, a. a. O. Bd. 6. S. 279 flg.

- 19) Ebendas. §. 32 und 33. — Die Aufgebung des Domicils erfordert die bestimmte, ausdrücklich oder durch concludente Handlungen erklärte Absicht, den Ort für immer verlassen zu wollen, und die Fähigkeit, diese Absicht rechtlich wirksam zu erklären, insofern der Auswandernde nicht der Gewalt eines Andern unterworfen ist. Es ist daher erforderlich, daß zu einer solchen Erklärung von Minderjährigen nicht nur deren Vormünder, sondern auch die obervormundschaftlichen Behörden ihre Zustimmung ertheilen. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 25. Febr. 1841 J. S. Cohn c. Seesen. — Vergl. Verordn. vom 16. Novbr. 1839. Nr. 27. §. 2. Nr. 1. — Ziebaud, System des Pandect. Rechts §. 1069. — v. Wening-Ingenheim, Lehrb. des gem. Rechts Bd. 1. §. 163 und 164. — Glück, Commentar Eh. 6. S. 269 flg. insbesondere S. 278.

- 20) Diese Befugniß der Kinder, nach dem Wohnorte des Vaters zurückzukehren, ist gemeinrechtlich, denn wenn auch die Mutter fordern kann, daß ihre Kinder zum Zwecke der Erziehung, so lange

nen Wohnort erworben haben. Es bleibt dieses Recht der Rückkehr mit gleicher Beschränkung auch in dem Falle vorbehalten, daß der Minderjährige nach der Bestimmung des Vormundes den bisherigen Wohnort verlassen hat und dieser daher für verändert vorzunehmen steht 21).

Wenn Zweifel und Beschwerden über die Anwendung der vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen entstehen, wobei es auf die Erlangung des Wohnorts-Rechts ankommt, so entscheiden die Kreisdirectionen, unter Vorbehalt des Recurses an das Staats-Ministerium, und ein gerichtliches Verfahren darüber ist gänzlich ausgeschlossen; dagegen sollen Beschwerden über Beeinträchtigung eines als bereits erworbenen in Anspruch genommenen Wohnorts von den Gerichten entschieden werden 22).

§. 46.

C. F r e m d e.

Gichhorn, §. 75.

1) Fremde genießen während ihres Aufenthalts im Staatsgebiete den Schutz der Gesetze und sind zu deren Beobachtung verpflichtet 1).

sie dieser unter ihren Augen bedürfen, sich bei ihr aufhalten, so hat dieselbe doch keine römisch-rechtliche potestas über dieselben, worauf der Grundsatz „*filius familias sequitur domicilium patris*“ beruht. Vergl. Gichhorn §. 315. — L. 1. C. Ubi pupillus educ. deb. (5. 49.)

21) Ebendas. §. 5 und 35.

22) Ebendas. §. 36. — Da die Distinction, welche diese gesetzliche Vorschrift zwischen Erlangung des Wohnorts-Rechts und Beschwerden über Beeinträchtigung eines bereits erworbenen Wohnorts-Rechts macht, indem sie jene an die Administrations- und diese an die Gerichtsbehörden verweist, in dieser Allgemeinheit verstanden und nicht durch die allgemeinen Grundsätze über Administrations- und Justizsachen ihre gehörige Deutung erhaltend, zu völlig unhaltbaren Schlussfolgerungen führt, so hat das Staats-Ministerium über die Competenzfrage in einem Rescripte an die Kreisdirection Helmsfeld vom 28. August 1837 genauere Grundsätze aufgestellt, deren weitere Ausführung indeß nicht hierher gehören kann.

1) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 28. — Grim. Ges.

2) Die Verwaltungs-Behörden entscheiden, ob und wie lange den Fremden der Aufenthalt zu gestatten ist, und den Hauswirthen ist bei Strafe und unter eventuellder Verpflichtung zur Erhaltung des Aufgenommenen verboten, Fremde, welche sich in der Gemeinde niederzulassen beabsichtigen, ohne Erlaubniß der Obrigkeit aufzunehmen 2).

3) In den Städten sind Fremde nach einem Aufenthalte von sechs Monaten steuerpflichtig; ausgenommen hiervon sind die, welche in öffentlichen oder Privat-Dienstverhältnissen stehen, oder eine öffentliche Unterrichts-Anstalt besuchen. Zu persönlichen Leistungen können indeß die Fremden nie herangezogen werden 3).

4) Grundbesitzer, welche das Wohnortrecht in einer Gemeinde nicht erlangt haben, genießen wegen ihres Besitzthums denselben Schutz, welcher den Einwohnern gewährt wird, sie sind aber auch wie diese zu den auf den Grundstücken haftenden Lasten verpflichtet 4).

Die minderjährigen Kinder der Forensen erhalten zum Zwecke der Administration der im Herzogthume belegenen Immobilien besondere Vormünder. §. 21. N. 3.

5) In Concursen haben die Fremden mit den Landes-Einwohnern gleiche Rechte, vorausgesetzt, daß von ihrer Landes-Obrigkeit den hiesigen Unterthanen gleiche Parität

Buch §. 1. — Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 108.

2) Verordn. vom 4. Mai 1830. Nr. 10. §. 21. — Die polizeilichen Vorschriften, welche die Durchreisenden oder die zu einem vorübergehenden Zwecke im Lande sich aufhaltenden Fremden, insbesondere deren Aufnahme und Anmeldung bei der Polizei-Behörde betreffen, können hier keinen Platz finden.

3) Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. Nr. 5. §. 39 und 40.

4) Landes-Grundgesetz vom 12. October 1832. §. 43. — S. auch oben §. 42. — Im hiesigen Lande gilt, dem gemeinen Rechte gemäß, nur der unvollkommene Landsassiat. Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 649. (II. 25.) — Leyser, De feud. brunsv. et luneburg. Addit. §. 28. — Mittermaier a. a. O. §. 109. — Klüber, Öffentliches Recht §. 291.

geköhnt wird ²⁾, indem andern Falls Retorsion angewandt werden soll.

§. 47.

D. Fremblingsrecht — Nachsteuer und Abschoss.

Eichhorn, §. 77 und 78.

Das Fremblingsrecht (*jus albinagii, droit d'aubaine*), d. h. das Recht des Voigteiherrn, die Erbschaft eines Fremden an sich zu nehmen, ist, nachdem dasselbe überhaupt in Deutschland aufgehoben worden ¹⁾, in den hiesigen Landen nur noch *jure retorsionis* ausgeübt. Mit Frankreich geschah die Aufhebung des Fremblings-Rechts durch eine besondere Convention ²⁾.

Durch den Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 23. Juni 1817 ist in allen deutschen Bundesstaaten die Nachsteuer- und Abzugsfreiheit von dem Vermögen jeder Art (es sei aus Veranlassung einer Auswanderung oder aus dem Grunde eines Erbschafts-Anfalles, eines Verkaufs, Tausches, einer Schenkung, Mitgift u.), welches aus einem Bundesstaate in einen andern übergeht, zugesichert und jede Abgabe, die eine solche Vermögens-Ausfuhr oder den Uebergang des Vermögens auf Angehörige eines andern Bundesstaates beschränkt, für aufgehoben erklärt. Unter dieser Freizügigkeit sind indeß solche Abgaben nicht mit begriffen, welche mit einem Erbschaftsanfalle, Legate, Verkäufe, einer Schenkung oder dergleichen verbunden sind und ohne Unterschied, ob das

5) Wechsel-Ordn. vom 1. August 1715. Art. 55. Promt. I. 199. — Refr. des Ob. Land. Gerichts vom 25. Mai 1827. Wege II. 167. — Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 210. — Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 110. — Runde, Deutsches Privatrecht §. 314. Note c. und §. 315.

1) Auth. omnes peregrini C. Communia de successionib. (6. 59.) — Runde, Deutsches Privatrecht §. 320. — Selchow, Element. jur. german. §. 101.

2) Verordn. v. 2. Novbr. 1778. Promt. I. 259. — Am 6. August 1790 wurde von der franz. National-Versammlung die gänzliche Abschaffung des *droit d'aubaine* beschlossen. — Runde a. a. D. §. 3 20.

Vermögen im Lande bleibt oder hinausgezogen wird, ob der neue Besitzer ein Inländer oder ein Fremder ist, entrichtet werden müssen³⁾. Der Inhalt dieses Beschlusses der Bundesversammlung ist auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen königl. preussischen Provinzen ausgedehnt⁴⁾ und es sind nachher ebenfalls mit dem Königreiche der Niederlande, mit der schweizerischen Eidgenossenschaft und zuletzt mit dem Königreiche Belgien Freizügigkeits-Verträge abgeschlossen⁵⁾. Mit dem Königreiche Dänemark ist schon in älterer Zeit eine Convention errichtet, wonach von dem Vermögen Auswandernder oder von Erbschaften, welche beiderseitigen Landes-Einwohnern zufallen, kein Abschoss erhoben werden soll⁶⁾. Ueberhaupt wird in hiesigen Landen eine Nachsteuer oder ein Abschoss nur noch *jure retorsionis* gefordert⁷⁾ und eintretenden Falls im Zweifel der dritte Pfennig genommen⁸⁾.

- 3) Verordn. vom 2. Januar 1818. Nr. 3. — Durch den obigen Beschluß ist der 18te Art. der deutsch. Bundesacte weiter ausgeführt. Vergl. Klüber, *Deffentl. Recht* §. 168. — Mittermaier, *Deutsch. Privatrecht* (6te Aufl.) §. 112. — Die österreichische Verordn. v. 2. März 1820, wodurch jener Bundesbeschluß in Beziehung auf die zum deutschen Bunde gehörigen Theile der österreichischen Monarchie bekannt gemacht worden, ist durch die Verordn. v. 1. Mai 1820. Nr. 4 auch zur Kenntniß der hiesigen Landes-Einwohner gebracht.
- 4) Verordn. vom 12. Januar 1819. Nr. 1.
- 5) Verordn. vom 28. Octbr. 1833. Nr. 26. — Desgl. v. 9. Novb. 1833. Nr. 27. — Desgl. vom 6. Septbr. 1841. Nr. 17.
- 6) Verordn. vom 16. Juli 1781. Promt. I. 3.
- 7) Landesf. Rescr. vom 31. Juli 1783. Promt. I. 4. — Desgl. v. 31. August 1831. Ebendas. Note 3. — Vergl. Runde a. a. D. §. 825. — Dasselbe ist im Königreiche Hannover der Fall. Grefe, *Leitfaden zum Studium des hannöb. Privatrechts* Th. 2. S. 5 und 6.
- 8) Verordn. vom 20. Novbr. 1762. — Landesf. Rescr. v. 7. März 1782. Promt. I. 3 und 4. — Nach eben diesem Rescripte soll in Ansehung sämtlicher russischer Provinzen und nach der Verordn. vom 2. Novbr. 1778 (Promt. I. 259) auch in Ansehung des Königreichs Frankreich nur der zehnte Pfennig genommen werden. — Auch im Hannöverschen beträgt die Abgabe, wenn sie überhaupt noch gefordert und durch Convention nicht beschränkt ist, den dritten Pfennig. Grefe a. a. D. S. 5.

D. Von den Personen in Gemeinde-Verbindung.

§. 48.

I. Allgemeines.

Giehorn, §. 372.

Als **Gemeinheiten**, d. h. vom Staate genehmigte und anerkannte Vereinigung Mehrerer zu einem fortdauernden Zwecke, sind besonders die Stadt- und Dorfgemeinden wichtig ¹⁾; zwischen beiden stehen die sogenannten Flecken, d. h. Dorfgemeinden, welchen mehr oder weniger städtische Gerechtsamen zugestanden sind ²⁾.

Jedes Grundstück muß einem gewissen Gemeindebezirke und jeder Landeseinwohner einer gewissen Gemeinde angehören. Die Gemeinde-Bezirke werden durch die Landes-Regierung bestimmt, deren Genehmigung auch zur Bildung neuer und besonderer Gemeinden, so wie auch zur Erweiterung einer Gemeinde durch Aufnahme anderer Gemeinden, nicht weniger zur Umgestaltung der rechtlich bestehenden Gemeinde-Verfassung erforderlich ist ³⁾.

§. 49.

II. Gemeinde-Vermögen und Gemeinde-Lasten.

Das Vermögen und Einkommen der Gemeinden und ihrer Anstalten darf nie mit dem Staats-Vermögen oder den Staats-Einnahmen vereinigt werden ¹⁾. Die Gemeinden verwalten ihr Vermögen durch ihre Behörden ²⁾ selbst.

1) Ueber den Begriff und die Merkmale der Gemeinde und ihr Verhältniß zum Staate s. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 122. — Von den corporationsähnlichen Verbindungen, die bei uns hauptsächlich und ausschließlich als Gemeinheiten bezeichnet werden, ist des genaueren Zusammenhanges wegen im Sachensrechte die Rede. (§. 179.)

2) Mittermaier, a. a. O. §. 133.

3) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 41. 42 und 44.

1) Vergl. Klüber, Oeffentl. Recht §. 254 und 387. — v. Rottek, Constitut. Staatsrecht S. 65.

2) Nach der neuen Verfassung sind daher die Gemeinden **universitates ordinatae**, was früher besonders bei den Dorfgemeinden zwei-

ständig und die Oberaufsicht der Regierungs-Behörden (zunächst der Kreis-Directionen ³⁾) erstreckt sich nur darauf, daß die Verwaltung überhaupt den bestehenden Gesetzen gemäß geschehe, daß das Gemeinde-Vermögen erhalten, das Einkommen davon zu Gemeinde-Zwecken verwandt und daß bei der Vertheilung der Gemeinde-Abgaben nach gleichmäßigen Grundsätzen verfahren werde ⁴⁾.

In den aus verschiedenen Gemeinden zusammengesetzten Orten bleibt die Verwaltung des einer jeden derselben besonders zustehenden Vermögens getrennt, wenn nicht ein Anderes durch einen ordnungsmäßig gefaßten Gemeinde-Beschluß festgestellt wird ⁵⁾.

Durch die mit dem Wohnsitz verbundene Aufnahme in die Gemeinde allein werden keine Anrechte an den Gemeinde-Gütern gewonnen, deren Mitbenutzung an den Besitz gewis-

selhaft erscheinen mußte, weil die ehemaligen Bauernmeister nach ihren amtlichen Befugnissen mehr als Polizeibeamte erschienen, denen zugleich die Administration der Gemeinde-Einkünfte oblag, ohne daß ihnen irgend eine Dispositions-Befugniß über die Gemeindegüter zugestanden hätte. Vergl. Land. Ordn. Art. 101 und 104. — Amts-Gammer-Ordn. Art. 103. — Landesf. Circular-Rescript vom 30. Novbr. 1804. Promt. I. 73.

3) Gesetz v. 12. Octbr. 1832. Nr. 27. §. 7. Nr. 6.

4) Landes-Grundgesetz v. 12. Octbr. 1832. §. 45 und 46. — Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 122 u. 125. — Die neuere Ansicht, daß auch bei rebus universitatis in specie, welche nur zum Nutzen der Einzelnen dienen, das Eigenthum oder das der Berechtigung sonst entsprechende Recht selbst bei der Gemeinde sei, diese also auch allein zur endlichen Disposition über dergleichen Güter und Gerechtsame befugt erscheine (Mittermaier a. a. D. §. 127. — Thibaut, Civilist. Abhandl. S. 381 flg.), wird auch von der hiesigen Praxis gebilligt. Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 11. Novbr. 1839 J. S. Euerdissen c. Cammer. — Früher hielt man hin und wieder dafür, daß bei solchen Gegenständen einer Gemeinde, welche von den einzelnen Gemeinde-Mitgliedern zu Privatziwecken benutzt werden, ein condominium stattfinde. S. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 7 (V. 30.)

5) Ebendaf. §. 47.

ser Grundstücke geknüpft ist, oder welche gewissen Genossenschaften gehören ⁶⁾).

Von den verfassungsmäßig aufgelegten Gemeinde-Lasten und Leistungen kann kein Mitglied der Gemeinde oder des Verbandes, so wie auch kein in derselben belegenes Grundstück anders, als aus gesetzlichen Gründen befreiet werden ⁷⁾. Es dürfen aber die Gemeinden nur mit solchen Leistungen und Ausgaben beschwert werden, wozu sie nach allgemeinen Gesetzen oder besondern Rechts-Verhältnissen verbunden sind. Lasten, welche nicht durch die örtlichen Bedürfnisse der Gemeinden oder eines Verbandes von Gemeinden, sondern durch die Erfüllung allgemeiner Verbindlichkeiten des Landes oder einzelner Theile desselben herbeigeführt werden, z. B. Einquartirungen und Kriegsführen, müssen, insoweit nicht besondere Rechts-Verhältnisse eine Ausnahme begründen, von dem ganzen Lande oder dem betreffenden Landestheile in dem Maße getragen werden, daß diejenigen, welchen die Last auferlegt ist, Entschädigung erhalten ⁸⁾.

§. 50.

III. Gemeinde-Beamte.

Die Gemeinde-Beamten werden von den Gemeinden frei gewählt, indeß bedürfen die stimmführenden Mitglieder des Magistrats in die Städten der landesfürstl. Bestätigung und die Ortsvorsteher in den Land-Gemeinden der Bestätigung der Regierungs-Behörde ¹⁾.

Sämmtliche Gemeinde-Beamten sind auf die Landes-

6) Ebenas. §. 48. — Vergl. Selchow, Anfangsgr. des br. lüneb. Privatrechts §. 318. — Mittermaier a. a. O. §. 123.

7) Ebenas. §. 49. — Vergl. Mittermaier, a. a. O. §. 124. — Scholz, Landwirthschaftsrecht Th. I. Nr. V. §. 5. — Von der Verpflichtung der Domainen, Rittergüter u., zu den Gemeinde-Lasten beizutragen ist §. 54 und 63 die Rede.

8) Ebenas. §. 50 und 51.

1) Landes-Grundgesetz v. 12. Octb. 1832. §. 53 und 55. — Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 126.

Verfassung und Wahrnehmung der dadurch begründeten Rechte der Gemeinden zu verpflichten 2).

IV. Stadt-Gemeinden.

§. 51.

A. Einleitung.

Die ältern Schriftsteller legen den braunschweigischen Städten ein viel zu hohes Alter bei, wenn sie der gewöhnlichen Hypothese folgen und ihren Ursprung in die Regierungszeit des Kaisers Heinrich I. setzen. Es kommen zwar die Namen einiger braunschw. Städte schon in Urkunden aus dem zehnten Jahrhunderte vor, allein diese waren damals keine Städte in der jetzigen Bedeutung, sondern Dörfer oder Burgen, letzteres ist z. B. der Fall mit Wolfenbüttel und Seesen. Die eigentliche Entstehungszeit der Städte fällt in die Regierung des Herzogs Otto des Kindes (1195 bis 1252). Denn als der Aufenthalt auf dem platten Lande durch die Kriege des Herzogs Heinrich des Löwen und durch das Faustrecht immer unsicherer geworden war, flüchteten sich die Bauern in die Städte, deren Wachsthum die Fürsten beförderten, um einen Stand zu bilden, der dem zu Empörungen sehr geneigten und mächtigen Adel das Gegengewicht halten könne, weshalb sie denn auch das Recht, die entlaufenen Leibeigenen zu vindiciren, auf Jahr und Tag beschränkten. Bei dem außerordentlich schnellen Emporkommen der Städte wurde es bald erforderlich, dieselben mit Polizei- und Verwaltungs-Gesetzen zu versehen und die ihnen ertheilten Privilegien genauer festzustellen. So entstanden die Stadt-Rechte; Braunschweig erhielt das urkundlich noch vorhandene Stadt-Recht zwischen 1227 und 1232 vom Herzoge Otto dem Kinde, Helmstedt 1217 vom Abte zu Werden und Schöningen wahrscheinlich 1372 vom Herzoge Magnus dem Aelteren; Holzminde war schon vor 1245 eine

2) Ebendas. §. 52. — Verordn. vom 26. Decbr. 1832. Nr. 41.

Stadt, denn in diesem Jahre wurde das Stadt-Recht vom Grafen Otto von Eberstein bestätigt ¹⁾.

Die Gerichtsbarkeit in den Städten übten die Magistrate aus, jedoch in einigen unter Beschränkungen in Betreff der peinlichen Jurisdiction z. B. in Wolfenbüttel und Holzminden. Der Landesfürst bestätigte die Wahl der Magistrats-Mitglieder und ließ die höchste Aufsicht über die städtische Verfassung und die Cämmerei-Güter, mit Ausnahme der Stadt Braunschweig, durch einen Schultheiß ausüben. In Braunschweig wurden die fünf Magistrate, welche für die verschiedenen Weichbilder bestanden, 1671 in Eins zusammengezogen; indeß war dieser vereinigte Magistrat ebenfalls hauptsächlich auf die Rechtspflege verwiesen und die Verwaltung des städtischen Vermögens, mit geringer Ausnahme, stand unter der Stadt-Commission, die eine Regierungs-Behörde war und späterhin der herzogl. Cammer einverleibt wurde.

Der Gang der Zeit führte den Verfall des Städtewesens herbei; daß hierzu, unter andern politischen Ursachen, der erweiterte Einfluß der Staatsgewalt auf die Verfassung und Verwaltung der Städte, der insbesondere die Verwaltung des städtischen Vermögens größten Theils auf die Staats-Behörden übertrug und der die städtischen Behörden im Wesentlichen als Staats-Diener erscheinen ließ, hauptsächlich mitgewirkt hat, dürfte nicht zu bezweifeln sein. Seit den letzten dreißig Jahren ist aber ein neues, von der Gesetzgebung begünstigtes allmähliges Fortschreiten zu einer größeren Selbstständigkeit des städtischen Lebens nicht zu verkennen ²⁾. Nachdem auf dem Landtage von 1823

1) Spittler, Geschichte des Fürstenth. Hannover Th. 1. S. 22. — Gefenius, Meierrecht Th. 1. S. 22 flg. — Schröder und Asmann, Die Stadt Braunschweig S. 8 flg. — Vergl. Mittermaier, Deutsches Privatrecht (6te Aufl.) §. 134 flg.

2) Hierzu gab den norddeutschen Staaten das Königreich Preußen durch die Städte-Ordnung von 1808 einen kräftigen Impuls. Im südlichen Deutschland befolgte man damals noch den entgegengesetzten Grundsatz und hier erhielt die städtische Verfassung erst in Folge der neuen landständischen Verfassungen größere Selbstständigkeit. Vergl. Eichhorn, Deutsche Rechtsgeschichte §. 616.

die Trennung der Administration von der Gerichtsbarkeit im Herzogthume ausgesprochen war, erhielten demgemäß auch die Städte eigene Verwaltungs-Beörden und diesem vorbereitenden Schritte folgte auf den Grund des Landes-Grundgesetzes von 1832 eine allgemeine Städte-Ordnung vom 4. Juni 1834, womit nicht nur den Städten eine lange entbehrete Selbstständigkeit zurückgegeben ist, sondern auch der bürgerliche Gemeinfinn eine kräftige Anregung erhalten hat.

Die Städte bildeten früher die dritte Curie der Landschaft; zum engern Ausschusse gehörte jedoch allein Helmstedt, zum weitem auch Braunschweig, Königslutter, Seesen und Schöningen; die übrigen Städte wurden nur zu allgemeinen Landtagen berufen mit Ausnahme der Stadt Wolfenbüttel, die als eine fürstliche Burg und nachherige Cammerstadt auf dem Landtage nicht vertreten wurde. Nach dem Landes-Grundgesetze §. 60 und 63 wählen die Städte zwölf Abgeordnete und zwar Braunschweig sechs, Wolfenbüttel einen, Helmstedt einen, Königslutter, Schöningen und Schöppenstädt gemeinschaftlich einen, Gandersheim und Seesen einen, Holzminden und Stadtholtenburg einen und Blankenburg und Hasselfelde einen.

§. 52.

B. Stadt-Gesetze.

Sichhorn, §. 374.

Die Verfassung der Städte wird theils durch die allgemeine Städte-Ordnung vom 4. Juni 1834, theils durch besondere Statuten bestimmt. Letztere beschränken sich auf Gegenstände der Stadt-Verfassung, der Verwaltung und der Polizei, und ergänzen oder bestimmen die Punkte der Städte-Ordnung näher, welche nach der ausdrücklichen Vorschrift der letztern einer solchen Ergänzung oder nähern Bestimmung bedürfen. Die auf gesetzliche Weise errichteten, von der Landes-Regierung genehmigten und von der Stadt-Beörde publicirten Statuten haben Gesetzeskraft ¹⁾.

1) Städte-Ordnung vom 4. Juni 1834. §. 1—4. — Das für jede

§. 53.

C. Stadt-Bezirke, Gemeinde-Genossen, Einwohner und Bürger.

Eichhorn, §. 375 und 376.

Zu dem Stadtbezirke gehören in der Regel alle innerhalb der Stadt, der Vorstädte und der Stadtfeldmark belegenen Grundstücke ¹⁾.

Die Gemeinde-Genossen, wozu so wenig diejenigen, welche im Stadtbezirke Grundbesitz, das Recht des Wohnsitzes daselbst aber nicht haben (Markgenossen), als diejenigen, welche sich in der Stadt aufhalten, ohne darin ein Wohnrecht zu haben (Fremde) gehören, sind entweder Bürger oder nur Einwohner. Einwohner sind alle, welche auf gesetzliche Weise das Wohnorts-Recht in der Stadt erworben und daselbst ihren Wohnsitz haben; sie nehmen an allen aus dem Gemeinde-Verbande hervorgehenden Rechten und Lasten Theil, die nicht ausschließlich den Bürgern gestattet oder auferlegt sind. Als Bürger werden allein diejenigen angesehen, welche in die Bürgerrolle aufgenommen sind und einen Bürgerchein erhalten haben, und das Bürgerrecht besteht in der Befugniß, bei der Stadtverwaltung, so wie bei der Wahl der

Stadt zu errichtende Statut sollte binnen zwei Jahren nach der Publication der Städte-Ordn. erfolgen und erst mit der Publication desselben sollten alle Bestimmungen der Städte-Ordn. in volle Wirksamkeit treten. Gesetz vom 4. Juni 1834. Nr. 6. §. 9. — Bis jetzt ist indeß allein für die Stadt Schöppenstedt ein Statut errichtet und durch die Verordn. vom 16. Juni 1842. Nr. 61 publicirt.

Diesigen statutarischen Bestimmungen einzelner Städte (insbesondere Braunschweig und Wolfenbüttel), welche das bürgerliche und das Straf-Recht betreffen und nach der Städte-Ordn. nicht in das Statut gehören, wird, insofern sie noch gültig sind, die höchste Landes-Regierung ebenfalls sammeln lassen. Schreiben des Staats-Ministerii an die Landschaft vom 20. Februar 1831. Verhandlungen der Stände-Versammlung auf dem Landtage von 1833 bis 1835. Nr. LII. Anlage I.

1) Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 5.

Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten in dem gesetzlichen Verhältnisse mitzuwirken ²⁾).

Das Recht, Bürger zu werden, hat jeder männliche Einwohner, der das 25ste Lebensjahr zurückgelegt hat ³⁾, entweder Grundeigenthum im Stadtbezirke besitzt, oder in selbstständigen Verhältnissen lebt, der Militairpflicht genügt hat ⁴⁾ und dem so wenig eine absolute als eine relative Unfähigkeit entgegensteht ⁵⁾. Absolut unfähig ist

1) derjenige, welcher wegen eines mit Zwangsarbeit oder einer härtern als dreijährigen Gefängnißstrafe, oder mit Remotion von einer öffentlichen Function bedroheten vorsätzlichen Verbrechens, oder überhaupt wegen Meineides, Diebstahls, Hehlerei, Betrugs oder Bankerotts zur gerichtlichen Untersuchung gezogen und entweder mit Strafe belegt, oder nur von der Instanz entbunden ist;

2) derjenige, welcher gerichtlich angeschuldigt ist, es versucht zu haben, auf unerlaubte Weise auf die Wahlen der Stadtverordneten, der Landtags-Abgeordneten oder der Wahlmänner eingewirkt, oder sich solchen Einwirkungen hingegeben zu haben, ohne von dieser Anschulldigung völlig freigesprochen zu sein ⁶⁾.

Relativ unfähig, Bürger zu werden, sind diejenigen,

1) welche für ihre Person oder wegen ihres Vermögens unter Curatel stehen,

2) welche durch einen übeln Lebenswandel sich die öffentliche Verachtung zugezogen haben,

3) welche sich von Lohn=Arbeiten nähren, die keine handwerksmäßige Fertigkeit erfordern, jedoch sind hier Ausnahmen zulässig, und

2) Ebendas. §. 10 flg. und 21.

3) Die Volljährigkeits=Erklärung kann hier das 25jährige Lebensalter nicht ersetzen. Schreiben des Staats=Minister. an die Landschaft vom 20. Febr. 1834. Landständ. Verhandlung von 1833—1835. Nr. LII. Anl. I.

4) Gesetz vom 23. Febr. 1837. Nr. 10. §. 37.

5) Städte=Ordn. §. 15.

6) Städte=Ordn. §. 16. — Crim. Ges. Buch §. 17.

4) welche wegen anderer, als der oben unter Nummer 1. erwähnten Verbrechen in Criminal-Untersuchung gerathen und nicht völlig frei gesprochen sind 7).

Das Bürgerrecht müssen alle dazu fähigen Einwohner erwerben, die entweder ein nicht ganz unbedeutendes Grund-Eigenthum im Stadtbezirke besitzen, oder ein einigermaßen beträchtliches Gewerbe betreiben; genauere Bestimmungen hierüber enthalten die städtischen Statuten 8). Es können aber auch Landeseinwohner, die nicht in der Stadt ihren

7) Städte-Ordn. §. 17.

8) Ebendasselbst §. 18 und 21. — Das Erschleichen des Bürger-Rechts durch falsche Angabe über persönliche oder Vermögens-Verhältnisse wird mit Gefängniß bestraft. Crim. Ges. Buch §. 114. — In Holzminden ist jeder Einwohner zur Gewinnung des Bürger-Rechts verpflichtet, welcher im Stadtbezirke ein Grundeigenthum besitzt, von welchem mehr als 1 Thlr. 6 Ggr. an öffentlichen Steuern entrichtet werden muß, oder der vermöge einer Concession oder eines Meisterbriefs Handel oder Gewerbe in solchem Umfange betreibt, daß das jährliche Einkommen hundert Thaler erreicht. Bekanntmach. des Stadt-Magistrats vom 29. Juni 1836 (Br. Anz. Nr. 159). — In Wolfenbüttel wird die Verpflichtung zum Bürgerwerden in den verschiedenen Fällen durch ein Grundeigenthum im Stadtbezirke von mindestens 400 Thlr. an Werth, durch den Betrieb eines Gewerbes als Gildemitglied, durch die Zahlung einer jährlichen Gewerbesteuer von wenigstens 2 Thlr. oder einer Land- und Gartenpacht von wenigstens 100 Thlr. bedingt. Bekanntmach. des Stadt-Magistrats vom 7. Novbr. 1838 (Br. Anz. Nr. 268). — In Schöppenstedt muß jeder Einwohner Bürger werden, der ein Gewerbe, für welches eine Gilde besteht, als Meister für eigene Rechnung betreibt, oder von einem ungünstigen Gewerbebetriebe jährlich über 1 Thlr. Gewerbesteuer entrichtet, oder aber ein Haus in der Stadt, oder mindestens fünf Morgen Land auf der Feldmark besitzt und davon an den gemeinheitlichen Vortheilen Theil nimmt und zu den gemeinheitlichen Lasten concurrirt. Statut der Stadt Schöppenstedt vom 8. März 1842. §. 2. Verordn. vom 16. Juni 1842. Nr. 61. — Für die übrigen Städte sind ähnliche statutarische Bestimmungen noch nicht veröffentlicht. — Ueber die Grundsätze, wonach früher bei Ertheilung des Bürgerrechts verfahren wurde, s. v. Liebhaber, Braunschw. Landrecht Th. 2. S. 1. — v. Selchow, Braunschw. lüneb. Privatrecht §. 173. — Pufendorf, Observ. jur. univ. T. I. Obs. 84

Wohnsitz haben, und Ausländer in die Bürgerschaft aufgenommen werden; letztere jedoch nur mit Genehmigung des Landesfürsten ⁹⁾. Jeder Bürger muß den Bürgereid leisten ¹⁰⁾.

Das Bürgerrecht geht durch den Eintritt der absoluten Unfähigkeit, dasselbe zu erwerben, verloren, so wie durch den Verlust des Wohnortsrechts in der Stadt oder durch einjährige Abwesenheit, ohne wegen der Lasten und Pflichten einen Bevollmächtigten oder Stellvertreter bestellt zu haben ¹¹⁾. Der Verlust des Bürgerrechts zieht den Verlust des Rechts, ein Grundstück in dem Stadtbezirke zu besitzen, oder ein Gewerbe daselbst zu betreiben, nicht nach sich. Das Bürgerrecht ruhet, wenn eine relative Unfähigkeit zum Bürgerwerden eintritt und wenn der Stadteinwohner den Grundbesitz im Stadtbezirke verliert, oder nicht mehr in selbstständigen Verhältnissen lebt ¹²⁾.

Das Ehrenbürger-Recht, welches denen, die sich ein besonderes Verdienst um die Stadt erworben haben, ertheilt werden kann, enthält keine städtische Verpflichtung ¹³⁾.

§. 54.

D. Rechte und Pflichten der Statgemeinden.

1) Hinsichtlich des Stadtvermögens und der Lasten.

Die Stadtgemeinden haben das Recht, ihr Vermögen, so wie die rein städtischen Angelegenheiten in dem gesetzlichen Verhältnisse (§. 49.) selbstständig zu verwalten und durch ihre Vertreter, die Stadtverordneten, bei der Verwaltung aller Gemeinde-Angelegenheiten, insbesondere bei denen, welche

9) Ebendas. §. 19. — Es bedarf aber auch zu der Aufnahme eines Ausländers in die Stadt in dem Falle, daß derselbe das Bürgerrecht nicht gewinnen will, der höchsten Genehmigung. Minister. Rescr. vom 4. Juli 1834. — Vergl. §. 44.

10) Ebendas. §. 21.

11) Nach älterem Rechte verlor ebenfalls derjenige das Bürgerrecht, welcher Jahr und Tag nicht in der Stadt wohnte und den Bürgerseß nicht bezahlte. Pufendorf l. c. Obs. 80. §. 4 & 6.

12) Städte-Ordn. §. 92 flg.

13) Daselbst §. 27.

daß Vermögen, die Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeinde, so wie die Bewilligung der von ihr zu tragenden Lasten und Leistungen zum Gegenstande haben, mitzuwirken; ebenfalls wenn zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse, wozu auch die Abtragung vorhandener Schulden gehört, die Mittel nicht ausreichen, so wohl von ihren Mitgliedern, als auch von den Markgenossen und Fremden in der gesetzlichen Weise die erforderlichen Leistungen zu verlangen ¹⁾.

Das zur Bestreitung der Gemeinde-Ausgaben bestimmte Gemeindegut (Cämmerei-Vermögen) darf zu keinem andern Zwecke verwendet ²⁾ und es dürfen dazu die Gemeindegüter, deren Benutzung an den Besitz gewisser Grundstücke geknüpft ist, oder welche gewissen Genossenschaften gehören, nicht gezogen werden ³⁾.

Die zur Deckung des städtischen Bedürfnisses erforderlichen Geldmittel werden durch eine Communalsteuer, wozu jedes Gemeinde-Mitglied nach Verhältniß seines Einkommens beizutragen hat, aufgebracht; es kann indeß neben dieser Steuer auch noch eine besondere Abgabe auf die Grundstücke gelegt werden, wozu die Markgenossen ebenfalls beizutragen haben. Fremde sind nach einem Aufenthalte von sechs Monaten, gleich den Gemeinde-Mitgliedern, steuerpflichtig ⁴⁾. (§. 46.)

Die Gemeinde-Mitglieder sind zu allen persönlichen Leistungen, mit Ausnahme der Kunst- und handwerksmäßigen Arbeiten, welche das Bedürfniß der Gemeinde erfordert, ver-

1) Städte-Ordn. §. 30 u. flg. und 36. — Daß die Gemeinde-Mitglieder nur subsidiarisch insofern, als das Gemeinde-Vermögen zur Bestreitung der Gemeindelaften nicht ausreicht, zu Beiträgen verpflichtet sind, ist schon gemeinrechtlich. L. 5. D. De censib. (50. 15.) — L. 12. C. De operib. public. (8. 12.) — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 124. — Runde, Deutsch. Privatrecht §. 437.

2) Ebendas. §. 32. — Landes-Gr.-Gesetz §. 45.

3) Ebendas. §. 33. — Vergl. Mittermaier a. a. O. §. 128. 129 und 139.

4) Ebendas. §. 35 u. flg. — Vergl. Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 9. §. 11.

pflichtet; Markgenossen indeß nur zu solchen, welche auf dem Grundeigenthume ruhen und durch Stellvertreter beschafft werden können. Zu dieser letzten Art von Leistungen sind auch nur die selbstständigen weiblichen Individuen und die abwesenden Gemeinde-Mitglieder verbunden 5).

Befreiet von den städtischen Lasten, jedoch mit Ausnahme der indirecten, für die Stadt angeordneten Verbrauchssteuern, sind:

a) die herzoglichen Schlösser und Gärten; wegen sonstiger dinglicher Befreiungen soll das Statut Bestimmungen enthalten.

b) Mitglieder des Herzoglichen Hauses, fremde Gesandte und Militairpersonen 6) vom Hauptmanne zweiter Classe abwärts.

Wenn aber solche persönlich Befreiete entweder Bürger oder Grundbesitzer der Stadt sind, oder neben ihrem Dienst-Einkommen noch ein anderes Einkommen haben, so müssen sie insofern zu den städtischen Lasten beitragen, jedoch mit Ausnahme solcher persönlichen Leistungen, die nicht durch Stellvertreter beschafft werden dürfen. Die Stadt-Behörden haben nicht die Befugniß, persönliche oder dingliche Befreiungen von den Gemeindelaften einzuräumen 7).

2) Hinsichtlich der Gemeinde-Beamten hat die Bürgerschaft das Recht, die Stadtverordneten und durch diese die Mitglieder des Magistrats zu wählen 8). Ein solches Amt anzunehmen, ist jeder wählbare Bürger verpflichtet, der keine gesetzliche Entschuldigung für sich hat. Gesetzlich entschuldigt sind diejenigen, welche das 65ste Jahr überschritten haben,

5) Ebendas. §. 40 und 41.

6) Es macht hierbei keinen Unterschied, ob die Militairpersonen im activen Dienste stehen, oder pensionirt sind. Schreiben des Staats-Minist. vom 20. Februar 1834. Ständische Verhandl. 1833—1835. Nr. LII. Anl. I. — Auf Officiere, die nicht im hiesigen Militairdienste stehen, oder gestanden haben, findet indeß diese Befreiung überall keine Anwendung. Minist. Rescr. an die Kreis-Direction Holzminden vom 21. Novbr. 1836. ad 5.

7) Städte-Ordn. §. 44 flg.

8) Vergl. Mittermaier, a. a. D. §. 139.

durch Krankheit oder Körperschwäche zur Erfüllung der Obliegenheiten des Amtes untüchtig sind, durch Uebernahme desselben einen erheblichen Nachtheil in ihren häuslichen oder Geschäfts-Verhältnissen erleiden würden, ein städtisches Amt dieser Art die letztverflossenen drei Jahre verwaltet haben, und die, welche als practisirende Aerzte und Wundärzte fungiren. Staatsbeamte, active Militairpersonen, Geistliche und Schullehrer bedürfen zur Uebernahme eines solchen Amtes der Erlaubniß ihrer vorgesetzten Behörde; Mitglieder des Staats-Ministeriums und Kreis-Directoren sind davon völlig ausgeschlossen ⁹⁾. Dieselben Gründe, welche zur Ablehnung der Wahl zu einem solchen Amte berechtigen, geben auch das Recht, dasselbe niederzulegen ¹⁰⁾.

E. Städtische Verwaltung.

Sichhorn, §. 377 u. 378.

1. Stadtverordnete.

§. 55.

a. Zusammensetzung der Stadtverordneten.

Die Stadtverordneten werden von der Bürgerschaft durch eine doppelte Wahlhandlung erwählt, wobei, insbesondere hinsichtlich der Stimmberechtigten, der Wahlmänner und des Verfahrens selbst, mit einigen Abweichungen, dieselben Vorschriften gelten, welche bei der Wahl der städtischen Landtags-Abgeordneten zur Anwendung kommen. Für jeden Stadtverordneten wird zugleich ein Stellvertreter gewählt ¹⁾.

Die statutarisch zu bestimmende Zahl der Stadtverordneten darf nicht über 24 und nicht unter 6 betragen. Zwei Drittheile derselben müssen aus den zu Landtags-Abgeordneten wählbaren Personen, die übrigen können unter allen Bürgern, welche das 30ste Jahr überschritten haben und sich eines unbescholtenen Rufes erfreuen, gewählt werden. Die Wahl der Stadtverordneten geschieht auf 6 Jahre und

⁹⁾ Städte-Ordn. §. 48 flg.

¹⁰⁾ Ebendas. §. 53.

¹⁾ Städte-Ordn. vom 4. Juni 1831, §. 54. — Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 53.

zwar in der Art, daß alle drei Jahre die Hälfte austritt ²⁾; für die in der Zwischenzeit Ausscheidenden werden nur dann andere erwählt, wenn die zu einer Beschlußnahme erforderliche Anzahl nicht mehr vorhanden ist ³⁾.

Der Landesfürst kann die Versammlung der Stadtverordneten auflösen ⁴⁾.

§. 56.

b. Rechte und Pflichten der Stadtverordneten.

Die Stadtverordneten haben das Recht und die Verpflichtung, die Stadtgemeinde zu vertreten, und ihre ordnungsmäßigen Beschlüsse verpflichten die Gemeinde.

Sie sind berechtigt, bei der Ordnung des innern städtischen Haushalts mitzuwirken, und dürfen die zur ordnungsmäßigen Führung desselben erforderlichen Mittel nicht verweigern.

Ihre Bewilligung ist erforderlich:

1) zu dem alljährlich im Voraus aufzustellenden städtischen Haushalts-Etat;

2) zu der Aufnahme städtischer Anleihen;

3) zu der Veranlagung von Steuern und Geldbeiträgen;

4) zu Veräußerungen, Vertauschungen oder Verpfändungen städtischer Grundstücke und Gerechtsame, und zu den mit der Substanz derselben vorzunehmenden Veränderungen, oder wenn das Capital-Vermögen der Stadt zinsbar belegt oder gekündigt werden soll;

5) zu der Abschließung von Pacht- und Verdingungsverträgen, die sich über 25 Thlr. belaufen;

6) zur Anordnung von Neubauten, Reparaturen, neuen Einrichtungen oder Verbesserungen an städtischen Grundstücken, wenn die Kosten, je nach der Bestimmung des Statuts, 25 bis 100 Thlr. betragen;

2) Es soll dahin gewirkt werden, daß der Wechsel der Stadtverordneten mit dem Anfange des betreffenden Kalenderjahrs geschieht. Minist. Referr. vom 22. Juni 1838.

3) Städte-Ordn. §. 55 u. flg.

4) Dasselbst §. 58.

7) zur Erwerbung von Grundstücken und Gerechtsamen;
 8) zu Gemeinheits-Theilungen oder Ablösungen, bei welchen die Cämmerei Interessent ist;

9) zur Führung von Processen und Abschließung von Vergleichen über Güter und Gerechtsame der Stadt.

Die Stadtverordneten beaufsichtigen den städtischen Haushalt und haben die Rechnungen zu prüfen und zu untersuchen, ob die Einnahme gehörig verwandt ist ¹⁾.

Ihre Zustimmung ist auch insbesondere dann erforderlich, wenn ein die städtische Verfassung oder Verwaltung betreffendes Statut erlassen, erläutert oder aufgehoben werden soll. Mit ihrem Gutachten müssen sie gehört werden, wenn polizeiliche Reglements errichtet oder verändert werden sollen, und wenn vom Magistrat zu Erfüllung städtischer Pflichten Angelegenheiten zu fördern oder Verfügungen zu treffen sind, wobei städtische Einrichtungen geändert oder Leistungen der Stadt erforderlich gemacht werden ²⁾.

Die Stadtverordneten haben das Recht, die Einführung neuer und die Aufhebung oder Abänderung bestehender, die Verwaltung, Verfassung oder polizeilichen Reglements der Stadt betreffenden Einrichtungen in Antrag zu bringen, und gegen den Magistrat wegen Dienstvernachlässigung oder Pflichtverletzung Beschwerde zu führen, auch ein gerichtliches Verfahren zu veranlassen ³⁾.

Die Rechte der Stadtverordneten sind streng auf die ihnen durch die Städteordnung beigelegten beschränkt; insbesondere haben sie keine ausführende Gewalt, dürfen keine Bittschriften annehmen, mit keiner andern Behörde, als dem Stadt-Magistrate, ausgenommen bei einer Beschwerdeführung, in Geschäftsverbindung treten und keine Bekanntmachungen erlassen ⁴⁾.

1) Städte-Ordn. vom 4. Juni 1831 §. 59 u. flg. — Vergl. Mittermaier, Deutsches Privatrecht (6te Aufl.) §. 126 und 139.

2) Daselbst §. 64 und 65.

3) Ebenbas. §. 66 und 67.

4) Ebenbas. §. 68.

§. 57.

c. Verhandlungen der Stadtverordneten.

Die Stadtverordneten wählen nach jeder neuen allgemeinen Wahl aus ihrer Mitte einen Vorsteher und einen Protocollführer und deren Stellvertreter durch absolute Stimmenmehrheit. Der Vorsteher ladet die Versammlung ein, leitet die Berathung, läßt die Beschlüsse abfassen und unterzeichnet solche. Von allen Versammlungen muß dem Magistrat Anzeige gemacht werden, und nur wenn Beschwerden gegen den Magistrat erhoben oder selbstständige Anträge berathen werden sollen, dürfen sich die Stadtverordneten ohne Vorwissen desselben versammeln 1).

Zur Gültigkeit eines Beschlusses der Stadtverordneten ist erforderlich, daß sie sämmtlich ordnungsmäßig eingeladen, zwei Dritttheile derselben anwesend sind und der Beschluß sich auf Stimmenmehrheit gründet. Bei gleicher Stimmenzahl giebt der Vorsitzende den Ausschlag 2).

In allen Fällen, wo die Bewilligung oder Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich ist, kann der Magistrat Anträge, die von denselben abgelehnt sind, nicht in Ausführung bringen. Wenn indeß der Magistrat dafür hält, daß eine solche Ablehnung dem Gemeinwohl schädlich sei, so hat die Kreis-Direction eine Ausgleichung zu versuchen und erforderlichen Falls die Landes-Regierung zu entscheiden 3).

Die Beschlüsse, welche die Stadtverordneten vermöge des Rechts der Beschwerdeführung oder der Beaufsichtigung des städtischen Haushalts fassen, kann zwar der Magistrat nicht hemmen, indeß kann er verlangen, daß dieselben nochmals berathen werden, und erforderlichen Falls die Vermittelung der Kreis-Direction oder die Entscheidung der Landes-Regierung veranlassen 4).

Wenn der Magistrat in den Fällen, wo er das Gutachten der Stadtverordneten zu hören hat, oder wo von dies-

1) Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 70 flg.

2) Ebendas. §. 69.

3) Ebendas. §. 73.

4) Ebendas. §. 74.

fen Anträge gemacht werden, auf ihre Ansicht nicht eingeht, so hat er dieselben mit Gründen zu beschneiden.

Die Stadtverordneten haben alsdann ebenfalls die Befugniß, den Versuch einer Vermittelung durch die Kreis-Direction, eventuell die Entscheidung der Landes-Regierung zu beantragen ⁵⁾.

Urkunden, welche für die Stadtgemeinde verbindlich sein sollen, müssen vom Magistrate ausgestellt, auch muß denselben die Genehmigung der Stadtverordneten oder erforderlichen Falls die der Landes-Regierung beigelegt werden ⁶⁾.

B. Magistrat.

§. 58.

a. Magistratswahl.

Der Magistrat muß mindestens aus drei Mitgliedern bestehen und von diesen muß der Vorsitzende besoldet werden. Zum Magistrats-Mitgliede wählbar ist jeder Landeseinwohner, der die Fähigkeit besitzt, Bürger zu werden und mit keinem andern Magistrats-Mitgliede in den drei ersten Graden verwandt oder verschwägert ist ¹⁾.

Binnen 14 Tagen nach einer eingetretenen Vacanz wählen die Stadtverordneten aus ihrer Mitte zwei oder drei Personen, welche in Gemeinschaft mit dem ersten Magistrats-Mitgliede drei zu der erledigten Magistrats-Stelle qualifizierte Personen auswählen. Wenn vom Magistrate gegen diese Personen nichts zu erinnern gefunden ist, oder wenn dieselben im entgegengesetzten Falle von der Stadtverordneten-Versammlung durch absolute Stimmenmehrheit für zulässig angenommen sind, so wählen die Magistrats-Mitglieder und die Stadtverordneten unter denselben durch absolute Stimmenmehrheit ²⁾. Der Erwählte bedarf der landesfürstlichen Bestätigung ³⁾. Die besoldeten Magi-

5) Ebenbas. §. 75.

6) Ebenbas. §. 76 und 77.

1) Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 78 u. flg.

2) Ebenbas. §. 82 u. flg.

3) Ebenbas. §. 87. — Land. Gr. Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 53.
— Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 126.

strats-Mitglieder werden auf Lebenszeit, die unbefoldeten auf drei Jahre gewählt; sie müssen das Bürgerrecht gewinnen und den Amtseid leisten ⁴⁾.

§. 59.

b. Obliegenheiten und Geschäftsführung des Magistrats.

Hinsichtlich der allgemeinen Pflichten, der Verantwortlichkeit, der Amtsverschwiegenheit, findet das Staatsdienstgesetz ¹⁾ auf die Magistrats-Mitglieder Anwendung, indeß haben dieselben noch die besondere Verpflichtung, bei Verfügungen der obern Behörden, wenn dadurch die verfassungsmäßige Selbstständigkeit der Verwaltung und Verwendung des Gemeinde-Vermögens verletzt ist, die verfassungsmäßigen Mittel zur Hebung der Verletzung anzuwenden ²⁾.

Die Oberaufsicht über die Dienstführung der städtischen Beamten steht der Landes-Regierung zu; Ordnungs- und Disciplinarstrafen werden gegen sie nach dem Staatsdienstgesetze ³⁾ verfügt, dessen Bestimmungen über Suspension, Stellung vor Gericht und Auflösung des Dienstverbandes ⁴⁾ ebenfalls auf die Magistrats-Mitglieder, indeß mit einigen Modificationen Anwendung finden ⁵⁾.

Der Magistrat ist der Stadt als deren Obrigkeit vorgelegt; er hat die städtischen Gemeinde-Angelegenheiten zu verwalten, als Organ der Staatsgewalt die Aufträge, die ihm in Landes-Angelegenheiten ertheilt werden, zu vollziehen und den Requisitionen der Staats-Behörden Folge zu leisten. Da der Magistrat die gesammte Stadtverwaltung führt, so sind ihm nicht nur die einzelnen Gemeinde-Mitglieder, sondern auch die übrigen städtischen Behörden, Corporationen und Stiftungen unterworfen. Er beruft die Stadtverordneten-Versammlung und ist befugt, zur Erörterung der

4) Ebendas. §. 88 und 89.

1) Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 25. §. 21—24 und 26.

2) Städte-Ordn. vom 4. Juni 1834. §. 92. — Land. Gr. Ges. v. 12. Octbr. 1832. §. 114 und 197.

3) Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 25. §. 34—39.

4) Ebendas. §. 41 bis 64.

5) Städte-Ordn. §. 94 flg.

zu beratenden Gegenstände Deputirte in die Versammlung zu senden. Als Organ der Staatsgewalt und bei Ausführung der in Landes-Angelegenheiten erhaltenen Aufträge handelt der Magistrat unabhängig von den Stadtverordneten ⁶⁾. Es hängt von dem Ermessen der Landes-Regierung ab, ob sie die Polizei dem Magistrate ⁷⁾ oder nur dem Bürgermeister, oder einer abgesonderten Behörde ⁸⁾ übertragen will. Wo die Polizei dem Bürgermeister übertragen ist, wird dieselbe von diesem ohne Mitwirkung der übrigen Magistrats-Mitglieder besorgt, wie denn auch der Vorsitzende des Magistrats allein an den Verhandlungen der Kirchen-Visitatoren, insoweit diesen die Leitung des Schulwesens übertragen ist, Theil nimmt ⁹⁾.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei den öffentlichen Verhandlungen, zur Ausführung ordnungsmäßig getroffener Anordnungen und zum Schutze der Amtswürde darf der Magistrat Zwangsmittel bis zu drei Thaler und vier und zwanzigshündiger Haft anwenden ¹⁰⁾.

Einzelne Abtheilungen der Gemeinde-Verwaltung und einzelne Geschäftszweige können Deputationen übertragen werden, die der Magistrat anordnet und beaufsichtigt. Ihre Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt und dürfen nur nach vorgängiger Genehmigung des Magistrats in Ausführung gebracht werden ¹¹⁾.

Der Magistrat betreibt die städtischen Verwaltungsgeschäfte collegialisch; bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die des Vorsitzenden, welcher zugleich die Aufsicht und Leitung des Geschäftsganges hat ¹²⁾.

6) Ebenbas. §. 98 flg.

7) Gemeinrechtlich steht die Ortspolizei der Stadt zu und wird vom Magistrate ausgeübt. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 139.

8) Dies ist der Fall in Braunschweig und Wolfenbüttel, wo besondere herzogl. Polizei-Directionen bestehen.

9) Städte-Ordn. §. 101. 116 und 121.

10) Ebenbas. §. 102.

11) Ebenbas. §. 103 u. flg.

12) Ebenbas. §. 107 und 108.

§. 60.

3. Hülfss- und Unterbeamte.

Unter den Hülfssbeamten oder den Magistrats-Mitgliedern muß ein Cämmerer sein, welchem die Rechnungsführung über die Einnahme und Ausgabe des Gemeinde-Vermögens und zugleich die Erhebung der Landessteuern, Brandcassen- und Schulgelder obliegt.

Die Hülfss- und Unterbeamten werden von den Stadtverordneten aus zwei oder drei von dem Magistrate präsentirten Subjecten gewählt. Die Anstellung kann auf Kündigung geschehen.

Die Disciplinar-Behörde für die Hülfss- und Unterbeamten ist der Magistrat; das Staatsdienstgesetz findet auf sie gleichfalls Anwendung ¹⁾.

§. 61.

4. Verhältniß der Stadt-Behörden zu der Landes-Regierung und den Landes-Behörden.

Die Oberaufsicht auf die Einrichtung und Verwaltung der städtischen Gemeinwesen, so wie alle Hoheits- und Regierungs-Rechte stehen dem Landesfürsten zu, welcher diese Rechte durch die dazu bestellten Behörden ausübt ¹⁾.

Die Aufsicht der Kreis-Directionen auf die städtische Verwaltung beschränkt sich darauf, daß dieselbe den bestehenden Gesetzen gemäß geschieht, insbesondere daß das Gemeinde-Vermögen erhalten, das Einkommen davon zu Gemeindefwecken verwandt und bei Vertheilung der Gemeinde-Abgaben nach gleichmäßigen Grundsätzen verfahren wird. Es kann indeß ein Beschluß der Stadt-Behörden von der Kreis-Direction nur suspendirt und allein von der Landes-Regierung abgeändert werden, wie denn letztere ausschließlich auch auf Beschwerden Einzelner gegen Verfügungen des Stadt-Magistrats in städtischen Verwaltungssachen Entscheidung abgibt. Der Kreis-Direction steht in den überhaupt

1) Städte-Ordn. vom 4. Jun. 1834. §. 113.

1) Ebenbas. §. 109 flg.

zu ihrem Ressort gehörigen Sachen eine Entscheidung nur dann zu, wenn diese von dem Magistrate oder einem Mitgliede desselben nicht als städtischer Verwaltungs- Behörde, sondern als Organ der Staatsgewalt besorgt werden ²⁾).

Die landesfürstliche Genehmigung ist erforderlich: wenn Statuten errichtet, erklärt, abgeändert oder aufgehoben werden sollen; zur freiwilligen Veräußerung ³⁾ oder Theilung städtischer Grundstücke oder Gerechtsame; zur Veräußerung von wissenschaftlichen und Kunst- Sammlungen und zu Veränderungen mit den städtischen Archiven, zur Aufnahme von Anleihen, so wie zur Kündigung und Ausleihung von Capitalien, sofern dieselben nicht beim Leihhause belegt oder zum Ankaufe von Landes- und Cammer- Obligationen verwandt werden; zum Ankaufe von Grundstücken; zur Einführung von Gemeinde- Auflagen und zu deren Veranlagung; zu der Einrichtung der Haushalts- Etats, des Cassen- und Rechnungswesens ⁴⁾.

Das Finanz- Collegium hat die Revision sämmtlicher Rechnungen über den städtischen Haushalt ⁵⁾.

5. Dorfgemeinden.

Giechhorn, §. 379 u. 380.

§. 62.

A. Gemeinde- Verwaltung.

Die Verwaltung des Gemeinde- Vermögens und die Ausübung der Local- Polizei geschieht in den Landgemeinden durch Ortsvorsteher, in altbraunschweigischer Zeit Bauermeister oder Schulzen genannt, an die, in ihrer Qualität

2) Ebenbas. §. 114 flg. — Vergl. Land.- Gr. Ges. §. 46. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 125.

3) Durch dieses Veräußerungs- Verbot ist die gemeinrechtliche Controverse, ob unbewegliche Sachen der Städte von der ordentlichen Verjährung ausgeschlossen sind, bejahend entschieden. Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 4. Nr. 5 — Unterholzner, Von der Verjährung §. 70. Nr. 2.

4) Städte- Ordn. §. 119.

5) Daselbst §. 120.

als öffentliche Beamte, von den Staats-Behörden nicht unbedeutende Anforderungen gemacht werden, die mit ihren eigentlichen Dienstfunctionen in mehr oder weniger naher Verbindung stehen ¹⁾).

Die Landgemeinden haben das Recht, ihre Ortsvorsteher zu wählen ²⁾, deren Amt früher in einzelnen Gemein-

- 1) Landesf. Circul. Rescr. vom 30. Novbr. 1804. Promt. I. 73. — Verordn. vom 19. Febr. 1814. Nr. 35. §. 9. — Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 9. §. 16. — Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 46. — Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 132. — Die regelmäßigen Anforderungen der Staats-Behörden an die Gemeinde-Verwaltungsbeamte sind etwa folgende: Aufstellung der Rollen zur Erhebung der Grundsteuer, Personalsteuer und Gewerbesteuer; Erhebung sämtlicher directen Steuern und monatliche Ablieferung derselben an die Kreiscasse (Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 9. §. 16); Erhebung der Brandversicherungs-Beiträge (Gesetz vom 24. Juli 1837. Nr. 35. §. 30); Verwaltung der Schulgeldcasse (Gesetz vom 23. April 1840. Nr. 11. §. 9); Aufnahme der Viehregister (Landesf. Circul. Rescript vom 28. Juli 1827. Nr. 20); Hülfsleistung bei Beschreibung des Schaafschazes (Verordn. vom 5. Juli 1824. Nr. 14. — Bekanntmachung des Steuer-Colleg. vom 20. April 1833. Braunschw. Anz. Nr. 96); Berichtigung der Ortslisten und sonstige Besorgungen behuf der Militair-Aushebung (Gesetz vom 23. Febr. 1837. Nr. 10); Beistandleistung bei Beschlagnahmen, Verhaftungen und Visitationen, und Anzeigen der vorfallenden Verbrechen und Vergehen (Rescr. des Geh. Raths-Colleg. vom 12. Juni 1827. Bege I. 333); Anfertigung der Seelenlisten (Verordn. vom 6. Februar 1836. Nr. 6. §. 11); Erhebung und Ablieferung der Forstbesoldungs-Beiträge (Gesetz vom 16. Octbr. 1834. Nr. 12. §. 9), so wie der Hauer- und Rükterlöhne (Gammer-Rescr. vom 18. Octb. 1817. Bege I. 67); Besorgungen verschiedener Art behuf der Wegebetterungen (Wege-Ordn. v. 11. Mai 1840. Nr. 25); Beihülfe zur Ausführung der zur Vertilgung und Abwendung der Wucherblume angeordneten Maßregeln (Verordn. vom 26. Octbr. 1829. Nr. 9); Mitverwaltung der Armenkasse (Gammer-Rescr. vom 9. April 1818. Bege I. 4); Auskunftertheilung und Begutachtung bei Domicilverhältnissen, Gesuchen um Verleihung von Concessionen, Unterstützungen aus öffentlichen Cassen u., so wie in allen ähnlichen Fällen, wo die Aemter einer Aufklärung örtlicher Verhältnisse bedürfen u. u.

- 2) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 55. — In älterer

den von Jahr zu Jahr unter sämmtlichen Gemeinde-Mitgliedern wechselte, indeß jetzt in der Regel lebenslänglich währt. Die Wahl geschieht in der Art, daß von Seiten der Gemeinde drei Subjecte aus sämmtlichen Gemeinde-Mitgliedern dem Amte zur Auswahl präsentirt werden, welches darunter, und zwar an den Orten, wo Ritter-, Cammer- oder Klostergüter im Gemeinde-Verbande stehen, gemeinschaftlich mit den Besitzern resp. Pächtern derselben wählt 3). Im Falle die Ansichten des Amts und des Besitzers oder des Pächters des Guts über die Wahl verschieden sind, so entscheidet die Kreis-Direction 4). Die Wahl bedarf der Bestätigung von Seiten der Regierungs-Behörde 5). Die Ortsvorsteher können nach vorgängiger Untersuchung auf den Antrag des Amts von der Kreis-Direction ihres Dienstes entlassen werden 6).

Den Ortsvorstehern sind in einigen Gemeinden Gehülfen beigelegt, die auf eben die Weise, wie die Ortsvorsteher selbst, gewählt werden und diese in Behinderungsfällen vertreten 7). Außerdem stehen den Ortsvorstehern in allen Ge-

Zeit geschah die Wahl und Bestellung der Bauernmeister oder Schutzen lediglich durch die Obrigkeit, welche über den betreffenden Ort die bürgerliche Gerichtsbarkeit ausübte. Frederdsdorf, Anweisung für Just. Beamte Th. 3. S. 449. §. 2.

- 3) Früher nahmen diese nur dann Theil an der Wahl, wenn sie Polizeibeamte waren. Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 7. §. 10 und Nr. 9. §. 14.
- 4) Verordn. vom 19. Febr. 1814. Nr. 35. §. 6. — Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 9. §. 14. — Minist. Rescr. vom 16. März 1842. — Daß diese Art der Wahl, auch nachdem die Bestimmung des §. 56 des Landes-Grundgesetzes vom 12. Octbr. 1832 erfolgt ist (S. oben), so lange bis die im §. 55 des Landes-Grundgesetzes verheißene Gemeinde-Ordnung publicirt sein wird, beibehalten werden soll, ist in einem Minist. Rescr. vom 3. Octbr. 1833 ausdrücklich vorgeschrieben.
- 5) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 55.
- 6) Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 9. §. 15.
- 7) Landesf. Rescr. v. 5. Juli 1819. Bege I. 101. — Minist. Rescr. v. 15. Decbr. 1829. Bege II. 123. — In altbraunschw. Zeit wurden zwei Vorsteher in jeder Gemeinde angestellt, unter denen die Ge-

meinden zwei oder drei Ortsgeschworne zur Seite, welche von der Gemeinde gewählt werden und mit dem Ortsvorsteher alle Gemeinde-Angelegenheiten zu berathen haben, insofern nicht bei wichtigen Gegenständen, den Rath der versammelten Gemeinde zu vernehmen, erforderlich erachtet wird; sie besorgen zugleich in dem Falle, daß ein besonderer Ortsvorsteher-Gehülfe nicht angestellt ist, die Geschäfte des Ortsvorstehers in Behinderung desselben und assistiren ihn bei Ausübung der Polizei ⁸⁾ In größeren Gemeinden ist mit der Gemeinde-Rechnungsführung und der Erhebung der öffentlichen Steuern ein besonderer Ortserheber beauftragt; in kleineren Gemeinden gehören diese Geschäfte zu den Obliegenheiten der Ortsvorsteher ⁹⁾.

Von der Verwaltung des Gemeinde-Vermögens legt der Ortsvorsteher oder der Ortserheber, wo ein solcher angestellt ist, der Gemeinde alljährlich Rechnung ab. Die Rechnungs-Abnahme geschieht von den Aemtern und unter Aufsicht der Kreis-Directionen ¹⁰⁾.

Die Ortsvorsteher erhalten eine feste, in Gelde oder auch wohl in Natural-Emolumenten bestehende Vergütung, die nach Maßgabe des Gemeinde-Vermögens und der Größe der ihnen obliegenden Geschäfte bestimmt wird. Wenn die

schäfte auf die Art getheilt waren, daß der Eine die Polizei und der Andere die Verwaltung der Gemeindegüter, Repartition der Gemeindefasten u. zu besorgen hatte. S. Landesf. Rescr. vom 16. März 1815. Bege II. 103.

8) Verordn. vom 19. Febr. 1814. Nr. 35. §. 7. — Landfch. Ordn. vom 12. Octbr. 1832. §. 55. — Insbesondere ist den Ortsvorstehern-Gehülfen und den Ortsgeschwornen im §. 44 der Feuer-Ordn. für die Landgemeinden vom 15. Octbr. 1832 zur Pflicht gemacht, die genaue Befolgung der feuerpolizeilichen Anordnungen neben den Ortsvorstehern zu beaufsichtigen.

9) Vergl. Note 1.

10) Verordn. vom 19. Februar 1814. Nr. 35. §. 2 und 7. — Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 27. §. 7. Nr. 6. — Den Besitzern resp. Pächtern der im Gemeindeverbande stehenden Ritter-, Cammer- und Klostergüter sind die Rechnungen auf deren Verlangen vor oder nach der Abnahme mitzutheilen. Minist. Rescr. vom 16. März 1842.

von der Gemeinde auszufehende Vergütung unzureichend erscheint und eine desfallsige Vorstellung von Seiten des betreffenden Amtes ohne Erfolg bleibt, so bestimmt der Landesfürst den Betrag derselben ¹¹⁾.

§. 63.

b. Gemeinde-Vorteile und Lasten.

Die Theilnahme an den Gemeinde- oder sogenannten Nachbar-Rechten, so wie die Verbindlichkeit, zu den Gemeinde-Lasten beizutragen, wird durch den engern und weitern Gemeinde-Verband bestimmt ¹⁾.

Im engern Verbande stehen nur die Reihewohner, d. h. diejenigen Gemeinde-Mitglieder, welche einen zum Ackerbaue und zur Viehzucht bestimmten Bauerhof besitzen, und zwar zunächst nur die Ackerleute, Halbspänner und Kothsassen; sie nehmen an allen Gemeinde-Vorteilen und Einkünften Theil und tragen daher auch zu allen Gemeinde-Lasten bei, und zwar beides zunächst im Verhältniß ihres Grundeigenthums ²⁾.

In wie weit die neuen Anbauer, so wie auch die Brinkfiker, welche ursprünglich gleichfalls Anbauer waren, an den Gemeinde-Vorteilen, insbesondere an der Gemeinde-Hude und Weide participiren und zu den entsprechenden Lasten beizutragen haben, beruhet entweder auf einem ausdrücklichen

11) Landesf. Circul. Rescr. vom 30. Novbr. 1804. Promt. I. 73. — Verordn. vom 19. Febr. 1814. Nr. 35. §. 6. — Landesf. Rescr. vom 5. Juli 1819. Wege I. 101. — Cammer-Rescr. vom 11. April 1825. Wege I. 103. — Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 9. §. 17.

1) Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 123. — Hinsichtlich der Gemeindelasten gilt der allgemeine Grundsatz, daß jedes Gemeindemitglied in eben dem Verhältnisse, in welchem dasselbe Vortheile genießt, auch die Nachtheile zu tragen hat. Vergl. Scholz, Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht Th. 1. Nr. V. §. 5. — Mittermaier, a. a. D. §. 124. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 95. (III. 8.)

2) Landesf. Rescr. vom 22. Juli 1773. Promt. I. 376. — Gesenius, Meierrecht Th. 2. S. 51 flg. — Scholz, a. a. D. §. 4. — Pa-gemann, Landwirthschaftsrecht §. 95. Note 2.

oder einem stillschweigenden Vertrage zwischen dem neuen Anbauer und der Gemeinde. Das Gesetz schreibt die Errichtung solcher Contracte, und zwar ehe der neue Anbau zur Ausführung kommt, vor und bestimmt, daß die Anbauer, wenn sie zu allen Reihewerken in der Gemeinde concurriren, eine Kuh und ein Schwein frei sollen auf die Gemeinde-Weide treiben dürfen ³⁾. Zu den Gemeinde-Holz- und Grastheilungen sind die Anbauer im Zweifel nicht berechtigt ⁴⁾.

Im weitem Gemeinde-Verbande stehen, außer den Reihewohnern, alle in der Gemeinde in selbstständigen Lebens- und Berufs-Verhältnissen wohnenden Individuen ⁵⁾. Diejenigen Gemeinde-Einwohner, welche allein im weitem Gemeinde-Verbande stehen, haben keinen Antheil an den Gemeinde-Emolumenten und können deshalb auch zu denjenigen Gemeinde-Leistungen nicht herangezogen werden, welche entweder zur Erhaltung und Verbesserung der von den übrigen Gemeinde-Mitgliedern ausschließlich genutzten Gemeinde-Güter erforderlich sind, oder überhaupt nur eine Beziehung auf den engern Gemeinde-Verband haben. Dagegen sind alle Einwohner ohne Rücksicht auf den engern oder weitem Gemeinde-Verband verpflichtet, zu den Lasten beizutragen, wel-

3) Verordn. vom 9. März 1780. — Declarat. vom 3. August 1780. Promt. II. 491. — Cammer-Rescr. vom 18. April 1828. Wege II. 241. — Die obige Vorschrift in Betreff der Theilnahme der Anbauer an der Gemeindeweide erfolgte in einer Zeit, wo den neuen Anbauern von der Landesregierung mehrfache Begünstigungen zugestanden waren. Späterhin ist man von dem Principe, das Anbauen auf dem Lande zu befördern, zurückgekommen (Vergl. Promt. I. 65. s. v. Baudoueurs), weshalb denn die in Frage stehende Vorschrift nicht genau mehr beachtet wird und die neuen Anbauer in den mit den Gemeinden errichteten Contracten nicht selten von jeder Theilnahme an der Gemeindeweide ausgeschlossen werden.

4) Landesf. Ausschr. vom 24. Januar 1755. Promt. I. 20.

5) Insbesondere gehören auch die Rittergüter dem Communaerverbande im weitem Sinne des Worts an (Resolution des Staats-Minist. für mehrere Mitglieder der Ritterschaft vom 16. März 1842), und dasselbe ist wegen des gleichen Grundes auch mit den Cammer- und Klostergütern der Fall.

die solche kirchliche, polizeiliche oder sonstige Einrichtungen und Anstalten, die zum Vortheile des Gemeindefenss oder zum Zwecke der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gereichen, betreffen. Dahin gehören insbesondere: die Parochiallasten, die Besoldung der Gemeinde-Beamten und Diener, die Leistung der Wachen oder Besoldung der Tag- und Nachtwächter, die Anschaffung und Erhaltung der Feuerlöschungs-Geräthschaften, die Wegeverbesserungen, die Kosten der Gesundheitspolizei, der Transport der in Gemeinde-Angelegenheiten erlassenen schriftlichen Verfügungen, die von Polizei wegen nöthig erachtete Hülfsleistung in besonderen Nothfällen u. s. w. ⁶⁾

Zu den Gemeinde-Ausgaben, die der engere Gemeinde-Verband erfordert, sollen zunächst die Aufkünfte des Gemeinde-Vermögens ⁷⁾ verwandt werden ⁸⁾; für den Fall aber, daß letztere dazu nicht hinreichen und hinsichtlich der Repartition solcher Ausgaben keine rechtsbeständige Observanz besteht, schreibt das Gesetz die Aufbringung derselben nach dem Fuße der Contribution vor ⁹⁾. Auf welche Weise diejenigen Gemeindefasten, welche sämtliche Gemeinde-Mitglieder, also auch die nur im weitem Gemeinde-Verbande stehenden, zu tragen haben, repartirt werden sollen, bestimmt das Gesetz nur für einzelne Fälle ¹⁰⁾, so daß die Vertheilungsart

6) Landesf. Rescr. v. 7. Juni 1827. Wege I. 105. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Th. 4. Nr. 19 u. Th. 6. Nr. 47.

7) Daß hierunter auch schon in älterer Zeit allein das *patrimonium universitatis* (Hagemann, a. a. O. §. 95. — Scholz, a. a. O. §. 3) verstanden wurde, geht aus dem Landesf. Rescr. an die Justiz-Canzlei vom 31. Mai 1781. Promt. II. 186 hervor.

8) Verordn. vom 13. August 1750. Promt. I. 21. — Land. Gr. Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 46.

9) Verordn. vom 27. Octbr. 1750. — Landesf. Rescr. vom 31. Mai 1781. Promt. II. 186. — Der gemeinrechtliche Grundsatz, daß zu außerordentlichen Anlagen behuf der Bestreitung der Gemeinde-Kosten die obrigkeitliche Erlaubniß erforderlich ist (Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 96), kommt auch in den hiesigen Landen in Anwendung. Vergl. Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 46. — Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 27. §. 7. Nr. 6.

10) z. B. die Kosten der Feuerlösch. Geräthe sollen nach den Brand-

derselben gewöhnlich im administrativen Wege unter Berücksichtigung der besonderen Localverhältnisse festgestellt werden muß ¹¹⁾.

versicherungssummen (Feuerordn. vom 15. Octbr. 1832. §. 55) und die baare Remuneration der Ortsvorsteher da, wo nicht ein Anderes hergebracht oder ausgemacht ist, nach dem combinirten Fuße der Contribution und Personalsteuer vertheilt werden. (Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 9. §. 18.) Die durch die Heizung der Schulstuben entstehenden Kosten sind im Zweifel nach dem Fuße der Personalsteuer aufzubringen (Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 16. §. 4). Ueber die Repartition der Wegeverbesserungskosten enthält die Wegeordnung vom 11. Mai 1840 specielle Vorschriften.

- 11) In den meisten Gemeinden werden dergleichen Ausgaben jetzt nach dem combinirten Fuße der Contribution und der Personalsteuer aufgebracht, der in den gewöhnlichen Fällen einen ziemlich sichern Maßstab für die Steuerkräfte der Gemeindegemeinschaften und für deren Theilnahme an den Gemeinde-Instituten bietet. — Bei Feststellung des Theilnahme-Verhältnisses der im Communalverbande befindlichen Ritter-, Cammer- und Klostersgüter an den Gemeindefürsorgekosten sind in neuester Zeit folgende Grundsätze beobachtet: 1) Die Kosten der Gemeindeverwaltung im Allgemeinen (Gehalte der Gemeinde-Beamten etc.). Zunächst wird für die Verwaltung des Vermögens der Gemeinde im engeren Sinne von den Kosten ein entsprechender Theil abgesetzt und sodann bei der Repartition der übrigen Kosten der Grundbesitz an Gärten, Wiesen und Aeckern zur Basis genommen, und zwar die Gemeinde zu 1 und die Güter zu $\frac{1}{4}$, also erstere zu $\frac{4}{5}$ und letztere zu $\frac{1}{5}$ (Vergl. Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 9. §. 19. — Cammer-Rescr. vom 11. April 1825. Wege I. 103.). 2) Die Kosten verschiedener polizeilicher Einrichtungen, als: a) Lohn der Tag- und Nachtwächter. Die Repartition geschieht wie bei den Gemeindeverwaltungs-Kosten. b) Zum Lohne des Feldhüters werden die Güter nach Verhältniß des Grundbesitzes, und c) zu den Kosten der Medicinalpolizei und zwar in Bezug auf die Einwohner nach dem Fuße der Personalsteuer (ohne indeß die Steuerbeträge von den eigentlichen Dienstboten in Ansatz zu bringen), und in Rücksicht auf das Vieh, wenn die Güter mit der Gemeinde koppeln, nach der Stückzahl der betreffenden Viehgattung herangezogen. d) Zu den Kosten der Feuerlöschungs-Geräthe tragen die Güter, vorausgesetzt, daß sie keine eigene Löscharparate unterhalten, in der oben (Note 10) bemerkten Art bei. 3) Hinsichtlich der Beiträge zur Armenpflege wird nach den Bestimmungen des Cammer-Rescripts vom 6. Octbr. 1830. Wege II. 40. verfahren.

§. 64.

C. Gemeinde-Vermögen.

An dem Gemeinde-Vermögen steht der Gemeinde selbst, als moralischer Person, und nicht den einzelnen Gemeinde-Mitgliedern das Eigenthum zu, ohne Unterschied, ob das Vermögen zum Besten der ganzen Gemeinde benutzt wird (Gemeinde-Sondergut — *patrimonium universitatis*), oder ob nur einzelne Gemeinde-Mitglieder ¹⁾ ein ausschließliches Recht auf die Benutzung haben (Gemeinde-Nutzungsgut — *res universitatis*) ²⁾.

Die Verwaltung des Gemeinde-Vermögens geschieht durch die Ortsvorsteher, indeß sollen bei Verpachtung, Ver-

4) Die baaren Kosten der Bauten an Kirchen und Pfarrgebäuden werden zu zwei Drittel nach dem Grundbesitze mit Berücksichtigung der im §. 21. Nr. 2 und 3 der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 enthaltenen Vorschriften aufgebracht, und ein Drittel wird auf sämtliche eingepfarrte Einwohner nach Verhältniß ihres muthmaßlichen Vermögens repartirt. Spann- und Handdienste werden von den Gütern nur da in Anspruch genommen, wo solches besonders hergebracht ist. Bei andern Parochiallasten wird, erforderlichen Falls mit Modificationen, in eben dieser Art verfahren.

5) Der Beitrag zu den Kosten der Bauten an Schulhäusern wird nach Verhältniß der Zahl der Familien, welche nach dem Umfange des Guts zu dessen Bewirthschaftung erforderlich ist, zu der Zahl der Familien der Gemeinde festgestellt, und es wird dabei auf die Familie des Gutsbesizers oder Pächters nicht Rücksicht genommen. Wenn der Schullehrer zugleich Opfermann ist und das Schulhaus zu dessen Wohnung dient, so hat das Gut auch in dieser Hinsicht eine angemessene Beitragsquote zu geben.

- 1) Das einzelnen Classen der Gemeindegossen zustehende Vermögen ist überhaupt kein Gemeindegut, weshalb darauf die über die Verwaltung des Gemeinde-Vermögens bestehenden gesetzlichen Bestimmungen Anwendung nicht finden können. Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 128.
- 2) Eichhorn, §. 372. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 95. — Mittermaier, a. a. O. §. 128. — Scholz, Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht Th. 1. Nr. V. §. 3. — L. 6. §. 1. D. De divis. rerum (I. 8.). — L. 7. §. 1 & 2. D. Quod cujusq. univ. nom. (3. 4.) — Ueber die ältere Ansicht s. v. Seichow, Br. Lüneb. Privatrecht §. 317 flg.

äußerung, Vertauschung oder Erwerbung unbeweglicher Gemeinde-Güter und bei Anleihen für die Gemeinde auch die Ortsgeschwornen und nöthigen Falls die versammelte Gemeinde befragt werden ³⁾. Veränderungen mit unbeweglichen Gütern der Gemeinde oder Aufnahmen von Anleihen durch dieselbe, so wie auch Kündigungen und Erhebungen von Hypothek-Capitalien, welche von Gemeinden ausgeliehen sind, bedürfen außerdem auch der Genehmigung des Staats-Ministeriums ⁴⁾. In der Regel sollen alle Verpachtungen von Gemeinde-Grundstücken und Gerechtigkeiten am Siege des Amts vorgenommen werden ⁵⁾.

Ueber das gesammte Gemeinde-Vermögen sollen Ver-

-
- 3) Unter welchen Umständen die Vernehmung der ganzen Gemeinde nothwendig sein soll, bestimmt das Gesetz nicht. — Ueber die Verbindlichkeit und Gültigkeit der Gemeindebeschlüsse s. Mittermaier, a. a. D. §. 127. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Th. 3. Nr. 25 und Th. 6. Nr. 6. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 7 (Note von Spangenberg). — Hagemann, a. a. D. §. 94 und 97. — Frederisdorf, Anweisung für Justizbeamte Th. 3. S. 456. §. 8 und 14.
- 4) Verordn. vom 19. Febr. 1814. Nr. 35. §. 7. — Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 46. — Minister. Rescr. an die Kreisdirection Holzminden vom 13. April 1837. — Vergl. Mittermaier, a. a. D. §. 128. — Hagemann, a. a. D. §. 97. — Eichhorn, §. 372. — Da die Verjährung ebenfalls eine Veräußerung in sich begreift (L. 25. D. De verb. signif. (50. 16), so ist durch das obige Veräußerungs-Verbot in Ansehung unbeweglicher, einer Gemeinde gehöriger Gegenstände die ordentliche Verjährung ausgeschlossen. Anders verhielt es sich in altbraunschw. Zeit, indem die älteren Gesetze ein solches Veräußerungs-Verbot nicht kennen und eben so wenig das nach gemeinem Rechte selbst den Städten nicht gesetzlich zustehende, sondern nur von der Praxis zugestandene Privilegium der 30jährigen Verjährung auf Dorfgemeinden extendirt, als eine allgemeine Gleichstellung beider daraus gefolgert werden kann, daß den letzten die eine oder andere Begünstigung der Minderjährigen eingeräumt ist (Vergl. Unterholzner, Lehre von der Verjährung §. 45 und 70. Nr. 2). In diesem Sinne hat das Ob. Land. Ger. J. C. Hahausen c. Hahausen und J. C. v. d. Schulenburg c. Hehlen erkannt.
- 5) Landesf. Rescr. vom 8. Juni 1827. Wege I. 104.

zeichnisse aufgestellt und fortgeführt ⁶⁾, und die Urkunden und sonstigen schriftlichen Nachrichten, auch die Gesetze, Verordnungen u. in besonderen Faden aufbewahrt werden ⁷⁾.

§. 65.

D. Gemeinde = Processse.

Die Landgemeinden dürfen nicht eher einen Beschluß über die Führung eines Processses fassen, als bis sie das Gutachten und den Rath des ihnen vorgesetzten Amtes eingeholt haben ¹⁾. Letzteres hat, nach erfolgtem Antrage auf Vernehmung der Gemeinde über deren Zustimmung zu dem Prozesse, zuvörderst das Sachverhältniß nach Möglichkeit aufzuklären, um im Stande zu sein, der Gemeinde anzuzeigen zu rathen. Wenn das Amt die Sache für hinlänglich instruiert hält, so bestimmt die Kreisdirection, ob die Instruction noch zu vervollständigen ist, oder ob zur Vernehmung der Gemeinde geschritten werden kann ²⁾. Diese Vernehmung der Gemeinde = Mitglieder geschieht einzeln, Mann für Mann und nur wenn zwei Drittheile derselben zustimmen ³⁾, darf der Proceß angestellt oder aufgenommen werden; es ist dann sofort mit der Erwählung eines Syn-

6) Diese Anordnung ist nach einem gemeinschaftlichen Beschlusse der Kreisdirectionen in allen Kreisen eingeführt. — Die Güterverzeichnisse enthalten folgende vier Haupt = Abtheilungen: Gemeinde = Grundstück — Gerechtsame — Mobilien u. und Lasten.

7) Verordn. vom 13. Juli 1752. Promt. I. 377.

1) Verordn. vom 20. Febr. 1740. — Desgl. vom 20. Febr. 1744. — Desgl. vom 7. Febr. 1791. Promt. I. 370. — Einer Ermächtigung der Regierungs = Behörden zur Führung eines Processses bedarf die Gemeinde so wenig gemeinrechtlich, als nach unserer Landesgesetzgebung. Vergl. Pfeifer, Pract. Ausführungen Th. 3. S. 344. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 127.

2) Minist. Rescr. vom 22. Mai 1838. S. u. B. S. Nr. 26.

3) Gemeinrechtlich nimmt man an, daß sämtliche Gemeinde = Mitglieder berufen und zwei Drittheile derselben erschienen sein müssen, und daß unter diesen Stimmen = Mehrheit entscheidet. Glück, Commentar §. 408 flg. — v. Bülow und Hagemann, Practische Erörter. Th. 3. Nr. 25. — Strube, Rechtl. Bedenken Nr. 7. (Note von Spangenberg.)

dicus aus der Mitte der Gemeinde-Mitglieder zu verfahren. Wenn die Proceßkosten nicht aus den Gemeinde-Aufkünften bestritten werden können, so sollen dieselben in dem Verhältnisse aufgebracht werden, daß dazu der Ackermann noch einmal so viel als der Halbspänner, dieser noch einmal so viel als der Kothsasse, und der Brinkföher da, wo derselbe zu einem Beitrage observanzmäßig verpflichtet ist, halb so viel als der Kothsasse beiträgt ⁴⁾. In der Gemeinde-Rechnung sollen keine Proceßkosten in Ausgabe passiren, wenn der Betrag nicht durch einen gerichtlichen Zahlungsbefehl justificirt worden ist; der Advocat, welcher ohne einen solchen Zahlungsbefehl Proceßkosten erhebt, macht sich seiner Forderung verlustig und ist schuldig, das erhobene Quantum zu restituiren und außerdem eben so viel als Strafe an die Armen-Anstalten zu erlegen ⁵⁾.

E. Anstalten zur Beförderung der Religion, Bildung und Wohlthätigkeit.

§. 66.

A. Allgemeines.

Allen Stiftungen ohne Ausnahme, sie mögen für kirchliche Zwecke, für den Unterricht oder die Wohlthätigkeit bestimmt sein, ist der volle Besitz und Genuß ihres Vermögens und Einkommens zugesichert. Dasselbe steht unter der besondern Obhut des Staates und darf so wenig zum Staats-Vermögen gezogen, als überhaupt seiner ursprünglichen Bestimmung entzogen werden. Falls das Vermögen zu einem andern, als dem bestimmten, bei der Stiftungs-Urkunde ausgedrückten Zwecke verwandt werden soll, so muß dieser ein ähnlicher sein, und die Verwendung kann nur mit Zustimmung der theilhaftigen Privatpersonen und Gemeinden und, sofern Anstalten, welche das ganze Land angehen, in Betracht

4) Verordn. vom 7. Febr. 1791. — Declarat. vom 6. Januar 1792. Promt. I. 371.

5) Verordn. vom 22. Juni 1792. Promt. I. 373. — Landesf. Circul. Refer. vom 14. April 1831. G. und B. S. Nr. 8.

kommen, mit Zustimmung der Landstände geschehen ¹⁾. Von dem Vermögen aller milden Stiftungen müssen auf dieselbe Weise, wie solches speciell bei den Kirchengütern verordnet ist (§. 67), *corpora honorum* errichtet werden ²⁾.

Von den zur Sicherung des Vermögens der frommen Stiftungen getroffenen particularrechtlichen Bestimmungen, und zwar in Betreff der stillschweigenden Hypothek an dem Vermögen der Schuldner und der Administratoren ist im §. 202, und in Betreff der den Frauen ungetreuer Administratoren entzogenen weiblichen Rechtswohlthaten im §. 15 die Rede. Es bleibt in dieser Hinsicht hier nur noch folgendes zu bemerken:

Die Administratoren des Vermögens milder Stiftungen sind verpflichtet, den durch ihre Nachlässigkeit in der Verwaltung entstehenden Schaden zu ersetzen. Sie sollen die vorräthigen Gelder, selbst gegen Verzinsung, nicht in Händen behalten, vielmehr gegen sichere und zwar erste Hypothek im hiesigen Lande ausleihen, oder, wenn sich hierzu keine Gelegenheit bietet, bei der Leihhaus-Anstalt belegen ³⁾. Verzinslich ausgeliehene Gelder und Forderungen, welche das Vermögen selbst und nicht etwa nur Einkünfte aus demselben betreffen, so wie auch dergleichen von vielen Jahren aufgesummte Einkünfte dürfen die Administratoren, gleich den Vermündern (§. 24), nur nach zuvor eingeholtem *decretum de solvendo* in Empfang nehmen; andern Falls sollen dieselben bestraft und die Schuldner durch eine solche Zahlung nicht liberirt werden ⁴⁾. Die den abgehenden Administratoren von dem Amtsnachfolger in Gemäßheit der Auseinandersetzung hinsichtlich der Dienstaufkünfte oder der Meliorationen zu zahlenden Gelder sollen zunächst zur Sicherheit für die

1) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 216 und 217.

2) Verordn. vom 28. Mai 1746. II. 1. Promt. II. 26.

3) Verordn. vom 28. Mai 1746. §. 3. — Landesf. Reser. vom 25. Novbr. 1779. Promt. II. 27 und 252. — Vergl. §. 68.

4) Verordn. vom 10. Mai 1781. Promt. I. 232.

den *pilis corporibus* aus der Administration gebührenden Forderungen dienen ⁵⁾).

Die Debitoren der milden Stiftungen, welche an diese Zinsen oder andere *praestanda* zu entrichten haben, sollen damit, bei Strafe doppelter Zahlung, zur gehörigen Zeit verfahren, und die Obrigkeiten nicht nur für den Schaden, welcher den *pilis corporibus* durch Verzögerung der gerichtlichen Hülfe in Beitreibung solcher Gefälle etwa erwächst, haften, sondern außerdem auch strafbar sein ⁶⁾).

Das Grundeigenthum und Einkommen der Kirchen und übrigen frommen Stiftungen ist frei von Staatslasten, so weit dasselbe im Jahre 1832 von den ordentlichen Steuern befreiet war ⁷⁾).

II. Kirchen.

§. 67.

A. Kirchengüter.

Die Kirchengüter sind in der Regel Eigenthum der Gemeinden ¹⁾, doch stehen alle Kirchen mit ihrem Vermögen unter der Oberaufsicht des Consistoriums, welche Behörde für die Erhaltung und gehörige Verwendung des Vermögens zu sorgen hat ²⁾).

Durch die Bestimmung, daß das Vermögen der Kirchen u. seiner ursprünglichen Bestimmung nicht entzogen werden darf (§. 66), ist die bestehende Einrichtung, daß das Consistorium mit Genehmigung der Landesregierung die

5) Consistor. Aussch. vom 10. März 1838. G. u. B. S. Nr. 18.

6) Verordn. vom 30. März 1775. Promt. II. 217.

7) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 39.

1) v. Selchow, Anfangsgr. des br. lüneb. Privatrechts §. 390. — Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 650. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 90. — A. W. ist Scholz, Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht Th. 1. Nr. V. §. 15. — Pufendorf, Observ. jur. univ. T. II. obs. 102. §. 11. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Th. 1. Nr. 58.

2) Verordn. vom 28. Mai 1746. Promt. II. 25. — Verordn. vom 14. April 1814. Nr. 55. §. 14.

zur Erhaltung ärmerer Patronat-Pfarren des Landesfürsten oder der Klöster erforderliche Aushülfe auf die entbehrlichen Ueberschüsse reicherer solcher Kirchen anweist, so wie der in der Stadt Braunschweig zur wechselseitigen Aushülfe mehrerer Kirchen bestehende Cassenverband ³⁾ nicht aufgehoben ⁴⁾).

Jeder Eingepfarrte ist der Regel nach verpflichtet, zu den auf die gemeinschaftliche Theilnahme an dem Gottesdienste sich gründenden Lasten beizutragen; eine Exemption soll sich nur auf Vertrag oder unvordenkliche Verjährung gründen können ⁵⁾. Die Frage, ob die Gemeinden die Kosten der Kirchen-Bauten und Reparaturen primario oder nur in subsidium tragen müssen, wenn die Kirche eigenes Vermögen hat ⁶⁾? ist durch mehrere Erkenntnisse der höchsten Gerichte zu Gunsten der Gemeinden entschieden, weil die Annahme, daß den Gemeinden gemeinrechtlich nur eine subsidiarische Verpflichtung obliegt, den Vorzug verdient und die Landesgesetze ⁷⁾ in dieser Hinsicht nur die einzige abändernde Bestimmung enthalten, daß die Gemeinden die Spann- und Handdienste leisten sollen ⁸⁾.

3) C. Schröder und Ahmann, Die Stadt Braunschweig 1ste Abth. S. 209.

4) Landtags-Absh. vom 12. Octbr. 1832. Art. 5.

5) Allgem. Land. Ordn. Art. 103. Promt. I. 67. — Verordn. vom 16. Juni 1750. Promt. II. 228. — Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 807. — v. Bülow und Hagemann a. a. D. Th. 1. Nr. 59 u. 60 und Th. 4. Nr. 19. — Hagemann a. a. D. §. 90. — Scholz a. a. D. §. 15. — In welcher Art die Cammer-, Kloster- und Rittergüter zu Beiträgen herangezogen werden s. im §. 63. Note 11.

6) Boehmer, Princ. jur. can. §. 597. — Boehmer, Jus eccl. protest. T. III. L. III. Tit. 48. §. 73. — Pufendorf, Animadv. jur. Nr. 43. — Eichhorn a. a. D. S. 804. — v. Bülow und Hagemann a. a. D. Bd. 1. Nr. 58 und Bd. 4. Nr. 18.

7) Allgem. Land. Ordn. Art. 103. — Consistor. Verordn. vom 8. März 1707. — Kirchen-Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XX. §. 10. — Landesf. Rescr. vom 21. Januar 1765. — Verordn. vom 23. Januar 1798. Promt. I. 67. — Verordn. vom 14. April 1814. Nr. 55. §. 15.

8) Kirchen-Ordn. von 1569. S. 390. — v. Selchow, Anfangsgr. des br. lüneb. Privatrechts §. 390. — Frederdsdorf, Anweisung für Just. Beamte Th. 3. S. 418. §. 17.

Wenn dagegen das Kirchenvermögen nicht ausreicht, so müssen die Gemeinden ⁹⁾ die sämtlichen Kosten allein tragen und der Patron ¹⁰⁾ ist dazu nur dann verpflichtet, wenn

- 9) Daß die Verpflichtung zum Tragen solcher Kosten die Glieder der Kirchengemeinde auf dem Filiale eben so gut trifft, als die der Haupt-Pfarrgemeinde, folgt aus dem Grunde der Verpflichtung und aus der Analogie der Bestimmung der Kirchen-Ordn. von 1709. Kap. XVIII. §. 3. — Vergl. v. Bülow und Hagemann a. a. D. Bd. 8a. Nr. 38. — Pfeifer, Pract. Ausführ. Bd. 2. S. 344. — Hagemann a. a. D. §. 90.
- 10) Früher war es sehr bestritten, ob die Gemeinde oder der Patron zum Bauen und Repariren der Kirche verpflichtet sei? Pufendorf, *Observ. jur. T. I, Obs. 122 & 229.* — Eichhorn a. a. D. S. 807. — Scholz a. a. D. §. 15. — Scholz, *Baurecht* S. 41. — In neuerer Zeit ist die Frage indeß durch mehrere Erkenntnisse der höchsten Gerichte zu Gunsten des Patrons entschieden, und zwar hauptsächlich aus folgenden Rechtsgründen: 1) Nach Cap. 1 & 4. X. *De ecles. aedif. et reperan.* (3. 48) liegt diese Verpflichtung demjenigen ob, welcher die *reditus* und *oblaciones* der Kirche zu genießen hat. Dies war früher in der Regel bei dem Bischöfe der Fall (Eichhorn, *Deutsch. Rechtsgesch.* §. 113 und 187), weshalb denn dieser fragl. Verpflichtung hatte und der Patron nur dann, wenn er ausnahmsweise die *reditus* der Kirche bezog. Diesen letzten Fall hatte das Conc. Trident. Sess. 21. C. 7. *De reformat.* bei der Bestimmung im Auge, daß der Patron die Baukosten zu tragen habe, es kann diese Bestimmung aber auch schon deswegen bei den Protestanten nicht nur Anwendung kommen, weil das Conc. Trident. für letztere bekanntlich ohne verbindliche Kraft ist, da es nach der Reformation Statt hatte. 2) Dadurch, daß der Patron das Kirchengebäude auf seine Kosten hat errichten lassen, kann derselbe, als durch eine religiöse Handlung, für die Folgezeit zu keiner fernern Leistung verpflichtet werden (*L. 2. pr. D. De pollicit. 50. 12.* — *Nov. 67. Cap. I. i. f.*). 3) Eben so wenig kann die Verpflichtung, die Kirche zu bauen, für den Patron daraus abgeleitet werden, daß derselbe Eigenthümer der Kirche sei und als solcher (*L. 9. D. De damn. insect. 39. 2*) die Kirche bauen und bessern müsse, weil es nach neuerer Ansicht keinem Zweifel unterliegt, daß der Patron nicht Eigenthümer der Kirche ist (Weise, *Kirchenrecht* Bd. 2. S. 408 flg. — Walter, *Lehrbuch des Kirchenrechts* S. 429 flg. — v. Bülow und Hagemann a. a. D. Bd. 1. Nr. 58). 4) Dagegen müssen die Bestimmungen, welche unser Partic. Recht über die Verpflichtung der Gemeinden zum

deßhalb eine besondere Rechtsverbindlichkeit ¹¹⁾ besteht, wie denn auch die Pfarr-, Pfarrwittwen- und Schulhäuser von den Gemeinden nicht nur erbauet, sondern auch im baulichen Stande erhalten werden müssen, wenn nicht durch Observanz ein Anderes hergebracht ist ¹²⁾.

Für jede Kirche soll ein von den Kirchen-Visitatoren unter Zuziehung des Pfarrers, des Kirchen-Vorstehers und der dabei interessirten Personen angefertigtes *corpus bonorum* bestehen, welches eine genaue Nachweisung aller Grundstücke, Gerechtsame und Einkünfte der Kirche, so wie auch beglaubigte Abschriften der betreffenden Documente enthält ¹³⁾.

Die Grundbesitzungen der Kirchen, Pfarren, Pfarrwittwenenthümer und Schulen, nicht aber die Kirchen- und Pfarr-

Bauen der Pfarr-, Pfarrwittwen- und Schulhäuser enthält (S. Note 12), analogisch auch auf die Kirchenbauten angewandt werden, wobei zu bemerken ist, daß nach einer feststehenden Praxis angenommen wird, daß §. 10. Kap. XVI. der Kirch. Ordn. kein correctorisches Gesetz ist, sondern nur wiederholt, was das gemeine Recht besagt.

Bei einer sich ergebenden Unzulänglichkeit des Vermögens der landesf. Patronatkirchen soll zu weiterer Verfügung an den Landesfürsten berichtet werden. Verordn. vom 14. April 1814. Nr. 55. §. 15.

- 11) Dieser Fall wird nach Inhalt der vorstehenden Note dann eintreten, wenn der Patron die Einkünfte der Kirche bezieht, also das Vermögen der Kirche, aus welchem die Baukosten zunächst bestritten werden müssen, unter sich hat. — Daß indeß der Patron, wenn derselbe Besitzer eines im Gemeinde-Verbande stehenden Gutes ist, zu den Kirchenbaukosten verhältnißmäßig beizutragen hat, unterliegt keinem Zweifel. S. §. 63.
- 12) Allgem. Landes-Ordn. Art. 103. — Kirchen-Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XVI. §. 10. — Landesf. Rescr. vom 28. Juni 1764. — Deßgl. vom 5. Novb. 1765. Promt. I. 68. — Declarat. und Verordn. vom 6. August 1802. Promt. II. 332. — Zu diesen Kosten müssen die Filial-Gemeinden ebenfalls beitragen, wenn nicht eine andere Observanz besteht. Kirchen-Ordn. von 1709. Kap. XVIII. §. 3. — Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 23. August 1821. J. C. Dohnsen c. Halle.
- 13) Kirchen-Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XX. §. 2. Promt. I. 221. — Verordn. v. 28. Mai 1746. II. 1. Promt. II. 26.

Meierländereien, sind der Regel nach von den öffentlichen Abgaben frei ¹⁴⁾.

Wenn mit denjenigen Grundvermögenstheilen der Pfarren, Schulen, Pfarrwittwenhäuser und Pfrerien, welche den zeitigen Pfarrern und Schullehrern, Pfarrwittwen und Pfrerleuten zur Ruknießung auf ihre Dienst- resp. Lebenszeit eingethan und deren Rukungen von diesen selbst erhoben sind, Ablösungen oder Separationen vorgenommen werden, so sollen die an solche geistliche und Unterrichts-Anstalten zahlbaren Capital-Entschädigungen in den Kloster-Capital-Fonds eingezahlt werden und die Natur des Grundvermögens des Kloster- und Studienfonds erhalten. Dem jeweiligen Inhaber der früher berechtigten Stelle werden solche Capital-Entschädigungen mit vier Procent verzinst, wenn nicht Reallasten, die auf solchen Grundvermögenstheilen ruhen, abgelöst oder zur Separation gezogen werden und deshalb von derselben Anstalt Capital-Entschädigungen zu zahlen sind, indem alsdann diese Entschädigungen zunächst von jenen Summen, insoweit solche dazu ausreichen, bezahlt werden sollen. Auch können an die Stelle der durch Ablösungen oder Separationen gegen Capital-Entschädigungen veräußerten, bis dahin in der oben bemerkten Art benutzten Grundvermögensstücke für die fragliche Anstalt, und zwar bis zum Betrage der für dieselben eingezahlten Entschädigungssummen, Grundstücke angekauft und den Pfarrern oder Schullehrern auf ihre Dienstzeit zur Ruknießung eingethan werden ¹⁵⁾.

§. 68.

B. Verwaltung des Kirchenvermögens.

Die Verwaltung des Kirchenvermögens geschieht durch den betreffenden Prediger oder denjenigen, welchem sonst dieses

14) Rescr. vom 14. Juli 1684. — Kirchen-Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XIV. §. 5 und Kap. XVI. §. 2. Promt. II. 19. — Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 14. §. 16. — Land. Gr. Gesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 39.

15) Ges. vom 3. Juli 1837. Nr. 27.

Geschäft übertragen ist ¹⁾ unter Aufsicht der Kirchen-Visitatoren (des die Verwaltungssachen besorgenden Beamten ²⁾ und des Superintendenten), in Braunschweig aber unter Aufsicht des Kirchencassen-Collegiums ³⁾, und unter Oberaufsicht des Consistoriums ⁴⁾. Die über die Verwaltung des Vermögens der Kirchen jährlich aufzustellenden Rechnungen werden zunächst von dem geistlichen und dann von dem weltlichen Visitator monirt, vom letztern abgenommen und nebst den Abnahme-Verhandlungen an das Consistorium eingesandt ⁵⁾. Der Kirchen-Patron concurrirt bei der Abnahme der Rechnungen nur insofern, als ihm der Zutritt bei denselben und die Einsicht der Rechnungen gestattet ist, auch seine Monita, so weit solches thunlich, berücksichtigt werden sollen ⁶⁾.

Die Administratoren der Kirchengüter dürfen die Kirchenländerei nur öffentlich und gerichtlich verpachten lassen ⁷⁾, die Kirchengüter ohne landesfürstliche Genehmigung nicht veräußern, insbesondere auch nicht erbenzinsweise austhun, und eben so wenig Gelder ohne landesfürstliche Erlaubniß ausleihen ⁸⁾. Beim Ausleihen der Kirchengelder ist dahin zu sehen, daß die Ehefrauen der Schuldner dem privilegio dotis et illatorum zu Gunsten der Gläubigerinn entsagen

1) Nach der ältern Disciplin mußte die Verwaltung immer durch Geistliche geschehen, nach der neuern ist solches nicht erforderlich. Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 769.

2) Verordn. vom 2. Januar 1833. Nr. 1.

3) Verordn. vom 14. April 1814. Nr. 55. §. 14. — S. Schröder und Asmann, Die Stadt Braunschweig Abth. 1. S. 209.

4) Verordn. vom 19. Febr. 1814. Nr. 35. §. 14. — Desgl. vom 14. April 1814. Nr. 55. §. 14.

5) Verordn. vom 12. August 1782. §. 6 und 7. Promt. II. 38. — Gemeinrechtlich kann ebenfalls nur der Kirchenobere die Decharge über die abgelegten Rechnungen rechtskräftig erteilen. Eichhorn a. a. D. S. 777.

6) Verordn. vom 28. Mai 1746. Promt. II. 27. — Landschaftl. Privilegien vom 9. April 1770. Art. 2.

7) Consistor. Auschr. vom 16. Juni 1804. Promt. II. 30.

8) Kirchen-Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XX. §. 5. 6 und 7. Promt. II. 25. — Vergl. Eichhorn a. a. D. Bd. 2. S. 776 und 778 flg.

und daß das Anlehn nicht über die Hälfte des Werthes der zur Sicherheit gesetzten Grundstücke, die nicht bloß in Gebäuden bestehen dürfen, oder daß der für das Grundstück zu legt gezahlte Kaufpreis wenigstens ein Drittheil mehr beträgt, als das Dahrlehn ⁹⁾. (Vergl. §. 66). Die Capitalien der herrschaftlichen Patronatkirchen dürfen, wenn die Summe unter 500 Thaler beträgt, in keinem Falle an Privatpersonen ausgeliehen, sondern müssen beim Leihhause be-
legt werden ¹⁰⁾.

C. Kirchendiener.

§. 69.

Das Patronat-Recht ¹⁾ wird theils vom Landesfürsten, theils von Stiftern, Klöstern, Gutsbesitzern, Magistraten und Gemeinden ausgeübt ²⁾. Die Kirchendiener aller christlichen Confessionen bedürfen, sofern sie nicht unmittelbar von der Landes-Regierung bestellt werden, der landesfürstlichen Bestätigung ³⁾. Der Patron muß innerhalb 6 Monaten ⁴⁾

9) Consistor. Refcr. v. 21. Juni 1757. Promt. II. 23. — Consistor. Auschr. vom 15. August 1838. G. u. B. S. Nr. 34.

10) Consistor. Refcr. v. 25. Febr. 1801. Promt. II. 24. — Verordn. vom 18. Decbr. 1815. Nr. 22. S. 185. — Consistor. Auschr. vom 25. Mai 1816. Wege I. 186. — Desgl. vom 15. August 1838. G. u. B. S. Nr. 34.

1) Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 702 flg.

2) v. Liebhaver, Br. lüneb. Landrecht Th. 2. S. 48. — v. Selchow, Br. lüneb. Privatrecht §. 394 flg. — Stübner, Kirchenverfassung in den br. lüneb. Landen Th. 2. §. 5. — Ludwieg, Kirchenverfass. im Herzogth. Braunsch. §. 26. — Den Prälaten ist das ihnen längere Zeit entzogen gewesene Patronatrecht durch die Landtags-Abschiede vom 9. April 1770. Art. 46 und vom 11. Juli 1823. Art. 28 ausdrücklich wieder verliehen, indeß unter der in diesem §. weiterhin bemerkten Beschränkung.

3) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 226. — Es sind hierbei die Patronate und Wahlrechte, so wie die gesetzlich zulässigen Recusationsrechte der Kirchengemeinden in Betreff der Annahme der ihnen bestimmten Pfarrer ausdrücklich vorbehalten.

4) Gemeinrechtlich beträgt diese Frist beim Laienpatrone vier Monate und beim geistlichen Patrone sechs Monate. Eichhorn a. a. D. S. 715.

nach eingetretener Vacanz, welche ihm von dem Superintendenten in den ersten 14 Tagen gemeldet werden muß, dem Consistorium ein Subject behuf Besetzung der Stelle präsentiren; wenn dieser Zeitraum versäumt und keine weitere Frist ertheilt wird, so verfährt für das Mal der Landesfürst mit Conferirung der Stelle.

Der Präsentirte muß zu der Stelle qualificirt sein ⁵⁾; im entgegengesetzten Falle hat der Patron dem Consistorium eine andere, und zwar mit den gehörigen Eigenschaften versehene Person zu präsentiren ⁶⁾. Die Prälaten haben bei Ausübung des Patronatrechts besonders auf wohlverdiente Prediger Rücksicht zu nehmen ⁷⁾; das Consistorium schlägt ihnen zu dem Ende drei Subjecte vor, unter welchen sie eins zu erwählen haben ⁸⁾. Zu den von dem Landesfürsten zu besetzenden Stellen macht das Consistorium gleichfalls Vorschläge, wobei vor Allem dahin gesehen werden soll, daß die auf schlechteren Stellen stehenden Kirchendiener auf bessere befördert und die Candidaten zuerst auf den minder einträglichen Stellen angestellt werden ⁹⁾. Die Kirchengemeinden haben das Recht, die Annahme eines für sie bestimmten Pfarrers aus erheblichen Gründen zu verweigern ¹⁰⁾.

Der Patron, welcher von dem Präsentirten für die Verleihung des Amts mehr nimmt, als ihm gesetzlich gestat-

-
- 5) Eichhorn a. a. D. Th. 1. §. 702 fig. und Th. 2. §. 729. — Stübner a. a. D. §. 261.
 - 6) Landt. Absch. vom 10. Octbr. 1601. — Kirch. Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. II. §. 2. — Landschaftl. Privilegien vom 8. Juni 1710. I. §. 2. — Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 5. — Landschaftl. Privilegien v. 9. April 1770. Art. 2. Promt. II. 201.
 - 7) Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 46. Promt. II. 202.
 - 8) Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 28.
 - 9) Verordn. vom 14. April 1814. Nr. 55. §. 4.
 - 10) Kirchen-Ordn. von 1569. §. 184. — Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 226. — Stübner a. a. D. §. 265. — Eichhorn a. a. D. Th. 1. §. 760.

tet ist ¹¹⁾, macht sich seines Patronatrechts für immer verlustig ¹²⁾.

Die Kirchen- und Schuldiener stehen in Allem, was das Amt und dessen Verwaltung betrifft, unter der ihnen vorgesetzten verfassungsmäßigen Behörde, dagegen in Allem, was auf ihre bürgerlichen Verhältnisse und Handlungen Bezug hat, imgleichen bei Straffällen, welche nicht bloß disciplinarischer Beschaffenheit sind, unter der weltlichen Obrigkeit. Die Suspension derselben vom Amte und dessen Einkünften kann im Disciplinar-Verfahren nur von den kirchlichen Behörden geschehen und bedarf der Bestätigung der Landesregierung; die Entlassung oder Absetzung kann nur durch rechtskräftiges richterliches Erkenntniß und zwar in Straffällen, welche nur die kirchliche Lehre betreffen, auf vorgängiges Gutachten der geistlichen Oberbehörde verfügt werden ¹³⁾.

Die Einkünfte der Kirchendiener bestehen je nach dem Herkommen: in baarem Gelde und zwar in einem festen Gehalte, der sich indeß nur bei wenigen Pfarrstellen findet ¹⁴⁾; in Legaten, Vierzeitengeldern, Accidentien (Stolgebühren u.); in Naturalien, als Zehnten, Diensten ¹⁵⁾, Getraide, Hude

11) Dies soll nach der Verordn. vom 14. Juni 1597. Promt. II. 349 nicht mehr betragen, als von einer vermögamen Pfarre 1 Rosensobel, von einer mittelmäßigen 3 Thlr. und von einer geringen 2 Thlr.

12) Kirch. Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. II. §. 6. Promt. II. 349. Vergl. Crim. Ges. Buch §. 113. — Eichhorn a. a. O. Th. 2. S. 121.

13) Verordn. vom 15. Febr. 1814. Nr. 14. §. 6. — Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 47. — Desgl. vom 12. Octbr. 1832. Art. 17. — Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 228 und 229. — Crim. Ges. Buch §. 282 und 283.

14) Im 14. Art. des Landt. Absch. vom 25. Mai 1835 hat sich die Landesregierung auf den Antrag der Stände, daß den Predigerstellen, deren jährliches Einkommen weniger als 400 Thlr. beträgt, ein Zuschuß aus dem Klosterfonds verwilligt werden möge, bereit erklärt, auf eine Verbesserung dieser Stellen Bedacht zu nehmen.

15) Diese Dienste bestehen in einigen Gemeinden in der Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl Aecker zu pflügen und den Dünger auf das Land zu fahren. Für diese Fälle sind die dabei früher bestandenen

und Weide ¹⁶⁾, Holz- und Wiesen-theilungen, Brod, Hühnern u.; in Nutzung der Pfarrländerei und in freier Wohnung ¹⁷⁾.

§. 70.

D. Wittwen der Kirchendiener.

Die Prediger-Wittwen erhalten von der Gemeinde freie Wohnung oder statt derselben eine Miethentschädigung ¹⁾; sie genießen Freiheit von öffentlichen Abgaben ²⁾, bekommen Länderei in Nutzung, wozu erforderlichen Falls von der Pfarrländerei der zehnte Theil genommen werden soll ³⁾, und participiren an der gemeinen Hude und Weide, der Mastung, den Holztheilungen und anderen Gerechtsamen im Zweifel gleich dem halben Antheile eines Ackermanns ⁴⁾.

Gelage abgeschafft und die Pflchtigen sollen statt derselben nichts weiter, als ein halbes Faß Bier und Morgenbrod erhalten. Landesf. Befehl vom 28. August 1651. Promt. II. 215.

- 16) Die Kirch. Ordn. von 1569 bestimmt, daß die Prediger und Schullehrer die Hude und Weide gleich anderen Orts-Untertanen nach jedes Orts Maß und Ordnung genießen und gebrauchen sollen, und diese Bestimmung ist durch spätere Verordnungen, namentlich durch die Kirch. Ordn. von 1709 keinesweges aufgehoben. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 22. Febr. 1830 und des Ob. Appellat. Ger. vom 20. August 1830 I. S. Gemeinde Lefse c. die Pfarre und Schule daselb. S. Hudegerechtigkeit §. 197.
- 17) Stübner a. a. D. S. 198 flg. — Eichhorn a. a. D. Th. 2. S. 658 flg. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 31.
- 1) Kirch. Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XVI. §. 1 und 6. Promt. II. 233. — Stübner, Kirchenverfassung in den br. Lüneb. Landen Th. 2. S. 212.
- 2) Rescr. der Geh. Rathsstube vom 14. Juli 1684. — Kirch. Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XIV. §. 5. Kap. XVI. §. 2. Promt. II. 20. — Verordn. v. 21. Juli 1814. Nr. 61. §. 6. — Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 14. §. 16. — Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 39.
- 3) Consistor. Verordn. vom 3. März 1717. — Consistor. Ausschr. vom 25. Octbr. 1731. Promt. II. 232.
- 4) Kirchen-Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XVI. §. 2. — Consistor. Ausschr. vom 1. August 1710. Promt. II. 233.

Außerdem erhalten die Predigerwittwen aus den fast in allen General-Inspectionen bestehenden Prediger-Wittwencassen jährliche

Wenn die Einkünfte des verstorbenen Predigers ⁵⁾ ganz oder zum Theile in baarem Gelde bestanden haben, so erhalten die Wittwe und die Kinder desselben die Einnahme vom Sterbequartale, außerdem aber die Wittwe und diejenigen Kinder, welche entweder das 25ste Lebensjahr noch nicht vollendet und eine Versorgung noch nicht erlangt haben, oder auch, nach Vollendung des 25sten Lebensjahrs, wegen körperlicher oder geistiger Schwäche einer Unterstützung bedürftig sind, und zwar die Wittwe und die einzelnen Kinder zu gleichen Theilen, auch noch eine halbjährige Besoldung, das sogenannte Gnadenhalbjahr. Die Accidentien kommen denselben dagegen nur ein halbes Jahr lang, vom Todestage angerechnet, zu, und eben so lange behalten sie, wenn kein Wittwenhaus vorhanden ist, auch die Wohnung im Pfarrhause. Bei Auseinandersehung mit anderen Erben werden die Einkünfte des Gnadenhalbjahrs auf den Erbtheil des Nutznießers nicht in Anrechnung gebracht, auch sollen dieselben bei einem während dieser Zeit etwa eintretenden Todesfalle der Wittwe oder der Kinder nicht den Erben dieser als solchen zufallen, sondern den übrigbleibenden Theilnehmern zuwachsen, in Ermangelung solcher Theilnehmer aber zurückgenommen werden. Die Einkünfte des Predigers, welche im Ertrage vom Ackerbaue, von Wiesen, Zehnten, Meiergefällen u. bestehen, werden nach Absonderung der zum Wittwenthume ausgesetzten Länderei, auf ein ganzes Jahr von Michaelis bis Michaelis in Anschlag gebracht und nach Abzug und Erstattung der Bestellungs- und Erndtekosten

Competenzen, und nicht selten auch ein Gewisses aus der Consistorial-Pfarrwittwencasse. Ludewieg, Kirchenverfass. im Herzogth. Braunsch. S. 87.

Wenn zwei Predigerwittwen an demselben Orte vorhanden sind, so behält die erste die Wittwenwohnung und den Wittwengehalt ausschließlich so lange sie den Wittwenstand nicht verändert. Kirch. Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XVI. §. 5.

- 5) Wenn der Prediger das Amt niederlegt oder desselben entsetzt wird, so können die obigen Begünstigungen so wenig ihm selbst, als seinen Erben zu Statten kommen. Hommel, Diss. de privil. clericor. in sponte resignant. vel remot. non cadentib. §. 16.

folgendermaßen getheilt: Die Wittwe und die Kinder erhalten, wenn der Prediger im September gestorben ist, die Hälfte der Einkünfte, fällt der Todestag im October $\frac{7}{12}$, im November $\frac{8}{12}$, im December $\frac{9}{12}$, im Januar $\frac{10}{12}$ und im Februar $\frac{11}{12}$, im März erhalten sie die Einkünfte ganz, im April $\frac{1}{12}$, im Mai $\frac{2}{12}$, im Juni $\frac{3}{12}$, im Juli $\frac{4}{12}$, und im August $\frac{5}{12}$ der nächstjährigen Erndte. Der Sterbemonat wird als verdient gerechnet ⁶⁾. Die Kinder und Erben der Prediger-Wittwen genießen die Früchte von den zu dem Wittwenthume gehörigen Aeckern, Wiesen und Gütern und überhaupt von Allem, was ad fructus naturales gerechnet wird, von denjenigen Monaten, in welchen die Wittwe nach Michaelis noch gelebt hat ⁷⁾.

Die Wittwen und Kinder der Oysterleute, Organisten und Schullehrer erhalten, unter analoger Anwendung der für die von Predigern nachgelassenen Wittwen und Kinder ergangenen Bestimmungen, das in fixen Geldeinkünften bestehende Salar, wozu das Schulgeld nicht gehört, das Sterbe- und außerdem auch das Gnaden-Quartal, welches erst nach Ablauf jenes anfängt, hindurch; die Wohnung und die Accidencien aber nur während der auf den pro deservito anzusetzenden Sterbemonat zunächst folgenden 3 Monaten und von sonstigen Einkünften, sowohl vom Ackerbaue und von Wiesen, als von Zehnten, Meierzinsen u., mithin von allen fructibus naturalibus, industrialibus et civilibus $\frac{3}{12}$ weniger, als die Prediger-Wittwen ⁸⁾.

Die Wittwen und Kinder derjenigen Kirchen- und Schulbeamten, bei deren Stellen sich ein Wittwenthum nicht befin-

6) Kirchen-Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XVII. §. 1 bis 6. — Verordn. vom 3. März 1717. Promt. II. 231. — Declarat. vom 11. Mai 1840. Nr. 18. — Stübner a. a. D. S. 208. — Ludewieg a. a. D. S. 83. — Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 753.

7) Consistor. Rescr. vom 5. August 1775. Promt. II. 233.

8) Consistor. Rescr. v. 15. März 1766. Promt. II. 361. — Desgl. vom 14. Novbr. 1835. — Landesf. Declar. vom 11. Mai 1840. Nr. 18. §. 6. — Stübner a. a. D. Th. 2. S. 214. — Ludewieg a. a. D. S. 85.

det, die aus herrschaftlichen oder städtischen Cassen einen wirklichen Dienstgehalt beziehen und deren Einkommen, einschließlich etwaiger Emolumente, mindestens jährlich 100 Thlr. beträgt, erhalten eine Pension von der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt 9).

§. 71.

III. Stifter und Klöster.

Bei den behuf der Kirchen-Reformation 1) in den Jahren 1542 und 1568 angeordneten Kloster-Visitationen wurden die Prälaten der Stifter und Klöster zur Annahme der augsburgischen Confession aufgefordert, und diejenigen derselben, welche sich hierzu nicht verstanden, wurden ihrer Stellen entsetzt 2). Die meisten Prälaten unterschrieben die augsburgische Confession und erklärten sich bereit, mit ihrem Convente die Reformation zu befördern 3). In diesem Falle erhielten die Klosterpersonen Theils Anstellungen als Prediger, Theils wurden sie im Kloster selbst oder auf andere Weise abgefunden; den Nonnen wurde freigestellt, im Kloster zu bleiben, und im Falle ihrer Verheirathung erhielten sie eine Aussteuer. In vielen Klöstern wurden Lehranstalten eröffnet. Die Klostergüter blieben zum größten Theile unter der Verwaltung der Aebte und Präbste — indeß mit der

9) Gesetz vom 18. Juli 1837. Nr. 31. §. 2. — Außerdem erhalten die mittellosen Schullehrer-Wittwen regelmäßige Unterstützungen aus dem Klosterfonds, auch werden dieselben wohl aus der väterlichen Stiftungscasse unterstützt. Consistor. Auschr. vom 28. Decbr. 1833.

1) Lenz, Geschichte der Einführung des evangelischen Bekenntnisses im Herzogth. Braunschweig — Stübner, Histor. Beschreib. der Kirchenverfass. in den br. lüneb. Landen.

2) Dies betraf z. B. den Guardian des Barfüßerklosters zu Gandersheim, den Abt von Amelunxborn und den Abt des Klosters Alus.

3) Einige Klöster wurden erst später reformirt, z. B. das Kloster Kemnade erst während des dreißigjährigen Krieges, das Kloster Alus hat bis zum Jahre 1592 katholische Aebte gehabt und das Kloster St. Eudgeri ist bis zu seiner Säkularisation mit katholischen Geistlichen besetzt gewesen.

Verpflichtung zur Rechnungsablage — und die Ueberschüsse erhielten die Bestimmung, zu Anstellung von Predigern und Schullehrern oder zu wissenschaftlichen Zwecken verwandt zu werden.

Während des 30jährigen Krieges erlitten die Klöster die größten Zerstörungen; sie verloren einen Theil ihrer Güter und geriethen in drückende Schulden. Der Herzog August nahm sich des gesunkenen Zustandes der Klöster mit Eifer an und erließ zu dem Zwecke unterm 12. März 1655 eine Kloster-Ordnung, die vom Herzoge Anton Ulrich unterm 12. Juli 1704 eine Declaration erhielt. Hierdurch wurde die Administration der Klostergüter den Prälaten genommen und einer besondern Kloster-Rathsstube übertragen, in deren Cassen der Ueberschuß von den Klostergütern floß. Den sämtlichen Klosterpersonen wurde ein gewisses Einkommen festgesetzt, die Klosterschulen gingen ein und nur einige Klöster behielten die Verpflichtung, zur Unterstützung der Schulen beizutragen. Auf den Grund des Reichs-Deputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 wurden die Stifter St. Blasii und St. Cyriaci zu Braunschweig, so wie die Abtei Gandersheim und das Kloster St. Ludgeri vor Helmstedt aufgehoben, und in der westphälischen Regierungs-Periode wurden sämtliche Güter der Klöster und Stifter zu den Domainen gezogen. Diese Einrichtung behielt man nach Herstellung der rechtmäßigen Regierung insofern bei, als die Verwaltung der Klostergüter der Cammer übertragen blieb und von dieser durch eine besondere Section besorgt wurde; dagegen wurde das den Prälaten ausgesetzte Einkommen, eben so wie der den Pfarr- und Schulstellen aus den Einkünften der Stifts- und Klostergüter früher verwilligte Zuschuß, wieder auf diese übernommen 4). Als Seitens der im Jahre 1819 berufenen Landschaft die Wiederherstellung der Stifter St. Blasii und St. Cyriaci beantragt wurde, blieb der landesfürstliche Entschluß hierauf in dem Landtags-Abschiede

4) Landtags-Abschied vom 11. Juli 1823. §. 25. 27 und 29.

vom 1. Juli 1823 ausgesetzt 5). Durch das Landes-Grund-Gesetz vom 12. Octbr. 1832 6) sind die Güter und Gerechtsame dieser Stifter, vorbehältlich der den Präbendarien ausgesetzten Pensionen, dem Cammergute eben sowohl einverleibt, als dies in Ansehung der Abtei Gandersheim und des Klosters St. Ludgeri schon früher geschehen war.

In neuester Zeit 7) ist der Klosterfonds mit dem von der aufgehobenen Universität Helmstedt herrührenden Studienfonds vereinigt, und es wird derselbe bei der Cammer zugleich mit dem Cammergute, jedoch nach einem besondern Etat und durch eine abgesonderte Cassenführung, verwaltet. Der Reinertrag dieser Fonds wird für Kirchen, Bildungsanstalten und wohlthätige Zwecke verwendet; das Geschäft der Verwendung hat das Finanz-Collegium und zwar nach Maßgabe der Etats und der Vorschriften des Staats-Ministeriums zu besorgen. Die Etats, sowohl über die Verwaltung des Kloster- und Studienfonds, als auch über die Verwendung des Reinertrages, werden von der Landesregierung gemeinschaftlich mit den Landständen festgestellt; auch steht den Ständen das Recht zu, die Verwaltung und Verwendungen mit zu beaufsichtigen.

Schon Heinrich d. J. verbot jede Veräußerung der Klostergüter und erklärte zugleich alle bis dahin vorgenommenen Veräußerungen für nichtig. Dies Verbot wurde nachher in mehreren Verordnungen wiederholt, zugleich auch jede Beschwerung der Klostergüter bei Strafe der Nichtigkeit untersagt 8). Jetzt gelten die Bestimmungen über die Unveräußerlichkeit des Cammerguts auch hinsichtlich der Stifts- und Klostergüter 9).

5) Art. 30.

6) §. 163.

7) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 219 flg.

8) Verordn. vom 17. Januar 1529. — Desgl. vom 5. April 1573.

— Desgl. vom 12. Januar 1602. — Desgl. vom 11. Juli 1624.

— Kloster-Ordn. von 1655. Kap. 3. §. 12. — Privilegien der Landschaft vom 9. April 1770. Art. 49. Promt. II. 45.

9) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 224.

IV. Schulen.

§. 72.

A. Einleitung.

Die ersten allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen behuf Verbesserung des Schulwesens enthielt die Kirchenordnung des Herzogs Julius von 1569 (S. 279 u. flg.), wodurch die Errichtung von Schulen in den Städten, Flecken und größten Dörfern angeordnet und zugleich die Klosterschulen organisirt wurden. Im Jahre 1651 erschien die Schulordnung des Herzogs August, und da die Klosterschulen den Erwartungen nicht völlig entsprachen, so wurden dieselben in der Klosterordnung von 1655 wieder aufgehoben. Indes erhielten doch mehrere derselben ihre Consistenz von Neuem und bestanden bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts, zu welcher Zeit ferner einige eingingen, andere mit den Stadtschulen verbunden oder in Prediger-Seminare verwandelt wurden ¹⁾. Ueberhaupt konnte man in den damaligen Zeitverhältnissen bei der Verbesserung des Schulwesens zunächst nur die Schulen in den Städten berücksichtigen. Das Schulwesen auf dem Lande erhielt erst eine gründliche Organisation durch die Schulordnung vom 22. Septbr. 1753; später hat zur Verbesserung desselben auch das Consistorial-Rescript vom 13. März 1802 ²⁾ wesentlich beigetragen. Es konnte indes auch zu jener Zeit mit der Vervollkommnung des Unterrichtswesens nur langsam vorgeschritten werden; für die als nothwendig erkannte durchgreifende Verbesserung und theilweise Umgestaltung desselben blieben die Zeitverhältnisse noch zu ungünstig und erst längere Friedensjahre konnten allmählig dazu führen. Das Landes-Grundgesetz vom 12. Octb. 1832. §. 230 erklärt die Erhaltung, Verbesserung und Vervollkommnung der öffentlichen Unterrichts-Anstalten für einen vorzüglichsten, jederzeit mit allen deshalb zu Gebote stehenden Mitteln zu befördernden Gegenstand der Fürsorge der

1) Stübner, Histor. Beschreib. der Kirchenverfass. in den br. lüneb. Landen Th. 2. S. 410 flg.

2) Promt. II. 331.

Landesregierung, und die Gesetze vom 23. April und 12. Mai 1840, so wie die vielfachen Verbesserungen des gesammten Schulwesens und einzelner Unterrichts-Anstalten im Verlaufe des letzten Decennii beweisen, wie sehr der Landesregierung die Beförderung dieses wichtigsten Zweiges der Volksbildung am Herzen liegt.

§. 73.

B. Schulhäuser, Schuldiener und Schulbesuch.

Die Gemeinden ¹⁾ sind verpflichtet, die Schulhäuser zu erbauen, dieselben in baulichem Stande zu erhalten, erforderlichenfalls neue Schulstuben anzulegen — wobei ihnen indeß die Kirchen, wenn diese des Vermögens sind, zu Hülfe kommen sollen — und die vorhandenen zu erweitern ²⁾, auch für die Heizung derselben zu sorgen ³⁾.

Die Schuldiener aller christlichen Confessionen bedürfen vor dem Antritte ihres Amtes der landesfürstlichen Bestätigung und sind auf die Beobachtung der Gesetze und der Landesverfassung zu beeidigen. In Allem, was das Amt und dessen Verwaltung betrifft, stehen sie unter der ihnen vorgesetzten verfassungsmäßigen Behörde; dagegen sind dieselben hinsichtlich ihrer bürgerlichen Verhältnisse und Handlungen, so wie bei Straffällen, die nicht bloß disciplinarischer Beschaffenheit sind, der weltlichen Obrigkeit unterworfen ⁴⁾.

Sowohl vor der ersten Anstellung, als auch bei jeder

1) Diese Verbindlichkeit trifft auch die Filialgemeinden, wenn nicht durch Observanz ein Anderes hergebracht ist. Kirch. Ordn. von 1709. Kap. XVIII. §. 3. Erkenntn. des Ober-Land. Ger. vom 23. August 1821. J. C. Dohnsen c. Halle.

2) Landes-Ordn. Art. 103. — Kirchen-Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XVI. §. 10. — Landesf. Rescr. vom 28. Juni 1764 und landesf. Declarat. vom 6. August 1802. Promt. I. 68 und II. 332. — Vergl. Eichhorn, Kirchenrecht Th. 2. S. 803. — Pagemann, Landwirthschaftsrecht §. 250.

3) Verordn. vom 16. März 1823. Nr. 16.

4) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 226 und 228.

spättern Besetzung werden die Schullehrer geprüft ⁵⁾; für die Prüfung der Candidaten des höhern Schulamts ist unterm 10. Januar 1839 ein besonderes Reglement ergangen. Wenn die Besetzung einer Schulstelle vom Landesfürsten auf den Vorschlag des Consistoriums geschieht, so soll besonders auf die Seminaristen Rücksicht genommen ⁶⁾ und darauf gesehen werden, daß die auf schlechteren Stellen stehenden Schuldiener auf bessere befördert, und die Candidaten zuerst auf den minder einträglichen Stellen angestellt werden ⁷⁾.

Das Einkommen der Schullehrer besteht in fixem Gehalte, in der Einnahme an Schulgelde, in Naturalien und Accidentien. In den Landgemeinden erhält der Schullehrer statt des Schulgeldes ein mit der Zahl der Schulkinder steigendes und fallendes Fixum aus der mit der Gemeindecasse verbundenen Schulgeldcasse, welches auf die Weise bestimmt wird, daß auf jedes nicht befreiete Schulkind jährlich ein Thaler gerechnet wird. Ausgenommen von dieser Berechnung werden: die Kinder und Waisen der Prediger und Schullehrer; wenn die Aeltern mehr als drei Kinder zu gleicher Zeit in die Schule schicken, das vierte und die ferneren Kinder, bei Armen schon das dritte; die durch Krankheit drei Monate hindurch am Schulbesuche behinderten Kinder während dieser Zeit. Die in Folge von Erlassen wegen Unvermögens entstehenden Ausfälle werden, wenn der Schulgeldcasse nicht besondere Zuschüsse zufließen, aus der Armen- und Gemeindecasse gedeckt. Nachdem die Einnahme der Land-Schullehrer auf diese Weise fixirt ist, sind dagegen alle, statt des Schulgeldes oder eines Theils desselben dem Schullehrer von der Gemeinde oder von einzelnen Einwohnerclassen entrichteten Vergütungen durch Naturalien, Dienste, Grund-

5) Landesf. Refcr. vom 19. Febr. 1754. — Privilegien der Landsch. vom 9. April 1770. Art. 3. Promt. II. 201 und 325.

6) Landesf. Refcr. v. 7. Octbr. 1755 und 24. Octbr. 1776. Promt. II. 325.

7) Verordn. vom 14. April 1814. Nr. 55. §. 4.

stücke u. weggefallen ⁸⁾). Diejenigen Landschullehrer, welche nicht mindestens 80 Thlr. jährliche Einnahme beziehen, erhalten bis zu dieser Summe einen Zuschuß aus dem Kloster- und Studienfonds ⁹⁾). Wegen der Wittwen der Schullehrer s. §. 70.

Die Schulpflichtigkeit der Kinder beginnt mit dem halben Jahre, 1. April und 1. October, bei dessen Anfange die Kinder das fünfte Jahr zurückgelegt haben ¹⁰⁾). Auf dem Lande sind hiervon ausgenommen: die Kinder der Besitzer oder Pächter größerer Landgüter, der Prediger, der Militair-Personen mit Officiersrange und der Staatsdiener erster Classe, so wie überhaupt derjenigen Ortsbewohner, welche einer dieser Abtheilungen gleich zu achten sind. Die Eltern dieser Kinder haben indeß das Recht, ihre Kinder ebenfalls in die Ortschule zu schicken, und sind dazu verpflichtet, wenn sie nicht dafür sorgen, daß die Kinder auf andere Weise den nöthigen Unterricht erhalten. Außerdem sind auch körperlich und geistig unfähige Kinder von jener allgemeinen Regel ausgenommen, so wie die Kinder, welche eine städtische Schule oder eine höhere Erziehungsanstalt, oder mit Genehmigung des Ortspredigers und der Schulbehörde von ihrem Wohnorte aus eine fremde Landschule besuchen, und diejenigen, welchen ein tüchtiger Privatlehrer gehalten wird ¹¹⁾). In den Städten und den mit einer Bürgerschule versehenen Flecken ¹²⁾ sind vom Schulbesuche, außer den dazu körperlich oder geistig unfähigen Kindern, auch diejenigen befreiet, welche regelmäßigen und wenigstens die Stelle des Unterrichts in

8) Gesetz vom 23. April 1840. Nr. 11. — Zu diesem, die Schulpflichtigkeit und das Schulgeld in den Landgemeinden betreffenden Gesetze ist ein Consistor. Auschr. vom 12. Novbr. 1840 erfolgt. G. u. B. G. Nr. 41.

9) Landt. Absch. vom 25. Mai 1835. Art. 13.

10) Gesetz vom 23. April 1840. Nr. 11. §. 2. — Desgl. v. 12. Mai 1840. Nr. 20. §. 1.

11) Gesetz vom 23. April 1840. Nr. 11. §. 3 und 4.

12) Diese sind: Calvörde, Eschershausen und Vorsfelde. Consistor. Auschr. vom 12. Novbr. 1840. G. u. B. G. Nr. 41.

einer niedern Bürgerschule ersetzenden Privatunterricht genießen ¹³⁾. Die Schulpflichtigkeit währt bis zu der kirchlichen Confirmation oder, wenn das Kind einer Religionsgesellschaft angehört, der diese Feierlichkeit fremd ist, bis zur Erreichung des confirmationsfähigen Alters ¹⁴⁾. Schulversäumniß nach Willkühr der Eltern wird an diesen mit Geld und, eintretenden Falls, Gefängniß bestraft ¹⁵⁾.

§. 74.

V. Armen-Anstalten.

Jede Gemeinde ist verpflichtet, ihre Armen zu ernähren und denselben erforderlichen Falls eine Wohnung zu verschaffen. Es soll zu dem Ende in jedem Orte eine Armen-Anstalt bestehen, deren Ausgaben durch die ihr zustehenden Fonds und durch die sonst ihr angewiesenen ständigen und zufälligen Einnahmen, erforderlichen Falls auch durch Beiträge von den Gemeinde-Einwohnern bestritten werden ¹⁾. Zu den zufälligen Einnahmen sind besonders die milden Beisteuern bei frohen Begebenheiten ²⁾, und für die städtischen Armencaffen die erkannten Polizeistrafgelder und die nothwendigen Beiträge bei Errichtung von Testamenten, Contracten u. zu rechnen ³⁾. Aus den auf dem Lande aufkommenden Polizeistrafgeldern, Abgaben bei Errichtung von Contracten u. sind besondere Amts-Armencaffen gebildet, welche dazu dienen, den Land-

13) Gesetz vom 12. Mai 1840. Nr. 20. §. 2 und 3.

14) Gesetz vom 23. April 1840. Nr. 11. §. 8. — Desgl. vom 12. Mai 1840. Nr. 20. §. 5.

15) Ebendas. §. 7. — Die wegen Schulversäumniß in den Langgemeinden zu erkennenden Geldstrafen sind den betreffenden Ortschulcaffen überwiesen. Minist. Rescr. vom 5. Decbr. 1840. G. u. B. S. Nr. 45.

1) Verordn. vom 24. März 1814. Nr. 49, worin zugleich die zweckmäßigste Weise, die Armen zu unterstützen, bezeichnet ist. — Desgl. vom 4. Mai 1830. Nr. 10. §. 34. — Vergl. Scholz, Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht Th. 1. Nr. V. §. 23.

2) Landesf. Aussch. vom 14. August 1745. — Verordn. vom 28. Decbr. 1746. Promt. I. 29 und 32.

3) Verordn. vom 20. Febr. 1756. Promt. II. 390.

gemeinden die Unterstützung ihrer Armen zu erleichtern ⁴⁾. Bei der Abnahme der Gemeinde-Armen-Rechnungen, die auf dem Lande von den Predigern, und zwar unentgeltlich, geführt werden müssen ⁵⁾, wird es eben so gehalten, als in Ansehung der Gemeinde-Rechnungen vorgeschrieben ist ⁶⁾.

Ueber das den Armen-Anstalten zustehende Erbrecht in den Nachlaß der von denselben unterstützten Armen s. §. 295. In der Stadt Braunschweig sind alle den eingezeichneten Armen eingegebenen Kleidungsstücke, Betten, Flachs, Wolle, Nahrungsmittel u. dem bürgerlichen Verkehre völlig entzogen, und das Aneignen von solchen, mit dem Stempel der Armen-Anstalt versehenen Sachen ist bei Strafe verboten ⁷⁾.

In Betreff der Behandlung armer Kranken und der Aufbringung der dadurch verursachten Kosten ist unterm 5. Juli 1826. Nr. 17 eine besondere Verordnung ergangen; wenn die Krankheit chronisch ist, so sollen die armen Kranken in das Armen-Krankenhaus aufgenommen werden. Zur Unterstützung kranker oder verunglückter Gesellen bestehen bei den Gilden besondere Gesellen-Krankencassen ⁸⁾. Den für einzelne Städte oder für einzelne Einwohner-Classen bestehenden Privat-Armenanstalten und ähnlichen Instituten sind in der Regel die Rechte der milden Stiftungen beigelegt ⁹⁾.

4) Cammer-Rescr. vom 24. Decbr. 1816. — Desgl. vom 9. April 1818. Bege I. 4.

5) Landesf. Rescr. vom 18. Febr. 1771. Promt. I. 31. — Vergl. Consistor. Ausfchr. vom 16. August 1818. Bege III. 4. — Cammer-Rescr. vom 9. April 1818. Bege I. 4. — Die Armen-Verwaltung geschieht in der Regel durch Armen-Collegien, die für jeden Gemeindebezirk angeordnet sind und in welche auch die Besizer und Pächter der Cammer-, Kloster- und Rittergüter eintreten können. Minister. Resolut. für mehrere Mitglieder der Ritterschaft vom 16. März 1842.

6) Verordn. vom 16. Novbr. 1805. Promt. I. 34. — Ueber die verbesserte Einrichtung der Armen-Anstalten in der Stadt Braunschweig besteht eine besondere Verordn. v. 6. Febr. 1815. Nr. 3.

7) Verordn. vom 24. März 1814. Nr. 49. §. 3.

8) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 113.

9) z. B. der in Braunschweig errichteten Pflege-Anstalt für dürftige Kinder (Bekanntmach. der Kreisdirect. Braunschweig vom 20. Juli

Beiträge zu Zwecken der Wohlthätigkeit dürfen nur mit polizeilicher Genehmigung und unter polizeilicher Beaufsichtigung gesammelt werden ¹⁰⁾.

§. 75.

VI. Sonstige milde Stiftungen.

Von den für das ganze Land, außer den angeführten, noch bestehenden milden Stiftungen sind besonders folgende von Wichtigkeit:

a) Das Armen-Krankenhaus ¹⁾ und die Entbindungs-Anstalt zu Braunschweig.

b) Die in dem St. Alexii Pflegehause zu Braunschweig bestehende Irren-Anstalt ²⁾.

c) Das von Privatpersonen errichtete Blinden- und Taubstummens-Institut zu Braunschweig ³⁾.

d) Das Waisenhaus daselbst ⁴⁾.

Von den Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Societäten ist §. 125 flg. die Rede.

1837. G. u. B. G. Nr. 32.), den in Wolfenbüttel und in Holzminden bestehenden Stiftungen für dortige verarmte christliche Kaufleute, deren Wittwen und Kinder (Bekanntm. der betreffenden Kreisdirectionen vom 15. Juni 1837. Nr. 25 und vom 22. Novbr. 1839. Nr. 30.), der Stiftung für verarmte Brauer, deren Wittwen und Kinder in Wolfenbüttel (Bekanntmach. der dortigen Kreis-Direction vom 7. Januar 1840. Nr. 4.). — Ueber die Armen-Anstalten in Braunschweig s. die Beschreibung dieser Stadt von Schröder und Ußmann S. 216 flg.

10) Verordn. vom 30. August 1839. Nr. 21.

1) In dasselbe sollen besonders die an chronischen Krankheiten leidenden Arme aufgenommen werden. Verordn. vom 5. Juli 1826. Nr. 17. §. 7.

2) Ueber die Bedingungen der Aufnahme s. Cammer-Rescr. vom 8. Decbr. 1832. Bege III. 301.

3) Bekanntmach. des Stadt-Magistr. zu Braunschw. vom 26. Decbr. 1827.

4) Dasselbe ist zwar zunächst nur für die Stadt Braunschweig bestimmt, indeß werden unter besonderen Umständen auch Waisen aus anderen Landestheilen darin aufgenommen.

F. Gewerbe und Handel.

I. Gewerbe.

§. 76.

A. Allgemeines.

Sichhorn, §. 375.

Der Gewerbebetrieb wurde früher als eine rein städtische Nahrungsquelle angesehen, von welcher das Land völlig ausgeschlossen war und worauf den Städten Privilegien ertheilt wurden ¹⁾. Mit der Zunahme der Bevölkerung und des Culturzustandes auf dem Lande zeigte sich indeß die strenge Aufrechterhaltung dieses Principis als unthunlich; man sah die Nothwendigkeit ein, auch in den Dörfern Handwerker zuzulassen, strebte jedoch dahin, die Anzahl derselben so viel als möglich zu beschränken und sie auf einzelne, für das Land unentbehrliche Gewerbe zu verweisen ²⁾. In dieser Beschränkung wird das Princip auch jetzt noch befolgt, so daß sich ohne landesfürstliche Erlaubniß in den Dörfern nur Grob- und Hufschmiede, Böttcher, Rademacher, Dachdecker, Maurer, Zimmerleute, Bäcker, Schuhmacher, Schneider, Tischler, Weber, Papiermacher und Töpfer, auf dem Harze auch Nagelschmiede, und zwar nicht mehr als das Bedürfniß eines jeden Ortes erfordert, niederlassen dürfen ³⁾. Die Handwerker in den Städten traten schon früh in Gilden zusammen, an welchen jetzt auch die Handwerker auf dem Lande Theil nehmen.

1) Vergl. Mittermaier, Deutsch-Privatrecht Th. 1. §. 136. 138 und 140. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 46.

2) Landt. Abschied vom 5. Juni 1597. Art. 31. — Desgl. vom 10. Octbr. 1682. Art. 26. — Schatz-Ordn. vom 10. Juli 1719. s. v. Landschaft. — Landesf. Rescr. vom 27. Novbr. 1722. — Verordn. vom 10. Mai 1749. — Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 64. Promt. II. 65. — v. Selchow, Anfangsgr. des br. lüneb. Privatrechts. §. 188.

3) Gewerbe- und Gilde-Ordn. vom 29. Octb. 1821. §. 17. — Nach einem Beschlusse der Landes-Direction in der IVten Sitzung gehört zu den fragl. Gewerben auch das Hauschlachten. — Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 132. — Hagemann a. a. D. §. 47.

B. G i l d e n.

§. 77.

I. Einleitung.

Eichhorn, §. 381 und 382.

Unter Gilden, Zünften, Innungen werden Corporationen von Handwerkern verstanden, welche vom Staate als juristische Personen anerkannt sind und das Recht haben, Gewerbe ausschließlich zu betreiben und ihre Mitglieder zur Beobachtung des Zunftgesetzes anzuhalten. In ältester Zeit, und zwar schon im 12ten Jahrhunderte ¹⁾, bestanden Zünfte, indeß damals nur in den Städten, wo dieselben durch ihre Theilnahme am Regimente einen wesentlichen Einfluß auf die Ausbildung des Städtewesens äußerten ²⁾. Mit der zunehmenden Wohlhabenheit der Städte wuchs das Ansehen und die Gewalt der Zünfte, zugleich aber auch ihr eigenmächtiges Bestreben, die ihnen ertheilten Privilegien auszu dehnen, so daß im 17ten Jahrhunderte mehrere Verordnungen gegen die bei den Gilden eingerissenen Mißbräuche nöthig wurden ³⁾. Als im Verlaufe der Zeit die Handwerke sich mehr über das platte Land verbreiteten, trat die Nothwendigkeit ein, die Errichtung von Gilden auch in einzelnen Flecken zu gestatten und das ganze Land in Gildes-Districte abzutheilen, d. h. zu bestimmen, welchen städtischen Gilden die in gewissen Bezirken wohnenden Land-Handwerker sich anzuschließen hätten ⁴⁾. Hierdurch sollten indeß keineswegs die Gildegenossen mit der Ausübung ihres Handwerks auf den ihnen angewiesenen Gildebezirk beschränkt sein ⁵⁾. Ueber die

1) Eichhorn, Deutsche Rechtsgeschichte §. 312. — Runde, Deutsches Privatrecht §. 463. — Ribbentrop, Geschichte und Beschreibung der Stadt Braunschweig, Einleitung S. XXII. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 46.

2) Eichhorn a. a. D. §. 432. — Runde a. a. D. §. 468. — Mitztermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 136. — Eichtenstein, Vorrede zu Wolterbeck's Promt. der Landesgesetze S. II.

3) S. Promt. I. 394 Note.

4) Promt. I. 394 flg.

5) Landesf. Rescr. vom 14. März 1797. Promt. I. 398. — Vergl. Gilde-Ordn. vom 29. Decbr. 1821. §. 9.

innere Verfassung der Gilden enthielten die Verordnungen vom 26. Septbr. 1692 und vom 4. März 1765 die erforderlichen Vorschriften. Während der westphälischen Regierungszeit waren sämtliche Gilden aufgehoben und es wurden dieselben erst im Jahre 1821 ⁶⁾, und zwar in der Art, wie sie im Jahre 1807 bestanden hatten, wieder in's Leben gerufen, so daß auch die früheren Gildebezirke wieder hergestellt wurden. Es erschien indeß zugleich unterm 29. Octbr. 1821 eine neue Gilde-Ordnung, wodurch nicht nur die älteren Gilde-Ordnungen und alle der neuen entgegenlaufenden Bestimmungen, sondern auch sämtliche Gildebrieft und Privilegien, ausgenommen die *titulo oneroso* erworbenen, aufgehoben wurden. Das in der Usurpationszeit eingezogene Gilde-Vermögen erhielten die hergestellten Gilden, so weit es noch vorhanden war, zurück, und wegen des veräußerten Vermögens blieb denselben vorbehalten, ihre Zuständigkeit im Wege Rechts auszumachen. Diejenigen, welche ihr Gewerbe bis dahin auf Gewerbescheine betrieben hatten, mußten ohne Weiteres in die hergestellten Gilden aufgenommen werden. Ausgenommen von der Zunftsteinrichtung wurden die Großhändler, Spediteure, Inhaber von Fabriken und Manufacturen, deren Waaren größtentheils in das Ausland gehen, Banquiers, Geldwechsler und Künstler. Auch die Handelszünfte, welche unter verschiedenen Namen, als Kaufmanns- und Kramer-Innungen, Gewandschneider-Gilde, großes und kleines Victualien-Amt, bestanden hatten, wurden nicht wieder hergestellt und es wurde der desfallige Vorbehalt im Jahre 1835 völlig aufgegeben ⁷⁾.

§. 78.

2. Eintheilung und öffentliches Verhältniß der Gilden.

Sichhorn, §. 383 und 385.

Die Gilden sind entweder einfache oder zusammengesetzte,

6) In Folge eines mit der im Jahre 1819 berufenen Landschaft gefaßten Beschlusses.

7) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 1. 5. 13 u. 14. — Gesetz vom 11. Mai 1835. Nr. 32.

Gesammt-Gilden, d. h. solche, welche von mehreren Handwerkern, die zwar verschiedene, aber sich ähnliche oder nahe berührende Gewerbe treiben, gebildet werden ¹⁾. Sämmtliche Gilden unterstützen erforderlichen Falls ihre wandernden Gesellen ²⁾, und sind deshalb »geschenkte« Gilden. Geschlossene Gilden, d. h. solche, die nur eine gewisse Anzahl von Meistern aufnehmen, giebt es nicht mehr ³⁾.

Das Zunftwesen ist eine polizeiliche Anstalt, weshalb der Staat das Recht hat, über die Einrichtung der Gilden zu verfügen, sie aufzuheben, ihre Grenzen und Befugnisse zu bestimmen und ihre Statuten abzuändern, ohne daß die Gilden hiergegen ein *jus quaesitum* vorschützen können ⁴⁾. Hieraus folgt zugleich die Befugniß des Staats, Freimeister, d. h. der Gilde-Ordnung nicht unterworfenen Meister, zuzulassen, und auch auf andere Weise von den Vorschriften der Gilde-Ordnung zu dispensiren ⁵⁾.

Die Gilden stehen zunächst unter Aufsicht und Leitung der Lokalbehörden, und zwar in den Städten unter der Behörde, welcher die Polizeiverwaltung übertragen worden, und auf dem Lande unter den Aemtern. Die Lokalbehörden haben über die Beobachtung der bestehenden Vorschriften zu halten, die erforderlichen Berichte an die oberen Behörden zu erstatten, die Zunftrechnungen abzunehmen, die Zunftsigel zu bewahren, Beschwerden in Gilde-Angelegenheiten zu untersuchen und entweder selbst darüber zu verfügen, oder die Entscheidung der vorgesetzten Behörde einzuholen, auch die obrigkeitlichen Gilde-Deputirten, jedoch nach vorher eingeholter Genehmigung der Kreis-Direction, anzustellen ⁶⁾.

Dem obrigkeitlichen Gilde-Deputirten, welcher seine

1) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 2 und 7.

2) Ebendas. §. 94.

3) Ebendas. §. 10.

4) Vergl. v. Selchow, Anfangsgründe des br. lüneb. Privatrechts §. 189.

5) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 6.

6) Ebendas. §. 25 und 26. — Landesf. Rescr. vom 13. Decbr. 1828. — Minister. Rescript vom 17. Octbr. 1835. Nr. 58.

Function bei mehreren Gilden versehen kann, aber nicht selbst Gilde-Mitglied sein darf ⁷⁾, liegt die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung bei der Gilde, die Aufsicht über das Gilde-Vermögen und die Anweisung aller nicht fixirten gewöhnlichen Ausgaben aus der Gildecasse ob; er muß allen Gilde-Versammlungen beiwohnen, verwahrt die Zunft- oder Handwerks-Siegel und öffnet die an die Gilde gerichteten Briefe ⁸⁾.

Die Aufnahme von Gilde-Mitgliedern darf bei Strafe der Nichtigkeit nicht anders, als durch eine schriftliche Verfügung der vorgesetzten Polizei-Behörde geschehen. Dazu qualificirten Inländern darf die Aufnahme ohne erhebliche Ursache nicht versagt werden; zu der Aufnahme von Ausländern ist die landesfürstliche Genehmigung erforderlich ⁹⁾.

Wenn sich eine Gilde so sehr vermindert, daß sie nicht drei Meister zählt, so hört sie bis dahin, daß diese Zahl wieder vorhanden ist, auf, für sich zu bestehen ¹⁰⁾.

3. Innere Verfassung der Gilden.

Sichhorn, §. 383 und 384.

§. 79.

a. Verwaltung der Gilde-Angelegenheiten.

Jede Gilde wählt aus ihrer Mitte durch Stimmen-Mehrheit, wenn sie nicht über zwölf Mitglieder zählt, einen, wenn sie aber aus mehreren Mitgliedern besteht, zwei Vorsteher oder Gildemeister auf vier Jahre; die Wahl darf kein Mitglied ohne genügenden Grund abweisen ¹⁾.

Die Gildevorsteher haben in den Gildeversammlungen, unter dem Vorstehe des obrigkeitlichen Deputirten, den Gegenstand der Berathung vorzutragen, die Stimmen zu sammeln und für die Ausführung des Beschlossenen zu sorgen ²⁾;

7) Gilde-Ordn. §. 27.

8) Ebendas. §. 29 und 52.

9) Ebendas. §. 11 und 37.

10) Ebendas. §. 8.

1) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 28.

2) Wenn indeß die Führung eines Processus beschlossen ist, so müssen dazu besonders Syndiken gewählt werden. Ebendas. §. 33.

sie haben die Aufsicht und den Beschluß der Lade, so wie die Verwaltung des Zunftvermögens, worüber jährlich Rechnung abzulegen ist; sie vertreten die Gilde in und außer Gericht, führen die Aufsicht über die Gilde, wachen über die Gildegerechtfame u. Auf die Erfüllung ihrer Pflichten sind die Gildevorsteher zu beeidigen ³⁾. Eine Besoldung beziehen dieselben nicht, indeß erhalten sie die in der Gilde-Ordnung festgesetzten Gebühren für die Besorgung mancher Geschäfte, insbesondere bei der Aufnahme neuer Meister, dem Ein- und Losschreiben der Lehrlinge u. ⁴⁾ Alle Gilde-Mitglieder sind ihnen bei Verrichtung ihres Amtes Achtung schuldig ⁵⁾. Der in die Gilde zuletzt aufgenommene Meister muß den Gildevorstehern, wo keine Gilbediener oder Boten angestellt sind, bei ihren Amtsverrichtungen zu Hülfe kommen, wofür er von den Beiträgen zur Gildecasse befreit bleibt ⁶⁾.

Jede Gilde muß sich jährlich wenigstens ein Mal versammeln. In dieser Hauptversammlung soll ein Abschnitt der Gilde-Ordnung verlesen, über den Zustand der Gildecassen, die Zahl der aufgenommenen Meister und losgesprochenen Lehrlinge und dergl. Nachricht gegeben, die Wahl der Vorsteher vorgenommen, die Abrechnung der abgehenden Gildemeister zur Monitur vorgelegt und die Gildelade mit Geld und Papieren dem neuen Vorsteher überliefert werden ⁷⁾.

Unnütze Zusammenkünfte der Gildegenossen dürfen nicht gestattet und die erlaubten müssen in Gegenwart des obrigkeitlichen Deputirten gehalten, auch drei Tage vorher den Mitgliedern angesagt werden. Diese sind bei Strafe gehalten, in den angeordneten Versammlungen zu erscheinen, oder sich vorher genügend zu entschuldigen; auswärtz wohnende Mitglieder brauchen indeß der Zusammenkunft nur ein Mal

3) Ebendas. §. 30 und 31.

4) Ebendas. §. 35.

5) Ebendas. §. 34.

6) Ebendas. §. 36.

7) Ebendas. §. 45.

jährlich beizuwohnen ⁸⁾. In den Versammlungen darf nur über eigentliche Gilde-Angelegenheiten berathschlagt und insbesondere sollen dabei keine Trink- oder Speisegelage gehalten werden ⁹⁾. Zusammenkünfte verschiedener Gilden sind nur bei ganz besonderen Veranlassungen zu gestatten ¹⁰⁾.

Die in einer Gildeversammlung nicht erschienenen Mitglieder müssen dem, was zwei Dritttheile der anwesenden beschlossen haben, vorausgesetzt, daß sie bei wichtigen und außergewöhnlichen Geschäften von dem Gegenstande der Berathung bei der Vorladung in Kenntniß gesetzt sind, beitreten ¹¹⁾. Beschlüsse, gegen welche der obrigkeitliche Deputirte Einspruch gethan hat, dürfen nicht zur Ausführung kommen, bevor die Obrigkeit darüber entschieden hat ¹²⁾. Hinsichtlich der von den Gilden etwa zu contrahirenden Schulden finden die hierüber für die Gemeinden bestehenden gesetzlichen Vorschriften Anwendung ¹³⁾.

Alle zu Zeit- und Geldverschwendungen führenden Gilde-Mißbräuche und Gewohnheiten sind abgeschafft, und sollen eben so wie alle Eigenmächtigkeiten, welche den Zweck haben, den Bestimmungen der Gilde-Ordnung oder sonstigen obrigkeitlichen Verordnungen entgegen zu wirken, auf das Nachdrücklichste bestraft werden ¹⁴⁾. Für die einer Gilde zu-

8) Ebendas. §. 39. 40 und 41.

9) Ebendas. §. 42. 46 und 47.

10) Ebendas. §. 44.

11) Daß dies auch von Beschließungen über anzustellende Proceßse gilt, bestimmt ausdrücklich §. 33 d. G. D. — Ueber die gemeinrechtliche Controverse, wie von einer Gemeinheit ein Beschluß gefaßt werden kann, der alle Mitglieder bindet, s. Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 220. — v. Wening-Ingenheim, Lehrbuch des gemeinen Civiltrechts Ites Buch §. 102. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 78. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 127.

12) Gilde-Ordn. §. 49 bis 51.

13) Ebendas. §. 55.

14) Ebendas. §. 56 und 57. — Die Gilde-Ordn. hebt hierbei speciell das Verschreien oder s. g. Schimpfen einzelner Gilden und Gildegenossen hervor, so wie jede heimliche Verabredung mit auswärtigen oder inländischen Gilden.

erkannten Geldstrafen haften, wo die Gesetze nicht ein Anderes bestimmen, die Mitglieder solidarisch ¹⁵⁾).

Vergleiche und Uebereinkünfte mehrerer Gilden unter einander, so wie der Mitglieder einer und derselben Gilde wegen gemeinsamer Handwerks-Gegenstände oder Einrichtungen sind ohne Genehmigung der Obrigkeit ungültig und wirkungslos; ihre Vollziehung ist strafbar ¹⁶⁾.

Jede Gilde besitzt eine Casse, deren Zweck lediglich darauf beschränkt ist, nöthigen Falls verarmte Meister, deren Wittwen und Kinder, oder kranke Gesellen zu unterstützen, und im Allgemeinen die in eigentlichen Angelegenheiten und zum Besten der Gilden aufzuwendenden Kosten zu bestreiten; Ausgaben zu anderen Zwecken sind streng verboten. Die Einnahmen der Gildecassen werden durch die Eintrittsgelder angehender Meister, die gewöhnlichen und erforderlichen Falls auch außerordentlichen Beiträge, freiwillige Gaben und die Einkünfte aus dem Gilde-Vermögen gebildet ¹⁷⁾. Außerdem bestehen bei manchen Gilden auch noch Todten- und Sterbecassen ¹⁸⁾.

b. Von den zu den Gilden gehörigen Personen.

§. 80.

a. Meister und Lehrherren.

Wer die Meisterschaft, d. h. das Recht, das Gewerbe für eigene Rechnung zu betreiben, zünftige Lehrlinge und Gesellen zu halten, und an den durch die Gilde-Ordnung den Gilde-Mitgliedern zugestandenen Gerechtsamen Theil zu nehmen, erlangen will, hat besonders nachzuweisen:

1) daß er das Gewerbe gehörig gelernt, auch die vorgeschriebenen Gesellen- und Wanderjahre ausgehalten hat;

2) daß von ihm zeither ein guter Lebenswandel geführt ist;

15) Ebendas. §. 59. — Vergl. L. 1. C. Quo quisq. ord. conv. (II. 35). — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 78.

16) Ebendas. §. 61.

17) Ebendas. §. 63.

18) Ebendas. §. 64.

3) daß er das zur Betreibung des Gewerbes unumgänglich nothwendige Vermögen besitzt;

4) daß er volljährig ist und

5) daß er der Militairpflicht gehörig Genüge geleistet hat, oder davon befreit ist.

Von den unter 1, 3 und 4 benannten Erfordernissen ist unter geeigneten Umständen Dispensation zu erlangen 1).

Wenn der Zulassung zur Meisterschaft solche oder andere, aus allgemein-polizeilichen Rücksichten hergenommene Hindernisse nicht entgegenstehen, so wird dem darum Nachsuchenden zur Nachweisung seiner Geschicklichkeit von der obrigkeitlichen Behörde, unter Zuziehung einiger Werkverständiger und bei den Bauhandwerkern 2) mit Zuziehung des Kreisbaumeisters, die Anfertigung eines Probestücks 3) aufgegeben, welches unter Aufsicht des Gildevorstehers oder eines andern angesehenen Meisters angefertigt werden muß. Das angefertigte Probestück soll in Gegenwart des obrigkeitlichen Deputirten, der Gildemeister und nicht mehrerer als fünf anderer Meister, bei den Bauhandwerkern auch des Kreisbaumeisters, besichtigt und abgenommen werden; Stimmenmehrheit der Sachverständigen entscheidet über die Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit der Arbeit. Bei einer ungünstigen Entscheidung steht dem Gesellen das Recht zu, eine nochmalige Beurtheilung der Arbeit durch andere Sachverständige zu verlangen 4).

Der neu aufgenommene Meister erhält einen Meisterbrief und hat sowohl dafür, als auch für seine Aufnahme in die Gilde gewisse Gebühren zu zahlen 5).

1) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 118 und 119. — Gesetz vom 23. Febr. 1837, Nr. 10 §. 57. — Gesetz vom 4. April 1837, Nr. 19. §. 21.

2) In Betreff des Verfahrens bei einer solchen Prüfung der Bauhandwerker ist mittelst Minister. Rescr. vom 19. Juli 1841 eine besondere Instruction ergangen.

3) Es sollen dazu zwar künstliche Arbeiten, aber keine kostbare und nur solche gewählt werden, die sich zum nützlichen Gebrauche eignen und nicht schwer zu verkaufen sind.

4) Gilde-Ordn. §. 123.

5) Ebendaf. §. 125 und 126.

Jeder Meister hat das Recht, so viele Gesellen zu halten, als die Ausdehnung seines Gewerbes nöthig macht 6); es ist ihm dagegen nicht gestattet, ohne landesfürstliche Erlaubniß Mitglied von zwei verschiedenen Gilden zu sein 7).

Die Gilderechtsame geht verloren, wenn ein Meister zu einer die Ehrlosigkeit mit sich führenden Strafe verurtheilt wird; wenn er gegen obrigkeitliche Befehle oder polizeiliche Anordnungen, welche Gewerbsfachen betreffen, sich beharrlich ungehorsam bezeigt und gewöhnliche Strafen ohne Erfolg geblieben sind; wenn er einer Veruntreuung der ihm im Gewerbe anvertrauten Gegenstände zum zweiten Male überführt wird, und wenn er zwei Jahre abwesend ist, ohne seine Gildebeiträge zu entrichten. Im letzten Falle kann indeß der Meister seine Wiederaufnahme durch Nachzahlung der Beiträge verlangen 8).

Der Meister darf sich nicht weigern, von anderen Meistern angefangene oder an fremden Orten angefertigte Arbeiten zu vollenden oder auszubessern; er darf einem andern Meister die Kunden nicht abspensig machen; er muß für die Tüchtigkeit der gelieferten Arbeit einstehen, und für die Entwendung an den ihm anvertrauten Gegenständen haften 9).

Die Meister-Wittwe in den Städten kann das Gewerbe ihres verstorbenen Ehemannes, jedoch ohne Lehrlinge halten zu dürfen, so lange fortsetzen, als sie sich nicht mit einem Manne wieder verheirathet, der dasselbe Gewerbe nicht treibt. Ausgenommen von dieser Befugniß sind die Wittwen der Maurer-, Zimmer- und Dachdeckermeister 10). Die Witt-

6) Ebendas. §. 96. — Die Befugniß ist nur dadurch beschränkt, daß die Gesellen in der Werkstatt des Meisters, oder unter dessen specieller Aufsicht arbeiten müssen.

7) Ebendas. §. 127.

8) Ebendas. §. 128 und 129. — Vergl. Crimin. Gesetzbuch §. 17. — Die Gerichte sollen in diesen Fällen immer auf Ausstoßung aus der Gilde ausdrücklich erkennen.

9) Ebendas. §. 132, 133 und 134. — Verordn. vom 22. Juni 1826. Nr. 16. §. 4.

10) Gilde-Ordn. vom 29. Octb. 1821. §. 135. — Verordn. vom 13. Decbr. 1828. Nr. 23. — Verordn. vom 5. Juni 1833. Nr. 13.

wen zünftiger Meister auf dem Lande haben die Ausfertigung der Concession auf ihren Namen zu erwirken und die darin etwa wegen Annahme zünftiger Gesellen u. zu machenden Bedingungen zu erfüllen ¹¹⁾).

§. 81.

b. Gesellen und Lehrlinge.

Bei Aufnahme der Lehrlinge darf kein Unterschied zwischen Geburt, Stand und Religion gemacht werden. Es soll aber kein Lehrling angenommen werden, der nicht lesen, schreiben und nothdürftig rechnen kann. Der Betrag des Lehrgeldes und die Dauer der Lehrzeit hängt von der darüber getroffenen Uebereinkunft ab, indeß soll die Lehrzeit auf nicht weniger als drei und auf nicht mehr als sechs Jahre bestimmt, und im Falle kein Lehrgeld bezahlt wird, nicht über ein Viertel der gewöhnlichen Dauer derselben verlängert werden. Der Lehrvertrag tritt erst nach einer vierwöchigen Probezeit, die der Lehrling zu bestehen hat, in Kraft, nach deren Ablauf der Lehrmeister den Lehrling mit Genehmigung des obrigkeitlichen Deputirten und der Gildevorsteher in das bei der Gilde geführte Register eintragen zu lassen hat ¹⁾. Der Meister ist verpflichtet, für das Wohl und den Unterricht des Lehrlings angelegentlich zu sorgen, und es steht ihm, nicht aber auch dem Gesellen, das Recht einer mäßigen Züchtigung des Lehrlings zu. Eine Ueberschreitung dieses Befugniß des Meisters und eine Vernachlässigung seiner Pflichten gegen den Lehrling können auf das Gutachten des Gilde-Deputirten und des Gildevorstehers zur Auflösung des Lehrcontracts führen, in welchem Falle der Lehrling auf Kosten seines bisherigen Lehrherrn bei einem andern Meister unterzubringen ist ²⁾. Anderer Seits steht es dem Meister zu, einen Lehrling, welcher zum zweiten Male aus der Lehre entwichen und länger als vier Wochen abwesend geblieben ist, nicht wieder in die

11) Gesetz vom 4. April 1837. Nr. 19. §. 48.

1) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 65—70.

2) Ebendas. §. 72 und 73.

Lehre zu nehmen, auch hat der Meister das Recht, den Lehrling, wenn dieser sich grobe Veruntreuungen, harte Widerseßlichkeiten, vorsätzliche Beleidigungen des Meisters und seiner Familie, und fortdauernden schlechten Lebenswandel, aller Ermahnungen und Bestrafungen ungeachtet, zu Schulden kommen läßt, mit Genehmigung des Gildevorstehers und des obrigkeitlichen Deputirten aus der Lehre fortzuschicken. In einem solchen Falle, so wie auch, wenn der Lehrling wegen gänzlicher Unfähigkeit zur Erlernung des Gewerbes von dem Gildemeister aus der Lehre entlassen wird, wenn der Lehrling vor beendigter Lehrzeit ein anderes Gewerbe ergreifen will und wenn derselbe stirbt, erhält der Lehrmeister das Lehrgeld nach Verhältniß der ausgehaltenen Lehrzeit und außerdem für seine Mühe eine angemessene Entschädigung, die aber den halbjährigen Betrag des Lehrgeldes nicht überschreiten darf ³⁾. Der Meister darf die Lehrzeit nur dann abkürzen, wenn der Lehrling die erforderliche Geschicklichkeit erlangt hat; ein Erlaß an der Lehrzeit kann nur unter besonderen Umständen eintreten ⁴⁾. Vor der Entlassung aus der Lehre muß der Lehrling nachweisen, daß er die einem Gesellen nöthige Geschicklichkeit erlangt hat. Die Lossprechung geschieht in Gegenwart der Gildevorsteher und des obrigkeitlichen Deputirten, worauf der Lehrbrief ausfertigt wird ⁵⁾.

Jeder Geselle, welcher einen ordnungsmäßigen Lehrbrief, oder da, wo keine Gildeverfassung ist, ein obrigkeitliches Attest über seine Gesellen-Qualität aufzuweisen hat, soll überall als solcher angesehen werden, und es verliert derselbe an seinen Gesellenrechten nichts, wenn er bei einem nicht zünftigen Brodherrn, bei Künstlern oder Fabrikanten gearbeitet, wenn er Monate oder Jahre lang mit seinem Hauptgeschäfte sich nicht beschäftigt, oder eine Zeit lang als Dienstbote in Dienst gestanden hat ⁶⁾.

3) Ebendaf. §. 74—77.

4) Ebendaf. §. 78.

5) Ebendaf. §. 79 flg.

6) Ebendaf. §. 83 und 84.

Um Meister werden zu können, muß der Geselle als solcher wenigstens 5 Jahre lang in seinem Hauptgewerbe gearbeitet und 3 Jahre gewandert haben; die Wanderschaft darf indeß nicht vor dem 18ten Jahre begonnen werden. Das Wanderbuch muß eine genaue Nachweisung über das Betragen der Gesellen in der Fremde enthalten 7).

Hinsichtlich der einwandernden Gesellen soll eine geordnete Vertheilung Statt finden 8). Der Vertrag zwischen Meister und Gesellen, der den Parteien überlassen bleibt, wobei indeß die stillschweigende Voraussetzung stattfindet, daß der Meister nicht durch unvorhergesehene Umstände verhindert werde, dem Gesellen Arbeit zu geben, tritt erst nach einer 8- bis 14tägigen Prüfungszeit in Kraft; der Geselle, welcher während dieser Zeit den Dienst verläßt, darf vor Ablauf eines Vierteljahrs an den Ort nicht zurückkehren. Können sich Meister und Gesellen über den Vertrag nicht einigen, und liegt die Schuld an dem Gesellen, so muß dieser weiter wandern und darf vor Ablauf eines Monats nicht zurückkehren 9). Der Meister ist, wenn wegen der Dienstzeit keine Verabredung getroffen worden, nur insofern dabei an eine Zeit gebunden, als die Aufkündigung Sonntags und zwar Mittags geschehen muß; durch Stillschweigen wird die Verbindung auf eine Woche erneuert. Der Geselle muß 8 Tage vor seinem beabsichtigten Abgange den Dienst aufkündigen, und nur wenn die Kündigung vierzehn Tage vor den hohen Festen, so wie vor Beendigung einer angefangenen Arbeit, insofern Stückweise gelohnt wird, geschieht, ist der Meister nicht schuldig, sich darauf einzulassen. Ohne Kündigung darf der Geselle den Dienst verlassen, wenn der Meister sich an ihm vergreift, seinem guten Rufe zu nahe zu treten sucht, oder ihm den Lohn ungerechter Weise vor-enthält; und der Meister kann den Gesellen sofort entlassen, wenn der Geselle ihn, oder seine Familie beleidigt hat, sich

7) Ebendaf. §. 86 flg. und 98.

8) Ebendaf. §. 97 flg. und 109.

9) Ebendaf. §. 100 und 101.

gegen den Meister widerspenstig bezeigt, ohne Erlaubniß des Meisters ein zum Gewerbe gehöriges Geschäft betreibt, die Frau oder Kinder des Meisters zum Bösen verleitet, auf Diebereien oder Veruntreuungen betroffen wird, mit Feuer und Licht unvorsichtig umgeht, ohne Erlaubniß des Nachts aus dem Hause bleibt, wider den Willen des Meisters an Arbeitstagen feiert und die gewöhnliche Arbeitszeit ungebührlich verkürzt. Ein aus diesen Ursachen entlassener Geselle muß sofort weiter wandern und darf vor Ablauf eines Vierteljahrs nicht zurückkehren ¹⁰⁾, wogegen dem Gesellen, der nicht wegen eigener Verschuldung entlassen oder aus dem Orte verwiesen ist, freisteht, sogleich wieder an demselben Orte bei einem andern Meister in Arbeit zu treten ¹¹⁾. Der für ein Jahr rückständige Gesellenlohn hat das dem Gesindelohne gebührende Vorzugsrecht ¹²⁾.

Zum Unterkommen für die wandernden Gesellen bestehen Herbergen unter genauer polizeilicher Aufsicht, und zur Verpflegung kranker, oder verunglückter Gesellen Kranken-Cassen, zu denen jeder Geselle gewisse Beiträge zu leisten hat ¹³⁾.

Alle Handwerksgebräuche der Gesellen sind abgeschafft, insbesondere dürfen letztere eine Aufsicht oder ein Strafrecht über Gesellen und Meister nicht ausüben wollen, oder sich gesetzwidrige Eigenmächtigkeiten nicht erlauben. Etwaige Beschwerden haben sie bei den Gildevorstehern oder dem obrigkeitlichen Deputirten zu führen ¹⁴⁾.

Das Heirathen der Gesellen ist in der Regel verboten ¹⁵⁾.

§. 82.

4. Rechte der Gilden gegen einander und gegen ihre Mitglieder.

Jede ungesetzliche Eigenmächtigkeit der Gilden, insbe-

10) Ebendas. §. 106. 107 und 108.

11) Ebendas. §. 110.

12) Ebendas. §. 102.

13) Ebendas. §. 112 und 113.

14) Ebendas. §. 114 flg.

15) Ebendas. §. 85.

sondere das Verschreien oder Schimpfen einzelner Gilden oder Gildegenossen, so wie das eigenmächtige Verdrängen und Ausstoßen aus der Gilde ist bei nachdrücklicher Strafe verboten ¹⁾).

Estrafen, welche durch die Gilde-Ordnung angedroht sind, dürfen nicht von den Gilden oder deren Vorstehern, sondern nur vom obrigkeitlichen Gilde-Deputirten erkannt werden. Gegen eine solche Entscheidung findet der Recurs an die vorgesetzte Behörde statt ²⁾. An Beiträgen zur Gildedecasse und an Gebühren dürfen von den Gildemitgliedern nur die in der Gilde-Ordnung genehmigten gefordert und genommen werden ³⁾.

§. 83.

5. Rechte der Gilden gegen Dritte.

Durch die Gildebezirke wird die Befugniß, bei jedem beliebigen Meister arbeiten zu lassen, auf keine Weise beschränkt, wie denn auch die Bauhandwerker im ganzen Umfange des Herzogthums die von ihnen gefertigten Arbeiten aufstellen und einrichten dürfen, und einem Jeden erlaubt ist, von inländischen Handwerkern aus anderen Orten in seiner Wohnung Arbeiten anfertigen zu lassen. Eben so steht auch den Gilden kein Widerspruchsrecht gegen den Verkauf der zu ihrem Gewerbe gehörigen Waaren, selbst, soweit nicht ein Anderes verordnet ist, wenn diese vom Auslande eingeführt worden, durch Kaufleute innerhalb der Grenzen der polizeilichen Ordnung zu ¹⁾).

Es ist jedermann erlaubt, für Andere ohne Vergeltung seiner Mühe, oder für sich selbst und seine Familie Arbeiten eines Handwerks zu verfertigen, oder für sich durch seine Dienstboten anfertigen zu lassen. Auch ist den Inhabern von

1) Gilde-Ordnung vom 29. Octbr. 1821. §. 57. 58 und 128. — Vergl. v. Selchow, Br. lüneb. Privatrecht §. 190 flg.

2) Ebendas. §. 54.

3) Ebendas. §. 62.

1) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 9 und 23. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 1. Nr. 17.

Fabriken und Manufacturen das Recht ertheilt, alle Arten von Arbeiten, welche sie in ihrer Fabrik oder Manufactur zu Anfertigung ihrer Erzeugnisse bedürfen, auf die Art und von den Personen verfertigen zu lassen, welche sie für die Förderung ihrer Unternehmung geeignet halten ²⁾).

Den Gildegenossen ist jedes eigenmächtige Verfahren, auch wenn sie ihre Gerechtsame beeinträchtigt glauben, insbesondere das sogenannte Pfüschernjagen, streng untersagt; sie haben in solchen Fällen der obrigkeitlichen Behörde Anzeige zu machen, und die von dieser ausgehende Bestrafung zu gewärtigen ³⁾).

§. 84.

6. Gewerbe außer dem Gildeverbande.

Die Gewerbetreibenden, welche nicht im Gildeverbande stehen (aber auch die Gilde-Mitglieder, welche nicht in den Städten wohnen), bedürfen behuf ihrer Legitimationen zum Gewerbebetriebe besonderer, von den Kreis-Directionen zu ertheilenden Concessionen. Hiervon sind allein diejenigen ausgenommen, welche Spinnerei und Weberei in Leinen betreiben, indem es hierzu einer weitem Erlaubniß überall nicht bedarf. Gewerbescheine werden nur an Ausländer und Inländer zum Geschäftsbetriebe auf Messen und Jahrmärkten, zum Hausirhandel und zum hausirenden Geschäftsbetriebe ertheilt. Die Concessionen, so wie die Gewerbescheine sind persönlich, und erstere werden auf Lebenszeit, letztere dagegen nur auf das Kalenderjahr ausgestellt. Die Befugniß zum Gewerbebetriebe, welche sich auf den ganzen Umfang des Landes erstreckt, wenn nicht eine ausdrückliche, entweder gesetzlich bestimmte, oder aus gewerbepolizeilichen Rücksichten gebotene und in den Concessionen auszudrückende Beschränkung entgegensteht, geht zur Strafe aus denselben Gründen verloren,

2) Ebendas. §. 12 und 13. — Vergl. v. Bülow und Hagemann a. a. O. Bd. 7. Nr. 121.

3) Ebendas. §. 69. — Gewerbesteuer-Gesetz vom 4. April 1837. §. 49 flg.

aus welchen solches bei der Gildegerechtfame der Fall ist, soweit dieselben zutreffen können ¹⁾. (§. 80.)

Die Handwerker auf dem Lande, welche nicht Mitglieder einer Gilde werden wollen, brauchen kein Meisterstück abzulegen, sondern nur darzuthun, daß sie zur Verfertigung der für den Landmann erforderlichen Arbeiten die nöthige Geschicklichkeit besitzen; sie dürfen zwar Gehülfsen, aber keine Lehrlinge halten ²⁾. Den Wittwen solcher Handwerker kann die Fortsetzung des Gewerbes nur unter ganz besonderen Umständen gestattet werden ³⁾.

C. Insbesondere Mühlen.

§. 85.

1. Zulassung zum Müllergewerbe und Mühlen-Ordnung.

Das Müllergewerbe, welches die Befugniß umfaßt, sowohl Getreide anzukaufen, Mahlwerk daraus zu fertigen und solches zu verkaufen oder gegen Getreide zu vertauschen, als auch gegen Mahllohn zu mahlen, wird häufig außer dem Gildeverbande betrieben, und das Gesetz macht für solche Fälle die Zulassung zum Gewerbebetriebe davon abhängig, daß der Nachsuchende das Gewerbe drei Jahre erlernt, seine Geschicklichkeit nachgewiesen und sodann wenigstens drei Jahre als Geselle gearbeitet haben muß. Hiervon wird indeß eine Ausnahme bei Inhabern von Mahlmühlen, welche das Gewerbe nicht selbst, sondern durch Meistergesellen oder Administratoren betreiben lassen wollen, insofern gemacht, als diese sich nur über die gehörige Erlernung des Gewerbes auszuweisen brauchen ¹⁾. In den den Müllern zu ertheilenden Concessionen soll genau angegeben werden, mit wie viel Gängen (Rocken-, Weizen-, Graupen-, Gries-, Grütze-

1) Gewerbesteuer-Gesetz vom 4. April 1837. Nr. 19. §. 17. 28. 31. 32 und 34. — Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 9 und 20.

2) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 17.

3) Gewerbesteuer-Gesetz vom 4. April 1837. §. 48.

1) Verordn. vom 4. Januar 1841. Nr. 3.

und Delgängen) und mit welchen Gängen gleichzeitig oder abwechselnd das Gewerbe betrieben werden darf ²⁾.

Unterm 21. Decbr. 1841 ist eine allgemeine Mühlen-Ordnung ergangen, welche die Gewerbsbefugniß der Mahlmüller bestimmt und ausführliche Vorschriften über den Verkehr der Müller mit ihren Kunden, und zwar sowohl beim Mahlwerks-Verkaufe, als beim Mahlen für Mahlohn umfaßt. Diese Ordnung, welche im Ganzen gewerbepolizeilicher Natur ist, enthält nur folgende privatrechtliche Bestimmungen:

Bei dem Betriebe des Gewerbes bleiben die Preise, die Tauschbedingungen und die Festsetzung des Mahlohns der Vereinbarung beider Theile überlassen. Die Menge des zu verkaufenden oder zu vertauschenden Mahlwerks soll aber, bei Strafe der Nichtigkeit der Vereinbarung, ausschließlich nach dem Gewichte bestimmt werden, und wenn eine Vereinbarung über den Betrag des Mahlohns nicht stattgefunden hat, so gebührt als solcher dem Müller der sechzehnte Theil des Getreides. Der Müller hat das Mahlwerk genau nach der Bestellung und in so guter Qualität anzufertigen, als solches den Umständen nach thunlich ist; andern Falls steht dem Mahlgaste Anspruch auf Schadenersatz zu. Nur unter besonderen, gesetzlich bezeichneten Umständen ist der Müller befugt, das Vermahlen von Getreide zu verweigern. Dies ist namentlich bei solchem unreinen, feuchten oder verdorbenen Getreide der Fall, wodurch das Mählwerk verunreinigt oder verdorben werden kann, indem der Müller keinen Anspruch auf Schadenersatz hat, wenn sein Mählwerk durch das Vermahlen solchen Getreides leidet.

§. 86.

2. Anlegung neuer und Erweiterung älterer Mühlen.

Eichhorn, §. 270.

Die Anlegung neuer Mühlen hat seit ältester Zeit einen Gegenstand der landespolizeilichen Beaufsichtigung und der

²⁾ Minist. Refcr. vom 30. Juli 1841. Anlage.

Gesetzgebung ausgemacht ¹⁾, wodurch sich indeß in den hiesigen Landen ein eigentliches Mühlenregal nicht gebildet hat. Die älteste bekannte legislatorische Bestimmung enthält der Landtags-Abschied von 1597, indem derselbe im 22. Art. ²⁾ im Interesse der vorhandenen Mühlenbesitzer die Vorrichtung neuer Mühlen ohne Genehmigung des Landesfürsten untersagt. Dieses Verbot ³⁾ wurde später nicht nur wiederholt, sondern auch ausdrücklich auf alle Arten von Mühlen ausgedehnt ⁴⁾.

Wegen der vielen während der westphälischen Regierungszeit neu angelegten Patent-Mühlen erschien es nach Herstellung der rechtmäßigen Regierung erforderlich, das Mühlenwesen auf eine zwar dem vermehrten Bedürfnisse entsprechende, indeß den früheren Mühlenberechtigten so wenig als möglich nachtheilige Weise zu reguliren, zu welchem Zwecke die Anordnung getroffen wurde, daß alle seit dem 1. Januar 1808 entstandenen neuen Mühlen nur dann fortbestehen sollten, wenn die Besitzer innerhalb gesetzlicher Frist und in gesetzlicher Form die Erlaubniß zum Fortbetriebe der Mühlen nachsuchten und erhielten ⁵⁾. Die Anlegung neuer Mühlen oder eines neuen Mahlganges wurde wieder, wie früher, von der landesfürstlichen Genehmigung und einem Provocationsverfahren abhängig gemacht ⁶⁾, in Folge dessen über die

1) Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 236.

2) Promt. II. 175.

3) Das Verbot beschränkt sich nicht auf Mühlen-Anlagen an öffentlichen Flüssen und umfaßt auch die zum Privatgebrauche bestimmten Mühlen. Erkl. des Ob. Appellat. Ger. vom 11. Juni 1825. J. S. v. d. Schulenburg c. Wesemann. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 4. Nr. 1. — v. Selchow, Anfangsgründe des br. lüneb. Privatrechts §. 328.

4) Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 24. — Landesf. Rescr. vom 17. Novbr. 1774. Promt. II. 175. — Der gandersheimer Landt. Absch. von 1601. Art. 13 erstreckt das Verbot ebenfalls schon auf Mahl- und Windmühlen. — Vergl. Mittermaier a. a. O. §. 237.

5) Verordn. vom 3. Octbr. 1816. Nr. 12.

6) Landesf. Circul. Rescr. vom 5. Mai 1828. G. u. B. S. Nr. 14.

angemeldeten Widersprüche, wenn dieselben durch Vergleich zwischen dem Provocanten und Provocaten sich nicht beseitigen ließen, richterlich erkannt werden mußte ⁷⁾. In neuerer Zeit wurden indeß diese Bestimmungen über das Anlegen neuer Mühlen lediglich auf Mahlmühlen, d. h. solche Mühlenanlagen, welche zur Bearbeitung des Getreides zu Schrot, Mehl, Grütze, Gries oder Graupen dienen, beschränkt, so daß ein gerichtlich verfolgbares Recht des Widerspruchs gegen die Vorrichtung anderer Mühlenanlagen überall nicht mehr statt finden soll ⁸⁾, und auch gegen die Anlage von Mahlmühlen nur dann, wenn das auf derselben gewonnene Mahlwerk für das Inland bestimmt ist, indem die Legitimation zur Vorrichtung von Mahlmühlen ausschließlich zur Exportation des Mahlwerks in das Ausland lediglich nach den allgemeinen gewerbepolizeilichen Anordnungen beurtheilt werden und niemandem dagegen ein gerichtlich verfolgbares Widerspruchsrecht zustehen soll ⁹⁾. Die neueste Gesetzgebung ¹⁰⁾ ist indeß auch hierbei nicht stehen geblieben, vielmehr hat dieselbe, in Berücksichtigung, daß die älteren gesetzlichen Bestimmungen der fortschreitenden Industrie und einer angemessenen Befriedigung des Bedarfs der vermehrten Bevölkerung an Mahlwerk hinderlich waren, sowohl über die Anlegung neuer, als die Erweiterung älterer Mahlmühlen folgende Anordnungen getroffen:

1) Die Befugniß zur Anlegung und zum Betriebe neuer Mahlmühlen wird allein durch Gewerbs-Concessionen erworben, und niemandem soll ein gerichtlich verfolgbares Widerspruchsrecht dagegen, oder ein gerichtlich verfolgbarer Anspruch auf Entschädigung wegen der Beeinträchtigung des Betriebes

7) Landesf. Circul. Rescr. v. 1. Octbr. 1827. G. u. B. G. Nr. 24.

8) Landesf. Declar. vom 2. Mai 1835. Nr. 26.

9) Gesetz vom 17. Octbr. 1836. Nr. 32.

10) Gesetz vom 19. Mai 1840. Nr. 27. — Das Gesetz, wodurch alle entgegenstehenden früheren gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben sind, enthält zugleich im §. 15 Vorschriften in Betreff der bei Publication des Gesetzes auf den Grund der älteren Gesetzgebung anhängigen Prozesse.

seiner ältern Mühle durch die Concurrenz der neuen Anlage, und eben so wenig einem Mühlenbesitzer wegen der davon zu erwartenden größern Concurrenz mit dem Betriebe seiner Mühle ein gerichtlich verfolgbares Widerspruchsrecht gegen die Verlegung einer Mühlenanlage von einer Stelle zur andern, und gegen Veränderung oder Erweiterung derselben, oder ein gerichtlich verfolgbarer Anspruch auf Entschädigung wegen des daraus durch jene größere Concurrenz für ihn entstandenen Nachtheils zustehen.

2) Die Concession zur Anlegung neuer Mahlmühlen und zu dem Betriebe derselben behuf der Production von Mahlwerk ¹¹⁾ (Schrot, Mehl, Grütze, Gries oder Graupen) für das Inland werden von den Kreis-Directionen mit Genehmigung des Staats-Ministeriums ertheilt. Diese Genehmigung wird dann versagt, wenn die Vermehrung der Mühlenanlagen nicht erforderlich ist, um den Landeseinwohnern die Beschaffung ihres Mahlwerksbedarfs in angemessener Güte und ohne unverhältnißmäßige Kosten zu gewähren.

3) Einer neuen Mühlenanlage soll in Ansehung der vorstehenden Bestimmungen gleich geachtet werden:

a) Die Einrichtung einer vorhandenen Mühle auf den Betrieb mit einer Kraft anderer Art, als diejenige ist, welche bis dahin zur Bewegung der Mahlmaschinen benutzt wurde.

b) Die Benutzung einer Kraft anderer Art, neben der bisher zur Anwendung gekommenen zum Umtriebe der vorhandenen Mahlgänge.

c) Die Verlegung einer vorhandenen Mühle aus einem Gemeindebezirke in den andern; so wie

11) Die Anlage eines Graupenganges an die Stelle eines vorhandenen Rothen-, Weizen und Schrotganges, oder neben letztem zum alternativen Betriebe mit demselben ist nicht als eine neue Mühlenanlage anzusehen, wohl aber die Anlage eines Weizen-, Rothen- oder Schrotganges an die Stelle eines vorhandenen Graupenganges, oder neben und zum alternativen Betriebe mit demselben, so wie auch die Anlage eines Graupenganges für sich, oder neben andern Mahlgängen und zum sonstigen gleichzeitigen Betriebe mit demselben. Minist. Rescr. vom 30. Juli 1841. Anlage.

d) die Vermehrung der Mahlgänge ¹²⁾ in einer vorhandenen Mahlmühle.

4) Zu neuen Einrichtungen an vorhandenen Wassermühlen, welche eine bessere Benutzung des der Mühle zugehörigen Gefälles zum Umtriebe der Maschinerie bezwecken ¹³⁾, so wie zur Verwandlung einer sogenannten Bock-Windmühle in eine holländische Windmühle, oder umgekehrt der letztern in die erstere, bedarf es, sofern damit keine Vermehrung der Mahlgänge verbunden wird, einer Gewerbs-Concession nicht ¹⁴⁾, sondern nur der polizeilichen Erlaubniß. Eben so bedarf es auch zur Verlegung einer vorhandenen Mühle von einer Stelle zur andern innerhalb desselben Gemeindebezirks lediglich der polizeilichen Erlaubniß, die indeß nur mit Genehmigung des Staats-Ministeriums ertheilt werden darf.

5) Das Staats-Ministerium entscheidet darüber, ob auf den Antrag auf Ertheilung der Concession zur Anlage oder zum Betriebe neuer Mahlmühlen überhaupt eingegangen, oder ob derselbe sofort abgewiesen werden soll. Im ersten Falle hat das betreffende Amt den Antrag mittelst dreimaliger Insertion in den braunschweigischen Anzeigen und

12) Unter »Mahlgang« wird nicht der die Kraft empfangende Maschinenthail, z. B. das Wasserrad, sondern der innere Mahlgang und zugleich das Recht, die Vorrichtung zur Mahlwerksbereitung zu benutzen, verstanden. Minist. Rescr. vom 30. Juli 1841. Anlage.

13) Das Gesetz gestattet den Mühlen jede Veränderung in den Wasserrädern, also auch die Verkoppelung der Mahlgänge, welche besondere Wasserräder hatten, an ein Rad und umgekehrt, die Vorrichtung besonderer Wasserräder für alle Gänge, welche an ein gemeinschaftliches gekoppelt waren, ohne solche Veränderungen als neue Mühlenanlagen anzusehen. Auch bleibt jeder Mühle gestattet, ihre Mahlgänge zu vermehren, insofern die Vermehrung auf den Zweck beschränkt ist, eine gewisse Mahlwerks-Art mit der neuen Vorrichtung zweckmäßiger zu produciren, ohne zugleich den Betrieb im Ganzen zu vergrößern, und ohne daß dadurch das Recht erworben wird, mehr Gänge als zuvor gleichzeitig zu betreiben. Minist. Rescr. vom 30. Juli 1841. Anlage.

14) Vergl. Hagemann, Pandvirthschaftsrecht §. 218. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 4. Nr. 1. §. 4 u. 5. — Schetz, Baurecht S. 185.

mittelt öffentlichen Anschlages bekannt zu machen, zugleich alle Besitzer benachbarter Mühlen, welche eine Beeinträchtigung ihrer Nahrung durch die neue Mühlenanlage befürchten, zu einer Erklärung hierüber bei Strafe des Ausschlusses vorzuladen, und über die erhobenen Einwendungen und vorgetragenen Behauptungen eine genaue *causae cognitio* anzustellen.

6) Auf den Grund dieser Verhandlungen entscheidet das Staats-Ministerium, ob der Antrag rücksichtlich der unter N 2 erwähnten Umstände zulässig erscheint, und wenn solches der Fall ist, zugleich aber die Behauptung älterer Mühlenbesitzer vorliegt, daß die Concurrenz der neuen Anlage ihren Mühlenbetrieb beeinträchtigen werden, so wird die Zusicherung der Concession an die Bedingung geknüpft, daß der Unternehmer der Anlage jenen eine Entschädigung leiste, welche entweder in der Uebernahme einer jährlichen Geldabgabe als Reallast auf die neue Mühle, oder in einer vor Beginn des Baues ein für alle Mal zu zahlenden Summe bestehen soll. Die Festsetzung dieser Entschädigung und deren Vertheilung auf die theilhaftigen Mühlenbesitzer geschieht von der Landes-Deconomie-Commission, gegen deren Entscheidung an das Herzogl. Staats-Ministerium recurriert werden kann.

7) Bei Abgabe jener Entscheidung sollen folgende Grundsätze beobachtet werden:

a) Wenn sich aus der Lage des Gemeindebezirks, innerhalb dessen die neue Anlage beabsichtigt wird, gegen die Landesgränze und die benachbarten in- und ausländischen Mühlen, so wie aus den übrigen zu berücksichtigenden Umständen ergibt, daß die betreffende Gemeinde ihren Mähtwerksbedarf ohne unverhältnißmäßige Kosten nur auf ausländischen Mühlen beschaffen lassen kann, und die beabsichtigte neue Anlage von nicht größerem Umfange ist, als der Bedarf der Gemeinde erfordert, so hat der Unternehmer eine Entschädigung überall nicht zu leisten.

b) In anderen Fällen befreiet den Unternehmer nur der in Folge der verabsaumten Anmeldung des Entschädigungs-

Anspruchs erfolgte Ausschluß älterer Mühlenbesitzer von der Leistung.

c) Der Gesamtbetrag der Entschädigung, welche der Unternehmer jährlich, oder vor Beginn des Baues 25fach in einer Summe zu gewähren hat, wird nach dem Umfange derjenigen Production bestimmt, welche durch die neue Mühlenanlage beschafft werden kann, mithin bleibt bei deren Ermittlung der Umfang des Bedarfs der Landeseinwohner, welche sich der Mühle vor anderen bedienen möchten, unberücksichtigt.

Der Gesamtbetrag der Entschädigung darf nicht über 100 Thlr. und nicht unter 25 Thlr. jährlich für jeden Mahlgang der neuen Anlage betragen, innerhalb welcher Gränzen derselbe mit Rücksicht darauf festzustellen ist, daß der Unternehmer von dem Ertrage der neuen Mühlenanlage, neben den zu zahlenden Entschädigungen, das Anlage-Capital zu verzinsen und die Administrations- und Unterhaltungskosten zu bestreiten hat, und daß ihm die Mittel zu diesen Zwecken durch die Entschädigung nicht zu entziehen sind.

d) Von der Theilnahme an der Entschädigung sind ausgeschlossen:

1) Alle Mühlen, welche über $\frac{3}{4}$ Meilen von der Stelle der neuen Anlage entfernt liegen.

2) Die Mühlen, welche über $\frac{1}{2}$ Meile davon entfernt liegen, wenn wenigstens drei um $\frac{1}{8}$ Meile näher liegende Mühlen zusammen die doppelte Produktionskraft der neuen Anlage haben. Das Maasß dieser Entfernungen ist nach den nächsten, zu jeder Jahreszeit für gewöhnliches Landfuhrwerk gangbaren und geöffneten Wegen zu beurtheilen.

e) Nach Ausscheidung derjenigen angemeldeten Entschädigungs-Ansprüche, welche nach obigen Normen unberücksichtigt bleiben, wird der Gesamtbetrag der Entschädigung auf die übrigen Mühlenbesitzer nach Verhältniß der Produktionsfähigkeit ihrer Mühlen vertheilt. Es bleibt jedoch dem Ermessen der competenten Behörden überlassen, in Rücksicht auf die Entfernung einer der theilnehmenden älteren Mühlen von den Orten, wo sie unter sich und mit der neuen

Mühle concurriren können, ferner auf die Unterschiede der Wege, welche sie dazu in den Stand setzen, und auf die Nahrungs-Concurrenz, welche die älteren Mühlen, eine jede auf der, der Richtung nach der beabsichtigten neuen Anlage entgegengesetzten Seite, mit anderen Mühlen ausgesetzt sind, und welche sie daher veranlassen mußte, ihre Nahrung mehr oder weniger in demjenigen Bezirke zu suchen, wo die neue Mühle mit ihnen concurriren wird, von dem obigen Vertheilungs-Maassstabe in so weit abzugehen, daß sie der einen oder andern Mühle den danach berechneten Antheil nur zum Theile, jedoch nicht unter der Hälfte, zubilligen und dagegen die Antheile der übrigen, jedoch nicht über die Hälfte, erhöhen.

8) Die Rechtsverhältnisse, in welchen die alte Mühle zur Zeit der Zulassung der neuen Mühle steht, gehen auf die der alten Mühle ertheilte Berechtigung auf eine Geldabgabe oder auf eine sofort zu zahlende Entschädigungs-Summe über. Der Unternehmer wird von den aus diesen Rechtsverhältnissen hervorgehenden Ansprüchen dritter Betheiligter auf die sofort zu zahlende Entschädigungs-Summe dadurch befreiet, daß er in einem gerichtlichen Termine, zu dem er alle dritte Betheiligte, und zwar dem Gerichte bekannte speciell, andere aber edictaliter vorladen läßt, das Capital entweder an den Mühlenbesitzer zahlt, oder bei entstehendem Widerspruche dasselbe gerichtlich deponirt.

9) Von diesen gesetzlichen Bestimmungen sind indeß solche neue Mühlenanlagen ausgenommen, welche in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, oder innerhalb deren Gemeindebezirke, jedoch zum ausschließlichen Gebrauche für diese Städte, angelegt werden; auf die letzteren finden vielmehr lediglich die oben angeführten Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Octbr. 1836. № 32, die Anlage neuer Mahlmühlen zur Exportation des darauf producirten Mahlwerks in's Ausland betreffend, dergestalt Anwendung, daß in Bezug auf diese Mühlen und das übrige Land die fraglichen Städte dem Auslande gleichstehen.

Ausdrücklich erklärt noch das Gesetz, daß durch die vor-

stehenden Bestimmungen die Pflicht zur Entrichtung derjenigen Entschädigungen an die Besitzer älterer Mühlen, welche in Folge der frühern Gesetzgebung auf seit 1808 neu entstandenen Mühlenanlagen haften, nicht aufgehoben ist, und daß sich kein Mühlenbesitzer den Abgaben und Lasten, welche als Reallast auf seiner Mühle ruhen, wegen der Concurrenz neuer oder erweiterter Mühlenanlagen entziehen, oder Remissionen verlangen kann.

§. 87.

D. Regal-Gewerbe. Postwesen 1).

Gichhorn, §. 391.

Das Postwesen ist, seit Franz von Taxis 1516 die ersten Posten anlegte und Leonhard von Taxis 1543 vom Kaiser Carl V. zum General-Postmeister 2) ernannt wurde, als ein Regal angesehen und als solches ausgebildet 3), obwohl es seiner Natur noch ein vom Staate besonders zu beaufsichtigendes Gewerbe sein sollte. Das Reichslehn, welches der Familie Taxis über die gesammten Reichsposten ertheilt wurde 4), ist indeß in hiesigen Landen nicht anerkannt 5),

- 1) Von dem ebenfalls als ein Regal-Gewerbe anzusehenden Salzverkaufe wird bei den Salinen §. 168 gehandelt. Das Branntweinbrennen ist im Herzogthume kein Regal-Gewerbe, wenn sich auch die höchste Landesregierung ausnahmsweise die Ertheilung der Erlaubniß zur Anlegung und zum Betriebe von Branntweinbrennereien auf dem Lande und in den Landstädten vorbehalten hat. Minister. Rescr. vom 21. Januar 1840.
- 2) Dies war eigentlich wohl nur eine niederländische Bestellung; zum General-Ober-Postmeister im Reiche wurde Leonhard von Taxis erst 1595 vom Kaiser Rudolph II. ernannt. Gichhorn, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 4. §. 530.
- 3) Vergl. Klüber, Dessenl. Recht §. 433. (348.)
- 4) Es geschah 1615 vom Kaiser Matthias. 1621 wurde das Lehn in ein Weiberlehn und 1711 in ein Thronlehn verwandelt. Gichhorn a. a. O. Note s.
- 5) Die daraus entstandenen Streitigkeiten wurden erst am 25. Juni 1748 zu Wien durch einen Vertrag über das gegenseitige Verhältniß der braunschw. und taxis'schen Posten beigelegt, wodurch der Kaiser die Regalität der Landesposten anerkannte. Steinacker,

vielmehr wurde im Jahre 1678 der Landdrost Stechinelli mit dem General-Erb-Postmeisteramte in den braunschweigischen Landen von dem Gesamtthause beliehen. Dieser verkaufte das Lehn vier Jahre später an den Oberhofmarschall von Platen und dessen Nachkommen männlichen und weiblichen Geschlechts, mit dessen Belehnung zugleich die erneuerte Postordnung vom 9. August 1682 erfolgte ⁶⁾. Den Nachkommen der Familie von Platen soll indeß das Lehn unter der Regierung des Königs Georg II. wieder abgekauft ⁷⁾, wolfenbüttelscher Seits aber die Belehnung seit Ferdinand Albert aus der hebernischen Linie wegen fehlenden agnatischen Consenses niemals anerkannt sein ⁸⁾.

Die neueste Postordnung vom 13. August 1832 §§. 1. und 2. bestimmt ausdrücklich, daß dem Landesfürsten ausschließlich das Recht zusteht, Posten zu unterhalten, den Lauf derselben zu bestimmen und das Porto festzusetzen, und daß niemand etwas unternehmen darf, was unmittelbar zur Schmälerung der Posteinkünfte gereicht, damit der Staat die Postanstalten zum allgemeinen Besten unterhalten könne. Die zur Verwaltung und Leitung des gesammten Postwesens bestimmte Post-Direction hat die Oberaufsicht über sämtliche Landes-Postanstalten, über das Postfuhr-, Extrapost-, Staffetten- und Zeitungs-Expeditions-Wesen, so wie überhaupt über alle zum Postwesen gehörigen Zweige. Im Allgemeinen ist die Postverwaltung verpflichtet, behuf der Post-

Geschichtlicher Abriss der Entwicklung des Postregals im Herzogthume Braunschweig.

- 6) Die älteste bekannte Postordnung für die braunschw. Gesamtlande war vom Jahre 1667 (du Roi, Anleitung zur Kenntniß der Quellen 2c. S. 125), worauf unterm 17. August 1678 eine fernere Hauspost-Ordnung erfolgte. Nach handschriftlichen Nachrichten soll schon der Herzog Julius 1587 eine Postordnung erlassen haben, die indeß nicht mehr vorhanden ist. Pütter, Grörter. und Beispiele des deutsch. Staats- und Fürstenrechts S. 1. S. 19.
- 7) Moser, Br. lüneb. Staatsrecht S. 677. — v. Liebhauer, Beiträge zur Erörterung der Staatsverfassung der br. lüneb. Churlande S. 24. — Senckenberg, De feud. br. et lüneb. §. 16.
- 8) Vergl. Steinacker a. a. D.

anstellen für tüchtige Pferde, zweckmäßiges Fuhrwerk, zuverlässige Postschaffner und Postillione, anständige Aufnahme der Reisenden, Unverletzlichkeit und sichere Aufbewahrung der Postgüter, möglichst schnelle Beförderung nach den Bestimmungsorten, strenge Bewachung des Briefgeheimnisses und richtige Abgabe der Briefe u. Sorge zu tragen ⁹⁾.

Die Beförderungsmittel durch Wechsel des Gespannes, imgleichen die Beförderung von Personen und Postgütern an bestimmten Tagen und Stunden nach bestimmten Orten gehört, wenn die Beförderung gegen Lohn statt hat, zu den ausschließlichen Rechten der Post ¹⁰⁾. Ferner sind der ausschließlichen Beförderung durch die Post vorbehalten: alle versiegelte und anderweit verschlossene Briefe, alle postmäßigen Pakete bis zu dem Gewichte von 20 Pfunden, alle Geldsendungen und Zeitungen. Die Versendung solcher, für die Post gehöriger Gegenstände durch eine andere Gelegenheit gegen eine Vergütung ist nur dann erlaubt, wenn der Absender zuvor der Orts-Postanstalt bei Briefen das volle Porto, bei anderen postmäßigen Gegenständen aber das halbe Postgeld bezahlt; jedoch darf von Orten, wo keine Postanstalt ist, jede beliebige Gelegenheit zur Versendung benutzt, auch dürfen durch expresse Boten Sendungen jeder Art beschafft werden, vorausgesetzt, daß der Bote nur von einem Absender gebunden ist und nur dessen Effecten befördert. Ausgeschlossen von der Beförderung durch die Post sind, außer mehreren im Gesetze speciell benannten Gegenständen, deren Transport mit Gefahr oder besonderer Beschwerlichkeit verbunden ist, auch alle durch das Land transitirenden Päckereien u., welche vor Eintritt in dasselbe nicht mit der Post befördert worden, hier nicht umgeladen werden und nicht nach der Ausführung zur Abgabe an die Post bestimmt sind. Auch darf ein Fuhrmann, der von verschiedenen Personen befrachtet ist, jede Art von kleinen, von einem Absender für einen Empfänger

9) Postordnung vom 13. August 1832. §. 8.

10) Ebendas. §. 34. — Declarat. vom 28. März 1833. Nr. 7. §. 3.

— Runde, Deutsch. Privatrecht §. 131 flg.

ger bestimmten Packete weiter befördern, wenn die Packete zc. zusammengekommen das Gewicht von 20 Pfunden übersteigen ¹¹⁾).

Die Postanstalten sind verpflichtet, für die denselben zur Beforgung vorschriftsmäßig eingelieferten Briefe, Packete und Gelder Ersatz zu leisten. (S. §. 164.)

Den unter Umständen vorgeschriebenen Beschränkungen bei Benützung öffentlicher Wege sind die Posten nicht unterworfen; sie dürfen in Nothfällen sich der Privatwege bedienen und selbst über Wiesen, Aecker, Kenger und Forstschonungen fahren, in welchem Falle sie aber die Eigenthümer entschädigen müssen ¹²⁾).

Wenn den Posten, Extraposten, Courieren und Staffetten ein Unfall begegnet, so sind die nächsten Ortschaften zur Hülfsleistung gegen Entschädigung verpflichtet; ebenfalls müssen, wenn in außerordentlichen Fällen die Posthalter außer Stande sind, die erforderlichen Gespanne anzuschaffen, die Verwaltungs-Behörden auf Requisition der Postämter die benötigten Pferde von den Pferde haltenden Unterthanen, welche zur Aushülfe gegen Entschädigung verpflichtet sind, herbeischaffen ¹³⁾).

Zur Post gehörige Geräthschaften und Pferde dürfen ohne Zustimmung der Post-Administration weder mit Arrest belegt, noch im Wege der Execution angegriffen werden, und auf die den Posten anvertrauten Packete und Gelder findet Beschlagnahme nur im gerichtlichen Wege statt ¹⁴⁾. Die Auslieferung von Briefen oder Poststücken kann von den Polizei-Behörden nicht verlangt werden; indeß muß die Post-Behörde den Abgang oder die Ablieferung derselben auf Requisition der Polizei-Behörde bis dahin sistiren, daß von

11) Ebendaf. §. 35 flg.

12) Ebendaf. §. 43 flg. — Declarat. vom 28. März 1833. §. 4. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 318.

13) Verordn. vom 22. Januar 1790. §. 16. Promt. I. 303. — Post-Ordnung §. 47.

14) Postordn. §. 49 u. 50.

dem zuständigen Gerichte darüber entschieden ist, ob die Auslieferung an sie geschehen soll ¹⁵⁾.

Das Extrapost-Fuhrwesen legt einer Seits der Postverwaltung die Verpflichtung auf, an bestimmten, zu Poststationen unter einander verbundenen Orten die zum Gespannwechsel und überhaupt zur Beförderung der Reisenden erforderlichen Einrichtungen zu treffen, anderer Seits sind die Reisenden bei beabsichtigtem Wechsel des Fuhrwerks oder Gespannes im Allgemeinen verbunden, sich der Post-Beförderungsmittel zu bedienen ¹⁶⁾. Die Postordnung enthält darüber specielle Bestimmungen.

§. 88.

II. H a n d e l.

Sichhorn, §. 386 flg.

Der Handelsbetrieb blieb, als ein Hauptzweig der bürgerlichen Nahrung, eben so wie der übrige Gewerbebetrieb (§. 76), längere Zeit ausschließlich den Städten vorbehalten ¹⁾, und erst nach und nach wurde auch der Handel auf dem Lande, doch immer mit großen Beschränkungen, gestattet. Diese Beschränkungen treten, wenn auch mit Modificationen, noch jetzt ein, indem zu einem andern, als einem Victualien- oder Kramhandel auf dem Lande die Erlaubniß nur mit landesfürstlicher Genehmigung ertheilt werden darf, auch die Handels-Concessionisten auf dem Lande gehalten sind, ihre Waaren von städtischen Kaufleuten zu beziehen und zu dem Ende mit diesen Bücher zu führen, worin die gekauften Waaren notirt sind. Diese Bücher werden alljährlich von den Aemtern nachgesehen ²⁾. Die früher in den Städten bestandenen

15) Ebenbas. §. 12.

16) Ebenbas. §. 230.

1) Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 140. — Runde, Deutsch. Privatrecht §. 454. — v. Selchow, Br. Lüneb. Privatrecht §. 145.

2) Landesf. Aussch. vom 20. Januar 1783. Promt. I. 414. — Da sich zur Zeit der Erlassung des Ausschreibens der Handel auf dem Lande auf Krämer und Victualienhändler beschränkte, und die Vor-

Handelszünfte sind aufgehoben, und alle Handeltreibenden werden jetzt auf Lebenszeit concessionirt 3).

Wer eine neue Detailhandlung mit Material-, Fabrik- oder Manufactur-Waaren begründen, oder eine bereits bestehende übernehmen will, muß das 25ste Lebensjahr zurückgelegt, fünf Jahre in einer Handlung ähnlicher Art gedient und ein unabhängiges Vermögen haben, welches bei einer Besetzung zu Braunschweig 4000 Thlr. und in den übrigen Städten 2000 Thlr. betragen soll. Zum Betriebe des Victualienhandels und des Hokenhandels ist ebenfalls ein Alter von 25 Jahren und ein Vermögen von 100 bis 500 Thlr. erforderlich 4).

Der Großhandel besteht in der Befugniß, Handelsartikel, sowohl Eigenthum als Commissionsgut, in großen Quantitäten, als in Centnern, Stücken 2c., oder in solchen Gefäßen, Umschlägen, Kisten, Säcken 2c., in welchen sie zuerst in den Handel kommen, wieder zu verkaufen, imgleichen rohe Landesproducte und sonstige Gegenstände in großen Quantitäten in das Ausland zu versenden. Die Concession zum Großhandel berechtigt zum Handel dieser Art mit allen Gegenständen, welche bei der Concessionirung nicht ausdrücklich ausgenommen sind 5).

Für die Handelsbefugnisse der Ellenwaaren- und der Materialwaaren-Händler bestehen specielle gesetzliche Bestim-

schrift sich nur auf diese bezieht, so kann dieselbe auf die seitdem auf dem Lande etablirten wirklichen Kaufleute, oder die mit deren Berechtigung versehenen Handeltreibende keine Anwendung finden, sondern nur auf die Krämer oder sonstigen Händler. Minister. Rescr. vom 1. Juni 1842.

- 3) Gesetz vom 11. Mai 1835. Nr. 32. — Desgl. vom 4. April 1837. Nr. 19.
- 4) Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 8. §. 14. — Gesetz vom 11. Mai 1835. Nr. 32. — In den Städten, wo das Vermögen der Ehefrau für die Geschäftsverbindlichkeiten des Mannes gesetzlich mit haftet, wird bei der Vermögens-Nachweisung des Mannes das Vermögen der Frau mit in Anrechnung gebracht. Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 8. §. 14. Nr. 4.
- 5) Gesetz vom 4. April 1837. Nr. 19. §. 37.

mungen ⁶⁾, und die Grenzen der Handelsbefugnisse der Victualienhändler und Hoken in den Städten, und der Krämer auf dem Lande sind genau festgestellt ⁷⁾.

Völlig freigegeben ist der Handel mit selbst gewonnenen rohen Producten der Garten- und Landwirthschaft, auch der Holzcultur, mit Fischen aus eigenen Gewässern, mit dem in der eigenen Wirthschaft zugezogenen oder ernährten Viehe, und mit den ohne fremde Hülfe aus Wolle, Flachß u. dergl. bereiteten Gespinnsten und Geweben, so daß dazu eine Concessionirung nicht erforderlich ist ⁸⁾.

Die Fabrikanten, Handwerker und sonstige Gewerbetreibende haben die Befugniß, ihre Waaren sowohl an ihrem Wohnorte, als auswärts, zur Zeit der Messen und Märkte in offenen Läden und Buden zum Verkaufe auszustellen ⁹⁾.

Zum Schutze des Buchhandels und überhaupt des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst, ist gesetzlich verboten, herausgegebene Schriften, musikalische Compositionen, Originalwerke der Kunst, Zeichnungen und Abbildungen ohne Genehmigung des Urhebers oder seines Rechtsnachfolgers ganz oder theilweise von Neuem abzudrucken, nachzubilden oder auf mechanische Weise zu vervielfältigen. Auch darf ohne Genehmigung des Berechtigten ein in einer todtten Sprache verfaßtes Werk nicht in deutscher Uebersetzung, oder ein in mehreren lebenden Sprachen gleichzeitig erschienenenes Werk nicht in einer neuen Uebersetzung in einer der Sprachen, in welcher es erschienen ist, abgedruckt werden. Ferner ist verboten, aus musikalischen Compositionen Auszüge, Arrangements für einzelne Instrumente oder sonstige, als eigene Compositionen nicht anzusehende Bearbeitungen zu machen. Dagegen umfaßt das Verbot nicht die Aufnahme einzelner Stellen, Gedichte, Musikstücke, Zeichnungen u., so wie die Nachbildung an öffentlichen Plätzen aufgestellter Kunstwerke, die Darstellung der Werke der Maler-

6) Gesetz vom 4. April 1837. Nr. 19. §. 8.

7) Verordn. vom 10. Septbr. 1839. Nr. 22.

8) Gesetz vom 4. April 1837. Nr. 19. §. 16.

9) Ebendas. §. 35.

und Zeichnen-Kunst durch die Plastik oder plastischer Werke durch Malerei und Zeichnungen, und die Benützung von Kunstwerken zu Mustern und Verzierungen bei Erzeugnissen der Manufacturen, Fabriken und Handwerke. Der den literarischen und musikalischen Werken gewährte Schutz erlischt nach dreißig Jahren, welche entweder mit dem Tode des Urhebers, oder in den Fällen, daß der Urheber sich nicht genannt hat, das Werk nach des Urhebers Tode mit dessen Namen herauskommt, oder der Herausgeber eine moralische Person oder erlaubte Gesellschaft ist, mit dem Kalenderjahre, welches auf das Erscheinen des Werkes folgt, zu laufen anfangen. Das Recht des Meisters oder Eigenthümers eines Original-Kunstwerkes auf dessen Nachbildung und Vervielfältigung geht mit der Veräußerung desselben verloren, wenn ein solches ausschließliches Recht nicht durch Uebereinkunft gesichert wird. Der den rechtmäßigen Nachbildungen von solchen Kunstwerken gewährte Schutz erlischt nach zehn Jahren, von dem auf das Erscheinen derselben zunächst folgenden Kalenderjahre angerechnet. Dem Nachdrucke wird gleichgeachtet, wenn ohne Genehmigung des Urhebers oder dessen Rechtsnachfolgers vor Ablauf von dreißig Jahren nach dem Tode des Urhebers literarische oder musikalische Manuscripte, nicht herausgegebene Zeichnungen u., nachgeschriebene Predigten oder Vorträge abgedruckt oder auf mechanische Weise vervielfältigt werden; wie denn auch die öffentliche Aufführung eines dramatischen oder musikalischen, nicht durch den Druck veröffentlichten Werkes ohne Genehmigung des Urhebers oder seines Rechtsnachfolgers binnen zehn Jahren nach dem Tode des Urhebers verboten ist. — Dieser gesetzliche Schutz soll auch den in anderen Staaten erscheinenden Werken zu Theil werden, wenn die Gesetzgebung dieser Staaten den im Herzogthume erscheinenden Werken einen gleichen Schutz gewährt ¹⁰⁾.

10) Gesetz vom 10. Febr. 1842. Nr. 41. — Schon durch eine Verordnung vom 18. Octb. 1827. Nr. 25 war der Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung bei Strafe verboten. — Der Bundestags-Beschluß vom 6. Septbr. 1832, wonach die Herausgeber, Verle-

§. 89.

III. Messen und Märkte.

Giechhorn, §. 388.

Die Messen und Märkte sind seit der ältesten Zeit als hauptsächlich Beförderungsmittel des Handels angesehen und deshalb auf mannigfache Weise begünstigt. Die beiden Messen, welche jährlich in der Stadt Braunschweig abgehalten werden, verdanken ihren Ursprung dem Herzoge Heinrich d. A., welcher im Jahre 1498 der Stadt die Erlaubniß ertheilte, zwei freie Märkte zu halten. Dieses Privilegium wurde vom Kaiser Maximilian am 21. Juli 1565 und auch vom Herzoge Heinrich d. A. selbst am 29. Aug. 1505 confirmirt. Ueberhaupt ging das Streben der Landesfürsten, besonders nach Unterwerfung der Stadt, dahin, die Messen mehr und mehr in Aufnahme zu bringen ¹⁾, so daß diese bald eine nicht unbedeutende Berühmtheit erlangten.

Die Handelswochen der braunschw. Messen sind die Wochen, in welche resp. Lichtmessen oder Laurentius fällt ²⁾. Trifft einer dieser Tage auf einen Sonntag, so ist die vorhergehende Woche die Handelswoche ³⁾. Das Auspacken der kurzen Waaren beginnt am Montage, jedoch nicht vor Tagesanbruch, das Auspacken der langen Waaren den Mittwochen Mittags um 12 Uhr vor der Handelswoche; das frühere Auspacken wird mit 50 Thlr. bestraft ⁴⁾. Mit dem Auspacken der langen Waaren nimmt der Groß-Handel den Anfang, der Detail-Handel beginnt am Montage in der Handels-

ger und Schriftsteller eines Bundesstaates in jedem andern Bundesstaate den dort gesetzlich bestehenden Schutz gegen den Nachdruck genießen sollen, ist durch die Verordn. vom 27. September 1832. Nr. 20. veröffentlicht.

- 1) Landesf. Privilegium vom 3. Januar 1681. Promt. II. 153. — Vergl. von Selchow, Br. lüneb. Privatrecht §. 186.
- 2) Declarat. vom 11. August 1683. Promt. II. 154.
- 3) Verordn. vom 5. Febr. 1768. — Avertiff. vom 12. Juni 1788. Promt. II. 155. — Bekanntmach. der Steuer-Direction vom 18. Juni 1833. Br. Ang. von 1833. Nr. 144.
- 4) Verordn. vom 16. August 1784. Promt. II. 163.

Woche 5). Während der Messe erkennt das Kaufgericht über Forderungen, die auf der Messe contrahirt werden, und wegen der Connerität auch über Forderungen, die zwischen den Messen entstanden und durch den Meßhandel veranlaßt sind 6). Ueber die Besteuerung der Meßgüter disponirt die Meß-Ordnung vom 21. Decbr. 1841, die nur finanzielle Bestimmungen enthält.

Die Jahrmärkte sollen eigentlich an keinen Sonn- und Festtagen abgehalten werden 7); dieses Verbot wird indeß nicht überall mehr befolgt. Dem Handelsverkehre, insbeson- dere auch dem Hausirhandel, auf den Messen und Märkten sind besondere gewerbspolizeiliche Begünstigungen ertheilt 8).

§. 90.

IV. B a n n r e c h t e.

Giechhorn, §. 185—187.

Bannrechte 1), als solche Rechte, wodurch jemandem die Anschaffung oder Zubereitung eines Bedürfnisses bei einem Andern, als dem Berechtigten untersagt wird, existiren in hiesigen Landen nicht mehr 2), und wie einer Seite das Pu-

5) Bekanntmach. der Steuer-Direction vom 18. Juni 1833. Br. Anz. von 1833. Nr. 144.

6) Marktgerichts- und Wechsel-Ordnung v. 1. Decbr. 1686. Art. 5. — Declarat. vom 13. Octbr. 1712. Promt. II. 13.

7) Verordn. vom 27. Mai 1779. Promt. I. 479.

8) Gewerbesteuer-Gesetz vom 4. April 1837. §. 35 u. 41.

1) Ueber die Streitfrage, ob die Bannrechte an sich Regalien, Servituten (servitutes in faciendo consistentes), oder durch Vertrag, Privilegien oder Verjährung, nach Art eines Monopols, erworbene Industrie-Concessionen sind, s. Klüber, Deffentl. Recht §. 486. (400.) — Glück, Erläut. der Pandecten Bd. 10. C. 7 flg. — Runde, Deutsch. Privatrecht §. 274 flg. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 154 flg. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 173. — Selchow, Elem. jur. germ. priv. §. 567. (688.)

2) Ausdrücklich sind alle titulo onoroso erworbenen Gilde-Privilegien durch die Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 2 u. 3 aufgehoben. — Da im Königreiche Hannover Bannrechte noch sehr häufig

blikum in dieser Hinsicht völlig unbeschränkt ist, so sind es anderer Seits auch die Gewerbe- und Handeltreibenden, indem die denselben ertheilte Gewerbe- oder Handelsbefugniß sich in der Regel auf den Umfang des ganzen Herzogthums erstreckt. (S. §. 83 und 84.)

Der Bierzwang wurde in hiesigen Landen schon sehr früh aufgehoben, indeß scheint sich derselbe noch längere Zeit, ungeachtet der wiederholt dagegen erlassenen Verordnungen, erhalten zu haben ³⁾. Das zur eigenen Consumtion gebraute Bier ist abgabefrei, sofern dasselbe in Kesseln von nicht mehr als 40 Stübchen Raum-Inhalt gebrauet wird; das Verkaufen von solchem Biere ist dagegen bei Strafe verboten ⁴⁾.

Eben so früh, als der Bierzwang wurde auch der Mühlenzwang aufgehoben, und zwar zunächst in allen Fällen, wo derselbe nicht durch funfzigjähriges Herkommen, Urtheile, Verträge oder dergl. begründet war; die späteren Verbote des Mühlenzwanges waren dagegen unbedingt ⁵⁾.

Der Branntweinszwang ist erst später verboten und die

bestehen und dieselben sich einer vollständigen Ausführung des im Art. 32 des Steuervereinigungs-Vertrages vom 1. Mai 1834 stipulirten gegenseitig freien Gewerbebetriebes zum Nachtheile der diesseitigen Unterthanen entgegenstellten, so wurde durch ein Minister. Rescr. vom 5. Octbr. 1836 verfügt, daß den hannöverschen Gewerbetreibenden, nach dem Principe der Reciprocität, in den hiesigen Landen ein Mehreres nicht gestattet werden solle, als wozu die hiesigen Unterthanen in gleichen Fällen im Hannöverschen zugelassen würden.

- 3) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 30. — Verordn. vom 9. Octbr. 1682. — Desgl. vom 25. Novbr. 1695. — Desgl. vom 28. Juni 1702. — Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 63. — Landschaftl. Privil. v. 9. April 1770. Art. 76. Promt. I. 121. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. et brunsv. Cap. VIII. §. 3.
- 4) Gesetz vom 23. April 1835. Nr. 20. §. 12 u. 13.
- 5) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 22. — Desgl. vom 27. Januar 1619. Art. 20. — Desgl. vom 9. April 1770. Art. 24. Promt. II. 175. — Verordn. vom 3. Octbr. 1816. Nr. 12. S. 83. — v. Selchow, Anfangsgründe des br. lüneb. Privatrechts §. 392. — Engelbrecht, Coll. jur. Cap. VIII. §. 4.

Ausübung desselben, es mag diese direct oder indirect geschehen, mit Strafe bedrohet ⁶⁾.

A n h a n g.

§. 91.

Vom Fiscus.

Der Fiscus, als der Vertreter aller, das Vermögen und die Einkünfte des Staates betreffenden Rechte und Verbindlichkeiten, ist in streitigen Rechtsachen den ordentlichen Gerichten unterworfen, und es sind die demselben in Beziehung auf gerichtliche Verfolgung seiner Ansprüche, Privatpersonen gegenüber, gemeinrechtlich beigelegten Vorrechte ¹⁾ aufgehoben. Ein Vorzugs- oder stillschweigendes Pfandrecht hat der Fiscus nur wegen öffentlicher Abgaben behalten ²⁾.

Ueber die Verpflichtung ³⁾ des Fiscus zur Bezahlung von Zinsen enthält die vaterländische Gesetzgebung folgende specielle Bestimmungen:

1) Dem Rechnungsführer oder Pächter, welcher über die gehabte Einnahme oder das versprochene Pachtgeld we-

6) Verordn. vom 25. Januar 1727. — Desgl. vom 26. Januar 1791. Promt. I. 127.

1) Vergl. Schweppe, Röm. Privatrecht §. 79. — Thibaut, System des Pandectenrechts §. 336. — Fredericksdorff, Anweisung für angehende Justizbeamte Th. 1. S. 395. Th. 2. S. 197.

2) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 198 u. 199. — Die Vollziehung des Erkenntnisses wird gegen die in demselben bezeichnete Behörde oder Cassé verfügt. Ebenbas. — Bei Proceß-Führungen vertritt das Finanz-Collegium den Fiscus im Allgemeinen, die Cammer aber das Cammer- und Klostergut insbesondere, und das Steuer-Collegium und die Baudirection vertreten und verfolgen nur solche Ansprüche, welche in die diesen Behörden zugewiesene Verwaltung einschlagen. Minister. Rescr. v. 16. April 1833.

3) Von der Zinsberechtigung des Fiscus nach röm. Rechtsgrundsätzen s. L. 17. §. 5. 6. D. De usur. et fruct. (22. 1.) — Thibaut, Pandectenrecht §. 279. — Glück, Pandect. Comment. Bd. 21. S. 42. Note 45. — Walbeck, Controversen-Entscheidungen Nr. 8.

nigstens hundert Thaler vorgeschossen hat, soll dieser Vorschuß mit fünf Procent verzinst werden ⁴⁾).

2) Die Bestimmung des gemeinen Rechts, daß die Cassen des Staates zu Verzugszinsen ⁵⁾ nicht verbunden sind, ist dahin declarirt, daß die öffentlichen Landescassen ⁶⁾ zu einer Verzinsung solcher Forderungen, welche wegen eingetretener Umstände nicht sofort, sondern erst successiv berichtigt werden können, wenn dafür ursprünglich keine Zinsen versprochen sind, nicht verbunden sein sollen, und daß auf eine Forderung solcher Verzugszinsen weder von den verwaltenden Behörden eingegangen, noch von den Gerichten erkannt werden soll ⁷⁾).

Ueber die Frage, welche Entschädigung vom Staate demjenigen gebühre, welcher durch Handlungen der Regierungs- und Verwaltungs-Behörden in seinen wohlerworbenen Rechten verletzt ist, entscheiden die Gerichte, und es kann die verfassungsmäßige Erlassung gesetzlicher Vorschriften zu keiner andern, als der im Gesetze bestimmten Entschädigung berechtigen ⁸⁾).

4) Amts-Cammer-Ordn. vom 1. Juli 1688. Art. 67.

5) Die Gesetzgebung schließt sich also der Ansicht an, daß sich die gemeinrechtliche Befreiung des Fiscus von Zinszahlung, wenn er nicht in die Zinspflicht eines Andern als Nachfolger eintritt, nur auf Verzugszinsen bezieht (Vergl. Thibaut a. a. D. §. 279. — v. Wening-Ingenheim, Lehrbuch des Civilrechts Buch 3. §. 8.), und die Praxis der Obergerichte hat sich dahin ausgesprochen, daß jene Befreiung insbesondere auch auf *usuras legales* keine Anwendung finde. Walbeck a. a. D.

6) Insbesondere auch die Cammercasse in ihrer Eigenschaft als eine Cassen der allgemeinen Staatsverwaltung. Verordn. v. 29. Octbr. 1821. Nr. 13. §. 5. — Wann die Cammercasse diese Eigenschaft habe, bestimmt die Verordnung nicht, es giebt aber darüber das Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 28 Aufschluß.

7) Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 12. §. 13.

8) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 197.

II. K a p i t e l.

Recht der Forderungen.

Erster Abschnitt.

Von den Forderungen aus Verträgen im Allgemeinen.

§. 92.

A. Einleitung.

Insofern die bei uns vorkommenden Verträge dem röm. Rechte bekannt sind, findet letzteres nicht nur hinsichtlich der Gültigkeit bedingenden Erfordernisse derselben, sondern auch hinsichtlich der Natur der einzelnen Verträge, im Allgemeinen ohne Einschränkung, Anwendung. Ausnahmen treten ein:

1) durch die Regel des deutschen Rechts, daß jeder wirklich ernstlich gemeinte Vertrag als ein Geschäft angesehen wird, mit welchem eine Klage auf Erfüllung verbunden ist, ohne daß es dabei auf Beobachtung besonderer Formalitäten ankommt, wenn diese nicht durch das Gesetz ausdrücklich vorgeschrieben sind ¹⁾;

2) dadurch, daß nach deutschem Rechte einzelnen Geschäften, welche das römische Recht verbietet, Gültigkeit beigelegt wird, z. B. den Erbverträgen, und

3) durch die Nothwendigkeit von Formalitäten, die dem römischen Rechte fremd sind, z. B. gerichtliche Bestätigung.

B. Von Entstehung der Verträge.

Eichhorn, §. 91 u. 92.

§. 93.

I. Im Allgemeinen.

Nach der im vorigen Paragraphen angeführten Regel, daß jeder ernstlich gemeinte Vertrag als ein klagbares Ge-

1) Vergl. Archiv für civill. Praxis Bd. 3. Nr. 1. — Eichhorn, Deutsch. Rechtsgesch. §. 457. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 446. — Glück, Comment. Bd. 4. S. 280. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 326.

schäft angesehen wird, bedarf es zu der rechtsgültigen Entstehung der Verträge im Allgemeinen weiter keiner Erfordernisse, als gegenseitige fehlerfreie Einwilligung der handelnden Personen und Nichtvorhandensein eines gesetzlichen Verbots des abzuschließenden Vertrages. Andere, bei einzelnen Verträgen zu deren Rechtsbeständigkeit besonders vorgeschriebene Requirite werden unten angegeben werden.

Um das Publicum gegen Uebervortheilung bei Unterhandlung über an- und auszuleihende Capitalien, so wie bei der Vermittelung von Contracten über Immobilien sicher zu stellen, ist verordnet:

1) daß zu solchen Unterhandlungen, wenn sie gegen Mäklergebühren oder Provision vorgenommen worden, ausschließlich die Advocaten und Notarien, die in Braunschweig bestellten Mäkler und die mit Gewerbescheinen versehenen Commissionaire befugt sind. Anderen Individuen ist bei Strafe verboten, sich dergleichen Geschäften gegen Annahme irgend einer Vergütung zu unterziehen ¹⁾;

2) die Advocaten, Notarien und Commissionaire dürfen, bei wirklich zu Stande gekommenem Geschäfte,

a) bei Darlehen bis zu 200 Thlr. einschließlich ein Procent, und von dem höhern Betrage ein halbes Procent,

b) bei Verkäufen von Grundstücken, wenn das Kaufgeld 1000 Thlr. beträgt, ein halbes Procent, von dem überschließenden Betrage ein Viertel Procent

nehmen. Jede Ueberschreitung dieser Taxe ist mit Strafe und im Wiederholungsfalle mit dem Verluste der Befugniß zum Betriebe solcher Geschäfte bedrohet ²⁾. Für die Mäkler in Braunschweig gelten die besonderen Bestimmungen der Mäkler-Ordnung vom 16. Octbr. 1787 ³⁾.

3) Wenn unter den Contrahenten darüber, wer von ihnen die Provision zahlen soll, nichts festgesetzt ist, so hat

1) Verordn. vom 19. Juli 1827. Nr. 16. — Declar. vom 11. Febr. 1832. Nr. 3.

2) Verordn. vom 19. Juli 1827. Nr. 16. §. 3.

3) Promt. I. 365.

bei Geldgeschäften der den Negocianten Beauftragende die Gebühr ganz, bei Kaufcontracten über Immobilien jeder Theil die Gebühr zur Hälfte zu tragen ⁴⁾).

4) Im Falle die zur Besorgung von Anleihen für Dritte befugten Personen eigene Capitalien ausleihen, dürfen sie überhaupt keine Negocegebühren erheben, so daß dieselben, wenn sie dem Anleiher mehr als das gesetzlich zulässige Zinsquantum für das Jahr abnehmen, sich des Zinswuchers schuldig machen ⁵⁾).

Auch das Geschäft eines Gesinde-Mäklers darf niemand ohne obrigkeitliche Erlaubniß betreiben. Die Gesinde-Mäkler werden auf gewissenhafte Beobachtung ihrer Obliegenheiten vereidete, die insbesondere darin bestehen, daß sie sich genau nach den Personen, die in Dienst treten wollen, und nach deren Verhältnissen erkundigen, kein Gesinde zu der Verlassung des Dienstes und Annehmung eines andern Dienstes anreizen, und den Herrschaften die Eigenschaften der vorgeschlagenen Personen nach ihrem besten Willen anzeigen. Handeln sie hierbei gegen besseres Wissen, so haften sie für den durch untaugliches und ungetreues Gesinde verursachten Schaden und werden außerdem noch bestraft. Den Mäkler-Lohn bestimmt die Polizeibehörde ⁶⁾. Ueber Wechsel-Mäkler s. §. 159.

II. Entstehung der schriftlichen Verträge insbesondere.

Sichhorn, §. 93. 94 u. 96.

§. 94.

A. Schriftliche Abfassung — Notariats-Instrumente.

Um einen mündlich verabredeten Vertrag in einen schriftlichen Contract umzuwandeln ¹⁾, genügt im Allgemeinen,

4) Verordn. vom 19. Juli 1827. Nr. 16. §. 4.

5) Ebendas. §. 7.

6) Gesinde-Ordn. vom 15. Octbr. 1832. Nr. 36. §. 10.

1) Gemeinrechtlich wird zur Gültigkeit eines Vertrages kein schriftlicher Aufschuß erfordert (Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 831),

daß derselbe zu Papiere gebracht und von den Parteien eigenhändig unterzeichnet wird ²⁾; nur bei öffentlichen Urkunden ist die Aufnahme derselben vor Gericht ³⁾ oder vor Notar und Zeugen, bei den im Felde stehenden Truppen vor dem Auditeur ⁴⁾ erforderlich. Den Predigern ist die Abfas-

- weshalb gewöhnlich nur des Beweises wegen Verträge schriftlich abgefaßt werden. Pufendorf, *Observat. jur. univ.* T. II. Nr. 52. — Glück, *Comment.* Bd. 4. S. 506. — Schweppe, *Röm. Privatrecht* (4te Aufl.) §. 420. — Dies wird auch lediglich durch die Vorschrift wegen Eintragung der Contracte in das Amtshandelsbuch (§. 97) bezweckt. — Vergl. Cramm, *Differ. jur. comm. et brunsv. guelph. Obs.* 5. — Nur bei Vermietungen von Wohnungen in der Stadt Braunschweig an Militairpersonen ist die schriftliche Abfassung der Mieth-Contracte als ein wesentliches Requisit der Gültigkeit derselben bezeichnet. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig vom 28. Decbr. 1769. Promt. II. 172. — Nach dem preuß. Landrechte Th. 1. §. 5. §. 131 soll jeder Vertrag, dessen Gegenstand 50 Thlr. übersteigt, schriftlich errichtet werden.
- 2) Die Unterzeichnung mit Kreuzen von Schreibensunkundigen bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung. Vergl. Leyser, *Medit. ad pand. Sp.* 271. Med. 4—6. — Nach Nov. 73. Cap. 8 und 9 sollen bei Eingehung eines schriftlichen Contracts von Einem, der des Schreibens unerfahren ist, fünf Zeugen zugezogen werden.
- 3) Auch die von auswärtigen Obrigkeiten aufgenommenen Urkunden genießen bei den inländischen Gerichten volle Beweiskraft, vorausgesetzt, daß das öffentliche Siegel oder die Handschrift, worauf die Glaubwürdigkeit beruhet, bekannt oder nicht bezweifelt sind, und daß die Urkunde über eine Thatfache spricht, von welcher die Obrigkeit vermöge ihres Amtes Wissenschaft haben konnte, und zu deren Constatirung sie befügt erscheint. — Beglaubigte Abschriften öffentlicher Urkunden können die Stelle der Originale nur dann vertreten, wenn entweder in der Beglaubigungsformel die Richtigkeit des Originals unter Angabe des Grundes ausdrücklich bezeugt ist, oder aber die Qualität des beglaubigenden Beamten, so wie sonstige Umstände schließen lassen, daß die Abschrift von einem wirklichen Originale genommen sei. — In diesem Sinne erkannte das Ob. Land. Ger. am 15. Juni 1840 und das Ob. Appell. Ger. am 18. Decbr. 1840 J. C. Schwarz c. Kalm. — Vergl. Schneider, *Lehre vom Beweise* §. 234 u. 277.
- 4) Verordn. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. II. Art. 171. S. 316.

fung von Eheleistungen und anderen Contracten ausdrücklich untersagt ⁵⁾).

Die Aufnahme der öffentlichen Urkunden vor Gericht wird durch die Gesetzgebung insofern begünstigt, als für die Aufnahme und Confirmation der Contracte eine gemeinschaftliche untheilbare Sporteltaxe besteht, die deshalb auch in solchen Fällen ganz erhoben wird, in welchen die Contracte von einem Notare aufgenommen sind und bei dem Gerichte nur die Bestätigung gesucht wird ⁶⁾.

Was die Form der Notariats-Instrumente betrifft, so ist es hinreichend, wenn der Eingang des Instruments den Namen des Notars mit Bezeichnung dieser seiner Qualität, die Bemerkung der an ihn ergangenen Requisition, den Namen des Requirenten und der Zeugen und die Angabe der Zeit und des Orts enthält. Diese Bestimmungen sind ausdrücklich bei Strafe der Nullität vorgeschrieben; im Uebri- gen treten lediglich die Vorschriften der Notariats-Ordnung ein ⁷⁾.

5) Consistor. Rescr. vom 20. Januar 1706. — Kirchen-Ordn. vom 1. Mai 1709. Th. I. Kap. 4. §. 7 u. 8. — Verordn. vom 19. Decbr. 1737. Promt. II. 229. — Diese Beschränkung, daß Prediger keine Contracte aufnehmen dürfen, beruht wahrscheinlich auf einer dem römischen Rechte (L. 41. C. De episcop. et cler. 1. 3.) entnommenen Ansicht. Schon die Verordn. vom 4. April 1620. Promt. I. 207. deutet auf ein älteres Verbot hin. — Ueber die Bestimmung des hiesigen Landrechts commentirt J. H. Boehmer, Jus ecl. protest. III. 50. §. 10. — Im Hannöverschen ist den Predigern die Aufnahme von Contracten gleichfalls untersagt. Grefe, Leitfaden zum Stud. des hannöb. Rechts Th. 2. §. 171.

6) Landesf. Circul. Rescr. v. 20. Octb. 1832. G. u. B. G. Nr. 38.

7) Verordn. vom 21. April 1814. Nr. 56. §. 9. — Die fortbestehende Anwendbarkeit der Vorschrift der Reichsgesetze (Gammerger. Ordnung von 1555. T. I. XXXIX. §. 2. — Concept der Cammerger. Ordn. T. I. L. LII. §. 2.), daß bei einer namhaften Pön Notare in den Sachen, in welchen sie als solche agirt haben, sich des Sollicitirens, Procurirens u. dgl. gänzlich enthalten sollen, leidet keinen Zweifel. Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 24. Januar 1828. J. G. Böhne c. Bodt.

§. 95.

B. Gebrauch des Stempelpapiers.

Alle schriftlichen Verträge, durch welche einer der Contractanten ein vollständiges Klagrecht erhält, sind im Allgemeinen einer Stempelsteuer von einem Achtel Procent des Werthes ihres Gegenstandes (3 Ggr. von 100 Thlr.) unterworfen; jedoch ist der niedrigste Satz der des gewöhnlichen Stempels zu 2 Ggr. Wenn der Gegenstand nicht nach Gelde abgeschätzt werden kann, so muß der Stempelsatz der Wichtigkeit des Geschäfts angemessen sein, es darf derselbe aber nicht weniger als 6 Ggr. betragen. Von den Kauf-Contracten ist an Stempelsteuer zu entrichten, wenn das Kaufgeld nicht über 100 Thlr. beträgt, 3 Ggr.; wenn dasselbe über 100 bis 500 Thlr. beträgt, 6 Ggr.; bei einem noch höhern Betrage 12 Ggr. von 100 Thlr. Eben diese Sätze gelten bei Leibrenten und sonstigen Renten-Contracten; bei jenen wird die jährliche Leibrente mit 8 Procent, bei den übrigen Renten aber der jährliche Ertrag der Præstation mit 4 Procent zu Capital gerechnet und danach der Stempelsatz bestimmt. Tausch-Contracte sind der Stempelsteuer der Kauf-Contracte unterworfen, und bei Grundstücken oder dinglichen Rechten wird der Stempelsatz nach der Hälfte des Totalbetrages derjenigen Preise bestimmt, mittelst welcher sämtliche Tauschobjecte zuletzt erworben sind. Wenn dieselben seit funfzig Jahren nicht veräußert sind, so soll der Werth auf den Grund des muthmaßlichen Einkommens ausgemittelt und dabei das letztere bei Grundstücken mit fünf Procent, bei Renten und Gefällen aber mit vier Procent zu Capital berechnet werden. Bei Pacht- und Mieth-Contracten muß der Totalbetrag des während der ganzen Zeit, über welche contrahirt worden, zu entrichtenden Pacht- oder Miethgeldes zusammengerechnet und, wenn diese Summe 150 Thlr. nicht übersteigt, ein Stempel zu 2 Ggr., bei einer höhern Summe aber ein Stempel angewandt werden, welcher 6 Ggr. von jedem Hundert dieses Totalbetrages ausmacht. Die sogenannten trockenen oder eigenen Wechsel sind, wenn die Summe nicht mehr als 100 Thlr. beträgt, einer Stempelsteuer von

2 Ggr., bei einem höhern Betrage aber ohne Unterschied der Summe einem Stempelsaße von 6 Ggr. unterworfen. Trassirte Wechsel sind vom Stempel frei und auch bei Uebertragung des Eigenthums eines Erbschafts-Grundstückes an den Erben, oder an den Miterben wird nur der gewöhnliche Stempel zu 2 Ggr. adhibirt. Eine jede der Stempelabgabe unterworfenen Verhandlung muß auf den Stempelbogen selbst geschrieben und nur, wenn im Augenblicke des Niederschreibens der erforderliche Stempelbogen nicht zu haben ist, darf dieser der Verhandlung nachher beigelegt werden. Der Nichtgebrauch des Stempels bei stempelpflichtigen Verhandlungen zieht zwar die Nichtigkeit derselben nicht nach sich; es darf aber darauf nicht eher gerichtlich verfügt, namentlich keine Eintragung des Contractes in das Hypotheken- und Gerichtshandelsbuch vorgenommen werden, bis der Mangel ergänzt und die Strafe bezahlt ist. Diese besteht, außer der Nachlieferung des fehlenden Stempels, in dem vierfachen Betrage desselben, resp. der Differenz zwischen dem angewandten und dem ordnungsmäßigen Stempel. In eben diese Strafe verfallen die Beamten und die Notarien, welche sich bei stempelpflichtigen Verhandlungen nicht des ordnungsmäßigen Stempels bedienen. Die Strafe wird im Wiederholungsfalle verdoppelt und Mitschuldige einer Contravention haften solidarisch ¹⁾.

§. 96.

C. Abgabe an milde Stiftungen und zur Besserung der Wege.

In allen Testamenten und anderen letzten Willensbestimmungen, Ehestiftungen, Vergleichen, Kauf- und anderen Contracten über unbewegliche Güter, mit Ausnahme der Schuld- und Pfandverschreibungen ¹⁾, der von den Domänenpächtern über die Domanal-Grundstücke abgeschlossenen

1) Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 10. §. 5 u. 11. Nr. 13. u. 21. §. 12. 18. 24 u. 25.

1) Landesf. Rescr. vom 15. Mai 1826. Bege III. 4.

Contracte ²⁾ und der vor den Kreis-Gerichten abgeschlossenen Vergleiche über Immobilien ³⁾, soll zu milden Stiftungen und zur Besserung der Wege etwas vermacht oder geschenkt werden. Die Größe dieser Abgabe ist zwar der Willkühr der das Geschäft Vollziehenden überlassen, indeß muß dieselbe wenigstens 4 Ggr. von 100 Thlr. betragen. Es steht den Contrahenten frei, die milde Stiftung oder Anstalt zu benennen, welcher das Geschenk zukommen soll; ist dies nicht geschehen, so wird das Geschenk in den Städten, wo ein Waisenhaus besteht, zwischen diesem und der Armen-Anstalt getheilt. Im Falle das Geschenk ausschließlich ad *pias causas* oder zur Wegebesserung bestimmt ist, werden davon dennoch 2 Ggr von jeden 100 Thlr. resp. zur Wegebesserung oder ad *pias causas* berechnet ⁴⁾. Die Nichtbefolgung dieser Vorschriften zieht zwar die Ungültigkeit des Geschäfts nicht nach sich ⁵⁾, es soll indeß in einem solchen Falle eine Geldstrafe von 10 Thlr. eintreten und die betreffende Obrigkeit für die Einforderung und Beitreibung der Abgabe haften ⁶⁾.

§. 97.

D. Eintragung der Contracte in die Amts- handels- und Hypothekenbücher.

Um die Existenz der zur Perfection gelangten Verträge zu sichern, sollen die Aemter und Stadtgerichte davon Abschriften aufbewahren, welche zu dem Zwecke in die Gerichts-Handelsbücher eingetragen werden. Bei den gerichtlich ab-

2) Landesf. Rescr. vom 6. August 1822. Bege III. 4.

3) Cammer-Rescr. vom 20. Decbr. 1830. Bege III. 5.

4) Cammer-Rescr. vom 19. April 1823. Bege I. 8.

5) Nach älterem Rechte war solches allerdings der Fall. Leyser, *Medit. ad pand. Sp. 57. Med. 5. i. f.*

6) Verordn. vom 20. Febr. 1756. — Desgl. vom 11. April 1758. Promt. II. 390. — Diese Verordnungen beziehen sich auf eine in der Stadt Braunschweig hergebrachte und durch die Verordnung des Rathes vom 7. Januar 1681 öffentlich bestätigte Gewohnheit, welche auf das ganze Land mit Gesetzeskraft ausgebehnt ist.

geschlossenen Verträgen sorgt das betreffende Gericht für diese Abschriften *ex officio*; bei anderen Contracten, welche über Immobilien abgeschlossen werden, müssen die Contrahenten, bei Strafe von 1 Thlr. von jedem Hundert des Contractsgegenstandes, das Document binnen 6 Monaten nach dem Abschlusse desselben bei dem betreffenden Gerichte zur Eintragung einreichen ¹⁾).

Die Eintragung des Contractes in das Hypothekenbuch zu erwirken, ist der Willkühr der Parteien überlassen; nur bei der Ablösung dinglicher Lasten und bei der Gemeinheits-Theilung ist die Klagbarkeit des Geschäfts durch die Eintragung in das Hypothekenbuch bedingt. S. §§. 171., 188. und 282.

§. 98.

III. Nothwendigkeit der obrigkeitlichen

Bestätigung. *Nr. Nr. 22. 94/95 v. 19. März 1850.*

Gichhorn, §. 95.

Bei manchen Vorträgen ist die obrigkeitliche Bestätigung als zu ihrer vollen Rechtsgültigkeit nothwendig vorge-

- 1) Verordn. vom 2. Decbr. 1744. — Unterger. Ordn. der Stadt Braunschweig von 1764. Kap. 2. §. 2. Promt. I. 415. — Nach älteren Verordnungen, insbesondere nach der des Rathes zu Braunschweig vom 28. Novbr. 1607, war die Gültigkeit der Chelstiftungen, und nach der des Herzogs Friedrich Ulrich vom 4. April 1620 (Promt. I. 207.) die Gültigkeit aller unter Landleuten abgeschlossenen Contracte durch deren Eintragung resp. in das Rathes-Handelsbuch und das Amtsbuch bedingt. Der Eintragung der Contracte der Landleute sollte eine *causae cognitio* vorangehen und jene nur dann vorgenommen werden, wenn die Bestätigung des Contractes kein Bedenken darbotte, weshalb die Eintragung mit der Confirmation häufig für gleichbedeutend genommen wurde; z. B. landesf. Rescr. vom 12. Decbr. 1746. Promt. I. 208. — Ueber die ähnlichen Bestimmungen für das Königreich Hannover s. Grefe, Leitfaden zum Studium des hannöv. Privatrechts Th. 2. §. 171. — Es sind diese particularrechtlichen Vorschriften nur Wiederholungen des gemeinen deutschen Rechts, welches die Eintragung der Contracte über Immobilien schon in älterer Zeit als ein wesentliches Requisit ansah. S. Gichhorn, Deutsch. Rechtsgesch. §. 450.

schrieben ¹⁾. Es ist dies der Fall bei Uebertragung mancher städtischer Grundstücke (§. 178.), bei der Ablösung dinglicher Lasten (§. 282.), bei den Gemeinheits-Theilungen (§. 188.) und bei den Contracten über bürgerliches Grundeigenthum im Allgemeinen. Von dieser letzten Art der gerichtlichen Bestätigung ist hier allein die Rede.

Die älteste Bestimmung über die Nothwendigkeit der gerichtlichen Concurrenz bei bürgerlichen Contracten findet sich in dem Landtags-Abschiede vom 27. Januar 1619 Art. 10 ²⁾, wo eine solche bei Errichtung der Ehestiftungen als nothwendig bezeichnet wird. Nachher hat diese Bestimmung eine weitere Ausdehnung dahin erhalten, daß alle von Bauern verabredeten Ehestiftungen, Kaufbriefe und sonstigen Verträge über Immobilien ³⁾ bei Strafe der Nichtigkeit entweder vor der Obrigkeit ausgerichtet und beschlossen, oder wenigstens nach ihrer Errichtung der Obrigkeit zur Bestätigung vorgelegt werden und erst durch diese Bestätigung Rechtsgültigkeit

1) Bei den Wechselln ist dieselbe dagegen ausdrücklich verboten. Verordn. vom 28. Octbr. 1784. Promt. II. 475. — Das gemeine Recht kennt die obrigkeitliche Bestätigung als ein nothwendiges Requisit ihrer Gültigkeit überhaupt nicht. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 334. — Runde, Deutsch. Privatrecht §. 188.

2) Promt. I. 2.

3) Für diese Beschränkung auf Verträge über Grundstücke, welche die älteste Gesetzgebung — Verordn. von 1620 — zweifelhaft ließ, die neuere aber bestimmt vorschreibt, sprach sich im hiesigen Lande schon früh ein feststehender Gerichtsgebrauch aus (Dies bezeugt das Ob. Land. Gericht in den Erkenntn. vom 15. Mai 1823. J. E. Brader c. Zeidler und v. 24. Febr. 1834. J. E. Göke c. Göke). — Ganz anders wurden dagegen im Königreiche Hannover die Bestimmungen der für das Fürstenthum Calenberg und Göttingen ebenfalls geltenden Verordnung von 1620 verstanden, so daß sich dort über die Nothwendigkeit der Bestätigung bürgerlicher Contracte eine zum Theil völlig verschiedene Praxis gebildet hat. Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 2. Nr. 54. Bd. 3. Nr. 41. S. 237 u. Bd. 4. Nr. 83. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 267. (I. 18.) Nr. 345. (I. 54.) u. 346. (4. 124.) — Jurist. Zeitung. 1826. Heft 1. S. 11 u. 106. 1828. Heft 1. S. 18. 1829. Heft 2. S. 181. 1830. Heft 1. S. 3 u. Heft 2. S. 1. — Grefe, Leitfaden zum Studium des hannöv. Privatrechts §. 171.

erhalten sollen ⁴⁾). Zweck dieser Anordnung ist die Conser-
vation der Bauergüter; sie berücksichtigt daher nicht nur das
Interesse des Landmanns, sondern auch das des Gutsherrn
und des Staats, so daß den Obrigkeiten zur besondern
Pflicht gemacht ist, vor der Confirmation eines solchen Ver-
trages genau zu prüfen, ob durch denselben eines Theils
die Dienstpflicht, die Landfolge und andere öffentliche und guts-
herrliche Leistungen nicht benachtheiligt, andern Theils von
dem Hofbesitzer nicht Verpflichtungen übernommen werden,
die seine Kräfte übersteigen, und dem Contracte nur dann
die Bestätigung zu erteilen, wenn kein Grund vorliegt, eine
Benachtheiligung oder Ueberlastung solcher Art zu befürchten.
Es soll deshalb der Confirmation eine gründliche *causae*
cognitio vorangehen und zugleich, um möglichst Proceffe zu
vermeiden, auf eine deutliche und genaue Abfassung der
Contracte gesehen werden ⁵⁾).

In neuerer Zeit sind über die Nothwendigkeit der Be-
stätigung der bauerlichen Contracte folgende speciellere Be-
stimmungen getroffen:

1) Bei allen Contracten über bauerliche Grundstücke
und deren Gerechtsame ⁶⁾), ohne alle Rücksicht auf die Per-

4) Verordn. vom 4. April 1620. — Land. Ordn. Art. 15. Promt. I.
207. — Verordn. vom 8. Decbr. 1825. Nr. 27.

5) Instruct. vom 17. Juni 1760. §. 12. Promt. I. 82. — Ueber die
Form der Cognition enthalten die Landesgesetze keine Vorschriften,
und eben so wenig gebieten sie eine ausdrückliche Erwähnung der-
selben in der Confirmations-Clausel, oder eine Verhandlung dar-
über mit den Contrahenten und deren Registrirung zu Protocoll.
Es genügt daher, wenn der Beamte nach der ihm aus den Vor-
trägen der Parteien, oder den vorgelegten Urkunden, oder sonst aus
seiner Amtserfahrung bekannten Umständen und einer darüber für
sich angestellten Prüfung den Vertrag für die Parteien unverzüglich
und die Grundstücke nicht über die Gebühr beschwert erachtet, und
darauf die Bestätigung ausspricht. Erk. des Ob. Appell. Gerichts
vom 16. Januar 1835. J. S. Vogel c. Vogel.

6) Es bezieht sich die Declarat. daher nicht bloß auf Verträge über
Grundstücke, sondern auf Uebertragungen aller dinglichen Rechte
(Erk. des Ob. Land. Ger. vom 7. Novbr. 1826. J. S. Tacke c.
Dölme). — Hierauf beschränkt sich aber anderer Seits auch die

son der Contrahenten und deren Qualität, ist die gerichtliche Bestätigung des Contractes zur rechtlichen Wirkung desselben und zur Begründung eines Klagantrages erforderlich. Es sind in dieser Beziehung als Grundstücke der gedachten Art alle diejenigen ländlichen Privatbesitzungen anzusehen, welche weder zu den immatriculirten Rittergütern, noch zu den Freisassengütern gehören, namentlich auch die Grundstücke der Brinkföher und Anbauer 7).

Nothwendigkeit der obrigkeitlichen Bestätigung, weshalb bei übernommenen Verpflichtungen, z. B. bei Brautschatz-Versprechungen, der Personalnexus ohne Rücksicht auf die dem Realnexus anklebenden Mängel in voller rechtlicher Wirkung bleibt, und der Mangel der amtlichen Confirmation nur die Folge hat, daß eventuell der Hof zur Befriedigung des Gläubigers nicht angegriffen werden kann, und im Uebrigen der Realisirung der Ansprüche des Letzten nichts entgegensteht. Daß nach diesen Principien bei den Obergerichten öfters entschieden ist, bezeugt das Ob. Land. Gericht in einem Erkenntniß vom 15. Octb. 1838. J. G. Fischer c. Lange. — Die Frage, ob Verträge über bäuerliche Grundstücke und Gerechtsame, welche zwar nicht gerichtlich bestätigt, aber von beiden contrahirenden Theilen in Erfüllung gebracht sind, aufrecht erhalten werden müssen? wird von der Praxis verneint, weil das Erforderniß der Bestätigung, als dem öffentlichen Rechte angehörig, außer der Willkühr der Parteien liegt (Erk. des Ob. Land. Ger. vom 3. März 1834. J. G. Fischer c. Fischer. — Vergl. Pfeifer, Pract. Ausf. Bd. 1. Nr. 13.) — Aus der Erfüllung eines solchen Vertrages können nur Ansprüche auf Ersatz des Geleisteten entspringen (Erk. des Ob. Land. Ger. vom 5. August 1828. J. G. Klenke c. Klenke. — Desgl. v. 6. Juni 1836. J. G. Bollmann c. Bruns). — Ueber die Möglichkeit der in integrum restitut. gegen confirmirte Contracte s. Leyser, Medit. ad pand. Sp. 60. Nr. 1.

- 7) Verordn. vom 22. Juni 1827. Nr. 14. — Vergl. Braunschv. Magazin vom Jahre 1829. Nr. 41 u. 42. — Der in dieser Verordnung gebrauchte Ausdruck »ländliche Privatbesitzungen« kann nur als Gegensatz des im Eigenthum des Staats, der Kirchen zc. befindlichen ländlichen Grundeigenthums angesehen werden, weshalb unter jenem Ausdruck ohne Zweifel auch die Grundstücke der Dorf-Gemeinden verstanden werden müssen. In diesem Sinne hat sich das Ob. Land. Ger. in einem Erkenntniß vom 15. Januar 1830. J. G. Bartels c. Wangelfstedt ausgesprochen.

2) Dagegen bedürfen so wenig solche von Bauern eingegangene Verträge, welche zwar ein Bauergut, aber nur ein persönliches Recht an denselben zum Gegenstande haben, z. B. Pachtverträge ⁸⁾, als solche, die zwar ein dingliches Rechtsverhältniß, aber nicht an einem Bauergute betreffen, deshalb weil sie von einem Bauer geschlossen werden, z. B. Verträge, wodurch ein Bauer städtische Grundstücke, Ritter- und Freisassengüter oder dingliche Rechte an denselben erwirbt, der gerichtlichen Bestätigung ⁹⁾. Ausnahmsweise ist diese auch bei den für das Leihhaus ausgestellten Schuld- und Pfand-Verschreibungen über die zum Zwecke der Abtragung von Ablösungscapitalien empfangenen Darlehn nicht erforderlich ¹⁰⁾.

3) Außergerichtlich abgeschlossene Verträge über bürgerliche Grundstücke und Gerechtsame, so wie der rechtliche Beweis über das Vorhandensein derselben für den Zweck einer künftigen Cognition und gerichtlichen Bestätigung sollen unter keinen Umständen den Gegenstand eines Rechtsverfahrens bilden können ¹¹⁾.

8) Vorausgesetzt, daß dadurch nicht wirklich ein Theil der Substanz des Bauerguts von dem Pächter erworben wird, z. B. bei Verpachtung eines Grundstücks zum Torfstechen oder Lehmgraben, denn solche Contracte können nach einer richtigen Interpretation von der Vorschrift der obrigkeitlichen Bestätigung nicht eximirt sein. — Ueber die Nothwendigkeit der Bestätigung der Pachtcontracte nach der lüneb. Polizei-Ordn. vom 6. Octbr. 1618. Kap. 11. s. von Bülow und Hagemann a. a. O. Bd. 8 a. Nr. 29.

9) Landesf. Declarat. vom 8. Mai 1830. Nr. 11. — Obwohl diese Declaration sich zunächst nur auf die Verordnungen vom 8. Decb. 1825 und 22. Juni 1827 bezieht, so gründen sich doch letztere wiederum auf die Verordn. vom 4. April 1620, weshalb die Declaration auf diese zurückzuziehen ist. Vergl. übrigens Note 3.

10) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 21. §. 3.

11) Verordn. vom 22. Juni 1827. Nr. 14. — Früher konnte aus den Verträgen der Bauern auf Erfüllung resp. Confirmation geklagt werden, weshalb diese Verträge, so lange die Bestätigung nicht verweigert worden, für verbindlich erachtet wurden. Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 4. Juli 1834. J. C. Bobe c. Esmann. — Scholz, Jurist. Magazin 2. Bd. 2. Heft Nr. 1. §. 1. Note. —

4) Da die Bestätigung solcher Contracte unter allen Umständen ein die Gültigkeit derselben bedingendes wesentliches Erforderniß ist, so bedürfen auch selbst die in Folge nothwendiger Subhastation geschehenen Veräußerungen der amtlichen Cognition und Bestätigung ¹²⁾).

5) Aus dem Grunde, daß die der Confirmation vorangehende Prüfung ein Gegenstand der verwaltenden Fürsorge für das Wohl der Unterthanen ist, liegt dieselbe dem Beamten ¹³⁾ nicht vermöge der Rechtspflege, sondern als administrativer Behörde ob. Die Gerichte sollen deshalb Beschwerden und Berufungen wegen versagter Bestätigung nicht annehmen, dergleichen Anträge vielmehr allein bei der vorgesetzten Verwaltungs-Behörde angebracht werden können ¹⁴⁾.

v. Liebhaber, Einleitung in das br. lüneb. Landrecht Th. 2. S. 375.

12) Minister. Rescr. vom 15. Juni 1830. Bege II. 253. — Landesf. Circul. Rescr. vom 23. August 1830. G. u. B. S. Nr. 18. — Um diese Bestimmung mit den über das Subhastations-Verfahren bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Uebereinstimmung zu bringen, nimmt die Praxis an, daß der Pluscitant bis zu der Ertheilung des Zuschlages an sein Gebot gebunden ist, und seine Verpflichtung nur durch Versagung der Confirmation wieder aufgehoben werden kann. — Erk. des Ob. Land. Ger. v. 4. Juli 1831. J. S. Bode c. Eschmann.

13) Bei den mit zwei Beamten besetzten Aemtern ist dies immer Sache des ersten. Verordn. vom 2. Januar 1833. Nr. 1. §. 4.

14) Verordn. v. 8. Decbr. 1825. Nr. 27. — Die rechtliche Wirkung der amtlichen Bestätigung eines über bäuerliche Grundstücke geschlossenen Vertrages ist nothwendiger Weise dadurch bedingt, daß der Vertrag und dessen Bestätigung auf der freien Einwilligung der Contrahenten beruht, so daß durch eine solche Bestätigung die fehlende Einwilligung der einen Partei nicht ergänzt werden kann, indem sie in diesem Falle den Charakter einer Handlung der freiwilligen Gerichtsbarkeit verlieren und in eine Rechtsprechung übergehen würde (Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 6. Decb. 1832. J. S. Bartels c. Wangelstedt). — Die Frage, ob der Confirmation ohngeachtet wegen anders befundener, oder geänderter, oder bei der Confirmation nicht, oder nicht hinlänglich beachteter Umstände und Verhältnisse dem vermeintlich Beschwerden die Befugniß zustehe, auf eine nochmalige Prüfung des Contracts und zu dem Ende

*Lg. n. 30 Nov. 1835. Oag. n. 16 Apr. 36. 70. Kinsch c. Kinsch.
Olg. v. 5 März 46. Oag. n. 25 Jan 47. 18. Schinmann c. Selge.*

6) Diese Berufung an die höhere Verwaltungs-Behörde beschränkt sich indeß allein auf den Fall, daß die Confirmation des Vertrages versagt worden ist, so daß die Cognition über die Rechtsbeständigkeit des Vertrages, insbesondere in Beziehung auf dritte Personen, wiederum lediglich Sache des Richters ist, und dem Contrahenten, welcher sich durch einen confirmirten Vertrag für verlegt hält, der Weg Rechts offen steht, der aber nur dann mit Erfolg betreten werden kann, wenn rechtliche Gründe zur Aufhebung oder Modification des Vertrages vorhanden sind ¹⁵⁾.

7) Die Nothwendigkeit der gerichtlichen Confirmation ist in den Fällen ausgeschlossen, wo zur Perfection des Vertrages die Bestätigung durch die Landes-Deconomie-Commission erfordert wird, was, wie im Eingange dieses Paragraphen bemerkt worden, bei den Ablösungen dinglicher Lasten und den Gemeintheilungen eintritt.

auf Untersuchung der Hofskräfte zum Zwecke der Verminderung der Lasten gegen die Berechtigten klagbar zu werden, muß verneint werden, weil die Gesetze die Conservation der Bauerhöfe keineswegs als oberstes Prinzip mit Beiseitesetzung aller übrigen Rechtsgrundsätze aufstellen. Es wollen zwar die Gesetze Beeinträchtigungen der Bauerngüter verhüten wissen, dieselben geben aber zugleich an, daß solches durch die Fürsorge der Beamten bei der Confirmation geschehen solle, und setzen die Gültigkeit und Bündigkeit solcher Verträge nur bis dahin aus, daß der Beamte sich darüber durch Ertheilung oder Verweigerung der Confirmation ausgesprochen hat. Nach erfolgter Bestätigung werden die Bauern in Ansehung der Verbindlichkeit zur Festhaltung der Contracte den übrigen Landeseinwohnern völlig gleich, und es bleiben ihnen bloß die zur Anfechtung von Contracten im gemeinen Rechte nachgelassenen Wege, ohne daß denselben die ihnen, als einer in gewissem Maße den Minderjährigen gleichgestellten Classe, bei Eingehung von Verträgen verliehene Begünstigung, wenn ihnen diese einmal zu Theil geworden ist, noch fernerweit zu statten kommen könnte. (Erkenntn. des Ob. Appellat. Ger. vom 16. Januar 1835. J. S. Vogel c. Vogel).

- 15) Minister. Refer. vom 13. Novbr. 1830. Wege II. 178. — Landesbesf. Refer. vom 15. Juni 1831. Wege III. 219.

§. 99.

C. Von Beendigung der Forderungen.

In Betreff der Beendigung der Obligationen gilt im Ganzen lediglich das gemeine Recht, da die vaterländische Gesetzgebung allein hinsichtlich der Zahlung folgende besondere, zum Theil eigenthümliche Bestimmungen enthält:

Wenn die Forderung eines Gläubigers auf einem *instrumento garantigionato* (auf klarem Brief und Siegel) beruht, und die Zahlung nicht in *continenti* erwiesen werden kann, so soll die gerichtliche Hülfe ohne Verzug gegen den Schuldner vollzogen werden und diesem erst nach geleisteter Zahlung freistehen, seinen etwaigen Entschädigungsanspruch gegen den Gläubiger im gerichtlichen Wege zu verfolgen ¹⁾.

Bei Zahlungen braucht nur eine solche Summe, die durch Viergutegroschenstücke nicht berichtigt werden kann, in Scheidemünze, und Kupfergeld nur insoweit angenommen zu werden, als die Ausgleichung nicht in Silbermünze geschehen kann ²⁾. Bei Ein- und Auszahlungen werden Bruchpfennige unter einem halben Pfennige nicht gerechnet; ein halber Pfennig und darüber gilt für einen vollen Pfennig ³⁾. Die öffentlichen Cassen nehmen nur in gesetzlichen Landesmünzen und den diesen gleichgestellten fremden Münzen Zahlung an ⁴⁾. Auch im Privatverkehre ist niemand gehalten, Zahlung in anderen Münzsorten anzunehmen, wenn nicht etwa die Annahme besonders bedungen ist ⁵⁾. Für den letzten Fall ist

1) Verordn. vom 3. Novbr. 1617. Promt. I. 147. — Pufendorf, *Observ.* T. I. Obs. 178. — Pufendorf, *Proc. civil.* P. 1. Cap. 4. §. 13. — Homborg, *Instit. just. L.* III. T. 15. §. 4. — v. Bülow und Hagemann, *Pract.örter.* Bd. 2. Nr. 48. Bd. 5. C. 276. Bd. 7. Nr. 8 u. 9. — Vergl. *L. ult.* §. 1. C. *De compensat.* (4. 31.)

2) Gesetz vom 18. Decbr. 1834. Nr. 16. §. 11. — Nach dem Reichs-Abfch. von 1576. §. 76 braucht niemand über 25 Gulden in Zweikreuzer-Stücken oder kleinerem Gelde zu nehmen.

3) Ebendaf. §. 31.

4) Ebendaf. §. 22. — Gesetz vom 28. Decbr. 1835. Nr. 69.

5) Gesetz vom 28. Decbr. 1835. Nr. 69. §. 13.

bestimmt, daß alle nicht ausdrücklich verbotenen Geldsorten und Zahlungsmittel, worüber Einzahler und Empfänger sich einigen, zulässig sind; auch bleibt den Contrahenten ein Uebereinkommen wegen des Courses fremder Geldsorten, insofern nicht deren Werth besonders normirt und deren Annahme zu einem höhern Preise allgemein verboten ist, überlassen ⁶⁾. Verboten, und zwar nicht nur für die öffentlichen Cassen, sondern auch für den Privatverkehr, ist alle fremde Scheidemünze, wenn nicht die Zulassung derselben innerhalb gewisser Gränzen und Beschränkungen aus besonderen Gründen gestattet worden ⁷⁾.

Die von der Leihhaus-Anstalt ausgegebenen Cassenscheine oder Bankzettel sollen bei allen öffentlichen Cassen nach ihrem Nominalwerthe in Zahlung angenommen und auf Anfordern der Inhaber jederzeit bei den Leihhaus-Cassen und bei den Kreis-Cassen, so weit die Geldvorräthe der letztern dazu ausreichen, gegen baares Geld umgesetzt werden. Bei Zahlungen im Privatverkehre ist die Annahme derselben der jedesmaligen Vereinbarung überlassen ⁸⁾.

Wenn nach der Darleihung eines Capitals eine Veränderung des Münzfußes vorging, so soll bei der Rückzahlung des Capitals nebst Zinsen auf den Werth, den die Münzsorten zur Zeit der Darleihung gehabt haben, gesehen und die Zahlung nach einem, auf das Verhältniß jenes Werths zu dem geänderten Münzwerthe sich gründenden billigen Verhältnisse geleistet werden ⁹⁾. Nur in Ansehung derjenigen Zahlungs-Verbindlichkeiten, welche vor Publication des Gesetzes vom 18. December 1834, die Münz-Versassung betr., entstanden und zwar in Conventions-Münze, aber nicht

6) Gesetz vom 18. Decbr. 1834. Nr. 16. §. 23 und 24.

7) Ebendas. §. 38.

8) Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63. §. 13. — Die äußere Form solcher Bankscheine ist durch die Verordn. vom 30. Januar 1843. Nr. 4 bestimmt, welche im §. 5 zugleich vorschreibt, daß die Einlösung der Bankscheine bei den Landes-Cassen in der Regel nur durch Zahlung in grobem Courantgelde geschehen soll.

9) Verordn. v. 23. August 1723. Promt. I. 163. — Vergl. Strube,

in gröberen Münzsorten als Eindrittel = Thalerstücken bestimmt sind, steht gesetzlich fest, daß der Empfänger verbunden sein soll, die Zahlung in Courant mit einem Aufgelde von acht Pfennigen für den Thaler Conventions = Münze anzunehmen. Auf Zahlungs = Verpflichtungen, welche in gröberen Münzsorten erfüllt werden müssen, oder auf einen andern, als den Conventions = Münzfuß gestellt sind, findet, nach ausdrücklicher Bestimmung des Gesetzes, jenes Reductions = Verhältniß (36 zu 37) keine Anwendung ¹⁰⁾. Die für den Privatverkehr getroffenen Bestimmungen werden auch auf die Leihhaus = Anstalten angewandt ¹¹⁾.

Durch Annahme von Abschlags = Zahlungen verliert der Gläubiger nichts an seinem Rechte ¹²⁾. Bei Darlehen aus der Leihhaus = Anstalt wird die successive Abtragung des Capitals in manchen Fällen zur Contract = Bedingung gemacht. S. §. 107. Die Untergerichts = Ordnung der Stadt Braunschweig von 2. Februar 1764 §. 12. ¹³⁾ legt dem Gläubiger die Verbindlichkeit auf, sich Abschlags = Zahlungen gefallen zu lassen, wenn der Schuldner nachweist, daß er auf unverschuldete Weise außer Stand gesetzt ist, sofort die ganze Summe zu bezahlen ¹⁴⁾.

Die Vorschriften, welche in einzelnen Rechtsverhältnissen bei der Zahlung beobachtet werden müssen, sind an den betref-

Rechtl. Bedenk. Nr. 354. (II. 21.) — Glück, Pandect. Comment. Bd. 12. S. 64. — Rünke, Deutsch. Privatrecht §. 207.

10) Gesetz vom 18. Decbr. 1834. Nr. 16. §. 33. 34 und 35.

11) Ebendas. §. 39.

12) Landesf. Declarat. vom 4. Mai 1748. Promt. I. 118. — Insbesondere ist dies auch bei Wechselschulden der Fall. S. §. 155.

13) Promt. I. 298. — Vergl. Hahn, Ad Engelbrechti comp. jurispr. p. 93 & 796.

14) Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 94. Note i, bezeugt, daß die Praxis den J. R. U. §. 174 dahin ausdehne, daß der Gläubiger sich Rückzahlung gefallen lassen müsse, wenn der Schuldner ohne sein Versehen in Vermögens = Verfall gerathen sei und durch eine vollständige, ungetheilte Zahlung gänzlich zu Grunde gerichtet werden würde. Vergl. L. 13. D. De re jud. (42. 1.) — Hahn, Observat. theor. pract. T. II. p. 875.

fenden Stellen angeführt, als z. B. bei Zahlungen an Vormünder §. 24., an Kirchen-Rechnungsführer §. 66., bei Wechselfn §. 155., bei mortificirten Schuld-Verschreibungen §. 103., bei Veränderungen mit dem Grundvermögen der Pfarren und Schulen durch Separationen und Ablösungen §. 190. und 288.

§. 100.

D. Von Moratorien.

Zur Beförderung des Credits sollen einem insolventen Schuldner *induciae moratoriae* nicht anders verstattet werden, als wenn derselbe durch klare Beweise darzuthun vermag, daß er durch gänzlich unverschuldete Unglücksfälle in schlechte Vermögens-Umstände gerathen sei. Beim Nachsuchen um Stundung muß der Schuldner sein Vermögen genau angeben und diese Angabe eidlich bekräftigen ¹⁾. Nach der Ertheilung kann der Schuldner die *exceptio moratorii* selbst den Wechselflagen entgegensetzen, vorausgesetzt, daß er darauf nicht ausdrücklich verzichtet hat ²⁾.

In dem Landes-Grundgesetze vom 12. October 1832 §. 209. hat sich der Landesfürst des Rechts, Moratorien zu ertheilen, begeben ³⁾, die Gerichte dürfen aber in den gesetzlich bestimmten Fällen darauf erkennen ⁴⁾.

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 56. Promt. II. 174. — Ohne Zweifel ist nach Maßgabe des gemeinen Rechts (Zibaut, System des Pandect. Rechts §. 1221), auch die Nachweisung erforderlich, daß das Vermögen des Schuldners bei einer Befristung zur Befriedigung der Gläubiger hinreichen werde. Hierauf scheint auch die obige Vorschrift wegen der Vermögensangabe bezogen werden zu müssen.

2) Landesf. Refer. vom 9. Septbr. 1773. Promt. II. 175.

3) Gleiche Entsagungen finden sich auch in andern Verfassungs-Urkunden, z. B. in der kurheffischen und der königl. sächsischen. Archiv für civil. Praxis Bd. 16. Nr. 17.

4) Vergl. Glück, Comment. Bd. 3. §. 211. — Schweppe, Concurs §. 13. — Archiv a. a. O. — Rechtslexicon Bd. 4. C. 117. Pfeifer, Pract. Ausf. Bd. 4. Nr. 3.

Zweiter Abschnitt.

Von einzelnen Verträgen.

A. Darlehn.

Eichhorn, §. 107.

§. 101.

I. Beschränkungen in der Person des Anleihers.

1) Öffentliche Beamte dürfen von den Unterthanen ihres Gerichts- oder Verwaltungsbezirks keine Gelder aufleihen ¹⁾; den Steuerbeamten ist das Geld-Anleihen von den ihrer Controle unterworfenen Personen bei Strafe der Dienstentsetzung und der Confiscation des Angelienehen verboten ²⁾.

2) Prediger und Administratoren des Kirchen-Vermögens, Kirchen-Bisitatoren, Patrone und Vorgesetzte sollen bei Strafe keine Anlehne aus dem Kirchen-Vermögen nehmen ³⁾.

3) Subaltern-Officiere, d. h. Premier-Lieutenants und Officiere niederen Grades, so wie Militairbeamte desselben Ranges dürfen nicht anders, als mit Genehmigung des obersten Chefs, unter welchem sie stehen, Darlehne aufnehmen. Ein solcher Consens, der nur dann ertheilt werden darf, wenn der Nachsuchende des Anlehns nothwendig bedarf, soll auf eine gewisse Zeit beschränkt sein, schriftlich ausgefertigt und der Darlehns-Urkunde angehängt werden. Im Falle der Consens nicht vorschriftsmäßig ertheilt oder abgelaufen ist, hat der Gläubiger keinen Anspruch auf Befriedigung aus dem Solde des Officiers und die Gerichte dürfen Klagen aus solchen nicht consentirten Darlehen nur dann anneh-

1) Verordn. vom 17. Novbr. 1721. Promt. I. 18. — Das röm. Recht verbietet nur den praesides provinciarum, von den Einwohnern ihrer Provinz Geld aufzuleihen. Glück, Pandect. Comment. Bd. 12. S. 56.

2) Gesetz vom 23. April 1835. Nr. 16. §. 22. Nr. 3. — Gesetz von demselben Tage Nr. 18. §. 62. Nr. 3.

3) Verordn. vom 28. Mai 1746. Promt. II. 28.

men, wenn zugleich anderes Vermögen als Executionsmittel nachgewiesen wird 4).

Ebenfalls kann auch gegen dienstthuende Soldaten oder Unterofficiere keine gerichtliche Klage auf Zahlung aus einem Darlehne angestellt werden, sofern nicht der Chef das Darlehn genehmigt hat, oder ein unabhängiges Eigenthum des Schuldners nachgewiesen wird, aus welchem, ohne Hinsicht auf den Sold, die Zahlung erfolgen kann. Es macht dabei keinen Unterschied, ob das Darlehn unter dem Namen eines Darlehns oder vermittelt eines verstellten Geschäfts eingegangen ist 5).

4) Das Borgen oder das Herauszahlen von Vorschüssen an Minderjährige, mögen dieselben unter väterlicher Gewalt oder Vormundschaft stehen, ohne Wissen und Einwilligung ihrer Eltern oder Vormünder, ist bei Verlust der Forderung untersagt. Nicht weniger ist auch verboten, denselben durch Gutsagen oder Verbürgen Credit zu verschaffen 6).

4) Verordn. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. Art. 123. S. 253. — Schon das röm. Recht (L. 4. C. De excert. rei jud. 7. 53.) schreibt vor, daß der Gläubiger die Befoldung des Soldaten nicht solle in Anspruch nehmen können, so lange noch anderes Vermögen vorhanden sei, woraus er seine Befriedigung erhalten könne.

5) Ebendas. Art. 161. S. 313. — Im Hannöverschen und im Preussischen bestehen ähnliche Verbote. Verordn. vom 27. Novb. 1736. und pr. Landrecht Th. 1. §. 11. §. 678. — Ueber den Contrast dieser Bestimmungen hinsichtlich der Soldaten-Anlehne mit denen des röm. Rechts vergl. L. 7. §. 1. C. Ad Sct. Maced. (4. 28.) — Glück, Comment. Bd. 12. S. 58. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 660. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 380. (2. 125.) — Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 8a. Nr. 12.

6) Verordn. vom 20. April 1711. Promt. I. 223. — Verordn. vom 10. Juli 1745. — Desgl. vom 5. Mai 1747. Promt. I. 224. — Vergl. von Bülow und Hagemann a. a. O. Bd. 8a. Nr. 12. — Strube a. a. O. Nr. 379. (1. 156.) — Die Erweiterung des Sct. Maced. bei filiis familias findet sich schon in einer Constitution des Kaisers Rudolph August von 1589. — Hahn, Observ. ad Wesenb. T. 1. L. 14. T. 6. Not. 5. — Ueber die eidliche Verzichtleistung auf das Recht aus dem Sct. Maced. s. v. Bülow, Abhandlungen 2c. Th. 1. Nr. 13.

5) Auf Früchte auf dem Halme oder auf Gras in den Wiesen soll kein Geld geliehen werden, und der Darleiher in einem solchen Falle auf Rückerstattung des Darlehns erst nach der Erndte Anspruch machen können 7). Auch das Säen um die Hälfte ist verboten (§. 102.), dagegen soll demjenigen, welcher Saatforn hergeliehen hat, vor allen Andern zu seiner Bezahlung verholten werden 8).

6) Die Wirth auf dem Lande sollen einem Ackermanne nicht über 1 Fl., einem Halbspänner nicht über 15 Mgr. und einem Köcher nicht über 10 Mgr. an Bier creditiren, und das, was sie denselben mehr geborgt haben, nicht einklagen können 9).

7) Ueber die bedingte Verpflichtung der Herrschaft zur Bezahlung der von dem Gesinde auf Credit aufgenommenen Waaren und Gelder s. §. 36.

§. 102.

II. Zinsen.

Eichhorn, §. 108 u. 109.

Obwohl die Verordnung vom 3. Novb. 1617 1) 6 Procent als erlaubte Zinsen bezeichnet, so hat doch auch für das hiesige Land die Bestimmung der Reichsgesetze, wonach das höchste Zinsenquantum auf 5 Procent festgesetzt worden, verbindliche Kraft erhalten, und die Gerichte erkennen auf Zu-

7) Tax=Ordn. vom 29. Novb. 1615. Tit. 77. §. 15. — Verordn. vom 7. Juli 1768. — Desgl. vom 8. August 1768. — Desgl. v. 10. Juli 1795. Promt. I. 354 u. 405. — Wegen des Hopfens hat der Magistrat zu Braunschweig auf landesf. Befehl unterm 23. August 1678 ein ähnliches Verbot erlassen. — Ueber die ähnlichen Verbote im Königreiche Hannover s. Grefe, Leitfaden zum Studium des hannöv. Privatrechts Th. 2. §. 174.

8) Amts=Cammer=Ordn. vom 1. Juli 1688. Art. 92.

9) Allgem. Land. Ordn. Art. 97. Promt. II. 398. — Die fortbestehende Gültigkeit dieses Verbots ist indeß sehr zweifelhaft.

1) Promt. I. 147. — Die Tax=Ordn. vom 29. Novbr. 1615. Tit. 77. §. 5. Promt. II. 529 gestattet, landübliche und gebräuchliche Zinsen zu nehmen.

rückerstattung der über fünf Procent empfangenen Zinsen ²⁾. Ausnahmsweise ist den Kaufleuten in der Stadt Braunschweig bei Ausleihung von Geldern an andere Kaufleute, auch wenn diese nicht in Braunschweig wohnen, und dem Leihhause bei Darlehen auf Faustpfänder 6 Procent jährliche Zinsen zu nehmen erlaubt ³⁾. Der landesübliche Zinsfuß ist übrigens thatsächlich jetzt geringer als 5 Procent, was hauptsächlich darin den Grund hat, daß die Leihhaus-Anstalten bei Capital-Ausleihungen niedrigere Zinsen nehmen (§. 109), und daß sowohl die Ablösungs-Capitalien, als auch die Capital-Abfindungen bei Gemeinheits-Theilungen bis zur Zahlung gesetzlich nur mit vier Procent verzinst werden ⁴⁾.

Die Zinsen müssen, wenn nicht ausdrücklich oder stillschweigend etwas Anderes bestimmt ist, in derselben Münz-

- 2) Die Bestimmung des Reichs-Abschiedes von 1654. §. 170—175, durch welche der Zinsfuß eigentlich nur zum Besten der durch den 30jährigen Krieg verarmten Schuldner, also nur transitorisch, auf fünf Procent herabgesetzt war, wurde in dem niedersächsischen Kreis-schlusse vom 4. Decbr. 1654, dessen Gesetzeskraft durch Aufnahme in die der Hofgerichts-Ordn. angehängte Verordnungssammlung keinem Zweifel unterliegen kann, von den Ständen des niedersächsischen Kreises, auf eine für ihre Unterthanen verbindende Weise auch auf künftige Schulverhältnisse ausgedehnt. — Leyser, Med. ad pand. Sp. 245. Med. 4. — Glück, Pand. Comment. Bd. 21. S. 95. — v. Bülow, Abhandlungen über Materien des röm. Rechts Th. 2. S. 77 flg. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 364. (3. 133.) — Die Frage, ob die Klage auf Zinsen durch Vorbehalt conservirt bleibe? (L. 26. pr. C. De usur. 4. 32. I. 49. §. 1. D. De ext. emt. 19. 1. — Glück, Comment. 2c. Bd. 21. S. 63. — Strube a. a. O. Nr. 362. I. 63. — Archiv. für civil. Prax. Bd. 1. Nr. 17.) ist durch die Praxis bejahend entschieden. Erfl. des Ob. Land. Ger. vom 28. Novbr. 1833. J. C. Warfe c. Warnecke. — Waldeck, Controv. Entsch. S. 168.
- 3) Landesfürstl. Rescr. vom 11. Januar 1773. Promt. II. 529. — Vergl. Strube a. a. O. Nr. 374. (5. 127.) — Verordn. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 9.
- 4) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 116. — Desgl. von demselben Tage Nr. 22. §. 197.

forte, worin das Capital ausgeliehen worden, bezahlt werden 5).

Zinsen, welche im Rückstande geblieben sind, ultra alterum tantum zu nehmen, ist nur den milden Stiftungen, indeß lediglich rücksichtlich ihrer Fundations-Capitalien und nicht auch bei anderen Capitalien, namentlich solchen, die aus den Ueberschuß-Geldern belegt oder durch Cession oder auf andere Weise Eigenthum der milden Stiftungen werden, erlaubt 6).

Von creditirten Kaufmannswaaren werden in der Regel keine Zinsen bezahlt. S. §. 116.

Bei vorgeliehenem Saatkorne darf sich der Darleiher nur den sechsten, höchstens den fünften Himten statt der Zinsen stipuliren; das Säen um die Hälfte ist verboten 7).

5) Pufendorf, *Observ. jur. univ.* T. IV. Nr. 101 et 102. — Leyer, *Medit. ad pand. Sp.* 243. M. 3. — Strube a. a. D. Nr. 367 u. 368. (I. 168 u. III. 59.) — Verordn. vom 9. März 1765. §. 19. Promt. II. 91. — In einem landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig vom 8. Septb. 1760. Promt. I. 164. ist zwar gesagt, daß die Zinsen, wenn dieselben nicht in eben der Münzforte, worin das Capital stehe, stipulirt wären, in keiner andern, als currenter Münze gefordert werden könnten; allein abgesehen davon, daß diese von dem gemeinen Rechte abweichende Bestimmung durch ein späteres landesf. Rescr. an den genannten Magistrat vom 3. Novbr. 1760 lediglich auf die hypothekarischen Capitalien, welche auf Häusern hafteten, beschränkt ist, so kann dieselbe schon deshalb keine allgemeine Anwendung finden, weil die betreffenden Rescripte nicht gehörig promulgirt, vielmehr nur in einzelnen Fällen an eine einzelne Behörde und zwar in einer Zeit erlassen sind, wo nach zerrüttetem Münzwesen der Münzfuß wieder hergestellt wurde.

6) Verordn. vom 31. Januar 1701. Promt. II. 531. — Cramm, *Differ. jur. com. et br. Obs.* 9. — Vergl. Nov. 160. Cap. I. — Nach einer hannöv. Verordn. vom 20. Febr. 1824 sollen dem Gläubiger die Zinsen über das alterum tantum hinaus zuerkannt werden, wenn derselbe darthut, daß ihm das Aufschwellen der Zinsen nicht beizumessen sei. Strube a. a. D. Nr. 365 u. 366. (I. 123. u. III. 33.) — Das röm. Recht enthält kein Verbot gegen das Zinsen-Nehmen ultra alterum tantum. Glück a. a. D. Bd. 21. §. 1134.

7) Tax-Ordn. von 1645. Tit. 77. §. 13. — Amts-Cammer-Ordn.

Wer sich höhere, als die gesetzlich erlaubten Zinsen, oder statt derselben den erlaubten Zinsfuß überschreitende Vortheile oder größere Summen oder bessere Münzsorten, als er zu fordern berechtigt ist, oder für die gestattete Stundung ein Mehreres, als die gesetzlich erlaubten Zinsen oder deren Werth versprechen oder leisten läßt, oder bei Darlehen dem Schuldner statt baaren Geldes, oder demselben gleich zu achtende Staats- oder Creditpapiere, Sachen aushändigt, macht sich des Wuchers schuldig ⁸⁾. Insbesondere wird auch als Zinswucher angesehen, wenn sich der Darleiher eines Capitals bei Ausleihung desselben unter dem Namen von Provision, oder auf andere Weise, z. B. durch Berechnung des Courses der verschiedenen Münzsorten und Staatspapiere, auch anderer Effecten, im erheblichen Widerspruche mit dem ganzbaren Course, oder auf irgend eine andere Art eine Vergütung ausbedingt und solche von dem Capitale in Abzug bringt, oder dieselbe überhaupt annimmt; ferner wenn ein Capitalist bei Prolongation eines Wechsels, oder bei jeder andern Erneuerung des Darlehnsvertrages dergleichen Vortheile sich stipulirt, dergestalt, daß die bedungenen Vortheile entweder für sich allein, oder mit Hinzurechnung der in der Schuldburkunde stipulirten Zinsen das gesetzliche Maaß der Zinsen überschreiten; imgleichen, wenn der Gläubiger über das gesetzliche Zinsmaaß hinaus einem Dritten irgend einen Vortheil, als Negocegebühr oder unter einem sonstigen Namen zusichern läßt, so wie auch, wenn derjenige, der befugt ist, für Dritte gegen die Gebühr Anlehne zu besorgen (§. 93), für eigene ausgeliehene Capitalien Negocegebühren erhebt ⁹⁾.

Was die Locirung der Zinsen in Concursen betrifft, so werden die der Klöster, Kirchen und milden Stiftungen, so weit dieselben von drei Jahren rückständig sind, und ebenfalls die Zinsen, welche auf Darlehne, zu deren Sicherheit

von 1688. Art. 92. — Vergl. L. 12. 23. C. De usur. (4. 32.), wodurch vielleicht die obigen Bestimmungen veranlaßt sind.

8) Criminal-Gesetzbuch §. 232.

9) Verordn. vom 19. Juli 1827. Nr. 16. §. 6 u. 7.

in foro rei sitae gehörig eingetragene Hypotheken constituit worden und von drei Jahren vor entstandenem Concourse unbezahlt geblieben sind, ferner die von zwei Jahren vor ausgebrochenem Concourse rückständigen Zinsen auf Abldungs-Capitalien (§. 288), so wie die während des Concurses laufenden Zinsen zugleich mit dem Capitale locirt. Alle übrigen Zinsen aber sollen selbst den chirographarischen Gläubigern nachgesetzt werden ¹⁰⁾.

Ueber die Verpflichtung des Fiscus zur Zinszahlung
f. §. 91.

III. Mortificirung abhanden gekommener Schuldverschreibungen.

§. 103.

Der rechtmäßige Eigenthümer eines Darlehns, worüber eine Verschreibung auf den Inhaber ausgestellt ist, der sich zur Erhebung desselben durch Beibringung der Schuldverschreibung nicht zu legitimiren vermag, kann mittelst gerichtlicher Mortificirung der letztern zur Zahlung gelangen, zu welchem Zwecke derselbe sich an die Gerichts-Behörde des Schuldners, oder eintretenden Falls an das Gericht des Orts, wo der Administrator der schuldigen öffentlichen Casse seinen gewöhnlichen Wohnsitz hat, wenden und zur Begründung seines Antrages den Zufall, wodurch er den Besitz des Documentes verloren hat, und daß er bis zum Eintritte dieses Zufalls der Inhaber des Documentes wirklich gewesen sei, erweisen muß. Das Gericht hat den Schuldner sofort von dem Verluste der Obligation und der beantragten Mortificirung in Kenntniß zu setzen, auch kann auf den Antrag des Gläubigers zur Sicherheit seiner Forderung das Capital mit Arrest belegt werden. Die hierauf folgende öffentliche

10) Verordn. vom 20. August 1714. — Desgl. vom 23. März 1756. — Desgl. vom 6. April 1778. — Declarat. vom 6. Juni 1788. Promt. II. 530. — Verordn. vom 12. Octbr. 1803. Promt. I. 472. — a Cramm, Diff. jur. comm. et br. Obs. 16. — Ähnliche Bestimmungen enthält die hannöv. Verordn. vom 3. Mai 1829. S. Grese, Leitfaden zc. Th. 2. S. 228.

Vorladung des etwaigen dritten Inhabers der Obligation, behuf Ausführung seiner Ansprüche, geschieht unter dem Präjudize der Präclusion mit seinem aus dem Besitze des Documents fließenden Rechte und unter Androhung der Mortification der Obligation. Diese Edictalladung muß wenigstens einen Zeitraum von zwei Jahren umfassen. Wenn sich binnen dieses Zeitraumes kein Inhaber der aufgegebenen Schuldverschreibung meldet, so spricht das Gericht die Präclusion und Mortification aus, und das darüber abgegebene Erkenntniß, welches auf eben die Weise, wie die Edictalladung zu publiciren ist, tritt nach vier Wochen sogleich in Rechtskraft. Die erfolgte Mortification dient übrigens allein zur Sicherheit des Schuldners, welcher durch die in Folge derselben geleistete Zahlung von aller durch den Darlehns-Vertrag übernommenen Verbindlichkeit liberirt, und gegen alle Ansprüche des präcludirten Inhabers der Schuldverschreibung völlig gesichert wird, wogegen das Recht eines solchen dritten Besitzers gegen seinen Vorgänger im Besitze der Schuldverschreibung unverändert bleibt ¹⁾. Späterhin sind diese Bestimmungen auf solche Schuldverschreibungen, welche auf einen benannten Gläubiger ausgestellt sind, mit den Modificationen ausgedehnt, daß die Mortification auch bei dem *judex in foro contractus* beantragt werden kann, und die Frist der Edictalladung auf einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten, je nach dem richterlichen Ermessen, beschränkt ist ²⁾. Das Mortifications-Verfahren ist von Amtswegen einzuleiten, wenn bei Löschungen oder Cessionen in den Hypothekenbüchern der Gläubiger die Obligation, weil ihm solche an-

1) Verordn. vom 6. Januar 1818. Nr. 2.

2) Verordn. vom 24. Juni 1827. Nr. 15. — Vergl. die Königl. händv. Verordn. vom 20. Januar 1826 über die Legitimation der Landes-Gläubiger und die Mortification abhanden gekommener landschaftlicher Schuldverschreibungen. — Schumm, Die Amortisation verlorener oder abhanden gekommener Schuldurkunden (Archiv für civilist. Praxis Bd. 13. Anhang). — Linde, Zeitschrift für Civilrecht und Proceß Bd. 5. Nr. 4. — v. Bülow, Abhandlungen über einzelne Materien des röm. Rechts Th. 1. Nr. 17.

geblich abhanden gekommen, zurückzugeben oder auszuliefern nicht im Stande ist ³⁾).

Wegen verloren gegangener Bankzettel ist ein Mortifications-Verfahren unzulässig ⁴⁾.

Bei abhanden gekommenen Leihhaus-Obligationen über belegte Pupillen- und Curatelgelder bedarf es zu deren Mortificirung eines gerichtlichen Verfahrens nicht, vielmehr ist die Leihhaus-Commission ermächtigt, darüber neue, auf den Namen der Pupillen ausgestellte Obligationen und Cassenscheine zu ertheilen, wenn die Vormünder oder Curatoren die älteren abhanden gekommenen Obligationen mortificiren und mittelst eines gerichtlichen Attestes bescheinigen, daß das Capital Eigenthum der Pupillen, der Verlust von dem Vormunde angezeigt, die Vormundschaft oder Curatel noch nicht beendet und der Administrator bis zum Tage der Ausstellung nicht ermächtigt ist, über das Capital oder einen Theil desselben zu disponiren ⁵⁾. Ueber die Mortificirung abhanden gekommener Leihhaus-Pfandscheine s. §. 106.

IV. Sparcassen.

§. 104.

Um dem minder begüterten Theile der Unterthanen Gelegenheit zu geben, geringfügige Geldsummen auf sichere Weise zu belegen und durch Verzinsung nutzbar zu machen, sind Sparcassen errichtet, welche in Verbindung mit dem Leihhause stehen und mit diesem gleiche Gewähr des Staates genießen. In den Sparcassen werden Einlagen zum Betrage von acht Gutegroschen bis zu fünf und zwanzig Thalern angenommen, und auf die belegten Summen zu jeder Zeit Rückzahlungen geleistet. Die Einzahler empfangen Contrabücher, welche die belegte Summe nachweisen und die Stelle einer Schuldverbriefung vertreten; sie werden auf den Inha-

3) Circul. Refcr. des Ob. Land. Ger. vom 3. März 1842. G. u. B. G. Nr. 50. §. 29.

4) Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63. §. 13.

5) Refcr. des Staats-Ministerii vom 18. Mai 1830. Bege II. 176.

ber ausgestellt und der Name des Einzahlers wird nur auf ausdrückliches Verlangen hinzugefügt, wodurch sich indeß die Qualität des Contrabuchs, als einer auf den Inhaber lautenden Schuldverbriefung, in Beziehung auf die Sparcasse nicht ändert, diese wird vielmehr durch die an den Inhaber des Buchs geleisteten Zahlungen aller Ansprüche des wirklichen Gläubigers überhoben. Indeß soll auf die Anzeige, daß ein Contrabuch verloren gegangen sei, die Zahlung sistirt werden, und es tritt alsdann das Verfahren ein, welches in Ansehung verlorener Leihhaus-Pfandscheine Statt findet. (§. 106.)

Die belegten Summen werden mit $2\frac{7}{9}$ Procent (acht Pfennig vom Thaler) verzinst, doch nur, wenn sie nicht unter einem Thaler betragen, indem von geringeren Summen überall keine Zinsen gezahlt werden. Ungeforderte Zinsen können nicht capitalisirt, wohl aber die ausgezahlten sogleich wieder belegt werden. Wenn die Zinsen drei Jahre lang unabgefordert bleiben, so hört die Verzinsung des Capitals auf ¹⁾.

V. Leihhaus-Anstalt.

Eichhorn, §. 122.

§. 105.

A. Allgemeines.

Die Leihhaus-Anstalt, welche ursprünglich die Bestimmung hatte, sich zunächst mit dem Darleihen auf Handpfänder zu beschäftigen, und früher unter landesfürstlicher Oberaufsicht als ein selbstständiges Institut bestand, ist jetzt vom Staate übernommen und bildet neben jenem ursprünglichen Zwecke, der auch ferner in Gemäßheit der Leihhaus-Ordnung ¹⁾ erfüllt werden soll, hauptsächlich ein unter der Ge-

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 18.

1) Diese ist unterm 9. März 1765. Prom. II. 88, und zwar zunächst für die Leihhaus-Anstalt zu Braunschweig ergangen, indeß auch auf die Nebenbranchen erstreckt (Verordn. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 29), so daß die besonderen, für die Leihhäuser zu Blankenburg (vom 4. Decbr. 1787. Promt. II. 96.) und zu Helmstedt

währ des Staats stehendes Landes-Credit-Institut. In letzter Eigenschaft hat die Leihhaus-Anstalt Geld in Verzinsung zu nehmen, Deposita aufzubewahren und Geld gegen Verzinsung auszuleihen; außerdem sind aber auch Anleihen, welche mit ständischer Zustimmung auf den Credit des Landes oder des Cammerguts contrahirt werden sollen, durch die Leihhaus-Anstalt zu bewerkstelligen, und es können aus der Leihhauscasse der Münze Vorschüsse zur Bezahlung angekaufter edler Metalle verwilligt werden. Der durch den Geschäftsbetrieb der Leihhaus-Anstalt hervorgehende Gewinn wird zu den Staats-Einnahmen gezogen; ihre Verwaltung geschieht, unter Controle des Finanz-Collegiums, durch die Leihhaus-Commission, welcher das Leihhaus zu Braunschweig und die Leihhaus-Administrationen in den übrigen Städten ²⁾ untergeordnet sind ³⁾.

B. Rechte und Pflichten der Leihhaus-Anstalt.

§. 106.

1. In Ansehung des Versatzgeschäfts.

Ihrem ursprünglichen Zwecke gemäß wurde früher das Darleihen auf Handpfänder als das hauptsächlichste Geschäft der Leihhaus-Anstalt angesehen ¹⁾ und sie erhielt darauf ein ausschließliches Recht (§. 201.); indeß kann das Versatzgeschäft jetzt, nachdem die Leihhaus-Anstalt eine viel höhere Wichtigkeit als Landes-Credit-Institut erhalten hat, nur noch als ein Nebengeschäftszweig derselben erscheinen, wie

(vom 5. März 1828. Nr. 6.) erlassenen Ordnungen mit jener im Wesentlichen übereinstimmen. Nach der Helmstedter Leihhaus-Ordnung soll auch die Leihhaus-Anstalt zu Gandersheim verwaltet werden. (Verordn. vom 5. Decbr. 1839. Nr. 31.)

2) Zur Zeit bestehen solche Administrationen in Blankenburg, Helmstedt, Holzminden und Gandersheim.

3) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 186. — Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63.

1) Verordn. vom 9. März 1765. §. 15. Promt. II. 90. — Desgl. vom 4. Decbr. 1787. §. 4. Promt. II. 96. — Desgl. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 4.

wohl die darauf sich beziehenden gesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich in Kraft erhalten sind 2).

Bei dem Versaße eines Pfandes ist der Inhaber desselben nicht gehalten, seinen Namen zu nennen; es soll indeß bei Annahme der Pfänder alle mögliche Vorsicht angewandt und Bevormundeten, oder noch in väterlicher Gewalt stehenden Kindern, erklärten Verschwendern, Dienstboten und überhaupt allen Individuen, von welchen mit Grund vermuthet werden muß, daß sie kein Recht zum Versaße haben, nur dann auf Pfand geliehen werden, wenn die Vormünder, Väter, Dienstherren u. dazu ihre Einwilligung ertheilt haben 3).

Die Handpfänder werden vor ihrer Annahme und vor Auszahlung des Anlehns von beeidigten Taxatoren abgeschätzt, und nur bei solchen Pfändern, die keiner Taxation bedürfen, ist den Leihhaus-Bedienten gestattet, das Darlehn sogleich auszuzahlen 4). Dem Verpfänder steht frei, das Pfand in Gegenwart des Cassirers und Buchhalters zu versiegeln 5). Auf Sachen, die einen gewissen, zuverlässigen und beständigen Werth haben, muß das Leihhaus drei Viertel, auf andere Sachen aber die Hälfte bis zwei Drittel des taxirten Werthes leihen 6). Schildereien, Montirungs- und Armaturstücke der Soldaten, so wie die mit einem dem Leihhause bekannt gemachten Zeichen versehenen Effecten der Armen-

2) Gesetz vom 7. März 1812. Nr. 63. §. 14.

3) Verordn. vom 9. März 1765. §. 21 u. 33. Promt. II. 91 u. 93.

4) Ebendas. §. 22 u. 24. Promt. II. 91.

5) Ebendas. §. 25. Promt. II. 92.

6) Ebendas. §. 26. Promt. II. 92. — Zu der ersten Classe gehören, Metalle (Vergl. §. 107.), unangeschnittenes Linnen, Drell und im Bande fabricirtes Wollenzug; zu der zweiten, unangeschnittenes Seidenzeug und goldene oder silberne Tressen, worauf bis zu zwei Drittel des Taxatums geliehen werden kann, ferner schon gebrauchte Waaren, Kleidungsstücke und überhaupt solche Sachen, die dem Verderben oder sonstiger Werth-Verminderung leichter, als die obigen ausgesetzt sind, imgleichen Juwelen und andere Pretiosen, deren Werth veränderlich ist, auf welche sämmtliche Sachen nicht mehr als die Hälfte des Taxatums geliehen werden darf.

Anstalten dürfen nicht in Versatz genommen werden ⁷⁾. Summen unter 1 Thlr. werden aus der Leihhauscasse nicht ausgeliehen; bei bedeutenden Summen muß derselben eine Zahlungsfrist von 8 bis 14 Tagen nach der Taxation des Pfandes gestattet werden ⁸⁾. Ueber den Empfang des Pfandes erteilt das Leihhaus einen Schein, welcher die Nummer des Pfandes, dessen Beschreibung und Taxe, so wie auch die Zeit der Einlösung, das Zinsquantum und den Betrag des Anlehns enthält. Nach Ausstellung eines solchen Empfangscheins in gehöriger Form erhält die Leihhaus-Anstalt ein vollgültiges Pfandrecht an der verpfändeten Sache, wenn gleich dieselbe nach gemeinem Rechte ⁹⁾ nicht sollte verpfändet werden können, und eine Vindicationsklage ist gegen das Leihhaus selbst dann nicht zulässig, wenn ein Dritter sollte erweisen können, daß die Sache ihm gehöre und von ihm verloren, ihm entwendet oder auf andere Weise abhanden gekommen sei ¹⁰⁾. Es darf indeß vom Leihhause kein Gegenstand in Versatz genommen werden, von dem es demselben auf irgend eine Weise bekannt geworden sein kann, daß er verloren oder entwendet ist, und der Leihhaus-Officiant, welcher eine Sache, deren Entwendung oder Unveräußerlichkeit dem Leihhause von den Gerichts- und Polizeibehörden angezeigt, oder durch die öffentlichen Anzeigen publicirt ist, in Versatz annimmt, soll für den daraus entstehenden Schaden haften ¹¹⁾.

7) Verordn. vom 4. Juni 1762. Promt. II. 174. — Desgl. vom 16. Novbr. 1805. Promt. I. 34. — Desgl. vom 5. März 1828. N^o 6. §. 4.

8) Verordn. vom 9. März 1765. §. 29. Promt. II. 93.

9) C. Thibaut, Pandectenrecht §. 645. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 343. — v. Wening-Ingenheim, Lehrbuch des gemeinen Civilrechts Bd. 2. §. 127.

10) Ebendaf. §. 27 u. 32. — Verordn. vom 1. Febr. 1776. Promt. II. 109. — Verordn. vom 5. März 1828. N^o 6. §. 12. — Eine solche Ausschließung der Vindication zu Gunsten der privilegierten Leihhäuser ist zwar nicht gemeinrechtlich, aber doch gewöhnlich. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 154.

11) Verordn. vom 9. März 1765. §. 33. Promt. II. 93. — Desgl. vom 5. März 1828. N^o 6. §. 12.

Die Leihhausſcheine werden auf ſechs Monate ausgestellt und nach deren Ablaufe auf Verlangen von ſechs zu ſechs Monaten prolongirt. Wenn das Pfand vier Jahre hindurch im Leihhauſe geſtanden hat, ſo findet eine Prolongation nicht weiter Statt, vielmehr hat ſodann der Schuldner eine nochmalige Abſchätzung des Pfandes in Antrag zu bringen und einen neuen Pfandschein zu nehmen ¹²⁾. Mit Leihhausſcheinen darf überall kein Gewerbe getrieben werden. Wer Leihhausſcheine ankauft, in Verſatz nimmt oder ſonſt darauf etwas leihet, muß dieſelben an den urſprünglichen Beſitzer unentgeltlich herausgeben und ſoll, neben dem Verluſte des Kaufgeldes oder des Pfandschillings, mit Gefängniß beſtraft werden ¹³⁾.

Gegen Zurücklieferung des Scheins und Bezahlung des Anlehns, der Zinſen und, bei verfallenen Pfändern, der Strafe und Gebühren wird das Pfand dem Beſitzer des Scheins, der bis zum Beweiſe des Gegentheils als rechtmäßiger Eigenthümer angeſehen werden muß, ausgehändigt. Wenn indeß dem Leihhauſe angezeigt wird, daß der Schein, unter Anführung der Nummer, abhanden gekommen ſei, oder wenn das Pfand von Gerichten mit Arreſt belegt wird, ſo darf daſſelbe vor ausgemachter Sache nicht verabſolgt werden ¹⁴⁾. Auf die Anzeige, daß ein Pfandschein verloren gegangen ſei, muß der Beſitzer deſſelben vom Leihhauſe zur Geltendmachung ſeiner Ansprüche binnen vier Wochen öffentlich aufgefordert werden. Wenn hierauf keine Anmeldung geſchiehet, ſo ſoll der Pfandschein von der Leihhaus-Cammiſſion mortificirt und das Pfand zurückgegeben werden, wodurch das Leihhaus aller ferneren Ansprüche enthoben wird ¹⁵⁾.

12) Declar. vom 20. April 1770. Promt. II. 103. — Verordn. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 5.

13) Verordn. vom 4. Juni 1772. Promt. II. 101. — Deſgl. vom 4. Decbr. 1778. §. 13. Promt. II. 98. — Deſgl. vom 17. Decbr. 1778. Promt. II. 102. — Deſgl. v. 5. März 1828. Nr. 6. §. 6.

14) Verordn. vom 9. März 1765. §. 34. Promt. II. 94. — Deſgl. vom 4. Decbr. 1787. §. 16. Promt. II. 98. — Deſgl. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 13.

15) Verordn. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 14.

Das Recht, das Pfand zurückzufordern, erlischt, wenn letzteres mit Ablauf der Versatzzeit oder spätestens binnen vier Wochen nach derselben (in diesem Falle unter Bezahlung eines Viertel Procent als Strafe) nicht ausgelöst, oder um Prolongation des Pfandscheins nicht nachgesucht wird. Das Leihhaus ist alsdann berechtigt, das Pfand öffentlich zu verkaufen, sich aus dem Kaufgelde wegen des Pfandschillings, der Zinsen und Kosten bezahlt zu machen, und außerdem ein Viertel Procent als Strafe zu nehmen. Das Uebrigbleibende wird gegen Aushändigung des Leihhauscheins oder der Mortifications-Urkunde herausgegeben. Dieser Anspruch auf Aushändigung der Ueberschußgelder kann indeß nur binnen Jahresfrist, vom Tage des Verkaufs angerechnet, später aber überall nicht gegen das Leihhaus geltend gemacht werden. Wegen eines beim Verkaufe sich ergebenden Verlustes hat das Leihhaus den Regreß gegen den Pfand-Eigenthümer ¹⁶⁾. Wenn sich Leihhauscheine in einer Nachlassenschaft finden, so sind die Erben oder der Erbschafts-Curator verpflichtet, davon dem Leihhause sogleich Nachricht zu geben ¹⁷⁾.

Wenn ein beim Leihhause versetztes Pfand oder nomen activum mit gestohlenem Gelde eingelöst, oder mit solchem Gelde eine Leihhausschuld abgetragen und dadurch die Tilgung einer dem Leihhause bestellten Hypothek erwirkt wird, so kann deshalb das Leihhaus auf keine Weise in Anspruch genommen werden, auch selbst dann nicht, wenn der Bestohlene sich zu dem Beweise erbieht, daß die ihm gestohlenen Gelder an das Leihhaus bezahlt und mit anderen Geldern nicht vermischt sind ¹⁸⁾.

16) Verordn. vom 9. März 1765. §. 35 u. 37. Promt. II. 94. — Decgl. vom 4. Decbr. 1787. §. 12. Promt. II. 98. — Decgl. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 8 u. 15.

17) Verordn. vom 9. März 1765. §. 36. Promt. II. 91.

18) Declarat. vom 15. Decbr. 1778. Promt. II. 101. — Verordn. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 21. — Diese Bestimmungen weichen vom gemeinen Rechte ab, wonach Hauptverbindlichkeiten und mit denselben deren accessorisches Rechte — also auch das Pfand-

Assignmenten, welche das Leihhaus auf den Wunsch des Leihers statt baaren Geldes ausstellen darf, müssen zur Verfallzeit gleich den Wechseln bezahlt werden, und es finden dagegen nur die Einreden Statt, die bei zahlbaren Wechseln zulässig sind ¹⁹⁾.

Wenn das Leihhaus auf landschaftliche Obligationen Gelder herleiht, was demselben unter der Bedingung, daß ihm zur Sicherheit die Original-Verschreibung cedirt wird, gestattet ist, so werden die hierüber auszustellenden Leihhaus-Scheine auf den Namen des Inhabers der Obligation auf sechs Monate ausgefertigt, und mit ihrer Auslösung oder Prolongation wird eben so, wie bei den Handpfändern verfahren. Die verpfändeten Obligationen werden nur gegen Zurücklieferung des Original-Leihhaus-Scheins und nach vollständiger Berichtigung des Legitimationspunktes retradirt. Die für die Handpfänder wegen des Versäzes, der Prolongation und der Auslösung zur Verfallzeit gegebenen Vorschriften finden auch auf verpfändete Obligationen Anwendung, jedoch mit folgenden näheren Bestimmungen: Das Leihhaus erhält an den eingelieferten und cedirten Obligationen, so wie an den darauf schuldigen Summen die Rechte eines wirklichen Pfandgläubigers. Wenn also eine solche Obligation zur gehörigen Zeit nicht wieder eingelöst wird, so darf das Leihhaus die ihm cedirte Forderung nicht nur

recht — nur durch eine in rechtsbeständiger Art geschehene Tilgung vollständig aufgehoben werden können, als eine solche aber nicht anzusehen ist, wenn das Gezahlte zurückgefordert werden kann, was bei einer Zahlung mit fremdem Gelde nur dann nicht mehr zugelassen wird, wenn sich die Identität der einzelnen Geldstücke nicht mehr nachweisen läßt. Arg. L. 43. 46. 50. 60. 61 & 78.

D. De solut. et liberat. (46. 3.) — Im Sinne des gemeinen Rechts sprach sich daher das landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig vom 9. März 1780 (Promt. II. 101.) für die Zulässigkeit der vindication gestohlenen Geldes, womit eine hypothekarische Forderung an das Leihhaus zurückgezahlt sei, als unnachtheilig für letzteres aus, weil das Pfandrecht fortbauere, wenn der Pfandgläubiger das gestohlene Geld zurückgeben müsse.

19) Verordn. vom 19. März 1765. §. 18. Promt. II. 91.

kündigen und erheben, sondern sich auch Kraft der ihm zustehenden Faupfandrechte gegen die Ansprüche Dritter schützen; die Einrede aus dem anastasian'schen Gesetze findet gegen das Leihhaus keine Anwendung ²⁰⁾. Wenn die Einziehung der verpfändeten und verfallenen Activ-Capitalien nicht realisirt werden kann, so darf das Leihhaus dieselben ein halbes Jahr nach der Verfallszeit in einer Auction meistbietend verkaufen, um sich wegen des Pfandschillings, der Zinsen, der Strafe von $\frac{1}{4}$ Procent und der Auktionsgebühren bezahlt zu machen. Was nach Einziehung des Capitals oder nach dessen Verkaufe von der vereinnahmten Summe nach Befriedigung der Leihhausforderung übrig bleibt, wird dem Eigenthümer zurückgegeben ²¹⁾.

§. 107.

2. Rechte und Pflichten der Leihhaus-Anstalt bei Darlehen.

Darlehen können aus der Leihhaus-Anstalt nur gegen Verzinsung (§. 109) und genügende Sicherheit bewilligt werden; letztere ist durch Verpfändung geeigneter Grundstücke, oder Forderungen, oder edle Metalle zu bestellen. Die Größe des Darlehns, so wie die Bedingungen über die Rückzahlung und allmähliche Abtragung desselben sind im Allgemeinen der Uebereinkunft der contrahirenden Theile überlassen; es darf die Anstalt

1) auf im hiesigen Herzogthume belegene Grundstücke bis zu $\frac{2}{3}$ des gemeinen Werthes, nach Absatz der darauf lastenden Lasten,

2) auf hiesige Cammer- und Landes-Obligationen bis zu $\frac{9}{10}$ des Courswerthes,

²⁰⁾ Die Gesetze bestimmen ausdrücklich, daß hierdurch zur Sicherheit des Leihhauses die Zweifel des gemeinen Rechts über die Befugnisse des Pfandgläubigers resp. erklärt und aufgehoben sein sollen. Vergl. Schweppe, Röm. Privatrecht §. 334. — v. Wening-Ingenheim, Gem. Civilrecht Bd. 2. §. 125.

²¹⁾ Verordn. vom 4. Decbr. 1787. §. 7. Promt. II. 97. — Desgl. vom 26. Juli 1770. Promt. I. 165. — Desgl. vom 5. März 1828. Nr. 6; §. 17 und 18. — Vergl. §. 201.

3) auf Lebensversicherungs-Policen bis zu $\frac{2}{3}$ der versicherten Summe, vorausgesetzt, daß wegen der Zinsen, der jährlichen Prämien und solcher Fälle des Ablebens, welche die Versicherungs-Anstalt nicht gewährt, besondere Sicherheit bestellt ist, und

4) auf geprägte und ungeprägte edle Metalle bis zu $\frac{9}{10}$ des innern Werthes
Darlehne bewilligen 1).

Bei Darlehen auf Grundstücke gegen Hypothekbestellung genießt die Leihhaus-Anstalt kein Vorrecht vor anderen Privatgläubigern, vielmehr treten dabei die Dispositionen des gemeinen Rechts ein 2). Wenn von der Leihhaus-Anstalt, um die Leihhausforderung zu decken oder zur Abwendung eines Verlustes, verpfändete Grundstücke käuflich erworben sind, so sollen dieselben, sobald es die Umstände irgend gestatten, wieder veräußert werden 3).

Besondere gesetzliche Bestimmungen bestehen hinsichtlich der zur Abtragung von Ablösungs-Capitalien zu benutzenden Darlehne, deren Bewilligung die Leihhaus-Anstalt nicht verweigern darf, vorausgesetzt, daß der Ablösungs-Vertrag von der Landes-Deconomie-Commission bestätigt ist, der Anleiher das Capital aus eigenem Vermögen nicht beschaffen kann und die abgelösete Last zu denen gehört, bei welchen das Provocationsrecht gegenseitig ist 4). Das Leihhaus tritt durch die Zahlung solcher Darlehne, wenn dieselbe auf die

1) Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63. §. 15. 17 u. 18.

2) Verordn. vom 4. Decbr. 1787. §. 7. Promt. II. 97. — Desgl. vom 26. Juli 1770. Promt. II. 165. — Desgl. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 17 u. 18.

3) Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63. §. 21. — Zu einer solchen Veräußerung oder zur Cession von Activforderungen ist die Leihhaus-Anstalt indeß nur dann ohne höhere Ermächtigung befugt, wenn solches ohne Verlust an dem Capitale und der Zinsen geschehen kann. Ebendas. §. 23.

4) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 21. §. 1. — Die letzte Bedingung ist bis auf Weiteres durch die Verordn. vom 13. Novbr. 1837. Nr. 48. §. 2. suspendirt, welche nähere Vorschriften über das Verfahren bei Gewährung solcher Darlehne enthält.

in der Ablösungs-Ordnung §. 112 vorgeschriebene Weise geschehen ist (§. 288.), in die Stelle des ursprünglichen Gläubigers und in die demselben gesetzlich zustehende Priorität 5). Bei den Anlehnungsverträgen wird zur Bedingung gemacht:

a) daß neben den Zinsen ein Capitalabtrag geleistet werde, welcher auf jedes Hundert Thaler der ursprünglichen Darlehenssumme, so wie den die vollen Hunderte etwa überschießenden Betrag derselben jährlich 1 Thlr. 1 Ggr. und, Falls das ursprüngliche Darlehn sich auf weniger als 100 Thlr. beläuft, jährlich überhaupt 1 Thlr. 1 Ggr. beträgt; außerdem muß auch im ersten Jahre auf das Capital so viel abgetragen werden, daß der Rückstand auf eine Summe abgerundet wird, welche mit 1 Thlr. 1 Ggr. aufgeht 6).

b) Die Kündigungsfrist ist für die Schuldner auf drei Monate und für die Leihhaus-Casse auf sechs Monate, ohne Rücksicht auf den Ausstellungstag der Obligation, festgesetzt. Falls aber der Schuldner mit Bezahlung der Zinsen und Abträge vier Wochen nach dem Fälligkeitstermine im Rückstande bleibt, kann das Leihhaus sofort das Executivverfahren beim Gerichte einleiten; dagegen sollen die Schuld-Capitalien, so lange die Schuldner ihren obligationsmäßigen Verbindlichkeiten gehörig nachkommen, dringende Fälle ausgenommen, keiner Kündigung des Leihhauses unterworfen sein, ausgenommen, wenn das verpfändete Grundstück durch Verkauf in das Eigenthum eines Andern übergeht und das Leihhaus diesen nicht als Schuldner anerkennen will 7). Neben den regelmäßigen Capital-Abträgen kann der Schuldner auch noch andere Abtragszahlungen von jedem Betrage, die sich indeß mit 1 Thlr. 1 Ggr. ohne Rest theilen lassen müssen, und zwar zu jeder Zeit leisten, obwohl ein Abschlag der Zinsen auf eine solche Abschlagssumme erst nach Ablauf einer dreimonatigen Kündigung, wenn eine solche nicht vor-

5) Gesetz vom 20. Decbr. 1831. Nr. 21. §. 3.

6) Gesetz vom 13. Novbr. 1837. Nr. 47. §. 1.

7) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 21. §. 4. Nr. 3 u. 4. u. §. 5.

angegangen ist, eintritt ⁸⁾). Ueber die geschehene Rückzahlung eines Darlehns mit gestohlenem Gelde s. §. 106. Note 18.

§. 108.

3. Rechte und Pflichten der Leihhaus-Anstalt in Ansehung der Annahme von Capitalien.

Die Leihhaus-Anstalt hat die Verpflichtung, Capitalien von mindestens 25 Thlr. jederzeit gegen Verzinsung anzunehmen ¹⁾. Ueber solche Summen werden zunächst Cassenscheine ertheilt; dieselben müssen indeß binnen vier Wochen gegen Schuldschreibungen ausgetauscht werden, die, wenn der Gläubiger über sein Vermögen oder das Capital frei und uneingeschränkt zu verfügen befugt ist, entweder auf den Inhaber oder auf den Namen des Gläubigers ausgestellt werden können, andern Falls aber nur in letzter Art ²⁾. Bei den auf den Inhaber lautenden Schuldschreibungen genügt der bloße Besitz zur vollständigen Legitimation des Gläubigers, und eine vindication findet nur gegen den im bösen Glauben befindlichen Erwerber statt ³⁾. Cassenscheine und Schuldschreibungen begründen nicht anders eine Verbindlichkeit der Leihhaus-Anstalt, als wenn dieselben vorschriftsmäßig vollzogen sind ⁴⁾, und nur gegen Rückgabe des Documentes, und

8) Ebendas. §. 6. — Gesetz vom 13. Novbr. 1837. Nr. 47. §. 2.

1) Gesetz vom 7. März 1842. N^o 63. §. 3. — Früher brauchte das Leihhaus nur Pupillen-, Curatel-, Kirchen- und andere dergleichen Gelder ohne Kündigungsrecht in Verzinsung zu nehmen, und von den Curatelgeldern waren auch noch die den Concursen gehö- rigen ausgenommen. Verordn. vom 1. Juli 1782, 15. März 1787. 12. Septbr. 1797 (Pr. II. 253.), 5. März 1828. N^o 6. §. 20. und landesf. Declarat. vom 28. Januar 1828. N^o 4.

2) Gesetz vom 7. März 1842. N^o 63. §. 6. 7 und 10. Der letzte §. enthält specielle Vorschriften über das Verfahren bei Außercours-Erklärungen.

3) Ebendas. §. 9.

4) Ebendas. §. 11. — Hierzu gehört bei den Cassenscheinen die Unterschrift des Rentanten und des Controleurs, und bei Schuldschreibungen die der im Dienste anwesenden Mitglieder der Leihhaus-Commission und die Contrasignatur des Cassen-Rentanten.

in dessen Ermangelung, nur nach vorgängiger Mortification desselben kann die Rückzahlung des Capitals, deren Zeitbestimmung von den Contrahenten abhängt, gefordert werden 5).

Ueber die Annahme von Darlehen in den mit der Leihhaus-Anstalt verbundenen Sparcassen s. §. 104, und über Deposita beim Leihhause s. §. 110.

§. 109.

4. Leihhauszinsen.

Die auf Handpfänder erhaltenen Darlehenssummen müssen jährlich mit 6 Procent verzinst und die Zinsen auf solche Darlehne, welche fünf Thaler oder weniger betragen, auf sechs volle Monate gezahlt werden, wenn auch das Pfand früher eingelöst wird; bei größeren Summen werden die Zinsen von dem Versagstage an bis zur Einlösung des Pfandes berechnet, wobei jedoch der angefangene Monat für vollendet angesehen wird 1). Wenn das Leihhaus auf Pfänder eine größere Summe leihet, als gesetzlich bestimmt ist, so darf sich dasselbe wegen der damit verbundenen Gefahr auch höhere Zinsen stipuliren lassen 2).

Der Zinsfuß, zu welchem die Leihhaus-Anstalt Capitalien herleiht, so wie der, zu welchem dasselbe Capitalien in Verzinsung nimmt, wird vom Staats-Ministerio festgestellt und die Ermäßigung oder Erhöhung desselben nach Maßgabe der in dem Geldverkehre eintretenden Coniuncturen bestimmt 3);

Die Namen dieser Beamten werden durch die braunschw. Anzeigen bekannt gemacht. Ebendas. §. 6 u. 11.

5) Ebendas. §. 12.

1) Verordn. vom 17. Decbr. 1778. — Desgl. vom 15. März 1783. Promt. II. 103. — Verordn. vom 5. März 1828. N^o 6. §. 9.

2) Verordn. vom 9. März 1765. §. 31. Promt. II. 93.

3) Durch die Verordn. vom 15. März 1783 (Promt. II. 103) wurde der Zinsfuß für Darlehne auf fünf Procent, und durch das Gesetz vom 20. Decbr. 1834. N^o 21. §. 4. N^o 1. bei Ablösungs-Capitalien auf vier Procent bestimmt. Nachher ist derselbe bis auf Weiteres überhaupt auf drei und ein halbes Procent herabgesetzt. Bekanntmach. der Leihhaus-Commission vom 31. Januar 1839. (Br. Anz. von 1839. N^o 29.)

es soll jedoch die Differenz zwischen dem Zinsfuße für die angeliehenen und dem für die ausgeliehenen Capitalien nie mehr als ein Procent betragen ⁴⁾. Der für die von der Leihhaus-Anstalt in Verzinsung genommenen Capitalien bestimmte Zinsfuß bildet die Norm für alle Arten solcher Capitalien, ohne Unterschied, ob dieselben dispositionsfähigen, oder unter Curatel stehenden Personen, Kirchen oder milden Stiftungen zustehen ⁵⁾.

Den auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen werden Zins-Coupons beigegeben, deren Besitz zur vollständigen Legitimation des Gläubigers genügt ⁶⁾ und die zur Verfallzeit bei den Leihhauscassen zu Gelde gemacht, auch daselbst statt baaren Geldes in Zahlung gegeben werden können. Dieselben verlieren ihre Gültigkeit, wenn sie nicht binnen vier Jahren, vom Tage ihrer Fälligkeit angerechnet, präsentirt werden, und es erlöscht damit jeder Anspruch auf Zahlung der darin benannten Zinsen ⁷⁾. Bei Erhebung der Zinsen von anderen Capitalien muß sowohl die Obligation, als auch der Cassenschein producirt werden ⁸⁾.

Die Verzinsung erfolgt in capitalmäßiger Münzsorte ⁹⁾.

4) Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63. §. 16.

5) Früher wurden die von der Leihhaus-Anstalt in Verzinsung genommenen Capitalien in der Regel nur mit $2\frac{1}{2}$ Procent, und allein die Capitalien der landesfürstlichen und klösterlichen Patronatkirchen mit $3\frac{1}{2}$ Procent verzinst; bei letztern machten indeß die durch Ablösungen aufgenommenen Capitalien eine Ausnahme, welche gleichfalls nur mit $2\frac{1}{2}$ Procent verzinst wurden. Consistor. Postscr. vom 25. Febr. 1804. Promt. II. 24. — Consistor. Auschr. vom 25. Mai 1816. Bege I. 186. — Bekanntmachung der Leihhaus-Commission vom 31. Januar 1839. Br. Anz. von 1839. Nr. 29. — Consistor. Auschr. vom 24. August 1836.

6) Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63. §. 9. — Eine vindication findet nur gegen den im bösen Glauben befindlichen Erwerber statt.

7) Ebendas. §. 8.

8) Verordn. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 21.

9) Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63. §. 3.

B. Depositum.

§. 110.

Das braunschw. Privatrecht hat nur in Betreff der gerichtlichen Deposita und der Aufbewahrung von Deposititen bei der Leihhaus-Anstalt particulare Bestimmungen.

Die Leihhaus-Anstalt hat als Landes-Credit-Institut (§. 105.) zugleich die Verpflichtung, Deposita unentgeltlich ¹⁾ aufzubewahren, indem jedermann gestattet ist, Geld in gesetzlich zulässigen Münzsorten bei derselben zu deponiren. Solche Deposita können zum Zwecke der Leihhaus-Anstalt benützt werden ²⁾, und begründen nur Anspruch auf Zurückbezahlung des Betrages in derselben Münzsorte, der zu jeder Zeit geltend gemacht werden kann. Ueber die deponirten Summen sollen zunächst Cassenscheine ertheilt, diese aber binnen vier Wochen gegen Depositenscheine ausgewechselt werden. Von diesen Depositenscheinen gilt hinsichtlich ihrer vorschriftsmäßigen Ausstellung, entweder auf den Inhaber, oder auf den Namen des Deponenten, hinsichtlich der vollständigen Legitimation des Gläubigers durch bloßen Besitz des Documentes und hinsichtlich der Rückgabe oder Mortification desselben bei der Rückforderung des Depositums dasselbe, was im §. 108. über die Cassenscheine und Schuldverschreibungen der Leihhaus-Anstalt angeführt ist ³⁾.

Alle bei den Gerichten eingehenden Gelder, welche nicht sofort wieder ausgezahlt werden, Pretiosen und auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen müssen in das gerichtliche Depositum genommen und es soll über die Deposition

1) Nach den älteren Verordnungen v. 9. März 1765. §. 13. Promt. II. 30. und vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 23. mußten für die Aufbewahrung deponirter Gelder, wenn sie von der Leihhaus-Anstalt nicht in Gebrauch genommen werden sollten, 6 Egr. von 1000 Thlr. monatlich bezahlt werden.

2) Es sind dieselben daher *deposita irregularia*. v. Wenig-Ingenheim, Lehrbuch des gem. Civilrechts Bd. 3. §. 233. — Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 892. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 457. — Glück, Pandect. Comment. Th. 15. §. 940.

3) Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63. §. 1. 5. 6. 7. 9. 11 u. 12.

ein in vorschriftsmäßiger Form ⁴⁾ auszustellender Schein ertheilt werden. Depositen-Gebühren ⁵⁾ werden nicht mehr bezahlt. Die Gerichte sollen die zur Deposition eingehenden Gelder ohne Zeitverlust an die Leihhauscasse abliefern ⁶⁾. Wenn dieselben in gesetzlich zulässigen Münzsorten bestehen, so dürfen sie zu den Zwecken der Anstalt benutzt und können nur dem Betrage nach in der gezahlten Münzsorte zurückgefordert werden. Bei Depositen in anderen Münzsorten ist die Benutzung ausgeschlossen; sie sollen abgesondert aufbewahrt und in der species zurückgegeben werden. Die Aufbewahrung geschieht unentgeltlich ⁷⁾.

§. 111.

C. Trödel-Contract.

Ueber den Trödel-Vertrag ¹⁾ (Contract. aestimatorius) enthalten die braunschw. Landes-Gesetze keine vom gemeinen Rechte abweichende Bestimmungen.

4) Minister. Rescr. vom 9. Juni 1839. G. u. B. S. Nr. 16.

5) Diese betragen früher ein halbes Procent des Depositums — Spoztel-Ordn. vom 10. Mai 1835. Nr. 28. S. 518. G. 3. a. — und nur Deposita unter 20 Thlr. waren gebührenfrei. Landesf. Circul. Rescr. vom 5. März 1824. G. u. B. S. Nr. 9.

6) Landesf. Ausfchr. v. 9. März 1765 u. v. 17. März 1783. Promt. I. 234. — Landesf. Circul. Rescr. v. 5. März 1824. G. u. B. S. Nr. 9. — Gesetz v. 7. März 1842. Nr. 63. §. 4. — Ueber die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der gerichtlichen Depositen im Hannöverschen s. Grefe, Leitfaden zum Studium des hannövr. Rechts Th. 2. §. 178.

7) Gesetz vom 7. März 1842. Nr. 63. §. 4.

1) Hiermit hat der Trödelhandel, welcher in der auf gewerbepolizeilichem Wege erlangten Befugniß, gebrauchtes Hausgerathe, getragene Kleidungsstücke zc. aufzukaufen und wieder zu verkaufen, besteht, nichts gemein. Ueber den Trödelhandel bestehen allerdings gesetzliche Vorschriften, die indeß nur polizeilicher Natur sind; s. Verordn. vom 18. Novbr. 1751 und 4. August 1763. Promt. II. 399. — Landesf. Rescr. vom 14. Juni 1815 und 2. Juli 1815. Bege I. 419. u. 423. — Daß die Grundsätze des Trödel-Contractes beim Commissionshandel in Anwendung kämen (Schweppc, Röm. Privatrecht §. 505.), läßt sich, wenigstens unbedingt, nicht annehmen; im Allgemeinen¹⁾ gelten beim Commissionshandel mehr die, indeß durch das Handelsrecht modificirten Grundsätze des Mandats. Vergl. Glück, Comment. Bd. 18. S. 73.

Die Vorschrift der L. 5. §. 4. D. Mandati (17. 1.), daß, im Falle der mit dem Verkaufe einer Sache gegen einen bestimmten Preis Beauftragte dieselbe zu einem geringern Preise verkauft, dem Auftraggeber die rei vindicatio zustehen soll, ist in einem landesf. Rescripte an den Magistrat zu Braunschweig vom 6. März 1763 ²⁾ dahin modificirt, daß der Auftraggeber dann, wenn er dadurch, daß er einer unzuverlässigen Person den Auftrag ertheilt, Veranlassung zu dem durch die Handlungsweise derselben herbeigeführten Schaden gegeben habe, letztern selbst tragen müsse und ein Dritter ohne Verschulden alsdann nicht leiden solle ³⁾.

D. Kauf = Contract.

Göthorn, §. 97. u. flg.

A. Beschränkungen im Ankaufen und Verkaufen.

§. 112.

1. Allgemeines.

Die Bestimmungen der älteren Tax-Ordnungen ¹⁾ über die Preise, zu welchen gewisse Sachen, insbesondere Lebensmittel, Waaren u. verkauft werden sollten, haben durch die veränderten Zeitverhältnisse ihre practische Anwendbarkeit verlieren müssen. In neuerer Zeit sind dergleichen Bestimmungen nur noch in seltenen Fällen und auch dann nur im polizeilichen Wege getroffen, da jetzt die Landes-Regierung im Allgemeinen von dem Principe ausgeht, daß der Zweck, die ersten Lebensbedürfnisse zu billigen Preisen erhalten zu können, auf keine Weise besser und sicherer erreicht werden könne, als durch vermehrte Concurrenz der Verkäufer ²⁾.

Eben so finden auch die sonst hinsichtlich des An-

2) Promt. II. 453.

3) Cf. L. 21. §. 3. L. 31. pr. De negot. gest. (III. 5.) — L. 1. §. 9. De exercit. act. (XIV. 1.) — Leyser, Medit. ad pand. Sp. 221.

1) Diese waren vom 22. Januar 1622, 28. Septbr. 1641 und 29. Novbr. 1645. Promt. II. 388.

2) Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 64.

kaufes und Verkaufes ergangenen älteren particularrechtlichen Beschränkungen zum größten Theile keine Anwendung mehr; die wichtigsten derartigen Bestimmungen, insofern dieselben noch bestehen und nicht bloß eine vorübergehende Bedeutung haben, oder nur polizeilicher Natur sind, sollen in den folgenden Paragraphen angeführt werden ³⁾.

§. 113.

B. Beschränkungen im Ankaufen und Verkaufen in Hinsicht auf die Subjecte.

a. Den obrigkeitlichen Personen auf dem Lande ist untersagt, ohne landesf. Erlaubniß Höfe von einiger Bedeutung, Behnten, jura, actiones und Forderungen anzukaufen oder Korn aufzukaufen ¹⁾.

b. Den Geistlichen ist jeder Handelsbetrieb verboten ²⁾.

c. Die Juden sind in dem Ankaufe von Grundeigenthum beschränkt s. §. 41.

d. In der Stadt Braunschweig dürfen Branntweinbrenner, Destillirer, Irdenzeug-Brenner, Seifensieder, Schmiede, Bäcker, Rademacher, Bötticher und Knochenhauer zum Betriebe ihrer Profession und ihres Verkehrs Häuser nur

3) Die über dergleichen, durch die Gesetze entweder überhaupt, oder einzelnen Ständen und Personen untersagte Geschäfte eingegangenen Contracte sind durchaus nichtig und ohne alle rechtliche Wirkung, ohne daß es darauf ankommt, ob die Strafe der Nichtigkeit ausdrücklich mit dem Verbote verbunden ist oder nicht. L. 5. C. prooem. et §. 1. De leg. et constit. princ. — Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 2. Decbr. 1831. J. S. Pook c. Philippsohn.

1) Landt. Absch. vom 27. Januar 1619. Art. 27. — Amts-Cammer-Ordn. vom 1. Juli 1688. Art. 56. — Verordn. vom 29. Januar 1789. Promt. I. 83. — Der Ursprung dieser particularrechtlichen Bestimmung findet sich im röm. Rechte. L. 46. De contr. emt. (XVIII. 1.) L. 46. §. 2. De jure fisci. (XLIX. 14.) L. un. C. De contract. judic. (I. 53.) — Vergl. Glück, Pandect. Commentar 12. Bd. 16. §. 989. C. 150.

2) Wechsel-Ordn. vom 1. August 1715. Art. 6. Promt. II. 460. — Vergl. Eichhorn, Kirchenrecht Bd. 1. C. 515. — Cap. 15. 16. X. De vita et honestat. cleric. (3. 31.)

nach zuvor erhaltener Genehmigung des Stadt-Magistrats ankaufen ³⁾).

e. Wer einem dienstthuenden Soldaten oder Unterofficier von den in Braunschweig und Wolfenbüttel garnisirenden Corps-Abtheilungen Getränke, Speisen, Kleidung oder sonstige Waaren und Gegenstände irgend einer Art ohne baare Bezahlung und ohne daß der Compagnie-Chef die Schuld genehmigt hat, verkauft, kann gegen den Schuldner so lange, als derselbe im Dienste ist, keine gerichtliche Klage auf Zahlung anstellen, insofern nicht bei der Klage zugleich ein unabhängiges Vermögen des Schuldners nachgewiesen wird, aus welchem ohne Hinsicht auf den Sold die Zahlung erfolgen kann ⁴⁾).

f. Ueber das Verbot, an Minderjährige auf Credit zu verkaufen s. §. 101., wo sich außerdem noch einige andere Credit-Verbote angeführt finden.

g. Grundstücke irgend einer Art, die zu einer Dorf-Feldmark gehören, sollen durch Veräußerungen nicht an Bewohner anderer Feldmarken und am wenigsten an Ausländer gebracht werden ⁵⁾).

§. 114.

C. Beschränkungen im Ankaufen und Verkaufen in Hinsicht auf das Object.

Außerdem, daß manche Sachen dem Verkehre völlig entzogen sind (§. 176.), daß der Verkauf von Grundstücken in mehreren Fällen von der Genehmigung dritter Personen, insbesondere des Landesfürsten, abhängt, (z. B. bei den Lehn-, Meier- und Erbzins-Grundstücken, den Grundstücken der

3) Verordn. vom 8. Octbr. 1762. Promt. I. 410.

4) Verordn. v. 26. Mai 1837. Nr. 24. §. 160. C. 313. — Die hannoversche Verordn. vom 27. Novbr. 1736 enthält ein gleiches Credit-Verbot, das sich auch auf die Officiere ausdehnt.

5) Allgem. Land. Ordn. Art. 28. Promt. II. 203. — Landesfürstl. Circul. Rescr. vom 25. Novbr. 1748. Promt. II. 112. — L. un. C. Non licere habit. etc. (II. 55.) — Die heutige Anwendbarkeit dieses Verbots dürfte indeß sehr zweifelhaft sein.

Gemeinden, der Familienstammgüter u. s. w.), wovon an den betreffenden Stellen die Rede ist, daß Veräußerungen des Cammerguts ohne ständische Zustimmung nichtig sind ¹⁾ und daß mitunter der Auf- und Verkauf bestimmter Sachen temporair oder durch Local-Polizeigesetze ²⁾ verboten ist, bestehen in Betreff des Ankaufs und Verkaufens einiger Sachen noch einzelne, im Ganzen nicht erhebliche, particularrechtliche Beschränkungen, die hier Platz finden müssen.

a. Es ist verboten, das Korn auf dem Halme und das Gras auf den Wiesen zu verkaufen; der Käufer soll in einem solchen Falle das Kauf-Object nicht in Anspruch nehmen und die Zurückstattung des Kaufpreises erst nach der Erndte fordern können ³⁾.

b. Die Veräußerung des aus herrschaftlichen Forsten erhaltenen Deputatholzes, oder des als Brenn-, Nutz- oder Bauholz frei oder für eine bestimmte Abgabe vermöge einer Berechtigung zu verabfolgenden, oder zum eigenen Bedarf gegen speciell oder für einen bestimmten Zeitraum herabgesetzten Preis gegebenen Holzes, ohne erweisliche Berechtigung oder ohne Erlaubniß der Forst-Direction, ist bei Strafe verboten.

1) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 161.

2) z. B. der Auf- und Verkauf des Getreides, insbesondere in der Stadt Braunschweig. Bekanntmachung der Polizei-Direction zu Braunschweig vom 24. Octbr. 1830. Br. Anz. 1830. Nr. 84.

3) Verordn. vom 7. Juli 1768, desgl. vom 8. August 1768 und vom 10. Juli 1795. Promt. I. 354 u. 405. — Vergl. a Cramm, Diff. jur. comm. et br. Obs. VI. — Die Reichsgesetze (R. P. D. von 1577. Tit. 19. §. 3.) bestimmen, daß bei einem Verkaufe der Früchte auf dem Halme der Marktpreis der Früchte zur Zeit des Handels oder der, welchen sie vierzehn Tage nach der Erndte haben, gegeben werden, außerdem aber der Käufer seines Rechts verlustig sein soll. — Ueber die ähnlichen Verbote im Königreiche Hannover s. Grefe, Leitfaben Th. 2. §. 174. — Eine hannöv. Minist. Verordn. vom 22. Juli 1816 wiederholt, daß alle und jede über den, nicht obrigkeitlich erlaubten oder verfügten An- und Verkauf des annoch auf dem Halme und in den Aehren befindlichen Getreides, jedoch mit Ausschluß der über die Pacht der Zehnt-, Zins- und anderer Korn-Gefälle errichteten Contracte, unverbindlich verachtet werden sollen.

Dasselbe gilt für die Fälle, wenn Interessenten in Privat- oder Gemeindeforsten, deren Miteigenthum ihnen nicht zu steht, mit Deputaten oder freiem Holze berechtigt sind; sie bedürfen zu der Veräußerung der Erlaubniß des Forstherrn. Diese Bestimmungen finden indeß keine Anwendung auf die Holz-Deputate der Geistlichen, Kirchen- und Schulbeamten 4).

c. Rohe Felle, mit Ausnahme der Schaaffelle, Asche und Lumpen dürfen bei Strafe nicht für das Ausland aufgekauft werden 5).

d. Es ist bei Strafe verboten, aus Ortschaften, deren Feldmarken von der Bucherblume kundbarermaßen insicirt sind, Korn- und Halmsfrüchte jeder Art zur Aussaat oder Fütterung, auch Stroh und Dünger, so wie Leinsaamen zur Aussaat zu kaufen 6).

§. 115.

II. Vom meistbietenden Verkaufe.

Der meistbietende Verkauf ist bekanntlich entweder ein nothwendiger oder ein freiwilliger.

a) Subhastatio necessaria gehört, als ein Executionsmittel, eigentlich dem Civilproceß an; hier nur einige, das Privatrecht berührende Bestimmungen:

In allen Fällen, also auch bei einer erforderlich werdenden anderweiten Subhastation, muß die gesetzlich vorgeschriebene sechsmonatige Frist 1) bis zum Verkaufs-Termine

4) Forststraf-Gesetz vom 26. Juli 1837. Nr. 31. §. 129.

5) Verordn. v. 16. Novbr. 1744. — Desgl. v. 29. Januar 1778. — Desgl. v. 8. April 1791. — Landesf. Circul. Refer. v. 5. April 1798. — Verordn. v. 29. April 1801. Promt. I. 314 u. II. 118. — Gesetz vom 15. Octbr. 1832. Nr. 32. §. 8. Nr. 2. — Dieses Verbot ist durch das Gesetz vom 21. Decbr. 1841. Nr. 34 zu Gunsten der Einwohner zollvereinsländischer Staaten außer Wirksamkeit gesetzt.

6) Verordn. vom 26. Decbr. 1829. Nr. 9. §. 1.

1) Nach älterm Rechte sollten drei Subhastations-Termine angesetzt werden, welche bei wichtigen Immobilien zusammen sechs Monate umfassen mußten, so daß zwischen jedem Termine eine Frist von

beobachtet und dem Meistbietenden, das Gebot sei noch so gering ²⁾, der Zuschlag in diesem Termine ³⁾ erteilt werden. Indes hat der Hypothekgläubiger, auf dessen Betrieb der Verkauf geschieht ⁴⁾, das Recht, binnen acht Tagen ⁵⁾ entweder, weil durch das Gebot seine eigene Forderung nicht gedeckt wird, eine anderweite Subhastation zu verlangen, oder eine solche zu Gunsten der folgenden Gläubiger zu bewilligen ⁶⁾.

zwei Monaten war. Verordn. v. 15. April 1752. Promt. II. 371.

— Frederdsdorf, Anweisung für Just. Beamte Bd. 3. S. 98. §. 8.

- 2) Es muß daher die gemeinrechtlich bestrittene Frage, ob ein öffentlicher, meistbietend geschehener Verkauf wegen Verletzung über die Hälfte rescindirt werden könne? (Glück, Pandect. Comment. Th. 17. S. 89 flg.) nach dem hiesigen Particularrechte, wenigstens in Betreff der nothwendigen Subhastation, verneint werden.

- 3) Nach dem 75ten Tit. der Hofger. Ordn. und dem 79ste Art. der Cangl. Ordn. (Promt. I. 299.) hatte der Schuldner das Recht, einen Gläubiger zu stellen, der mehr, als bei der Subhastation geboten war, versprach. Dieses *jus sistenti pinguiorem emtorem* ist durch die Verordn. vom 15. April 1752. Promt. II. 371 aufgehoben. — Durch den Zuschlag wird der Kauf, dessen Gültigkeit vorausgesetzt, perfect. Vergl. hannöv. Ob. Appellat. Ger. Ordn. P. II. T. 15. §. 20. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 422.

- 4) Daß hierbei auf die Einwilligung des Käufers nichts ankomme, ist in der Praxis nicht zweifelhaft. Erkl. des Ob. Land. Ger. vom 19. März 1824. J. S. Müller c. Delfer.

- 5) Bis zum Ablaufe dieser Frist ist daher der Zuschlag immer nur ein bedingter. Decret des Ob. Appellat. Ger. vom 5. Octbr. 1841. J. S. Beyem c. Ministerial-Wittwenkasse.

- 6) Verordn. v. 10. April 1800. Promt. II. 373. — Landesf. Circul. Rescr. vom 24. August (24. Juni) 1837. G. u. B. S. Nr. 37. — Da die öffentlichen Verkäufe verpfändeter Grundstücke und die dabei zu beobachtenden Formen den Zweck haben, einen möglichst hohen Kaufpreis herauszubringen und die bei Privat-Distraktionen zu besorgenden Collusionen zu verhüten, so wird die Subhastation durch jede Formvernachlässigung oder Formverletzung, selbst wenn diese eine dem Schuldner nachtheilige Collusion oder Verhinderung des wahren Meistgebots nur besorgen läßt und nicht schon wirklich stattgefunden hat, nichtig. Zu jenen Formverletzungen gehört unter Anderm auch der Vorbehalt der Auswahl unter den Meistbietenden durch die Gläubiger. (Erkl. des Ob. Land. Ger. vom 23. Juli 1830. J. S. Ripke c. Kohlenberg.) — Dagegen kann die Handlung eines Licitanten oder eines Dritten, wodurch Käufer

Bei der Subhastation bäuerlicher Grundstücke erfolgt der Zuschlag nur unter Vorbehalt der gerichtlichen Bestätigung ⁷⁾).

b) Hinsichtlich der subhastatio voluntaria wird bemerkt, daß im Allgemeinen allen Privatpersonen gestattet ist, meistbietende Verkäufe eigener Grundstücke und Mobilien ohne gerichtliche Erlaubniß und ohne Gegenwart einer Gerichtsperson vorzunehmen ⁸⁾, und daß nur für die Bewohner der Städte Braunschweig, Wolfenbüttel und Blankenburg folgende besondere Bestimmungen in Betreff des Auktionswesens ergangen sind:

In diesen Städten sollen alle Auktionen durch beeidigte Auktionatoren und unter obrigkeitlicher Aufsicht geschehen, ausgenommen hiervon sind allein die Versteigerungen der nicht eingelösten Leihhauspfänder ⁹⁾. Zu freiwilligen Auktionen von Kaufmannswaaren, die indeß niemals zur Meßzeit vorgenommen werden dürfen, ist die landesfürstliche Erlaub-

vom Aufbieten abgehalten werden, die Nichtigkeit der Versteigerung nicht zur Folge haben und den Verkäufer, welchem dadurch zwar ein gehoffter Vortheil entgeht, aber kein ihm zustehendes Recht verletzt wird, zu einem Anspruche auf Schadenersatz nur dann berechtigen, wenn die zum Abhalten vom Licitiren angewandten Mittel, als Arglist und Betrug, solchen zu begründen geeignet sind. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 15. Novbr. 1838 und des Ob. Appellat. Ger. vom 17. Mai 1839. J. C. Rohmann c. Hirschfeld. — Spangenberg, Pract. Erörter. Bd. 2. Er. 8.

- 7) Landesf. Circul. Rescr. vom 23. August 1830. — Die Verbindlichkeit des Zuschlages für den Licitanten bleibt indeß in solchen Fällen nicht etwa bis zu erfolgter Confirmation suspendirt, sondern tritt in Gefolge der neben dem obigen Rescripte in voller Kraft gelassenen Bestimmungen über das Subhastations-Verfahren sofort ein, und kann nur durch Versagung der Confirmation wieder aufgehoben werden, so daß diese, wenn man ihr Erforderniß als eine der Verbindlichkeit des Gebots zum Grunde liegende Bedingung betrachten will, nicht als eine suspensive, sondern als eine resolutive Bedingung erscheint. (Erf. des Ob. Appell. Ger. vom 4. Juli 1834. J. C. Bode c. Eschmann'schen Curator.)

8) Rescript des Geh. Raths-Colleg. v. 28. August 1822. Bege I. 172.

9) Verordn. vom 30. Juni 1768. Promt. I. 47.

niß erforderlich ¹⁰⁾. Die Auctionatoren und deren Gehülfen dürfen nur in Folge erhaltener Commissionen zum auctionsmäßigen Verkaufe ausgestellte Sachen erstehen, nicht aber für sich mittelbar oder unmittelbar solche Sachen kaufen oder auch nur darauf ein Gebot abgeben ¹¹⁾. Die verkauften Mobilien müssen binnen drei, Bücher aber binnen vierzehn Tagen nach beendigter Auction abgeholt und bezahlt werden, widrigen Falls ihre anderweite Versteigerung auf Gefahr und Kosten der Käufer geschieht. Der Auctionator ist gehalten, resp. den 4ten und 15ten Tag nach beendigter Auction die Auctionsgelder bei Vermeidung einer Strafe von fünf Procent und Erstattung des durch die Verzögerung entstandenen Schadens abzuliefern ¹²⁾, und spätestens binnen vierzehn Tagen nach der Auction dem Magistrate nachzuweisen, daß wegen der Auction Rechnung abgelegt ist ¹³⁾.

Der freiwillige Verkauf durch Ausspielen auf irgend eine Art ist der speciellen polizeilichen Aufsicht unterworfen, und die Erlaubniß dazu darf, wenn der Werth des Objects fünfzig Thaler erreicht, nur mit höchster Genehmigung ertheilt werden. Die Vornahme eines solchen Geschäfts ohne Erlaubniß ist mit Confiscation sowohl der zu verkaufenden Sache, als auch der eingelegten Gelder bedrohet, wovon ein Drittheil dem Denuncianten zukommen und zwei Drittheile zu milden Stiftungen verwandt werden sollen. Mit dergleichen Auspielungen Geldgewinne zu verbinden, ist bei einer Strafe von 50 Thlr. verboten ¹⁴⁾.

10) Landesf. Refcr. vom 22. August 1769, 6. Januar 1772 und 20. Januar 1774. Promt. I. 47.

11) Durch den §. 264 des Criminal-Gesetzbuches ist allen öffentlichen Beamten untersagt, offen oder versteckt, unmittelbar oder durch Zwischenpersonen, an ihrer Leitung anvertrauten Verkäufen, ohne Ermächtigung der Berechtigten oder der zuständigen Behörde, Theil zu nehmen, oder nachher in das Geschäft einzutreten, oder auf solche Weise ihre Angehörigen Theil nehmen zu lassen.

12) Verordn. vom 30. Juni 1768. Promt. I. 45.

13) Bekanntmach. des Magistrats zu Braunschweig vom 23. Octbr. 1827. Br. Anz. 1827. Nr. 85.

14) Verordn. vom 9. Decbr. 1771 und vom 21. Januar 1791. Promt.

Der Verkauf von unbeweglichen Gütern u. der Minderjährigen soll gerichtlich mittelst öffentlicher Vicitation geschehen. S. §. 24.

§. 116.

III. Verzinsung des Kaufgeldes.

Die Bestimmung des römischen Rechts, daß der Käufer zur Verzinsung des Kaufgeldes vom Augenblicke der Tradition an, ohne Rücksicht auf Verzug, verpflichtet sein soll ¹⁾, ist durch den Gerichtsgebrauch dahin beschränkt, daß, wenn vom Käufer keine Zinsen versprochen worden, wenn keine Zahlungszeit bestimmt und wenn der Käufer nicht durch Anmahnung in mora versetzt ist, bei Waarenschulden auf Zinsen nicht erkannt wird ²⁾.

§. 117.

IV. Von dem Vorkaufs- und Retract-Rechte.

Sichhorn, §. 99 flg.

Das Vorkaufsrecht steht nach ausdrücklichen Bedingungen zu:

- I. 53. — Ähnliche Bestimmungen enthält die hannöv. Verordn. vom 19. April 1819. §. 11. mit dem Hinzufügen, daß für dergleichen erlaubte Auspielungen die Grundsätze des Hoffnungskaufs gelten sollen.
- 1) L. 13. §. 20. D. De act. emt. et vend. (XIX. 1.) L. 18. §. 1. D. De usuris (XXII. 1.) L. 2. C. De usuris. (IV. 32.) L. 5. C. De act. emt. et vend. (IV. 49.) — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 387. (III. 89.)
- 2) Attest der Just. Kanzlei vom 23. Juli 1709. Promt. II. 529. — Vergl. L. fin. D. De peric. et comm. rei vend. (XVIII. 6.) L. 13. C. De act. emt. et vend. (IV. 49.) L. 5. C. De pact. int. emt. (IV. 54.) — Daß dieser Gerichtsgebrauch noch besteht, leidet nach Erkenntnissen der Obergerichte (z. B. des Ob. Land. Ger. S. S. Seebach c. Knoche) keinen Zweifel. Für das Königreich Hannover ist durch eine Verordn. vom 21. Mai 1824 bestimmt, daß von den auf unbestimmten Vorg gegebenen Waaren landübliche Zinsen entrichtet werden müssen, wenn nach außergerichtlicher Anmahnung, deren Stelle auch das Zusenden der Rechnung vertritt, sechs Monate abgelaufen sind, und bei entstehendem

1) Dem Erbenzinsherrn bei Veräußerung des Erbenzins-Grundstückes ¹⁾).

2) Der Landesregierung in Ansehung des abstämmigen Holzes in den Forsten der Klöster und des Adels, insofern dasselbe zu den Berg- und Salzwerken erforderlich ist ²⁾).

3) Den Landeseinwohnern beim Ankaufe von Bergmaterialien, als Kupfer, Eisen u. dergl., auch von Bauholz, Dielen, Latten u. vor Ausländern ³⁾).

4) An den Kirchenstühlen, die nicht anders als ad *vita* verkauft oder sonst veräußert werden dürfen, haben die von dem früheren Besitzer in *linea descendenti* abstammenden Personen das Vorkaufsrecht insofern, als ihnen freisteht, dieselben binnen einem halben Jahre nach eingetretener Erledigung, und zwar durch Bezahlung der Hälfte der Kaufsumme, zu erstehen ⁴⁾).

5) Die Kaufleute in der Stadt Braunschweig genießen ein Vorkaufsrecht hinsichtlich solcher Waaren, die den dortigen Mäklern von fremden, zur Messe kommenden Kaufleuten zum Verkaufe gegeben werden; wie denn auch die Mäkler, wenn dieselben von fremden Kaufleuten Aufträge zum Ankaufe von Waaren erhalten haben, sich zunächst an jene Kaufleute wenden sollen ⁵⁾. Ebenfalls müssen den Kaufleuten zu Braunschweig in dem Falle, daß eine Quantität Waa-

Beweise einer außergerichtlichen Anmahnung nach Ablauf von sechs Monaten, seit dem Tage der geschehenen Insinuation der Klage oder Vorladung.

1) S. §. 212.

2) Landt. Absch. vom 27. Januar 1619. Art. 16. — Ribbentrop, Sammlung der Landt. Abschiede Th. 1. S. 248. — Steinacker, Sammlung der Organisations- und Verwaltungs-Gesetze S. 45.

3) Ebenbas. Art. 14 u. 15. — Wenngleich diese Begünstigung den Unterthanen überhaupt und ohne Rücksicht auf Holzberechtigung zugestanden ist, so beschränkt sich dieselbe doch auf das zum Bauen erforderliche Holz, weshalb sie Handwerkern, so weit diese solches zum Verkaufe bearbeiten, nicht zu Statten kommen kann. Erf. des Ob. App. Ger. vom 19. Decbr. 1837. J. S. Seesen c. Cammer.

4) Verordn. von 1617. Promt. II. 84.

5) Waaren-Mäkler-Ordn. vom 18. Januar 1781. §. 14 und 15. Promt. II. 451.

ren auf ein Mal auctionsmäßig verkauft werden soll, diese Waaren zunächst zum Kaufe unter billigen Bedingungen an- gestellt werden 6).

6) Ueber das Retractrecht enthält die vaterländische Gesetzgebung folgendes:

Für die Stadt Wolfenbüttel ist statutarisch verordnet 7), daß beim Verkaufe oder Versaße von Erbgütern den Kindern, Geschwistern oder anderen Blutsfreunden des Veräußernden, sofern dieselben mit diesem von einem gemeinschaftlichen Vorfahren (Vater, Großvater, Voreltern), von welchem die Güter herkommen, durch eheliche Geburt abstammen, vor allen Andern der Vorzug gegeben und denselben unbenommen sein soll, solche mit Fremden errichtete Contracte binnen Jahr und Tag zu ihrem eigenen Behufe zu retrahiren, vorausgesetzt, daß sie Alles geben und leisten, wozu sich der Contrahent verbindlich gemacht hat, und alle inzwischen eingetretenen nothwendigen und nützlichen Verwendungen erstatten. In den übrigen Landestheilen außer Wolfenbüttel erstreckt sich der retractus ex capite consanguinitatis, wo derselbe eintritt, im Zweifel nur auf bona avita 8).

Bei nothwendigen Subhastationen ist das jus retractus gentilitii ausdrücklich aufgehoben 9).

Auß dem Verbote der Veräußerung von Grundstücken einer Dorf- Feldmark an Einwohner anderer Dörfer (§. 113.

6) Landess. Rescr. vom 6. Januar 1772. Promt. I. 47.

7) Heinrichsst. Statuten vom 25. Januar 1602. Art. 13. Promt. II. 288.

8) Atteste der Regierung zu Blankenburg vom 13. Januar 1710 und 2. August 1717, des Magistrats zu Braunschweig vom 21. April 1711 und der Justiz-Ganzlei vom 6. Septbr. 1713. Promt. II. 288. — Vergl. Leyser, Meditat. ad pand. Sp. 193. M. 3. — Pufendorf, Observ. jur. univ. T. III. Obs. 40. — Walch, Das Näherrecht S. 59. 250 und 354.

9) Verordn. vom 15. April 1752. Promt. II. 371. — Ex argum. a contr. dieser Verordn. folgt die Beantwortung der Frage, ob der Contract bei den subhastat. voluntar. ausgeübt werden könne? — Vergl. Leyser l. c. Sp. 195. M. 7. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 2. Nr. 56. — Walch a. a. O. S. 146.

La g.) läßt sich auf das Bestehen einer, ohnehin durch gemeines Recht ¹⁰⁾ nicht begründeten Marklösung nicht schließen ¹¹⁾.

§. 118.

V. Gewährleistung beim Kauf-Contracte.

Für den Verkauf solcher Sachen, bei welchen die Frage über Gewähr der Mängel häufig vorzukommen pflegt und hauptsächlich für die unbemittelten Landes-Einwohner von Wichtigkeit ist, insbesondere für den Handel mit Leinsamen ¹⁾ und Kaufgarn ²⁾, bestehen zwar einige particularrechtliche Verordnungen, indeß sind dieselben polizeilicher Natur und es ist dadurch an den privatrechtlichen Bestimmungen des gemeinen Rechts nichts geändert.

Die Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig enthält die nur localrechtliche Vorschrift, daß die Untauglichkeit erkaufter Waaren bei Verlust des Klagrechts binnen vier Tagen nach dem Empfange der Waaren dem Gerichte angezeigt werden soll ³⁾.

10) Eichhorn §. 99 u. 101. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 159. — Walch a. a. D. S. 11 u. 75. — Runde, Deutsches Privatrecht §. 194.

11) Eichhorn §. 105. — Walch a. a. D. S. 620.

Ueber die im Königreiche Hannover in Betreff des Näherrechts geltenden Grundsätze s. Grefe, Leitsaden zum Studium des hannövr. Privatrechts Th. 2. §. 173.

1) Verordn. vom 28. März 1754. — Desgl. vom 30. Juni 1783. — Landesf. Circul. Refcr. vom 6. Mai 1788. Promt. II. 105. — Cammer-Refcr. vom 6. Decbr. 1823. Bege I. 136. — Verordn. vom 26. Octbr. 1829. Nr. 9. §. 1.

2) Verordn. vom 8. April 1723. — Desgl. vom 19. Septbr. 1776. — Desgl. vom 11. Decbr. 1786. — Landesf. Refcr. vom 22. März 1793. — Desgl. vom 23. Decbr. 1796. — Verordn. vom 22. Febr. 1802. Promt. II. 4.

In Betreff des Pferdehandels nimmt die Praxis an, daß ein verborgener und nicht unbedeutender Fehler zur Eviction berechtigt, ohne daß dabei auf die sogenannten Cardinalfehler gesehen wird. Vergl. Glück, Pandect. Comment. Th. 20. §. 1111. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 394.

3) Unterger. Ordn. v. 2. Febr. 1764. Kap. II. §. 14. Promt. II. 408.

E. Pacht- und Mieth-Contract.

I. Ueber Sachen.

§. 119.

A. Beschränkungen hinsichtlich der Subjecte.

Den Pachtbeamten und obrigkeitlichen Personen, insb. besondere den Justizbeamten auf dem Lande, ist untersagt, ohne höchste Erlaubniß Zehnten und Länderei, in so weit sie solche nicht zur Ausfütterung ihrer Pferde und Rüge unumgänglich bedürfen, am Wenigsten Höfe zu pachten ¹⁾.

In Betreff der aus dem römischen Rechte ²⁾ hergeleiteten, von den neuern Rechtslehrern ³⁾ häufig in Zweifel gezogenen Bestimmung, daß Handwerker, welche eine geräuschmachende Profession betreiben, sich in der Nachbarschaft eines Gelehrten nicht einmieten dürfen, ist vom Landesfürsten an das Polizei-Departement zu Wolfenbüttel unterm 29. August 1768 ⁴⁾ rescribirt, daß das Bestehen des fraglichen, den gelehrten Bedienten zu Statten kommenden Privilegii außer Zweifel sei, und daß ein solcher Gelehrter, wenn derselbe ein Haus als Eigenthümer bewohne, sich darauf mit Recht berufen könne; daß aber den Inquilinen eine solche Befugniß nicht zustehe, wosern denselben nicht eine langjährige Mieth oder andere besondere Umstände zu Statten kämen, weshalb in solchen Fällen höchsten Orts angefragt werden solle.

1) Verordn. vom 3. Septbr. 1659. — Amts-Cammer-Ordn. vom 1. Juli 1688. Art. 56. — Verordn. v. 20. Januar 1789. Promt. I. 83. — Der §. 264 des Criminal-Gesetzbuches verbietet allen öffentlichen Beamten, offen oder versteckt, unmittelbar oder durch Zwischenpersonen, an ihrer Leitung anvertrauten Verpachtungen, ohne Ermächtigung der Berechtigten oder der zuständigen Behörde, Theil zu nehmen oder nachher in das Geschäft einzutreten, oder auf solche Weise ihre Angehörigen Theil nehmen zu lassen.

2) L. un. C. De stud. liberal. (XI. 18.)

3) Vergl. Glück, Commentar der Pandecten §. 1046. Th. 17. S. 304. — Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 861. — v. Werning-Ingenheim, Lehrbuch des gemeinen Civilrechts 3tes Buch §. 155. Note d. — Höpfner, Commentar über die Institutionen §. 885. — Mühlenbruch, Doctrina pandect. §. 411. Nr. 2.

4) Promt. I. 416.

§. 120.

B. Ländliche Pachtungen.

Von der Veränderung des Rechtsverhältnisses zwischen Pächter und Verpächter durch Theilung einer Gemeinheit ist §. 192. und durch Ablösung einer Reallast §. 287. die Rede.

§. 121.

C. Miethzeit bei Wohnungen.

Die Miethzeit soll bei den bis zu den vierteljährigen Festtagen vermieteten Wohnungen ordentlicher Weise mit dem zweiten Tage nach zurückgelegtem, in den Contracten benannten oder bedungenen Feste zu Ende gehen, und es soll an diesem Tage jeder Miethsmanu die Wohnung, wenn ihm dieselbe zur gehörigen Zeit gekündigt worden, zu räumen schuldig sein ¹⁾.

§. 122.

D. Aufhebung der Miethzeit oder Pacht durch Kauf.

Die Frage: ob der Kauf die Miethzeit breche? wird in den Landesgesetzen folgendermaßen entschieden:

Wenn über die Verpachtung eines Grundstücks, insbesondere eines Hauses auf gewisse Jahre, ein schriftlicher

1) Verordn. vom 8. April 1752. Promt. II. 171. — Hinsichtlich der gemeinrechtlichen Streitfrage über die Dauer einer stillschweigenden Relocation (Höpsner, Commentar der Institutionen §. 891. — Thibaut, System des Pandectenrechts §. 860. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 470. — v. Wening-Ingenheim, Lehrbuch des gem. Civilrechts 3tes Buch §. 162. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 378.) ist bei mehreren Gerichten des hiesigen Landes die Meinung angenommen, daß die stillschweigend verlängerte Miethzeit sich nicht auf die ganze Dauer des ersten Contracts erstrecke, sondern mit vierteljähriger Befristung aufgekündigt werden könne. C. Topp, Der Miethcontract nach gemeinem Rechte und braunsch. Landesgesetzen §. 10.

Contract errichtet ist, so soll der Pächter insofern ein dingliches Recht erhalten, als derselbe für den Fall des Verkaufs des Grundstücks während der Pachtzeit dem Käufer nicht zu weichen braucht, vielmehr dieser jenem den Contract auszuhalten schuldig ist, es müsste denn in dem Contracte etwas Anderes ausdrücklich festgesetzt sein. Im Falle aber kein schriftlicher Contract besteht, so hat der Käufer die Befugniß, dem Pächter den Contract während der Pachtzeit aufzukündigen, jedoch muß diese Aufkündigung ein ganzes Jahr vor dem Termine geschehen, zu welchem jener das gemiethete oder gepachtete Grundstück räumen soll ¹⁾.

§. 123.

E. Vorpachts = Recht.

Von dem Vorpachts-Rechte der Gemeinden in Betreff des Zehnten ist §. 237. und von dem des Hofbesizers in Betreff der Leibzucht = Länderei §. 246. die Rede.

§. 124.

II. Ermiethung von Diensten.

1) Das Verhältniß, welches durch den Mieth = Contract

- 1) Verordn. vom 25. Octbr. 1760. Promt. I. 406. — Vergl. a Cramm, De diff. jur. comm. et brunsv. Obs. VII. — Lopp, Der Miethcontract nach gem. Rechte und braunschv. Landesgesetzen §. 11. — Ueber den gemeinrechtlichen Stand der Frage, ob Kauf Miethe breche? s. Mühlenbruch, Doctr. pandect. §. 415. Nr. 7. — Glück, Comment. der Pandect. §. 1061. (Th. 18. S. 11 flg.) — Höpfner, Comment. der Institut. §. 890. — Hugo, Civilist. Magazin Bd. 1. S. 268 flg. — Gesenius, Meierrecht Bd. 2. S. 233. — Hagemann, Landwirtschaftsrecht §. 380. Note 1. — Die meisten deutschen Landesgesetze bejahen die auch nach röm. Rechte wohl nicht mehr zweifelhafte Frage (Ludewig, Dissert. de emtore non stante locationi antecessoris §. 49.) und nur wenige enthalten abweichende Bestimmungen, z. B. preuß. Landrecht Th. 1. Tit. 21. §. 358. Wo die Landesgesetze darüber nichts bestimmen, treten die Vorschriften des röm. Rechts ein, z. B. im Königreiche Hannover s. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 401. (III. 57.)

zwischen Gesinde und Dienstherrschaft entsteht, unterscheidet sich wesentlich von einem auf die *locatio conductio operarum* der Römer gegründeten Verhältnisse, indem das deutsche Recht das Gesinde als der Herrschaft unterworfen betrachtet und die gegenseitigen Rechte und Verpflichtungen beider zunächst der polizeilichen Beaufsichtigung überwiesen sind. Das Gesinde bildet bei uns gewissermaßen eine eigene Klasse von Personen, weshalb davon §. 32. flg. gehandelt ist ¹⁾).

2) In Betreff der durch Bauhandwerker zu beschaffenden Arbeiten sind folgende Bestimmungen getroffen ²⁾:

a) Es ist den Bauenden und dem Handwerksmeister, welcher für die Tüchtigkeit der gefertigten Arbeit haften und für seine Gesellen und Lehrlinge sowohl in Ansehung ihrer Geschicklichkeit, als ihrer tadellosen Ausführung während der Arbeit eintreten muß ³⁾, lediglich überlassen, die vorzunehmende Arbeit zu verdingen ⁴⁾ oder sich wegen des täglichen Handwerkslohns für den Meister, die Gesellen, die Lehrlinge, Handlanger und Tagelöhner zu vereinbaren.

b) Die Anzahl der täglich abzuleistenden Arbeitsstunden ist in der Art bestimmt, daß die Arbeitszeit vom 1. April bis 31. August 12 Stunden, vom 1. März bis zum 31. März und vom 1. September bis zum 15. October zehn Stunden, und vom 16. October bis zum letzten Februar neun Stunden betragen soll. Indeß wird in allen Fällen eine Stunde zum Mittagessen und bei zwölf- und zehnstündiger Arbeit auch noch jedesmal eine halbe Stunde zum Frühstück und Vesperbrodessen abgerechnet.

1) C. §. 32. Note 1. — Savigny, System des heutigen röm. Rechts Th. 1. §. 55. C. 366.

2) Verordn. vom 22. Juni 1826. Nr. 16.

3) Ueber die Rechtsverhältnisse der Baumeister vergl. Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 6. Nr. 20. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 425.

4) Ueber Verding-Contracte vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 415. (IV. 168.) — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 4. Nr. 15. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 385.

c) Jeder Handwerker und Tagelöhner ist verpflichtet, während der Arbeit das Beste des Bauherrn oder Lohngebers auf das Sorgfältigste in Acht zu nehmen; das Abschleppen von Baumaterialien ist bei schwerer Strafe verboten.

d) Wenn zwischen dem Bauenden und dem Handwerksmeister, oder zwischen diesem und seinen Gesellen, Lehrlingen und Handlangern wegen des Lohns keine Verabredung getroffen ist, so sollen die Löhne, welche die Bau-Direction zahlt, angenommen werden. Der Handwerksmeister bekommt, wenn er mit arbeitet, Gesellenlohn und darf, bei keiner entgegenstehenden Verabredung, von den Löhnen der Gesellen den Meistergrotschen abziehen.

Diese Bestimmungen finden auch auf die Lementirer Anwendung ⁵⁾.

3) Wenn der Militairpflichtige von seiner Befugniß, für sich einen gehörig qualificirten Stellvertreter zur Verrichtung des Militairdienstes zu stellen, Gebrauch macht, so muß letzterer die Verpflichtung übernehmen, so lange und unter den nämlichen Verhältnissen zu dienen, als der Ersetzte zu dienen schuldig war. Im Falle der Stellvertreter desertirt oder durch eigenes Verschulden seine Entlassung herbeiführt, bevor er zwei Jahre gedient hat, ist der Ersetzte für die übrige Dienstzeit entweder zum Dienste einzutreten, oder einen andern Stellvertreter zu stellen verpflichtet, wogegen seine Contracts-Verpflichtungen gegen den ersten Stellvertreter gänzlich aufhören. Der Stellvertreter kann so wenig auf Verabschiedung Anspruch machen, wenn der Ersetzte stirbt, als dieser verbunden ist, einen andern Stellvertreter zu stellen, wenn jener, nachdem er zur Fahne geschworen hat, verstirbt ⁶⁾.

Eine ganz ähnliche Bewandniß hat es mit dem Loosnummern-Tausche unter Militairpflichtigen ⁷⁾.

5) Verordn. vom 28. August 1826. Nr. 23.

6) Gesetz vom 23. Febr. 1837. Nr. 10. §. 3 u. 41 flg.

7) Ebendas. §. 48 flg.

F. Gesellschafts-Contracte.

I. Wittwen- und Waisen-Versorgungs- Societäten.

Sichhorn, §. 119.

A. Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt.

§. 125.

1. Einleitung.

Durch eine Verordnung vom 27. Juni 1743 wurde die Anordnung getroffen, daß künftig von den aus den Cammer-, Kriegs-, Kloster-, landschaftlichen-, städtischen und landesfürstlichen Cassen zu zahlenden Besoldungen zwei Procent abgezogen werden sollten, um daraus für die Wittwen und Waisen solcher Besoldeten eine Unterstützungscasse zu bilden. Dieses Institut erhielt durch die Berordn. vom 30. März 1775 eine weitere Ausbildung; es wurden aber zugleich davon die Militairbedienten, die aus der Landrentereicasse besoldeten Bedienten, die Kirchen- und Schuldiener und die städtischen Diener wieder ausgeschlossen. Um die Einnahmen zu vermehren, wurde bestimmt, daß bei neuen Besoldungen und Zulagen der Betrag von zwei Monaten abgezogen und zu der Unterstützungscasse genommen werden, außerdem aber auch aus den fürstlichen Cassen ein Zuschuß erfolgen solle. Jene Verordnung wurde unterm 20. Novbr. 1777 declarirt und damit die Ausschließung der Kirchen- und Schuldiener, so wie der städtischen Bedienten, unter Beibehaltung einiger Beschränkungen, wieder aufgehoben. Nachher erfolgten noch mehrere Abänderungen und Ergänzungen in Betreff einzelner Bestimmungen ¹⁾. In neuerer Zeit wurde die landschaftliche Wittwencasse mit der Wittwen- und Waisen-Unterstützungscasse für die herrschaftlichen Civilbedienten vereinigt ²⁾ und diese combinirte Casse durch eine Deputation von zwei landesfürstlichen und einem landschaftlichen Deputirten, seit 1832 aber vom Finanz-Collegium

1) Promt. I. 178

2) Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 23.

verwaltet ³⁾. Da indeß die Statuten dieser Anstalt einer zeitgemäßen Abänderung und Ergänzung bedurften, so erfolgte, unter Aufhebung sämtlicher früheren Bestimmungen, ein ausführliches Gesetz unterm 18. Juli 1837. Nr. 31. Hiernach sollen die regelmäßigen, zu den gesetzlichen Zwecken der Anstalt zu verwendenden Einkünfte derselben in den Nutzungen von dem Capital- und Grundvermögen, das bis zu der Summe von 180,000 Thlr. in seinem Bestande erhalten werden soll, in den Beiträger der Theilnehmer und in einem Zuschusse von 4000 Thlr. jährlich aus dem Kloster- und Studienfonds bestehen. Wenn indeß diese Einnahmen zur Bestreitung der fälligen Pensionen nicht ausreichen, der Ausfall auch nicht aus dem Mehrbetrage des Grund- und Capitalvermögens über die Summe von 180,000 Thlr. und nicht durch einen außerordentlichen Beitrag der Theilnehmer von einem Procent des Einkommens, von welchem die regelmäßigen Beiträge erfolgen, gedeckt werden kann, so soll das Fehlende aus der Finanzcasse zugeschoffen werden ⁴⁾.

§. 126.

2. Theilnehmer und Beiträge.

Die Civilstaatsbeamten erster und zweiter Classe, die Hofbeamten, die dem Ober-Hofmarschallamte, dem Ober-Stallmeisteramte und der Hoftheater-Intendantur untergeordneten Hofdiener, die Mitglieder der Capelle, die ständischen und städtischen Beamten und die Kirchen- und Schuldiener, bei deren Stellen sich ein Witthum nicht befindet ¹⁾, sind, insofern das aus herrschaftlichen oder städtischen Cassen fließende Dienst Einkommen dieser Beamten, einschließlich der Emolumente, wenigstens 100 Thlr. jährlich beträgt, ohne Unterschied, ob sie verheirathet sind oder nicht, zur Theilnahme an der Anstalt verpflichtet; erst mit Auflösung des Dienstverbandes, nicht aber durch Versetzung in den Ruhe-

³⁾ Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 29. §. 14.

⁴⁾ Gesetz vom 18. Juli 1837. Nr. 31. §. 13. 14 u. 18.

¹⁾ S. auch §. 70.

stand, Verabschiedung mit Gehalt und Entlassung aus dem Staatsdienste, hört die Verpflichtung und das Recht zur Theilnahme auf ²⁾).

Die regelmäßigen Beiträge bestehen in dem einmaligen Betrage eines Zwölftheils des jährlichen Einkommens und in dem jährlichen Beitrage von drei vom Hundert dieses Einkommens. Von demjenigen Theile des Einkommens, welcher den das Maximum der Wittwen- und Waisenpension begründenden Einkommensbetrag übersteigt (§. 127), werden indeß Beiträge überall nicht entrichtet. Die in Ruhestand versetzten und die verabschiedeten Mitglieder zahlen die Beiträge von dem Ruhegehalte oder dem ihnen verbliebenen Theile, Entlassene aber von dem ganzen Betrage des früher bezogenen Gehalts. Zu dem Einkommen werden auch die mit dem Dienstgehalte verbundenen Emolumente gerechnet, nicht aber solche Theile des Einkommens, welche bloß Entschädigungen in sich schließen, als Dienstaufwandsgelder, Diäten u. Bei Unzulänglichkeit der regelmäßigen Beiträge können diese um ein Procent, jedoch nicht höher, gesteigert werden ³⁾.

Ein Anspruch auf Zurückzahlung gesetzlich geleisteter Beiträge findet in keinem Falle statt ⁴⁾.

§. 127.

3. Pensionen.

Die bis zum Tode des Theilnehmers fortgesetzte Theilnahme begründet für die Wittve und, in den geeigneten Fällen, für die hinterbliebenen, in der Ehe erzeugten oder legitimten Kinder den Anspruch auf eine Pension, welche sechs- zehn Procent des jährlichen Einkommens, wovon die Beiträge zur Zeit des erfolgten Todes resp. der Auflösung des Dienstverbandes geleistet sind, beträgt, jedoch den Betrag von 500 Thlr. nicht übersteigen darf. Der Anspruch auf Pension be-

2) Gesetz vom 18. Juli 1837. Nr. 31. §. 2 u. 3.

3) Ebendas. §. 15. 16 u. 18.

4) Ebendas. §. 3.

ginnt mit dem Aufhören des Dienst Einkommens. Die Pensionen sind in vierteljährlichen Raten zahlbar, können ohne Genehmigung des Staats-Ministeriums nicht im Auslande bezogen und überall nicht mit Arrest belegt werden ¹⁾.

Der Wittwe steht ein lebenslängliches Anrecht auf die volle Pension zu. Stirbt dieselbe oder verheirathet sie sich wieder, so treten die von ihr mit dem Theilnehmer der Anstalt erzeugten oder legitimirten Kinder bis zum vollendeten 20sten Lebensjahre ein, und zwar erhält ein pensionsfähiges Kind die Hälfte, zwei erhalten zwei Drittheile und nur drei oder mehrere das Ganze der Pension. Das Recht der Töchter auf die Pension fällt mit deren Verheirathung hinweg ²⁾.

Wenn die Wittwe kinderlos ist, zugleich aber mehrere pensionsfähige Kinder aus früheren Ehen des verstorbenen Theilnehmers vorhanden sind, so erhält jene nur die Hälfte der Pension, die andere Hälfte wird nach Köpfen auf die Kinder vertheilt. Ist nur ein solches Kind vorhanden, so soll der Pensionsantheil der Wittwe zwei Drittheile betragen. Dasselbe tritt ein, wenn die Zahl der pensionsfähigen Kinder sich mit der Zeit so weit verringert, daß nur noch eins übrig bleibt. Im Falle aus der Ehe mit der Wittwe gleichfalls Kinder vorhanden sind, so bezieht die Wittwe die eine Hälfte der Pension, wogegen die andere Hälfte auf sämtliche pensionsfähige Kinder aus den verschiedenen Ehen nach Köpfen vertheilt und die Pension der Wittwe dann noch um den auf ihre eigenen Kinder fallenden Antheil vermehrt wird ³⁾.

Die vacant werdenden Pensionsraten der Kinder gehen auf die Wittwe über, und auch die Kinder rücken nach etwaigem Erlöschen des Anspruchs der Wittwe in den zulässigen Pensionsbetrag ein ⁴⁾.

Wenn die Ehe durch richterliches Erkenntniß getrennt und der Ehemann für den schuldigen Theil erklärt wird, so behalten die geschiedene Ehefrau und die mit derselben erzeug-

1) Gesetz vom 18. Juli 1837. Nr. 31. §. 4 flg.

2) Ebendas. §. 9.

3) Ebendas. §. 10.

4) Ebendas. §. 11.

ten Kinder ihre Pensions-Ansprüche und zwar auch bei einer Wiederverheirathung des Mannes, indem die zweite Ehefrau und deren Kinder von der Pension so lange ausgeschlossen bleiben, als jene dieselbe beziehen. Wird die Ehefrau für den schuldigen Theil erklärt, oder wird die Ehe aus landesfürstlicher Machtvollkommenheit getrennt, so verliert die geschiedene Ehefrau alle Ansprüche auf Pension; für die aus dieser Ehe vorhandenen Kinder wird die Pension so bestimmt, als ob die Mutter mit Tode abgegangen wäre 5).

§. 128.

B. Allgemeine braunschweigische Versicherungs-Anstalt.

Im Jahre 1824 wurde zu Braunschweig eine allgemeine Wittwen-Verorgungs-Anstalt gebildet, deren Statuten mittheilt eine Verordnung vom 19. Decbr. 1824. *N* 1 die landesfürstliche Genehmigung erhielten. Der Anstalt wurden zugleich die Rechte einer frommen Stiftung beigelegt, und die aus der Casse derselben gezahlten Pensionen sollten in keinem Falle mit Arrest belegt werden dürfen. Auf den Antrag des Deputirten-Collegiums der Anstalt wurde durch eine Verordnung vom 6. Decbr. 1841. *N* 30 gestattet, daß dieselbe in ihrer damaligen Form zwar geschlossen werde, zugleich aber in Verbindung mit derselben die Errichtung einer neuen erweiterten ähnlichen Anstalt unter dem Namen einer braunschweigischen allgemeinen Versicherungs-Anstalt genehmigt, deren Verfassung die landesfürstliche Bestätigung erhielt und auf welche die der allgemeinen Wittwen-Verorgungs-Anstalt beigelegten Rechte übertragen wurden. Der neuen Versicherungs-Anstalt unterliegt ein ausgedehnterer Plan, als der älteren, indem dieselbe nicht bloß Versicherungen von Wittwenpensionen und Ueberlebensrenten, sondern auch noch sogenannte Lebensversicherungen und Versicherungen von Leib- und Altersrenten übernimmt 1).

5) Ebendas. §. 12.

1) S. braunschw. Magazin von 1842. Stück 6 u. 7.

§. 129.

C. Andere Wittwen- und Waisen-Versorgungs-
Anstalten.

Die schon früher bestandene Militair-Wittwencasse ist im Jahre 1819 neu regulirt und unter Aufsicht des Kriegs-Collegiums gestellt. Die Pensionen, welche aus derselben an Wittwen und Kinder verstorbener Militairpersonen erfolgen, sind keinem Arreste und keiner Execution oder Immission der Creditoren unterworfen, sondern sollen an niemand anders, als an die Wittwen oder Vormünder der Kinder ausbezahlt werden ¹⁾.

In der Stadt Braunschweig bestanden früher Societäten zur Verpflegung der Wittwen und Waisen. Die erste wurde 1705 gestiftet und erhielt unterm 7. Januar 1706 die landesfürstliche Bestätigung. Durch eine Verordnung vom 15. August 1755 wurde dieselbe in einigen Punkten näher bestimmt, im Jahre 1774 neu organisirt und unterm 3. Octbr. 1774 von Neuem landesfürstlich bestätigt. Die andere, unterm 7. März 1718 errichtete Societät starb aus, worauf das Vermögen derselben mit dem Fonds des Armen-Krankenhauses zu Braunschweig vereinigt wurde.

Außerdem bestehen noch mehrere andere, für gewisse Stände von Privaten errichtete Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Societäten, z. B. fast in allen General-Inspectionen Prediger-Wittwencassen ²⁾, eine Stiftung für Wittwen und Kinder verarmter Brauer zu Wolfenbüttel ³⁾ u. dergl., denen in der Regel ebenfalls die Rechte frommer Stiftungen beigelegt sind. Von den Gildecassen, deren Zweck ebenfalls dahin geht, die Wittwen und Kinder verarmter Meister zu unterstützen, ist §. 79 die Rede gewesen.

1) Verordn. vom 29. Juni 1819. Nr. 9.

2) S. Ludewig, Kirchenverfassung im Herzogthume Braunschweig S. 87. — Bekanntmach. der Kreisdirection Gandersheim vom 19. August 1842. G. u. B. S. Nr. 82.

3) Bekanntmach. der Kreisdirection Wolfenbüttel vom 7. Januar 1840. G. u. B. S. Nr. 4.

§. 130.

II. Sterbe- und Todten-Cassen.

Eichhorn, §. 119.

Die Sterbe- und Todtencassen haben allein den Zweck, daraus die Begräbnisse und die dazu gehörigen Trauerkosten zu bestreiten, weshalb die auf den Sterbefall auszahlenden Gelder, so wie auch der nach Abzug jener Kosten etwa bleibende Ueberschuß der eingelegten Summe lediglich an die Erben, und niemals an einen Dritten ausgezahlt werden sollen, selbst in dem Falle nicht, daß dieser für den Gestorbenen eingelegt hätte. Das Einsetzen in die Todtencasse für einen Dritten ist ohnehin nur dann gestattet, wenn letzterer dazu ausdrücklich seine Einwilligung gegeben hat. Die ausgezahlten Gelder dürfen zu keinem, als dem bestimmten Zwecke verwandt werden ¹⁾.

Es sind im hiesigen Lande viele Sterbe- und Todten-Cassen von Privaten mit landesherrlicher Genehmigung errichtet, z. B. in der Stadt Braunschweig:

1) im Jahre 1793 ein Todtencassen-Institut, welchem die Rechte der milden Stiftungen beigelegt sind ²⁾;

2) die Waisenhaus-Todtencasse ³⁾;

3) Todtencassen der ersten und zweiten Grabefolge-Bruderschaft ⁴⁾;

4) Todtencasse der Livree-Bedienten ⁵⁾, der Knechte ⁶⁾, der katholischen Gemeinde ⁷⁾ u.

Die in mehreren der übrigen Städte constituirten Sterbe- und Todtencassen bestehen zum großen Theile nicht mehr. Besondere Sterbecassen haben in der Regel die Gilden ⁸⁾.

1) Landesh. Refcr. vom 10. März 1759, vom 8. Februar 1779. u. vom 20. Febr. 1783. Promt. II. 393.

2) Avertisscm. vom 11. Juni 1793. Promt. II. 360. — Cammer-Refcr. vom 21. Januar 1828. Bege II. 169.

3) Reglement vom 10. April 1780. Promt. II. 395.

4) Promt. I. 404.

5) Promt. II. 394.

6) Promt. II. 54.

7) Promt. II. 394.

8) Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 8. §. 64.

III. Brandversicherungs-Gesellschaften.

Sichhorn, §. 111.

A. Landes-Brandversicherungs-Anstalt.

§. 131.

1. Einleitung.

Im Jahre 1753 wurde eine Landes-Brandversicherungs-Gesellschaft durch die Landschaft errichtet und vom Landesfürsten mittelst einer Verordnung vom 18. Juli 1753, welche zugleich die Statuten enthielt, bestätigt. Im Verlaufe der Zeit sah man sich genöthigt, die Verordnung vielfach gesetzlich zu modificiren und zu declariren, bis dieselbe endlich durch das Gesetz vom 24. Juli 1837. N. 35. nebst allen übrigen gesetzlichen Bestimmungen über diesen Gegenstand völlig aufgehoben und dem Institute eine zeitgemäße Reform gegeben wurde.

Die Brandversicherungs-Gesellschaft ist eine auf Gegenseitigkeit gegründete Vereinigung inländischer Gebäude-Eigenthümer zu dem Endzwecke, denjenigen Mitgliebern, deren versicherte Gebäude durch Feuer zerstört oder beschädigt werden, die Geldmittel zur Herstellung derselben zu verschaffen, und auf diese Weise den Werth der Gebäude zu sichern und den Credit zu heben.

Die Direction über das Institut, welches alle Rechte einer öffentlichen Anstalt genießt, hat, unter Aufsicht des Staats-Ministeriums, das Finanz-Collegium, dem die Verwaltung nach Anleitung der gesetzlichen Vorschriften obliegt. Processualische Verhandlungen über die Festsetzung der Versicherungssumme, die Classification der Gebäude, die Aufnahme oder Ausschließung einzelner Gebäude sind unzulässig ¹⁾.

§. 132.

2. Theilnahme an der Gesellschaft.

Im Allgemeinen werden alle Diejenigen in die Gesellschaft aufgenommen, deren zu versichernde Gebäude innerhalb

1) Ueber die im Königreiche Hannover bestehenden Brandversicherungs-Gesellschaften s. Grefe, Leitfaden zum Studium des hannov. Privatrechts Th. 2: §. 176.

Landes belegen und von der Theilnahme nicht ausdrücklich ausgenommen sind. Zu den letzten gehören Pulvermühlen, Pulverfabriken, Pulvermagazine, Theatergebäude, Theerkoche-
reien, Holzkohlenschuppen, geflochtene Säune, hölzerne Stak-
kette und hölzerne Planken. Nicht völlig ausgeschlossen,
indess nur gegen die Entrichtung des doppelten Beitrages
aufnahmsfähig sind: Windmühlen von Holz und zwar nur
zu $\frac{2}{3}$ ihres Darwerthes, Zucker- und Cichorien-Fabrikge-
bäude, Ziegel- und Kalköfen, Schmelzhütten und Hüttenge-
bäude, auch Glashütten. Außerdem ist der Direction gestat-
tet, noch andere Gebäude wegen besonderer Feuergefährlichkeit
ganz oder bedingt auszuschließen ¹⁾. Wenn ein solches Ge-
bäude unter Verheimlichung seiner Qualität zur Versicherung
gebracht ist, so soll der Versicherte in eine Strafe von 5
Procent der Versicherungssumme verfallen ²⁾.

Eine directe Verbindlichkeit, in die Gesellschaft einzutre-
ten, findet nur bei den Gebäuden Statt, welche zu Bauer-
höfen in den Dorfgemeinden gehören ³⁾, indess tritt ein indi-
recter Zwang auch für die übrigen Gebäude-Eigenthümer
insofern ein, als die Versicherung aufnahmsfähiger Gebäude
in einer fremden Affecuranz-Gesellschaft bei einer Strafe von
funfzig Thalern, sowohl für den Versichernden, als auch für
den hiesigen Agenten, und außerdem bei Strafe der Confis-
cation der im Falle eines Brandes erfolgenden Entschädi-
gungssumme unter sagt ist ⁴⁾.

1) Gesetz vom 24. Juli 1837. Nr. 35. §. 4 u. 5.

2) Ebendas. §. 6.

3) Ebendas. §. 7. — Dieser directe Zwang, welcher schon nach der
früheren Legislation Statt gefunden hat, ist aus dem Grunde bei-
gehalten, weil die ländlichen Gebäude als Zubehörungen der Bauer-
höfe zu betrachten sind und einen unentbehrlichen Theil derselben
bilden, so daß der Hof seine Selbstständigkeit verliert, wenn die
Gebäude zu Grunde gehen, ohne daß der Hofbesitzer die Mittel
zur Wiederherstellung herbeischaffen kann. Vergl. Landständische
Verhandl. 1836—1837. II. Abth. XXXIII. Anl. I. S. 6.

4) Ebendas. §. 3. — Ueber die Gültigkeit einer gegen die Gesetze
eines fremden Staates abgeschlossenen Affecuranz s. Archiv für die
civil. Praxis Bd. 21. Nr. 8.

3. Versicherungs-Vertrag.

§. 133.

a. Begriff.

Der Vertrag enthält einer Seits die Verpflichtung der Gesellschaft, den Versicherten wegen der an seinen Gebäuden eintretenden Brandschäden im gesetzlichen Umfange zu entschädigen, anderer Seits die Verbindlichkeit des Versicherten, die ausgeschriebenen Jahresbeiträge zu entrichten und zwar je nach der Quartalszeit seines Eintritts ganz, zu drei Vierteln, zur Hälfte oder zu einem Viertel ¹⁾.

§. 134.

b. Versicherungssumme.

Die Gebäude werden zu einer bestimmten, auf vorgängige Schätzung sich gründenden Summe, nach welcher die im Falle eines Brandes zu leistende Entschädigung bestimmt wird, versichert ¹⁾. Diese Summe wird bei öffentlichen Gebäuden von der Verwaltungsbehörde nach einer von der Bau-Direction angeordneten Abschätzung in Antrag gebracht. Bei den übrigen Gebäuden ist eine Abschätzung durch Sachverständige erforderlich, deren Tare von zwei Hausbesitzern aus der Gemeinde mit unterzeichnet sein muß. Die aus einer solchen amtlich bestätigten, ordnungsmäßigen Abschätzung resultirende Werthsumme wird bei der Versicherung der zum Beitritte verpflichteten Gebäude unbedingt zum Grunde gelegt, außerdem aber nur als das Maximum des Betrages, bis zu welchem versichert werden darf, angesehen. Die Versicherungssumme muß durch die Zahl 25 theilbar sein ²⁾.

Wenigstens innerhalb aller zehn Jahre soll eine Revision der Taxen der versicherten Gebäude von der Direction der Anstalt veranlaßt und danach die Versicherungssumme erforderlichen Falls abgeändert werden. In dringenden Fällen darf auch die Localbehörde eine solche Revision vornehmen, so wie die Mitglieder der Gesellschaft selbst darauf antragen

1) Gesetz vom 24. Juli 1837. Nr. 35. §. 11.

1) Ebendas. §. 8.

2) Ebendas. §. 9.

können. Die Wirksamkeit der durch Revision der Gebäude-Taren bewirkten Erhöhung oder Herabsetzung der Versicherungssummen tritt von dem Augenblicke an ein, da dem Versicherten das Resultat der Revision eröffnet worden ist ³⁾.

§. 135.

c. Anfang, Dauer und Aufhebung des Vertrages.

Nach Erledigung der etwaigen Mängel der Taxations- und Aufnahme-Verhandlungen bestimmt die Direction die Versicherungssumme, ordnet die Eintragung in das Versicherungsgataster ohne Verzug an und fertigt den Versicherungsschein aus. Hiermit, und zwar sogleich vom Tage der Ausfertigung des Scheins an, tritt die Versicherung in gegenseitig verbindliche Kraft und es bedarf dazu der Aushändigung des Scheins an den Versichernden nicht ¹⁾.

Der Versicherte ist verpflichtet, auch in dem auf das Jahr seines Eintritts folgenden Kalenderjahre Mitglied der Gesellschaft zu bleiben. Der Vertrag wird stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert; von Seiten des Versicherten ist eine Aufkündigung, insofern bei demselben keine Zwangsverbindlichkeit obwaltet, bis zum 1. December des laufenden Versicherungsjahrs zulässig, wogegen sich das Kündigungs-Recht der Direction auf den Fall des gesetzlichen Ausschlusses beschränkt ²⁾.

Der Versicherungs-Vertrag wird selbst in dem Falle nicht aufgehoben, wenn das versicherte Gebäude durch Feuer oder durch andere Ereignisse zerstört oder beschädigt, oder wenn dasselbe ganz oder theilweise abgebrochen wird, vielmehr geht die Versicherungssumme des ursprünglich versicherten Gebäudes auf das an dessen Stelle zu erbauende oder wieder herzustellende Gebäude so lange über, bis eine neue Versicherung geschehen ist; dieses Verhältniß tritt auch dann ein, wenn nach einem Brande die Entschädigungssumme bezahlt ist ³⁾.

3) Ebendaf. §. 14. 15 u. 16.

1) Gesetz vom 24. Juli 1837. Nr. 35. §. 10 u. 11.

2) Ebendaf. §. 11.

3) Ebendaf. §. 12.

Bei Eigenthums-Veränderungen gehen die bestehenden Versicherungen mit allen Rechten und Verbindlichkeiten auf den neuen Eigenthümer über 4).

Wenn ein mit einer Hypothek belastetes, freiwillig versichertes Gebäude zur Zeit der Hypothek-Bestellung bereits versichert, oder die Versicherung zur Bedingung der Fortsetzung des Rechtsgeschäfts gemacht war, so kann der Hypothekgläubiger den Abschluß oder die Fortsetzung des Versicherungsvertrages verlangen und im Weigerungsfalle das Pfandrecht, ohne vorhergegangene Aufkündigung des Schuldverhältnisses, sofort geltend machen, einstweilen auch die Versicherung bewerkstelligen. Es dürfen daher Anträge auf Aufhebung der Versicherungsverträge oder Herabsetzung der versicherten Summen unter den ermittelten Werth nur dann berücksichtigt werden, wenn auf den Gebäuden Hypothekschulden nicht haften, oder die Hypothekgläubiger mit dem Antrage einverstanden sind 5).

§. 136.

d. Beiträge und Eintrittsgelder der Mitglieder.

Die Mitglieder der Gesellschaft haben die Verpflichtung, zur Bestreitung der der Brand-Versicherungs-Casse obliegenden Zahlungen für Brandschäden und Administrations-Kosten, so wie zur Bildung eines Reservefonds vom Anfange des Quartals an, in welchem sie eingetreten sind, und zwar in vierteljährlichen Raten *praenumerando*, Beiträge zu entrichten, welche in der Regel von jedem 100 Thlr. der Versicherungssumme jährlich 6 Ggr. 8 Pf. 1) und nur dann mehr betragen sollen, wenn der Reservefonds erschöpft ist und ein bis zum Betrage von 200,000 Thlr. gemachtes Anlehn nicht hinreicht, die Ausgaben zu bestreiten 2).

Zur Entrichtung der Beiträge ist zunächst der Eigenthümer des versicherten Gebäudes verpflichtet; in dem Falle

4) Ebendas. §. 13.

5) Ebendas. §. 27.

1) Gesetz vom 24. Juli 1837. Nr. 35. §. 28.

2) Ebendas. §. 37.

aber, daß derselbe das Gebäude nicht im Besitze oder in persönlicher Benutzung hat, die Beiträge auch von ihm nicht sofort durch die gewöhnlichen, den Behörden zu Gebote stehenden Mittel zu erlangen stehen, so sind diejenigen Personen, mit Vorbehalt des Regresses gegen den Eigenthümer, zur Zahlung verpflichtet, welche die Gebäude gegen eine Vergütung benutzen, und es können dieselben hiervon selbst durch den Arrest nicht befreiet werden, welcher zufolge des Antrages eines Dritten auf die an den Eigenthümer erfolgende Vergütung angelegt sein möchte ³⁾.

Die Beiträge werden in derselben Art, wie die öffentlichen Abgaben erhoben und beigetrieben; sie sind auch diesen gleich privilegiert ⁴⁾.

Bei der Aufnahme neuer oder noch nicht versicherter Gebäude müssen Eintrittsgelder bezahlt werden, deren Betrag sich nach der Größe des derzeitigen Reservefonds, der im Ganzen versicherten Summe und der Summe, zu welcher das Gebäude versichert wird, dergestalt richtet, daß der Eintretende so viel bezahlt, als die übrigen Mitglieder würden bezahlen müssen, um den vorhandenen Reservefonds durch Beiträge zusammen zu bringen ⁵⁾.

Am Schlusse eines jeden Jahrs wird eine Berechnung über Einnahme und Ausgabe aufgestellt und das Resultat der Schlußabrechnung öffentlich bekanntgemacht ⁶⁾. Der nach der Abrechnung bleibende Ueberschuß wird dem Reservefonds überwiesen.

§. 137.

e. Reserve = Fonds.

Um einen durch außerordentliche Brandschäden etwa erforderlich werdenden Nachschuß zu verhüten, soll ein Reservefonds gebildet werden, in welchen schließen:

3) Ebendas. §. 31.

4) Ebendas. §. 32 u. 33.

5) Ebendas. §. 34. Nr. 3.

6) Ebendas. §. 29.

1) die Straf gelder und confiscirten Entschädigungs-Summen;

2) der bei den jährlichen Schlußabrechnungen bleibende Ueberschuß;

3) die Eintrittsgelder, welche bei neuen Versicherungen erlegt werden müssen, und

4) die Zinsen auf die Capitalien des Reservefonds, welcher beim Leihhause belegt wird.

Der aus der Gesellschaft Austrittende verliert sein Anrecht an den Reservefonds ¹⁾.

Der Reservefonds wird bis zur Summe von 100,000 Thlr. gesammelt und zur Deckung der Ausgaben verwandt, wenn die festen Beiträge nicht ausreichen. Beträgt der Reservefonds mehr als 100,000 Thlr., so muß der Mehrbetrag auch alsdann zur Bestreitung der Ausgaben der Anstalt verwandt werden, wenn die festen Beiträge ausreichen oder nicht einmal erforderlich sein sollten, so daß in diesem Falle eine verhältnißmäßige Verminderung der regelmäßigen Beiträge eintritt ²⁾.

§. 138.

f. Anleihe der Anstalt.

Wenn so wenig die regelmäßigen Beiträge, als der Reservefonds zur Bestreitung der Ausgaben hinreichen, so darf auf den Credit der Anstalt ein Anlehn bis zu dem Betrage von 200,000 Thlr. aus der Leihhauscasse aufgenommen werden, dessen Verzinsung aus der Brandversicherungs-Casse erfolgt. Der Austritt aus der Anstalt, oder die willführliche Herabsetzung der Versicherungssumme ist in einem solchen Falle nur gegen Einzahlung des der Versicherungssumme oder dem abzusetzenden Theile derselben entsprechenden Theiles des Anlehns zulässig ¹⁾.

1) Gesetz vom 24. Juli 1837. Nr. 35. §. 34.

2) Ebendas. §. 35.

1) Gesetz vom 24. Juli 1837. Nr. 35. §. 36.

§. 139.

g. Vergütung des Brandschadens; Auszahlung und Verwendung der Entschädigungssumme.

Die Gesellschaft vergütet den Schaden, welcher an einem versicherten Gebäude durch Feuersbrunst veranlaßt wird, es mag derselbe unmittelbar durch die Flamme, oder durch die auf eine Entfernung wirkende Gluth, oder mittelbar durch die zum Zwecke des Löschens und der Verhütung des weitern Verbreitens des Feuers angewandten Mittel, oder endlich durch das Niederreißen des brennenden oder von den Flammen bedrohten Gebäudes veranlaßt sein; so wie auch den Schaden, welcher durch Bligstrahl, derselbe mag gezündet haben oder nicht, verursacht ist ¹⁾. Außerdem werden aber auch solche Beschädigungen vergütet, welche nicht versicherten Gebäuden auf Anordnung der die Löschung leitenden Behörden zugefügt sind. Für Baumaterialien, die noch keine wirklich verbundene Theile eines Gebäudes sind, wird keine Entschädigung geleistet ²⁾.

Bei der Taxation des Brandschadens, welche unter obrigkeitlicher Aufsicht vorgenommen wird, ist zu ermitteln, ob der Schaden für total zu halten, oder in welchem Maaße das Gebäude beschädigt ist. Dieses Maaß wird nach Sechszehntheln und Vierteln eines Sechszehnthells bestimmt, und danach von der Direction der verhältnißmäßige Theil der Versicherungssumme als Entschädigung festgesetzt und ausgezahlt. Bei einem noch nicht vollendeten, an die Stelle eines versicherten Gebäudes tretenden Gebäude wird der Schaden nur bis zum Betrage der fortbestehenden Versicherungssumme ersetzt; wenn das Gebäude aber zu einer geringeren Summe als zu dem bei der Abschätzung ermittelten Werthe versichert ist, so wird der Schaden nur nach dem Verhältnisse ersetzt, in welchem die Versicherungssumme zu dem Werthe des Gebäudes stand.

1) Gesetz vom 24. Juli 1837. Nr. 35. §. 17. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 7. Nr. 116 über Vergütung solcher Brandschäden aus Brandversicherungs-Anstalten, die durch Kriegsführung entstanden sind.

2) Ebendas. §. 18 u. 19.

Wenn der Werth, den das Gebäude unmittelbar vor dem Brande hatte, nicht auf andere Weise ausgemittelt werden kann, so hat der Versicherte denselben durch eine, von ihm und den beim Baue adhibirten Werkmeistern zu beschwörende Baurechnung zu beweisen ³⁾.

Die Tarationskosten werden aus der Brandversicherungscasse bestritten, insofern der Antrag auf Taration binnen 24 Stunden nach dem Brandschaden bei der Behörde angebracht ist ⁴⁾.

Die Verpflichtung zur Auszahlung der vollständigen Entschädigung leidet dadurch keine Aenderung, daß die Gewißheit oder Vermuthung einer vorsächlichen Brandstiftung vorliegt; jedoch bleibt der Anstalt der Anspruch auf Ersatz gegen den Eigenthümer, Theilnehmer und Mitwisser, und zur Sicherheit des Ersatzes ist derselben ein gesetzliches Pfandrecht an dem Grundstücke beigelegt ⁵⁾.

Die Entschädigungsgelder sollen vollständig zum Wiederaufbaue des abgebrannten Gebäudes verwandt werden; eine Aenderung des Bauplatzes ist nur mit Zustimmung der Hypothekgläubiger und derjenigen Personen, welche dingliche Rechte an der Baustelle oder dem abgebrannten Gebäude haben, so wie der Kreis-Direction und, wenn die Gelder zur Erbauung eines Gebäudes in einem andern Orte verwandt werden sollen, des Staats-Ministeriums zulässig ⁶⁾.

Die Auszahlung der Entschädigungsgelder erfolgt durch die Behörden in dem Maße, wie der Bau vorschreitet; die vollständige Auszahlung erst nach der genügenden Ausführung ⁷⁾. Dem Hypothekgläubiger haften die Entschädigungsgelder ganz auf dieselbe Weise, wie das Gebäude, für welches sie erfolgen, und können daher mit der Baustelle zur Subhastation gebracht werden ⁸⁾.

3) Ebendas. §. 20. 21 u. 22.

4) Ebendas. §. 23.

5) Ebendas. §. 24.

6) Ebendas. §. 25.

7) Ebendas. §. 26.

8) Ebendas. §. 27.

§. 140.

B. Auswärtige Brandversicherungs-Gesellschaften.

Eine auswärtige Brandversicherungs-Gesellschaft darf nur mit Erlaubniß des Staats-Ministeriums im hiesigen Lande Geschäfte treiben, und bei Verlust der Erlaubniß nur durch obrigkeitlich concessionirte inländische Agenten ¹⁾. Die Gesellschaft muß sich verpflichten, in den zwischen ihr und den hiesigen Versicherten entstehenden Streitigkeiten sich dem, nach dem Wohnorte des Versicherten competenten Gerichte oder, Falls statutenmäßig eine schiedsrichterliche Entscheidung Statt findet, dem Ausspruche hiesiger Landeseinwohner zu unterwerfen ²⁾.

Jeder Landeseinwohner darf Mobilien oder Immobilien, insofern die Versicherung der letztern bei einer andern, als der Landes-Brandversicherungs-Anstalt gestattet ist (S. §. 132.), bei auswärtigen Assurance-Gesellschaften versichern, jedoch ist ein solches Geschäft einer genauen polizeilichen Aufsicht unterworfen, welche besonders dahin geht, daß die Gegenstände nicht über den Werth versichert werden ³⁾.

Die Ausmittelung eines durch Brand erlittenen Schadens und der dafür zu leistenden Entschädigung bleibt den Agenten und den Versicherten überlassen, indeß darf die Entschädigungssumme erst dann ausgezahlt werden, wenn die Verhandlungen durch die betr. Behörde geprüft sind und

1) Gesetz vom 15. Mai 1835. Nr. 40. §. 1. 7 und 8. Die jetzt zugelassenen Gesellschaften sind:

- 1) die Aachen-Münchener; Bekanntmach. des Staats-Minister. vom 23. Juli 1835. Nr. 47.
- 2) die Elberfelder; desgl. vom 23. August 1835. Nr. 49.
- 3) die Gothaer; desgl. vom 27. August 1835. Nr. 50.
- 4) die Phoenix-Feuer-Assurance-Societät zu London; desgl. vom 2. Novbr. 1835. Nr. 61.
- 5) die Leipziger; desgl. vom 18. Octbr. 1836. Nr. 30.
- 6) die Protector-Feuerversicherungs-Compagnie zu London desgl. vom 2. Januar 1836. Nr. 2.

2) Ebendas. §. 5.

3) Ebendas. §. 12 flg.

gegen den ermittelten Betrag nichts zu erinnern gefunden ist; im entgegengesetzten Falle wird die Zahlung inhibirt. Bei abgebrannten und mit Hypothekschulden belasteten Gebäuden ist die ausgezahlte Summe zum Wiederaufbaue des Gebäudes, und nur mit Zustimmung der Hypothekgläubiger auf andere Weise zu verwenden ⁴⁾.

Die Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen ist sowohl für die Agenten, als die Versicherten mit hohen Geldstrafen bedrohet ⁵⁾.

§. 141.

IV. Hagelschaden-Versicherungs-Societät.

Zur Sicherstellung gegen den Schaden, welcher durch Hagelwetter den Feldfrüchten zugesügt wird, hat sich im hiesigen Lande ein Verein von Landwirthen zu dem Zwecke gebildet, sich gegenseitig in solchen Unglücksfällen zu unterstützen. Die Statuten des Vereins, der sich auf das hiesige Land beschränkt, sind von der Landesregierung bestätigt ¹⁾, und zugleich ist, um die Anstalt thunlichst zu befördern,

1) derselben die Stempel-, Sporel- und Portofreiheit bewilligt;

2) gestattet, daß die Cassenführung einem öffentlichen Beamten übertragen werde, und daß

3) die rückständigen Beiträge der Versichernden, auf den Antrag des Cassenführers und nach Production des von dem Versichernden ausgestellten Reverses, durch das Gericht nebst Zinsen und Kosten sofort executivisch beigetrieben und an den Cassenführer abgeliefert werden; auch

4) bestimmt, daß auf die den Beschädigten zukommenden Entschädigungsgelder bei der Directions-Commission der

4) Ebendas. §. 15.

5) Ebendas. §. 16 flg.

1) Verordn. vom 25. Febr. 1832. Nr. 4. — Desgl. vom 16. März 1836. Nr. 10. — Aehnlich wie im hiesigen Lande, besteht auch für das ganze Königreich Hannover eine Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaft, deren Statuten nebst einer sie bestätigenden Verordnung am 17. April 1833 publicirt sind.

Societät, so wie bei dem Cassensführer ein Arrest überall nicht angelegt werden darf.

§. 142.

G. M a n d a t.

Im Allgemeinen finden die Grundsätze des römischen Rechts über Mandate volle Anwendung, und es treten hauptsächlich nur bei den kaufmännischen Mandats- oder Commissions-Verhältnissen durch das, größten Theils auf Gewohnheit beruhende Handelsrecht einige besondere Modificationen ein ¹⁾, die hier anzuführen sind.

Wer Waaren oder sonstige Effecten von einem Andern zum Verkaufen oder zum Bewahren in Commission erhalten hat und von diesem dagegen mit Wechseln bezogen, oder auf andere Weise mit Vorschüssen belastet ist, muß zwar hiervon bei entstehendem Concurse über das Vermögen des Committenten dem Gerichte Anzeige machen, indeß behält er an den Waaren oder Effecten, selbst wenn diese mit Arrest belegt oder mit Hypothek beschwert sein sollten, wegen seiner Forderungen die Priorität vor anderen Gläubigern, so daß er an diese nur das nach seiner völligen Befriedigung Uebrigbleibende herauszugeben braucht ²⁾. Ueber die Vermittelung bei

1) Diese wurden schon nach röm. Rechte Berücksichtigung gefunden haben. Vergl. L. 31. §. 20. D. De aed. edict. (21. 1.) L. 6. D. De evict. (21. 2.)

2) Wechsel-Ordn. vom 1. August 1715. Art. 53. Promt. II. 470. — Diese, ursprünglich nur zu Gunsten des Handels getroffene Bestimmung (Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. von 1686. Art. 32.) ist späterhin auf alle Inhaber von Faustpfändern ausgedehnt. Landesf. Declarat vom 21. Mai 1750. Promt. II. 412. (S. §. 201.) — Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Committenten und dem Commissionair hat sich folgender Handelsgebrauch gebildet:

1) In dem, von einem Kaufmanne ertheilten Auftrage zum Waarenverkaufe liegt im Zweifel die Ermächtigung, a conto zu verkaufen, weshalb der Commissionair nicht die Gefahr des Creditgebens trägt, wenn nicht der Auftrag ausdrücklich auf Verkauf per contante gerichtet, oder zwischen dem Committenten und Commissionair verabredet ist, daß dieser del credere stehen solle.

an- und auszuleihenden Capitalien und beim Kaufe und Verkaufe von Grundstücken, so wie über Gefinde-Mäkler s. §. 93. Von dem Auftrage zum Vertrödeln ist §. 111. und von dem Auftrage beim Wechsel-Contracte §. 159. die Rede.

In der Stadt Braunschweig sind besondere Waaren-, Geld- und Wechsel-, und Kornmäkler angelegt, deren Geschäftsbefugnisse sich folgendermaßen trennen: Die Waarenmäkler besorgen die Geschäfte bei dem Kaufe und Verkaufe aller ordinären Kaufmanns- und Apothekerwaaren und aller zur Handlung gehörigen Landesproducte, mit Ausnahme des Korns, so wie auch die Vermietungen der Häuser, Gewölbe, Logis, Gärten und Ländereien; die Geld- und Wechsel-Mäkler haben alle Geschäfte beim Umsetzen mit Gold und Silber, beim Wechselverkehre und überhaupt bei Anschaffung und Negociirung der Capitalien. Sowohl den Waaren-, als auch den Geld- und Wechselmäklern ist der außergerichtliche freiwillige Verkauf von Immobilien gestattet ³⁾. Die

Im letzten Falle wird, neben der ordentlichen Provision, eine außerordentliche, auch *del credere* genannte Provision berechnet, und es beträgt im Zweifel jene zwei, diese ein Procent. Der Commissionair muß indeß nicht nur bei der Wahl dessen, mit dem er auf Credit handelt, den größten Fleiß und alle Vorsicht anwenden, sondern auch mit gleichem Fleiße sich angelegen sein lassen, von dem ihm contractlich verhafteten Käufer die fälligen Kaufgelber einzuziehen.

2) Auch der nicht *del credere* stehende Commissionair schließt mit Dritten im eigenen Namen und zwar nach Ermessen *a conto* oder *per contante* Geschäfte ab, läßt im ersten Falle die Wechsel auf seine eigene *Ordre* stellen, realisirt sie und berechnet dem Committenten, ohne ihm die Wechselschuldner zu nennen, nur das wirklich Eingegangene.

3) Findet jedoch vor der Verfallzeit solcher Wechsel zwischen dem Committenten und dem nicht *del credere* stehenden Commissionair eine Abrechnung Statt, so wird jener von diesem für den Wechselbetrag, in der stillschweigenden Voraussetzung dessen richtigen Einganges, vorläufig creditirt; in der folgenden laufenden Rechnung aber, wenn solcher Eingang nicht erfolgt ist, wiederum debitirt. Erkenntn. des Oberlandesger. vom 15. Decbr. 1829. J. G. Langner c. Geller.

3) Verordn. vom 16. Octbr. 1787. §. 6. Promt. I. 365.

Kornmäkler haben die ausschließliche Befugniß zum Aufkauf von Korn für Andere 4). Für die Waarenmäkler, so wie auch für die Geld- und Wechselmäkler bestehen besondere Ordnungen resp. vom 18. Januar 1781 und 16. Octbr. 1787; den Kornmäklern ist unterm 18. August 1789 eine Instruction ertheilt 5).

Der Transport von Kaufmannsgütern darf in Braunschweig, wenn dieselben nicht mit eigenem Gespanne versandt werden, nur durch Vermittelung des dortigen Güterbestätiger-Bureaus geschehen 6).

Im wiefern die Herrschaft aus den Handlungen des Gefindes *ex mandato praesumto* verpflichtet wird, ist §. 36. angegeben.

§. 143.

H. Schenkung.

Daß schon dem gemeinen Rechte nicht unbekannte Verbot der Schenkungen an öffentliche Beamte ist dahin extendirt, daß, im Falle dieselben für amtliche Mühewaltungen eine andere Erkenntlichkeit nehmen, als die, welche von der Landesregierung ausdrücklich erlaubt ist, nicht nur der Nehmer, sondern auch der Geber strafbar sein soll 1). Insbesondere ist auch den Steuerbeamten bei Strafe der Dienst-Entsetzung verboten, Geschenke anzunehmen, und den Steuerpflichtigen bei Geld- oder Gefängnißstrafe untersagt, jenen Geschenke anzubieten; das angenommene oder auch nur angebotene Geschenk wird überdas confiscirt 2).

4) Avertiffement vom 29. April 1779. Promt. II. 49.

5) Promt. II. 450. — I. 365. — II. 49.

6) Bekanntmach. vom 20. Octbr. 1828. Bege II. 123. — Desgl. vom 16. Juli 1832. Bege III. 199.

1) Verordn. vom 20. März 1742. Promt. I. 381. — Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 25. §. 26. — Crim. Ges. Buch §. 256 u. flg. — Vergl. L. I. §. 2. L. 21. D. Ad leg. Corn. De falsis (48. 10.) L. 6. C. Ad leg. Jul. repetund. (9. 27.) Nov. 124. c. 2. — C. G. Visit. Absch. von 1713. §. 46.

2) Gesetz vom 23. April 1835. Nr. 16. §. 22. — Desgl. von dem-

Eine, dem Lotterie-Collecteur von dem Spielenden auf den Fall eines Gewinnstes zugesagte Schenkung ist ohne rechtliche Wirkung ³⁾).

Ueber Simonie s. §. 69.

§. 141.

I. S p i e l.

Sichhorn, §. 110.

Jedes Hazardspiel ist bei Strafe verboten ¹⁾, ebenfalls das Ausspielen von Sachen ohne polizeiliche Erlaubniß ²⁾ und das Spielen in solchen fremden Lotterien, die nicht von der hiesigen Landesregierung ausdrücklich zugelassen sind; der Collecteur, welcher für eine solche Lotterie colligirt, verfällt in eine Strafe von 50 Thlr. ³⁾. Die hiesige Landeslotterie steht unter Aufsicht des Finanz-Collegiums, und die Einkünfte aus derselben fließen in die Landescaße ⁴⁾. Dem Collecteur ist bei Strafe verboten, ein in seiner Collecte be-

selben Tage Nr. 18. §. 62 u. 63. — Zoll-Ordn. vom 21. Decbr. 1841. §. 113.

3) Verordn. vom 14. Septbr. 1801. Promt. II. 117.

1) Verordn. vom 14. April 1725. — Desgl. vom 26. Juni 1745. — Desgl. vom 25. Juni 1762. Promt. I. 400. — Gesetz vom 21. Novbr. 1836. Nr. 37. — Für die Stadt Braunschweig existiren specielle, sehr strenge Verbote aller Hazardspiele. S. Promt. I. 401. — Die Landes-Ordn. verbietet im Art. 98 den Landeuten das Kartenspiel bei 1 Thlr. Strafe.

2) Verordn. vom 9. Decb. 1771 und vom 21. Januar 1791. Promt. I. 53. — Für Hannover enthält die Verordn. v. 19. April 1819. §. 11 ähnliche Bestimmungen, wobei zugleich bemerkt ist, daß bei dergleichen erlaubten Ausspielungen die Grundsätze des Hoffnungskaufes gelten sollen.

3) Verordn. vom 4. Januar 1757. — Desgl. vom 28. Novb. 1771. — Desgl. vom 2. Juli 1787. Promt. II. 114. — Bekanntmach. des Staats-Minister. vom 4. Septbr. 1836. Nr. 25. — Eine ausführliche Abhandlung über Lotterien findet sich im Anhange zum 15. Bande des Archivs für civil. Praxis. Ueber einige bei dem Lotteriewesen vorkommende Rechtsverhältnisse s. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 5. Nr. 28.

4) Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 29. §. 6 u. 16.

bitirtes Loos während der Ziehung der Lotterie durch irgend eine Art von Contract an sich zu bringen, oder sich einen Theil des darauf fallenden Gewinnes auf irgend eine Weise zu stipuliren. Alle dergleichen Contracte sind nichtig, und der Gewinn soll nur an denjenigen ausgezahlt werden, der zur Zeit der Ziehung des Looses rechtmäßiger Eigenthümer desselben gewesen ist. Die Collecteure sollen sich mit dem begnügen, was ihnen nach Vorschrift des Lotterieplans zukommt, und die mit den Spielern unter dem Namen einer Schenkung, oder auf eine andere Weise getroffenen Contracte keine rechtliche Wirkung haben ⁵⁾. Bei Zusendungen von nicht angeforderten Loosen (die nicht anders als in frankirten Briefen geschehen darf) liegt darin, daß der Empfänger dieselben ohne Erklärung behält, keine stillschweigende Einwilligung, die Loose für seine Rechnung spielen zu wollen, weshalb für den Empfänger daraus keine Verbindlichkeit entsteht ⁶⁾.

K. Wechselrecht.

§. 145.

I. Einleitung.

Eichhorn, §. 126. flg.

Dem hiesigen particularen Wechselrechte liegt die allgemeine Wechsel-Ordnung des Herzogs August Wilhelm vom

5) Dasselbe bestimmt die hannöv. Verordn. vom 19. April 1819. §. 8.

6) Verordn. v. 14. Septbr. 1801 Promt. II. 117. — Die hannöv. Verordn. vom 9. April 1810 bestimmt für den Fall, daß der Empfänger eines nicht verlangten Looses, wenn derselbe nicht schon mit dem Collecteur wegen Lotterie-Sachen in Verbindung und Berechnung steht, nicht schuldig sein soll, das Loos zurückzusenden, und daß dem Collecteur, wenn das Loos mit einer Riete herauskommt, keine Klage auf Bezahlung des Einsages zustehen, der auf dasselbe gefallene Gewinn hingegen dem gehören soll, welchem das Loos zugesandt ist. Ueber die ältere, entgegengesetzte Ansicht s. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 2. Nr. 46. — Die obige hannöv. Verordn. enthält hinsichtlich des Creditirens der Einsätze beschränkende Bestimmungen, unter Anderm, daß ein Collecteur bei Verlust seines Klagerichts demselben Spieler nicht mehr

1. August 1715 ¹⁾ zum Grunde. Dieselbe ist zum größten Theile der Markgerichts- und Wechsel-Ordnung der Stadt Braunschweig vom 1. December 1686 entnommen ²⁾, und im Verlaufe der Zeit durch eine sehr zahlreiche Menge von Verordnungen, Rescripten 2c. theils declarirt, theils ergänzt, theils den jedesmaligen Bedürfnissen angepaßt ³⁾. Durch diese vielen Abänderungen und Zusätze, die zum Theile durch Rescripte an einzelne Behörden ergangen sind und dann der ordnungsmäßigen Publication entbehren, ist eine Unbequemlichkeit in der praktischen Anwendung des Gesetzes herbeigeführt, die es sehr wünschenswerth erscheinen läßt, daß die Wechsel-Gesetzgebung einer Revision unterzogen werde. Die Landes-Regierung hat hierzu, auf den Antrag der Stände, in dem Landtags-Abschiede vom 25. Mai 1835 Art. 19. Hoffnung gemacht, deren baldige Erfüllung jetzt in Aussicht steht, da bereits ein, von dem Geheimen-Canzlei-Secretair Liebe verfaßter Entwurf einer Wechsel-Ordnung sammt Motiven durch den Druck veröffentlicht ist, der, dem Vernehmen nach, den Landständen bei ihrer nächsten Versammlung zur Berathung vorgelegt werden wird. Dieser Entwurf wird deshalb bei den folgenden Ausführungen besonders berücksichtigt werden.

als auf Ein Loos Credit geben, und ein gegebener Credit nicht weiter, als auf zwei nach einander folgende Classen ausgedehnt werden darf. Das preuß. Landrecht Th. I. B. 21. §. 558 verbietet jedes Creditiren auf solche Einsätze bei Strafe des Klagen-Verlustes und gestattet nur die Compensation gegen den auf das Loos gefallenen Gewinn.

- 1) Promt. II. 459. — Durch eine Verordn. vom 27. Octbr. 1753. Promt. II. 474 ist die Wechsel-Ordn. ausdrücklich auf das Fürstenthum Blankenburg und das Stiftsamt Walkenried ausgedehnt.
- 2) Auch die Wechsel-Ordn. von 1715 ist nach den Einleitungsworten zunächst für die Stadt Braunschweig ergangen.
- 3) Der Gesetzgeber hat, von der Ueberzeugung geleitet, daß eine solche Verordnung hinter den Fortschritten des Verkehrs und Handels nicht zurückbleiben dürfe, am Schlusse der Wechsl. Ordn. sich ausdrücklich vorbehalten, dieselbe dem jedesmaligen Bedürfnisse entsprechend zu modificiren.

§. 146.

II. Wechselfähigkeit.

Eichhorn, §. 128.

Die Wechselfähigkeit ist der Regel nach allein von der Fähigkeit, überhaupt vertragsmäßige Verbindlichkeiten einzugehen, abhängig, und Ausnahmen von dieser Regel treten nur da und insoweit ein, als die Gesetze dieselben speciell vorschreiben ¹⁾.

a) Minderjährige, welche noch in elterlicher Gewalt sind oder unter Vormundschaft stehen ²⁾, können nur dann gültige Wechsel ausstellen, wenn sie mit Wissen und Willen der Eltern oder Vormünder notorisch eigene Handlung treiben ³⁾

1) Wechsel=Ordn. vom 1. August 1715. Art. 2. Promt. II. 459. — Der Entwurf einer neuen Wechsel=Ordn. stellt die Wechselfähigkeit ebenfalls als Regel auf und schließt nur überhaupt nicht dispositionsfähige Personen aus. §. 1. Dagegen soll die persönliche Haft als Vollstreckungsmittel einer Wechsel=Verbindlichkeit gegen einige Personen nicht stattfinden. §. 2. — Die hannöv. Wechsel=Ordn. vom 23. Juli 1822. §. 3 hat die Befugniß, Wechsel=Verbindlichkeit einzugehen, ebenfalls zunächst von der Fähigkeit, Verträge zu schließen, abhängig gemacht, sodann aber dieselbe nur folgenden Personen beigelegt: Kaufleuten, Geldwechslern, Juden, Inhabern und Inhaberinnen von Fabriken, denjenigen, welche Commissions- oder Speculationshandel, Schiffs=Rhederei oder Asscuranzen als Gewerbe betreiben, Capitains auf Seeschiffen, Maklern, Factoren und Handels=Disponenten, Frauenzimmern, welche selbst Handel treiben. Andere Individuen können die Wechselfähigkeit nur durch ein öffentlich bekannt zu machendes Certificat des Cabinets=Ministerii erlangen.

2) Daß ein weber unter väterlicher Gewalt, noch unter Vormundschaft stehender Minderjähriger nach zurückgelegtem 21sten Lebensjahre sich nach Wechselrecht gültig verbindlich machen kann, geht noch deutlicher, als die obige Bestimmung an die Hand giebt, aus der Verordnung vom 4. Juli 1774. Promt. II. 193 hervor. Vergl. Wolfram, Sammlung der Wechsel=Verordnungen S. 26. Note 4. — Dehn, Entwurf einer Classifications=Tabelle S. 63. — Die hannöv. Wechs. Ordn. §. 3. bezeichnet speciell auch diejenigen Minderjährigen für wechselfähig, welche für volljährig erklärt sind. — Vergl. §. 26.

3) Nach der hannöv. Wechs. Ordn. §. 3 sind alle Minderjährige, die

und daß ein und zwanzigste Lebensjahr ⁴⁾ überschritten haben ⁵⁾.

b. Den Geistlichen, Kirchen- und Schuldienern ist die Ausstellung von Wechseln und der Handel mit Wechseln verboten, und ausnahmsweise nur erlaubt, zu ihrer und der Ihrigen Nothwendigkeit und Bequemlichkeit Wechsel insoweit auszustellen, daß sie mittelst derselben z. B. ihren Söhnen Geld an andere Orte behuf ihrer Studien oder Reisen zukommen lassen; auch dürfen dieselben, wenn jene mit ihrer Bewilligung etwa Geld aufgenommen oder sie selbst etwas außer Landes angekauft haben, auf sich Wechsel ziehen lassen, in welchen Fällen sie, der Wechsel-Ordnung gemäß, verfahren resp. verfahren lassen und den durch Versehen oder Versäumnis entstehenden Schaden ersetzen müssen.

Eintretenden Falls sollen die von Geistlichen, Kirchen- und Schuldienern ausgestellten Wechsel nur als von Waaren herrührende Obligationen (§. 157.) angesehen und sie selbst nicht mit Personal-Arrest belegt werden können ⁶⁾.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf Stifts- personen, welche vielmehr der ganzen Strenge des Wechsel-Rechts unterworfen sind ⁷⁾.

c. Wechsel von Militärpersonen bis zum Capitain einschließlic haben nur dann Gültigkeit, wenn sie entweder mit Vorwissen und Mitunterschrift des Chefs, welcher in solchem Falle mit dafür haftet, ausgestellt sind, oder der Schuldner das 21ste Lebensjahr vollendet hat, nicht mehr unter väterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht und im Lande mit Vermögen angeessen ist, woran sich der Gläubiger hal-

mit Zustimmung ihrer Vormünder und des obervormundschaftlichen Gerichts Handel treiben, wechselfähig.

4) Die erlangte Volljährigkeit macht überhaupt wechselfähig, daher auch den aus der väterlichen Gewalt noch nicht entlassenen Haussohn. Landesf. Rescr. vom 21. Mai 1746. Promt. II. 473.

5) Wechsel-Ordn. Art. 5. Promt. II. 460.

6) Ebendas. Art. 6. Promt. II. 460. — Der Entwurf e. n. W. D. zählt Staats-, Gemeinde- und Schulbeamte zu den Personen, gegen welche persönliche Haft nicht stattfindet. §. 2.

7) Landesf. Rescr. vom 9. Septbr. 1760. Promt. II. 474.

ten kann ⁸⁾. Gegen dienstthuende Militairpersonen findet Personal-Arrest wegen Wechselschuld überall nicht Statt ⁹⁾.

d. Die Bauern ¹⁰⁾ und deren Gefinde sind dem Wechsel-Rechte nicht unterworfen; die von denselben etwa ausgestellten oder als Bürgen unterzeichneten Wechsel sollen nur als gewöhnliche Handschriften gelten ¹¹⁾.

Frauenspersonen sind unbedingt fähig, sich nach Wechselrecht verbindlich zu machen ¹²⁾. Die Ehefrau, welche mit dem Manne gemeinschaftlich einen Wechsel ausgestellt hat, ist in allen Fällen, sei es, daß beide Eheleute eine Solidaris-Verbindlichkeit zur Bezahlung nach Wechselrecht übernommen, oder daß sich dieselben ohne eine solche specielle Verpflichtung

8) Verordn. vom 4. Juli 1774. Promt. II. 193. — Nach dem Entwurfe e. n. W. D. §. 2 sind alle Officiere und Soldaten von persönlicher Haft als Vollstreckungsmittel erimirt.

9) Verordn. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. S. 315. Art. 168.

10) Der mit »Bauer« zu verbindende Begriff muß hier in der weitern Bedeutung (§. 31.) genommen werden; dagegen ist die Frage, ob derjenige, welcher einen Bauerhof besitzt oder bewirthschaftet, zugleich aber ein anderes Geschäft betreibt, gültige Wechsel auszustellen unfähig, oder wegen seines anderweitigen Gewerbes für wechselfähig zu erachten sei? nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles zu beurtheilen, hierbei aber besonders zu berücksichtigen, in welchem Verhältnisse der Werth des Hofes und der Ertrag der Hofsbewirthschaftung zu dem Umfange und Ertrage des neben demselben betriebenen Geschäfts oder Gewerbes stehen, imgleichen, ob die Ausstellung des Wechsels in besonderer Beziehung auf das Bauergut, oder in Folge des anderweiten Geschäftsbetriebes geschehen ist. In diesem Sinne hat das Ob. Land. Ger. J. G. Gercke c. Ahrenbeck und J. G. Neuhöfer c. Hallmann *Hellmann* erkannt.

11) Verordn. vom 30. Januar 1772. Promt. II. 475. — Nach der hannövr. W. D. §. 2 u. 3 sind Bauern nur dann wechselfähig, wenn sie Korn- und Viehhandel treiben.

12) Wechf. Ordn. Art. 2. — Es können sich daher Frauenspersonen, bei von ihnen ausgestellten Wechseln, so lange diese noch in Kraft sind, auf die gemeinrechtlichen Privilegien nicht berufen. Vergl. Scholz, Jurist. Magazin (Neue Folge) Bd. 2. S. 493. — Der Entwurf e. n. W. D. läßt §. 2 persönliche Haft als Vollstreckungsmittel einer Wechselverbindlichkeit bei Frauenzimmern nur dann zu, wenn dieselben Handelsfrauen sind. Vergl. Nov. 134. Cap. 9.

im Contexte benannt haben, oder daß auch nur die Frau, ohne als Mitschuldnerin in dem von ihrem Ehemanne allein ausgestellten Wechsel benannt zu sein, denselben mit unterzeichnet hat, zur Zahlung nach Wechselrecht verbunden ¹³). Wenn indeß der von der Frau mit ausgestellte und unterschriebene Wechsel seiner Form nach nicht gültig ist und etwa nur als Schuldschein gelten kann, so finden die gesetzlichen Bestimmungen über die weiblichen Rechtswohlthaten allerdings Anwendung ¹⁴).

e. Von Mehreren, welche gemeinschaftlich einen Wechsel ausstellen, haftet ein Jeder für die ganze Summe, wenn nicht ausdrücklich bestimmt ist, daß Einer als Hauptschuldner unterzeichnet hat und die Anderen nur eine Bürgschafts-Verbindlichkeit übernommen haben ¹⁵).

§. 147.

III. Form der Wechsel.

Giechhorn, §. 131. und 146.

Zu der Form eines Wechsels ist wesentlich erforderlich ¹), daß derselbe enthält:

a. den Namen der Person, an welche oder auf deren Ordre die Zahlung geschehen soll ²);

13) Landess. Rescr. vom 20. Febr. und vom 30. Novb. 1744. Promt. II. 472.

14) Landess. Rescr. vom 17. Septbr. 1756. Promt. II. 474. — Dasselbe gilt von den verfallenen Wechseln. S. §. 161.

15) In diesem Sinne erkannte das Ob. Land. Gericht, mit Bezugnahme auf Art. 2 der Wechs. Ordn. (Promt. II. 459.), am 6. März 1832. J. S. Liebau c. Giechhorn.

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 1. Promt. II. 459. — Die Wechs. Ordn. hat zwar zunächst nur die trassirten Wechsel im Auge, indeß unterliegt es keinem Zweifel, daß die obigen Vorschriften auch auf die eigenen Wechsel Anwendung finden. S. Rothschildt, Die bei dem Verkehre mit Wechseln zu beobachtenden Formen, §. 2.

2) Hierdurch sind die Wechsel au porteur ausgeschlossen. Rothschildt a. a. O. §. 3. — Das preuß. Landrecht II. Tit. 8. §. 762 erkennt Wechsel au porteur an. — Die hannov. Wechs. Ordn. vom 23. Juli 1822. §. 6 verlangt ebenfalls die obige Benennung als ein

b. die Summe und Geldsorte ³⁾, welche gezahlt werden soll; und zwar soll die Summe nicht nur mit Ziffern, sondern auch mit Buchstaben ausgedrückt werden ⁴⁾;

c. die Verfallzeit ⁵⁾;

d. die Valuta nebst der Angabe, von wem sie gehoben ⁶⁾ ist. Wenn indeß die Erwähnung der Valuta, besonders bei auswärtz ausgestellten Wechseln, fehlt, ja selbst

wesentliches Stück eines Wechsels; ebenfalls auch der Entwurf einer neuen Wechs. Ordn. §. 4.

3) Die Benennung der Münzsorte kann übrigens nicht als ein wesentliches Requisit angesehen werden, weil für den Fall, daß die Münzsorte nicht benannt sein sollte, bestimmt ist, daß der Wechsel in der gewöhnlichen Landesmünze bezahlt werden solle. Art. 46 der Wechs. Ordn. und Verordn. vom 18. Octbr. 1801. (Promt. II. 468 u. 476.) vergl. mit §. 4 des Gesetzes vom 18. Decbr. 1834. Nr. 16. — Die hannöv. W. D. §. 6 zählt die Benennung der Münzsorte zu den wesentlichen Erfordernissen. — Der Entw. e. n. W. D. §. 4 schreibt nur die Bezeichnung der zu zahlenden Geldsumme vor, und in den Motiven ist bemerkt, daß es nicht Sache der Gesetzgebung sein könne, über die aus Cours und Sorten des Geldes sich ergebenden Verhältnisse Vorschriften zu geben.

4) Nach der hannöv. Wechs. Ordn. §. 7 gehört die doppelte Bezeichnung der Summe zu den Stücken, deren Auslassung zwar den strengen Wechselproceß nicht hindert, auf deren Einrückung aber der Wechselnehmer zu dringen befugt ist.

5) Jeden Falls darf die Verfallzeit nicht unbestimmt ausgedrückt, z. B. nicht von einer Kündigung oder von dem Eintritte eines Ereignisses abhängig gemacht sein. Landesf. Resol. vom 4. April 1754. Promt. II. 474. — Rothschildt a. a. D. §. 5. — Ob dagegen auch dann, wenn gar keine Verfallzeit ausgedrückt ist, dem Wechsel eine wesentliches Erforderniß abgeht, hängt von der Interpretation des 26. Art. der Wechs. Ordn. ab, indem die Frage verneint werden muß, wenn man annimmt, daß alle Wechsel, in welchen keine Zeit bestimmt ist, den nach Sicht lautenden gleich stehen sollen. S. §. 154. Note 1. — Die hannöv. Wechs. Ordn. §. 6. zählt die Benennung des Zahlungstermins zu den wesentlichen Stücken; ebenfalls der Entw. e. n. W. D. §. 4.

6) b. h. wie sie berichtet ist. — Wolffram, Sammlung der Wechs. Verordn. S. 12. Note 4. — Rothschildt a. a. D. §. 6. — Ueber die Zulässigkeit der *exceptio non numeratae pecuniae* in Beziehung auf Wechsel s. Liebe in Scholz, Jurist. Magaz. (Neue Folge) Bd. 1. §. 4. Nr. 1.

wenn sie gar nicht empfangen ist, so soll dies den Wechsel nicht entkräftigen können, es soll vielmehr gegen den Acceptanten zur Verfallzeit volle Wechselstrenge eintreten ⁷⁾.

e. Die Angabe des Orts, des Jahrs und des Tages der Ausstellung.

f. Die Unterschrift mit dem vollen ⁸⁾ Tauf- und Familiennamen des Ausgebers oder Trassirers ⁹⁾. Wenn indeß der Vorname nur mit den Anfangsbuchstaben bezeichnet ist, so soll solches keine vom Richter ex officio zurückende Nullität des Wechsels zur Folge haben, sondern nur eine Einrede des Beklagten bei der Unerkennung des Wechsels begründen ¹⁰⁾.

7) Diese Bestimmung bezieht sich zunächst auf die Tratten, weshalb zweifelhaft ist, ob bei eigenen Wechseln die Erwähnung der Valuta als ein wesentliches Erforderniß angesehen werden muß, wie Rothschilbdt a. a. D. §. 6. dafür hält. — Die hannöv. Wechsel-Ordn. §. 6. schreibt solches ausdrücklich vor und fügt hinzu, daß die Erwähnung der Valuta bei trassirten Wechseln zu Begründung der Regreßklage gegen den Aussteller erforderlich sei. — Im Rdz. Königreiche Sachsen ist das Bekenntniß der empfangenen Valuta kein Erforderniß. Haubold, Sächs. Privatrecht §. 419. — Der Entwurf e. n. Wechs. Ordn. schreibt die Nothwendigkeit der Erwähnung der empfangenen Valuta nicht vor. §. 4. Vergl. Motive S. 61 flg.

8) d. h. ausgeschriebenen, denn die Unterschrift aller Vornamen gehört nicht zur rechtlichen Form des Wechsels. Grk. des Ob. Land. Gerichts vom 10. Juli 1829. J. C. Bolte c. Kumlchn. Vergl. Rothschilbdt a. a. D. §. 8. — Der Entwurf e. n. Wechs. Ordn. macht die Angabe des Vornamen nicht zum Erfordernissen. Vergl. Motive §. 60.

9) Bei Handlungen, welche eine bestimmte Firma führen, genügt die Wechsel-Unterzeichnung mit der Firma, und nur, wenn zu der Firma auch der Vorname eines Handlungsgegnossen gehört, darf auch dieser nicht fehlen. Grk. des Ob. Land. Ger. vom 25. Novbr. 1830. J. C. Elliesen c. Premmel. — Vergl. Rothschilbdt a. a. D. §. 8. — Die Unterzeichnung mittelst der Handlungsfirma gestattet die hannöv. Wechs. Ordn. §. 6. ausdrücklich.

10) Landesf. Rescr. vom 28. Febr. 1746. Promt. II. 473. — Die Praxis läßt hierüber keinen Zweifel zu. Rothschilbdt a. a. D. §. 8. — Nach derselben genügt auch die gerichtlich oder notariell beglaubigte Unterkreuzung des Wechsels durch den Aussteller. Grk.

g. Die Ueberschrift und der Vornamen desjenigen, der die Zahlung leisten soll ¹¹⁾).

Wenn die Rechte des Orts, wo der Wechsel ausgestellt ist, mit den Gesetzen des Orts, wo die Zahlung geschehen soll, über die bei Ausstellung des Wechsels zu beobachtende Formlichkeit nicht übereinstimmen, so wird die Gültigkeit des Wechsels nach den Gesetzen des Ausstellungsorts beurtheilt ¹²⁾).

IV. Insbesondere trassirte Wechsel.

§. 148.

A. Ausfertigung mehrerer Original-Exemplare desselben Wechsels.

Der Ausgeber eines Wechsels ist verbunden, auf Befehl des Remittenten, theils um den Wechsel an Andere zu transportiren oder zu indossiren, theils um sich, im Falle der erste Wechsel verloren gehen sollte, des zweiten u. s. f. bedienen zu können, über dieselbe Geldsumme mehrere gleichlautende Exemplare des Wechsels auszustellen. Es soll aber

des Ob. Land. Ger. vom 26. Januar 1835 und des Ob. Appell. Ger. v. 1. Mai 1835. J. C. Schmidt c. Degener. — Vergl. Scholz, Jurist. Magazin (neue Folge) Bd. 2. S. 93. — Rothschildt a. a. D. §. 8.

- 11) Die Beifügung der Bezeichnung »Wechsel« ist zwar in der hiesigen Wechsel-Ordnung nicht vorgeschrieben, indeß vermöge eines allgemeinen Gewohnheitsrechts als ein wesentlicher Bestandtheil des Wechsels anzusehen. Es genügt übrigens, wenn das Wort »Wechsel« auch nur so vorkommt, daß die Zahlung nach Wechselrecht versprochen ist. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 14. Novbr. 1828. J. C. Giffenroth c. Beyer. — S. Rothschildt a. a. D. §. 10. — Die hannöv. Wechs. Ordn. §. 6. verlangt die ausdrückliche Erklärung des Documentes für einen Wechsel als ein wesentliches Stück, und eben so auch der Entwurf e. n. Wechsel-Ordn. §. 4. Vergl. Motive S. 59. Nach §. 90 sollen indeß auf Anweisungen, die bis auf die Bezeichnung als Wechsel in der für Wechsel vorgeschriebenen Form ausgestellt sind, die für trassirte Wechsel gegebenen Vorschriften mit einigen Ausnahmen Anwendung finden. Persönliche Haft als Vollstreckungsmittel ist dabei ausgeschlossen.
- 12) Landess. Rescr. vom 5. April 1749. Promt. II. 473.

in solchem Falle der Remittent auf der Secunda oder Tertia den Namen desjenigen bemerken, bei dem die acceptirte Prima anzutreffen ist ¹⁾. Der Prima-Wechsel muß sofort an den Ort, wo er bezahlt werden soll, gesandt und es soll mit demselben in allen Stücken, wie mit dem einfachen Wechsel verfahren werden. Auf den Secunda- oder Tertia-Wechsel braucht der Acceptant ohne Vorlegung eines richtigen Indossaments, oder ohne andere genügsame Legitimation bei der Verfallzeit nicht zu zahlen. Wenn von solchen mehreren Wechsel-Exemplaren das eine oder andere acceptirt und bezahlt wird, so erlöschen damit auch die übrigen ²⁾.

§. 149.

B. Wirkungen des Wechsel-Contracts.

1) Der Remittent soll, sobald er den Wechsel erhalten hat, den Trassanten wegen der Valuta ohne Verzug durch Zahlung oder auf andere bedungene Weise zufrieden stellen. Wenn er sich dessen weigert und den Wechsel inzwischen schon zur Encassirung versandt, oder an einen Andern indossirt hat, ohne daß der Trassant denselben contramandiren kann, so steht letzterm eine Klage nach Wechselrecht gegen den Remittenten zu ¹⁾. Ist aber die Verabredung getroffen, daß der Remittent die Valuta nicht eher zahlen soll, als bis über die geschehene Acceptation Nachricht eingelaufen ist, so muß derselbe dem Trassanten einen Interimsschein ertheilen und nach eingegangener Nachricht, daß der Wechsel honorirt ²⁾

1) Wechsel-Ordn. vom 1. August 1715. Art. 12. Promt. II. 462. —

2) Marktger. und Wechs. Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 20. Promt. II. 457. — Vergl. Rothschilt, Die bei dem Verkehre mit Wechseln zu beobachtenden Formen §. 20 u. 21. — Ganz ähnliche Bestimmungen enthält der Entw. e. n. Wechs. Ordn. und die hannöv. Wechs. Ordn. vom 23. Juli 1822. §. 13. Letzte fügt hinzu, daß der Wechselgeber, welcher mehrere Wechsel-Exemplare ausgestellt hat, ohne auf jedes derselben zu bemerken, ob es Prima, Secunda u. c. sei, für jedes gleich einem Sola-Wechsel hafte.

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 9. Promt. II. 461.

2) Hierunter wird nicht verstanden, daß der Wechsel bezahlt, sondern, daß er acceptirt ist. Rothschilt a. a. O. §. 22.

ist, gegen Herausgabe des Interimscheins die Valuta bei Vermeidung der Execution bezahlen ³⁾).

2) Da sich der Trassant durch den Wechsel-Contract verpflichtet, die Zahlung durch den Trassaten zu bewirken, so ist derselbe auf den Fall, daß letzterer die Acceptation ganz oder zum Theile verweigert, verpflichtet, dem Remittenten, wenn ihn dieser von dem Proteste benachrichtigte, (was binnen 24 Stunden nach dem Empfange desselben geschehen soll), nicht nur ohne Verzug Sicherheit zu stellen, sondern auch, wenn die Zahlung gar nicht erfolgt, Zahlung zu leisten und ihn wegen jedes sonstigen Interesses zu befriedigen ⁴⁾. Im Falle der Acceptant keine Zahlung leistet, steht dem Trassanten die Einrede der Excussion gegen den Remittenten nicht zu ⁵⁾.

§. 150.

C. Avisiren der Wechsel.

Giehorn, §. 131 und 133.

Der Trassant soll den Trassaten fordersamst davon avisiren, auf wessen Conto oder Rechnung die Tratte geschehen, und auf welche Art sich der Trassat, wenn er von dem Trassanten keine Provision in Händen hat, bezahlt machen soll. Es muß deshalb der Avisbrief entweder zugleich mit dem Wechselbriefe, oder doch mit der nächsten Post abgesandt werden, widrigen Falls der Trassant, bei etwa verweigerter Acceptation oder Zahlung, keinen Anspruch auf Schadenersatz an den Trassaten hat, auch wenn dieser sonst sein Debitor ist ¹⁾.

3) Wechs. Ordn. Art. 10. Promt. II. 461. — Der Entw. e. W. O. enthält keine Disposition über die Bezahlung der Valuta und die Ausstellung eines Interimscheins. Vergl. Motive S. 63.

4) Ebendaf. Art. 14. Promt. II. 462.

5) Landess. Rescr. vom 13. Octbr. 1763. Promt. II. 475. — Vergl. hannöv. Wechs. Ordn. vom 23. Juli 1822. Art. 31.

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 13. Promt. II. 462. — Ueber das Avisiren enthält der Entw. e. n. Wechs. Ordn. keine Vorschrift. Motive S. 103. — Vergl. Rothschildt, Die bei dem Verkehr mit Wechseln zu beobachtenden Formen §. 12.

§. 151.

D. Präsentation der Wechsel.

Eichhorn, §. 137.

Der Inhaber eines Wechsels ¹⁾ muß lehren, mag dieser während der Messen oder zwischen denselben einlaufen, dem Trassaten ohne Verzug zur Acceptation, d. h. zur Erklärung darüber, ob der Trassat zur Verfallzeit zahlen wolle, präsentiren, widrigen Falls er für den daraus entstehenden Schaden haftet ²⁾. Die Präsentation der nicht auf einen einzelnen Tag, sondern überhaupt auf die braunschweigische Messe gestellten Wechsel soll spätestens am Donnerstage in der Laurentii- und Lichtmeß-Woche geschehen ³⁾.

Wenn der Bezogene nicht denselben Wohnort mit dem Remittenten hat, so muß dieser den Wechsel, vorausgesetzt,

- 1) Nach einer bei den Obergerichten bestätigten Ansicht hat auch jeder Indossatar, sofern er einen nicht acceptirten Wechsel kauft, die obigen Verpflichtungen. Rothschildt, Das braunschw. Wechselrecht in Beziehung auf Präsentation, Respecttage und Protestationen S. 7.
- 2) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 15. Promt. II. 462. — Die hannöv. Wechs. Ordn. vom 23. Juli 1822 schreibt die Präsentation der trassirten Sola- oder Prima-Wechsel binnen 24 Stunden nach dem Empfange vor. §. 17. — Nach dem Entw. e. n. Wechs. Ordn. §. 29 ist der Inhaber eines Wechsels nicht schuldig, dessen Präsentation zur Annahme zu besorgen. Bei solchen Wechseln aber, deren Verfallzeit nach dem Tage der Präsentation bestimmt wird, soll nach §. 30 der Inhaber, Falls der Wechsel nicht eine andere Frist vorschreibt, die Präsentation, je nach der Entfernung des Orts, wo die Wechsel zahlbar sind, resp. binnen drei Monaten, sechs Monaten, innerhalb eines Jahres oder zweier Jahre bei Verlust des Regresses zur Annahme präsentiren.
- 3) Verordn. vom 5. Febr. 1768. §. 17. Promt. II. 160. — Vergl. Rothschildt a. a. O. S. 8. — Der Entwurf e. n. Wechs. Ordn. enthält im §. 31 die Bestimmung, daß Wechsel, welche in einer der braunschw. Messen zahlbar sind, gleichfalls bis zum Verfalltage zur Annahme präsentirt und im Weigerungsfalle protestirt werden können; daß jedoch bei unacceptirt zu einer Messe einlaufenden Wechseln die Erhebung eines Protestes wegen mangelnder Annahme vor dem Dienstage in der ersten Messwoche nicht zulässig sein soll. — Nach §. 25 der hannöv. Wechs. Ordn. sind Wechsel, welche auf

daß er mit dem Trassanten nicht etwas Anderes verabredet hat, mit der ersten Post an den Ort seiner Bestimmung zur Acceptation senden und dafür sorgen, daß der Wechsel von dem Inhaber, im Falle dieser sein Mandatar ist, dem Trassanten zur rechten Zeit präsentiert wird. Den durch eine Nachlässigkeit hierin entstehenden Schaden, indem der Trassat oder ein anderer Debitor des Trassanten, auf den die Tratte geschehen ist, inzwischen zahlungsunfähig würde, trägt der Remittent, und es kann derselbe deswegen wohl gegen den Mandatar ⁴⁾, nicht aber gegen den Ausgeber des Wechsels seinen Regreß nehmen. Nur dann trifft den Remittenten der Schaden nicht, wenn der Brief, womit der Wechsel abgesandt worden, ohne Verschulden des Remittenten den Bestimmungs-ort nicht erreicht ⁵⁾.

§. 152.

E. Acceptation der Wechsel.

Sichhorn, §. 137. flg.

Niemand kann zur Acceptation eines Wechsel gezwungen werden, weshalb denn auch dem Trassanten frei steht (insbesondere, wenn ihm vor der Präsentation kein Avisbrief zu-

Meßen und Jahrmärkte lauten, vor Sonnen-Untergang des ersten Neß- oder Jahrmarkttagcs sowohl zur Acceptation, als zur Zahlung zur präsentiren.

- 4) Nach dem Entw. e. n. Wechs. Orbn. muß der mit der Präsentation eines Wechsels Beauftragte entweder binnen 24 Stunden den Auftrag ablehnen, oder innerhalb derselben Zeit nach Empfang des Wechsels die Vorladung und eventuell Protestation besorgen, widrigen Falls er seinem Auftraggeber für den aus der längern Verzögerung entstehenden Schaden verantwortlich ist. Vergl. Motive S. 109.
- 5) Wechs. Orbn. vom 1. August 1715. Art. 11. Promt. II. 461. — Ähnliche Bestimmungen enthält §. 13 der hannöv. Wechs. Orbn. — Da die Wechs. Orbn. dazu dient, die Formen zu bestimmen, in welchen sich der Wechselverkehr bewegen soll, also auch die Formen dabei wesentlich sind, das Wechselrecht nothwendig bedingen, die Wechselstrenge aber nur durch die Beobachtung aller positiven Vorschriften des Gesetzes erlangt und erhalten werden kann, so trifft, nach einer bei den Obergerichten angenommenen Ansicht, den in der sofortigen Versendung der Tratte säumigen Remittenten,

gekommen, oder darin kein annehmlisches Mittel zur Wiederbezahlung angewiesen ist), den Wechsel entweder gar nicht, oder doch nicht *ex mandato*, sondern nur *per honor di lettera* und *sopra protesto* zu acceptiren ¹⁾. Die Acceptation muß schriftlich, und zwar eigenhändig, mit Hinzufügung der Zeit ²⁾ und der Namensunterschrift des Acceptanten (der Vornamen braucht indeß nur mit Initialbuchstaben angedeutet zu werden) pure geschehen, indem eine hinzugefügte Bedingung nichtig sein ³⁾ und als nicht hinzugefügt angesehen werden würde. Nach der Acceptation soll der Präsentant den Wechsel, zur Vermeidung von Irrungen und Weitläufigkeiten, bis zur wirklichen Verfallzeit und zur Hebung des Geldes wieder an sich nehmen, und dem Acceptanten nicht in Händen lassen ⁴⁾.

Die Acceptation der auf keinen bestimmten Tag, sondern überhaupt auf die braunschweigische Messe ausgestellten

abgesehen von einem daraus entstehenden Nachtheile, schon wegen dieses Formfehlers der Verlust des Wechselrechts. Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 4. Juli 1837 und des Ob. Appell. Ger. vom 9. Febr. 1838. *J. S. Lehmann Oppenheim c. Nathalion.*

- 1) Wechs. Ordn. Art. 16. Promt. II. 462.
- 2) Der Entw. e. n. W. D. §. 36 fordert die Hinzufügung des Datums nur bei der Annahme solcher Wechsel, deren Verfallzeit nach der Präsentation berechnet wird, aber auch dann nicht als ein wesentliches Stück. Wenn bei solchen Wechseln das Datum weggelassen ist, so würde die Verfallzeit vom Tage der Ausstellung des Wechsels an zu berechnen sein. Motive S. 113.
- 3) Unter der Voraussetzung, daß die Bedingung dem Inhalte des Wechsels nicht gemäß ist, enthält der Entw. e. n. W. D. §. 37 dieselbe Bestimmung. — Da eine theilweise Acceptation nicht als eine Bedingung angesehen werden kann, so ist dieselbe zulässig. Dieser Ansicht folgt auch der Entw. e. n. W. D. §. 37. Rothschildt, Br. Wechs. Recht II. S. 27 ist der Meinung, daß der Präsentant sich die Acceptation auf einen Theil der Summe gefallen lassen müsse, und daß keiner seiner Vormänner ihm deshalb Vorwurf machen könne, weil für diese durch den theilweisen Accept nur Vortheil und nie Schaden entstehen könne.
- 4) Wechs. Ordn. Art. 19. Promt. II. 463. — Vergl. Rothschildt, Formen der Wechsel §. 30. — Die hannöv. W. D. §. 17 schreibt außerdem vor, daß die Acceptation unter den Wechsel gesetzt werden müsse.

Wechsel muß spätestens am Donnerstage in der Messwoche geschehen; vor dieser Zeit ist der Trassat nicht dazu verbunden und der Präsentant Protest einzulegen nicht befugt. Messwechsel, die erst nach dem Verfalltage oder nach ausgeläuteter Messe einlaufen, ebenfalls die Wechsel, welche nach Sicht (a vista), welche auf einen bestimmten Tag oder auf medium mensis ⁶⁾ gestellt sind, oder in welchen gar keine Zeit bestimmt ist, müssen sofort nach der Präsentation ohne Verzug acceptirt werden ⁷⁾. Sind Wechsel auf einen oder mehrere Tage nach Sicht, oder auf ein ganzes, halbes oder doppeltes Ufo, das heißt auf 7, 14 oder 28 Tage, nach geschehener Acceptation gestellt, so muß diese spätestens 6 Stunden vor Abgang der nächsten Post geschehen ⁸⁾.

Wer acceptirt hat, es sei conditionaliter ⁹⁾ oder absolute, per honor di lettera oder ex mandato geschehen, der ist und bleibt, er stehe mit dem Trassanten wie er wolle, habe Voluta empfangen oder nicht, als Selbstschuldner zur Zahlung verpflichtet und kann sich hiergegen, wenn der Wechsel auf Ordre gestellt und der Inhaber Eigenthum daran erlangt hat, mit keiner von dem Remittenten nach der Acceptation empfangenen Contra-Ordre oder auf andere Weise schützen. Anders verhält es sich dagegen, wenn der Wechsel nicht auf Ordre gestellt, also der Präsentant nicht Eigenthümer des Wechsels, sondern nur Mandatar des Remittenten ist ¹⁰⁾.

5) Wechs. Ordn. Art. 20. Promt. II. 463. — Verordn. v. 5. Febr. 1768. §. 17. Promt. II. 160. — Vergl. Rothschildt, Braunschw. Wechselrecht 2c. S. 8.

6) Hierunter wird allemal der 15te Tag des Monats verstanden. Wechs. Ordn. Art. 29. Promt. II. 464.

7) Ebendaf. Art. 21. Promt. II. 463. — Vgl. Rothschildt a. a. O. S. 7 u. 8.

8) Ebendaf. Art. 22. Promt. II. 463. — Der Entw. e. n. B. D. hat eine Bestimmung über die Frist, innerhalb welcher der Bezogene nach der Präsentation sich erklären muß, nicht aufgenommen (Motive S. 112.), dagegen soll nach demselben die Erklärung des Bezogenen über die Annahme des Wechsels an Sonn- und Feiertagen nicht verlangt werden können §. 35.

9) Eine Bedingung wird als nicht hinzugefügt angesehen, wie oben angeführt ist.

10) Ebendaf. Art. 24. Promt. II. 464. — Hiernach scheint die sehr

§. 153.

F. Acceptation des Wechsels per honor di lettera.

Eichhorn, §. 145.

Wenn der Trassat den Wechsel nicht honoriren will, so kann für ihn ein Anderer, zum Besten des Credits des Trassanten oder Indossanten, den Wechsel acceptiren. In diesem Falle muß dieser Dritte den Wechsel vorher protestiren lassen und nebst dem Proteste zu sich nehmen, auch muß bei der Protestation und Acceptation ausdrücklich bemerkt werden, daß diese per honor di lettera, insbesondere auch, ob zu Ehren des Trassanten oder Indossanten geschehe. Der Inhaber des Wechsels kann Ersatz der Protestationskosten von dem Intervenienten verlangen, welche dieser von dem, zu dessen Ehre er acceptirt hat, mit der negotiorum gestorum actio wiederfordern kann 1). Wenn sich nach der Acceptation per honor di lettera der rechte Trassat bereit erklärt, den Wechsel gleichfalls zu acceptiren, so behält der erste Acceptant den Vorzug und ist nicht schuldig, gegen den Trassaten zurückzustehen 2).

bestrittene Frage, ob ein Wechsel, der die Worte »an die Ordre« nicht enthält, durch Indossament weiter übertragen werden könne? verneint werden zu müssen, wie denn auch Wolframm, Sammlung der br. Wechs. Verordn. S. 62 annimmt und sich dabei zugleich auf die Praxis und den kaufmännischen Gebrauch bezieht. Anderer Meinung ist Rothschildt, Formen der Wechsel §. 11. — Der Entwurf e. n. W. D. §. 38 u. 39 verpflichtet den Bezogenen durch die Annahme des Wechsels ebenfalls unbeschränkt zur Zahlung und fügt hinzu, daß die Annahme unwiderruflich sei, so daß selbst ein Durchstreichen oder Vernichten derselben den Acceptanten von seiner Verpflichtung nicht befreie. Motive S. 116 flg.

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 17. Promt. II. 462. — Gleiche Bestimmungen enthält die hannöv. W. D. §. 33, indes verpflichtet dieselbe den Präsentanten für den Fall, daß dem Wechsel keine Roth-Adresse beigefügt ist, nur dann, die Acceptation eines Dritten anzunehmen, wenn dieser für die Zahlung sofort Caution bestellt.

2) Ebendas. Art. 18. Promt. II. 463. — Die hannöv. W. D. §. 34 giebt in einem solchen Falle dem Trassaten den Vorzug, vorausge-

§. 154.

G. Verfallzeit der Wechsel.

Eichhorn, §. 130.

1) Wechsel nach Sicht (*a vista*), Solawechsel (trockene Wechsel), sowie Wechsel, die von Reisenden präsentirt werden und in welchen keine Zeit bestimmt ist ¹⁾, müssen sofort oder doch wenigstens binnen 24 Stunden gezahlt werden, vorausgesetzt, daß im letztern Falle der Reisende sich einen solchen Aufschub gefallen lassen will ²⁾.

2) Wenn der Wechsel einige Tage oder Wochen nach Sicht lautet, oder *a uso*, mag dies ein halbes, ganzes oder doppeltes *Uso* sein, worunter resp. 7, 14 und 28 Tage

seht, daß dieser dem Intervenienten Provision und Spesen vergütet. — Der Entw. e. n. W. D., welcher §. 62 u. flg. ausführlichere und bestimmtere Bestimmungen über die Ehrenannahme enthält, räumt dem Ehrenacceptanten ebenfalls kein besonderes Vorrecht auf die Zahlungseistung ein. Motive S. 159.

1) Vergl. Rothschildt, Br. Wechselsr. 2c. S. 14, ist der Meinung, daß alle Wechsel, in denen keine Zeit bestimmt ist, binnen 24 Stunden nach der Präsentation bezahlt werden müssen, weil die W. D. diese Wechsel mit den nach Sicht lautenden überhaupt gleichstelle. Eben dieser Ansicht ist Wolfram, Sammlung der br. Wechsels-Verordn. S. 64, mit Bezugnahme auf L. 41. §. 1. D. De verb. oblig. L. 14. D. De reg. jur. — Tritt man dieser Ansicht nicht bei, so muß man annehmen, daß solche Wechsel im Allgemeinen als *Uso*-wechsel angesehen werden sollen. — Vergl. §. 147. Note 5.

2) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 26. Promt. II. 464. — Die hiernach und nach Art. 23. (Promt. II. 463.) auch bei Solawechseln gestattete 24stündige Zahlungsfrist soll indeß nach allgemeiner Usage und Praxis außer Gebrauch gekommen sein. Rothschildt a. a. O. S. 13. — Nach dem Entw. e. n. W. D. §. 12 soll bei Wechseln auf Sicht, oder ohne weitem Zusatz nach Sicht der Tag der Präsentation der Verfalltag sein. — Die hannöv. W. D. vom 23. Juli 1822 bestimmt, daß Wechsel auf Sicht binnen 24 Stunden gezahlt werden sollen (§. 25), und erwähnt zwar bei Verjährung eigener Wechsel der Respecttage (§. 43), schließt diese indeß bei anderen Wechseln, als denen *a uso* oder *a dato* bestimmt aus. (§. 27.)

verstanden werden ³⁾, so wird die Zahlungszeit von dem ersten Tage nach der Acceptation, Sonn- und Festtagen mit eingeschlossen, angerechnet ⁴⁾. Indesß wird bei den Wechselfn, welche nicht sogleich bei der Präsentation, sondern etwa erst einige Stunden vor Abgang der Post acceptirt sind ⁵⁾, der Zahlungs-Termin nicht von dieser Zeit, sondern von dem Tage angerechnet, wo der Wechsel präsentirt ist ⁶⁾.

3) Wenn der Wechsel a oder nach dato gestellt, oder darin ein gewisser Tag oder *medius mensis*, worunter alle Mal der 15te Monatstag verstanden wird, benannt ist, so verfällt derselbe an dem folgenden Tage ⁷⁾, so daß sich die Verfallzeit nicht nach dem Accepte oder nach der Präsentation richtet. An dem Verfalltage muß der Wechsel vor 9 Uhr Abends, wenn aber an diesem Tage früher eine Post nach dem Wohnorte des Vormannes abgeht, vor deren Abgange bezahlt werden. Erst nach der Verfallzeit eingelauene Wechsel braucht der Trassat ohne annehmlliche, von dem

3) Wechs. Ordn. Art. 22. Promt. II. 463. — Der Ufo beträgt auch nach dem Entw. e. n. W. D. §. 13. vierzehn Tage.

4) Ebenbas. Art. 27. Promt. II. 464. Die W. D. führt hierbei folgendes Beispiel an: Wenn ein Wechsel, der 4 Tage nach Sicht lautet, am 12. April acceptirt wird, so ist der 17. April der Verfalltag. — Der Entw. e. n. W. D. §. 13 läßt den Lauf des Ufo ebenfalls mit dem auf die Präsentation folgenden Tage beginnen, weicht aber von der singulairn Bestimmung ab, welche erst den Tag nach Ablauf des Ufo für den Verfalltag erklärt. Entwurf S. 73. Wenn indesß der Verfalltag auf einen Sonntag oder Festtag fällt, so soll nach §. 15 bei allen Wechselfn der nächstfolgende Werktag als Verfalltag gelten. — Nach der hannöv. W. D. §. 25 sollen Wechsel eine Zeit nach Sicht vor Ablauf des letzten, aus dem Wechsel sich ergebenden Tages, und Wechsel a uso 14 Tage nach dem Tage der Präsentation gezahlt werden.

5) S. §. 152.

6) Wechs. Ordn. Art. 28. Promt. II. 464. — Der Acceptant muß deshalb beim Accepte das Datum der ersten Präsentation bemerken. Wolffram a. a. D. S. 66. — Rothschildt a. a. D. S. 15.

7) Nach dem Entw. e. n. W. D. §. 11 ist bei solchen Wechselfn schon der letzte Tag der Verfalltag. Motive S. 71. — Dasselbe nimmt die hannöv. W. D. §. 25 an.

Inhaber zu bestellende Caution weder zu acceptiren, noch zu bezahlen ⁸⁾).

4) Wenn in Meßwechseln die erste Meßwoche als Zahlungstermin benannt ist, so muß die Zahlung von Juden den Freitag, und von Christen den Sonnabend Nachmittag in eben dieser Woche geschehen ⁹⁾. Meßwechsel, worin die Zahlung auf die zweite oder auch auf gar keine bestimmte Woche festgesetzt ist, müssen spätestens resp. den Freitag oder Sonnabend Nachmittag in der zweiten Meßwoche ¹⁰⁾, solche Meßwechsel aber, die nach der Verfallzeit einlaufen, spätestens binnen 24 Stunden bezahlt werden ¹¹⁾.

5) Wechsel, die zwar nicht wörtlich auf die braunschweigische Messe gestellt sind, deren Verfallzeit aber dennoch während der Messe eintritt, sollen spätestens bis zum Donnerstage in der zweiten oder Zahl-Woche, und zwar bis Abends 9 Uhr bezahlt werden ¹²⁾.

8) Ebendas. Art. 29. Promt. II. 464. — Vergl. Rothschildt a. a. D. S. 16 und die daselbst angeführten Beispiele.

9) Dasselbe muß analogisch auch dann gelten, wenn der Wechsel auf die dritte Meßwoche lautet. Rothschildt a. a. D. S. 17. — Nach dem Entw. e. n. W. D. §. 14 sollen Wechsel, die auf eine der braunschw. Messen, ohne nähere Bestimmung der Zahlungszeit, lauten, in der ersten Meßwoche verfallen, so daß im Laufe derselben die Zahlung mit Sicherheit geleistet, aber erst am Freitage der Woche gefordert werden kann. Motive S. 73.

10) Verordn. vom 5. Febr. 1768. §. 17. Promt. II. 160. — Nach der hannöv. W. D. §. 25 soll sich die Zahlung der auf Messen oder Jahrmärkte gestellten Wechsel nach der Usanz eines jeden Ortes richten, in Ermangelung einer solchen aber soll am ersten Meß- oder Markttage vor Sonnen-Untergang gezahlt werden.

11) Wechs. Ordn. Art. 26. Promt. II. 464. — Nach den Regeln des gemeinen Wechselrechts ist der Trassat nicht verbunden, einen solchen Wechsel zu bezahlen. Rothschildt a. a. D. S. 18 hält indeß dafür, daß nach der oben unter Nr. 3 angeführten Bestimmung des Art. 29 der hiesigen Wechs. Ordn. der Trassat dann, wenn ihm der Inhaber wegen des aus einer solchen Zahlung hervorgehenden Schadens Caution leiste, dazu gezwungen werden könne.

12) Marktger. und Wechsel-Ordn. vom 1. Decbr. 1686. Art. 22. Promt. II. 478. — Verordn. vom 5. Febr. 1768. §. 17. Promt. II. 160.

§. 155.

H. Zahlung der Wechsel.

Eichhorn, §. 140. flg.

1) Trassirte Wechsel dürfen weder vor, noch nach dem Verfalltage bezahlt werden, indem solches auf Gefahr des Zahlenden geschehen würde; Solawechsel können nach Belieben zu jeder Zeit bezahlt werden 1).

2) Nachdem der Wechsel acceptirt ist, muß derselbe am Verfalltage dem Trassaten zur Zahlung präsentirt werden. Der Präsentant ist dann der Regel nach verpflichtet, das Geld von dem Trassaten abholen zu lassen 2), und wenn derselbe sich hierbei säumig bezeigt, so hat er den etwa durch das Sinken des Geldcourses entstehenden Schaden zu tragen. Der Debitor kann sich in einem solchen Falle gegen Schadens-Ansprüche dadurch sichern, daß er das Geld in den zur Verfallzeit gangbaren, oder in dem Wechsel benannten Münzsorten beim Gerichte deponirt, oder wenigstens gerichtlich versiegeln läßt und den Trassanten oder Indossanten davon zeitig benachrichtigt. Nur die Juden sind schuldig, dem Präsentanten das Geld in's Haus zu bringen, und zwar bei Vermeidung des Protestes und der Schadloshaltung des Wechsel-Inhabers, wenn dieser das Geld etwa anderwärts gegen größeres Ugio hat aufnehmen müssen 3).

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 29 u. 30. Promt. II. 464. — Hannöv. Wechs. Ordn. vom 22. Juli 1823. §. 29. — Auch nach dem Entw. e. n. W. D. §. 47 kann die Bezahlung mit dem Erfolge der Befreiung, insofern dadurch auf die Rechte anderer Personen, als des Empfängers der Zahlung, eingewirkt werden würde, vor dem Verfalltage nicht geleistet werden. Motive S. 126.

2) Dasselbe schreibt die hannöv. W. D. §. 28 vor.

3) Wechs. Ordn. Art. 39. Promt. II. 466. — Rothschild, Br. Wechselrecht zc. S. 22 führt an, daß in Braunschweig sich das Gewohnheitsrecht gebildet habe, daß die an Sonn- und Festtagen verfallenen Wechsel ohne Unterschied erst am Tage nachher zur Aufnahme, so wie zur Zahlung präsentirt würden; auch bemerkt derselbe S. 29, daß die obige, die Bezahlung der Wechsel von Juden betreffende singuläre Bestimmung durch allgemeine Usanz aufgehoben sei. Dasselbe bezeugen die Motive e. n. W. D. S. 125.

3) Die Wechsel, welche auf Wechselgeld oder Species lauten, sollen in groben Münzsorten, und die, welche auf Courantgeld gestellt sind oder worin gar keine Münzsorte genannt ist, in currenter Silbermünze, jedoch nicht in geringeren als Zweigutegroschen-Stücken, bezahlt werden. Wenn eine gewisse Gold- oder Silbermünze benannt ist, in welcher die Zahlung geschehen soll, so muß diese geliefert oder das Agio nach Wechselcours gezahlt werden 4).

4) Erfolgt bei Wechseln auf eine Zeit nach Sicht, oder a uso zur Verfallzeit die Zahlung nicht, so kann der Präsentant, auch wenn er nur Mandatar ist, ohne seinen oder seines Principals Nachtheil dem Acceptanten zu Respect und Ehren noch einige Frist zur Zahlung verwilligen, mehr als drei Respecttage zu verwilligen, ist der Präsentant indeß nicht verbunden 5). Bei Meßwechseln, Wechseln nach Sicht, eigenen Wechseln und Wechseln a dato braucht der Präsentant eben so wenig über die gesetzte Zeit auf Zahlung zu warten, als sich der Acceptant auf Respecttage berufen kann 6).

4) Wechs. Ordn. Art. 46. Promt. II. 468. — Landesf. Rescr. vom 18. Decbr. 1801. Promt. II. 476. — Vergl. Gesetz v. 18. Decbr. 1834. Nr. 16, die Münzverfassung betr. — Rothschildt, Verkehr mit Wechseln §. 4. — Die hannöb. W. D. §. 28 enthält die Bestimmung, daß die Zahlung der Regel nach baar und in den, in dem Wechsel ausgedrückten Münzsorten, oder durch völlig liquide Compensation geschehen müsse. — Der Entw. e. n. W. D. enthält keine Bestimmungen über die Geldsorten, in denen zu zahlen ist. Motive S. 125.

5) Wechs. Ordn. Art. 31. Promt. II. 465. — Nach dem Entw. e. n. W. D. §. 51 sollen Respect- oder Discretionstage nicht stattfinden, dagegen kann eine Versäumniß der rechtzeitigen Präsentation durch die Nachweisung einer höhern Gewalt entschuldigt werden. Motive S. 133.

6) Ebendas. Art. 32. — Ueber die nach den obigen gesetzlichen Bestimmungen zweifelhafte Frage, ob die Respecttage zu Gunsten des Acceptanten oder des Präsentanten eingeführt sind, s. Rothschildt a. a. D. §. 23. — Motive zu dem Entw. e. n. W. D. S. 133. — Die hannöb. W. D. §. 27 gestattet ebenfalls ausschließlich nur bei Wechseln a dato oder a uso Respecttage, und zwar zu Gunsten des Acceptanten. Die Zahl der Respecttage ist dabei auf acht festgesetzt.

5) Wenn der Trassat den Wechsel nicht acceptirt oder nicht bezahlt, so kann der Wechsel-Inhaber sich für die Tratte, Interessen, Kosten und für sonstigen Schaden durch einen Rück- oder Wiederwechsel auf den ersten Trassirer bezahlt machen, doch braucht der Debitor Interessen, Agio und Cours des Rückwechsels nur in dem Falle zu prästiren, wenn erwiesen ist, daß der Creditor an dem Orte, wohin der Wechsel zu bezahlen remittirt worden, wegen Ermangelung der Zahlung anderweit Geld auf Wechsel genommen hat. Auch ist der Debitor nicht schuldig, wegen des Rückwechsels mehr zu erstatten, als was der Wechsel-Cours direct von dem Orte, wohin er gerichtet worden, bis zu dem Orte, wo er ausgestellt ist, beträgt, es müßte denn unter den Parteien ein Anderes verabredet sein ⁷⁾.

Ueber die Annahme von Abschlagszahlung bei trassirten Wechseln ist im folgenden Paragraphen die Rede. Auch bei nicht trassirten Wechseln schadet dieselbe dem Wechselrechte nicht, wenngleich von dem Wechsel-Inhaber deshalb keine Protestation oder Reservation geschehen ist ⁸⁾.

§. 156.

I. Protest wegen verweigerter Acceptation und Zahlung.

Eichhorn, §. 139 flg.

1) Der Inhaber des Wechsels hat die Verpflichtung, in den Fällen, wenn die Acceptation oder auch die Bezahlung vor gänzlichem Ablaufe der dazu angesetzten Zeit ein für allemal unbedingt verweigert wird, imgleichen bei eingetretenem Falliment des Acceptanten, gehörig zu protestiren und den Protest nebst dem Wechselbrieфе mit nächster Post an den Remittenten oder Indossanten zurückzusenden ¹⁾. Wenn

7) Ebendaf. Art. 37. Promt. II. 466. — Auch nach dem Entw. e. n. W. D. §. 60 steht dem Regreßberechtigten frei, über den Belauf der Retourrechnung einen Rückwechsel zu ziehen. Vergl. Motive S. 149.

8) Landesf. Declarat. vom 7. Mai 1742. Promt. II. 472.

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 33. Promt. II. 465.

aber der Tressat die Acceptation nicht absolut, sondern nur mit einer dilatorischen Einrede verweigert, so muß der Präsentant zwar auch protestiren und seinem Vormanne Nachricht davon ertheilen, den Wechsel aber, so wie auch, wenn dies die Umstände erlauben, den Protest, zumal wenn ihn der Tressat darum ersucht, bis zur Verfallzeit zurückbehalten und abwarten, ob der Tressat oder ein Dritter ²⁾ den Wechsel mit Erstattung der aufgewandten Kosten noch honoriren will ³⁾. In diesem Falle darf der Wechsel-Inhaber, wenn er nicht bestimmt entgegenstehenden Auftrag hat, unbeschadet seines Rechts auch theilweise Zahlung annehmen; verpflichtet ist derselbe aber zu einer solchen Annahme nicht ⁴⁾. Er muß sodann über den Rest und, im Falle die Zahlung völlig zurück bleibt, über die ganze Summe nochmals ungesäumt Protest aufnehmen lassen und diesen nebst dem Wechsel mit der nächsten Post zurücksenden ⁵⁾. Hierdurch bewirkt der Wechsel-Inhaber, daß ihm sowohl die Indossanten, als auch der Tressirer und Acceptant so lange in solidum verhaftet bleiben, bis er wegen Capitals, Zinsen und sonstigen Interesses völligen Ersatz erhalten hat. Bei diesem Regresse, der aber möglichst beschleunigt werden muß, bleibt dem Wechsel-Inhaber die Wahl und das Variiren unter den Verpflich-

2) Die Zahlung eines nicht acceptirten Wechsels durch einen Inter-
venienten zur Verfallzeit muß sich der Wechsel-Inhaber auch nach
der hannöb. W. D. §. 35 gefallen lassen. Vergl. oben §. 155.
Note 1.

3) Ebendas. Art. 34. Promt. II. 465.

4) Ebendas. Art. 35. Promt. II. 465. — Dasselbe schreibt die hannöb.
W. D. §. 28 vor. — Der Entw. e. n. W. D. §. 46 enthält eine
Verpflichtung zur Annahme theilweiser Zahlung. Motive S. 125.

5) Nach §. 26 der hannöb. W. D. ist der Eigenthümer des Wechsels
verpflichtet, mindestens denjenigen, gegen welchen er seinen Regress
nehmen will, ungesäumt von dem Proteste zu benachrichtigen.
Dies scheint nach Art. 38 der W. D. auch unter der obigen Be-
stimmung verstanden werden zu müssen. Vergl. Wolframm, Br.
Wechs. Verordn. 2te Note zum 36. Art. der W. D. — In dem
Entw. e. n. W. D. ist die Notification aus der Reihe der So-
lennitäten hinweggelassen. Motive S. 140.

teten unbenommen, vorausgesetzt, daß er nicht den ausdrücklichen Auftrag hat, sich bestimmt an diesen oder jenen derselben zu halten, und daß er unter den Indossanten die Ordnung vom letzten bis zum ersten beobachtet 6).

2) Wer im Protestiren nachlässig ist und die rechte Zeit, oder die schleunige Benachrichtigung seines Vormannes versäumt, der verliert dadurch sein Recht sowohl gegen den Trassirer, als gegen die Indossanten, und kann sich nur an den Acceptanten oder den von diesem ihm überwiesenen Debitor halten. Dasselbe tritt auch bei einem bloßen Mandatar ein 7).

3) Die Protestation soll durch einen Notar und in Gegenwart von zwei Zeugen geschehen 8). Jener muß des Trassaten Antwort nebst allen Weigerungsgründen oder Ac-

6) Ebendas. Art. 36. Promt. II. 465. — Die hannövr. W. D., welche §. 31 dasselbe bestimmt, gestattet das Variiren nicht. — Nach dem Entw. e. n. W. D. §. 55 u. 59 hat der Inhaber das Recht zu variiren, er verliert dasselbe aber, sobald er einen der Indossanten oder den Aussteller in Anspruch genommen hat. Motive S. 140. An eine bestimmte Reihenfolge ist der Regreßnehmer nicht gebunden. Motive S. 139.

7) Ebendas. Art. 38. Promt. II. 466. — Nach §. 30 der hannövr. W. D. verliert der Eigenthümer des Wechsels durch Unterlassung oder Verspätung der Levirung des Protestes wegen nicht oder nicht gehörig erfolgter Zahlung, oder durch Unterlassung oder Verspätung der Benachrichtigung seines Vormannes gegen diesen die strenge Regreßklage, allen Anspruch aber nur dann, wenn die Regreßklage überhaupt verjährt ist. Ein bloß zur Eincaßirung bestellter Mandatar ist in solchem Falle seinem Mandanten für allen Schaden verantwortlich. — Der Entw. e. n. W. D. enthält §. 61 folgende, von allen bestehenden Wechselgesetzen abweichende Folgen eines Präjudizes: Ist der Wechsel präjudicirt, so findet gegen die Indossanten überall kein Regreßanspruch, gegen den Trassanten aber nur insofern ein Anspruch im ordentlichen Processe statt, als sich aus der Erörterung der der Ausstellung des Wechsels zum Grunde liegenden Verhältnisse ergibt, daß der Trassant durch die Versäumniß des Inhabers einen ihm sonst nicht zukommenden Gewinn machen würde. Motive S. 150.

8) Nach dem Entw. e. n. W. D. §. 52 kann der Protest auch von einem, mit der freiwilligen Gerichtsbarkeit versehenen Gerichte aufgenommen werden.

ceptionations-Bedingungen, ob die Acceptation etwa dem Remittenten oder Indossanten zu Ehren geschehen u. dergl., in dem über den Protest aufzunehmenden Instrumente bemerken, auch außerdem darin das, was etwa sonst noch gebräuchlich oder erforderlich ist (z. B., wenn der Trassat nicht zur Stelle und die Protestation nur seinen Domestiken oder bei der Obrigkeit des Orts geschehen wäre) anführen, und das Instrument sodann nebst den Zeugen unterschreiben ⁹⁾. An Sonn- und Festtagen soll indeß, außer in Nothfällen und in den im §. 32 der Wechsel-Ordnung (S. §. 155 N^o 3.) angeführten Fällen, kein Protest vorgenommen noch ausgeliefert, vielmehr damit bis zum nächsten Tage gewartet werden ¹⁰⁾.

§. 157.

V. Eigene Wechsel und Handels-Obligationen.

Giehorn, §. 146.

In Betreff der eigenen oder trockenen Wechsel, die eigentlich nur Schuldverschreibungen mit Wechselkraft sind, bestehen einige besondere Vorschriften:

1) Dieselben bedürfen, wenn sie auf Andere transportirt, oder von dem Remittenten dem Trassirer für die Tratte statt der Baluta ausgestellt sind (Retour-Wechsel), weder einer besondern Präsentation, nach Acceptation; es müssen vielmehr solche, dem Ausgeber zur Verfallzeit oder nach derselben präsentirte Wechsel binnen 24 Stunden bezahlt wer-

9) Ebendas. Art. 40. Promt. II. 466. — Der hannov. W. D. ist ein Anhang beigelegt, welcher über die Aufnahme der Proteste ausführliche Vorschriften enthält. — Der Entw. e. n. W. D. §. 52 schreibt ebenfalls die wesentlichen Bestandtheile eines Protestes genauer vor, als die jetzige W. D.

10) Ebendas. Art. 41. Promt. II. 467. — Es beschränkt sich daher die Vorschrift, daß an Sonn- und Festtagen kein Protest eingelegt werden könne, auf Wechsel a uso und auf eine Zeit nach Sicht. Vergl. Rothschildt, Br. Wechselrecht 2c. S. 20. S. 26 fig. handelt derselbe ausführlich über Protestationen und deren verschiedene Arten.

den 1). Auf Respecttage kann sich der Aussteller nicht berufen 2). Die Annahme einer theilweisen Zahlung schadet dem Wechselrechte nicht, auch wenn deshalb von dem Creditor keine Protestation oder Reservation eingelegt ist 3).

2) Eigene Wechsel darf der Schuldner nach Belieben, also auch vor der Verfallzeit bezahlen 4).

3) Hinsichtlich der Form der eigenen Wechsel ist zu bemerken, daß dieselben auf Stempelpapier geschrieben werden müssen und zwar, wenn die Summe nicht über 100 Thlr. beträgt, auf einen Stempelbogen zu 2 Ggr., bei einer höheren Summe aber auf einen Bogen zu 6 Ggr. 5).

4) Den eigenen Wechseln sind die sogenannten Handels-Obligationen in mancher Beziehung sehr ähnlich. Um nämlich den Kaufleuten auch zu solchen Forderungen, die nicht in Wechseln bestehen, insbesondere zu Forderungen für creditirte Waaren, so schnell als möglich zu verhelfen, ist bestimmt, daß wenn darüber eine Schuld-Verschreibung ausgestellt wird, in welcher der Name des Gläubigers und des Schuldners, die Summe der Schuld und der Zahlungsstermine ausgedrückt ist, dem Schuldner auf sein Verlangen zwar nach der Verfallzeit, gegen Zahlung von drei Procent Zinsen, Frist bis zur nächsten Messe verwilligt und solches auf dem Scheine

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 23. Promt. II. 463. — Vergl. §. 154, insbesondere Note 2.

2) Ebendas. Art. 32. Promt. II. 465. Es müßte sonst die 24stündige Zahlungsfrist als ein Respecttag angesehen werden.

3) Landess. Declarat. vom 7. Mai 1742. Promt. II. 472. Vergl. §. 155 am Ende.

4) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 30. Promt. II. 464. Vergl. §. 155.

5) Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 10. §. 5. Nr. 5. — Tratten sind von dieser Steuer frei. — Nach dem Entw. e. n. W. D. §. 88 sind die allgemeinen Vorschriften über die Wechselfähigkeit, die Form der Wechsel, die Verfallzeit, das Indossament, Zahlung und Regreß, Ehrenzahlung, verlorene Wechsel und Verjährung auch auf die eigenen Wechsel anwendbar, insofern nicht durch den Umstand, daß bei denselben der Aussteller und der Bezogene eine Person sind, Modificationen nothwendig gemacht werden. Motive S. 178.

verzeichnet, nach Ablauf dieser Frist aber gegen den Schuldner, wenn dieser Kaufmann ist, nach Wechselrecht, gegen Andere im Wege des Executivprocesses verfahren werden soll ⁶⁾.

§. 158.

VI. Indossiren der Wechsel.

Sichhorn, §. 134. flg.

1) Da das Indossament einen neuen Wechsel-Contract enthält, den der Inhaber des Wechsels mit einem andern Remittenten eingeht, so gelten davon im Allgemeinen dieselben Grundsätze, wie beim ersten Wechselvertrage, indem der Indossant in die Verhältnisse eines Trassanten tritt und wie dieser haftet ¹⁾. Die Ausübung des im Allgemeinen unbeschränkten Rechts zu indossiren oder giririren ²⁾ ist an folgende Bedingungen geknüpft:

a) daß ein Wechsel nicht über drei, höchstens vier Mal indossirt werden darf, widrigen Falls derselbe nicht acceptirt

6) Marktger. und Wechs. Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 29. Promt. II. 189. — Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 52. Promt. II. 469. — Nach dem Entw. e. n. W. D. §. 89 sind nur solche von Kaufleuten, Banquiers und Fabrikanten ausgestellte schriftliche Zahlungsversprechen als eigene Wechsel zu behandeln, ohne daß indeß Personalhaft als Vollstreckungsmittel statt findet. Motive S. 185.

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 2. Promt. II. 459.

2) Ebendas. Art. 12. Promt. II. 462. — Ueber die Frage, ob ein Wechsel, der die Worte »an die Ordre« nicht enthält, durch Indossament weiter übertragen werden könne? s. Rothschildt, Die bei dem Verkehre mit Wechseln zu beobachtenden Formen §. 11. — Die hannöb. W. D. vom 23. Juli 1822. §. 14 gestattet die Uebertragung des eigenen oder trassirten Wechsels in allen Fällen, wenn solches nicht ausdrücklich im Wechsel untersagt ist; zugleich bestimmt dieselbe, daß, im Falle das Indossament eine Erklärung über die gezahlte oder in Rechnung gebrachte Valuta nicht enthält, der Indossat lediglich als Special-Bevollmächtigter des Indossanten angesehen werden, und nur dann zu einer weiteren Indossirung befugt sein soll, wenn das Indossament »auf Ordre« lautet. — Nach dem Entw. e. n. W. D. ist die Uebertragbarkeit eines Wechsels durch Indossament von dem Vorkommen der Worte »an Ordre« nicht abhängig. Motive S. 93.

zu werden braucht und dagegen keine Protestation verstatet sein soll;

b) daß das Indossiren vor der Verfallzeit geschieht, indem ein späteres Indossament keine Gültigkeit hat ³⁾;

c) daß das Giro mit Hinzufügung des Orts, wo der Contract geschlossen ist und die Zahlung geschehen soll, ferner der Zeit und insbepondere des Tauf- und Zunamens der Person, an welche gezahlt werden soll, auch auf welche Weise der Inhaber die Valuta empfangen hat, oder ob derselbe nicht Cessionar ⁴⁾, sondern nur Mandatar ist, in welchem letzten Falle dies durch die Worte »soll mir validiren oder gute Bezahlung seine« ausgedrückt werden muß, genau bemerkt wird ⁵⁾.

2) Das Indossiren in blanco ist verboten ⁶⁾ und der

3) Der Entw. e. n. W. D. §. 28 läßt ein gültiges Indossament auch nach der Verfallzeit zu. Motive S. 97.

4) d. h. ob der Wechsel dem Indossatar zum Eigenthum übertragen werden soll. Daß der Wechsel auch cedirt werden könne, leidet keinen Zweifel, dazu ist indeß keine wechselfähige Form der Uebertragung erforderlich. Vergl. hannöv. W. D. §. 14. — Im Zweifel streitet die Vermuthung für eine Cession und gegen ein Indossament, weil dieses mehr als jene enthält. Vergl. L. 66. D. De judiciis (S. 1.) & L. 9. D. De reg. jur. (50. 17.) — Jeden Falls ist die nicht auf den Rücken des Wechsels oder unmittelbar unter denselben geschriebene Uebertragung nicht als ein Indossament, sondern als eine Cession zu beurtheilen. Erkl. des Ob. Land. Ger. vom 20. Decbr. 1832. J. G. Störig c. Jürgens. — Nach dem Entw. e. n. W. D. §. 26 muß, wenn durch ein Indossament bloß eine Bevollmächtigung des Indossatars bewirkt werden soll, die desfallige Absicht aus der gebrauchten Formel ersichtlich sein. Motive S. 96.

5) Wechs. Ordn. Art. 42. Promt. II. 467. — Daß das Indossament »an Ordre« laute, ist kein wesentliches Requisit und Merkmal desselben. Erkl. des Ob. Land. Ger. vom 20. Decbr. 1832. J. G. Störig c. Jürgens. — Ueber die wirklich erforderlichen Bestandtheile eines Begebungs-Indossaments s. Rothschildt a. a. D. §. 26. — Die hannöv. W. D. schreibt im §. 14 die Form des Indossaments genau vor, und der Entw. e. n. W. D. im §. 20.

6) Die hannöv. W. D. §. 14 verbietet zwar Indossamente in blanco nicht, bestimmt indeß, daß der Wechsel-Proceß nur auf ein gehörig

Ausgeber des Wechsels verbunden, das Indossament gehörig auszufüllen. Wenn indeß der Inhaber eines unvollkommen indossirten Prima-Wechsels, von welchem Secunda und Tertia vor der Verfallzeit noch über andere Orte negociirt werden sollen, sich gegen den Trassanten bei der Präsentation verbindlich macht, ihm denselben, oder etwa Secundam oder Tertiam zur rechten Zeit gehörig indossirt zu liefern, so darf dieser, wenn nicht andere besondere Bedenkllichkeiten eintreten, die Acceptation nicht verweigern, eintretenden Falls hat der Inhaber des Wechsels das Recht, zu protestiren. Letzterer muß indeß, bevor er die Zahlung wirklich verlangen kann, seinem Versprechen genügen und auf den Fall, daß er zur Verfallzeit so wenig Primam, als Secundam oder Tertiam, mit einem richtigen Indossament versehen, liefern kann, sich wenigstens zu dem Wechsel durch Vorlegung einer beglaubigten Cession, oder durch andere unverdächtige Documente legitimiren. Dem Acceptanten ist unverwehrt, nach Ablauf der Discretionstagen oder der endlichen Verfallzeit das Geld bis zu ausgemachter Sache gerichtlich zu deponiren, oder nur gegen genügende Caution auszufüllen 7).

ausgefülltes Indossament gegründet werden kann. — Der Entw. e. n. W. D. §. 22 giebt dem Erwerber eines mit einem Indossamente in blanco versehenen Wechsels die Wahl, denselben in diesem Zustande anzunehmen, oder das Giro seines Gebers zu verlangen. Motive S. 93.

- 7) Ebenbas. Art. 43. Promt. II. 467. — Da der Grund, welcher den obigen Bestimmungen unterliegt, daß nämlich der Präsentant zur Acceptation keiner besondern Legitimation bedarf, vielmehr die Vorzeigung des Wechsels genügt und das Giro vor der Präsentation zur Zahlung noch von dem Giranten ausgefüllt werden kann, überhaupt auf die Präsentation zum Accepte paßt, so dürfte das, was das Gesetz speciell bei der in blanco girirten Prima zuläßt, auch auf bloße Solawechsel Anwendung finden. Vergl. Rothschildt a. a. D. §. 28. — Nach den Motiven zu dem Entw. e. n. W. D. S. 109 streitet die obige Bestimmung der W. D., daß der Wechsel-Inhaber nur dann zur Präsentation befugt sein soll, wenn er für die Nachlieferung eines gehörigen Indossaments cavirt, mit dem Handelsgebrauche, welcher es unbedenklich findet, daß selbst ein gar nicht girirtes Wechsel-Exemplar von einem ganz Unberech-

§. 159.

VII. Bevollmächtigte beim Wechsel-
Contracte.

1) Wer in eines Andern Namen Wechsel ausstellen oder honoriren will, muß dem Gerichte seines Aufenthaltsorts, und zwar in Braunschweig während der Messe dem Kaufgerichte, eine genügende Vollmacht seines Mandanten vorlegen, von welcher das Gericht beglaubte Abschrift aufbewahrt. Kraft dieser Vollmacht wird der Mandant durch die Handlung des Mandatars so lange verpflichtet, bis die darin ausdrücklich bestimmte Zeit verfloßen, oder die Vollmacht selbst widerrufen und dem Gerichte davon gleichfalls Anzeige gemacht ist ¹⁾).

2) Ein Handelsfactor, welcher, im Besitze einer solchen Vollmacht, Wechsel auf sich selbst ausstellt, bleibt allein zur Zahlung verbunden, so daß der Inhaber des Wechsels nur von dem Aussteller oder dem Indossanten Zahlung verlangen kann, wenn der Mandant sich nicht selbst dazu verstehen will ²⁾).

3) Die Mäkler, welche zwischen zwei Parteien einen Wechsel-Contract geschlossen haben, müssen einer jeden eine schriftliche Notiz und zwar, weil der Wechsel, so lange er nicht von beiden Seiten angenommen worden, nicht gültig ist, von Stunde an mit ihrer Namensunterschrift und mit allen Umständen und Bedingungen ertheilen. Für ihre eigene Rechnung Wechselhandlung zu betreiben, ist den Mäklern verboten ³⁾).

tigten zum Accepte vorgelegt wird. Der §. 33 des Entw. hat aber den Besitz des Original-Wechsels zur Bedingung gemacht.

- 1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 7. Promt. II. 461.
- 2) Ebendaf. Art. 8. Promt. II. 461. — Vergl. Motive zu e. n. W. D. S. 68.
- 3) Ebendaf. Art. 48. Promt. II. 468. — Die Ordnung für die Geld- und Wechsel-Mäkler zu Braunschweig v. 16. Octbr. 1787. Promt. I. 365. enthält hierüber nähere Bestimmungen. — Vergl. auch §. 142. Note 2.

§. 160.

VIII. Erlöschen der Wechselkraft.

Sichhorn, §. 148.

Ein eigener Wechsel, der in Jahr und Tag, d. h. in einem Jahre und funfzehn Tagen ¹⁾, und ein trassirter Wechsel, der nach Verlauf eines Monats nicht zum Accepte und zur Zahlung präsentirt oder protestirt wird, verliert die Wechselkraft und gilt nur noch als ein instrumentum guarentigionatum, voraus executive geklagt werden kann ²⁾, es

1) Landesf. Reser. vom 4. Septbr. 1743. Promt. II. 472.

2) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 45. Promt. II. 467. — Landesf. Declarat. vom 28. April 1727. Promt. II. 471. — Landesf. Resol. vom 1. u. 16. April 1751. Promt. II. 473. — Die Praxis nimmt an, daß durch den Verfall eines Wechsels, der nur noch als eine simple Handschrift besteht, auch alle die Wirkungen untergegangen sind, worauf die von dem gemeinen Rechte abweichenden Dispositionen des Wechselrechts beruhen, weshalb bei einer Rechtsverfolgung eines verfallenen Wechsels der Klage alle Einreden, welche mit dem Executivproceß vereinbar sind, insbesondere auch die Einrede des *Scilicet Vellejan.* und der *Authent. si quæ mulier* entgegengesetzt werden können. *Erk. des Ob. App. Ger. vom 10. Septbr. 1830. J. S. Dommerich c. Grassau.* — Vergl. Scholz, *Jurist. Magaz. (Neue Folge) Bd. 2. S. 494.* — Auch die Verbindlichkeit des Bürgen, wenn die Bürgschaft sich nur auf Realisirung des Wechsels und nicht unbedingt auf die dem Wechsel-Contracte zum Grunde liegende Schuld erstreckt, erlischt mit allen Folgen nach abgelaufener Wechselkraft. *Erk. des Ob. Land. Ger. vom 25. März 1841 und des Ob. App. Ger. vom 9. Novb. 1841. J. S. Wiegmann c. Holzberg.* — Eine Prolongation des Wechsels, die unter Beifügung des Datums geschehen muß, stellt die einmal erloschene Wechselkraft nicht wieder her, so daß ein Bürge, ohne dessen Einwilligung die Zahlungsfrist verlängert ist, dadurch seiner Verpflichtung überhoben wird. In diesem Sinne erkannte das *Ob. Land. Ger. J. S. Wiegmann c. Holzberg, Rappmund c. Kalm und Huch c. Siebel.* Vergl. *pr. Landrecht Th. 2. Tit. 8. §. 1238 und 1239.* — *Rothschildt, Die bei dem Verkehre mit Wechseln zu beobachtenden Formen §. 24.*

Nach der hannöv. Wechs. Ordn. vom 23. Juli 1822. §. 43 und 44 erlischt die strenge Wechsel-Verbindlichkeit durch Verjährung sowohl bei eigenen Wechseln gegen den Aussteller, als auch bei trassirten Wechseln gegen den Acceptanten und Indossanten

wäre denn der Inhaber des Wechsels inzwischen verstorben, in welchem Falle den Erben eine doppelte Frist ³⁾ zur Einlösung des Wechsels verstattet sein, und so lange auch der Wechsel in seiner vollen Kraft bleiben soll ⁴⁾.

§. 161.

IX. Verlorne Wechsel.

Sichhorn, §. 149.

Wenn ein acceptirter Wechsel verloren und der Debitor der Schuld geständig ist, so soll dieser zwar zur Zahlung verpflichtet sein, indeß hat der Eigener des Wechsels vor dem Empfange der Zahlung eine genügende, auf künftige Vertretung und Schadloshaltung gerichtete Caution zu leisten ¹⁾.

- nach Ablauf eines Jahres, worauf der Wechsel nur die Wirkung eines Schuldscheins oder einer Anweisung behält. Indes soll alsdann bei trassirten und girirten eigenen Wechseln für die Regreßklage gegen die Indossanten eine Verjährungsfrist von zwei Jahren eintreten, nach deren Ablauf diese Regreßklage überall nicht mehr, mithin auch nicht im ordentlichen Prozesse stattfindet. — Der Entw. e. n. W. D. §. 91 u. 92 enthält die Bestimmungen, daß die Wechselverbindlichkeit innerhalb eines Jahres, vom Verfalltage angerechnet (und zwar vollständig. Motive S. 189.), und das Regreßrecht aus einem trassirten Wechsel von drei Monaten bis zu zwei Jahren, je nach der Entfernung des Ortes der Zahlung, verjähren soll.
- 3) Hierunter ist eine Verdoppelung der ursprünglich bestimmten Verjährungsfrist zu verstehen. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 13. März 1837. J. C. Eberhahn c. Böhlen. — S. Sammlung interessanter Aufsätze aus dem Gebiete des gem. Rechts Th. 1. S. 239.
- 4) Wechs. Ordn. Art. 45. Promt. II. 468. — Landesf. Declar. vom 9. März 1767. Promt. II. 475.
- 1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 44. Promt. II. 467. — Nach der hannövr. W. D. vom 23. Juli 1822. §. 40 kann der Acceptant eines verlorenen Wechsels seine Acceptation nur dann zurücknehmen, wenn der Betrug des Präsentanten auf der Stelle erweislich ist. — Der Entw. e. n. W. D. §. 81 verpflichtet den Bezogenen, nachdem derselbe acceptirt hat, ebenfalls zur Zahlung an den Verlierenden, jedoch braucht jener, wenn dieser kein Duplicat besitzt, die Zahlung nur in das gerichtliche Depositum zu leisten. In den §. 78 bis 84 enthält der Entwurf noch andere specielle Bestimmungen in Betreff verlорner Wechsel.

§. 162.

X. Verbindlichkeit der Erben aus dem Wechsel-Contracte.

Eichhorn, §. 148 a. E.

Die Erben eines Schuldners, der Wechsel ausgestellt, indossirt oder als Bürge gezeichnet hat, die erst nach seinem Tode mit Protest zurückkommen, oder vor deren Bezahlung, nach geschiederer Acceptation, der Schuldner verstorben ist, sind dem strengen Wechselrechte unterworfen, ohne daß denselben der annus deliberativus zu Statten kommt. Nur dann, wenn der Erbe mittelst Inventars oder eiblicher Specification sofort auf die ganze Erbschaft verzichtet und bonis cedirt, findet das Wechselrecht keine Anwendung, und es ist derselbe nicht verbunden, aus eigenem Vermögen Zahlung zu leisten ¹⁾. Diese Bestimmungen gelten eben so wohl von eigenen, als von trassirten Wechseln ²⁾.

§. 163.

XI. Vorzugsrecht der Wechsel beim Concurse.

Eichhorn, §. 150.

Das ältere Recht legt den ordnungsmäßig ausgestellten Wechseln eine *hypotheca legalis* bei und bestimmt, daß sie allen Obligationen, wenngleich diese generaliter sub *hypotheca omnium bonorum* ausgestellt sein sollten, so wie auch allen chirographarischen Schulden, nicht aber den speciellen gerichtlichen Verschreibungen und den sonst privilegirten Forderungen vorgehen ¹⁾ sollen. Um die irrige Ansicht

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 4. Promt. II. 460. — Nach der hannöv. W. O. vom 23. Juli 1822. Art. 42 erlischt bei Sterbefällen hinsichtlich der Erben die persönliche Verpflichtung zum Arreste, sofern dieselben den Wechsel nicht erneuert haben. Außerdem findet der strenge Wechsel-Proceß gegen die Erben statt, indeß nur gegen jeden pro rata. Ob den Erben das *beneficium deliberandi et inventarii* zu Statten komme, läßt die hannöv. W. O. unentschieden. Vergl. v. Bodungen, Königl. hannöv. Wechselrecht S. 12.

2) Landesf. Rescr. vom 12. Febr. 1767. Promt. II. 475.

1) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 51. Promt. II. 470. —

zu beseitigen, als ob durch eine gerichtliche Bestätigung die Wechsel den gerichtlichen Pfandverschreibungen gleichgestellt werden könnten, wurde ausdrücklich verboten, den Wechseln die gerichtliche Bestätigung zu ertheilen ²⁾.

Die gesetzliche Hypothek der Wechsel gehört indeß nicht zu den Hypotheken, welche nach neuerem Rechte von der Nothwendigkeit der Eintragung in die Hypothekenbücher ausgenommen sind (§. 204.), weshalb denn eine nicht eingetragene Wechselhypothek nur Wirksamkeit gegen den Schuldner und ein Vorzugsrecht im Concurse hat, aber allen eingetragenen Hypotheken nachsteht. (§ 205.)

Unter sich rangiren die nicht eingetragenen Wechsel nach dem Alter, so daß die ältere Wechselschuld der jüngern vorgeht, auch wenn diese zugleich durch eine Privathypothek gesichert sein sollte ³⁾.

Die gemeinrechtlich streitige Frage, ob der Gläubiger den Wechselschuldner, welches bonis cedirt habe, noch zum Personal-Arreste bringen könne ⁴⁾, ist verneinend entschieden ⁵⁾ und zugleich ausdrücklich bestimmt, daß die auf den Liquidations-Termin erfolgende gerichtliche Präclusion den nicht erschienenen Wechselgläubiger eben sowohl, als jeden andern Gläubiger treffen solle ⁶⁾.

Landesf. Declaration vom 25. Octbr. 1723. Promt. II. 471. — Vergl. v. Bülow, Abhandlungen über einzelne Materien des bürgerlichen Rechts Th. 2. Nr. 3. — Nach der hannöv. Wechs. Ordn. vom 23. Juli 1822. §. 4 soll ein Schuldschein, in welchem neben der Wechsel-Clausel zugleich eine Hypothek bestellt worden, nicht als Wechsel gelten.

2) Verordn. vom 28. Octbr. 1784. Promt. II. 475.

3) Landesf. Declarat. vom 25. Octbr. 1723. Promt. II. 471.

4) Vergl. Leyser, Medit. ad pand. Sp. 490. Med. 3.

5) Dasselbe schreibt die hannöv. W. O. §. 42 vor.

6) Landesf. Rescr. vom 3. Mai 1757. Promt. II. 477.

§. 164.

L. R e c e p t u m.

Eichhorn, §. 394.

1) Die Postanstalten ¹⁾ sind verpflichtet, für die ihnen zur Besorgung vorschriftsmäßig eingelieferten Briefe, Pakete und Gelder selbst dann Ersatz zu leisten, wenn der Schaden oder Verlust durch ungewöhnliche Begebenheiten entstanden ist ²⁾. Nur in folgenden Fällen sind sie davon befreiet:

a) wenn der Verlust oder die Beschädigung durch einen von der Postanstalt nachzuweisenden reinen Zufall, oder durch unverschuldete und unabwendbare Gewalt herbeigeführt ist ³⁾;

b) wenn der Schaden durch schlechtes Verpacken der Postgüter entstanden ist, indem die Gegenstände nur äußerlich unverletzt, durch äußere Einwirkungen unverdorben und nach dem Aufgabegewichte abgeliefert zu werden brauchen;

c) wenn der Adressat die Briefe von der Post selbst abholt oder abholen läßt, so wie wenn die Briefe ohne Recommendation oder Werthangabe sind ⁴⁾;

d) wenn der Verlust oder die Beschädigung erweislich auf einer fremden Postanstalt stattgefunden hat ⁵⁾;

e) wenn der Entschädigungs-Anspruch bei Briefen nicht binnen 6 Monaten, bei sonstigen Gegenständen nicht binnen

1) Ueber die Ausdehnung der Verbindlichkeit *ex recepto* auf die Postanstalten s. Glück, Comment. Bd. 6. §. 493. — Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 913. — v. Wening-Ingenheim, Lehrb. des Civilrechts B. 3. §. 339. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 601.

2) Post-Verordn. vom 13. August 1832. Nr. 17. §. 22.

3) Ebendas. §. 23. — Nach dem preuß. Landrechte Th. 2. §. 15. §. 187. 190 u. 191 stehen die Postanstalten so wenig für reinen Zufall, als für ungewöhnliche Begebenheiten ein.

4) Ebendas. §. 24. 25 u. 29.

5) Ebendas. §. 26. — Ueber die gemeinrechtliche Controverse, ob die Entschädigungs-Verpflichtung sich nur auf die im Inlande erlittenen Verluste beziehe, oder auch auf die im Auslande entstandenen erstrecke s. Thibaut a. a. O. — Glück a. a. O. — Leyser, Medit. ad pand. Sp. 66. M. 6. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 6. Nr. 61.

12 Monaten, vom Tage der Aufgabe angerechnet, angemeldet ist ⁶⁾).

Für den Schaden wird, neben der Rückerstattung des Postgeldes ⁷⁾, ohne Verzug ⁸⁾ in folgender Weise Ersatz geleistet ⁹⁾:

a) für einen recommandirten Brief unbedingt 15 Thlr., und eben so viel auch für verunglückte Sendungen per Stafette, von welcher Art sie auch sein mögen;

b) für Schriften, Documente, Wechsel mit Werthangabe in Briefen, die mit der Päckereipost befördert sind, für Schriftpakete und Papiere von Werth in Paketen den declarirten Werth, jedoch nur bis 50 Thlr., wofern sich der Natural-Ersatz nicht wohlfeiler beschaffen läßt;

c) für alle andere Postgüter den declarirten, für nicht declarirte den nachgewiesenen Werth, jedoch nur bis zu 10 Thlr.

Die Posthalter haften für den Schaden, welcher den Reisenden durch Nachlässigkeit, Ungeschicklichkeit und Trunkenheit der Postillone zugefügt wird ¹⁰⁾.

2) Die Verwaltung des Packhofes, d. h. einer öffentlichen Niederlage, in welcher fremde unverzollte Waaren unter Aufsicht des Staats aufbewahrt werden, hat die Verpflichtung, für solche Beschädigungen der lagernden Waaren und für solche Unglücksfälle Ersatz zu leisten, welche daraus entstehen, daß die Verwaltung für die wirtschaftliche Erhaltung der Packhofsräume in Dach und Fach, für sichern Verschuß derselben, für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter den im Packhose beschäftigten Personen, so wie für die Abwendung von Feuergefähr nicht gehörig gesorgt, vielmehr sich eine Vernachlässigung dieser Fürsorge hat zu Schulden kommen lassen. Die Verpflichtung tritt mit der Aufnahme

6) Ebenbas. §. 27.

7) Declarat. vom 28. März 1833. Nr. 7. §. 2.

8) Post-Verordn. vom 13. August 1832. Nr. 17. §. 28.

9) Ebenbas. §. 30.

10) Declarat. vom 28. März 1833. Nr. 7. §. 1.

der Waare in die Niederlage und mit der Ertheilung einer amtlichen Bescheinigung darüber ein ¹¹⁾).

3) Hinsichtlich der übrigen Fälle, in welchen mit der *actio de recepto* auf Schadenersatz geklagt werden kann, gelten die gemeinrechtlichen Bestimmungen. Die Verbindlichkeit des Wirths, für die in das Wirthshaus gebrachten Sachen der Reisenden zu haften, wird in dem braunschw. Particularrechte ausdrücklich anerkannt ¹²⁾. Auf die von Fremden in Wirthshäusern oder in sonstigen Wohnungen vergessenen oder zurückgelassenen Sachen werden die Bestimmungen über Finden angewandt ¹³⁾. Die gemeinrechtliche Controverse, ob der Wirth zur Aufnahme von Reisenden verpflichtet sei ¹⁴⁾? ist particularrechtlich bejahend entschieden, indem die Taxordnung vom 29. Novbr. 1645. Tit. 29. §. 1 vorschreibt, daß der Wirth den Einen sowohl, als den Andern gegen billige Bezahlung unweigerlich aufnehmen solle ¹⁵⁾.

§. 165.

M. Forderungen aus unerlaubten Handlungen.

Sichhorn, §. 152.

Auch in Betreff dieser obligatorischen Verhältnisse ist die Anwendung des gemeinen Rechts durch particularrechtliche Bestimmungen nicht beschränkt oder modificirt; es muß indeß bemerkt werden, daß die ästimatorische Injurienklage und

11) Zollgesetz vom 21. Decbr. 1841. §. 65.

12) Verordn. vom 27. Septbr. 1749, die Wirthshäuser in Wolfenbüttel betr. §. 14, und Verordn. des Magistrats zu Schöppenstedt vom 14. April 1764. §. 10. — Die erste Verordnung beschränkt indeß die Verpflichtung des Wirths auf die ihm von dem Gaste behändigten Sachen, wogegen die zweite Verordnung durch die unbeschränkte Verpflichtung in Betreff aller »von dem Gaste eingebrachten Sachen« sich dem gemeinen Rechte völlig anschließt. Vergl. Glück a. a. D. §. 485 flg. — Thibaut a. a. D. §. 911. — v. Wening-Ingenheim a. a. D. §. 339. — Schweppe a. a. D. §. 601.

13) Verordn. vom 15. April 1824. Nr. 11. C. §. 177 a. C.

14) Archiv für civil. Prax. Bd. 17. C. 41 flg.

15) Promt. I. 358.

jedes Verfahren wegen Injurien im Wege des Civilprocesses abgeschafft ist, und statt desselben das Untersuchungs-Verfahren eintritt ¹⁾.

Von dem Ersatze des durch Wild verursachten Schadens ist §. 167 die Rede.

- 1) Gesetz vom 12. Decbr. 1832. Nr. 34. — Desgl. vom 23. Febr. 1837. Nr. 9.

Hinsichtlich der Entschädigungs-Ansprüche einer Geschwächten gegen den Stuprator gelten ebenfalls keine andere, als die gemeinrechtlichen Bestimmungen. Vergl. §. 7. Note 13.

III. K a p i t e l.

S a c h e n r e c h t.

Erster Abschnitt.

V o m E i g e n t h u m e.

A. Sachen, welche zum öffentlichen Gebrauche bestimmt sind.

§. 166.

I. Gewässer — Fischerei.

Eichhorn, §. 267.

Ueber die Benutzung der öffentlichen Gewässer ¹⁾, als solcher Gegenstände, die sich nicht im Privateigenthum befinden, vielmehr zum allgemeinen Gebrauche bestimmt sind, führt die Landesregierung die Aufsicht ²⁾, und es steht ihr die aus-

1) Nach dem röm. Rechte ist das Merkmal eines *fluminis publici* von der steten Dauer der Wasserströmung herzunehmen (L. 1. D. De fluminib. 43. 12.), nach deutsch. Rechte von der Schiff- oder Floßbarkeit. Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 222 a. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 1. Nr. 3. — Scholz, Das Bauerrecht §. 79.

2) Diese Ansicht entspricht mehr dem röm. Rechte und richtigen staatsrechtlichen Grundsätzen, als die aus der alten Feudalität hergenommene, wonach öffentliche Flüsse als Theile des Staatseigenthums in der Art angesehen werden, daß die Benutzung derselben einer Verleihung des Staats bedarf und das Staatseigenthum des Wassers eine Quelle von Einkünften bildet. Archiv für civilist. Praxis Th. 23. S. 149. — Mittermaier a. a. D. — Vergl. Klüber, Deffentl. Recht §. 456. (370.) — Runde, Deutsch. Privatrecht §. 102. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 143. — Scholz a. a. D. — Das Ob. Land. Ger. erkannte J. G. Hühn c. Cammer unterm 20. August 1839, daß niemandem — auch nicht den Staats- Behörden — zustehe, die nicht zum ausschließlichen Eigenthume gehörigen Gewässer auf eine Art und zu einer Handthierung zu verwenden, wodurch dieselben in ihrem weitem Laufe für den gewöhnlichen Gebrauch des Publikums zu häuslichen und wirthschaftlichen Zwecken, oder für die hergebrachte besondere Benutzungsweise einzelner Anlieger und Nachbarn untauglich würden (Vergl. Archiv für civilist. Praxis Th. 18. S. 51.), und das Ob. Appell.

schließliche Befugniß zu, Ueberfahrten und Brücken anzulegen, das Wasser schiffbar zu machen und über die Schifffahrt Bestimmungen zu treffen; letzteres ist insbesondere hinsichtlich der Schifffahrt auf der Weser geschehen ³⁾).

Ueber die Befugniß, Mühlen an öffentlichen Flüssen anzulegen, s. §. 86.

Die wilde Fischerei (im Gegensatz der Fischerei in gegrabenen Teichen), die ihrer Natur nach ein aus dem Eigenthume des Flusses folgendes Nutzungsrecht ⁴⁾ ist, sollte allein insofern als ein Regal angesehen werden, als sie in einem öffentlichen Flusse, wegen der darüber geführten Staats-Aufsicht, von einem Privatmanne nur mit Erlaubniß des Staats ausgeübt werden kann, also durch Verleihung oder Verjährung erworben sein muß ⁵⁾. Es wurde indeß durch die seit dem 16ten Jahrhundert sich erweiternde Ansicht über Regalität und insbesondere durch die grundlose Vorstellung von dem angeblichen Rechte des Landesfürsten auf alle herrnlose Sa-

Ger. in derselben Sache unterm 30. Juni 1840, daß die oberen Anwohner eines Flusses oder öffentlichen Baches selbigen nicht auf eine Weise gebrauchen dürften, daß durch Verunreinigung des abfließenden Wassers der Gebrauch desselben den unterhalb gelegenen Anwohnern geschmälert werde. — Ueber das Benutzungsrecht öffentlicher Flüsse s. Scholz a. a. D. §. 80.

Für die Oberschunter ist ein mit der hannöv. Regierung verabredetes Polizei-Reglement durch das Gesetz vom 29. August 1842. Nr. 79 veröffentlicht.

- 3) Verordn. vom 5. März 1824. Nr. 7, die Weser-Schifffahrts-Acte betr. — Verordn. vom 5. März 1824. Nr. 8, die Ertheilung der Erlaubnißscheine für die Schiffer, welche auf dem Weserstromen Schifffahrt zu treiben beabsichtigen betr. — Verordnung vom 5. Mai 1826. Nr. 11., die Ergänzung der Weser-Schifffahrts-Acte betr. — Verordn. vom 29. März 1840, die Publication der in dem Schlussprotocollen der Weser-Schifffahrts-Revisions-Commission enthaltenen Bestimmungen der Weser-Schifffahrts-Acte betr.

- 4) Eichhorn, Deutsch. Rechtsgeschichte §. 58. 362.

- 5) Vergl. Klüber a. a. D. §. 458. (372.) — Hagemann a. a. D. §. 209. — Strube, Rechtl. Bedenken Nr. 202 u. 203. (II. 87 u. V. 7.) — v. Bülow und Hagemann a. a. D. Th. 7. Nr. 110. — Wittermaier a. a. D. §. 234. — Pufendorf, Observat. jur. et.: Tom. III. Obs. 161.

chen, wohin man auch das Wild und die Fische rechnete, die Ansicht, daß die Fischerei in der Regel ein Regal sei, herbeigeführt, so daß die Fischerei seitdem nach Analogie des Jagdrechts beurtheilt wird. Die Vorstellungen der Landstände gegen jene Ausdehnung der landesfürstlichen Gerechtsame ⁶⁾ haben wenigstens den Erfolg gehabt, daß denjenigen, welche die Fischerei seit Menschen Gedenken rechtmäßiger Weise hergebracht haben, die Zusage erteilt ist, daß sie die Fischerei in der Art und Weise, wie sie dazu berechtigt sind, ferner ohne Beeinträchtigung sollen ausüben dürfen ⁷⁾. Verschieden von einem Fischereiregal ist das Fischerei-Hoheitsrecht, welches der obersten Staatsgewalt ein Oberaufsichtsrecht über die Ausübung des Fischereirechts und die Befugniß, Fischerei-Ordnungen zu erlassen, giebt ⁸⁾. In Folge dieses Hoheitsrechts sind seit der ältesten Zeit wiederholt gesetzliche Bestimmungen ergangen, welche die Erhaltung der Fischerei bezwecken. Insbesondere ist nicht nur jedes unrechtmäßige Fischer bei einer Strafe verboten, die verdoppelt wird, wenn dasselbe in der Laichzeit (d. h. in Forellenbächen vom 1. October bis Ende December, und in anderen Fischwassern vom 20. Februar bis Ende Mai) geschieht, sondern auch selbst den Fischereiberechtigten untersagt, das Wasser behuf des Fischens abzulassen oder abzugraben, Körnung (insbesondere Kofelskörner oder andere betäubende Mittel) anzuwenden und zur Nachtzeit mit Leuchten oder Fackeln zu fischen ⁹⁾. Ferner ist zum Besten der Fischerei allgemein das Einlegen des Flachses in Teiche, Flüsse und Bäche, das Eingießen von Kalkwasser, Lauge und anderen schändlichen Flüssigkeiten in die Fischwasser, das Aufbringen der Enten auf dieselben und der Gänse auf Laichteiche in den Monaten Juni, Juli und

6) Vergl. Eichhorn, Deutsch. Rechtsgesch. §. 548.

7) Landt. Abschied vom 3. Juni 1597. Art. 38. — Desgl. vom 9. April 1770. Art. 35. Promt. I. 475.

8) Vergl. Mittermaier a. a. O. §. 234. — Diese Unterscheidung findet sich schon in den Landt. Absch. von 1619 u. 1770. Promt. I. 476.

9) Jagdstrafgesetz vom 6. Juni 1839. Nr. 15. §. 84 flg.

August, das Abdämmen und Abschlagen der Fischwasser, oder die willkürliche Veränderung des Laufs derselben, das Hemmen des Steigens der Fische und das Entziehen des den Fischen nöthigen Wassers beim Wässern der Wiesen verboten und den Müllern untersagt, die Mühlengräben ohne Vorwissen des Fischereiberechtigten zur Laichzeit abzuschlagen ¹⁰⁾.

§. 167.

II. Waldungen — Jagdrecht.

Eichhorn, §. 280.

Die Forsthoheit ist ein Bestandtheil der Landeshoheit und begreift das Recht der Staatsgewalt, Bestimmungen zur Erhaltung und Verbesserung des gesammten Forstwesens zu treffen und in Ausführung zu bringen ¹⁾; sie wird durch die Cammer, Direction der Forsten und Jagden, ausgeübt ²⁾. Den Besitzern von Privatforsten ist Schutz in ihren Rechten, so weit diese neben den Forsthoheitsrechten und diesen un- nachtheilig bestehen können, zugesagt ³⁾; es bildet indeß die Verwaltung sämmtlicher Forsten durch herrschaftliche Officianten, der namentlich die Gemeinde- und Interessentenforsten unterworfen sind, die Regel, so daß davon nur solche Privatforsten, deren Inhaber eine Berechtigung zur Bewirthschaftung und Beaufsichtigung ihrer Forsten besonders hergebracht haben, eximirt sind ⁴⁾. Für die Verwaltung der Forsten durch die herrschaftlichen Officianten muß von den Besitzern ein gesetzlich bestimmter Beitrag zu den Besoldungskosten des Forstpersonals geleistet werden ⁵⁾.

Wenn ein in Folge einer Gemeinheits-Theilung mit

10) Ebenbas. §. 91 flg.

1) Vergl. Klüber, Deffentl. Recht §. 451. (365.) — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 206.

2) Gesetz vom 12. Octbr. 1832. Nr. 28. §. 9 u. 10.

3) Landschaftl. Privilegien v. 9. April 1770. Art. 36. Promt. I. 461.

4) Gesetz vom 16. Octbr. 1834. Nr. 12. §. 1. — Forststraf-Gesetz vom 26. Juli 1837. Nr. 34. §. 138. — Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 207. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 28 a.

5) Gesetz vom 16. Octbr. 1834. Nr. 12.

einer Holzrente Belasteter seiner Verbindlichkeit, die Bewirthschaftung und Benutzung der belasteten Forst so einzurichten, daß die Verabfolgung der Rente davon in natura jeder Zeit gesichert bleibt, nicht nachkömmt, so können die Berechtigten verlangen, daß derselbe von der Bewirthschaftung der belasteten Forst ausgeschlossen und diese, gleich den Gemeinde-Waldungen, auf seine Kosten unter die Administration der herrschaftlichen Forstbedienten gestellt werde ⁶⁾.

Ausrodungen von Gemeinde- und Privatholzungen dürfen, ohne Rücksicht auf die Größe der Waldfläche ⁷⁾, nur mit Genehmigung der Landes-Regierung vorgenommen werden. Diese Genehmigung wird indeß nur dann ertheilt, wenn der Forstgrund nachhaltig zur Acker- oder Wiesen-cultur benutzt werden kann, oder dauernd eine ertragreiche Weide gewährt, und wenn die wirthschaftlichen Verhältnisse des Besitzers überhaupt von der Art sind, daß die Verwandlung des Forstgrundes unbezweifelt eine höhere Rente ergibt ⁸⁾.

S. auch Waldnutzungsrecht §. 199.

Die Jagdgerechtigkeit ist eigentlich als *accessorium* des Eigenthums am Grunde und Boden zu betrachten ⁹⁾, indeß wird dieselbe, in Folge der seit dem 16ten Jahrhundert ausgebreiteten Regalitätsansichten, jetzt in der Regel als ein besonderes Regal angesehen, womit aber die der Landes-Regierung als Ausfluß der Landeshoheit zustehende Jagdhoheit, d. h. die Befugniß, Aufsicht über die Ausübung der Jagd zu halten und die Berechtigten an gewisse Jagd-Ordnungen zu binden, nicht zu verwechseln ist. Die Landschaft erhielt schon im 16ten Jahrhundert die nachher mehrmals wiederholte Zusage, daß diejenigen, welche das Jagdrecht seit unvordenklicher Zeit hergebracht hätten, in ihrem Rechte geschützt werden, dasselbe aber zur rechten Zeit und ohne Schaden für die Fel-

6) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 195.

7) Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 210.

8) Minister. Rescr. vom 30. Januar 1836. Promt. I. 461. Note.

9) Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 213. — Eichhorn, Deutsch. Rechts-Geschichte §. 58. — Hagemann a. a. D. §. 199.

der ausüben sollten ¹⁰⁾.) Aus diesen letzten Rücksichten ist für alle Jagdberechtigte das Jagen während der Hegezeit, mit Ausnahme des Schwarzwildes, vom 13. Februar bis zum 4. September, verboten ¹¹⁾; dieser Zeitraum wird indeß bei dem Eintritte später Erndten nicht selten durch specielle Verordnungen verlängert. Die niedere Jagd darf zum Nachtheile der hohen Jagd nicht extendirt werden, weshalb den nur zu jener Jagd Berechtigten untersagt ist, Schießhütten und Luderstätten anzulegen, worunter jedoch solche Hütten mit gemeint sind, in denen lediglich nur den Vögeln nachgestellt wird ¹²⁾.

Die in der allgemeinen Verpflichtung des Staats zum Schutze des Eigenthums begründete Berechtigung der Landeseinwohner, Schutz ihrer Felder gegen Wildschaden zu fordern, ist in der vaterländischen Gesetzgebung ausdrücklich anerkannt ¹³⁾, indeß ist der Anspruch auf Ersatz eines solchen

10) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 38. — Desgl. vom 27. Januar 1619. Art. 33. — Landschaftl. Privilegien vom 9. April 1770. Art. 35. Promt. I. 475.

11) Verordn. vom 2. August 1719. Promt. II. 347. — Jagdstraf-Gesetz v. 6. Juni 1839. Nr. 15. §. 53. — Bei der Bestimmung der Hegezeit wird kein Unterschied zwischen der hohen und niederen Jagd gemacht, was in anderen Ländern gewöhnlich geschehen ist. Mittermaier a. a. D. §. 217. — Hagemann a. a. D. §. 205. Note 5. — Hinsichtlich des Schwarzwildes ist die Anordnung einer Hegezeit sowohl für herrschaftliche Jagdreviere, als auch für Privatjagden gänzlich aufgehoben. Verordn. vom 16. Septb. 1827. Nr. 23. §. 9 u. 11.

12) Verordn. vom 5. Novbr. 1767. Promt. II. 117. — Die Gränze zwischen der hohen und niedern Jagd bezeichnen die Gesetze nicht; auch gemeinrechtlich ist dieselbe nicht bestimmt, weshalb nur das Herkommen darüber entscheiden kann. Vergl. Hagemann a. a. D. §. 201. — Mittermaier a. a. D. §. 216. — Specielle Bestimmungen enthält das sächsische Recht (Haubold, Sächs. Privatrecht §. 236. Note a.) und das preuß. Landrecht Th. 2. Tit. 16. §. 37.

13) Insbesondere in den Landsch. Privileg. vom 9. April 1770. Art. 36. Promt. I. 461., indem die Landesherrschaft versprochen hat, die Wildbahn so bestehen zu lassen, daß die Unterthanen keine Ursache haben sollen, sich deshalb zu beschweren. — Ueber den Zweck,

Schadens an die Voraussetzung gebunden, daß die Anzahl des Wildes die Gränzen eines mäßigen Wildstandes überschreitet, indem außerdem die den Grundstücken durch Wild zugefügten Beschädigungen zu den zufälligen, vom Eigenthümer zu tragenden gezählt werden müssen ¹⁴⁾. Es ist daher der Gesetzgeber bei den Bestimmungen über die Maßregeln zur Abwendung der Wildschäden und über die Vergütung solcher Schäden von den Grundsätzen ausgegangen, daß das Recht des Jagdherrn des gesetzlichen Schutzes theilhaftig werden muß und deshalb die zur Sicherheit der Früchte erforderliche Beschränkung desselben in den Gränzen zu halten ist, welche diesen Zweck mit der Erhaltung jenes Rechts so viel als möglich vereinigen lassen, und daß der Grundeigenthümer, so weit der Wildfraß als zufälliger Schaden oder Folge eines fremden Rechts erscheint, zur Abwendung desselben mitzuwirken verpflichtet ist, eine Vergütung der Wildschäden aber nur dann gefordert werden kann, wenn der Jagdherr seiner Obliegenheit nicht genügt, der

den die Jagd bei der jetzigen hohen Wichtigkeit der Landwirthschaft allein haben sollte, s. Fichte, Naturrecht Th. 2. §. 19.

- 14) Die Richtigkeit dieses Principis bestreitet besonders Pfeifer, Pract. Ausf. Th. 3. Nr. 5. und auch die Obergerichte des hiesigen Landes neigen sich der Ansicht zu, daß der Rechtsgrund der Verpflichtung des Jagdberechtigten zum Ersatze des Wildschadens lediglich in dem ausschließlichen Accupationsrechte desselben liege, und folgern daraus theoretisch die unbedingte Verpflichtung des Jagdherrn zum Ersatze jedes Wildschadens. (Walbeck, Controversen-Entscheidungen S. 86. — Sammlung interessant. Auss. aus dem Gebiete des gem. Rechts Th. 2. Nr. 66.) Dagegen bezeichnete das Staatsministerium in einem Schreiben an die Ständerversammlung vom 5. Mai 1835. (Ständ. Verhandl. auf dem Landtage von 1832 — 1835. Nr. CCLXIII. Ant. I.) den Rechtsgrundsatz, daß der Jagdberechtigte nur zum Wildschadens-Ersatze verbunden sei, wenn er einen übermäßigen Wildstand hege, als einen nach gem. deutschen Rechte unzweifelhaften, und dieser Ansicht ist auch Eichhorn §. 285 und Mittermaier a. a. O. 219. Das preuß. Landrecht Th. 1. Tit. 9. §. 144 u. 147, so wie die Praxis der hannöb. Obergerichte befolgen diesen Grundsatz ebenfalls. v. Bülow und Hagemann, Pract. Grörter. Th. 5. Nr. 6.

Eigenthümer der Früchte hingegen die seinige erfüllt hat. Zur Verhütung von Wildschäden soll das Schwarzwild völlig ausgerottet, das Rothwild ¹⁵⁾ aber auf eine mäßige, für jedes Jagdrevier genau bestimmte Stückzahl (5 Stück auf 1000 Waldmorgen) beschränkt und die Winterfütterung, insbesondere durch Anlegung von Salzlecken, in möglichster Entfernung von den an die Forst gränzenden Aedern vorgenommen werden; es sind die Forstbedienten bei Strafandrohung auf die Beobachtung dieser Vorschriften angewiesen. Dagegen ist das natürliche Recht der Besitzer solcher Grundstücke, die dem Jagdrechte eines Andern unterworfen sind, dieselben gegen die Beschädigung des Wildes zu schützen, durch die Bedingung beschränkt, daß das Jagdrecht durch die Ausübung dieses Selbstschutzes nicht beeinträchtigt wird, der Selbstschutz in dieser Weise ist aber zugleich zu einer Pflicht gemacht, deren Erfüllung den Anspruch auf Ersatz des Wildschadens bedingt. Diese Grundsätze ¹⁶⁾ haben zu folgenden specielleren gesetzlichen Bestimmungen geführt:

Aus Rücksicht auf das Recht der Jagdherren ist allen Grundinhabern verboten, sich zur Abwehr des Wildes der

15) Rehe und das übrige kleinere Wild sollen, wegen der Geringfügigkeit des durch solche den Feldfrüchten erwachsenden Schadens, keine Rücksicht verdienen können. Verordn. vom 16. Sept. 1827. Nr. 23. §. 1.

16) S. Verordn. v. 16. Septbr. 1827. Nr. 23. Einleitung. — Das Staats-Ministerium hat in einem Schreiben an die Ständeversammlung vom 4. März 1834 (Verhandl. auf dem Landtage von 1833—1835. Nr. LVI. Anl. V.) anerkannt, daß die Bestimmungen dieser Verordn. die hochwichtigen Interessen des Landbaues nicht hinlänglich berücksichtigen, indeß ist eine Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den Ständen über die Abwendung und den Ersatz des durch Roth- und Dammwild verursachten Schadens nicht erreicht; dagegen hat der Landesfürst die Zusicherung ertheilt, daß das Jagdrecht in solcher Weise ausgeübt werden solle, daß durch das Roth- und Dammwild den Grundbesitzern keine Belästigung erwachse. Schr. des Staats-Ministerii vom 5. Mai 1835 und Antwortsch. der Stände vom 8ten desselben Monats. Ständische Verhandlungen a. a. D. Nr. CCLXIII. Anl. I. und CCLXIV. Anl. V.

Jagdhunde und Schießgewehre zu bedienen ¹⁷⁾, dagegen ist denselben gestattet, sofern nicht Dienstbarkeiten oder andere Verpflichtungen ein Hinderniß bieten, die Grundstücke durch Befriedigungen zu schützen und das Wild durch Schreckbilder, lärmende Instrumente, gemeine Haushunde und angezündete Feuer zu verschrecken. Die Interessenten einer Feldmark, denen die hohe Jagd nicht etwa pachtweise überlassen ist, sind zur Bestellung von Wildhütern, unter Concurrenz der Forstbehörde, verpflichtet, wenn sie Anspruch auf Vergütung der Wildschäden gegen die Jagdberechtigten geltend machen wollen ¹⁸⁾. Können die Wildhüter das Austreten des Wildes durch Anwendung der ihnen gestatteten Verschreckungsmittel nicht verhindern, so soll der betreffende Förster binnen drei Tagen auf das in den Vorhölzern befindliche Wild Jagd machen, wozu die betreffende Gemeinde die nöthigen Treiber zu stellen hat. Erforderlichen Falls sollen in den, dem Wildfrage besonders ausgesetzten Feldmarken statt der Wildhüter, Flurschützen angestellt werden. Die betreffende Gemeinde kann hierauf bestehen, wenn ungeachtet der Treibjagd in den Vorhölzern die Wildhüter das Austreten des Wildes nicht verhindern können und hierdurch ein Wildschaden geschieht, der einen gesetzlichen Anspruch auf Vergütung begründet ¹⁹⁾.

Bis dahin, daß die gänzliche Ausrottung des Schwarzwildes thunlich geworden sein wird, soll in der Regel jeder durch dasselbe auf den Aeckern und Wiesen verursachte Schaden von dem Jagdberechtigten dem Beschädigten ersetzt werden; Ausnahmen treten nur dann ein, a) wenn dem Beschädigten die hohe Jagd zeitweise überlassen ist; b) wenn

17) Jagdstrafgesetz vom 6. Juni 1839. Nr. 15. §. 55. — Ausnahmsweise ist die Ausrottung der wilden Kaninchen, unter Aufsicht der Jagdofficianten, jedem Grundbesitzer gestattet. Verordn. vom 16. Septbr. 1827. Nr. 23. §. 15.

18) Vergl. Walbeck a. a. D. S. 87. — Bei einer Abstimmung einer Gemeinde über das Halten von Wildhütern entscheidet schon Stimmengleichheit dafür. Verordn. vom 16. Septbr. 1827. Nr. 23. §. 19.

19) Verordn. vom 16. Septbr. 1827. Nr. 23.

demselben gestattet ist, Flurschützen zu halten; c) wenn der Schaden nicht zeitig angezeigt, d) oder nicht auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise abgeschätzt ist; e) endlich, wenn der Beschädigte seinen Anspruch nicht binnen der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit verfolgt hat ²⁰⁾.

Außerdem können diejenigen Wildschäden, welche eine unvermeidliche Folge des Jagdrechts sind, einen Anspruch auf Vergütung nicht begründen, es findet vielmehr ein solcher nur statt, wenn von Seiten des Jagdherrn ein Mißbrauch in der Hegung des Wildes, oder eine Vernachlässigung der zum Schutze der Feldfrüchte erlassenen gesetzlichen Bestimmungen eingetreten ist; mithin 1) wenn der Normal-Wildstand nicht gehörig bestimmt ist, und die gegen dessen Ueberschreitung verordneten Maßregeln nicht befolgt sind; 2) wenn die in Folge der obervährten Anzeige der Wildhüter verordnete Jagd nicht, oder nicht gehörig gehalten ist; oder 3) wenn der begründete Antrag auf Bestellung von Flurschützen unberücksichtigt gelassen ist.

Aus der Größe der Beschädigung oder aus einer den Normal-Wildstand übersteigenden Stückzahl allein und an und für sich soll eine Verbindlichkeit zum Schadenersatze nicht gefolgert werden können, vielmehr auch in den ebenbenannten Fällen nur der Wildschaden in Betracht kommen, a) welcher von Rothwild, nicht aber der, welcher von Rehen und anderem Wilde zugefügt ist; b) welcher auf Aeckern, Wiesen und im freien Felde belegenden, nicht aber im Walde, oder in den Gehöften und neben denselben liegenden Gärten geschehen ist; endlich c) derjenige, welcher bei Grundstücken, die von der Forst an mehreren Stellen begränzt werden, mehr als ein Viertel, bei solchen, die mit einer Seite an den Wald stoßen, mehr als ein Sechstel und bei denen, welche von der Forst überall nicht berührt werden, mehr als ein Achtel des davon zu erwartenden Betrages ausmacht.

Es fällt indeß der hiernach begründete Anspruch hinweg für diejenigen, denen die hohe Jagd zeitweise überlassen ist

²⁰⁾ Gesetz vom 11. Mai 1835. Nr. 33.

und auch für diejenigen, welche die ihnen obliegende Mitwirkung zur Anwendung des Wildschadens unterlassen haben; ferner, wenn die Wildhüter ihren Dienst um die Zeit der Beschädigung vernachlässigt, oder die ihnen gegebene Instruction nicht befolgt haben ²¹⁾, wenn abgelegene oder von der Forst umgebene Grundstücke, welche den Wildhütern nicht zur Beschützung übergeben worden, ohne Befriedigung oder genugsame Obhut gelassen sind, wenn der Jagdherr die Anstellung von Flugschützen gestattet hat, und wenn der Schaden nicht in der gesetzlichen Weise abgeschätzt ist, oder der Anspruch auf Ersatz nicht binnen verordneter Zeit verfolgt wird.

Der Beschädigte muß binnen den nächsten drei Tagen, nachdem er von dem Wildschaden Kenntniß erhalten hat, den Schaden und das Verlangen, denselben abgeschätzt zu bekommen, unter genauer Bezeichnung des beschädigten Grundstückes dem Amte anzeigen, worauf dieses binnen anderen drei Tagen einen Termin zur Besichtigung und Abschätzung ansetzen und dazu einen oder zwei Schätzungs-Commissarien, so wie den Revier-Forstbedienten, den Beschädigten und den Wildhüter vorladen lassen muß. Findet diese Abschätzung innerhalb vier Wochen vor der Erndte statt, so bedarf es deren Wiederholung nicht, sonst aber wird zur Begründung des Entschädigungs-Anspruchs eine nochmalige, binnen solcher vier Wochen und möglichst kurz vor der Erndte anzustellende Taxation erfordert, welche indeß nur auf den Antrag des Beschädigten, dessen Stillschweigen für die Zurücknahme des Anspruchs gilt, vorgenommen werden soll. Ergiebt sich hierbei, daß der frühere Schaden durch den Nachwuchs ersetzt oder unter das oben angeführte, die Ersatz-Verbindlichkeit begründende Maaß vermindert ist, so soll solches ohne specielle Taxe registrirt,

21) Es streitet indeß für die eidlich verpflichteten Wildhüter die Vermuthung der Pflichterfüllung bis zu dem, von dem Jagdherrn zu führenden Beweise der Nachlässigkeit. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 24. Decbr. 1834. (Samml. interessanter Aufsätze aus dem Gebiete des gem. Rechts Th. 2. S. 255.) — Waldeck a. a. D. S. 84.

sonst aber der Schaden nochmals abgeschätzt und dabei auf die durch Hagelschlag, Wasserfluth oder sonstige Naturereignisse eingetretene Beschädigung Rücksicht genommen werden. Die über das Abschätzungs-Verfahren aufgenommenen Protocolle und Taxen sind dem Jagdherrn vorzulegen, und wenn derselbe die Vergütung ablehnt, so bleibt dem Beschädigten überlassen, innerhalb eines Jahres, bei Verlust des Rechts, Klage zu erheben. Die Kosten der Besichtigung und Abschätzung sind von dem Beschädigten zu tragen und werden ihm nur dann vom Jagdherrn erstattet, wenn dieser zur Vergütung des Schadens verpflichtet befunden wird. Von einem beschädigten zehntpflichtigen Grundstücke gebührt dem Zehntherrn die dessen Rechte entsprechende Quote der Entschädigung, derselbe kann jedoch nicht für sich allein den Anspruch darauf gegen den Jagdherrn verfolgen. Bei einem meierpflichtigen Acker kommt bei Ausmittlung der nachgesuchten Remission der Betrag der erlangten Wildschaden-Vergütung in Berechnung ²²⁾.

Um die Jagd- oder Wildfolge auszuüben, d. h. das auf seinem Jagdreviere angeschossene Wild in ein fremdes Jagdrevier zu verfolgen und dort zu ergreifen, ist eine besondere Berechtigung erforderlich ²³⁾. Es muß dieselbe bei Strafe ordnungsmäßig ausgeübt werden ²⁴⁾, und es schreibt der Landt. Absch. vom 9. April 1770 in dieser Hinsicht folgendes Verfahren vor: Der benachbarte Jäger muß von dem Uebertritte des angeschossenen Wildes benachrichtigt werden und den verfolgenden Jäger bei der Nachfolge überall begleiten. Letztere geschieht mit dem Schweißhunde, der ins

22) Verordn. vom 16. Septbr. 1827. Nr. 23.

23) Die Ausübung der Jagd- oder Wildfolge ohne dazu berechtigt zu sein, soll bestraft werden. Jagdstrafgesetz vom 6. Juni 1839. Nr. 15. §. 54. — Diese particularrechtliche Bestimmung widerspricht dem allgemeinen Herkommen, welches hinsichtlich der Jagdfolge besteht. Mittermayer a. a. D. §. 218. — v. Bülow und Hagemann a. a. D. Bd. I. Nr. 11. — Strube a. a. D. Nr. 200. (II. 140.) — Hagemann a. a. D. §. 206.

24) Forststrafgesetz vom 6. Juni 1839. Nr. 15. §. 54.

deß nicht eher gelöst werden darf, bis mit Wahrscheinlichkeit der Fang oder das Stellen des Wildes gehofft werden kann, in welchem Falle dem verfolgenden Jäger das Todtschießen des Wildes gestattet ist. Die Verfolgung ist indeß auf die Zeit von 24 Stunden nach dem Anschusse beschränkt ²⁵⁾.

§. 168.

III. Bergproducte und ähnliche Gegenstände.

Sichhorn, §. 273 flg.

Aus der gemeinrechtlichen Regalität des Bergbaues ¹⁾ folgt, daß, obwohl jene verleiher ist, doch niemand ohne Erlaubniß der Regierung nach Bergproducten suchen darf; die Erlaubniß wird durch Schurfzettel ²⁾ erteilt. Wenn auf fremdem Eigenthume geschürft werden soll, so muß dem Eigenthümer oder sonstigen Interessenten vorher davon Anzeige gemacht und Caution wegen des etwaigen Schadens bestellt werden ³⁾.

Die Bergtheile oder deren Ausbeute sind vom Arreste befreit, ausgenommen, wenn die Schuldforderung unstreitig vom Bergwerke herrührt, wenn die Creditoren sich ihre Forderungen bei dem Bergamte auf den Bergtheil oder dessen Ausbeute haben versichern lassen, wenn der Schuldner verstorben ist und kein genügendes Vermögen zur Deckung seiner Schulden hinterlassen hat, und wenn der Schuldner flüchtig geworden ist; auch sind die Kuren der Confiscation nicht unterworfen. Eine Hypothek an den Bergtheilen im Communionsharze kann nur vor dem Communions-Bergamte be-

25) Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 54. Promt. I. 477. — Zwischen der braunschw. und der hannov. Regierung ist wegen der Jagdfolge unterm 10. Januar 1822 ein besonderer Receß errichtet. Bege II. 83.

1) Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 68. — Vergl. Klüber, Oeffentliches Recht §. 446. (360.) — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (8te Aufl.) §. 242. — Scholz, Das Baurecht S. 272.

2) Mittermaier a. a. D. §. 245. — Scholz a. a. D. S. 281.

3) Ordn. für die Eisensteinsgewerke und Arbeiten im Stiftsamte Walfenried vom 20. Mai 1751. §. 1. Schneiders Repertorium III. 423. — Vergl. Scholz a. a. D. S. 282.

stellt werden ⁴⁾. Zur Verhütung von Uebervortheilungen soll bei dem Verkaufe von Auren der Kaufpreis sowohl in dem Requisitionszettel, als auch in der Gewehre bemerkt werden ⁵⁾.

Die Erbfolge in die Bergantheile geschieht nach dem gemeinen Rechte und zwar bei einer Erbfolge ab intestato nach den Gesetzen, Statuten und Gewohnheiten des Wohnortes des Verstorbenen ⁶⁾. Hierdurch und durch die freie Dispositionsbefugniß sind die bergrechtlichen Lehne gänzlich von den übrigen Lehnen verschieden.

Einen Theil des Bergwerksregals macht der Bergbau auf Braun- und Steinkohlen aus ⁷⁾, bei welchem in dem Theile des Harzes, wo der Bergbau auf Metalle betrieben wird, nach denselben Grundsätzen, wie in Ansehung der übrigen zum Bergwerksregale gehörigen Gegenstände, in den anderen Landes-Gegenden aber nach folgenden Bestimmungen verfahren werden soll: Das Regal wird lediglich von der Landesherrschaft und auf deren Kosten ausgeübt; ohne Genehmigung des Grundeigenthümers darf aber außer diesem kein Anderer beliehn, noch auf fremdem Privateigenthume einem Dritten ein Schurfschein zur bergmännischen Nachspürung auf Kohlen entheilt werden. Die Landesherrschaft kann dagegen auf Grundstücken der Privateigenthümer nach Kohlen schürfen, auch bergmännische Vorrichtungen vornehmen lassen, jedoch unter nachstehenden Beschränkungen:

a) Das Schürfen darf nicht innerhalb eines Bezirks von 250 Fuß von einem Wohnhause Statt finden;

- 4) Verordn. vom 27. Octbr. 1717. Promt. I. 95. — Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 253. — Pufendorf, Observat. jur. T. IV. Obs. 14. — Scholz a. a. D. §. 287. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 3. Nr. 19. §. 2.
- 5) Verordn. vom 5. Mai 1721. Promt. II. 61. — Scholz a. a. D. §. 300.
- 6) Verordn. vom 19. August 1751. Promt. I. 95. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 308. (IV. 38.)
- 7) Gemeinrechtlich ist das Bergwerksregal hierauf nicht zu extendiren. Mittermaier a. a. D. §. 244. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 140. — Strube a. a. D. Nr. 533. (II. 77.)

b) Dem Privatbesitzer steht frei, gegen das Schürfen Vorstellung zu machen, wenn er dasselbe für zwecklos hält und unnützen Schaden davon befürchtet, in welchem Falle vor ausgemachter Sache mit dem Schürfen nicht fortgefahren werden darf. Ueber die Frage selbst entscheidet, nach Vernehmung von Sachverständigen, die Cammer und in der Recurs-Instanz das Staats-Ministerium.

c) Wenn die Bergbehörde Kohlenlager auf einem Privatgrundstücke entdeckt, so steht dem Eigenthümer frei, das Bergwerk, nach gehöriger Muthung, auf eigene Rechnung als Gewerke zu betreiben, Falls sein Grundstück dazu die nach geognostischen und technischen Verhältnissen zu würdigende hinreichende Größe enthält, derselbe das zur Fortführung des Bergbaues erforderliche Vermögen nachweist und den Bergbau ordnungsmäßig betreiben läßt; in Beschwerde- und zweifelhaften Fällen entscheidet die Cammer in erster und das Staats-Ministerium in zweiter Instanz. Ein solcher Eigenthümer bleibt dabei den Berggesetzen und Ordnungen unterworfen, er muß alle auf die Auffuchung des Flözes oder Lagers verwandten Kosten ersetzen und den Bergzehnten an die Cammer entrichten.

d) Ein jeder Grundbesitzer, welcher hiernach den Bergbau für sich übernehmen kann, ist verpflichtet, wenn auf dem Gute Kohlen-Bergbau anzulegen rathsam gehalten wird, sich auf die Aufforderung des Bergamts binnen drei Monaten darüber zu erklären, ob er den Bergbau selbst betreiben will; erfolgt die Erklärung binnen dieser Zeit nicht, so wird angenommen, als habe er Verzicht darauf geleistet.

e) Der auf den Bergbau verzichtende Grundeigenthümer erhält zwei freie Erbkuren und vollständige Entschädigung des erlittenen Verlustes nach landwirthschaftlichen Grundsätzen; die Entschädigung ist, wenn sich beide Theile darüber nicht einigen können, von drei Landwirthen zu ermitteln, welche von der Cammer, dem engern Ausschusse der Landschaft und dem theilhaftigen Grundbesitzer benannt werden ⁸⁾.

8) Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 68.

Die sämmtlichen Salinen gehören zum Cammergute ⁹⁾; sie werden auf Rechnung des Staats betrieben und der Verkauf des Salzes bildet eine Landes-Einnahme, weshalb die Einföhrung ausländischen Salzes verboten ist und der Handel mit Salz unter der genauesten Aufsicht der Behörden steht ¹⁰⁾.

Das Gewinnen von Salpeter wird gleichfalls ausdrücklich als ein Regal bezeichnet ¹¹⁾ und es bedarf dazu der höchsten Concession. Wenn auf fremdem Eigenthume Salpeter gewonnen werden soll, so steht dem Eigenthumsherrn nur aus erheblichen Ursachen ein Widerspruchs-Recht zu, es muß derselbe aber wegen des für ihn daraus entstehenden Nachtheils entschädigt werden ¹²⁾.

In Betreff des Torfstechens ¹³⁾ ist die Zusicherung ertheilt, daß die Interessenten, auf deren Grundstücken zum gemeinen Besten Torf gestochen wird, völlig indemnifirt werden sollen, und daß wegen der Einwilligung derselben zum Torfstiche was Rechtens ist, beobachtet werden soll ¹⁴⁾. Um die der Anlegung von Torfstichen entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen, sind in neuester Zeit ¹⁵⁾ folgende Bestimmungen ergangen:

Der Besitzer eines Grundstücks, in welchem sich Torf findet, soll an der Ausröfung desselben durch den Wider-

9) Land. Gr. Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 162. — Eine Regalität in Bezug auf Salz ist gemeinrechtlich nicht nachzuweisen, findet sich aber in vielen Landesgesetzen. Mittermaier a. a. D. §. 259. — Klüber a. a. D. §. 362.

10) Ges. vom 8. Mai 1835. Nr. 24. — Desgl. vom 21. Juli 1837. Nr. 33.

11) Gemeinrechtlich besteht ein Salpeter-Regal nicht. Mittermaier a. a. D. §. 244. — Klüber a. a. D. §. 362. — Hagemann a. a. D. §. 141.

12) Landt. Absch. vom 27. Januar 1619. Art. 37. — Verordn. vom 13. Novbr. 1620. — Desgl. vom 29. Juli 1743. Promt. II. 303.

13) Dasselbe ist so wenig nach gemeinem Rechte (Mittermaier a. a. D. §. 244. — Klüber a. a. D. §. 362. — Hagemann a. a. D. §. 139.), als nach dem vaterländischen Particularrechte ein Regal.

14) Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 34. Promt. II. 396.

15) Gesetz vom 11. Mai 1840. Nr. 19.

spruch weder der Hude-, Trift- oder Wegeberechtigten, noch der benachbarten Grundbesitzer behindert werden, jedoch bleibt den Hudeberechtigten die Entschädigung für die entzogene Weidebenutzung, so wie den Trift- und Weideberechtigten der Anspruch auf angemessene Verlegung der Trift oder des Weges vorbehalten, auch darf der Torfstich nicht so weit an die Gränzen des Grundstücks geführt werden, daß den benachbarten Grundstücken dadurch Schaden zugefügt wird. Wenn von einem auszutorfenden Grundstücke der Torf nicht abgefahren werden kann, ohne mit dem Fuhrwerke Privatwege, oder die benachbarten Gemeinde-Keller, oder mit Hütungs-Servituten belastete Privat- oder Gemeinde-Wiesen zu passiren, so müssen die Besitzer dieser Grundstücke und die Hudeberechtigten die Abfuhr über solche gegen Entschädigung gestatten. Dagegen brauchen die Besitzer benachbarter Aecker oder Forsten, wenn auch die Grundstücke einer Hütungs-Servitut unterliegen, die Abfuhr des Torfs über dieselben nicht zuzulassen; gestatten sie solche aber freiwillig, so haben die Weidberechtigten kein Widerspruchsrecht, sondern nur einen Anspruch auf Entschädigung für den Verlust an ihrer Hudenußung gegen den Besitzer des Torfgrundes. Alle diese Entschädigungen sollen in der Regel in Gelde bestehen und den Hudeberechtigten, so wie den benachbarten Grundbesitzern alljährlich vor dem ersten Mai ausgezahlt werden, und zwar so lange, bis resp. das Terrain wieder geebnet und der Hude wieder eröffnet, und die zu den Abfuhrwegen benutzten Grundstücke wieder in solchen Stand gesetzt sind, daß sie den vorherigen Ertrag abwerfen.

Die Frage, ob ein im Eigenthume einer Gemeinheit befindliches Grundstück ausgetorft werden soll? bestimmt, vorbehaltlich der Erlaubniß der Kreis-Direction, die Majorität der Gemeinheits-Mitglieder mit verbindlicher Kraft für die Dissidenten, und es kommen auf solche Gemeinheits-Beschlüsse die Grundsätze der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung (s. §. 182) zur Anwendung. Der Ertrag des Torfstichs einer solchen Gemeinheit ist unter ihre Mitglieder und zwar, in Ermangelung anderer Vereinbarung, nach den Grund-

sägen der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung zu vertheilen, nach welchen im Falle der Special-Theilung das auszutorfende Grundstück selbst zu vertheilen sein würde. Die Fragen, ob die Majorität für die Austorfung vorhanden, oder wie der Ertrag des Torfstichs unter die Gemeinheits-Mitglieder zu theilen ist? entscheidet erforderlichen Falls die Landes-Deconomie-Commission, und in letzter Instanz das Staats-Ministerium nach Analogie des für die Separationen vorgeschriebenen Verfahrens.

Im Falle sich der Besitzer eines auszutorfenden Grundstücks über die Art und den Betrag der Entschädigung, die Lage der Abfuhrwege, die Verlegung der über das Grundstück führenden Tristen, oder die Entfernung von der Gränze, innerhalb welcher der Torfstich zu beschränken ist, und andere Nebenpunkte mit den Betheiligten nicht einigen kann, so geschieht die Feststellung derselben vom Amte, unter Zuziehung eines Sachverständigen, und der Torfstich darf vorher nicht beginnen. Das Amt hat zunächst die Einigung unter den Betheiligten zu versuchen und, Falls diese nicht erreicht wird, darüber zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen der Torfstich und die Abfuhr des Torfs von den Widersprechenden gestattet werden muß. Der Betrag der jährlich zu zahlenden Entschädigung ist, wenn sich die Betheiligten darüber nicht einigen, durch einen Sachverständigen zu bestimmen, welchen jene wählen, oder erforderlichen Falls das Amt bestimmt. Wenn die Local-Untersuchung ergiebt, daß die Menge des zu gewinnenden Torfs zu der Belästigung, welche die Gewinnung den Hudeberechtigten und Feldnachbarn verursachen würde, in keinem solchen Verhältnisse steht, daß die Austorfung in national-ökonomischer Rücksicht für vortheilhaft gehalten werden kann, so ist der Antrag von den Behörden abzuweisen. Gegen die Entscheidungen des Amts, so wie gegen den Ausspruch des Sachverständigen über den Betrag der Entschädigung ist der Recurs an die Kreis-Direction, und in letzter Instanz an das Staats-Ministerium zulässig. Halten diese Behörden die beantragte Revision der Schätzung für erforderlich, so bestimmen sie

dazu einen Sachverständigen ohne Mitwirkung der Betheiligten. Die Kosten des Verfahrens, wobei Spornel und Stempel nicht erlegt werden, trägt der Besitzer des auszutorfenden Grundstücks, mit Ausnahme der durch Weiterungen des Gegentheils veranlaßten, welche von diesem zu tragen sind. Streitigkeiten, die nach erfolgter Entscheidung der gedachten Behörden über deren Ausführung entstehen, entscheiden diese Behörden gleichfalls.

IV. B e g e.

Eichhorn, §. 272.

§. 169.

A. Allgemeines.

Die öffentlichen Wege sind entweder solche, die zur allgemeinen Communication dienen — Heerstraßen — und deren Bau und Unterhaltung, sei es unter Mitwirkung einzelner Gemeinden, oder ohne solche, auf Kosten des Staats bewerkstelligt wird; oder solche, von denen zunächst nur einzelne Landestheile oder einzelne Ortschaften Nutzen haben, und die von Gemeinden und Privaten gebauet und unterhalten werden ¹⁾. Nur die Heerstraßen, von denen die Verordnung vom 11. Mai 1840. N^o 26 ein genaues Verzeichniß giebt, sind ausschließlich Eigenthum des Staats, und die Aufsicht über dieselben führt die Baudirection ²⁾. Das Staats-Ministerium entscheidet darüber, ob die veränderten Verhältnisse es rathlich machen, eine Heerstraße aufzugeben und künftig als Landstraße oder Communicationsweg zu betrachten, in welchem Falle die Gemeinden die ihnen rücksichtlich der Instandsetzung und Erhaltung obliegenden Verbindlichkeiten wieder zu erfüllen haben, insofern nicht ein anderes Verhältniß durch rechtskräftige Erkenntnisse oder Verträge festgestellt ist ³⁾.

Die übrigen öffentlichen Wege sind entweder Landstra-

1) Vergl. Klüber, Deffentliches Recht §. 408. (328.) — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 248.

2) Gef. vom 15. Octbr. 1832. Nr. 31.

3) Wege=Ordn. vom 11. Mai 1840. Nr. 25. §. 3.

ßen, welche zum allgemeinen Verkehre in einzelnen Landes-
theilen, oder zu deren Verbindung mit anderen Staaten die-
nen; Communicationswege, welche zur Verbindung der Orts-
schaften unter einander, oder mit den Land- und Heerstraßen
bestimmt sind; Straßen und Wege in Städten, Flecken und
Dörfern; Feld- und Wannewege; Privat- und Fußwege ⁴⁾.
Zweifel über die Eigenschaft einzelner Wege, mit Ausnahme
derjenigen, welche sich im Privat-Eigenthume befinden,
werden vom Staats-Ministerio entschieden, auch bestimmt
dasselbe, unter Berücksichtigung der in Handelsverbindungen
oder sonstigen Verhältnissen eintretenden Veränderungen,
darüber, ob ein Communicationsweg in eine Landstraße, oder
umgekehrt, eine Landstraße in einen Communicationsweg ver-
wandelt werden soll, in welchem Falle die in der besondern
Eigenschaft des Weges als Landstraße oder als Communica-
tionsweg begründeten Rechte und Verbindlichkeiten ohne Wei-
teres hinwegfallen, und die Rechtsverhältnisse dafür eintreten,
welche für die neu angeordnete Qualität des Weges bestehen.
Eben so steht die Entscheidung darüber, ob ein Weg, welcher
nicht unter die Classe der Privatwege gehört, entbehrlich ge-
worden ist, dem Staats-Ministerio zu, und gegen das darauf
gegründete Verbot der Benutzung ist ein Rechtsverfahren
nicht zulässig ⁵⁾. Die Anordnung wegen Herstellung und
Erhaltung, so wie die Beaufsichtigung sämmtlicher Wege,
welche keine Heerstraßen sind, gehört zum Ressort der Ver-
waltungs-Behörden, unter Aufsicht der Kreis-Directionen.
Bei den Verhandlungen, welche sich auf die Anlage neuer
und den Umbau und die Veränderung bestehender Wege be-
ziehen, werden die betheiligten Cammer- und Klostergüter
durch die Cammer, die Rittergüter durch die Besitzer dersel-
ben, die Städte durch ihre Magistrate und die Landgemein-
den durch ihre gesetzlichen Vorstände vertreten. Bei wichti-
gen Wegebetterungen ist den Gemeinden gestattet, statt der
Ortsgeschwornen sich durch zwei besondere Deputirte aus den

4) Ebenbas. §. 2.

5) Ebenbas. §. 3.

besspannten und unbesspannten Ortseinwohnern vertreten zu lassen. Wenn die Wegebesserung von Wichtigkeit ist, so muß den Interessenten der Plan nebst dem Kostenanschlage zur Prüfung vorgelegt werden, und es steht denselben eintretenden Falls frei, die Gründe ihrer Mißbilligung vorzutragen, worauf eine nochmalige Prüfung durch Sachverständige erfolgen soll ⁶⁾.

B. Verbindlichkeit zur Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege, die nicht volles Staats-Eigenthum sind.

§. 170.

a. Interessentenschaften, denen die Verpflichtung obliegt.

Zur Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege nebst Zubehörungen, als Brücken, Kanäle, Durchpflasterungen, Durchlässe und Seitengräben, sind die Interessenten der dieselben einschließenden oder berührenden Ortschaften und Feldmarken, so wie die Eigenthümer der nicht zu einer Feldmark gehörenden Holzungen verpflichtet ¹⁾. Ausnahmen treten ein: a) wenn die Instanderhaltung der Brücken und Kanäle nicht der betreffenden Gemeinde, sondern einer andern Interessentenschaft privatrechtlich obliegt, oder dieselben in Folge einer rechtlichen Verpflichtung auf Staatskosten erbaut oder erhalten werden müssen ²⁾; b) wenn die Verpflichtung des Staats zur Herstellung und Erhaltung einzelner, nicht zu den Heerstraßen gehörender Wege, oder die Verpflichtung einzelner Gemeinden und Grundbesitzer zur Herstellung oder Unterhaltung der außerhalb der Feldmark belegenen Wege

6) Ebendaf. §. 4 u. 5.

1) Wege-Ordn. vom 11. Mai 1840. Nr. 25. §. 7. — Die Eigenthümer einer zu einer Feldmark gehörenden Holzung werden als Feldmarks-Interessenten mit herangezogen. Die Frage, ob eine Holzung zu einer Feldmark gehöre, oder für sich bestehend zu betrachten und danach zu den Wegebesserungslasten heranzuziehen ist, entscheidet, nach vorangegangener Erörterung durch die Kreis-Direction, das Staats-Ministerium. Minist. Rescr. v. 22. Octb. 1841.

2) Ebendaf. §. 11.

auf ausdrücklichen Verträgen oder rechtskräftigen Erkenntnissen beruhet; oder c) wenn die Verbindlichkeit Gemeinden oder Grundbesitzern benachbarter Staaten obliegt ³⁾. Die unter b. und c. bezeichneten Verpflichtungen können indeß abgelöst werden und zwar auf die Weise, daß, wenn für dieselben eine Gegenleistung zu entrichten ist, diese zurückgegeben oder auf die fernere Entrichtung verzichtet werden muß, daß aber, wenn eine Gegenleistung nicht zu entrichten ist, ermittelt wird, was von dem Verpflichteten seit den letzten zehn Jahren auf die Wegebesserung verwandt worden, sodann der Werth dieser Leistung durch Sachverständige abgeschätzt, danach der durchschnittliche Jahrsbetrag dieser Leistungen berechnet, und der 25fache Betrag dieser Summe von dem Verpflichteten als Entschädigung erlegt wird ⁴⁾. Wenn die Instandsetzung oder Unterhaltung einer Landstraße oder eines Communicationsweges mit sehr erheblichen Anstrengungen verknüpft ist, so daß dieselbe von den Ortseinwohnern oder Feldmark's-Interessenten allein nicht wohl zu beschaffen steht, oder wenn der Weg für die Feldmark's-Interessenten nur von geringem Interesse ist, so sollen benachbarte, nicht über eine Meile von der Straße entlegene Interessentschaften, insofern sie sich derselben regelmäßig mit bedienen, zur Mitwirkung herangezogen werden, sie können jedoch verlangen, statt der Naturalleistungen einen entsprechenden Geldwerth zu erlegen ⁵⁾. Zu der Herstellung und Unterhaltung der Wege wird vom Staate eine Beihilfe geleistet, und zwar 1) bei Landstraßen durch unentgeltliche Untersuchung, Veranschlagung und Leitung der Bauten durch die herrschaftlichen Baubedienten, durch Uebernahme der baaren Baukosten, mit Ausnahme der für Fuhren und Tagelöhner-Arbeiten, und durch Ersatz der für Abtretung von Grundeigenthum zu leistenden Entschädigungen; und 2) bei Communicationswegen und Dorffstraßen durch unentgeltliche Verrichtung der

3) Ebenbas. §. 8 u. 9.

4) Ebenbas. §. 10.

5) Ebenbas. §. 12.

obigen Leistungen der Baubedienten. Den Umständen nach soll auch eine Beihülfe aus der Amts-Wegebesserungs-Casse, oder durch Verwilligung anderer Geldzuschüsse, auch durch Bewilligung von Forststraf-Arbeitstagen erfolgen ⁶⁾. Feld- und Wannenwege müssen von denjenigen Grundbesitzern und Nugnießern erhalten werden, welche Grundstücke in diesem Theile der Feldmark cultiviren und sich in der Regel dieser Wege bedienen, insofern nicht ein Anderes vertragsmäßig, jubicatmäßig oder herkömmlich feststeht, oder durch die Behörden für erforderlich erachtet wird. Dasselbe gilt von Privat- und Fußwegen, wozu nur eine gewisse Anzahl der Einwohner berechtigt ist ⁷⁾. Ueber die Verbindlichkeit zur Herstellung und Unterhaltung des Straßenpflasters, so wie der Brücken und Kanäle in den Städten und Flecken entscheidet Herkommen und bestehende Verbindlichkeit ⁸⁾. Zur Herstellung und Unterhaltung der Straßen und Wege in den Dörfern, welche nicht in dem Zuge von Landstraßen oder Heerstraßen belegen sind und deshalb nicht eben so, wie von diesen angeführt ist, hergestellt und unterhalten werden, concurriren sämtliche Einwohner und Feldmarks-Interessenten mit Ausnahme der auswärtigen Feldmarks-Interessenten. Die Wege, welche von den Dorfstraßen ab nach einzelnen Häusern und Grundstücken führen, müssen von den betreffenden Haus- und Grundbesitzern gebessert werden ⁹⁾.

Wenn Landstraßen, Communications- und andere Wege über Koppel- oder Gemeinde-Aenger, oder sonstige Gemeinde-Grundstücke führen, deren Benutzung mehreren Gütern oder

6) Ebendaf. §. 13. — Eine solche Beihülfe aus der Amts-Wegebesserungs-Casse kann nur der Interessentschaft, als Corporation betrachtet, zugetheilt werden, weshalb von der Theilnahme so wenig die Cammer- und Klostergüter, als sonstige begüterte Grundbesitzer ausgeschlossen werden können. Minist. Refcr. v. 13. Octb. 1841.

7) Ebendaf. §. 16 u. 17.

8) Vergl. Pufendorf, *Observat. jur. T. III. Obs. 113.* — Hagemann, *Landwirthschaftsrecht* §. 125. — L. un. §. 3. D. De via publ. etc. (43. 10.)

9) Ebendaf. §. 14 u. 15.

Gemeinden zusteht, und welche nicht unbestritten zu einer Feldmark gehören, so wird das Beitragsverhältniß bis dahin, daß die gemeinschaftlichen Grundstücke getheilt und gewissen Feldmarken beigelegt sind, nach Maßgabe des bisherigen Anthells an der Nutzung, unter Berücksichtigung der Grundsätze der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung, durch die Kreis-Directionen ausgemittelt und erforderlichen Falls durch das Staats-Ministerium definitiv festgestellt 10).

Die Eigenthümer der außerhalb der Feldmark belegenen Forsten müssen die Communicationswege durch ihre Forsten in einem für landübliches Fuhrwerk zu allen Jahreszeiten passirbaren Stande erhalten, und zur Instandsetzung und Unterhaltung der durchziehenden Landstraßen in demselben Maße concurriren, wie solches den Feldmarks-Interessenten innerhalb ihrer Feldmarken obliegt. Denjenigen Personen, Corporationen oder Gütern, welche in einer fremden Forst Berechtigungen haben, für welche dieselben bei der Ablösung nach den Bestimmungen der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung mit Grund und Boden abgefunden werden müssen, liegt die Verpflichtung ob, zur Besserung der durch diesen Forstort führenden Landstraßen und Communicationswege in einem, von der betreffenden Behörde nach Verhältniß des ungefähren Betrages der gegenseitigen Nutzungen zu bestimmenden Maße beizutragen. Falls aber solche Last der Forsteigenthümer mit den für sie daraus entspringenden Vortheilen in einem offenbaren Mißverhältnisse stehen würde, so sollen ihnen die bei Instandsetzung und Unterhaltung jener Wege zunächst Betheiligten dabei thunlichst, und nach einer von der zuständigen Verwaltungsbehörde zu treffenden Bestimmung des Maßes ihrer Concurrenz zu Hülfe kommen 11).

Wenn ein Communicationsweg oder eine Landstraße für eine Heerstraße erklärt wird, so hat die bisher zur Instandhaltung verpflichtete Interessentschaft zu dessen Instandsetzung und Unterhaltung ferner so viel beizutragen, als von ihr er-

10) Ebendas. §. 18.

11) Ebendas. §. 19.

fordert werden würde, um den Weg als Landstraße in Stand zu setzen und zu erhalten. Dieser Beitrag wird nach dem Gutachten dreier Wegebau-Verständigen bestimmt, von denen der eine von der Bau-Direction, der andere von der Interessenschaft und der dritte von dem betreffenden Amte oder Stadtgerichte erwählt wird ¹²⁾).

§. 171.

b. Repartition der Wegebesserungslast in der verpflichteten Interessenschaft.

Alle Grundbesitzer, deren Grundstücke innerhalb einer Feldmark belegen sind, so wie alle in der Gemeinde wohnhaften selbstständigen Inquilinen und Häuslinge müssen zu der Wegebesserung nach einer, in jedem Orte festzusetzenden Umfolge (turnus) und zwar im folgenden Verhältnisse beitragen:

Die Grundbesitzer leisten in Einer Umfolge

1) für jedes Haus oder Gehöfte:

a) wenn dazu Weideberechtigung gehört, 1 Simplum,

b) wenn Zugvieh darauf gehalten wird, 2 Simpla,

c) wenn keine Weideberechtigung und kein Zugvieh dabei befindlich ist, $\frac{1}{2}$ Simplum,

2) für jeden Morgen Acker, Garten und Wiese, ohne Anrechnung der überschießenden Ruthenzahl,

a) bis zu dem Gesamt-Betrage von 250 Morgen, $\frac{1}{4}$ Simplum,

b) über den Gesamt-Betrag von 250 Morgen, $\frac{1}{6}$ Simplum,

3) für jeden Waldmorgen innerhalb der Feldmark beleger Holzung halb so viel, als für 1 Morgen Acker, also resp. $\frac{1}{8}$ und $\frac{1}{12}$ Simplum.

Inquilinen, welche Zugvieh halten, tragen 1 Simplum, alle übrigen männlichen Inquilinen und Häuslinge aber $\frac{1}{2}$ Simplum, zu den Naturalleistungen bei.

12) Ebendaf. §. 20. — Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 248. — Pufendorf, Observ. jur. T. III. Obs. 113. — Runde, Deutsch. Privatrecht §. 128.

Bei der Berechnung der nach den Bestimmungen unter 2 und 3 zu leistenden Beiträge wird jedes Gut oder Gehöfte, auch wenn mehrere selbstständige Gehöfte ¹⁾ in der Hand eines Besitzers vereinigt sind, als ein für sich bestehendes Ganzes betrachtet. Wenn die Grundstücke in derselben Feldmark von so verschiedener Güte sind, daß durch obige Veranlagung eine ganz unverhältnißmäßige Concurrenz einzelner Pflichten eintreten würde, so hat die Verwaltungs-Behörde eine billige Ausgleichung vorzunehmen. Leiche, Kenger und Weiden werden nicht in Anrechnung gebracht. Gewerbliche Etablissements, deren Betreibung die Benutzung der Wege in einem höhern Grade erforderlich macht, z. B. Ziegeleien, Glashütten, Mühlen, Steinbrüche, Hüttenwerke u. sind zu besonderen, von den Verwaltungs-Behörden zu bestimmenden Beiträgen verpflichtet ²⁾. Diese Grundsätze finden insbesondere auch auf das Amt Theedinghausen Anwendung ³⁾.

Wenn unter den Verpflichteten in derselben Feldmark in Betreff der Instandsetzung und Unterhaltung sämtlicher öffentlicher Wege eine ausdrückliche Uebereinkunft dahin ge-

1) Die Frage, was unter einem selbstständigen Hofe zu verstehen sei? ist lediglich factischer Natur, und muß in jedem besondern Falle den obwaltenden Verhältnissen nach entschieden werden. Es leidet aber keinen Zweifel, daß darunter nicht solche Grundstücke verstanden werden können, welche in früherer Zeit ein eigenes Gehöft gebildet haben, jedoch noch vor dem Erlasse der Wege-Ordn. einem andern Gehöfte incorporirt worden und als ein Pertinenzstück dieses letztern anzusehen sind. Eben so unzweifelhaft ist es aber auch, daß solche Gehöfte, deren Concurrenz zur Wegeverbesserung bereits auf den Grund der Wege-Ordn. festgestellt ist, durch die Combination mit anderen Gütern den Vortheil einer ermäßigten Beitragspflicht zum Nachtheile der übrigen Gemeinde-Mitglieder nicht erlangen können, vielmehr in dieser Hinsicht ferner als selbstständige Gehöfte betrachtet werden müssen, so daß also der Zeitpunkt des Erlasses der Wege-Ordnung bei Beurtheilung der Frage, ob ein combinirter Hof zu dem vollen, oder ermäßigten Betrage heranzuziehen sei? als entscheidend zu betrachten ist. Minist. Refscr. vom 7. Januar 1843.

2) Wege-Ordn. vom 11. Mai 1840. Nr. 25. §. 21.

3) Verordn. vom 4. Septbr. 1840. Nr. 36.

troffen ist, daß einem oder einzelnen Verpflichteten statt der Concurrenz zu der Besserung sämmtlicher Wege ein Theil derselben zur Instandsetzung auf alleinige Kosten überwiesen worden, so hat es hierbei so lange sein Verbleiben, als die Uebereinkunft nicht unter gegenseitiger Zustimmung wieder aufgehoben wird. Bei der Anlegung neuer öffentlicher Wege sind indeß sämmtliche Verpflichtete sowohl zur Instandsetzung, als zur Unterhaltung derselben beizutragen verpflichtet, und derjenige, welchem die obliegende besondere Wegebesserungslast durch die Anlegung des neuen Weges erleichtert wird, hat einen verhältnißmäßigen Theil der zur Instandsetzung und Unterhaltung des neuen Weges erforderlichen Leistungen allein zu übernehmen. Wenn dagegen einzelnen Verpflichteten in derselben Feldmark eine besondere Wegebesserungslast der einzelnen öffentlichen Wege obliegt und dafür eine Gegenleistung entrichtet ist, z. B. ein Grundstück oder eine Hudeberechtigung eingeräumt, so sind die übrigen Feldmarks-Interessenten zur Aufhebung des Vertrages und zur Zurücknahme der Gegenleistung berechtigt 4).

Frei von der Concurrenz zur Wegebesserung sind:

- 1) alle Militairpersonen im activen Dienste,
- 2) die Prediger, Dpferleute, Schullehrer und Pfarrwittwen;
- 3) Staatsdiener zweiter Classe, Gemeindediener und die diesen gleich zu achtenden, in Privatdiensten stehenden Förster;
- 4) die aus den Orts-Armen-Cassen regelmäßig Unterstützten;
- 5) die Official-Grundstücke der Prediger, Dpferleute, Schullehrer und Pfarrwittwen, insofern sie nicht bisher schon zu den Gemeinde-Abgaben beigetragen haben;
- 6) die Grundstücke der Kirchen, Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten;
- 7) die Ortsvorsteher und Geschwornen, insofern solche bei den Wegebesserungen die Aufsicht führen, und zwar in dem Maße, daß ein Tag Aufsicht für zwei Tage Handarbeit ge-

4) Wege-Ordn. vom 11. Mai 1840. Nr. 25. §. 22.

rechnet und der Betrag dieser Tage von der Anzahl der von ihnen zu leistenden Handarbeits- oder Spanndienstage abgesetzt wird. Wenn andere verpflichtete Einwohner die Aufsicht führen, so genießen sie dieselbe Begünstigung.

Die Befreiung der unter 1, 2 und 3 aufgeführten Personen erstreckt sich indeß nicht auf die denselben eigenthümlich zustehenden Grundstücke; auch ist die Befreiung der unter 5 und 6 erwähnten Personen und Corporationen nicht auf Feld- und Wanne-Wege, auf Privatwege und auf die durch Forstörter außerhalb einer Feldmark führenden Wege zu erstrecken ⁵⁾.

Die auf ausdrücklichen Verträgen oder rechtskräftigen Erkenntnissen beruhenden Befreiungen können auf den Antrag des einen oder andern Theils gegen Entschädigung, und zwar nach folgenden Grundsätzen aufgehoben werden: Wenn für dieselben eine Gegenleistung entrichtet wird, so ist diese zurückzugeben, oder auf deren fernere Entrichtung zu verzichten. In anderen Fällen hat das betreffende Amt, unter Zuziehung der Betheiligten, zu ermitteln, was von einem im gleichen Verhältnisse stehenden Verpflichteten im Laufe der letzten zehn Jahre bei den Wegebetterungen geleistet ist, der Werth dieser Leistungen ist durch drei Sachverständige, von denen jeder Theil einen und das Amt den dritten wählt, abzuschätzen, danach der durchschnittliche Jahrsbetrag zu berechnen und der 25fache Betrag dieser Summe dem Befreiten für die Aufhebung der bisherigen Befreiung als Entschädigung zu bezahlen ⁶⁾.

Die Umfolge wird durch eine Rolle über die Beiträge, welche jeder Pflichtige zu leisten hat, gebildet und darin das Simplum zu 4 Egr. in Ansatz gebracht. Durch Vergleichung dieser Rolle mit dem Anschläge, in welchem Handarbeiten und Führen zu einem, den Localverhältnissen entsprechenden Geldbetrage in Ansatz gebracht werden, ergibt sich die Anzahl der erforderlichen Simpla. Die baaren Kosten

5) Ebenbas. §. 23.

6) Ebenbas. §. 24.

sind von sämmtlichen Verpflichteten, mit Ausnahme der Inquilinen und Häuslinge, nach Maßgabe ihrer Verpflichtung aufzubringen und zwar so, daß der Beitrag für jedes $\frac{1}{4}$ Simplum, unter Berechnung der Bruchtheile zu voll, mit ganzen Pfennigen abschließt. Der Ueberschuß fließt in die Gemeinde=Casse, wogegen aus dieser die baaren Kosten bezahlt werden können, wenn der Geldbeitrag so gering ist, daß er für jedes Simplum weniger als 4 Pfennige beträgt. Die Fuhren und Handarbeiten sind gleichfalls von den sämmtlichen Pflichtigen nach Maßgabe ihrer Verpflichtung dergestalt zu übernehmen, daß die Bespannten ihren Beitrag vorzugsweise durch Fuhren, die Unbespannten aber vorzugsweise durch Handarbeiten ableisten; es wird dabei nicht auf die Arbeitszeit, sondern allein auf den Umfang der zu beschaffenden Arbeit und deren Werth gesehen. Wenn kein Anschlag angefertigt ist, oder keine andere Bestimmung der Local=Behörden erfolgt, so soll ein Tag Handarbeit zu 4 Ggr., ein Tag Fuhrarbeit, einschließlich des Auf- und Abladens der Materialien, bei 4 Pferden und 2 Führern zu 2 Thlr., bei 3 Pferden und 2 Führern zu 1 Thlr. 14 Ggr., und mit einem Führer zu 1 Thlr. 10 Ggr., mit 2 Pferden zu 1 Thlr. und mit einem Pferde zu 14 Ggr. gerechnet, dabei aber angenommen werden, daß täglich 10 Stunden mit der Hand oder dem Gespanne zu arbeiten sind. Die Fuhren und Handarbeiten werden dergestalt repartirt, daß der Geldwerth der von den einzelnen Pflichtigen für jedes $\frac{1}{4}$ Simplum zu leistenden Arbeit mit Gutegroschen aufgeht. Der Pflichtige, bei welchem die letzte Repartition stehen geblieben ist, macht bei der nächsten Begebesserung wieder den Anfang 7).

Wenn der Beitrag der Bespannten nicht so groß ist, um damit die sämmtlichen erforderlichen Fuhren zu bestreiten, so sind dieselben verpflichtet, auch die übrigen Fuhren zu den im Anschlage angenommenen, oder in dessen Ermangelung zu den oben angegebenen Preisen zu leisten. Auch können in diesem Falle die Cammer=, Kloster= und Rittergüter, auf

7) Ebendas. §. 25—29.

denen, weil die Länderei verpachtet ist, keine Pferde gehalten werden, so wie alle Besitzer von Reichshöfen mit mehr als 30 Morgen Land, welche selbige verpachtet haben, zur Leistung der Fuhren herangezogen werden ⁸⁾).

Bei den Handarbeiten ist jeder Pflichtige, wenn er die Arbeitstage wegen persönlichen Unvermögens oder sonstiger Behinderung nicht leistet, verbunden, einen tüchtigen Stellvertreter zu stellen. Gesellen und Gehülfsen, wenn sie nicht einen besondern Haushalt führen, imgleichen Lehrlinge, Dienstboten und Deputatisten, insofern sie in Diensthoten-Verhältnissen stehen, werden nicht besonders herangezogen. Personen unter 18 Jahren und Arbeitsunfähige, auch Frauenpersonen, insofern sie nicht in Folge eigener Verpflichtung eintreten, sollen nicht angenommen werden ⁹⁾).

Krankheit, Abwesenheit und sonstige Verhinderungen der Verpflichteten, welche nur auf eine gewisse Zeit die Mitwirkung unthunlich machen, befreien nicht davon, und die Arbeitstage, welche nicht durch Stellvertreter abgeleistet werden, müssen zwar von den übrigen Pflichtigen mit verrichtet, jedoch die schuldig gebliebenen Arbeitstage in der nächsten Umsolge nachgeleistet werden. Wenn indeß die Pflichtigen, ohne eine zeitige Zurückstellung in Anspruch nehmen zu können, die Arbeiten auf die an sie erlassene Aufforderung nicht leisten und auch nicht durch Stellvertreter leisten lassen, so werden die Arbeiten durch Lohn auf ihre Kosten beschafft, und diese gleich den Steuern executivisch eingezogen. Besitzen solche Pflichtige keine Zahlungsmittel, so steht den die Verbesserung leitenden Behörden zu, dieselben auf gleiche Art, wie widerspenstige Forstfrevler, zur Ableistung der Arbeit hinführen zu lassen ¹⁰⁾).

Uebrigens steht auch den Feldmark's-Interessenten frei, durch Stimmenmehrheit festzustellen, daß die Leistungen der erforderlichen Fuhren und Handarbeiten an den Mindestfor-

8) Ebendas. §. 30.

9) Ebendas. §. 31.

10) Ebendas. §. 32.

bernden verdungen werden sollen. Die Stimmenzahl wird in einem solchen Falle nach dem Umfange der einzelnen Verpflichtungen berechnet. Doch ist auch in diesem Falle den Pflichtigen unverwehrt, die ihnen obliegenden Leistungen selbst zu übernehmen, wenn sie ihre desfallsige Absicht vor dem Licitations-Termine erklären ¹¹⁾.

§. 172.

c. Art der Herstellung und Unterhaltung der Wege.

Die Instandsetzung der Straßen und Wege soll auf die den Umständen nach zweckmäßigste und dauerhafteste Art geschehen, jedoch von den Interessenten ein Mehreres, als die Vertlichkeit und das Bedürfniß erfordert, dabei nicht verlangt werden. Insbesondere soll mit den am schlechtesten beschaffenen und am meisten benutzten Straßen und Wegen der Anfang gemacht, und die Wegeverbesserung nach diesem Grundsatz bis zur Vollendung sämtlicher Wege fortgesetzt werden ¹⁾.

Die Landstraßen müssen für schweres Fuhrwerk und die Communicationswege für das landübliche Fuhrwerk zu allen Zeiten fahrbar sein, und jene eine Breite von mindestens 30 und höchstens 40, und diese von mindestens 20 und höchstens 30 Fuß, ausschließlich der Seitengräben, halten. Wenn indeß bei den Communicationswegen die Anlegung von Seitengräben nicht erforderlich und der nöthige Raum zum Ausweichen der Fuhrwerke vorhanden ist, so reicht für dieselben die Breite von 16 bis 20 Fuß hin, und da, wo örtlicher Verhältnisse wegen auch eine solche Breite nicht zu erreichen steht, muß wenigstens für geeignete Ausweichplätze gesorgt werden. Die Breite der Orts- und Feldwege richtet sich nach den Umständen, der Gebrauch derselben darf indeß nicht durch Einschränkung auf eine zu geringe Breite verhindert oder erschwert werden. Wo die Straßen und Wege mit

11) Ebendas. §. 33.

1) Wege-Ordn. vom 11. Mai 1840. Nr. 25. §. 34.

beträchtlichen Viehheerden regelmäßig betrieben werden, soll den Umständen nach auf eine größere, als die bestimmte Breite Bedacht genommen werden ²⁾).

Außer diesen Vorschriften enthält die Wege-Ordnung in den §. 41 bis 52 noch andere specielle, indeß rein technische Bestimmungen über die Anlegung der Gräben, Brücken, Kanäle u., Instanderhaltung der Bäche, Verlegung der Hohlwege, Wegschaffung der Erhöhungen, Veränderung der Krümmungen, Verlegung der auf ungünstigem Grunde belegenen Wege, Anpflanzungen, Begräumung des Holzes, Vorrichtung von Wegweisern u.

§. 173.

C. Weggelder und Wegeverbesserungs-Abgaben.

Auf allen Chaussees des Landes wird für die Benutzung derselben ein Chausseegeld nach Vorschrift des Gesetzes vom 28. Mai 1835. N^o 31 erhoben. Ueber die Breite der Radspuren und das Gewicht der Wagenladungen beim Gebrauche der Chaussees enthält das Gesetz vom 25. Novbr. 1839. N^o 29 und die Ministerial-Bekanntmachung vom 17. Mai 1840. N^o 24 nähere Bestimmungen.

Auf den in einen dauerhaften, fahrbaren Zustand gesetzten Landstraßen und auf Communicationswegen darf nur mit Genehmigung des Staats-Ministeriums ein Weggeld erhoben werden; die Gestattung zur Weggeld-Erhebung auf Communicationswegen soll indeß nur dann erfolgen, wenn dafür ganz besondere Umstände sprechen. Rücksichtlich der Erhebung dieser Weggelder u. kommen die für die Chausseegeld-Erhebung gegebenen gesetzlichen Bestimmungen in Anwendung ¹⁾).

Ob und in welchem Maße die Befreiung von Erlegung eines Weggeldes den Interessenten einer Feldmark, oder den Einwohnern eines Orts über ihre Feldmark hinaus in Hin-

2) Ebendas. §. 35 flg.

1) Gesetz vom 8. Mai 1835. Nr. 31. — Gesetz vom 11. Mai 1840. Nr. 25. §. 85. — Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 248.

sicht auf ihre Mitwirkung zum Wegbaue zuzugestehen ist, wird gleichfalls vom Staats=Ministerio bestimmt 2).

Eine Abgabe von Pflaster=, Wege= oder Brückengeld für Rechnung von Städten, Flecken, Dörfern oder Privatpersonen soll in der Regel nicht erhoben werden 3).

Ueber die zur Wegebesserung aus Testamenten, Contracten, Schenkungen u. zu erhebende Abgabe s. §. 96.

§. 174.

D. Abtretung von Grundstücken zu Wegebauten und Eisenbahnen.

Jeder Grundeigenthümer ist verpflichtet, das Terrain, welches zur Anlegung, Erweiterung und Verlegung der Straßen, Wege und Abflußgräben, zur Anlegung der Bahnen für Eisenbahnen, mögen diese nach einem vom Landesfürsten genehmigten Plane auf Kosten des Staats, oder von Actiengesellschaften in Ausführung gebracht werden, so wie auch zu den für Eisenbahnen erforderlichen Nebenanlagen, namentlich zur Aufführung von Gebäuden und zu den dahin führenden Straßen, und zur Gewinnung des Materials nothwendig ist, gegen eine angemessene Entschädigung unbedingt und ohne daß deshalb eine Weiterung im Wege Rechts Statt findet, abzutreten 1). Ueber die Art, wie die Entschädigung geleistet werden soll, enthalten die Landesgesetze folgende genauere Bestimmungen:

1) Für Heerstraßen. Die Entschädigung soll vollständig und mit Berücksichtigung des Localwerths der Grund-

2) Gesetz vom 11. Mai 1840. Nr. 25. §. 86.

3) Ebendas. §. 86.

1) Wege=Ordn. vom 10. März 1704. §. 6 u. 9. Promt. II. 480. — Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 17. §. 1. — Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Art. 66. — Verordn. vom 15. Januar 1828. Nr. 2. — Land. Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 33. — Landesf. Declarat. vom 4. Mai 1835. Nr. 34. §. 1. — Wege=Ordn. vom 11. Mai 1840. Nr. 25. §. 69 flg. — Vergl. Klüber, Deffentl. Recht §. 552. (457.) — L. 14. §. 1. D. Quemadmodum. servit. amitt. (S. 6.)

stücke, wo thunlich durch Ausweisung anderer Grundstücke, z. B. der verlassenen Wege, in deren Ermangelung aber mittelst einer Geldvergütung und zwar in allen Fällen vor der Besignahme der abzutretenden Grundstücke geleistet werden. Wenn über die Entschädigung ein gütlicher Vergleich nicht zu erreichen ist, so soll dieselbe mittelst einer unter Leitung des betreffenden Gerichts von drei beeidigten Taxatoren vorzunehmenden Schätzung des abzutretenden Grundstücks ausgemittelt werden. Der eine dieser Taxatoren wird von Seiten der Baubehörde, der andere von dem Eigenthümer des abzutretenden Grundstücks und der dritte von dem die Schätzung leitenden Gerichte ernannt; der Mittelsatz der Schätzungen sämmtlicher Taxatoren giebt den Maßstab für die zu leistende Entschädigung. Gegen das Resultat dieser Schätzung steht dem Grundeigenthümer der Recurs an das Staats-Ministerium frei, dessen Entscheidung definitiv ist. Grundstücke von einem ganz außerordentlichen relativen Werthe, als Wohnhäuser, Höfe, Gärten u., sind nur dann einer unfreiwilligen Abtretung unterworfen, wenn diese durch ganz besondere, nicht zu vermeidende Umstände erforderlich wird, worüber der Landesfürst entscheidet. Als Entschädigung für solche Grundstücke ist nicht allein der allgemeine, sondern auch der relative Werth zu erstatten ²⁾. Diese Bestimmungen sollen auch dann Anwendung finden, wenn in den Ortschaften selbst, also auch in den Städten, die Abtretung von Grundstücken zur zweckmäßigen Leitung der Straßenzüge erforderlich wird ³⁾, so wie auch, wenn Grundstücke behuf Gewinnung des zum Straßenbaue nothwendigen Materials abgetreten werden müssen, wobei jedoch auf das eigene Bedürfniß des Eigenthümers billige Rücksicht genommen werden soll. Bei der Ausmittlung der Entschädigung durch Taxation soll im letzten Falle nur der Werth in Anschlag gebracht werden, den das Grundstück und die darin enthaltenen Materialien für den Eigenthümer selbst haben können,

2) Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 17. §. 2—5.

3) Declarat. vom 4. Mai 1835. Nr. 31. §. 2.

nicht auch der besondere Werth, den die Materialien für den Straßenbau haben 4).

2) Eben diese Grundsätze finden auch bei Ermittlung der Entschädigungen für Grundstücke Statt, die zum Baue von Eisenbahnen und zur Gewinnung des Materials nothwendig sind 5).

3) Bei den Wegen, die keine Heerstraßen sind, sollen in allen Fällen, wo eine Abtretung von Grundstücken behuf der Wege oder Abflußgräben erforderlich, oder irgend eine Vergütung rücksichtlich der Wegebesserung zu geben ist, die Theilhaftigen von derjenigen Interessentenschaft entschädigt werden, innerhalb deren Besitzungen die Wege, zu welchen die Abtretung nöthig ist, belegen sind. Nur bei Landstraßen ersetzt der Staat die Entschädigung, so weit solche nicht durch die Vortheile aufgewogen wird, welche für die Gemeinde dadurch entstehen, daß der Staat bei Anlage, Instandsetzung und Unterhaltung der Landstraße die sämmtlichen baaren Baukosten übernimmt, oder daß durch die Anlage einer solchen Straße die Hindernisse gehoben werden, welche den Gemeinden bisher bei der Benutzung ihres Grundes und Bodens entgegengestanden haben. Dasselbe findet bei Grund-Abtretungen Statt, welche von einzelnen, in der Gemeindefeldmark nicht belegenen Gütern oder Forsten behuf der Landstraßen erfolgen. Der Betrag derjenigen Ersparnisse und Vortheile, welche aus einer solchen neuen Anlage einer Landstraße für die Gemeinden, Güter und Forsten hervorgehen, wird von der Kreis-Direction mit den betreffenden Behörden ermittelt und festgestellt. In allen Fällen, wo es behuf Verbreiterung der Wege, wenn keine unrechtmäßige Einräumung erwiesen worden (s. unten), behuf Verlegung hohler oder krummer Wege, Anlegung neuer Wege u., darauf ankommt, Grundstücke von Privatpersonen zu verwenden, entscheidet über die Nothwendigkeit der beantragten Verwendung die Kreis-Direction, bei Abtretung von Gebäuden, Hofräumen und Gärten aber das

4) Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 17.

5) Declarat. vom 4. Mai 1835. Nr. 31. §. 1.

Staats-Ministerium. Wenn unter der Gemeinde und dem Grundbesitzer rücksichtlich der Entschädigung des letztern eine gütliche Uebereinkunft nicht zu erreichen steht, so hat das Amt die Sache durch eine anzuordnende Abschätzung in dem Maaße zu reguliren, daß dabei zuerst auf eine Entschädigung aus dem alten Wege, Falls davon etwas unbenutzt liegen bleibt, sonst aber aus Gemeindegütern oder Grundstücken und, wenn auch dazu keine Gelegenheit vorhanden ist, durch Vergütung in baarem Gelde Rücksicht genommen wird. Für geringe Flächenräume, für Grundstücke, welche nur für gewisse Zeit der Benützung des Eigenthümers entzogen werden, für Wasserleitungen, für Versetzung von Befriedigungen, für Verlust von Meliorationen u. dgl. sollen die Entschädigungen, wenn keine gütliche Vereinbarung zu Stande gekommen ist, überhaupt in baarem Gelde ausgeglichen werden. Die Abschätzungen geschehen durch drei beeidigte Sachverständige, deren einer von dem abtretenden Grundeigenthümer, der zweite von dem Erwerber und der dritte vom Amte erwählt wird; der Durchschnittsbetrag der Schätzungen sämmtlicher Taxatoren ergibt den Maßstab für die Entschädigung. Hält sich eine Partei durch das Resultat der Abschätzung für beschwert, so kann dieselbe binnen 14 Tagen auf eine andere Taxation antragen, bei deren Resultate es verbleibt. Vor Berichtigung des Kaufpreises für das abzutretende Grundstück müssen sämmtliche Realberechtigten auf Kosten des Erwerbers edictaliter citirt werden, um mit denselben eine gütliche Uebereinkunft zu versuchen. Der Widerspruch eines Realberechtigten kann indeß nur die Deposition der in Gelde festgestellten Gegenleistung bewirken, und die gerichtliche Entscheidung nur die Feststellung der Ansprüche der Realberechtigten an der Gegenleistung zum Gegenstande haben. Pächter, welche einen Theil des abzutretenden Grundstücks inne haben und die Benützung der für dieses dem Eigenthümer überwiesenen Grundstücke nicht angemessen finden, können von ihrem Verpächter nur einen verhältnißmäßigen Erlaß am Pachtgelde, aber keine Entschädigung wegen entbehrten Gewinnes verlangen. Das Eigenthum eines verlassenen und zur Entschädigung einzelner Grund-

besitzer nicht verwandten Weges fällt demjenigen zu, welcher die Entschädigung für das zum neuen Wege abgetretene Terrain geleistet hat. Sonstige zu dem Wege bisher gehörig gewesene, bei der Regulirung desselben aber entbehrlich werdende Plätze sind der Gemeinde, und außerhalb der Gemeinde-Feldmark demjenigen zu überweisen, aus dessen Eigenthume der Weg genommen war ⁶⁾).

Nach eben diesen Grundsätzen wird auch bei der Ermittlung der Entschädigung für solche Grundstücke verfahren, in welchen die zur Wegeverbesserung nothwendigen Materialien vorhanden sind, deren Benutzung erforderlich gehalten wird. Auch sollen solchen Interessentenschaften, in deren Grundstücken brauchbare Materialien nicht vorhanden sind, von benachbarten Interessentenschaften und Grundbesitzern, welche sich im Besitze derselben befinden, die nöthigen Materialien gegen Entschädigung verabsolgt werden, jedoch nur insofern, als die Mittel zur Befriedigung des eigenen Bedürfnisses des fremden Grundeigenthümers dadurch zu dessen Nachtheile nicht geschmälert, und derselbe nicht der unentbehrlichen Materialien zur Wegeverbesserung und zu sonstigen Zwecken beraubt wird ⁷⁾).

Wenn die Wege schmaler befunden werden, als solche nach den bei der Feldvermessung angefertigten Feldrissen bezeichnet sind, so tritt die Vermuthung ein, daß sie durch Einräumung von Seiten der angränzenden Grundbesitzer geschmälert sind. Wenn daher die Instandsetzung der Wege deren Verbreiterung erforderlich macht, so soll die ursprüngliche Breite des Weges, nach Anleitung des Feldvermessungs-Plans und der Beschreibungen, durch Vermittelung des betreffenden Amtes hergestellt werden, jedoch mit Vorbehalt der Entschädigung des Betheiligten, wenn dieser den rechtlichen Erwerb der abzutretenden Fläche im Rechtswege darzuthun vermag ⁸⁾).

6) Wege-Ordn. vom 11. Mai 1840. Nr. 25. §. 72 flg.

7) Ebendas. §. 70 u. 71.

8) Ebendas. §. 75.

§. 175.

B. Beschränkung des Eigenthums aus allgemeinen Staats- und Gemeinde-Rücksichten.

Eichhorn, §. 265 flg.

Privateigenthum und Privatgerechtsame können für wesentliche Zwecke des Staats oder einer Gemeinde, jedoch nur in den gesetzlich bestimmten oder durch dringende Nothwendigkeit gebotenen Fällen, gegen vorgängige volle Entschädigung auf Verfügung der competenten Verwaltungs-Behörden in Anspruch genommen werden. Wenn es unmöglich war, die Entschädigung vorgängig zu ermitteln, so muß dieselbe nachträglich ohne Anstand festgestellt und geleistet werden; ein Streit über den Betrag der Entschädigung ist im ordentlichen Rechtswege zu erledigen ¹⁾. Diese Grundsätze kommen hauptsächlich bei Expropriationen behuf der Wegebauten und der Anlegung von Eisenbahnen (§. 174.), so wie auch behuf des Bergbaues (§. 168.) und der zweckmäßigen Herstellung neu zu erbauender Ortschaften zur Anwendung. In letzter Beziehung bestehen für die Landgemeinden die particularrechtlichen Bestimmungen, daß, wenn sich bei dem Wiederaufbaue eines ganzen Orts oder eines bedeutenden Theils desselben nach der Entscheidung der Kreis-Direction eine Veränderung der Lage der Gebäude als nothwendig herausstellt, jeder Eigenthümer sich dem vorzuschreibenden allgemeinen Bauplane unterwerfen und die danach erforderlichen Veränderungen des Grundeigenthums gegen eine, nach

1) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 33. — Vergl. Klüber, Deffentl. Recht §. 550 flg. (455.) — Das röm. Recht enthält den Grundsatz, daß niemand zur Veräußerung seines Eigenthums gezwungen werden könne. L. 12. C. De his quae vi etc. (2. 20.) L. 11. C. De contract. emt. (4. 38.) Indes sind demselben ebenfalls schon Ausnahmen nicht unbekannt; z. B. L. 14. §. 1. D. Quemadm. servit. amitt. (8. 6.) L. 6. C. De operib. publ. (8. 12.) — Auch in dem gemeinen deutsch. Rechte findet sich das Institut der Expropriation nicht, vielmehr hat sich dasselbe erst in neuester Zeit ausgebildet und durch die Gesetzgebungen fast aller Staaten zu einer eigentlichen Rechtsanstalt erhoben.

Maßgabe der Bestimmungen über die Expropriationen zum Zwecke der Heerstraßen (§. 174. Nr. 1.) zu ermittelnde Entschädigung gefallen lassen muß. Diese Entschädigung wird von der Gemeinde geleistet, jedoch hat der Neubauende dazu in der Maße beizutragen, als ihm durch die Erweiterung und Verbesserung seines bisherigen Bauplatzes Vortheil erwachsen ist ²⁾).

Aus landespolizeilichen Rücksichten ist die Theilung gewisser Arten des Grundeigenthums oder eines gewissen Complexus von Grundstücken untersagt. Von der Untheilbarkeit der Bauergüter ist im §. 239 flg., und der Lehngüter im §. 256 die Rede. Außerdem sollen auch kleine, nur für einen Haushalt berechnete Gebäude nicht getheilt ³⁾, und Garten- und Wiesenplätze, welche den Bergleuten in den Communionsforsten ausgewiesen sind, von den Häusern derselben nicht getrennt werden ⁴⁾).

C. Erwerbung des Eigenthums.

§. 176.

I. Dem Verkehre entzogene Sachen.

Sichhorn, §. 170 flg.

An den gemeinrechtlichen Grundsätzen über die dem Verkehre entzogenen Sachen ist durch das vaterländische Particularrecht nichts geändert, ausgenommen, daß die Bestimmungen als Modificationen des gemeinen Rechts angesehen werden müssen, daß das Leihhaus auch an den dem Verkehre entzogenen Sachen ein Pfandrecht erlangen, und daß gestohlenen Geld, womit ein Pfand eingelöst ist, von dem Leihhause unter keinen Umständen vindicirt werden kann. (§. 106.)

Ueber das gemeinrechtliche Vindicationsrecht gestohlener Sachen ¹⁾ enthält unsere Gesetzgebung folgende genauere Be-

2) Feuer-Ordn. für die Landgemeinden vom 15. Octbr. 1832. Nr. 35. §. 3. — Vergl. §. 139.

3) Minister. Refcr. vom 24. Januar 1835. Promt. II. 209. Note.

4) Theilungs-Rescß vom 12. Mai 1649. §. 8. Promt. II. 209.

1) Das Recht des Eigenthümers einer gestohlenen Sache, dieselbe

stimmungen: Wer Sachen, von denen er weiß oder wissen kann, daß dieselben gestohlen sind, kauft oder auf andere Weise an sich bringt, ist verbunden, dieselben dem Eigenthümer völlig unentgeltlich zurückzugeben, und zugleich strafbar. Wenn dagegen dem Käufer die Entwendung der Sache nicht bekannt gewesen ist und er davon auch keine Vermuthung hat haben können, so muß er die Sache zwar ebenfalls dem Eigenthümer unentgeltlich zurückgeben, indeß steht ihm den Umständen nach ein Recht auf Erstattung der nothwendigen und unentbehrlichen Aufwendungen zu, auch bleibt ihm der Regreß gegen den Verkäufer vorbehalten. In dem Falle aber, daß der Käufer die Sache in der Absicht, dieselbe dem Eigenthümer zu erhalten, an sich gebracht hat und diese Absicht erweisen kann, soll ihm Alles, was er zu solchem Zwecke aufgewandt hat, von dem Eigenthümer erstattet werden 2).

Von dem Vindicationsrechte gefundener Sachen, die ebenfalls dem Verkehre entzogen sind, ist im §. 177 die Rede.

Manche Sachen sind aus polizeilichen Gründen durch specielle Bestimmungen dem Verkehre entzogen 3), dahin gehören:

1) Die von der braunschw. Bibel-Gesellschaft ausgegebenen und mit deren Stempel versehenen Bibeln und sonstigen zur religiösen Belehrung und Erbauung bestimmten Bücher 4).

von jedem, selbst dem unschuldigen Besitzer, ohne diesen zu entschädigen, vindiciren zu können (§. 19. J. De obligat. quae ex delict. nasc. 4. 1. — L. 2. C. De furt. 4. 2.), ist keine Folge des Diebstahls, sondern des Eigenthums. Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 151.

2) Verordn. vom 20. Octbr. 1616. Promt. H. 11. — Vergl. Peint. Halsger. Ordn. Art. 207 flg. — Glück, Pandect. Comment. Th. 8. §. 592. — Engelbrecht, Compend. jurispr. Pag. 269. Nr. III., wo mehrere ähnliche particularrechtliche Bestimmungen angeführt sind.

3) Ähnliche Bestimmungen sind auch schon dem röm. Rechte bekannt. L. 4. §. 1. D. Fam. herc. (10. 2.) — L. 1. C. Quae res ven. non poss. (4. 40.)

4) Verordn. vom 14. Septbr. 1816. Nr. 11.

2) Die den Armen und den Soldaten zugetheilten, besonders bezeichneten Gefangbücher ⁵⁾.

3) Die den Armen in der Stadt Braunschweig eingegebenen, mit dem Stempel der Armen-Anstalt versehenen Sachen. §. 74.

4) Waffen, Armaturstücke und Militair-Effecten, welche dem braunschw. Truppencorps angehören. Der Käufer soll den vollen Werth der Sache erstatten und außerdem den doppelten Werthbetrag als Strafe erlegen. Eben diese Strafe trifft, neben der Rückerstattung der Sache, auch den, welcher dieselbe von einem Deserteur aus einem andern deutschen Bundesstaate an sich gebracht hat ⁶⁾.

5) Leihhauscheine. §. 106.

6) Wilddiebsflinten, die bei Jedem, der dieselben ohne polizeiliche Erlaubniß besitzt, confiscirt werden sollen ⁷⁾.

§. 177.

II. Eigenthums-Erwerbung an beweglichen Sachen; insbesondere durch Finden.

Eichhorn, §. 173.

Ueber die Arten, wie Eigenthum an beweglichen Sachen erworben wird, gelten im Allgemeinen die recipirten Grundsätze des röm. Rechts ohne Modification ¹⁾, und nur über

5) Avertiffem. vom 24. Januar 1780 und vom 22. März 1780. Promt. I. 381.

6) Verordn. vom 4. Juni 1762. Promt. II. 174. — Deögl. vom 24. Januar 1814. Nr. 22. — Deögl. vom 8. April 1831. Nr. 6. Art. 15. — Vergl. I. 3. §. 13. L. 14. D. De re milit. (49. 16.)

7) Verordn. vom 21. Juli 1823. Nr. 20. — Gesetz vom 6. Juni 1839. Nr. 15. §. 79.

1) Ueber die gemeinrechtliche Streitfrage, wie das Eigenthum an einem auf der Gränze stehenden Baume zu bestimmen ist (L. 6. §. 2. D. De arbor. furtim caes. 47. 7. — §. 31. J. De rer. divis. etc. 2. 1. — Höpfner, Commentar §. 327. — v. Wening-Ingenheim, Civilrecht II. §. 54. — Thibaut, Pandectenrecht §. 596. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 259.), sprach sich ein landesf. Refcr. vom 21. Januar 1793. Promt. I. 62. in der Art aus, daß ein Baum dahin gehöre, wo derselbe seine Wurzeln habe.

den Eigenthums-Erwerb an gefundenen Sachen ²⁾ enthält die vaterländische Gesetzgebung folgende besondere Bestimmungen:

Jeder Finder verloren gegangener Sachen hat die Verbindlichkeit, solche dem ihm bekannt gewordenen Eigenthümer wieder zuzustellen. Wenn dies nicht sofort thunlich ist und die Sache über 12 Ggr. an Werth hat, so muß der Finder dieselbe zur Ermittlung des Verlierers binnen 8 Tagen der Polizeibehörde oder dem Gerichte unmittelbar überliefern; es ist ihm jedoch gestattet, solche Sachen, die nicht mehr als 10 Thlr. werth sind, an sich zu behalten, wenn er selbst die Verpflichtung übernehmen will, den Verlierer durch die braunschw. Anzeigen zur Anmeldung aufzufordern ³⁾. Hiermit muß aber der Finder sodann binnen 8 Tagen nach dem Funde verfahren, und es kann eine solche Bekanntmachung nicht den Erwerb der Sache bewirken, vielmehr kann hierzu nur das Verfahren vor der competenten Behörde führen. Das Unterlassen dieser Anzeige oder Bekanntmachung hat zur Folge, daß der Finder die sonst jedem Inhaber zu Statuten kommende Vermuthung eines rechtlichen Besizes nicht für

2) Die Erwerbung des Eigenthums durch Finden ist bekanntlich nach röm. Rechte sehr beschränkt (Vergl. Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 593. — Schweppe, Röm. Priv. Recht §. 236. — Pfeiffer, Pract. Ausführungen Bd. 2. Nr. 16.), und die darüber jetzt geltenden Grundsätze sind mehr dem gemeinen deutschen Rechte entnommen (Sachsenspiegel Bd. II. Art. 37.); namentlich gründet sich die Beschränkung des Rückforderungsrechts des Eigenthümers auf eine gewisse Zeit nach öffentlicher Bekanntmachung des Fundes nur auf particulares Recht. Mittermaier, Deutsches Privatrecht (6te Aufl.) §. 162.

3) Diese letzte Bestimmung galt früher (Verordn. v. 2. Novb. 1744) für alle gefundenen Sachen. Der Sachsensp. Bd. 2. Art. 29 schreibt vor, daß der Finder die Sache ausbieten und binnen 6 Wochen unverthan halten solle. — Der Soldat, welcher in dem Bezirke der Caserne, der Wache, des Lagers oder eines andern militairischen Versammlungsortes Geld oder Effecten findet, soll davon, bei Strafe des Arrestes, auf der Stelle Anzeige machen. Verordn. vom 26. Mai 1837, die Publication der neuen Redaction der Kriegsartikel betr. I. Art. 79.

sich hat, zugleich seines Rechts sowohl an der Sache, als auch an der für den Finder etwa ausgelobten Prämie zu Gunsten der Armencaſſe des Gerichtsorts verluſtig wird, und außerdem in eine dem Werthe der Sache gleichkommende Geldbuße verfällt. Die widerrechtliche Zueignung des Gefundenen wird criminell bestraft ⁴⁾; eine Straſſchärfung tritt ein, wenn der Finder gewußt hat, daß die Sache von einem Poſtwagen verloren war. Nach erfolgter Anzeige hat in Braunschweig die dortige Polizei-Direction und in den übrigen Landestheilen die betreffende Gerichtsbehörde, wenn der Eigenthümer nicht ſofort ausfindig zu machen iſt, den Verlierer der Sache und Alle, welche daran rechtliche Ansprüche haben, öffentlich vorzuladen, und zwar unter Beſtimmung einer bei Verluſt des Rechts wahrzunehmenden Friſt. Die Bekanntmachung dieſer Ladung ſoll durch die braunſchw. Anzeigen, auch wohl durch auswärtige Blätter und durch öffentliche Anſchläge geſchehen, und bei bedeutendem Werthe der gefundenen Sache wiederholt werden. Die Friſt zur Anmeldung iſt auf zwei Monate, ſechs Monate und ein Jahr zu beſtimmen, je nachdem die Sache einen Werth unter 50 Thlr., bis 100 Thlr. und über 100 Thlr. hat; bei der Vermuthung, daß die Sache von einem Poſtwagen, von Ausländern oder von nicht anſäßigen Perſonen verloren iſt, muß die Friſt verdoppelt werden. Im Falle die Behörde die Aufbewahrung der Sache dem Finder zu überlaſſen, nicht für angemessen hält, muß ſie ſelbſt dafür Sorge tragen und die Sache verkaufen laſſen, wenn das längere Aufbewahren dieſelbe dem Verderben ausſetzen, oder unverhältnißmäßige Koſten verurſachen würde. Die Sache darf nur demjenigen zurückgegeben werden, der ſich binnen der geſetzlichen Friſt als der Verlierer derſelben meldet, ſich dazu gehörig legitimirt und nachweiſt, daß ſelbige in ſeinem Beſitze geweſen iſt. Nach Ablauf der Anmeldungsfriſt wird von dem competenten Gerichte, wohin ſodann auch von der Polizei-Di-

4) Crim. Geſ. Buch §. 223. — Vergl. Pfeifer, Pract. Ausführungen Bd. 2. Nr. XVI.

rection zu Braunschweig die Sache abzugeben ist, dem Finder die gefundene Sache übereignet und zugeschlagen, oder, wenn der Finder darauf verzichtet, der Armenkasse des Gerichtsorts überwiesen. Der Zuschlag darf nur dann aufgehalten werden, wenn das Gericht in Erfahrung bringt, wer der Verlierer ist, in welchem Falle eine nähere Untersuchung eingeleitet werden und eine Entscheidung erfolgen soll. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen den erfolgten Zuschlag findet nur dann Statt, wenn die Sache über 50 Thlr. werth ist und der Verlierer nachweist, daß er ohne seine Schuld früher von der Aufforderung keine Nachricht gehabt hat und verhindert gewesen ist, seine Ansprüche anzumelden. Aber auch in diesem Falle erhält der Verlierer die Sache nur so weit zurück, als der Finder oder die Armenkasse noch Vortheile davon besitzt. Die Kosten der Aufbewahrung und des angestellten Verfahrens, so wie die Entschädigung des Finders trägt der Verlierer; wenn derselbe nicht ermittelt wird, so hat die Kosten der Finder, welchem die Sache zugeschlagen wird, zu tragen, oder sie werden bei dem Verkaufe der Sache von dem daraus gelöseten Gelde bezahlt. Wer eine gefundene Sache wissentlich kauft, oder sonst an sich bringt, wird eben so als der Finder selbst angesehen und, Falls er die ihm danach obliegenden Verbindlichkeiten nicht erfüllt, demselben gleich behandelt und bestraft. Diese Bestimmungen finden auch auf solche Sachen Anwendung, die von Fremden in Wirthshäusern oder in sonstigen Wohnungen vergessen und zurückgelassen sind 5).

§. 178.

III. Erwerbung des Eigenthums an unbeweglichen Sachen. — Auflassung.

Gichhorn, §. 174 u. 175.

Auch in den hiesigen Landen, wie überall in Deutschland, ist mit der Einführung des röm. Rechts im Allgemei-

5) Verordn. vom 15. April 1824. Nr. 11. — Vergl. Verordn. vom 2. Novbr. 1744 und 15. Decbr. 1750.

meinen die Uebergabe der Sache als Erwerbungsart an die Stelle der deutschrechtlichen Auflassung ¹⁾ getreten, indeß ist dieses ältere Institut keinesweges völlig verwischt, vielmehr finden sich noch Spuren desselben in der bei Contracten über bäuerliche Grundstücke nothwendigen gerichtlichen Confirmation und in der bei städtischen Grundstücken, wenn auch in veränderter Gestalt, noch jetzt vorkommenden Auflassung vor dem Richter, unter dessen Gerichtsbarkeit das veräußerte Grundstück belegen ist ²⁾.

Von der Nothwendigkeit der gerichtlichen Confirmation ist §. 98 die Rede gewesen. Die gerichtliche Auflassung kann nur in den Städten, wo sie bisher üblich gewesen, namentlich in Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Schöppenstedt, Blankenburg und Hasselfelde, auch jetzt noch als ein wesentliches Requisit behuf der Rechtsbeständigkeit einer Uebertragung dinglicher Rechte angesehen werden ³⁾. In den

- 1) Die Auflassung, welche vor dem Volksgerichte geschah, war in ältester Zeit die einzige Art der Eigenthums-Uebertragung, wodurch der Empfänger sofort selbstständige Vertheidigungsmittel zum Schutze gegen fremde Ansprüche und nach Jahr und Tag das volle Eigenthum an der Sache erhielt. Sie umfaßte nicht nur die Aufgabe des Eigenthums von Seiten des bisherigen Eigenthümers und die Uebertragung an den neuen Acquirenten, sondern zugleich auch die Besitzergreifung und gerichtliche Bestätigung. Vergl. Eichhorn, Deutsche Rechtsgeschichte §. 59. 358. 450 u. 564. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 160 u. 161. — Glück, Comment. Bd. 8. C. 123.
- 2) Der Grund hiervon mag in der unveränderten Beibehaltung älterer Statuten zu suchen sein. Vergl. Eichhorn, Deutsche Rechtsgeschichte §. 564.
- 3) Landesf. Declarat. vom 8. Decbr. 1825. Nr. 26. — Desgl. vom 20. Decbr. 1825. Nr. 29. §. 4. — Attest des Ob. Land. Ger. vom 2. Novbr. 1827. — Minister. Rescr. vom 9. Septb. 1831. Bege III. 213 u. 220.

Für Braunschweig schreibt die Unterger. Ordn. vom 2. Febr. 1764. Cap. 14. §. 1 bis 6. (Promt. I. 49. Vergl. Land. Rescr. vom 1. Mai 1828. Bege III. 185.) folgendes vor:

1) Wer das dominium unbeweglicher Güter durch Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft, Heirath oder auf andere Weise auf einen Andern übertragen will, soll das Grundstück auflassen

übrigen Städten, wo die gerichtliche Verlassung nicht nach besondern Localrechten hergebracht ist, tritt dieselbe nicht ein,

und das Eigenthum im Gerichte übergeben, und es soll, daß solches geschehen, mit allen Umständen, von wem, an wen, aus welchen Ursachen, quo titulo und zu welcher Zeit die Auflassung geschehen, im Gerichtsbuche verzeichnet werden.

2) Die Auflassung soll von allen Interessenten in Person oder durch genugsam Bevollmächtigte geschehen, und das Gericht muß untersuchen, ob die Interessenten noch unter fremder Gewalt stehen, oder nicht. Entstehen Zweifel hierüber, so sind letztere bis dahin, daß alle Bedenklichkeiten beseitigt sind, zurückzuweisen.

3) Niemandem sollen Immobilien gerichtlich tradirt werden, der nicht zuvor das Bürgerrecht erworben hat. Bekanntmach. des Stadt-Gerichts vom 20. Decbr. 1816 und vom 30. Juni 1829. (Br. Anz. von 1817. Nr. 1 und von 1829. Nr. 54.) — Vergl. Städte-Ordn. §. 18.

4) Die gerichtliche Auflassung muß spätestens binnen Jahr und Tag nach verändertem Eigenthume geschehen, bei Strafe der Zahlung doppelter Gebühren.

5) Jede gerichtliche Tradition soll durch die braunschw. Anz. bekannt gemacht werden, damit dritte Betheiligte mit ihren Ansprüchen auftreten können, welche bei Strafe des Verlustes binnen vier Wochen a die scientiae angemeldet und binnen drei Monaten justificirt werden müssen.

6) Die Auflassung darf nicht eher zugelassen werden, bis der Tradent bescheinigt hat, daß sämtliche bis zur Tradition rückständige onera publica abgetragen sind. Concl. des Magistrats vom 23. Decbr. 1774. Promt. I. 49.

In Wolfenbüttel ist der Acquirent eines Grundstücks verpflichtet, sich dasselbe binnen Jahresfrist bei Vermeidung einer Strafe von zwei Procent des Werthes verlassen resp. abjudiciren zu lassen, jedoch muß er vorher das Bürgerrecht erworben haben, auch nachweisen, daß die öffentlichen Abgaben berichtigt sind. Verordn. vom 21. Novbr. 1744. — Bekanntmachung des Stadt-Gerichts vom 24. Febr. 1840. (Br. Anz. Nr. 55.)

In Helmstedt muß die gerichtliche Auflassung aller Immobilien binnen Monatsfrist nach abgerebetem Kaufe vor dem Gerichte geschehen, widrigen Falls der Kauf für nichtig und das Eigenthum für nicht transferirt gehalten werden soll. Statuten von 1589. Art. 49 u. 54. — Verordn. des Magistrats vom 30. Novb. 1716. Promt. I. 50.

Ueber die Nothwendigkeit der gerichtlichen Auflassung in hannoverschen Städten s. Grefe, Hannov. Privatrecht Th. 2. §. 101.

so daß im Allgemeinen die bloße, indeß mit den nöthigen Erfordernissen versehene Anzeige der Veräußerung eines Grundstücks bei dem competenten Gerichte genügt, um die von demselben vorzunehmende öffentliche Bekanntmachung der Veräußerung, behuf Erlöschung der der Eintragung nicht bedürftenden gesetzlichen Hypotheken nach Ablauf eines Jahrs, zu erreichen ⁴⁾.

D. G e m e i n h e i t e n .

§. 179.

I. Allgemeines.

Sichhorn, §. 168 flg.

Die altgermanischen Eigenthumsverhältnisse haben eine Gemeinschaftlichkeit dinglicher Rechtsverhältnisse hervorgebracht, die, wenn auch ursprünglich mit dem Gemeindeverbande zusammenfallend, doch jetzt sich eben sowohl davon, als von den Corporations- oder Societätsverhältnissen des röm. Rechts unterscheiden, und welche man jetzt mit dem einmal üblichen Worte »Gemeinheiten« bezeichnet. Schon näher sind dieselben dem Miteigenthume verwandt, obwohl auch davon insofern unterschieden, als sie zwar auf gemeinschaftlicher Benutzung eines Grundstücks beruhen, indeß ihr Bestehen durch ein Eigenthumsrecht nicht bedingt wird, vielmehr häufig auf einem Dienstbarkeitsverhältnisse beruhet. In vielen Fällen ist der Rechtstitel, auf welchen sie sich gründen, überall nicht mehr zu ermitteln, so daß das Characteristische derselben allein in einer gemeinschaftlichen Benutzung eines Grundstücks, am Gewöhnlichsten zur Weidenutzung, doch auch nicht selten zur Nutzung des Bodens durch Holzwuchs, Haidhieb u., selbst zur Gewinnung von Urproducten, als Metalle, Salz, Torf, Lehm u. zu suchen ist ¹⁾. Die rechtl. Natur derselben muß nach derjenigen Form beurtheilt werden, in welcher

4) Landessf. Declarat. vom 8. Decbr. 1825. Nr. 26.

1) Vergl. Staatslexicon s. v. Gemeinheitstheilungen. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 99. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 129 u. 130.

das Verhältniß bei seiner practischen Erscheinung sich vorzugsweise darstellt, und fällt natürlich unter die allgemeinen Gesichtspunkte der einschlagenden Rechtsmaterie. Hier werden nur diejenigen Bestimmungen zusammengefaßt, welche die Aufhebung der Gemeinheiten zum Gegenstande haben und zu dem Zwecke erlassen sind, theils um die Aufhebung in den Fällen, wo solche nach gemeinrechtlichen Grundsätzen unzulässig ist, möglich zu machen, theils um überhaupt die Aufhebung zu erleichtern.

II. Gemeintheilung.

Sichhorn, §. 373.

§. 180.

A. Theilbare Gemeinheiten.

Die Auseinanderlegung derer, welche vermöge des Eigenthums oder eines Dienstbarkeitsrechts Theilnehmer an den Nutzungen solcher Grundstücke sind, die zur Acker-, Wiesen- oder Forst-Cultur, oder zur Weide dienen, ist allgemein zulässig, wenn ihre Theilnahme auf dem Rechte zur Acker-, Wiesen- oder Forst-Cultur, zum Weidegange mit dem Viehe überhaupt, oder zur Schäferhaltung, zur Mast, zum Plaggen- oder Haidehiebe, zum Laub- und Streuharken, oder zur Holzberechtigung irgend einer Art beruht. Wenn Grundstücke neben diesen Nutzungen oder ausschließlich zu anderen Zwecken, als zum Thon- und Lehm-, Sand- oder Mergelgraben, zu bergmännischen Zwecken, Triften, Wegen u. dergleichen, so sind die zu diesen Benutzungen Berechtigten weder verbunden, sich auf eine Auseinanderlegung einzulassen, noch brauchen sie eine Separation unter Dritten zu gestatten, wenn ihr Benutzungsrecht dadurch verhindert oder beschränkt wird ¹⁾. Die Auseinanderlegung der Miteigenthümer eines Grundstücks kann nach den für die Gemeintheilungen ergangenen gesetzlichen Bestimmungen nur dann erfolgen, wenn entweder die

1) Das auf solchen Grundstücken zum Nutzen eines Dritten ruhende Jagdrecht steht der Separation nicht entgegen, leidet aber auch durch dieselbe keine Veränderung.

Theilnehmerrechte der Einzelnen auf einem Gemeinheits- oder Corporationsverbande beruhen, oder wenn die Interessenten Gemeinheiten, Corporationen oder selbstständige Güter sind, deren wirthschaftlicher Zubehör die zu theilenden Grundstücke bilden. Die Theilung der den städtischen oder ländlichen Gemeinden zustehenden Grundstücke und Berechtigungen, welche zu Gemeindezwecken dienen, kann von den Gemeindegliedern nicht verlangt werden 2).

B. General- und Specialtheilung.

§. 181.

1. Allgemeines.

In Bezug auf das Recht, eine Theilung zu verlangen, besteht ein Unterschied zwischen Special- und General-Auseinandersetzung, indem jene das gegenseitige Verhältniß der Mitglieder einer und derselben Gemeinheit, und diese das Verhältniß unter ganzen Gemeinheiten und solchen Besizungen, welche nicht im Gemeinheitsverbande sind, betrifft.

Als Mitglieder einer Gemeinheit sind, rücksichtlich der Auseinandersetzung, in keinem Falle Stifter, Klöster, Domainen und dazu gehörige Vorwerke, Rittergüter nebst Vorwerken, sonstige selbstständige Güter, die nicht zu den Gemeinde-Reihestellen gehören, und endlich die nicht zu einem Gute oder Hofe gehörenden Schäfereien anzusehen. Bauernhöfe, welche mit Stiftern, Klöstern, Domainen oder Rittergütern vereinigt sind, werden bei den Separationen als Pertinenzien derselben betrachtet, wenn sie mit einer nicht zu den Reihestellen gehörenden Haushaltung jener in eben der Ortschaft belegen sind, oder doch in den letzten 10 Jahren wirthschaftlich in dem Maße damit vereinigt waren, daß keine besondere Haushaltung auf den Höfen geführt wurde. Ueber den Gemeindeverband anderer Besizungen entscheiden folgende Regeln:

a) In Bezug auf Theilung solcher Grundstücke, welche der Acker-, Wiesen- und Forst-Cultur nicht unterworfen sind,

2) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. §. 1 bis 6.

und auf Auseinandersetzungen über gemeinschaftliche Weiderechtssame überhaupt, werden die Weiderechtigten eines Orts, welche gehalten sind, ihr Vieh behuf des Weideganges in gemeinschaftlichen Heerden zu vereinigen, als zu einer Gemeinheit gehörend angesehen.

b) In Bezug auf Auseinandersetzung über das gemeinschaftliche Eigenthum von Aeckern und Wiesen bilden die Miteigenthümer, welche in polizeilicher Hinsicht zu derselben Gemeinde gehören, eine Gemeinheit.

c) Rückfichtlich der Ablösung oder Aufhebung ein- oder wechselseitiger Feld- und Wiesenhude gehören die Privateigenthümer der Aecker oder Wiesen, welche auf derselben Feldmark liegen, zu einer Gemeinheit.

d) Rückfichtlich der Separationen, welche Forstgrundstücke betreffen, gehören die Miteigenthümer und Holznutzungs-Berechtigten, welche in polizeilicher Hinsicht in einem Gemeindeverbande unter einander stehen, zu einer Gemeinheit.

e) Dasselbe gilt rückfichtlich der Separationen, welche Berechtigungen zum Plaggen- und Haidhiebe, oder zum Laub- oder Streuharken, oder zur Mast betreffen.

In Bezug auf die Ablösung des Rechts, Holz auf Grundstücken zu erziehen, welche kein Forstgrund sind, findet unter den Berechtigten ein Gemeinheitsverband überall nicht Statt, und eben so wenig stehen die Privateigenthümer der damit belasteten Grundstücke auf einer Feldmark in einer Beziehung zu einander ¹⁾.

§. 182.

2. Recht auf Generaltheilung.

Bei General-Auseinandersetzungen kommen die betheiligten Gemeinheiten und solche Besitzungen, welche nicht im Gemeinheitsverbande stehen, als einzelne Interessenten in Betracht, sie mögen Provocanten oder Provocaten sein. Die General-Auseinandersetzung kann nur ausgeführt werden,

1) auf den Antrag eines Interessenten, dessen Theil-

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 7 flg.

nahme an den Nutzungen eines Grundstücks auf Eigenthums- oder Miteigenthumsrecht beruht. Anträge auf Auseinandersetzung, welche nur die Abfindung einzelner auf dem Grundstück haftender Dienstbarkeiten, oder einzelner Dienstbarkeitsberechtigten, oder eine theilweise Aufhebung einer Dienstbarkeit bezwecken, sind jedoch nur dann zulässig, wenn nach dem Gutachten der Landes-Deconomie-Commission nicht zu fürchten ist, daß einem in der Gemeinschaft verbleibenden Theilnehmer aus der Separation ein Nachtheil erwächst. Von mehreren Dienstbarkeitsberechtigten, gegen welche zugleich provocirt ist, hat jeder das Recht, seine Absonderung von den übrigen in Betreff der fragl. Nutzung zu fordern.

2) In Betreff des Dienstbarkeitsrechts zur Weide auf Grundstücke jeder Art, oder zum forstzinsfreien Empfange des Holzes zu gewissen Bedürfnissen steht dem Berechtigten die Provocation ebenfalls zu. Andere Dienstbarkeiten bringen diese Befugniß nicht mit sich, so wie auch dem zur Feld- und Wiesen-Hude Berechtigten die Provocation nur dann, wenn die Ablösung mit unverhältnißmäßigen Nachtheilen für den Eigenthümer nicht verbunden ist, gestattet sein, und die Befugniß des zur Weide in Forsten Berechtigten sich auf die Fälle beschränken soll, wo die Ablösung der Dienstbarkeit in staatswirthschaftlicher Hinsicht rathsam erscheint. Im Falle mehrere Grundstücke eines Berechtigten mit der Weideservitut belastet sind, so braucht der Erstere die Abfindung dafür auf den Antrag des Letztern nur dann zu geben, wenn der Antrag die völlige Absonderung des Berechtigten in Ansehung des ganzen Umfanges der belasteten Grundstücke bezweckt 1). Bei einer Abfindung eines einzelnen Forstweide-Interessenten auf dessen Antrag erhält der Forsteigenthümer das Recht, der Hütung der übrigen Berechtigten einen Theil der belasteten Forst zu entziehen, dessen Umfang nach dem Theile der ganzen Forst zu bestimmen ist, welcher dem abzufindenden Interessenten bei einer Separation

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 16 flg. — Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht S. 168.

unter den Weideberechtigten über das Weideservitutrecht zur alleinigen Behütung zu überweisen gewesen sein würde, wenn eine Ablösung der Servitut damit nicht verbunden gewesen wäre ²⁾).

Das Recht, auf General-Auseinandersetzung zu provociren, kann von einer Gemeinheit nur in Folge eines Gemeinheitsbeschlusses ausgeübt werden, welcher auch für die Dissentirenden verbindend ist, wenn die Hälfte der sämtlichen Stimmen in der Gemeinheit sich für die Separation erklärt hat. Ein Stimmenrecht haben nur diejenigen Besitzungen, welche an der Nutzung des Grundstücks, vermöge Nachbarrechts, als Reihestellen Theil nehmen, nicht aber diejenigen, welche, wie die Kirchen, Pfarren, Anbauerstellen u., in Folge besonderer gesetzlicher Bestimmungen oder vermöge ihnen eingeräumten Rechts zur Theilnahme berechtigt sind, auch stimmen die auswärtigen Feldmarksgenossen nicht mit. Die Stimmen über den Antrag werden indeß nicht nach der Zahl, sondern nach dem Theilnahme-Verhältnisse der Stimmgeber gezählt, so daß der Beschluß verbindlich ist, wenn die Stimmberechtigten, welche sich dafür erklärt haben, zusammen einen eben so großen Antheil an dem Eigenthume oder den Nutzungen des Gemeindegrundstücks nehmen, als die Dissentirenden ³⁾.

§. 183.

3. Recht auf Specialtheilung.

Kein Theilnehmer an den Nutzungen eines Grundstücks, welcher rücksichtlich seines Theilnahmerechts in einem Gemeinheitsverbande steht, ist befugt, seine Absonderung von den übrigen Gemeinheitsgenossen einseitig zu verlangen; die Separation kann nur auf den Antrag der ganzen Gemeinheit ausgeführt werden, welche deßhalb einen Gemeinheitsbeschluß,

²⁾ Gesetz vom 12. Febr. 1812. Nr. 43. §. 3.

³⁾ Gesetz vom 20. Decbr. 1831. Nr. 22. §. 24 fig. — Vergl. Hagemann a. a. D. §. 102.

der die Dissentirenden bindet, wenn sich zwei Dritttheile der Stimmberechtigten für die Separation erklären 1). Ausschließlich stimmberechtigt sind: 1) wenn der Beschluß die Theilung eines der Forst-, Acker- oder Wiesen-Cultur nicht unterworfenen Grundstückes betrifft, alle zur Weide berechtigten Mitglieder, welche über den Antrag auf General-Auseinandersetzung zu stimmen berechtigt sind; 2) wenn der Beschluß die Theilung eines der Acker-, Wiesen- oder Forst-Cultur unterworfenen Grundstückes betrifft, die Miteigenthümer desselben; 3) wenn der Beschluß die Aufhebung einer gemeinschaftlichen Acker-, Forst- und Wiesenbehütung betrifft, sämtliche Privateigenthümer der belasteten Grundstücke, und 4) wenn der Beschluß die Ablösung des ausschließlichen Schäfereirechts eines Gemeinheits-Mitgliedes betrifft, die sämtlichen stabspflichtigen Mitglieder. Die Zählung der Stimmen geschieht, wie bei der General-Auseinandersetzung, nach dem Verhältnisse der Theilnahme an den Nutzungen der Gemeinheit. Bei dem Antrage einer Gemeinheit auf Ablösung des ausschließlichen Schäfereirechts eines ihrer Mitglieder steht dem Schäfereiberechtigten das Recht zu, seine Separation von der Gemeinheit in Betreff seiner Acker und Wiesen und seines Weiderechts mit allen Vieharten gleichzeitig zu verlangen. Jeder Antrag auf Special-Auseinandersetzung ist der Prüfung der betreffenden Kreisdirection und der Landes-Deconomie-Commission unterworfen, und die Zulassung desselben bedarf der Genehmigung des Staatsministeriums 2).

1) Nach einer Verfügung des Staats-Ministerii soll in allen Fällen den auf Specialtheilung antragenden Interessenten zur Bedingung gemacht werden, daß sämtliches, den Höfen beigelegtes Land, auch wenn darunter flüchtiges befindlich, künftig die Pertinenz-Eigenschaft annehme, und daß die Interessenten nach erfolgter Theilung ländliche Servituten nicht durch Verjährung erwerben können. Rescript der Landes-Deconomie-Commission vom 25. Novbr. 1842.

2) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 29 flg.

§. 184.

C. Legitimation Behuf der Gemeinheits-
theilung.

Das Recht, auf Auseinandersehung zu provociren, welches von einer Besizung abhängt, oder mit einer Dienstbarkeits-Berechtigung verbunden ist, so wie überhaupt das Recht, über eine Besizung in Bezug auf Separation als Provocant zu disponiren, gebührt dem rechtmäßigen Inhaber, als welcher nicht nur der Eigenthümer und erbliche Nutzungsberechtigte, sondern auch derjenige angesehen wird, welcher das Grundstück oder die Berechtigung auf Wiederkauf, vermöge antichretischen Pfandrechts, kraft des aus der väterlichen Gewalt oder aus dem ehelichen Verhältnisse herrührenden Dispositionsrechts, oder als Interimswirth benutzt. Wenn das volle Eigenthum oder das erbliche Nutzungsrecht streitig ist, so ist der ordentliche Besizer legitimirt. Mehrere Mitinhaber eines Grundstücks oder einer Realberechtigung sind nur als eine Person anzusehen; unter ihnen entscheidet die Mehrheit, welche nach dem Verhältnisse der Theilnahmrechte berechnet wird. Bei Anträgen auf Auseinandersehung, so wie wenn bei Vergleichen von wesentlichen Punkten des Gesetzes abgewichen werden soll, bedarf der Vater der Zustimmung der Kinder, welche Inhaber des Grundstücks oder der Berechtigung sind, der Ehemann der Zustimmung der Frau, welche das Grundstück oder die Berechtigung als Brautshah zugebracht hat, und der Interimswirth der Zustimmung des Auerben. Zu eben den Zwecken bedürfen diejenigen, welche das 21ste Lebensjahr überschritten, das 25ste aber noch nicht zurückgelegt haben, so wie die Vormünder und Curatoren der Autorisation der Landes-Deconomie-Commission, die Concurss-Curatoren der Ermächtigung des Concurssgerichts, unter Zustimmung der Gläubiger, und solche Personen, deren Vermögens-Verwaltung beschränkt ist, des Beitritts derjenigen Personen oder Behörden, durch deren Mitwirkung die Gültigkeit ihrer Verwaltungshandlungen bedingt ist. Cammer-, Stifts-, Klo-

ster-, Pfarr- und Schulgüter werden durch die Aufsichts-Behörden vertreten. Das Recht, über eine Besizung in Bezug auf Separation zu disponiren, erstreckt sich auch darauf, Grundstücke gegen einander zu vertauschen, insofern dies nothwendig oder nützlich erscheint, und die auf das eingetauschte Grundstück von selbst übergehende Pertinenz-Qualität ist hierbei kein Hinderniß. Auch ist das Recht, über eine Besizung oder Dienstbarkeits-Berechtigung durch Separation und damit verbundene Austauschung zu disponiren, von der Genehmigung dritter Personen, welchen Rechte daran zustehen, unabhängig, doch müssen diese über den Auseinanderseßungs-Plan mit ihren Einwendungen insofern gehört werden, als sie eine angebliche Unzulässigkeit der Entschädigung, oder die Sicherstellung derselben in Capital oder Rente betreffen. Wenn aber die Besizung, worauf dritte Personen ein Recht haben, in einem Gemeinheits-Verbande steht und die Gemeinheit in eine General-Auseinanderseßung gezogen wird, so steht denselben eine Einwendung gegen die Zulänglichkeit der Entschädigung der Gemeinheit überall nicht zu ¹⁾.

§. 185.

D. Beschränkung der Gemeintheitstheilung durch Verträge u.

Verträge und lehtwillige Verfügungen, wodurch Gemeintheitstheilungen ausgeschlossen werden, sind nur auf neun Jahre verbindlich. Im Falle örtliche Verhältnisse längere Fristen nöthig machen, so können solche durch Verträge nur mit Genehmigung der Landes-Deconomie-Commission festgesetzt werden ¹⁾. Daß in einem Pachtvertrage gegebene Versprechen, daß eine Auseinanderseßung nicht Statt haben solle, ist wirkungslos ²⁾. Judicate können Gemeintheitstheilungen und Vertauschungen nicht hindern ³⁾.

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 35 flg.

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 47 flg.

2) Ebendaf. §. 211.

3) Ebendaf. §. 50.

§. 186.

E. Theilnehmungsrecht.

Bei einer jeden Separation müssen die Betheiligten nach ihren Theilnehmungsrechten abgefunden werden ¹⁾. Welche Rechte jedem Betheiligten an den Gemeingrundstücken zustehen und deren Beschaffenheit ist in Ermangelung gütlicher Vereinbarung im gewöhnlichen Rechtswege festzusetzen, ebenso die Frage, ob und welches bestimmte Maß des Theilnehmungsrechts eines Interessenten durch rechtsbeständige Willenserklärungen Statute und frühere Judicate ²⁾ festgestellt sei. Insofern aber ein solches bestimmtes Maß nicht feststeht, ist dasselbe nach den in der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung enthaltenen Grundsätzen durch die Theilungs-Behörde festzustellen. Diese Grundsätze finden auch ausschließlich auf die Berechnung des Theilnahme-Verhältnisses nach den feststehenden oder festgestellten Mäßen Anwendung und erstrecken sich speciell auf Auseinandersetzungen über Weiderechte, Aufhebung des Schäferrechts, Ablösung der Acker- und Wiesenhütung, der Forst-Weide-Servitut, der Mastgerechtsame, der Berechtigung zum Laub- und Streuharken, der Holzungs-Gerechtsame von damit belasteten Forsten auf Berechtigungen zum Plaggen- und Haidhiebe und auf Ablösung des Rechts, Holz auf Grundstücken zu erziehen, welche nicht mit der Forstqualität behaftet sind ³⁾.

1) Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 103. — Runde, Deutsches Privatrecht §. 181. e.

2) Die Verjährung ist bei dem Maße der Theilnehmungsrechte als Erwerbstitel ausgeschlossen. Vergl. Ständisch. Commiss. Bericht vom 21. Juli 1834 und Bericht der Land. Deconom. Commiss. an das Staats-Minister. vom 13. Juni 1834 in den ständisch. Verhandl. vom 1833 $\frac{3}{5}$. Nr. CL. Anl. VI. C. 16 und Anl. A. — Die hannöv. Gemeinh. Theil. Ordn. §. 82. Nr. 2 und die preuß. §. 31 lassen die Verjährung für diese Fälle zu.

3) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 51 flg. — Drögl. vom 12. Febr. 1842. Nr. 43. — Eine weitere Ausführung der in dem Gesetze specialisirten Grundsätze kann hier nicht Statt finden, es muß vielmehr in dieser Hinsicht auf das Gesetz selbst hingewiesen werden. — Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 100 u. 103.

§. 187.

F. Entschädigung der Theilnehmer.

Die Aufhebung der Gemeinschaft, wird dadurch bewirkt, daß den Theilnehmern für ihr Theilnahmerecht eine angemessene Entschädigung überwiesen wird; eine Entschädigung, in deren freiem Gebrauche der Empfänger durch zu Gunsten eines andern Theilnehmers darauf vorbehaltene Rechte gehindert sein würde, ist niemand anzunehmen verbunden. Diese Entschädigung erfolgt entweder in Grund und Boden, oder in Capital, jene macht die Regel aus. Der Betrag der Capital-Abfindung ist auf den fünf und zwanzigfachen Werth der zu vergütenden durchschnittlichen Jahresnutzung festgestellt; die Entschädigung in Grund und Boden muß in einer möglichst zusammenhängenden wirthschaftlichen Lage angewiesen werden, zu welchem Zwecke sich jeder Theilnehmer, der Grundstücke besitzt, die einer aufzuhebenden gemeinschaftlichen Benützung unterliegen, den Austausch dieser Grundstücke gegen solche von gleicher Gattung gefallen lassen muß, wobei ein Ausfall an der Güte durch einen Zusatz in der Fläche ausgeglichen wird; hiervon ist nur der Forstgrund-Eigenthümer ausgenommen. Die Bestimmung der Entschädigung und der Grundstücke, welche jeder Theilnehmer erhalten soll, geschieht nach speciellen gesetzlichen Vorschriften durch die Separations-Behörde, welche dabei thunlichst verhüten soll, daß ein Theilnehmer gegen den andern verkürzt und in seinen Nutzungen geschmälert wird ¹⁾.

§. 188.

G. Perfection des Auseinandersehungß-Vertrages.

Jeder Auseinandersehungß-Vertrag ohne Unterschied bedarf zu seiner vollen Perfection der Bestätigung durch die Landes-Deconomie-Commission, und wird nur dadurch für die Contrahenten klagbar. Die Confirmation durch die Kammer ist in keinem Falle erforderlich. Von dem zur Confir-

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 128 flg.

mation vorgetragenen Vertrage kann indeß keine Parthei willkürlich abgehen, und erst wenn die Confirmation verweigert wird, ist der Vertrag für beide Theile unverbindlich. Ein solcher rechtsbeständiger Vertrag kann nur insofern angefochten werden, als solches in Betreff gerichtlich bestätigter Verträge zulässig ist, und die Anfechtung kann in der Regel allein eine Ausgleichung durch Capitalzahlung zur Folge haben. Nach erfolgter Bestätigung sind nur noch wegen der zu verfallenden Tristen, wegen der Grabenanlagen zu Ent- und Bewässerungen, wegen Benutzung der Gewässer, wegen Benutzung der Lehm-, Sand- und Mergel-Gruben, wegen der nothwendigen Einhägungen, wegen der Vergütung des neuesten Düngungs- und Bestellungs-Zustandes und wegen des Beitrages zu den Auseinandersehungskosten, insofern hierüber im Reccesse nichts bestimmt ist, binnen Jahresfrist nachträgliche Verhandlungen zulässig ¹⁾.

§. 189.

H. Eigenschaft der Entschädigung und Benutzung der eingetauschten Grundstücke.

Die Entschädigung, welche jeder Theilnehmer durch die Auseinandersehung empfängt, ist ein Ersatz für die dagegen abgetretenen Grundstücke oder dadurch abgelösten Berechtigungen, und erhält daher in Ansehung der Privatrechtsverhältnisse die Eigenschaft derjenigen Grundstücke und Gerechtsame, für welche sie gegeben ist. Die Grundstücke treten daher in Rücksicht der Lehn- und Fideicommiß-Verbindung, der Meier-, Zins- und Erbenzins-Pflicht, der Dienstpflcht, der Pertinenz-Qualität ¹⁾, der hypothekarischen Schulden u. an die Stelle der dafür abgetretenen Grundstücke oder aufgegebenen Gerechtsame. Insbesondere sind die Dienstpflchtigen verbunden, den Dienst, welcher sich auf die Cultur gewisser Grundstücke, die vertauscht werden, bezieht, behuf der dafür

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 170 flg.

1) C. §. 183. Note 1.

eingetauschten Grundstücke abzuleisten, insoweit für sie daraus keine größere Belästigung erwächst.

Wenn ein Grundstück von den die Cultur beschränkenden Servituten und von der Zehntpflicht gänzlich befreit ist, so kann der Besitzer, dem das volle Eigenthum oder ein erbliches Nutzungsrecht daran zusteht, dasselbe willkürlich als Acker, Wiese, oder Weide benutzen, und es sind alle Grundstücke, die urbar gemacht worden, vom Kottzehnten und Kottzins befreit. Baumpflanzungen dürfen, wenn nicht ein Anderes hergebracht ist, nicht näher als auf die Entfernung einer Ruthe an die Gränzen artbarer Grundstücke Dritter gebracht werden; Grundstücke in Forstgrund umzuwandeln, ist nur dann gestattet, wenn dies für Dritte un-
nachtheilig ist.

Wegen der beizubehaltenden Servituten s. §. 195.

Der mit einer Holzrente belastete Forsteigenthümer muß den Forst so einrichten, daß davon die Verabfolgung der Rente jederzeit in natura erfolgen kann 2).

§. 190.

J. Capital = Abfindung.

Die Capital = Abfindung, welche nach Ablauf eines Jahres von dem Tage der Ueberweisung zahlbar 1) und bis zur Zahlung mit vier Procent zu verzinsen ist, haftet auf der Besizung, von welcher sie erfolgt, als Grundlast und steht den Ablösungs = Capitalien der dritten Classe in der Priorität gleich; dasselbe ist der Fall bei den Holzrenten.

Die Eintragung der Capital = Entschädigung auf die belastete Besizung in die Hypothekenbücher geschieht, wie solches bei den Ablösungs = Capitalien vorgeschrieben ist. Wenn aber die Entschädigung bei General = Theilungen und von einer Gemeinheit zu leisten ist, so haften für dieselbe alle Mitglieder der Gemeinde solidarisch und eine Eintragung des

2) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 174 flg.

1) Ueber die Bezahlung solcher Abfindungen an geistliche und Unterrichts = Anstalten s. §. 67 a. G.

Capitals findet nicht Statt. Capital-Abfindungen, welche Gemeinheiten aus General-Theilungen empfangen, gebühren, insofern sie nicht für Gerechtsame oder Grundstücke erfolgen, welche dem Aerario oder der Gemeinde-Casse angehören, den Gemeinheitsgenossen nach Maßgabe ihrer Theilnahme-Rechte 2).

§. 191.

K. Wirkungen des Auseinandersetzungs-Vertrages hinsichtlich dritter Personen.

Zur genauen Ermittlung der bei einer Theilung betheiligten dritten Personen ist der Theilungs-Plan vor der Bestätigung des Recesses öffentlich bekannt zu machen, und zu dem behuf der Bekanntmachung anzusehenden Termine sind nicht nur die bekannten Theilnehmer speciell, sondern auch die etwa unbekannten Betheiligten edictaliter vorzuladen. Unterbleibt diese Edictalladung, was unter Einverständnis der Interessenten und mit Genehmigung der Landes-Deconomie-Commission geschehen kann, so bleiben die Rechte unbekannter Theilnehmer und dritter Betheiligter vorbehalten. Das mit der Edictalladung anzudrohende Präjudiz des Rechtsausschlusses tritt mit Beendigung des Termins von selbst ein, und eine Restitution kann bis zur Ausführung des Recesses nur aus erheblichen Gründen und gegen Kosten-Erstattung ertheilt werden, nach bestätigtem Reccesse aber allein aus solchen Gründen, aus welchen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen ein durch Rechtsmittel nicht mehr anzugreifendes Erkenntniß zulässig ist. Die Auseinandersetzung selbst kann indeß auch im letzten Falle in der Regel nicht umgestoßen werden, vielmehr ist jeder Betheiligte nur in so weit zum Ersatze verbunden, als er zum Nachtheile des Ausgeschlossenen bereichert ist.

Wenn die Entschädigung in Grundstücken besteht, so werden in Ansehung derselben die nicht empfangenden Theilnehmer mit der Abtretung von allen Ansprüchen Dritter befreiet. Bei einer Capital-Entschädigung tritt die vollständige

2) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 193 flg.

Befreiung desjenigen, der sie zu leisten hat, rücksichtlich der Ansprüche Dritter darauf ein, wenn die Entschädigung entweder vor Gericht an den Berechtigten gezahlt, oder gerichtlich deponirt wird. Der Zahlung muß eine öffentliche Ladung der bekannten und unbekannten Betheiligten vorausgehen. Die Auszahlung einer Capital-Entschädigung an eine Gemeinheit bei General-Auseinandersetzungen erfordert indeß nur eine Bekanntmachung der Landes-Deconomie-Commission, in welcher die Gemeinheit und die an dieselbe zu zahlende Summe im Ganzen, so wie die Zahlungszeit benannt und die Aufforderung an dritte Betheiligte zur Wahrnehmung ihrer Rechte enthalten ist. Dem Obereigenthümer, Vasallen, Fideicommiß-Nachfolger, Pfand- und Hypothekgläubiger stehen in Ansehung der Capital-Entschädigungen, welche ein Theilnehmer empfängt, dieselben Befugnisse zu, als rücksichtlich der Ablösungs-Capitalien 1).

§. 192.

L. Wirkung des Auseinandersehungsz-Vertrages, insbesondere auf Pacht-Verhältnisse.

Daß in einem Pacht-Contracte gegebene Versprechen, daß eine Auseinandersehung nicht Statt haben solle, ist wirkungslos. Für den Fall, daß in dem Pacht-Vertrage über die Folgen der Separation keine besondere Verabredungen getroffen sind, treten folgende Bestimmungen ein:

Wenn ein verpachtetes Gut in einem Gemeinheits-Verbande steht und die Gemeinheit zu einer General-Auseinandersehung gezogen wird, ohne daß dem Verpächter zur Benutzung eingethane Aecker und Wiesen bei der Auseinandersehung vertauscht worden, so hat sich der Pächter jeden Falls mit der Theilnahme zu begnügen, welche dem Gute an den Nutzungen der, der Gemeinheit zugefallenen Entschädigung gebührt, und zwar bei einer Capital-Entschädigung mit 4 Procent Zinsen des Gutsantheils, vorausgesetzt, daß diese Zinsen nicht geringer sind, als die entsprechende jährliche

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 201 flg.

Pachtsumme für die Nutzung, deren Verlust durch das Capital ersetzt wird, indem in einem solchen Falle der Betrag der Pachtsumme von dem ganzen Pachtgelde abgesetzt werden soll. Wenn bei einer General-Auseinandersehung dem Pächter mit überlassene Aecker und Wiesen vertauscht, so wie in allen Fällen, wenn Güter als selbstständige Interessenten zur Auseinandersehung gezogen werden; hat der Verpächter den Pächter binnen einem halben Jahre nach erfolgtem Antrage auf Separation von diesem, und die Theilungs-Behörde spätestens bei Vernehmung über den Theilungs-Plan von der Verpachtung der Besizung in Kenntniß zu setzen, widrigen Falls der Pächter eine solche Entschädigung verlangen kann, wie sie aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen, der Natur und den Rechtsverhältnissen der Sache sich ergibt. Bei Beobachtung jener Vorschrift von dem Verpächter ist der Pächter zu dem Termine, in welchem der Theilungsplan publicirt wird, speciell vorzuladen, und es hat derselbe alsdann das Recht, die Pacht innerhalb eines Monats nach der Publication des Theilungsplans zu kündigen, in welchem Falle er am Ende desselben Wirthschaftsjahrs abzieht, vorausgesetzt, daß ihm der Theilungsplan nicht erst drei Monate vorher bekannt wird, indem er alsdann erst am Ende des nächsten Wirthschaftsjahrs abzuziehen braucht. Das Kündigungs-Recht des Pächters fällt indeß weg, wenn die Auseinandersehung nach dem Urtheile der Landes-Deconomie-Commission keine erhebliche Veränderungen der Wirthschafts-Verhältnisse verursacht. Macht der Pächter von dem Kündigungsrechte keinen Gebrauch, so tritt die Entschädigung an die Stelle des verpachteten Gegenstandes, wofür dieselbe gegeben ist, und zwar die Capital-Entschädigung in der oben bemerkten Art. Durch die Auseinandersehung nothwendig werdende landwirthschaftliche Einrichtungen muß der Verpächter bestreiten, indeß hat ihm der Pächter das aufgewandte Capital mit 4 Procent zu verzinsen. Erforderlichen Falls das Inventar zu vermehren, ist Sache des Pächters, und er wird dafür bei Rückgabe der Pacht nach der Taxe entschädigt; muß ein etwa überflüssig gewordener Theil des Inventars

von dem Verpächter zurückgenommen werden. Andere öconomische Differenzen entscheidet die Landes-Deconomie-Commission ¹⁾).

§. 193.

M. Verfahren bei Auseinandersetzungen.

Die Leitung der in Antrag gebrachten Auseinandersetzungen steht der Landes-Deconomie-Commission ¹⁾ zu. Auch wenn sich die Interessenten über die Auseinandersetzung und die zu gebenden Entschädigungen privatim geeinigt haben, so ist zur Rechtsverbindlichkeit des Auseinandersetzungs-Vertrages die Prüfung und Bestätigung desselben durch die Landes-Deconomie-Commission (§. 188.) ebenfalls erforderlich ²⁾.

Mit der königl. preuß. Regierung ist wegen Behandlung der Provocationen auf Separationen in dem Gränzgebiete eine besondere Convention geschlossen ³⁾.

Zweiter Abschnitt.

D i e n s t b a r k e i t e n .

§. 194.

I. Persönliche Servituten.

Sichhorn, §. 178.

Wo die persönlichen Servituten des röm. Rechts vorkommen, müssen dieselben auch lediglich nach dem gemeinen Rechte beurtheilt werden ¹⁾, weil unser Particularrecht in Betreff derselben abweichende Bestimmungen nicht enthält. Von dem deutschrechtlichen Nießbrauche ist, um den Zusammenhang nicht zu zerreißen, bei den einzelnen Instituten,

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 211 flg.

1) Der Wirkungskreis der Land. Deconom. Commission und das von derselben zu beobachtende Verfahren ist in dem Gesetze vom 20. Decbr. 1834. Nr. 2. vorgeschrieben.

2) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 221 u. 222.

3) Verordn. vom 14. Juni 1841. Nr. 15.

1) Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 166. — Pagemann, Landwirthschaftsrecht §. 150.

wo ein solcher gesetzlich stattfindet, die Rede; z. B. von dem Nießbrauche des Vaters an dem Vermögen der Kinder bei der väterlichen Gewalt, von dem Nießbrauche des Leibzüchters und des Interimswirths im Bauerrechte u.

II. Prädial-Servituten.

§. 195.

A. Allgemeines.

Gichhorn, §. 178.

Eben so, wie bei den persönlichen Servituten, findet auch bei den Prädial-Servituten das römische Recht, jedoch mit den durch deutschrechtliche Ansichten entstandenen Modificationen, im Allgemeinen volle Anwendung. Die particularrechtlichen Bestimmungen in Betreff einzelner Servituten sind in den folgenden Paragraphen angeführt. Von der Zulässigkeit der Auseinandersetzung derer, welche vermöge eines Dienstbarkeitsrechts Theilnehmer an den Nutzungen solcher Grundstücke sind, die zur Acker-, Wiesen- und Forst-Cultur oder zur Weide dienen, ist §. 180 die Rede gewesen. Wenn bei Gemeinheits-Theilungen unentbehrliche Dienstbarkeiten zu Wegen und Triften u. s. w. beibehalten oder neu eingeführt werden müssen, so soll der Gebrauch derselben in der Art bestimmt werden, daß dadurch der Zweck der Separation nicht vereitelt und so wenig als möglich beschränkt wird. Nach vollzogener Separation sind solche Dienstbarkeiten der Interessenten, welche mit dem Zwecke der Auseinandersetzung nicht bestehen können und über deren Beibehaltung nichts festgesetzt ist, als aufgehoben zu betrachten 1).

§. 196.

B. Städtische Prädial-Servituten.

Gichhorn, §. 183.

Wer eine *servitus fluminis recipiendi* gegen des Nachbarns Haus auszuüben befugt ist, darf sich solcher nur zur Abführung des Regen- und Spülwassers mit Vorsetzung einer

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834, Nr. 22. §. 189 flg.

Koste vor das Gassenloch bedienen, widrigen Falls und wenn andere Unreinigkeiten in das Nachbarhaus geführt werden, die Servitut ohne Weiteres verloren sein soll ¹⁾).

Verträge über die Bestellung einer servitus prospectus sind in der Stadt Braunschweig ohne Bestätigung der Obrigkeit nichtig, weil dadurch die Baufreiheit beschränkt und oft die nützliche Bebauung von Grundstücken verhindert wird ²⁾).

C. Ländliche Prädial = Servituten.

§. 197.

1. Hufe = Gerechtigkeit.

Sichhorn, §. 179 und 180.

1) Das Weiderecht als Servitut kann abgelöst werden, und die gemeinschaftliche Weidenuzung ist theilbar ¹⁾).

2) Mit Berücksichtigung des Grundsatzes, daß Servi-

1) Verordn. vom 2. Septbr. 1763. Promt. II. 346. — Vergl. L. 18 et 19. D. De servit. praed. urb. (VIII. 8.) — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 7. S. ~~127~~ 274.

2) Verordn. vom 18. Mai 1763. Promt. I. 67. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 6. Nr. 13. — Pufendorf, Obs. jur. univ. T. I. Obs. 196. — In Braunschweig besteht ferner ein Gewohnheitsrecht, wodurch die natürliche Freiheit, Fenster in seinem Gebäude nach Belieben anzulegen, bei Fensteranlagen in Wänden, welche an des Nachbarn Grundstück gränzen, beschränkt ist. Diese Beschränkung besteht darin, daß der Eigenthümer in solchen Wänden nur Oeffnungen haben darf, die wenigstens 6 Fuß hohe Brüstungen haben (dasselbe schreibt das preuß. Landrecht Th. 1. Tit. 8. §. 138 vor) und mit eisernen, wenigstens $\frac{1}{2}$ Zoll im Quadrat haltenden und in einer Entfernung von höchstens 8 Zoll in senkrechten und wagerechten Richtungen sich durchkreuzenden Stäben vergittert sind. Sammlung interessanter Aufsätze aus dem Gebiete des gemeinen Rechts Bd. I. 71. — Ueber Licht-, Fenster- und Ausblicksrecht s. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 167.

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. — Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 168 u. 169 a. G. — Die Absicht der Regierung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, bei Gelegenheit der Landesvermessung die Aufhebung und Theilung der Koppelhude zu bewirken, wurde damals nur bei wenigen Gemeinden erreicht; vergl. Verordn. vom 17. Octbr. 1763. Promt. II. 48.

tuten möglichst schonend und auf eine dem Eigenthümer am wenigsten beschwerliche Weise ausgeübt werden müssen ²⁾, bestimmt die Gesetzgebung folgendes:

a) Diejenigen, welche eigene Hude und Weide haben und daneben in herrschaftlichen Forsten zur Weide berechtigt sind, sollen abwechselnd, eine Woche um die andere, oder wie es sonst die Gelegenheit und die Größe der Weide zuläßt, ihre eigene Weide und die in der Forst betreiben, und kein fremdes Vieh unter ihre Heerden aufnehmen ³⁾. Für die Benutzung der Hude und Weide in den Forsten, Feldern und Wiesen des Weser-Districts bestehen besondere Verordnungen ⁴⁾.

b) Das Hüten im Felde zwischen den Stiegen und bevor diese mit dem sogenannten Nachharkelse weggebracht sind, ist bei Strafe verboten ⁵⁾.

c) Das Vieh soll nicht hirtelos gelassen werden ⁶⁾.

2) L. 9. D. De servitut. VIII. 1. — Glück, Comment. Bd. 9. S. 156. Bd. 10. S. 171 flg. — Thibaut, Pandect. Recht §. 604. — In der Weideservitut ist lediglich die Verbindlichkeit des Eigenthümers enthalten, einen beschränkten Mitgebrauch des dienenden Grundstücks zu gestatten — serv. in patiundo — weshalb ein Recht des Inhabers der Servitut, den Eigenthümer außerdem an einer aus dem Eigenthume fließenden Disposition zu hindern, gewissermaßen als zweite Servitut — serv. in non faciendo — eine besondere Begründung erfordert (Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 18. März 1833. J. S. Bornum c. Becker), auch spricht die Vermuthung dafür, daß die Servitut nur innerhalb der offenen, nicht geschlossenen Zeit ausgeübt werden darf. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 6. Decbr. 1830. J. S. Schulze c. Eichershausen. — Vergl. Hagemann, Landwirthsch. Recht S. 556. — Mittermaier a. a. D. §. 168. S. 455.

3) Forst-Reglement vom 14. August 1686. §. 38. — Vergl. Engelbrecht, Collat. jur. Cap. VIII. §. 2. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 4. Nr. 56. 57 und 58. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 234. (V. 142.)

4) Umlauf der Sammer vom 29. April 1767. — Verordn. vom 22. Febr. 1769. Promt. II. 431.

5) Allgem. Land. Ordn. Art. 53. Promt. II. 365.

6) Ebendas. Art. 67. Promt. II. 431. — Da dieses Verbot nicht sowohl das öffentliche Interesse, als das der einzelnen Gutsbesitzer,

d) Da schon in der Natur der Servitut liegt, daß die Art des Viehes der zu benutzenden Weide nicht nachtheilig sein darf, so ist als Folge dessen bestimmt, daß Schweine und Gänse auf den Wiesen nicht geduldet werden sollen ⁷⁾, und daß Ziegen nur an ganz unschädlichen Orten außerhalb der Holzung, oder an den Forstorten, wo die Ziegenhude gestattet oder rechtlich erworben ist, gehütet werden dürfen ⁸⁾. Die Schweine sollen von Lichtmess bis Michaelis ebenfalls in den Forsten, wo der Landesfürst die Wildbahn hat, nicht geweidet werden ⁹⁾, dagegen haben dieselben auf der Stoppel vor anderm Viehe den Vorzug ¹⁰⁾.

e) Wegen der Stückzahl und der Art des Viehes, welches auf die Weide gebracht werden darf ¹¹⁾, sind hinsichtlich einiger Individuen folgende Anordnungen getroffen:

deren Eigenthum vor Beschädigung geschützt werden soll, bezweckt, so kann dagegen, auf den Grund eines freiwilligen Verzichts der Betheiligten, die außerordentliche Verjährung eintreten. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 21. März 1833. J. S. Bruchhof c. Greene. Vergl. Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 6. Nr. 42. — Pfeifer, Pract. Ausfüh. Bd. 2. Nr. 1. §. 23. S. 109. — Die Praxis nimmt an, daß demjenigen, welchem die Weide unter dem Haufen eines Andern zusteht, nicht nur die Hudegerechtigkeit, sondern auch das Recht gebührt, daß ihm für das fragl. Vieh der Hirt gehalten werde. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 17. Decbr. 1832. J. S. Fischer c. Cammer.

- 7) Landesf. Auschr. vom 17. April 1753. Promt. II. 341. — Auf anderen Weiderevieren, insbesondere auf den Stoppelfeldern, sind daher die Gänse, wenn die Befugniß dazu vorliegt, zuzulassen, und namentlich erfordert das Wesen der Schäfereigerechtigkeit die unbedingte Ausschließung der Gänse von den den Schafen geöffneten Weiderevieren nicht. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 22. März 1841. J. S. v. d. Schulenburg c. Hählen.
- 8) Allgem. Landes-Ordn. Art. 47. — Landesf. Rescr. v. 22. Juli 1669. — Cammer-Rescr. v. 25. Mai 1715. Promt. II. 524. — Gesetz vom 26. Juli 1837. Nr. 34. §. 76.
- 9) Landesf. Verordn. vom 2. März 1706. Promt. II. 340. — Vergl. Gesetz vom 26. Juli 1837. Nr. 34. §. 75. Nr. 4.
- 10) Allgem. Landes-Ordn. Art. 54. Promt. II. 340.
- 11) Ueber die Frage, wie viel Vieh jemand bei nicht bestimmter Stückzahl auf die Gemeinde-Weide zu treiben berechtigt ist? vergl. Pa-

Diejenigen, welche sich in einer Gemeinde neu anzubauen beabsichtigen, sollen sich vorher mit der Gemeinde und den Weide-Interessen über die von ihnen zu haltende Stückzahl des auf die Gemeinde-Weide zu bringenden Viehes einigen; im Falle dies nicht geschehen ist und keine Obervanz besteht, wonach sie mehr Vieh auf die Gemeinde-Weide bringen dürfen, soll ihnen das Hüten auf derselben mit wenigstens einer Kuh und einem Schweine gestattet sein. Gemeinden, welche so viel Weide besitzen, daß sie fremdes Vieh für Geld aufnehmen können, sind gehalten, ihren Anbauern den Vorzug zu geben ¹²⁾. Bei einer Special-Separation der Weide soll den zur Weide berechtigten Anbauern, abgesehen von ihrem etwaigen Futtergewinne, die Theilnahme für den Haushaltsbedarf mit anderthalb Weidekühen berechnet werden, wenn sie nicht zur Aufzucht eines stärkern, der Art und Zahl nach festgesetzten Viehstammes berechtigt sind ¹³⁾.

In der Kirchen-Ordnung des Herzogs Julius von 1569 ist bestimmt, daß die Kirchendiener an der Hude und Weide gleich anderen Einwohnern nach jedes Orts Maß und Ordnung Theil haben sollen ¹⁴⁾. Spätere Verordnungen gestatten den Kirchen- und Schuldienern, ihr Vieh, so weit solches ohne merklichen Abbruch und Nachtheil der Gemeinde geschehen kann und hergebracht ist, frei auf die Gemeinde-Weide zu treiben, indeß ist diese Berechtigung für die Prediger da, wo zu der Pfarre keine eiserne Kühe gehören, auf vier bis sechs Kühe, und für die Schullehrer oder Dpferleute auf zwei Kühe in der Art beschränkt, daß dieselben, wenn sie mehr Vieh hal-

gemann, Landwirthsch. Recht §. 298. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 4. Nr. 55. 56 u. 57. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 234. (5. 142.) §. 198.

12) Verordn. vom 9. März und landesf. Declarat. vom 3. August 1780. Promt. II. 491. — Cammer-Rescr. vom 18. April 1828. Bege II. 241.

13) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 76.

14) Daß diese Bestimmung der Kirchen-Ordn. noch in Kraft ist, leidet nach dem Erkenntnisse des Ob. Land. Ger. vom 22. Febr. 1830 und des Ob. Appell. Ger. vom 20. August 1830. J. S. Gemeinde Pesse c. die Pfarre, Schule zc. keinen Zweifel.

ten, davon gleich den übrigen Untertanen Hirtenlohn und andere onera publica ¹⁵⁾ entrichten sollen. Bei einer Beschwerde der Gemeinde über einen Exceß der von den Predigern und Dpferleuten gehaltenen Viehzahl soll diese nach Beschaffenheit des Wiesenwachsens und der Gemeinde-Weide, so wie auch mit Rücksicht darauf, ob die Prediger, Schullehrer und Dpferleute bei einer geringern Viehzucht ihre Subsistenz haben können, bestimmt werden ¹⁶⁾.

Wer keinen Spanndienst leistet, der darf, Falls nicht ein Anderes hergebracht ist, die Gemeinde-Weide mit den Pferden nicht betreiben ¹⁷⁾.

Für die Hüttenwerke zur Tanne, zu Rübeland, Altenbraß und Neuwert sind besondere Ordnungen ergangen, worin vorgeschrieben ist, wie viel Stück Rüge und Rinder die Hütten-Bedienten und Arbeiter, die Prediger, Schullehrer, Förster und Håuslinge unentgeltlich auf die Weide treiben dürfen ¹⁸⁾.

3) Zum Schutze des Weiderechts und zur Erhaltung der Weideflächen sind folgende Bestimmungen ¹⁹⁾ ergangen:

- 15) Von der Contribution und dem Landschäze vom Viehe sind die Kirchen- und Schuldiener rücksichtlich ihres, von den Grundstücken, mit welchen ihre Stellen dotirt sind, gehaltenen Viehes befreiet. Gesetz vom 11. Mai 1840. Nr. 21. §. 6.
- 16) Verordnungen vom 14. April 1658, vom 15. Novbr. 1656, vom 2. Novbr. 1699 und 1. März 1700. Promt. II. 33. — Vergl. Stübner, Kirchen-Versaffung in den herzogl. br. lüneb. Landen Th. 2. S. 207. — Ludewig, Kirch. Verf. im Herzogth. Braunschweig S. 82.
- 17) Allgem. Land. Ordn. §. 35. Promt. I. 377. — Wegen der Rothfassen vergl. Verordn. vom 12. Septbr. 1688 — Desgl. vom 12. August 1690. Promt. II. 49. — Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. VIII. §. 2.
- 18) Verordn. vom 17. Febr. 1725. — Declarat. vom 6. Octbr. 1729. Promt. I. 217.
- 19) Es stützen sich dieselben auf den gemeinrechtlichen Grundsatz, daß das Eigenthumsrecht nicht zu Handlungen ermächtigt, durch welche bestehende Dienstbarkeiten aufgehoben oder in ihrem Wesen beeinträchtigt werden. L. 13. §. 1. D. De servit. praed. (S. 3.) L. 17. §. 1. L. 20. D. De servit. urban. (S. 2.) L. 5. C. De servit. (2. 34.)

a) In den Forsten sollen keine übermäßige und über die Zeit der Nothwendigkeit hinausgehende Zuschläge zum Schaden gemeiner Trift und Weide gemacht werden ²⁰).

b) Niemand, insbesondere keine Gemeinde, darf ohne landesherrliche Genehmigung Wiesen, Weiden und Holzungen in Ackerland verwandeln ²¹); wenn indeß ein Grundstück

- 20) Forst-Ordn. v. 14. August 1686. §. 31. — Landschaftl. Privileg. vom 9. April 1770. Art. 36. — Sowohl die zur Weide aufgegebenen, als auch die in Zuschlag gelegten Weide-Reviere sollen alljährlich von den Forstbehörden ermittelt und bekannt gemacht werden. Cammer-Reser. vom 13. Octbr. 1824. Bege II. 123. — Daß durch Zuschläge der Holzweide nicht so viel entzogen werden darf, daß die Heerden der Weideberechtigten auf den noch übrigen Weiderevieren die erforderliche Nahrung nicht finden, ist unter Anderm in einem Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 9. Novbr. 1826. J. C. Holzen c. Cammer ausgesprochen. Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 2. Nr. 24. — Hagemann, Landwirtschaftsrecht §. 190. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 163.
- 21) Landt. Absch. von 1619. Art. 24. Promt. I. 461. — Amts-Cammer-Ordn. vom 1. Juli 1688. Art. 100. Promt. II. 299. — Verordn. vom 13. August 1750. Promt. I. 20. — Landschaftliche Privilegien vom 9. April 1770. Art. 73. — Dadurch, daß der Eigenthümer eines Forstgrundes nicht ermächtigt ist, denselben zur Schmälerung der darauf haftenden Weidgerechtsame in Ackerland umzuschaffen, ist ihm das Recht nicht genommen, mit gehöriger Schonung der Servitut Anpflanzungen, Besaamungen und Zuschläge anzulegen; auch ist der Eigenthümer eines hudepflichtigen Ackers befugt, solchen ordnungsmäßig insoweit zu cultiviren, daß die Weide, namentlich in den offenen Zeiten, daneben ausgeübt werden kann. Vom Ob. Appell. Ger. bestätigtes Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 18. März 1833. J. C. Bornum c. Becker. — Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 28. Septbr. 1841. J. C. Blankenburg c. Forstdirection. — Vergl. Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 20. Januar 1824. J. C. Papenrode c. v. Strombeck. Sammlung interessanter Urtheile 2c. Bd. 2. S. 202.

Die Umwandlung von Wiesen in Ackerland und von Aekern in Wiesen führt gewöhnlich bei jenen die Hudeart der Acker, und bei diesen die Hudeart und Schonungszeit der Wiesen nach sich (Scholz, Schäferrecht S. 217.), indeß finden sich auch Ausnahmen, so daß wohl Wiesen, die früher Acker waren, im dritten Jahre (der früheren Brachzeit) der Hude offen bleiben müssen.

von den die Cultur beschränkenden Servituten und von der Zehntpflicht befreiet ist, so steht dem Eigenthümer desselben frei, es willkürlich als Acker, Wiese oder Weide zu benutzen ²²⁾.

c) Von den außer den Forsten liegenden Weideplätzen soll das darauf befindliche Buschwerk fortgeschafft werden ²³⁾.

d) Zur Zeit einer Viehseuche dürfen auf die Weide, wo sich das inficirte Vieh befindet, andere Viehheerden nicht getrieben werden, wogegen diese dann auf den übrigen Hude-Revieren nach Erfordern der Umstände einige Zeit länger, wie sonst gewöhnlich ist, zugelassen werden müssen, was indeß ohne abändernden Einfluß auf die Hude-Gerechtigkeit bleiben soll ²⁴⁾.

4) Hinsichtlich des Hegenß der Wiesen bestimmte die Land. Ordn. ²⁵⁾, daß alle Privat- und Gemeinde-Wiesen, die gewöhnlich gehegt würden, auf Walpurgis, oder wann es sonst an jedem Orte hergebracht, zugesteckt werden sollten. Damit nun hierin eine Gleichheit beobachtet und der Wiesenwachs befördert werde, wurde später verordnet, daß mit Hegen der Grummet-Wiesen auf neuen Walpurgis der Anfang gemacht, die Hegungszeit der einhauigen Wiesen aber erst mit alten Walpurgis ²⁶⁾ eintre-

Das Verbot, Holzungen auszuroden, hat, außer dem obigen Zwecke auch noch den landespolizeilichen, die Holzungen zu conserviren und den Ertragswerth des Grundstücks nicht zu vermindern. Aus letzter Rücksicht soll bei Gestattung der Ausrodung in Gemeinde- oder Privatforsten darauf gesehen werden, ob der Forstgrund nachhaltig zur Acker- oder Wiesencultur benutzt werden kann, oder nachhaltig eine ertragreiche Weide gewähren wird, so wie darauf, ob die Verwandlung des Forstgrundes dem Besitzer, nach dessen wirthschaftlichen Verhältnissen, eine höhere Rente ergeben wird. Minist. Rescr. v. 30. Januar 1836. Promt. I. 461. Note.

22) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 134 flg.

23) Berorbn. vom 20. Januar 1772. Promt. I. 465.

24) Berorbn. vom 30. Juli 1776. Promt. II. 48. — Vergl. Rittermaier a. a. O. S. 455. — Hagemann a. a. O. §. 294.

25) Art. 56. Promt. II. 497.

26) Der Unterschied zwischen alten und neuen Walpurgis (den 1. und 11. Mai) begründet sich auf die im Jahre 1700 vorgenommene Rectification der Zeitberechnung. Es wurden nämlich die eif-

ten solle ²⁷⁾. Nachher ist dieser letzte Anfangstermin dahin näher bestimmt, daß die Hegungszeit der einhauigen Wiesen mit dem 12. Mai ihren Anfang nehmen, und daher der 11. Mai der letzte Termin der Frühlingshütung dieser Wiesen sein solle; wegen der Behütung der zweihauigen Wiesen blieb die ältere Bestimmung unverändert bestehen ²⁸⁾. Um die

Tage, um welche der julianische Kalender durch eine unrichtige Berechnung vorgerückt war, in dem in jenem Jahre eingeführten verbesserten Kalender ausgelassen, so daß der 1. Mai wieder auf seine richtige Stelle, 11 Tage früher, kam. Edict vom 22. Decbr. 1699. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Bd. 1. Nr. 232. Note. — Scholz, Schäfereirecht S. 212.

27) Landesf. Ausschr. vom 17. April 1753. Promt. II. 497. — Vergl. Hurlebusch, Beiträge zur Civil- und Crimin. Gesetzgeb. Heft 2. Nr. 11.

28) Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 13. — Die Landesgesetze schreiben allein den Zeitpunkt des Anfangs der geschlossenen Zeit vor und lassen den Endpunkt derselben unbestimmt. Fredericksborff fährt in der Anweisung für Justizbeamte Th. 3. S. 465. §. 18 an, daß die Wiesen behütet werden dürfen, sobald die Heuerndte beendet sei, und zwar, wenn einhauige Wiesen ein Mal und zweihauige zwei Mal abgeerntet worden. Nach eben diesem Grundsatz hat das Ob. Land. Ger. am 18. Juni 1830. J. C. Schulze c. Eschershausen erkannt. — Im Hannöv. finden sich ebenfalls nur über den Anfang der Schonungszeit gesetzliche Vorschriften, und zwar dahin, daß die gebräuchlichen Tage beibehalten und der Termin durch die Verbesserung des Kalenders keineswegs vorgerückt werden solle (Edicte v. 30. April 1700, 21. Febr. 1701, 5. Novb. 1708 und vom 18. März 1720. Grese, Leitfaden zc. Th. 2. §. 155.), weshalb hier über das Ende der Hegungszeit eben sowohl die Observanz entscheiden muß. Die ungeschlossene Zeit beginnt gewöhnlich mit Bartholomäi (24. August) oder Michaelis, und dauert bis Mariä Verkündigung (25. März), Georgi (23. April), Walpurgis oder Philippi Jacobi (1. Mai), alten Maitag (11. oder 12. Mai) und auch wohl bis Urbani (25. Mai). — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 1. Nr. 15. Bd. 3. Nr. 28. — Strube, Rechtl. Bedenk. Bd. 1. Nr. 232. (4. 153.) — Nach der Praxis der hannöv. Gerichte steht dem Wiefeneigenthümer das Recht zu, die Wiesen bei geschlossenen Zeiten, so oft als sie wollen, zu mähen, wogegen sie, wenn es an einer bestimmten Schlußzeit fehlt, die Heuwiesen nicht mehr als zwei Mal und die Grummetwiesen nur ein Mal abmähen dürfen. v. Bülow und Hagemann

darüber, ob diese Termine ohne Rücksichten auf besondere Observanzen zu beobachten wären, entstandenen Zweifel zu beseitigen, sind die früheren Verordnungen dahin declarirt, daß die in dem Circular-Rescripte vom 17. April 1753 bestimmte Hegungszeit der zweihauigen Wiesen auf alle, aber auch nur auf solche Wiesen Anwendung finden soll, welche bereits zu jener Zeit zweischürig gewesen oder seitdem aus der Classe der einschürigen Wiesen in die der zweihauigen übergegangen sind, es mag dies durch einen Vertrag sämtlicher Interessenten, oder dadurch geschehen sein, daß die Wiese rechtsverjährende Zeit hiedurch als zweischürig behandelt und vom 1. Mai an gehegt worden ist. In allen übrigen Fällen, und also bei allen Wiesen, welche nicht in die Classe der zweischürigen gehören, tritt die auf den 12. Mai bestimmte Hegungszeit ein ²⁹⁾. Eine spätere Behütung der Wiesen ist gänzlich verboten und kann auch durch Herkommen, Observanz oder Verjährung nicht erworben werden, wogegen hergebrachte, oder sonst bestehende frühere Hegungstermine beobachtet werden müssen ³⁰⁾. Uebrigens beziehen sich die Bestimmungen über die Hegungszeit nur auf Hütungs-Berechtigungen, welche das Eigenthum beschränken, und der Eigenthümer solcher

a. a. D. Bd. 1. Nr. 15. — Strube Bd. 1. Nr. 232. insbesondere Note (4. 153.) — Hagemann a. a. D. S. 225.

Die geschlossene Zeit für die Aecker beginnt nach gemeinem Rechte mit der Bestellung und endet mit der geschehenen Abbringung des Getreides (Hagemann a. a. D. S. 559. — Mittermaier a. a. D. S. 455. — Scholz, Schäferrecht S. 211.), und dieser Ansicht schließt sich die vaterländische Gesetzgebung durch das Verbot des Hütens vor abgebrachten Stiegen an. Allg. Land. Ordn. Art. 53. Promt. II. 365.

29) Declarat. vom 18. Juni 1827. Nr. 13. — Vergl. Mittermaier a. a. D. S. 456. — v. Bülow und Hagemann a. a. D. Bd. 3. S. 182.

30) Rescr. des Geh. Raths-Colleg. vom 18. März 1824. Bege I. 472. — Erk. des Ob. Land. Ger. v. 27. Mai 1830. J. S. Goemann c. Deppe. — Ob auch die unvordenkliche Verjährung zur Begründung des Rechts auf eine spätere Behütung ausgeschloffen ist? verneint Hurlerbuch in den Beiträgen zur Civil- und Crim. Gesetzgeb. Heft 2. S. 96.

Wiesen, an welchen keinem Dritten eine Weide-Berechtigung zusteht, ist an dieselben bei Ausübung seines Rechts nicht gebunden ³¹⁾).

5) Wegen der Schonung der Futterkräuter und wegen des Umbrechens der Stoppel ist folgendes verordnet: Jeder Besitzer von Aeckern, auf welchen Andere zur Hude berechtigt sind, ist zu verlangen befugt, daß der von ihm bestellte Klee, die Esparsette und Lucerne mit der Hütung im Frühjahr und Herbst verschont werde. Diese Schonung tritt vollständig ein, wenn die mit solchen Futterkräutern bestellte Fläche nicht über den achten Theil sämmtlicher, von dem Ackerbesitzer auf der Feldmark cultivirten Acker einnimmt; umfaßt die Fläche einen größern Theil und hat der Ackerbesitzer das Recht der Schonung nicht schon im größern Umfange erworben, so bleibt der Mehrbetrag der Fläche der Hütung im Herbst gleich den andern Aeckern unterworfen, und muß nur im Frühjahr, wie der übrige Theil der mit Futterkräutern bestellten Felder, geschont werden. Zur Erlangung einer vollständigen Befreiung von der Hütung ist jedoch erforderlich, daß der Ackerbesitzer die Stücke zum Baue der Futterkräuter so wählt, daß die Behütung der dem Viehe geöffneten übrigen Felder dadurch nicht zu sehr beschwert oder verhindert wird, was vornehmlich dann anzunehmen ist, 1) wenn die gewöhnliche Trift zu den offenen Feldern dadurch abgeschnitten wird, 2) wenn das mit Futterkräutern bestellte Stück von den der Hütung offenen Feldern ganz umgeben ist und weniger als zwei Morgen enthält, und 3) wenn dasselbe den bestellten Aeckern so nahe liegt, daß der der Hütung offene Zwischenraum von dem dazu Berechtigten nicht genutzt werden kann. In den unter 1 und 2 erwähnten und ähnlichen Fällen sind jedoch die Stücke der Behütung nicht völlig unterworfen, sondern es ist den Hütungsberechtigten nur an einzelnen Stellen die erforderliche Trift darüber gestattet, um die übrigen der Hütung geöffneten Felder ohne zu große Schwierigkeit behüten zu können; und

31) Declarat. vom 18. Juni 1827. Nr. 13. — Vergl. Pagemann a. a. D. §. 291.

in dem unter 3 erwähnten Falle darf nur der Theil des mit Futterkräutern bestellten Stücks behütet werden, ohne welchen der fragliche Zwischenraum nicht zu behüten steht. Die Befreiung der mit Futterkräutern bestellten Ackerstücke tritt sofort mit der Bestellung derselben ein, ohne Unterschied, ob solche im Winter-, Sommer- oder Brachfelde liegen, und ob sie unter andere Früchte oder für sich gesät werden, und dauert, bis der letzte Schnitt abgebracht ist. Nach dem letzten Schnitte vor dem Umbruche sind die Futterkräuter dem Weideviehe preis zu geben. Der letzte Schnitt wird, wenn der Eigenthümer nicht ein Schonungszeichen auf die Felder steckt, oder den Hirten davon in Kenntniß setzt, daß er die Felder nochmals abzuernenden beabsichtigt, dann angenommen, wenn der Klee und die Esparsette zwei Mal, die Lucerne aber drei Mal abgeschnitten ist. Ob und wie weit eine Schonung der mit Futterkräutern bestellten Stücke Statt findet, entscheiden auf dem Lande die Ortsvorsteher, und in den Städten eine besondere Deputation, von denen ein Recurs resp. an die Aemter und den Magistrat zulässig ist. Uebrigens steht es dem Ackerbesitzer frei, die Hütung der mit Futterkräutern bestellten Aecker, deren Schonung er zu verlangen befugt ist, wenn das Vieh dahin ohne Beschädigung benachbarter Stücke gelangen kann, allen oder einzelnen Hütungs-Berechtigten, oder gewissen Heerden derselben zu gestatten, oder die Hütung mit seinem eigenen Viehe, Falls er nicht von der Hütung überall ausgeschlossen ist, vorzunehmen, doch ist das Vieh in allen Fällen nur in observanzmäßigen Heerden zuzulassen und das Einzelnhüten verboten.

Um dagegen dem Berechtigten den vollständigen Genuß der Feldweide, insofern die Benutzung derselben dem Ackerbaue nicht schädlich werden kann, zu sichern, dürfen die Klee-, Esparsette- und Lucerne-Stoppel, bevor sie nicht wenigstens acht Tage nach Abbringung des letzten Schnittes der Behütung geöffnet gewesen sind, und die Winter-, Roggen- und Weizenstoppel vor dem 20. Septbr. ohne Einwilligung des Weideberechtigten nicht umgebrochen werden. Ausnahmen finden Statt: 1) Wenn der Ackerbesitzer die mit Futterkräu-

tern bestellten Stücke nach dem letzten Schnitte der Behütung nicht durch ausgesteckte Schonungszeichen oder Benachrichtigung der Hirten entzieht, so bleibt ihm der Umbruch gestattet, bevor noch die Stoppel der Behütung acht Tage ausgelegt gewesen ist. 2) Wenn der Besitzer den Acker nach der Roggen- oder Weizen-Ernte in demselben Jahre mit einer andern Frucht bestellt, so ist er befugt, vorausgesetzt, daß er die Weide-Interessenten oder deren Hirten sogleich davon in Kenntniß gesetzt hat, die Stoppel, nachdem sie dem Viehe drei Tage lang geöffnet gewesen ist, umzubrechen. 3) Wenn der Ackerbesitzer nach dem Winterkorn Stoppelnrüben bestellt, so darf er die Stoppel sofort nach dem Schnitte umbrechen. 4) Wenn derselbe das Land nach der Winterkorn-Ernte behuf der Reinigung in demselben Herbst mehr als ein Mal zu pflügen beabsichtigt, so ist er befugt, solches, nachdem die Stoppel 14 Tage lang der Hütung geöffnet gewesen ist, umzubrechen, vorausgesetzt, daß er von seiner Absicht die Weide-Interessenten oder deren Hirten sogleich in Kenntniß gesetzt hat. Wer die Stoppel der Behütung durch Nichtbeobachtung dieser Vorschriften entzieht, soll für jeden solchen Morgen mit zwei Thalern bestraft werden.

Im Amte Theedinghausen finden diese Vorschriften wegen des Umpflügens der Roggen- und Weizenstoppel keine Anwendung ³²⁾.

6) Ueber die zum Vortheile des Weideberechtigten dienende Brachhaltung der Felder bestimmt die Landes-Ordnung im Art. 57, daß, damit eine Dorfschaft der andern wegen der Mit- und andern Hude keinen Schaden zufüge, die Dorf-Feldmarken in der Weise, wie solches hergebracht, in Winter-, Sommer- und Brachfelder getheilt werden sol-

32) Gesetz vom 14. Mai 1835. Nr. 37. — Schon unterm 2. März 1802. (Promt. I. 355.) erschien eine Verordn., wodurch die Schonung der mit Futterkräutern bestellten Aecker bei der Hütung empfohlen wurde. Eine spätere Verordn. vom 26. März 1823 ist durch die neuere aufgehoben. Ueber ähnliche Verordn. im Hannöf. f. Strube, Rechtl. Bedenk. Bd. I. Nr. 231. Note. — Grefe, Zeitfaden Th. 2. §. 156.

len, und verbietet das einzelne Säu in allen drei Feldern 33). Zugleich schrieb dieselbe vor, welche Fruchtarten im Brachfelde allein bestellt werden durften; indeß ist diese Anordnung durch die Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 20. Decbr. 1834. §. 90 aufgehoben.

§. 198.

2. Schäfererei-Recht und Schäfererei-Gerechtigkeit.

Eichhorn, §. 182.

Das System über die in Ansehung der Schafzucht überhaupt in Frage kommenden Rechtsverhältnisse basirt sich zunächst auf den Haupt-Unterschied zwischen den Befugnissen, welche dem Grundeigenthümer selbst vermöge seines Eigenthumsrechts, und denjenigen, welche einem Andern vermöge eines Dienstbarkeitsrechts zustehen. In die erste Classe gehört das Recht, das eigene Grundstück zur Ernährung von Schafen zu benutzen — das Recht des Schafhaltens — und das Recht, die eigenen Schafe zu einer Heerde zu vereinigen und diese auf eigenen Grundstücken hüten zu lassen — das Schäfererecht. Die zweite Classe umfaßt alle, unter mannichfachen Formen vorkommenden dinglichen Befugnisse, ein fremdes Grundstück mit eigenen Schafen zu benutzen — Schäfererei-Gerechtigkeit; hiervon verschieden, aber oft damit verbunden, ist das Recht, fremde Schaaf zum eigenen Vortheile zu benutzen, z. B. das Pferchrecht. Jene, aus dem Eigenthumsrechte fließende Befugniß unterliegt gemeinrechtlich keinem Zweifel, und wenn dieselbe auch durch privatrechtliche Hindernisse, z. B. durch Dienstbarkeiten, beschränkt sein kann, so ist doch so wenig zu ihrem Erwerbe ein besonderer Rechts-

33) Eine Klage wegen zu starker Bestellung der Brache kann nicht gegen die Gemeinde, sondern muß gegen die einzelnen Feldmarks-Interessenten gerichtet werden, weil das Brachfeld den einzelnen Reihewohnern, und nicht der ganzen Gemeinde gehört, und wenn auch jene die Gemeinde bilden, dennoch die Verhältnisse ihrer eigenen Acker, da sie nicht im Gemeindeverbande ihren Grund haben, den Gemeindefachen nicht beizuzählen, vielmehr besondere und einzelne Rechtssubjecte hier im Streite sind. Grf. des Ob. Appell. Ger. vom 7. Juli 1835. J. C. Reiferde c. Hofelmann.

titel erforderlich, als eine Concession der Staatsgewalt, was eine Regalität voraussetzen würde ¹⁾. Als ein Vorrecht des Gutsherrn kann das Recht, Schafe zu halten, ebenfalls nicht angesehen werden, weil dasselbe bei getheiltem Eigenthume, wie jedes Nutzungsrecht, dem *dominium utile* folgt, so daß dasselbe dem bloßen Proprietar nur in Folge eines besondern Vorbehalts zustehen kann ²⁾. Dagegen bedarf die Schäfererei-Gerechtigkeit, wie jede auf eine Dienstbarkeit gegründete Befugniß, eines eigenen Erwerbs-Titels, der auch von dem Fiscus und dem Gutsherrn nachgewiesen werden muß, weil die Schäfererei-Gerechtigkeit ebenfalls so wenig ein Regal, als ein gutherrliches Vorrecht ist ³⁾.

Diese gemeinrechtlichen Grundsätze sind durch die einheimische Gesetzgebung nicht modificirt, weshalb eben so wenig die Befugniß, Schafe zu halten ⁴⁾, als das Recht zu einer Schäfererei als ein Regal oder ein Vorrecht der Gutsherrn, der größeren Grundbesitzungen und der privilegirten Stände angesehen werden kann ⁵⁾, wenn auch das polizeiliche Ver-

- 1) Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 311. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 170.
- 2) Mittermaier a. a. O. §. 170. — Scholz, Jurist. Magaz. (Neue Folge) Th. 1. Heft 1. Nr. 3.
- 3) Hagemann a. a. O. §. 312. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 240. (V. 87.)
- 4) Diese Befugniß wird vielmehr von den Landesgesetzen auf das Bestimmteste dadurch anerkannt, daß sie eine beträchtliche Steuer auferlegen, die hauptsächlich von denjenigen Schafzüchtern, die nicht Gutsherrn, sondern gutherrliche Bauern sind, zu entrichten ist. Verordn. vom 5. Juli 1824. Nr. 14.
- 5) Das Gegentheil wird, mit Bezugnahme auf Art. 33 des Landt. Absch. vom 3. Juni 1597 und der landschaftl. Privil. v. 9. April 1770. Art. 39. (Promt. II. 305.) allerdings wohl behauptet (z. B. v. Bülow Beiträge zur Geschichte u. S. 73); allein der Art. des Landt. Absch., der in den Privilegien nur wörtlich wiederholt wird, enthält nicht die Verleihung eines neuen Rechts, sondern nur die Anerkennung und Bestätigung der schon nach gemeinrechtlichen Principien jedem Grundeigenthümer zuständigen Befugniß, auf dem Seinigen eine Schäfererei anzulegen oder zu vermehren, sofern solches ohne eines Andern Beeinträchtigung geschehen kann. Diese Anerkennung ist zwar zunächst nur in Beziehung auf die bei den Landtags-

bot des Einzelnhütens die Vereinigung der Schafe einzelner Eigenthümer mit den Heerden Anderer zur Nothwendigkeit macht ⁶⁾. Die alleinige Singularität unseres Particularrechts besteht darin, daß einigen Classen von Landeseinwohnern die Ausübung der Befugniß zum Schafhalten über eine gewisse Stückzahl hinaus erschwert ist. Es schreibt nämlich die Amts-Gammer-Ordnung vom 1. Juli 1688. Art. 78 vor, daß, damit die Hude und Weide vor den Dörfern nicht über die Gebühr geschmälert oder übertrieben werden möge, einem

Verhandlungen aufgetretenen Paciscenten, den Landesfürsten und die Stände, ausgesprochen, damit ist aber eine gleichmäßige Befugniß der auf dem Landtage nicht mit pacisirenden Landeseinwohnern keineswegs aufgehoben oder ausgeschlossen, im Gegentheile weist die jener Anerkennung beigefügte Beschränkung deutlich auf die Absicht hin, die Rechte der anderen vor Benachtheiligung durch die privilegierten Stände zu bewahren. In diesem Sinne ist denn auch der Art. 33 des Landt. Absch. von den Obergerichten stets ausgelegt (Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 26. Febr. 1819. — Leyser, Meditat. ad pand. Sp. 108. Med. 4.), und daß das Recht, eine Schäferei zu halten, thatsächlich kein Attribut der größeren Grundbesitzungen ist und gewesen sein kann, geht daraus hervor, daß von den ältesten bis auf die neuesten Zeiten auch Andere, als die Inhaber solcher Besitzungen Schäfereien besaßen, und daß sich namentlich sehr oft gerade die kleineren Grundbesitzer zur Haltung einer Gemeinde-Schäferei verbunden haben.

- 6) Es ist deshalb zwar mit der Schäfereigerechtigkeit in der Regel das Stabrecht verbunden; gleichwohl muß im Zweifel die Vermuthung gegen dasselbe sprechen, weil darin eine Beschränkung in der Ausübung eines aus dem Eigenthume fließenden Rechts liegt. Hagemann a. a. D. §. 311. — Strube a. a. D. Nr. 236. §. 8. (4. 117.) — Scholz, Schäfereirecht §. 81. — Derselbe, Jurist. Magaz. Neue Folge Bd. 1. Nr. 3. Bd. 2. Nr. 6. — Erk. des Ob. Land. Ger. vom 24. Januar 1831. J. S. Wangelfeldt c. Versuñ. — Die Frage: ob der Schäfereiberechtigte befugt sei, die seinen Schafe in abgesonderten Heerden zu hüten? ist durch Erkenntnisse der Obergerichte bejahet, indeß unter der Beschränkung, daß die gleichartigen Schafe der Stabpflichtigen von den Häufen, zu welchen sie der Art nach gehören, nicht ausgeschlossen werden dürfen, und den Schafen des Schäfereiberechtigten auf der Weide überall kein Vorzug gegeben wird. Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 30. März 1821. J. S. Cammer c. Bornhausen. — Desgl. des Ob. Land. Ger. v. 6. März 1824. J. S. Cammer c. Regenborn.

Ackermanne nicht mehr als 30, einem Halbspänner 15, einem Köther, welcher wenigstens 20 Morgen Land hat, 10 Schafe, und denen, die weniger oder gar kein Land haben, nur 5 Stück auf die gemeine Weide zu treiben gestattet sein, von einer größern Stückzahl aber ein gewisses Weidegeld bezahlt werden soll. Es ist hierbei indeß nicht die Absicht, daß, wenn Einer weniger Schafe, als die gesetzte Zahl hält, ein Anderer um so viel mehr zu halten befugt sein soll 7).

- 7) Promt. II. 306. Die Vorschrift der Schaf=Ordn. vom 10. Juli 1719. s. v. Schaffschaf §. 2. (Promt. II. 306.) und der Verordn. vom 5. Juli 1824. Nr. 14. §. 2 u. 4, daß für die über die obige Feststellung gehaltene Stückzahl der doppelte Schaffschaf bezahlt werden soll, betrifft lediglich das Steuerverhältniß, ohne privatrechtliche Verhältnisse zu berühren. — In Betreff der obigen Bestimmung der Amts=Cammer=Ordn. ist zu bemerken, daß sich dieselbe nicht auf den Fall bezieht, wenn Feldmarksgenossen eine gemeinschaftliche Schäferei besitzen und unter sich, oder auch in Concurrenz mit einem andern Schäfereiberechtigten vermöge eines Societäts=Verhältnisses oder einer wechselseitigen Servitut ihre Grundstücke abhüten lassen (in einem solchen Falle kann nur die Participations=Rate der einzelnen Interessenten den Maßstab für die Zahl des aufzutreibenden Viehes geben), sondern allein von dem Falle redet, wenn die Feldmarksgenossen eine eigene Schäferei zu halten nicht berechtigt, sondern vermöge einer Dienstbarkeit ihre Schafe unter den Hirtenstab eines andern Schäfereiherrn zu treiben verpflichtet sind. (Erk. des Ob. Land. Ger. v. 7. August 1818 und des Ob. Appell. Ger. v. 26. Febr. 1819. S. E. Bornacke c. Cammer.) — Nach der Ansicht der Obergerichte hat indeß ein zwischen dem Berechtigten und dem Verpflichteten bereits bestehendes privatrechtliches Verhältniß auch im letzten Falle durch die Amts=Cammer=Ordn. nicht umgestaltet und die Viehzahl des letztern nicht neu fixirt werden sollen, vielmehr kann nur dann, wenn privatrechtliche Normen nicht vorhanden sind, von der Anwendung der Vorschrift der Amts=Cammer=Ordn. die Frage sein, und es muß angenommen werden, daß diese für alle solche Fälle zur Beseitigung von Streitigkeiten wegen Uebertreibung der Weide ein Abkommen in der Art hat treffen wollen, daß sie für das Schafhalten der einzelnen, einem gewissen Schäfereiherrn untergeordneten Reihewohner eine durchschnittsmäßige Normalzahl als ein maximum festgesetzt hat, welches bei vorhandener Unzulänglichkeit der Weide vermindert und nur im entgegengesetzten Falle — gegen Entrichtung eines Weidegeldes — überschritten werden kann. — Ueber eine andere Interpretation dieser gesetzlichen Vorschriften s. v. Bülow, Beiträge zur Geschichte der br. lüneb. Lande S. 76.

Daraus, daß die Benutzung des Grundeigenthums zur Haltung von Schafen und Schäferereien an sich durch unsere Gesetzgebung anderen, als den gemeinrechtlichen Bedingungen und Voraussetzungen nicht unterworfen ist ⁸⁾, folgt die Befugniß des Grundeigenthümers im gleichen Maße, wie das gemeine Recht sie anerkennt, jeden Dritten von der Benutzung des Grundstücks zur Schafhude so lange abzuhalten, bis von diesem Dritten eine Dienstbarkeit rechtlich erworben ist; es bedarf daher die Schäferereigerechtigkeit, dem gemeinen Rechte conform, auch bei uns eines speciellen Erwerbstitels ⁹⁾. Für die durch eine solche Dienstbarkeit begründeten Rechtsverhältnisse enthalten die vaterländischen Gesetze ebenfalls keine eigenthümlichen Normen, weshalb die gemeinrechtlichen Grundsätze über Dienstbarkeitsrechte zur Anwendung kommen müssen, um beim Nichtvorhandensein besonderer Verträge, Observanzen u. die Art der Ausübung und den Umfang der Schäferereigerechtsame zu bestimmen. Aus dem in der Natur eines Dienstbarkeitsrechts festbegründeten Satze, daß durch die Ausübung desselben der Eigenthümer des dienenden Grundstücks von dessen Mitbenutzung — abgesehen von einer etwaigen Begebung des Rechts — nicht ausgeschlossen werden darf ¹⁰⁾, fließen die längst von der Praxis befolgten Principien über die Feststellung der Stückzahl des von dem Dienstbarkeitsberechtigten auf der einen, und von dem Inhaber des dienenden Guts auf der andern Seite zur Weide zu bringenden Viehes, nach welchen, wenn diese Stückzahl auf eine rechtsbeständige Weise nicht feststeht ¹¹⁾, die ungemessene Schäfererei-

8) In diesem Sinne hat sich das Ob. Land. Ger. unterm 26. Febr. 1826. J. S. Ahlsweide c. Delligsen und am 10. Octbr. 1828. J. S. Herweg c. Reppner ausgesprochen.

9) Dies ist unter Andern in den Erkl. des Ob. Appellat. Ger. vom 26. Febr. 1819. J. S. Börnecke c. Cammer und des Ob. Land. Ger. v. 24. Januar 1831. J. S. Wangelstedt c. Versuhn anerkannt.

10) L. 6. C. De servitut. (3. 34.) — L. 15. D. Comm. praed. (8. 4.) — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 285. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 313.

11) Wo dies geschehen ist, braucht ohne Zweifel bei dem Austreiben der bestimmten Zahl, zu deren Ergänzung auch fremdes Vieh zulässig

Gerechtigkeit keineswegs als eine unbeschränkte angesehen werden kann, sondern in dem Wirthschaftsbedarfe ¹²⁾ der theiligten Güter eine Gränze finden muß ¹³⁾. Wenn in einem solchen Falle die Berechtigung zum unmittelbaren Nutzen eines gewissen Grundstücks bestimmt ist, so setzt zunächst der Wirthschaftsbedarf des herrschenden Guts die Gränze; sollte aber neben diesem der des dienenden Guts nicht befriedigt werden können, oder die Weide für beide zusammengenommen unzulänglich sein, dann müssen sich beide eine verhältnißmäßige Beschränkung gefallen lassen, und das gegenseitige Verhältniß bildet die Gränze ¹⁴⁾. Im Falle dagegen die Berechtigung einer Familie oder einer Corporation zusteht, oder die juristische Zubehörang eines Grundstücks — wenngleich nicht zu dessen unmittelbarem Gebrauche bestimmt — ausmacht, und Vertrag oder herkömmlicher Besitzstand keine Richtschnur liefert, so wird der nothwendige Bedarf des dienenden Grundstücks die Gränzcheidung in der Art machen

ist, darauf, ob dadurch die Nutzungsbefugniß des andern Theils mehr oder minder beschränkt, oder ganz aufgehoben wird, keine Rücksicht genommen zu werden. Strube, Rechtl. Bedenken Nr. 236. §. 3. (4. 117.)

- 12) Der Wirthschaftsbedarf wird nach der gewöhnlichen Ansicht nach der Zahl des Viehes, welches von selbst gewonnenem Futter durchwintert werden kann, bestimmt (Hagemann a. a. D. §. 314. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Th. 4. Nr. 56. — Strube a. a. D. Nr. 236. §. 1. Note. — Scholz, Schäfereirecht §. 71 u. 72. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht 6te Aufl. §. 168.), obgleich dieser Maßstab für jenen Bedarf kein ganz zutreffender und zuverlässiger ist. — v. Bülow, Beiträge zur Geschichte der br. lüneb. Lande S. 78, ist der abweichenden Meinung, daß die Durchwinterungsmittel nicht zum Maßstabe für die Schäferei-Berechtigung genommen werden könnten, die Gränze für diese vielmehr nur in dem Weidebedarfe für das eigentliche Wirthschaftsvieh (Zugvieh, Kühe, Schweine) des Eigenthümers des dienenden Grundstücks, nach dem hergebrachten Bestande, zu finden sei.

- 13) Glück, Pandect. Comment. Th. 10. §. 173. — Pufendorf, Observ. jur. T. 1. Obs. 123. T. 4. Obs. 109. — Hagemann a. a. D. §. 314. — Strube a. a. D. Nr. 236. §. 3. (4. 117.)

- 14) Glück a. a. D. §. 182 u. 183.

müssen, daß Alles, was derselbe nicht erfordert, dem Berechtigten zukömmt ¹⁵⁾.

Zum Vortheile der hiesigen Landeseinwohner ist verordnet, daß Schafe anderer Landeseinwohner nur dann auf die Gemeinde- und Privatweiden zugelassen werden sollen; wenn keine einheimische Schafe für solche Weiden zu erhalten stehen, und wenn es außer Zweifel ist, daß die aufzunehmenden fremden Schafe völlig gesund sind. Diese Anordnung soll indeß nur dann in Ausführung gebracht werden, wenn die hiesigen Einwohner nicht mehr Vieh in auswärtige Weiden bringen, als sie fremdes Vieh aufnehmen, und wenn der Ausführung auch andere Bedenkllichkeiten nicht entgegen treten ¹⁶⁾.

Bei der Benutzung des Hürdelagers von Gemeinde-Schäfereien soll dahin gesehen werden, daß der Ackermann und Halbspänner dasselbe noch einmal so viele Nächte auf seinem Acker behalte, als der Rothschafte ¹⁷⁾.

Wegen der Auseinandersetzung des Schäfereiberechtigten und der Stabpflichtigen über das Schäfereirecht s. Gemeinh. Theil. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. N. 22. §. 84 flg.

§. 199.

3. Waldnutzungsrechte.

Sichhorn, §. 283.

1) Das Beholzungsrecht (*jus lignandi*), welches in der Berechtigung zum freien Holzhiebe besteht, kann auf das

15) Strube a. a. D. Nr. 236. §. 3. (4. 117.) — Scholz a. a. D. hält dafür, daß in einem solchen Falle nach Analogie der Vorschrift der Gemeinh. Theil. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. §. 54 der Umfang der Berechtigung nach der Stückzahl, welche im Durchschnitt in den letzten zehn Jahren gehalten worden, zu bestimmen sei.

16) Verordn. vom 12. März 1781. Promt. II. 309. — Vergl. Strube a. a. D. Nr. 237. (2. 75.) — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörtert. Bd. 4. Nr. 58. — Scholz a. a. D. §. 79 c. u. §. 83. — Hagemann a. a. D. §. 312.

17) Landesf. Rescr. vom 22. Juli 1773. Promt. I. 376. — Ueber das Pferchrecht s. Hagemann a. a. D. §. 316. — Scholz a. a. D. §. 115 flg. — v. Bülow u. Hagemann a. a. D. Bd. 7. Nr. 18.

Brennholz beschränkt, oder auch mit auf das Bau- und Nutzholz gerichtet sein, und der Umfang der Berechtigung wird entweder durch das Bedürfniß gewisser Güter oder Haushaltungen bestimmt ¹⁾, oder ist auf ein gewisses Quantum festgesetzt ²⁾; in beiden Fällen darf eine Beschränkung des Rechts nur bei wirklichem Holzmangel eintreten ³⁾.

Die Holzberechtigten haben das Recht, darauf zu bestehen, daß von dem Eigenthümer der Waldung die zur Con-

- 1) Eine solche Berechtigung hat z. B. die Stadt Seesen, und in Sachen derselben c. herzogl. Cammer ist durch das Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 19. Decbr. 1837 behuf schleuniger Beseitigung der über das wirkliche Bedürfniß der holzberechtigten Einwohner etwa entstehenden Differenzen und Streitigkeiten die Anordnung vorgeschrieben, daß das Amt unter Zuziehung des Waldeigenthümers und der berechtigten Gemeinde, im Voraus zwei unparteiische, der häuslichen Verhältnisse kundige Männer auswählen und verpflichten soll, durch welche, unter Leitung des Amts, im Wege des Compromisses für die Reclamanten das auf das laufende Jahr, oder auf so lange, als in deren Verhältnissen in Rücksicht auf das Brennholzbedürfniß keine Veränderungen eintreten, bei häuslichem Gebrauche und ohne Verschwendung den häuslichen Verhältnissen nach erforderliche Brennholz-Quantum auszumitteln und festzustellen ist. Nach Maßgabe dieser Ermittlung soll alsdann das Holz von dem Waldeigenthümer an die Berechtigten abgegeben werden. — Nach welchen Grundsätzen bei Ablösung der Brenn- und Nutzholzberechtigungen auf den Bedarf das Maaß der Theilnehmungsrechte festgesetzt werden soll, bestimmt das Gesetz vom 12. Febr. 1842. Nr. 43. §. 4 flg.
- 2) Ein Holznutzungsrecht, welches den Umfang eines wahren usus-fructus hätte, findet sich im hiesigen Lande nicht. Vergl. Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 104. — Pufendorf, *Observ. jur. T. I. Obs. 124.* — Ueber den Nießbrauch an Waldungen s. *Archiv für civil. Praxis Bd. 19. Nr. 4.*
- 3) *Hagemann, Landwirthschaftsrecht S. 270.* — *Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 171.* — *Glück, Pandect. Commentar Bd. 10. S. 183.* — Wenn die Unzulänglichkeit der Forsten zur vollen Befriedigung der begründeten Ansprüche der Servitutberechtigten durch Verschulden des Eigenthümers veranlaßt ist, so steht jenen ein Anspruch auf Schadenersatz zu, auch bleibt denselben ihr Recht im ganzen Umfange vorbehalten. Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 25. Juli 1828. *J. C. Kirchbrack c. v. Grone.*

servation derselben erforderlichen Maßregeln getroffen und befolgt werden ⁴⁾), wie überhaupt die Berechtigung auf keine unerlaubte Weise geschmälert, noch die Ausübung derselben gehindert oder erschwert werden darf ⁵⁾. Dagegen sind anderer Seits auch die Berechtigten bei der Ausübung ihres Beholzungsrechts den forstpolizeilichen Anordnungen unterworfen ⁶⁾, und es müssen sich dieselben gefallen lassen, das

- 4) Verordn. vom 28. Febr. 1645. Promt. I. 462. — Im Falle dem Berechtigten Gefahr drohet, die Holzberechtigung in der Zukunft durch Verschulden des Waldeigenthümers nicht ausüben zu können, so kann derselbe mit der actio confessoria auf Sicherstellung des ruhigen Genusses des Dienstbarkeitsrechts, oder auf Verbot des Mißbrauchs unter Strafan drohung klagen. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 29. Mai 1834. J. G. Seesen c. Cammer. Vergl. Hagemann a. a. O. §. 153. — L. 4. §. 2. L. 7. D. Si servit. vindic. (8. 5.) L. 5. C. De servit. (3. 34.) — J. R. U. §. 162.
- 5) Landt. Absch. vom 10. Octbr. 1682. Art. 12. v. Liebhaber, Einleitung 2c. Bb. I. S. 299. — Burgdorf'sches Conferenz-Protocoll vom 3/6. Decbr. 1736. §. 15. Promt. I. 453. — Aus dem schon gemeinrechtlichen Grundsatz, daß eine Berechtigung nicht verkümmert werden darf, folgt, daß der Waldeigenthümer dem Holzberechtigten das ihm gebührende Holz so zeitig, als dies unter Beobachtung der Regeln einer guten Forstwirthschaft geschehen kann, und in jedem Falle so früh, daß der letztere, ohne deshalb andere bringende Geschäfte, namentlich die Feldcultur, versäumen zu müssen, das Holz vor dem Ende des gesetzlich hierzu bestimmten Termins aus der Forst abfahren kann, überweisen muß. Ebenfalls kann der Waldeigenthümer nach dem Rechtsgrundsatz, daß dem Eigenthümer des dienenden Grundstücks kein Vorrecht vor dem Servitutberechtigten zusteht (L. 6. C. De servit. 3. 34.), keineswegs ein solches durch Auswahl des bessern Holzes und der bequemern Ladungsplätze in Anspruch nehmen, vielmehr darf der Berechtigte fordern, daß ihm das Holz in so guter Qualität, als eine vernünftige Forstwirthschaft gestattet, auch so viel als möglich an nahen und zur Abfuhr bequem gelegenen Orten angewiesen werde. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 29. Mai 1834. J. G. Seesen c. Cammer. — Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 19. Decb. 1837 in derselben Sache.
- 6) Verordn. vom 28. Febr. 1645. Promt. I. 462. — Die Berechtigten können sich daher nicht weigern, auch Waasen, Stufen und Abfallholz, in verhältnißmäßiger Quantität, anzunehmen. Erk.

ihnen zukommende Holz in solchen Arten anzunehmen, als die Beschaffenheit der Forst es mit sich bringt⁷⁾; auch sind sie verpflichtet, das Brenn-, Bau-⁸⁾ und Nußholz der Be-

- des Ob. Land. Ger. vom 12. Novbr. 1824. J. G. Kirchbrack c. v. Grone. — Aus forstpolizeilichen Rücksichten dürfen die Holzberechtigten sich das Holz nicht eigenmächtiger Weise aneignen, und selbst, wenn ihnen in älterer Zeit größere Befugnisse zugestanden haben sollten, so können sie doch jetzt auf das Recht, mit Aexten, Beilen und Sägen in die Forst zu gehen und eigenmächtig, wenn auch nur trockene Stämme und Waasholz umzuhauen, keinen Anspruch machen, einmal, weil verbietende Gesetze entgegenstehen (Forst-Ordn. vom 4. Juli 1547, 20. Octbr. 1590. Art. 3. und vom 14. August 1686. Art. 21. 26 u. 29. — Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837. §. 99.), und dann, weil eine solche Befugniß mit einer guten Forst-Deconomie und Forst-Polizei unvereinbar sein würde. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 29. Mai 1834. J. G. Seesen c. Cammer. — Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrr. S. 269. Note.
- 7) Da einer holzberechtigten Gemeinde nicht überlassen werden kann, das ihr angewiesene Brennholz selbst zu fällen und aufzumalern, so muß sie die auf diese Arbeiten zu verwendenden Unkosten dem Walbeigenthümer ersetzen; es erstreckt sich diese Verpflichtung indeß nur auf die nothwendigen Unkosten, weshalb es der Gemeinde zusteht, die Arbeiter in Vorschlag zu bringen und mit denselben wegen der Pauerlöhne zu accordiren. Erf. des Ob. Appell. Ger. vom 25. Juli 1828. J. G. Kirchbrack c. v. Grone; — desgl. des Ob. Land. Ger. vom 29. Mai 1834. J. G. Seesen c. Cammer. — Vergl. Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837. §. 141. — Nach gemeinrechtlichen Grundsätzen und nach Analogie der Verordn. vom 24. Januar 1764. Promt. I. 78. muß das eintretenden Falls aufzuwendende Rückelohn auf die durch die Hauung gewonnene Malterzahl und auf sämtliche Empfänger ohne Rücksicht darauf, ob dieselben das Holz in Folge einer Berechtigung erhalten, oder erkaufen, vertheilt werden. Der Walbeigenthümer hat die Verpflichtung, hierüber Rechnung zu führen und solche den Interessenten vorzulegen. — Die Unkosten des Walbrauens, als einer forstpolizeilichen Maßregel zur Verhütung des Borkenkäfers, müssen von dem Walbeigenthümer, ohne Concurrenz der Holzberechtigten, getragen werden. In diesem Sinne haben die Obergerichte ebenfalls in den angeführten Processen erkannt.
- 8) Die Berechtigung auf Bauholz begreift an sich nur das zum Bauen nothwendige und nützliche Holz unter sich, mithin kann sich dieselbe nicht auf den zu diesem Zwecke unnützen Abfall erstrecken. Erf. des Ob. Land. Ger. v. 29. Mai 1834. J. G. Seesen c. Cammer.

rectigung gemäß zu verwenden, und ein widerrechtlicher Gebrauch, insbesondere jede Veräußerung, ist bei Strafe verboten. Bei Neubauten muß das noch brauchbare Holz des alten Gebäudes vorzugsweise wieder benutzt werden, und die wirklich geschehene Verwendung des verabsolgten Bauholzes steht unter der Controle der Behörden ⁹⁾.

Die Anforderung des Holzes muß mindestens drei Wochen vor dem zur Abfuhr bestimmten Termine (dem 12. Mai für das in eingehetzten Forstorten und dem 24. Juni für alles übrige auf Forstgründe stehende Holz) geschehen und die für die Anweisung etwa zu entrichtende Præstation eingezahlt werden, widrigen Falls der Pflichtige für das Mal von der Holzabgabe entbunden wird ¹⁰⁾. Dagegen liegt dem Waldeigenthümer die Verpflichtung ob, das dem Berechtigten gebührende Holz, insbesondere das Bauholz, zur gehörigen Zeit und in Nothfällen ohne Verzug verabsolgen zu lassen ¹¹⁾. Der Berechtigte, welcher das ihm angewiesene Holz über ein Jahr lang nach der Anweisung ohne Erlaubniß im Walde ganz oder theilweis liegen läßt, ist dessen verlustig ¹²⁾.

2) In der Ausübung des Rechts zum Einsammeln des Eeseholzes ¹³⁾ und der Waldstreu sind die Berechtigten an die Forst-Ordnung gebunden ¹⁴⁾. Das Einsammeln darf nur

9) Forst-Reglement vom 14. August 1686. Art. 9. — Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837. §. 129 flg.

10) Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837. §. 127 u. 128.

11) Verordn. vom 20. Juni 1761. Promt. I. 336. — Der Waldeigenthümer ist eintretenden Falls für Dienstwidrigkeiten und Vernachlässigungen untergeordneter Officianten, wodurch dem Berechtigten Schaden verursacht wird, diesem selbst verhaftet. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 29. Mai 1834. J. C. Seesen c. Cammer. Vergl. Note 5.

12) Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837. §. 128.

13) Unter Eeseholz wird der Holzabfall verstanden, der ohne Art gesammelt werden kann. (Reiser und Zweige, bürre Keste, Holzspäne, Splittern und dünne Knüppel.) Hagemann, Landwirthschafts-Recht S. 268. Note 8. — Schneidende Instrumente mit in den Wald zu nehmen, ist den Eeseholz-Berechtigten untersagt. Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837. §. 99.

14) Insbesondere ist die Berechtigung zum Laubharken, als eine den

an gewissen Wochentagen und häufig, insbesondere das der Waldstreu, nur in gewissen Monaten und an den dazu ausgewiesenen Forstorten geschehen ¹⁵⁾).

3) Das Recht zur Mastnuzung ¹⁶⁾ darf gleichfalls nur

Waldungen an sich leicht schädliche Dienstbarkeit, durch die forstpolizeiliche Oberaufsicht beschränkt. Vergl. Gemeinh. Theil. Ordn. §. 103. — Wie daher auf der einen Seite der Waldeigenthümer verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß der Berechtigte, wo möglich, den nöthigen Bedarf an Streulaub bekomme (Vergl. §. 133 desselben Gesetzes), eben so berechtigt ist derselbe auf der andern Seite, diejenigen Dörter, an welchen jene Berechtigung ausgeübt werden soll, alljährlich oder in anderen, nach den Regeln der Forstwirtschaft nöthig erscheinenden Zwischenräumen zu bestimmen. Es kann daher weder in der Anforderung, noch in der Anweisung der zum Laubharken nöthigen Reviere ein *praecarium*, sondern nur auf Seiten des Berechtigten die Anerkennung der nothwendigen forstpolizeilichen Beschränkung seines Rechts, und auf Seiten des Waldeigenthümers die Ausübung seiner concurrirenden Befugniß der forstpolizeilichen Oberaufsicht gefunden werden. Nach diesen Grundsätzen erkannte das Ob. Land. Ger. am 11. Novbr. 1839. J. S. Euerbissen c. Cammer.

- 15) Hagemann, Landwirthsch. Recht S. 269. — Forstreglement vom 14. August 1686. Art. 14. — Forststrafges. vom 26. Juli 1837. §. 40 u. 71. — Da solche Berechtigungen immer der eigentlichen Forstbenutzung untergeordnet bleiben müssen und der Forstkultur nicht nachtheilig oder gemeinschädlich werden dürfen, so müssen dieselben unter polizeilicher Aufsicht stehen, und es kann insbesondere nicht nur eine Beschränkung des Rechts der die Forstpolizei exercirenden Behörde, gewisse Tage zur Ausübung der Berechtigung zu bestimmen, im Wege Rechts nicht vorkommen, sondern selbst die auf den Bedarf ausgedehnte Berechtigung muß eine Beschränkung finden, wenn die Forstkultur die volle Befriedigung nicht gestattet. Entscheid. der Minister. Commiss. vom 4. Januar 1834. J. S. Euerbissen c. Cammer.

- 16) Die Hudegerechtigkeit schließt das Mastnuzungsrecht nicht in sich (eine Ausnahme findet sich in der hannöv. Holz-Ordn. von 1665. §. 97.), indem jene keinen Anspruch auf die Baumfrüchte, welche dem Waldeigenthümer gehören, begründet. Vergl. Hagemann, Landwirthsch. Recht §. 192. — Ueber die Eintheilung der Mast nach dem Verhältnisse des Vorraths an Waldfrüchten und über den Umfang der nach diesem Verhältnisse verschiedenen Mastnuzungsrechte s. Hagemann a. a. O. — Strube, Rechtl. Bebenk. Nr. 196. (5. 68.) — Scholz, Schäferrecht §. 95 flg.

unter Beobachtung der forstpolizeilichen Anordnungen ausgeübt werden. Die Forst-Behörde bestimmt unter Zuziehung von Sachverständigen ¹⁷⁾, ob Mast vorhanden ist, und in welcher Art sie genutzt werden kann. Die zur Mast zu lassenden Schweine werden alsdann verzeichnet und mit einem Zeichen versehen, damit in die Heerde des Berechtigten keine fremde Schweine ¹⁸⁾ aufgenommen werden. Die Schweine der nicht mastberechtigten Unterthanen sollen bei der Aufnahme in die Mast, sowohl in den herrschaftlichen, als auch in anderen einheimischen Forsten den Vorzug vor fremden Schweinen haben, dagegen aber auch, wenn in jenen Mast vorhanden ist, in dieselben und nicht in fremde Forsten getrieben werden ¹⁹⁾. Die Mast-Schonung tritt mit dem 8. September ein, insofern nicht ein anderer Termin rechtlich feststeht ²⁰⁾. Das Auflesen von Eicheln- und Buchmast ist verboten ²¹⁾.

Dritter Abschnitt.

Pfand-Recht.

§. 200.

A. Gegenstand des Pfand-Rechts.

Die Bestimmung des römischen Rechts, daß alle Sa-

- 17) Die Mastinteressenten werden gleichfalls zuzuziehen sein. Hagemann a. a. D.
- 18) Es werden hierunter solche verstanden, welche der Berechtigte zum eigenen Hausbedarfe nicht gebraucht. Pufendorf, *Observ. jur. comm.* T. I. Obs. 123 verglichen mit Art. 41 der Forst-Ordn. von 1686.
- 19) Der Grund dieser Bestimmung liegt in dem Rechte des Waldeigenthümers, für solche Schweine ein Mastgeld zu nehmen.
- 20) Den Zeitpunkt, an welchem die eigentliche Mast aufhören und die Nachmast beginnen soll, bestimmt das Gesetz nicht. Von dieser ist auch die Deelzucht nicht ausgeschlossen (Forst-Ordn. von 1686. Art. 42.), was gemeinrechtlich der Fall ist. Hagemann a. a. D. §. 193.
- 21) Allgem. Land. Ordn. Art. 38. — Forst-Ordn. v. 14. August 1686. Art. 40 flg. Promt. II. 127. — Forststrafgesetz v. 26. Juli 1837. Nr. 34. §. 64. 85 flg.

chen verpfändet werden können, die dem Gläubiger Sicherheit gewähren und frei veräußert werden dürfen ¹⁾, leidet in letzter Hinsicht einige Beschränkungen.

a) Besoldungen der Civil-Bedienten dürfen ohne höchste Genehmigung niemandem verschrieben oder assignirt werden ²⁾.

b) Dasselbe gilt von der Gage der Officiere, Unterofficiere und Soldaten, so wie auch von den Pensionen aller Militairpersonen und der Militair-Wittwen ³⁾.

c) In der Verordnung vom 4. August 1763, den Trödelhandel in Braunschweig beireffend, §. 7 ⁴⁾, ist bei Strafe verboten, das erhaltene Pfand ohne Genehmigung des Eigenthümers anderweit zu verpfänden.

d) Das Leihhaus erhält dagegen auch an solchen, ihm verpfändeten Sachen ein Pfandrecht, die nach gemeinem Rechte nicht verpfändet werden dürfen, insbesondere an gestohlenen Sachen. (§. 106).

§. 201.

B. Faust-Pfänder.

Eichhorn, §. 121 flg.

Rücksichtlich der Faustpfänder ist der Regel nach das

- 1) L. 9. §. 1. D. De pign. (20. 1.) — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 329.
- 2) Verordn. v. 9. Septb. 1726. Promt. I. 100. — Vergl. Staats-Dienst-Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 15 u. 59.
- 3) Verordn. vom 12. Juli 1724. — Desgl. vom 23. Novbr. 1767. — Desgl. vom 18. Decbr. 1773. Promt. II. 192. — Vergl. Verordn. vom 26. Mai 1837. Art. 123. 160 flg.
- 4) Promt. II. 400. — Durch obige Bestimmung wird die gemeinrechtliche Controverse, ob bei dem subpignus das Pfandrecht selbst (Thibaut, Pandect. Recht §. 648. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 340.), oder die verpfändete Sache (Glück, Comment. Bd. 11. S. 57 flg.), oder die Forderung, die dem Pfandgläubiger ex contr. pignor. oder ex pacto hypoth. zusteht (Archiv für civil. Praxis Bd. 15. S. 87 flg.), weiter verpfändet werde (Vergl. v. Wangerow, Leitfaden für Pandect. Vorlesungen Bd. 1. §. 368. Anmerk. 2.), wenigstens in soweit beseitigt, als die zweite Ansicht (weitere Verpfändung der Sache) mit den hiesigen particularrechtlichen Bestimmungen im Widerspruche stehen würde.

gemeine Recht entscheidend ¹⁾ und deshalb jedermann erlaubt, sich zur Sicherheit seiner Forderung ein Pfand geben zu lassen; indeß ist particularrechtlich unter Strafandrohung verboten, aus dem Verleihen auf Pfänder ein Gewerbe zu machen; wer Darlehne auf Handpfänder sucht, soll sich deshalb an das Leihhaus wenden, dem zu dem Verkaufsgeschäfte ein ausschließliches Recht beigelegt ist ²⁾.

Der Vermiether ist nach der braunschw. Untergerichts-Ordnung ³⁾ befugt, dasjenige, was ihm in Verwahrham gegeben, als ein Unterpfand an sich zu halten und sich dieses Pfandrechts zur Sicherheit nicht nur für seine Miethe, sondern auch für seinen etwaigen Vorschuß und seine sonstigen rechtmäßigen Forderungen zu bedienen ⁴⁾.

1) Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 261.

2) Berordn. vom 9. März 1765. §. 15. Promt. II. 90. — Desgl. vom 4. Decbr. 1787. §. 4. Promt. II. 96. — Desgl. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 16. — Desgl. v. 24. Octb. 1828. Nr. 22.

3) vom 2. Febr. 1764. Cap. 12. §. 8. Promt. I. 39.

4) Das gemeine Recht giebt zwar dem Vermiether eines praedii urbani ebenfalls schon ein Pfandrecht und zwar an den vom Miethsmanne zum beständigen Gebrauche eingebrachten Sachen, indeß nur wegen der aus dem Contracte entspringenden Forderungen. L. 2. In quib. caus. pign. tac. contrah. (20. 2.) — Thibaut a. a. O. §. 642. — Glück, Comment. Bd. 18. §. 1087. — Dabelow, Lehre vom Concurse Bd. 2. S. 304. — Die älteren Processualisten räumten dagegen den Gastwirthen auch wegen gereichter Bewirthung, wenn auch keine gesetzliche Hypothek, doch eine Stelle in der vierten Classe der Gläubiger ein (Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 793. III. 12.), und diese Ansicht mag die Bestimmung des 80sten Titels der Hofger. Ordn. (Promt. I. 38.) herbeigeführt haben, daß ein Gast wegen schuldiger Beche, und ein Miethsman oder Pächter wegen rückständiger Miethe oder Pacht durch Arrestanlage auf das Seinige zur Zahlung angehalten werden kann.

In Betreff der Vorstandsgelder bei einem Pacht- und Miethsvertrage ist von dem Ob. Land. Ger. die Theorie angenommen, daß dieselben beim Concurse über das Vermögen des Verpächters von dessen Gläubigern alsdann, wenn diese den Pachtcontract fortsetzen und damit in die Verbindlichkeit des Verpächters eintreten, als eine Masseschuld zu berichtigen sind. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 13. März 1830. J. G. das Brues'sche Debitwesen betr. — Vergl. Schweppe, Concurse S. 105.

Die simulirten Wiederkaufs-Contracte, wodurch die verbotene Geld-Ausleihe auf Pfänder zu verbergen gesucht und welchen die Bedingung angehängt wird, daß die Sache, wenn sie zur bestimmten Zeit nicht eingelöst werde, dem Käufer verfallen sein solle (*pactum commissorium*) ⁵⁾, sind nichtig und der Käufer ist gehalten, die gekaufte Sache gegen Erstattung des Kaufgeldes wieder herauszugeben, oder eventuell den wahren Werth derselben zu erstatten ⁶⁾. Ebenfalls ist verboten, das erhaltene Pfand eigenmächtig zu verkaufen ⁷⁾, oder in eigenem Nutzen zu gebrauchen ⁸⁾; das Uebertreten dieses Verbots ist mit Strafe bedroht ⁹⁾.

Es sind zwar in älterer Zeit an einzelne Behörden höchste Rescripte gegen die Verpfändungen *sub pacto antichretico* ergangen ¹⁰⁾, indeß besteht in dieser Hinsicht ein

- 5) Das *pactum commiss.* ist bekanntlich schon nach gemeinem Rechte unerlaubt. L. ult. C. De pact. pignor. (8. 35.) — Pol. Ordn. von 1577. Tit. 20. §. 5. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 336. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 260.
- 6) Verordn. vom 4. Juni 1772. Promt. II. 101. — Dieses Verbot des Wiederkaufs-Contractes zum Zwecke der Umgehung des *pact. commiss.* gründet sich auf gemeinrechtliche Bestimmungen. Schweppe a. a. D. §. 368. — Mittermaier a. a. D. §. 260.
- 7) Bekanntlich geschah der Verkauf der Pfänder nach röm. Rechte außergerichtlich von dem Pfandgläubiger selbst, und der gerichtliche Verkauf war nur bei den zur Vollstreckung eines Urtheils dem Schuldner abgenommenen Pfändern vorgeschrieben. Vergl. Schweppe a. a. D. §. 331. — Thibaut a. a. D. §. 649. — Die Nothwendigkeit des gerichtlichen Verkaufs nach deutschem Rechte beruht auf einem allgemeinen Gerichtsgebrauche. Vergl. Glück, Commentar Bd. 19. §. 1101. — Mittermaier a. a. D. §. 260.
- 8) Ein Recht auf die Nutzung des Pfandes hat der Gläubiger schon so wenig nach röm., als nach altgermanischem Rechte, §. 6. J. De obl. quae ex delict. (4. 1.) — Schweppe a. a. D. §. 338. — Thibaut a. a. D. §. 653. — Mittermaier a. a. D. §. 260.
- 9) Verordn. vom 4. August 1763. Promt. II. 400.
- 10) Landesf. Rescr. vom 2. Septbr. 1744. — Desgl. vom 26. Febr. 1746. — Desgl. vom 1. März 1745. Promt. II. 423. — Fredericksdorff, Land-Polizei G. 259. §. 25. — Die deutschrechtliche Uebertragung der Sache zu Pfandbesitz, womit der Gläubiger unbeschränkte Genuß- und Verfügungsrechte über die Pfandsache er-

allgemeines gesetzliches Verbot nicht, vielmehr wird die Rechtsbeständigkeit eines solchen Geschäfts vom Gesetze nicht in Zweifel gezogen, was sich daraus ergibt, daß bei der Ablösung dinglicher Lasten die, welche das Grundstück vermöge antichretischen Pfandrechts besitzen, als rechtmäßige Inhaber angesehen werden sollen ¹¹⁾.

Bei entstehendem Concurse ist der Faustpfandgläubiger zwar verbunden, die Pfänder dem Concurserichte anzuzeigen und gerichtlich taxiren zu lassen, indeß behält er vor den anderen Creditoren die Priorität und ist nicht schuldig, ein Mehreres herauszugeben, als nach seiner völligen Befriedigung übrig bleibt ¹²⁾. Diese Bestimmung ist ausdrücklich auf die Leihhaus-Anstalten erstreckt, welche ein Pfand erst nach erfolgter Bezahlung sämtlicher Forderungen, welche sie daran haben, herauszugeben schuldig sind ¹³⁾, auch ist ein gleiches Vorzugsrecht den Inhabern von Commissionswaaren, die vom Committenten mit Wecheln und anderm Vorschusse beladen sind, zugestanden ¹⁴⁾. Dagegen findet die obige Be-

hielt, war von dem Institute der röm. Antichresis verschieden; sie wurde indeß später unter die Grundsätze desselben gestellt. Mittermaier a. a. D. §. 260 u. 261.

- 11) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 9 u. 129. — Ueber die Frage, wann Zinswucher bei einem antichretischen Vertrage anzunehmen ist? s. v. Bülow u. Hagemann a. a. D. Th. 8. Abth. 1. Nr. 8. — Strube a. a. D. Nr. 266. (II. 69.) — Glück, Pandect. Comment. §. 870.
- 12) Declarat. vom 21. Mai 1750. Promt. II. 412. — a Cramm, De diff. jur. comm. et brunsv. guelpherbytan. Obs. 23. — Ueber die gemeinrechtliche Controverse, ob der Faustpfandgläubiger verbunden sei, das Pfand zur Concursmasse abzutreten und sich auf den Concurse einzulassen? s. Glück Bd. 15. §. 132. — v. Wangerow Bd. 1. §. 793. — Pfeifer, Pract. Ausfüh. Th. 2. Nr. 3. — Nach der hannöv. Praxis braucht ebenfalls der Besitzer eines Faustpfandes dasselbe nicht zur Concursmasse abzuliefern. Hagemann, Pract. Grörter. Bd. 7. Nr. 108.
- 13) Verordn. vom 19. März 1765. §. 16. Promt. II. 91. — Desgl. vom 4. Decbr. 1787. §. 4. Promt. II. 96. — Desgl. vom 5. März 1828. Nr. 6. §. 12.
- 14) Wechs. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 53. Promt. II. 470. —

stimmung keine Anwendung, wenn ein Schuldner seinem Gläubiger ein nomen activum durch Einhändigung des Documents versetzt hat; es soll in solchem Falle bei der Disposition der gemeinen Rechte sein Bewenden behalten ¹⁵⁾. Die durch den gerichtlichen Verkauf eines Faustpfandes entstehenden Kosten sollen, Falls sie nicht aus dem Kaufgelde gedeckt werden können, nicht von der Concurssmasse, sondern von dem Gläubiger getragen werden ¹⁶⁾.

Der gemeinrechtliche Gebrauch der Pfändung ¹⁷⁾, d. h. des Rechts, bewegliche Sachen oder Thiere in Verwahrung

Landesf. Rescr. vom 29. Novbr. 1745. Promt. II. 412. — Vergl. Dehn, Entwurf einer Classificat. Tabelle S. 42.

- 15) Landesf. Rescr. vom 15. Novbr. u. 1. Decbr. 1758. Promt. II. 412. — Dehn a. a. O. S. 43. — Die Praxis nimmt an, daß die Verpfändung einer Forderung, als eines Rechts, welches überhaupt keine dingliche Klage erzeugt, sowohl ihrer Natur, als ihren Wirkungen nach der Verpfändung einer körperlichen Sache oder eines Realrechts nicht gleichgestellt werden kann, vielmehr in derselben das Recht liegt, die mit jener Forderung verbundene Klage ohne Weiteres gegen den Debitor des Verpfänders eventuell anzustellen, also eine solche Verpfändung ihrer Wirkung nach der Cession oder dem Kaufe einer Forderung ganz gleichsteht; weshalb denn eine nach der Verpfändung einer Obligation vorgenommene Cession nur insofern Wirkung haben kann, als die in jener Verpfändung liegende eventuelle Cession Wirksamkeit nicht erlangt hat. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 4. Septbr. 1829. J. S. das v. Alten'sche Dewitwesen betr. — Vergl. Schweppe S. 329 u. 331. — Mühlenbruch, Doctr. pandect. §. 413. 430. — v. Wening-Ingenheim, Lehrbuch des Civilrechts II. §. 125. — Ueber die Verpfändung von Obligationen beim Leihhause s. §. 106.

- 16) Landesf. Rescr. vom 26. März 1746 u. 16. August 1770. Promt. II. 411.

- 17) Das neuere röm. Recht kennt bekanntlich das Pfändungsrecht nicht, da dasselbe die im ältern Rechte in einzelnen Fällen begründete *pignorum capio* nicht aufgenommen hat. Schweppe, Rechtsgeschichte §. 287. — Eine deutschrechtliche Pfändung erscheint deshalb nach röm. Rechtsgrundsätzen als unerlaubte Selbsthülfe, indem nach diesen selbst fremdes Vieh, welches auf dem Eigenthume eines Andern angetroffen wird, von diesem nur mit Behutsamkeit weggetrieben, aber nicht gepfändet werden darf. L. 39. §. 1. D. Ad leg. Aquil. 9. 2. — Vergl. Glück a. a. O. Bd. 9. Cit. 1. §. 697.

zu nehmen, um sich gegen Beeinträchtigungen zu schützen und den Schadenersatz oder die Bestrafung des Schuldigen zu sichern, oder auch nur, um die durch widerrechtliche Handlungen Dritter zu befürchtenden Nachtheile abzuwenden, ist ebenfalls in unserm Privatrechte anerkannt. Dasselbe verbietet indeß ausdrücklich, bei einer Pfändung das Maaß der Nothwendigkeit zu überschreiten ¹⁸⁾. Die zum Schutze der Feldmarken von den Feldmarks-Interessenten zu bestellenden und von den Gerichten zu beeidigenden Personen, deren Function darin besteht, von den Aekern, Wiesen und andern ländlichen Grundstücken Schaden durch Dritte abzuwenden, dürfen von dem Pfändungsrechte in so weit Gebrauch machen, als zur Sicherheit für den Schadenersatz und die verwirkte Strafe nothwendig scheint, z. B. von einer Heerde einige Stücke, von einem Wagen ein Rad, eine Kette u. in Beschlag nehmen ¹⁹⁾. Die ordinairen und die Extraposten sind der Pfändung nicht unterworfen, und eben so wenig kann eine solche Statt finden, wenn der Postillon mit den leeren Pferden nach der Station zurückkehrt ²⁰⁾. Zum Schutze der Waldungen sind die Forst- und Jagdbedienten, die beeidigten herrschaftlichen Walдарbeiter und das Polizei-Militair berechtigt, die Frevler zu pfänden und denselben zu dem Ende die bei Ausübung des Frevels dienenden Werkzeuge abzunehmen ²¹⁾.

- 18) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 14 u. 21. — Decgl. vom 27. Januar 1619. Art. 28. — Allgem. Land. Ordn. Art. 65. Promt. II. 211. — Vgl. Hagemann, Landwirthsch. Recht §. 319 flg. — Strube a. a. D. Nr. 674. (5. 95.) — Glück a. a. D. §. 697.
- 19) Allgem. Land. Ordn. Art. 65. — Verordn. v. 18. August 1645. Promt. II. 210. — Von der Pfändung muß der ordentliche Richter thuntlichst bald in Kenntniß gesetzt werden; daß demselben das Pfand überliefert werde, ist nicht erforderlich, weil die Landesgesetze solches nicht ausdrücklich vorschreiben, vielmehr nur bestimmen, daß das Pfand an den gewöhnlichen Ort gebracht werden solle. Vergl. Glück a. a. D. §. 697. — Hagemann a. a. D. §. 321. — Fredericksborff, Anweisung für Just. Beamte Bd. 3. S. 136. §. 7.
- 20) Post-Verordn. vom 13. August 1832. §. 45.
- 21) Forststraf-Ges. vom 26. Juli 1837. §. 42. — Jagdstraf-Ges. vom 6. Juni 1839. §. 29.

C. Hypotheken.

§. 202.

I. Gesetzliche Hypotheken.

In Betreff der gesetzlichen Hypotheken enthält das braunschw. Particularrecht einige vom gemeinen Rechte abweichende Bestimmungen. Nach demselben haben eine gesetzliche Hypothek auch:

1) Die Kirchen und milden Stiftungen an dem Vermögen ihrer Schuldner zur Sicherheit der von ihren Administratoren ausgeliehenen Gelder ¹⁾.

2) Der Fiskus in Ansehung der von drei Jahren vor entstandenem Concurse rückständigen und der während des Concurse fällig werdenden Steuern und Gefälle ²⁾; die von längerer Zeit rückständigen stehen den gerichtlich bestätigten Hypotheken nach ³⁾.

3) Die Guts-, Erbenzins- und Lehnsherren an sämtlichen Gütern der Meier, Colonen, Erbenzins- und Lehnsträger wegen rückständiger Meierzinsen, Erbenzinsgefälle und Lehngelder ⁴⁾.

-
- 1) Kirch. Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. XX. §. 11. Promt. II. 24. — Vergl. §. 66. — Weber nach röm. noch nach canon. Rechte haben die Kirchen ein solches Pfandrecht. — Vergl. Leyser, Medit. ad pand. Vol. 4. Sp. 228. — Pufendorf, Observ. jur. univ. T. I. Obs. 158. — Glück, Comment. Bd. 19. §. 1089.
 - 2) Daß hierunter nicht allein die aus einem staatsrechtlichen, sondern auch die aus einem privatrechtlichen Verpflichtungsgrunde, namentlich auch die aus einem gutherrlichen Verbanke dem Fiskus gebührenden Abgaben zu verstehen sind, ist in einem Erk. des Ob. Land. Ger. v. 28. Mai 1841. J. S. Cammer c. Brune nachgewiesen.
 - 3) Verordn. vom 20. März 1756. Promt. II. 197. — Vergl. L. 1. C. In quib. caus. (S. 15.) — Dabelow, Lehre vom Concurse Bd. 2. S. 209. — Schweppe, Concurse S. 118. — Ein anderes Vorzugsrecht oder stillschweigendes Pfandrecht steht dem Fiskus nicht mehr zu. Land. Grundges. v. 12. Octb. 1832. §. 199.
 - 4) Verordn. vom 3. Octbr. 1707. Promt. II. 142. — Vergl. Hagemann, Landwirthsch. Recht §. 255. — Runde, Deutsch. Privatrecht §. 515. — Glück a. a. O. Th. 19. S. 289. — Dabelow, Lehre vom Concurse §. 220 u. 221. — Ob zu den obigen Gefällen auch die Laudemienelder zu rechnen sind, ist bestritten. S. Dehn,

4) Die Gläubiger der Ablösungs=Capitalien in Betreff dieser und der von zwei Jahren vor Ausbruch des Concurseß rückständigen und der während des Concurseß laufenden Zinsen. Solche Capitalien ruhen als Grundlast auf den von der Reallast befreieten Grundstücken und, Falls diese zu einem dem Pertinenzverbande unterworfenen Gute in dem Verhältnisse eines untrennbaren Zubehörs stehen, auf dem ganzen Umfange dieses Guts 5).

5) Den Ablösungs=Capitalien stehen gleich die Mobilisations=Capitalien, oder Capitalien, mit welchen Mobilisations=Zinsen abgelöst werden, oder solche Zinsen selbst, welche auf den durch Ablösung befreieten Gütern, Grundstücken oder Realrechten haften 6).

6) Die bei Gemeinheits=Theilungen zu zahlenden Capital=Entschädigungen, so wie die bei denselben behuf der Ausgleichung auf gewisse Jahre bestimmte Holzrente stehen den Ablösungs=Capitalien ebenfalls gleich, und zwar haften jene auf der Besizung, von welcher sie zu leisten sind, und diese auf der betreffenden Waldung oder auf dem Gute, zu welchem dieselbe gehört, als Grundlast 7).

7) Die Lehnznachfolger kleiner Lehne haben wegen der

Entwurf einer Classificat. Tabelle S. 47. — Die calenb. Meier=Ordn. vom 12. Mai 1772. Kap. III. §. 2. beschränkt die gesetzliche Hypothek des Meierherrn darauf, daß die rückständigen Meierzinsen die praestanda von drei Jahren nicht übersteigen, oder der Gutsherr, ohngeachtet der nachgesuchten richterlichen Hülfe, den Abtrag nicht hat bewirken können. Grese, Leitsaden zc. S. 214. — Der Lehnsherr kann in Gemäßheit des ihm zustehenden Pfandrechts die Auszahlung der rückständigen Lehnsgelder aus den Lehnsaufkünften von dem in's Lehn immirten Gläubiger des Vasallen verlangen. Grf. des Ob. Appell. Ger. vom 10. Octbr. 1841. J. S. v. Schwarzkoppen=Rottorfer Curator c. v. Schwarzkoppen=Wahlberger Curator.

5) Ablös. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. §. 112 flg. — Diese Bestimmungen finden jedoch auf die aus den Ablösungen vor der Promulgation der Ablös. Ordn. herrührenden Ablösungs=Capitalien keine Anwendung.

6) Ablös. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. §. 115.

7) Gemeinh. Theil. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. §. 193 u. 198.

ihnen nach erfolgter Modification eventuell gebührenden Entschädigung (§. 264) ein gesetzliches Hypothekrecht an dem allodificirten Lehne ⁸⁾.

8) Die Städte und übrigen Gemeinden haben ein gesetzliches Pfandrecht wegen der Gemeinde-Auflagen ⁹⁾.

9) Der Fiskus, die Gemeinden, die Kirchen und die frommen Stiftungen an den Gütern ihrer Administratoren ¹⁰⁾.

10) Die Wechselgläubiger wegen der ordnungsmäßig ausgestellten Wechsel ¹¹⁾.

11) Die Beiträge zu der Landes-Brandversicherungs-Anstalt sind den öffentlichen Steuern gleich privilegiert ¹²⁾.

12) Derselben Anstalt steht wegen der zur Vergütung von Brandschäden bezahlten Summen an dem betreffenden Grundstücke ein gesetzliches Pfandrecht für den Fall zu, daß der Eigentümer den Brand vorsätzlich veranlaßt, oder an der durch einen Dritten bösslich geschehenen Veranlassung des Brandes Antheil genommen, oder mit diesem Dritten colludirt hat ¹³⁾.

13) Die particularrechtlichen Bestimmungen in Betreff des privil. dotis sind im Eherechte §. 15 angeführt.

14) Die Erbgelder ¹⁴⁾.

8) Gesetz vom 28. März 1837. §. 20.

9) Ueber das Bestehen dieses Pfandrechts, welches nach gemeinem Rechte nicht begründet ist (Glück a. a. O. Bd. 19. C. 83. — v. Wangerow, Leitfaden für Pandect. Vorlesungen §. 374. Anm. 1. c.), läßt die Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 14. §. 1. keinen Zweifel.

10) Verordn. vom 28. Mai 1746. Promt. II. 28. — Desgl. vom 26. März 1823. Nr. 14. §. 1. Nr. 5. — Ueber die Zweifelhaftigkeit dieser gesetzlichen Pfandrechte nach gemeinem Rechte s. Glück a. a. O. §. 1089. — v. Wangerow a. a. O. §. 374. Anm. 1.

11) Wechsel. Ordn. vom 1. August 1715. Art. 54. — Declarat. vom 25. Octbr. 1723. Promt. II. 470 u. 471.

12) Verordn. vom 18. Juli 1753. §. 14. Promt. II. 425. — Gesetz vom 24. Juli 1837. Nr. 35. §. 33. — Vergl. v. Bülow und Hagemann a. a. O. Th. 2. Nr. 42. — Schweppe, Concurr. S. 119.

13) Gesetz vom 24. Juli 1837. Nr. 35. §. 24.

14) Die Erbgelder bilden eigentlich keine mit einem privilegio oder einem in jure singulari begründeten Vorzugsrechte versehene For-

§. 203.

II. Öffentliche Hypotheken.

Eichhorn, §. 188.

In der Stadt Braunschweig wurde schon in früher Zeit nur solchen Verpfändungen der zu der Stadt gehörigen Grundstücke die Kraft öffentlicher Hypotheken beigelegt, die vor dem Untergerichte geschehen und in das Gerichtsbuch gezeichnet waren, wogegen die vor anderen Gerichten, vor Zeugen oder auf andere, nach Landes- und gemeinem Rechte gültige Art constituirten Hypotheken ¹⁾ allein vor den chiro-

derung, vielmehr beruhet der denselben im Concurse eingeräumte Vorzug in ihrer gemeinrechtlichen Natur, indem nach röm. Rechte bei einer Erbtheilung, weil sie ein Kaufgeschäft in sich schließt (L. 1. C. Commun. utr. jud. etc. 3. 38.), den mit Geld abzufindenden, also verkaufenden Erben das Miteigenthum verbleibt (§. 41. J. De divis. rer. 2. 1. — L. 19. D. De contrah. emt. 18. 1.), welches ein Vindicationsrecht und im Concurse ein Separationsrecht erzeugt. In Beziehung auf das deutsche Erbrecht oder die Abfindung, welche den abzufindenden Kindern aus dem ungetheilt dem Auerben zufallenden Hofe gebührt, werden dieselben Rechtsgrundsätze angewandt, oder es wird, weil den abzufindenden Erben nur ein Miteigenthum an einer untheilbaren Sache zusteht, und dieserhalb ein wirkliches Separationsrecht eben so wenig eintreten, als eine eigentliche Vindication zum Zwecke der Absonderung des Erbtheils des Miterben von einem untheilbaren Erbschafts-Objecte Statt haben kann, das Erbgeld als eine auf dem Grundstücke haftende Schuld, als eine Reallast, nach dem Gesichtspunkte einer Masseschuld behandelt. Diese Grundsätze werden, beim Mangel specieller Landesgesetze, von der hiesigen Praxis befolgt. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 20. Decbr. 1831. J. C. das Meyer'sche Debitwesen betr. — Vergl. Schweppe, Concurss §. 41. — Dabelow, Lehrb. vom Concurse §. 222 flg. — v. Bülow, Abhandlungen u. Th. 1. Abh. 16. — Dehn, Classificat. Tabell. C. 57. Nr. 6. — Pfeifer, Pract. Ausführ. Bd. 4. Nr. 9.

- 1) Vergl. Glück, Pandect. Comment. Bd. 18. C. 293. — Schweppe, Concurss §. 74. — Glaproth, Einleitung in sämmtl. summar. Proc. §. 406. — v. Trützschler, Anweisung zur Abfassung rechtl. Aufsätze Th. 1. §. 48 flg. — Pufendorf, Observ. jur. univ. T. II. Obs. 62. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 267. (I. 18.) 268. (I. 19.) 270. (II. 109.) — v. Bülow u. Hagemann, Pract.örter. Bd. II. Nr. 43. Bd. 4. Nr. 59.

grapharischen Gläubigern den Vorzug hatten. Diese, aus dem Sachsenrechte herrührende Bestimmung wurde sowohl in der Untergerichts-Ordnung vom 16. November 1677 Cap. XXVI. §. 1, als auch in der verbesserten Untergerichts-Ordnung vom 2. Februar 1764 Cap. XIII. §. 1 beibehalten und bestätigt ²⁾. Das Vorzugsrecht der besonders privilegierten vertragsmäßigen Hypotheken vor den öffentlichen blieb dadurch bedingt, daß dieselben ebenfalls vor dem Untergerichte, und zwar früher als diese, bestellt sein mußten; dagegen blieben die gesetzlichen Hypotheken von dem Requisite der gerichtlichen Bestellung und Eintragung in das Gerichtsbuch ausgeschlossen ³⁾. Ähnliche Vorschriften galten auch außerhalb der Stadt Braunschweig in mehreren anderen Orten und Gerichten des Landes.

Später ist eine generelle gesetzliche Bestimmung dahin ergangen, daß die vor incompetenten Gerichten, vor Notar und Zeugen, und vor Zeugen allein bestellten Hypotheken überall nicht mehr als *publicae* oder *quasi publicae* gelten, sondern nur als Privathypotheken angesehen werden sollen. Allein die in *foro rei sitae* in Gegenwart oder auch in Abwesenheit des Creditors constituirten, so wie die nach erfolgter Privatbestellung von dem competenten Gerichte auf Ansuchen beider Contrahenten oder wenigstens des Schuldners bestätigten und in das Gerichtshandelsbuch eingetragenen Hypotheken sollen, und zwar jene vom Tage der Bestellung, diese vom Tage der Bestätigung an, die Kraft öffentlicher und gerichtlicher Hypotheken haben. Es sind indeß die oben erwähnten Localrechte, wonach die Bestellung einer öffentlichen und gerichtlichen Hypothek nur vor einem bestimmten Gerichte geschehen und durch eine daselbst nicht übliche Confirmation eine in einem Privat-Instrumente erteilte Hypothek nicht in eine öffentliche verwandelt werden kann, durch

2) Promt. I. 474.

3) Landesf. Rescr. vom 20. Septb. 1743. und landesf. Resolut. von demselben Tage. Promt. I. 471. — Vergl. Schweppe, Concurr. §. 74.

diese spätere Vorschrift nicht aufgehoben, vielmehr mit derselben ausdrücklich bestätigt 4).

§. 204.

III. Hypothekenbücher.

Sichhorn, §. 188 flg.

Die Hypothekenbücher 1) bezwecken die Sicherheit des Creditors bei Pfändern, die ihm nicht überliefert werden, dadurch, daß jeder dingliche Anspruch an ein Grundstück der Regel nach durch die Eintragung in das Hypothekenbuch, die unter öffentlicher Autorität geschieht, bedingt ist.

Das Ingrossations-System erhielt seine nächste Ausbildung während der westphälischen Regierungs-Periode. Nach derselben mußten die inzwischen bestellt gewesenen Hypothekenbewahrer ihre Register an die Gerichte abgeben, und es wurde allen Inhabern von Hypotheken zur Erlangung der Eintragung ihrer Hypothekenrechte in die neuen Hypothekenbücher eine peremptorische Frist gesetzt, welche indeß zwölf Mal, zuletzt bis zum 31. Decbr. 1823, verlängert wurde 2).

4) Verordn. v. 12. Octb. 1803. Promt. I. 472. — Für das Fürstenthum Blankenburg war schon durch eine Verordn. v. 11. Octb. 1721 (Promt. I. 473) bestimmt, daß diejenigen Gläubiger, welche mit einer vor auswärtigen Gerichten confirmirten Schuld- und Pfandverschreibung versehen wären, den Hypothek-Gläubigern, deren Schuld- und Pfandverschreibung von der Landesregierung Confirmation erhalten habe, auch dann nachstehen sollten, wenn jene der Zeit nach früher bestellt sei, als diese. — Das Princip, daß eine Hypothek nur in einer vor dem competenten Gerichte errichteten oder bestätigten Schuldverschreibung bestellt werden könne, gründet sich zwar auf das altgermanische Institut der nothwendigen richterlichen Autorität bei Erwerbung dinglicher Rechte, ist indeß nicht zu gemeinem Rechte geworden. Sichhorn, Deutsch. Rechtsgesch. §. 564.

1) Das System der Ingrossation ist bekanntlich dem röm. Rechte fremd und lediglich ein Ausfluß der altgermanischen Grundsätze über Investitur und Eintragung der Eigenthums-Übertragungen in öffentliche Bücher. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 261. — Archiv für civil. Praxis Bd. 18. S. 151.

2) Verordn. vom 15. Januar 1814. Nr. 14. §. 11. — Desgl. vom 27. Decbr. 1822. Nr. 16.

Nach Ablauf dieser Frist sollte jede sowohl stillschweigende, als gesetzliche, oder ausdrücklich bestellte Hypothek nur dann Gültigkeit haben, wenn sie zur Eintragung in das Hypothekenbuch gehörig angemeldet worden, und diesen eingetragenen Hypotheken blieb allein die ihnen zustehende Rang-Ordnung vorbehalten, wogegen der Rang aller später angemeldeten Hypotheken vom Tage der Eintragung abhängen sollte 3).

Diese Vorschrift wegen Eintragung aller hypothekarischen Rechte zeigte sich indeß bei der Ausführung in vielen Fällen schwierig, in anderen selbst unmöglich, weshalb späterhin, unter Beibehaltung des Grundsatzes, daß die Hypotheken im Allgemeinen zu ihrer vollen Wirksamkeit der Eintragung in die Hypothekenbücher bedürfen und ihr Vorzugsrecht dadurch bedingt wird, folgende gesetzliche Hypotheken von der Eintragung ausgenommen sind 4):

1) die Hypothek des Fiscus in Ansehung der rückständigen Steuern;

2) das Pfandrecht der städtischen und übrigen Gemeinden wegen der Gemeinde-Auflagen;

3) Verordn. vom 15. Januar 1814. Nr. 14. §. 11. — Desgl. vom 3. Febr. 1814. Nr. 27. §. 55. — Es fanden daher nach den obigen Bestimmungen die Vorzugsrechte und Privilegien der verschiedenen, besonders der gesetzlichen Pfandrechte nach gemeinem Rechte und deren rückwirkende Kraft des Ursprungs über früher constituirte Hypotheken nicht weiter Statt.

4) Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 14. §. 1 u. 2. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 268. (I. 19.) — Da diese Ausnahmen nichts weiter sind, als Dispensationen von dem facto der Eintragung in der Art, daß solche als geschehen betrachtet werden soll, so kann der Hypothek auch nur dasjenige Recht, das ihr, wenn sie eingetragen wäre, competiren würden, nämlich die Concurrenz mit den übrigen eingetragenen Hypotheken nach der Zeitfolge, zugestanden werden. Bei der in dieser Annahme der Eintragung liegenden *fictio juris* bleibt indeß deren sowohl natürliche als rechtliche Möglichkeit eine wesentliche Bedingung, weil etwas in der einen oder andern Art Unmögliches auch rechtlich als wahr und geschehen nicht angesehen werden darf. In diesem Sinne hat sich das Ob. Appell. Ger. in einem Decrete vom 13. Mai 1831 J. G. das Steinmann'sche Debitwesen betr., ausgesprochen.

3) die Hypothek der Brandversicherungs-Anstalt wegen der rückständigen Beiträge;

4) die Rechte der Meier- und Erbenzinsherrn, so wie auch der übrigen Grundzinzberechtigten an den Gütern der Pflichtigen in Hinsicht des zu entrichtenden Zinses;

5) die Hypothek des Staats, der Gemeinden, Kirchen, der öffentlichen frommen Stiftungen und öffentlichen Anstalten an den Gütern ihrer Administratoren, wenn diese von einer öffentlichen Behörde angestellt sind;

6) die Hypothek der Ehefrau an dem Vermögen ihres Mannes, wegen des eingebrachten und des Paraphernal-Guts ⁵⁾;

7) die der Kinder wegen ihres Mutterguts und des sonstigen in der Verwaltung des Vaters befindlichen Vermögens ⁶⁾;

5) Das gemeinrechtliche *privilegium dotis* findet daher nach dem hiesigen Particularrechte, den eingetragenen Hypotheken gegenüber, nicht mehr statt, auch ist die gemeinrechtliche Controverse über den Anfang des gesetzlichen Pfandrechts der Ehefrau wegen der Brautgabe (Glück a. a. D. Bd. 19. S. 122. — v. Wangerow, Leitfa- den 11. §. 375. Anmerk. 4. a. — Schweppe, Rdm. Privatrecht §. 348. — Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 643.), insofern beseitigt, als das von der Eintragung befreite Pfandrecht, auch wenn die Brautgabe vor Eingehung der Ehe bestellt worden, doch erst mit der Ehe anfangen kann, weil dasselbe ausdrücklich der Ehefrau beigelegt ist. Nach diesen Grundsätzen hat das Ob. Land. Ger. am 26. April 1836. J. S. Meyer c. Hagen erkannt.

Ueber die gemeinrechtliche Controverse, ob den Töbinnen das *privilegium dotis* zustehe? s. v. Wangerow a. a. D. §. 375. Anm. 4. c. a. — Glück a. a. D. Bd. 19. S. 111. — Schweppe a. a. D. §. 348. S. 293. — Pufendorf, Observ. jur. comm. T. 1. Obs. 208. T. IV. Obs. 72. — Thibaut a. a. D. §. 643. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 779. (III. 68.) — v. Bülow und Hagemann, Pract. Grödt. Bd. 6. Nr. 44. — Die Praxis der hiesigen Landen räumt denselben gegen die gewöhnlichere Ansicht jenes *privilegium* ein.

6) S. §. 19. — Vergl. v. Wangerow a. a. D. §. 375. Nr. 3. — Schweppe a. a. D. §. 348. — Thibaut a. a. D. §. 643. — Glück a. a. D. Bd. 19. S. 129. — Aus der Eigenthümlichkeit der Ver-

8) das Pfandrecht der Minderjährigen und sonstiger unter Curatel gesetzter Personen an dem Vermögen ihrer Vormünder und Curatoren ⁷⁾, so wie auch des Stiefvaters, wenn die Mutter Vormünderin war und ohne Rechnung abzulegen sich wieder verheirathet ⁸⁾.

Die Hypothekenbücher werden in Braunschweig von dem Kreisgerichte, in Wolfenbüttel von dem Stadtgerichte und in den übrigen Landestheilen von dem Aemtern geführt ⁹⁾. Als eine Abweichung von dem gemeinrechtlichen

moderg-Verhältnisse der Eheleute nach Bauernrechte (§. 15. Nr. 6.) folgt, daß die Kinder der Colonen das von ihrer verstorbenen Mutter Eingebrachte als Gläubiger ihres Vaters im Concurse nicht zurückfordern können, denn da die Illaten in dem Hofe verbleiben müssen und die durch deren Verwendung herbeigeführte Verbesserung des Hofes nur demnächst bei Bestimmung der Größe der Abfindung in Betracht kommen, auch das mit dem Hofe verbundene Allodium, von welchem die Abfindung mit zu entrichten ist, vor der Succession in den Hof einen besondern Gegenstand der Vererbung und Theilung nicht abgeben kann, so kann auch der Anspruch auf eine Abfindung nur dem Anerben gegenüber geltend gemacht werden und erst dann in Wirksamkeit treten, wenn der Colon stirbt, oder durch Abtretung des Hofes die Succession eröffnet wird. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 6. Novbr. 1838. J. C. Hille c. Hille. — Scholz, Jurist. Mag. Bd. 2. S. 1. C. 26.

7) Das röm. Recht dehnt das den Minderjährigen zustehende Pfandrecht ausdrücklich nur auf die Wahnsinnigen aus (L. 20. C. De adm. tut. 5. 37. — L. 7. §. 5. 6. C. De cur. fur. 5. 70.) und die Behauptung, daß dasselbe auch anderen Bevormundeten beizulegen sei (Glück a. a. D. Bd. 19. C. 147.), wird von vielen Rechtslehrern bestritten (Schweppe a. a. D. §. 348. — Thibaut §. 643. — v. Wangerow §. 375. Anm. 2. — v. Wening-Ingenheim §. 135.) — Durch die obige Bestimmung hat sich die hiesige Gesetzgebung für die Ausdehnung des Privilegiums im weitesten Sinne ausgesprochen.

8) L. 6. C. In quib. caus. pign. etc. (8. 15.) — Glück Bd. 19. C. 138. — Den Predigern ist untersagt, die Proclamation und Trauung einer Wittve vorzunehmen, wenn von derselben nicht nachgewiesen ist, daß sie sich mit den Kindern erster Ehe wegen des Vermögens auseinandergesetzt hat. Rescr. vom 11. Novbr. 1716 und vom 11. Januar 1753.

9) Verordn. vom 15. Octbr. 1832. Nr. 33. §. 6.

Principe, daß die Ingrossation nur in foro rei sitae geschehen kann ¹⁰⁾, findet sich die particularrechtliche Bestimmung, daß die von den bei den Kämtern und Stadtgerichten angestellten Beamten und Auctuarien und deren Familien an den ihnen gehörigen, innerhalb ihres Gerichtsbezirks belegenen Grundstücken, imgleich die diesen Personen an solchen Grundstücken bestellten Hypotheken bei den Gerichten, wo sie gesetzlich ihren Gerichtsstand haben ¹¹⁾, eingetragen werden sollen; es muß jedoch zugleich dem Gerichte der belegenen Sache Nachricht von der erfolgten Eintragung erteilt werden ¹²⁾.

Ueber die Einrichtung und Führung der Hypothekenbücher enthält die Gesetzgebung genaue und sehr specielle Vorschriften ¹³⁾, wobei als Grundprincip angenommen ist, daß die Hypotheken nicht auf den Namen des Schuldners, sondern auf das belastete Grundstück eingetragen werden sollen. Mit der Eintragung der Hypothek darf nicht eher verfahren werden, bis der Contract, zu dessen Sicherung die Hypothek bestellt worden, sowohl in formeller als materieller Hinsicht zur Vollkommenheit gediehen ist ¹⁴⁾. Vor Berichtigung der desfallsigen Erfordernisse hat ein etwaiges vorläufiges Notiren der Hypothek in dem Hypothekenbuche zur Sicherheit der Eintragung hypothekarischer Rechte gar keine rechtliche Wirkung, vielmehr tritt diese lediglich erst mit der Eintragung ein. Sobald aber die Hypotheken mit den gehörigen Erfordernissen versehen sind, so kommt bei ihrer Eintragung darauf nichts an, ob sie vor Gericht, vor Notar

10) Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 261. — Archiv für civil. Praxis T. 18. S. 193. — Strube a. a. O. Nr. 267. Note von Spangenberg. — Pufendorf, Animadvers. Nr. 98.

11) Verordn. vom 14. Juli 1825. Nr. 11.

12) Gesetz vom 15. Octbr. 1832. Nr. 33. §. 9. — Verordn. vom 21. Febr. 1833. Nr. 5.

13) Verordn. vom 3. Febr. 1814. §. 53. — Circul. Rescr. des Ob. Land. Ger. vom 3. März 1842.

14) Vergl. Mittermaier a. a. O. §. 263. — Glück a. a. O. Th. 18. S. 293. — Puchta, Handbuch des gerichtlichen Verfahrens 2c. Th. 2. S. 164 u. 454.

und Zeugen, oder auch bloß unter Privatpersonen bestellt sind. Bei der Cession oder Löschung der Hypothek ist das, was sich aus der Natur der Sache als wesentlich darstellt ¹⁵⁾, zu berücksichtigen, besondere Förmlichkeiten sind dabei nicht vorgeschrieben.

Es soll aber von Amtswegen dahin gesehen werden, daß, wenn das ganze Capital zurückgezahlt und gerichtlich getilgt ¹⁶⁾, oder einem Andern cedirt wird, die Pfand-Verschreibung in den Händen des bisherigen Gläubigers nicht gelassen, vielmehr, nachdem darunter von der Behörde die geschehene Bezahlung oder Cession notirt ist, im ersten Falle dem Schuldner, und im zweiten dem neuen Gläubiger ausgeliefert werde; und daß, wenn nur ein Theil der Forderung getilgt oder cedirt wird, die partielle Zahlung oder Cession von Seiten des Gerichts unter der Obligation bemerkt werde. Wenn daher der Gläubiger die Obligation, weil ihm solche abhanden gekommen, zurückzugeben oder auszuliefern nicht im Stande ist, so soll auf dessen Kosten das Mortifications-Verfahren eingeleitet, und erst nach dessen Erledigung die Löschung oder Cession in den Hypothekenbüchern bemerkt werden ¹⁷⁾.

§. 205.

D. Priorität der Pfandrechte.

Nach dem braunschw. Particularrechte lassen sich hinsichtlich der Priorität der Pfandrechte nachfolgende Abtheilungen unterscheiden:

I. Absolut privilegirte Forderungen:

1) Die Begräbnißkosten ¹⁾ und die Kosten der letzten

¹⁵⁾ Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 269.

¹⁶⁾ Bei Hypothekrechten, die durch eine nothwendige Subhastation untergegangen sind, hat das betreffende Gericht auch auf die Löschung ex off. Bedacht zu nehmen. Rescr. des Ob. Land. Ger. vom 3. März 1842. Nr. 50. §. 28.

¹⁷⁾ Landesf. Rescr. vom 14. Decbr. 1825. B. G. 1826. Nr. 1. — Rescr. des Ob. Land. Ger. vom 3. März 1842. Nr. 50. §. 29.

1) L. 17. D. De reb. auct. jud. poss. (42. 5.) — L. 45. D. De relig. (11. 7.) — Glück a. a. D. Bd. 11. §. 771.

Krankheit ²⁾. Diese Kosten gehören sämmtlich hierher, wenn der Schuldner vor Eröffnung des Concurſes verſtorben iſt, inſofern dieſelben nur das Standesmäßige nicht überſchreiten; verſtirbt aber der Schuldner während des Concurſes, ſo werden bei den Adligen und bei höheren Hof- und Staatsbeamten zu dieſen Koſten, einschließlich der Stolgebühren, die nach Verhältniß zu ermäßigen ſind, 60 Thlr., bei Hof- und Staatsbeamten niederern Ranges 36 Thlr., bei den Bürgern 18 Thlr. und bei den Bauern 8 Thlr. aus der Concurſmaſſe vergütet. Bei dem Todesſalle der Ehefrau des Eridars, welche das zur Beſtreitung der fragl. Koſten erforderliche Vermögen nicht hinterläßt, ſoll die Hälfte jener Summen aus der Maſſe gezahlt werden ³⁾.

2) Das Liedlohn, indeß nur aus den letzten drei Jahren vor entſtanenem Concurſe; die übrigen Rückſtände werden in die letzte Claſſe geſetzt. Dieſes Vorzugsrecht erſtreckt ſich auch auf das Koſtgeld und die zu beſtimmten Zeiten wiederkehrenden Geſchenke der Dienſtboten, und geht auf die Erben über ⁴⁾.

- 2) Solche Koſten ſind zwar nicht nach röm. Rechte, indeß nach einem allgemeinen Gerichtsgebrauche privilegiert. Dabelow, Lehre vom Concurſe Bd. 2. §. 213 flg. — Schweppe, Concurſ §. 68.

- 3) Verordn. vom 12. Octbr. 1756. Promt. I. 90.

Ueber die Frage, ob die Trauerkleidungsſtücke für die Wittve und Kinder zu den Begräbnißkoſten gerechnet werden können? ſ. Glück a. a. D. Bd. 11. S. 446. — Dabelow a. a. D. Bd. 2. S. 189. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 3. Nr 36. — Die ältere Praxis bejahete die Frage, indeß mit der Beſchränkung, daß dieſe Koſten dem Stande des Verſtorbenen angemessen wären. Dehn, Claſſificat. Tabelle S. 45.

- 4) Verordn. v. 12. Octbr. 1756. Promt. I. 384. — Geſinde-Ordn. vom 15. Octbr. 1332. §. 38. — Das Vorzugsrecht des Liedlohns gründet ſich auf das Sachſenrecht. Sachſenſpiegel Bd. 1. Art. 22. 24. — Dabelow a. a. D. Bd. 2. §. 216 flg. — Schweppe a. a. D. §. 68. — Nach der hannöv. Verordn. vom 30. Juli 1830 ſoll der Rückſtand bei Liedlöhnern und Hausofficianten im Allgemeinen aus den letzten beiden Jahren, bei Kaufmannsdienern, Gehülſen der Künſtler und Handwerks-Gefellen aber nur aus dem letzten Jahre in die erſte Claſſe geſetzt werden.

3) Ein gleiches Vorzugsrecht haben die Handwerksge-
sellen in Betreff des rückständigen Gesellenlohns 5).

4) Der Fiskus wegen der von drei Jahren vor entstan-
denem Concurse rückständigen und der während des Concurse
fälligen Steuern und Gefälle.

5) Gleich privilegiert sind die Beiträge zu der Landes-
Brandversicherungs-Anstalt.

II. Geschliche und besonders bevorzugte Pfandrechte :

Der diesen Pfandrechten gesetzlich beigelegte Vorzug ist
bei einigen durch Eintragung in die Hypothekenbücher be-
dingt, wogegen andere von einer solchen Eintragung erimirt
sind.

Zu den ersten gehören folgende :

1) Der Inhaber eines Ablösungs-Capitals wird mit die-
sem und den von zwei Jahren vor Ausbruch des Concurse
rückständigen und den während des Concurse laufenden Zin-
sen in Ansehung des dafür haftenden Gegenstandes unmittel-
bar nach den öffentlichen Steuern befriedigt. Unter den Ablö-
sungs-Capitalien selbst besteht folgende Rang-Ordnung :

a) Das des Zehntberechtigten. Die Capitalien mehrerer
Zehntherren stehen in Ansehung der Grundstücke, auf welchen
ihre Berechtigungen neben einander haften, oder des Hofes,
zu welchem die Grundstücke gehören, einander gleich.

b) Das Ablösungs-Capital des Dienstherrn, oder meh-
rerer Dienstherrn desselben Hofes.

c) Die übrig Ablösungs-Capitalien, welche unter ein-
ander gleichen Rang genießen; denselben stehen gleich :

2) Allodifications-Capitalien oder Capitalien, mit wel-
chen Allodificationszinsen abgelöst worden, oder solche Zinsen
selbst. Dieselben werden auch, Falls die allodificirten Grund-
stücke oder Realrechte zu einem andern Hofe im Pertinenz-
Verbande stehen, als auf dem ganzen Umfange dieses Hofes
haftend betrachtet 6).

3) Die bei den Gemeinheits-Theilungen zu zahlenden

5) Gilde-Ordn. vom 29. Octbr. 1821. §. 102.

6) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 114 u. 115.

Capital-Entschädigungen, so wie die bei denselben behuf der Ausgleichung auf gewisse Jahre bestimmte Holzrente; jene ruhet auf der Besizung, von der sie erfolgt, und diese auf der betreffenden Waldung oder, wenn solche zu einem Gute gehört, auf diesem als Grundlast 7).

Diese für die Ablösungs-Capitalien und die denselben gleichgestellten Entschädigungen bestimmte Erstigkeit und Reihenfolge tritt ohne Rücksicht auf die Zeit der erfolgten Ablösung und Eintragung in das Hypothekenbuch ein; letztere wird indeß dabei als wesentliche Bedingung vorausgesetzt 8).

5) Die den Lehnsmachfolgern bei der Allodification des Lehns eventuell gebührende Entschädigung (§. 264), zu deren Sicherheit die Lehnsmachfolger ein Hypothekenrecht an dem allodificirten Lehne haben, welches den Vorzug vor allen den Schulden genießt, für welche der Lehnsmachfolger nicht zu haften braucht 9).

Die gesetzlichen, besonders bevorzugten und von der Nothwendigkeit der Eintragung in das Hypothekenbuch eximirten Hypotheken sind die der Meier- und Erbenzinsherren, so wie der übrigen Grundzins-Berechtigten in Hinsicht des von den Pflichtigen zu entrichtenden Zinses; dieselben sollen ebenfalls gleich nach den öffentlichen Steuern locirt werden und allen übrigen Hypotheken vorgehen 10), so daß sie mit den Ablösungs-Capitalien und den denselben gleichgestellten Capitalien ein gleiches Vorzugsrecht genießen müssen.

III. Die in die Hypothekenbücher eingetragenen, so wie die gesetzlichen, der Eintragung nicht bedürftigen Hypotheken und die Erbgelder.

In dieser Abtheilung nehmen die Erbgelder den ersten Rang ein, da der desfallsige Anspruch des Erben sich auf

7) Gesetz vom 28. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 193 u. 198.

8) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 103 u. 114.

9) Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 20.

10) Verordn. vom 21. April 1745. Promt. II. 142. — Nach der hannövr. Ablöf. Ordn. vom 23. Juli 1833 sollen die zur Ablösung von Grundlasten hergeliehenen Capitalien dasselbe Vorrecht vor anderen Forderungen genießen, welches dem abgelösten Rechte selbst zugestanden hat.

ein Miteigenthum basirt, welches ein Separationsrecht begründet ¹¹⁾. Die übrigen, sowohl gesetzlichen, als conventionellen hierher gehörigen General- und Special-Hypotheken stehen einander gleich und rangiren unter sich nach dem Datum der Eintragung in das Hypothekenbuch, resp. die einer solchen nicht bedürfenden nach der Zeit ihrer Entstehung ¹²⁾, indem sämtliche gemeinrechtliche Vorzüge der stillschweigenden oder gesetzlichen Hypotheken, im Zusammentreffen mit eingetragenen, wegfallen ¹³⁾.

IV. Die gesetzlichen, der Eintragung bedürfenden und nicht ingrossirten, so wie alle nicht eingetragenen conventionellen General- und Special-Hypotheken behalten zwar ihre Wirksamkeit gegen den Schuldner und das gesetzliche Vorrecht im Concurse, indeß stehen dieselben allen eingetragenen Hypotheken nach ¹⁴⁾. Wegen der zwischen den Verordnungen vom 15. Januar 1814 und vom 26. März 1823 ent-

11) C. §. 202. Nr. 14. Note. — Die Verordn. vom 21. April 1745. Promt. II. 142 bestimmt ausdrücklich, daß die Erbgelber der Forderung des Meier- und Erbenzinsherrn u. wegen des rückständigen Grundzinses nachstehen sollen; es folgt solches aber auch schon daraus, daß der Vorzug der Erbgelber sich auf das Miteigenthum der Erben gründet und das Eigenthum durch die darauf ruhenden Reallasten, wozu der Grundzins gehört, beschränkt wird.

Zu den Erbgelbern gehören auch die Lehncompetenzen und die Abfindungen der Kinder aus Bauergütern, wie denn auch das Recht des früheren Hofbesizers auf die Leibzucht nach eben denselben Grundsätzen zu beurtheilen sein wird. Dehn a. a. D. C. 47.

12) Ueber die hierbei vorkommende *fictio juris* s. §. 204. Note 4.

13) Verordn. vom 26. März 1823. — Vergl. Erf. des Ob. Appell. Ger. vom 13. Mai 1834. I. C. das Steinmann'sche Debitwesen betr.

14) Verordn. vom 26. März 1823. §. 2. — Landesf. Refcr. vom 14. Decbr. 1825. — Es findet daher in Beziehung auf eingetragene Hypotheken die umfassende, rücksichtlich der früheren Hypotheken zurück, und rücksichtlich der künftig erst zu erwerbenden Grundstücke in die Zukunft hinaus sich erstreckende Wirkung der Real-Hypotheken nach gemeinem Rechte unsern Landesgesetzen zufolge nicht weiter Statt. Nach diesem Principe hat das Ob. Appell. Ger. am 13. Mai 1834. I. C. das Steinmann'sche Debitwesen betr.; erkannt.

stehenden gesetzlichen Hypotheken ist bestimmt, daß dieselben denjenigen Rang behalten sollen, welcher ihnen nach jener ersten Verordnung, nach der Verordnung vom 3. Februar desselben Jahrs und nach den Verordnungen, wodurch der Termin zur Eintragung verlängert worden, zusteht, und daß allen Hypotheken, die seit der Verordnung vom 3. Februar 1814 entstanden und nicht eingetragen worden, von dem Tage ihrer Entstehung angerechnet, diejenige Gültigkeit verbleiben soll, welche ihnen nach der früheren Gesetzgebung zustand, jedoch mit den obigen Beschränkungen ¹⁵⁾.

Hinsichtlich der Rang-Ordnung dieser Hypotheken gelten die Bestimmungen des gemeinen Rechts und die Landgesetze bestätigen ausdrücklich die gemeinrechtliche Vorschrift, daß die öffentlichen Hypotheken, d. h. die gerichtlich bestellten oder bestätigten Hypotheken, den bloßen Notariats- oder Privat-Hypotheken vorgehen sollen ¹⁶⁾. C. §. (203.)

§. 206.

E. Wirkung der Hypothek gegen dritte Besitzer.

Die gemeinrechtliche Vorschrift, daß die Hypothek gegen jeden Dritten Besitzer geht, findet in der particularrechtlichen Bestimmung über die Nothwendigkeit der Eintragung in das Hypothekenbuch ihre Begränzung. Das Gesetz schreibt daher vor, daß eine nicht eingetragene Special-Hypothek gegen dritte Besitzer überall nicht verfolgt werden kann, eben so wenig aber auch eine übrigens eingetragene General- oder Special-Hypothek in Ansehung der Mobilien und Moventien, welche etwa dadurch afficirt sein könnten, und eine ingrossirte General-Hypothek ¹⁾ soll nur insofern gegen dritte Besitzer von Immobilien verfolgbar sein, als sie auf diese im Hypothekenbuche besonders eingetragen ist. Auch die Wirk.

15) Verordn. vom 26. März 1823. §. 4 u. 5.

16) Landesf. Circul. Refer. vom 14. Decbr. 1825.

1) Ueber die Wirkungen einer General-Hypothek nach gemeinem Rechte f. Thibaut, Pandect. Syst. §. 638. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 344. a. — v. Wangerow, Leitfaden zu Pandect. Vorlesungen §. 369. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 265.

samkeit solcher Hypotheken, welche der Eintragung nicht bedürfen (§. 204), ist dahin beschränkt, daß dieselben gegen dritte Besitzer der darunter mit begriffenen Immobilien nur ein Jahr lang nach der gerichtlichen, durch die braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machenden Verlassung derselben verfolgt werden können, insofern sie nicht schon früher in Folge der auf eine Edictalladung erfolgten Präclusion erloschen sind ²⁾). Um jene öffentliche Bekanntmachung der Verlassung zu erreichen, genügt im Allgemeinen die bloße, übrigens mit den nöthigen Erfordernissen versehene Anzeige der Veräußerung eines Grundstücks bei dem competenten Gerichte, und die förmliche Verlassung oder Auflassung vor dem Gerichte des belegenen Grundstücks wird nur an den Orten erfordert, wo selbige nach besonderen Localrechten noch gebräuchlich ist ³⁾. (§. 178).

Vierter Abschnitt.

Von den Bauergütern.

A. Allgemeines.

§. 207.

I. Einleitung.

Sichhorn, §. 255 u. 256.

In ältester Zeit stand der Bauer in keiner unmittelbaren Verbindung mit dem Staate, und so lange dies der Fall war, konnten die bäuerlichen Verhältnisse keinen Gegenstand der Gesetzgebung bilden, die sich überhaupt bis zur Mitte des sechzehnten Jahrhunderts wenig thätig zeigte. Das erste für den Bauerstand wichtige Landesgesetz ist der Vertrag des Herzogs Heinrich mit der Landschaft vom Jahre 1433 ¹⁾, worin der Landesfürst die Bauern gegen fernere willkürliche Bedrückungen der Gutsherren in Schutz nahm und die persönliche Freiheit der Bauern grundgesetzlich anerkannt wurde.

2) Verordn. vom 26. März 1823. Nr. 14. §. 3.

3) Declarat. vom 8. Decbr. 1825. Nr. 26.

1) Ribbentrop, Samml. der Landt. Abschiede Th. 1. Nr. 3. — Gesenius, Meierrecht Th. 1. S. 397.

Dieser Landesreceß bildet daher gewissermaßen die Grundlage unserer heutigen Bauerverfassung. Das Verhältniß der Bauern zu ihren Gutsherrn beruhete zwar noch längere Zeit fast allein auf Gewohnheit und Vertrag, allein es erstreckte sich nunmehr der unmittelbare Staatsschutz auch auf diese Classe der Landeseinwohner, deren hohe staatsbürgerliche Wichtigkeit bald durch die Zeitverhältnisse immer deutlicher hervorgehoben wurde. Der Landesfürst strebte dahin, die Verhältnisse des Bauerstandes, zunächst zum Zwecke einer geregeltern Besteuerung, fester zu normiren und eine Schranke gegen die Willführ des Gutsherrn zu errichten; der Gutsherr dagegen suchte mit aller Kraftanstrengung seine hergebrachten und angemachten Rechte so viel als möglich zu erhalten und zu sichern. Ein solcher Kampf mußte für den Bauerstand von den wichtigsten Folgen sein; dieß ergab sich denn auch, als nach fast dreißigjährigen Verhandlungen beide Theile sich über die allgemeinen Principien geeinigt hatten, aus dem jene Verhandlungen beschließenden Landtags-Abschiede von 1597 ²⁾, in welchem die bäuerlichen Verhältnisse, und insbesondere die der Meier zu dem Meierherrn, wenigstens in den Grundzügen festgestellt wurden und damit ihre heutige rechtliche Basis erhielten. Der Landtags-Abschied von 1619 ³⁾ gab ferner Veranlassung zu manchem wichtigen Regulativ und die bäuerlichen Verhältnisse blieben von der Zeit an ein vorzüglich wichtiger Gegenstand der Gesetzgebung, so daß das Bauerrecht nunmehr nach und nach seine eigentliche gesetzliche Ausbildung erhielt. Späterhin zeigte sich auch die Regierungszeit des Herzogs Carl I. (1735 bis 1780) besonders günstig, vorzüglich für die technische Seite der Landwirthschaft. Eine neue Epoche hat für den Bauerstand in neuester Zeit mit der Ablösung der Reallasten begonnen, die für ihn von der entschiedensten Wichtigkeit ist und ihm gewissermaßen eine ganz andere Stellung im Staate giebt ⁴⁾.

2) Ribbentrop a. a. D. Th. 1. Nr. 26. — Steinacker, Samml. der Organifat. Gesetze Nr. 1.

3) Ribbentrop a. a. D. Th. 1. Nr. 59. — Steinacker a. a. D. Nr. 2.

4) Unter die Entwicklung und Ausbildung des Rechtszustandes der

Die zum Theil singulairen bauerrechtlichen Bestimmungen im Amte Thedinghausen erklären sich daraus, daß dieses Amt erst im Jahre 1703 an das Herzogthum Braunschweig gekommen ist, nachdem dasselbe früher zum Herzogthume Bremen gehört hatte und 1679 an das Gesammthaus Braunschweig abgetreten war, so daß das dortige Bauerrecht sich zum Theile auf eine andere Weise entwickelt hat, als dies in den übrigen Landestheilen der Fall ist.

Da die Eigenthümlichkeiten, welche die Rechtsverhältnisse der Bauergüter bestimmen, einmal aus Rücksicht auf das öffentliche Wohl, welches bei der Erhaltung einer, besonders auch in Hinsicht auf das Steuerwesen, so höchst wichtigen Classe von Gütern wesentlich interessirt ist, und dann aus Berücksichtigung der Gerechtsame der Gutsherren hervorgegangen sind, so müssen dieselben auch die Gränzen bezeichnen, unter welchen dem Bauerrechte eine besondere Stelle in dem allgemeinen Rechtssysteme anzuweisen ist, und daß, was außer ihrer Einwirkung liegt, darf von jenem Systeme nicht getrennt werden.

§. 208.

II. Begriff der Bauergüter.

Eichhorn, §. 215.

Unter Bauergütern im weitern Sinne versteht man alle ländlichen Privatbesitzungen, welche weder die Gerechtsame der Rittergüter und anderer privilegirter Güter haben, noch zu einer städtischen Feldmark gehören; im engern Sinne werden darunter die zur Landwirthschaft bestimmten und bauerlichen Lasten unterworfenen ländlichen, weder zu den immatriculirten Rittergütern, noch zu den Freisassengütern gehörigen Privatbesitzungen verstanden, an welchen dem Besitzer wenigstens ein erbliches Nuzungsrecht, stets aber nur ein mehr oder weniger beschränktes Dispositionsrecht zusteht

und über welche der Staat eine besondere Curatel ausübt 1). Aus diesem Begriffe folgen als charakteristische Kennzeichen eines Bauerguts,

1) daß dasselbe bauerlichen Lasten, namentlich der Dienst- und Zinspflicht, oder einer von diesen unterworfen ist oder, nach geschעהner Ablösung, ursprünglich unterworfen war, weshalb die dienst-, schoß-, schatz- und wachtfreien Güter nicht als Bauergüter im engeren Sinne angesehen werden 2);

2) daß dem Besitzer wenigstens ein erbliches Nutzungs-Recht zusteht, wodurch er sich vom bloßen Zeitpächter unterscheidet;

3) daß die Dispositionsbefugniß des Besitzers beschränkt ist, aus welchem Grunde das Gesetz die Freisassengüter, woran dem Besitzer ein unbeschränktes Eigenthum zusteht, den Bauergütern entgegensetzt 3), obwohl dieselben hin und wieder bauerliche Lasten, z. B. Zinsen, zu tragen haben;

4) daß das Grundstück nicht auf einer städtischen Feldmark liegt 4);

5) daß die Contracte über bauerliches Grundeigenthum der amtlichen Bestätigung bedürfen. (§. 98.)

Unter einem Bauerhofs versteht man ein solches Bauer- gut, zu welchem außer den Wohn- und Wirthschaftsgebäuden und dem Plaze, auf dem diese stehen, auch noch andere

1) Vergl. Verordn. vom 22. Juni 1827. Nr. 14. — Hagemann, Landwirthsch. Recht §. 109.

2) Landesf. Refcr. vom 4. Novbr. 1719. Promt. II. 207. — Gese-
nius, Meierrecht Bd. 2. S. 43. — v. Selchow, Anfangsgründe
des br. lüneb. Privatrechts §. 203.

3) Verordn. vom 22. Juni 1827. Nr. 14. §. 1.

4) Minister. Refcr. an die Kreisdirection Holzminden vom 14. März
1839, die von dem Ackerbürger Hansmann daselbst nachgesuchte
Declaration des §. 110. der Abths. Ordn. betr., nach welchem der
fragl. §. 110. auf das Meiergut des Supplicanten deshalb keine
Anwendung findet, weil derselbe nur von bauerlichen Grundstücken
redet und hierzu die fragl., zwar im gutscherrlichen Verbande ste-
hende, jedoch innerhalb einer städtischen Feldmark belegene Besitz-
ung, so wenig nach gemeinem deutschen Privatrechte, als nach der
hiefigen Particular-Gesetzgebung, die als bauerliche Grundstücke nur
ländliche Privatbesitzungen bezeichnet, gerechnet werden kann.

Grundstücke als Pertinenzen gehören oder doch gehört haben, und mit dessen Besitze gewisse Nachbarrechte in der Dorfgemeinde verbunden sind ⁵⁾).

§ 209.

III. Beschränktheit der Dispositions- Befugniß über Bauergüter.

Die Beschränktheit des Besitzers eines Bauerguts in der Befugniß, über dasselbe zu disponiren, zeigt sich:

a) In der Unveräußerlichkeit des Guts. Bauergüter dürfen ohne Consens des Gutsherrn nicht verpfändet, verkauft, veräußert oder auf andere Weise veräußert, auch Meiergüter nicht verastermeiert werden ¹⁾. Diese Beschränkung in der Dispositionsbefugniß fällt indeß durch die Ablösung der Reallasten hinweg. (§. 283.)

b) In der Untheilbarkeit und dem daraus folgenden Dismembrations-Verbote. (s. §. 240.)

c) In den gesetzlichen Bestimmungen zur Verhinderung, daß mehrere Höfe in einer Hand vereinigt werden; indem eine solche Vereinigung nur dann gestattet ist, wenn die Acquisition des zweiten Hofes durch Erbschaft, Heirath und auf ähnliche Weise geschieht, wogegen derjenige, welcher bereits einen Hof eigenthümlich besitzt, zum Ankaufe eines zweiten Hofes der landesfürstlichen Genehmigung bedarf. Zugleich ist verordnet, daß wenn ein Bauer, der mehrere Höfe besitzt und mehr als ein Kind hat, stirbt oder die Höfe abtreten will, im ersten Falle die Höfe auf verschiedene Kinder übergehen sollen, und im letzten Falle der Besitzer nicht beide Höfe zu gleicher Zeit abtreten, sondern einen Hof statt

5) Gesenius a. a. O. S. 25.

1) Verordn. vom 3. April 1593. — Landt. Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 19. — Verordn. vom 2. April 1604. — Desgl. vom 29. Mai 1612. — Allgem. Landes-Ordn. Art. 30. — Amts-Cammer-Ordnung vom 1. Juli 1688. Art. 92. Promt. II. 76. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 161. (I. 23.) insbesondere die Note von Spangenberg. — Hagemann, Pract. Erört. Bd. 6. Nr. 11. — Struben, De jure villicor. Cap. III. §. IV.

des Aitentheils so lange behalten soll, bis eins seiner anderen Kinder denselben annehmen kann ²⁾. Diese Bestimmungen finden auch auf die Anbauerstellen Anwendung ³⁾.

d) In dem Unerbenrechten, vermöge dessen von mehreren Erben nur einer zur Succession gelangen kann. (C. §. 242 flg.)

§. 210.

IV. Eintheilung der Bauern.

Sichhorn, §. 246.

Die Landesgesetze unterscheiden die Bauern als Ackerleute, Halbspänner, Rothfassen, Brinkfiser, Anbauer und Häuslinge ¹⁾. Von diesen Benennungen der verschiedenen Classen wird indeß in einigen Landestheilen insofern abgewichen, als der Ackermann auch wohl Vollmeier, Vollspänner, Burgmeiner und Höfener, der Halbspänner Halbmeier und Pflugköther, auch Kärner, und der Rothfasse Handköther genannt wird. Eben so werden in einigen Gegenden noch andere, zwischen den oben genannten in der Mitte liegende Classen angenommen, als: halber Ackermann, Dreiviertelmeier, Viertelmeier oder Viertelspänner u. Die Rothfassen werden in Groß- oder Vollköther, Halbköther, Kleinköther, Stufenköther u. getheilt ²⁾.

- 2) Landesf. Rescr. vom 3. Novbr. 1760. — Verordn. vom 4. Mai 1778. Promt. I. 72. — Ganz ähnliche Vorschriften finden sich in der Gesetzgebung des Königreichs Hannover; vergl. Gesenius, Meierrecht Th. 2. C. 389. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 148. (III. 113.) — Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 5. Nr. 33. §. 10. Bd. 7. Nr. 39.

- 3) Minister. Rescr. vom 8. Juli 1833. *Lange Mag. H. 4. S. 311.*

- 1) Landt. Absch. v. 1. Juni 1597. Art. 1. Promt. I. 242. — Allgem. Land. Ordn. Art. 32. Promt. I. 2. — Schatz-Ordn. von 1719. s. v. Landschaz. Promt. II. 67. — Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 1. Promt. I. 244. — Desgl. vom 22. Juni 1827. Nr. 14. — Vergl. Gesenius, Meierrecht Th. 2. C. 44. — Pufendorf, Observat. jur. comm. etc. T. II. Obs. 185. — Kress, De different. jur. comm. et brunsv. Cap. IV. §. 3. — Scholz, Abfindung von Bauergütern §. 4.

- 2) Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 97. — Hagemann, Landwirthsch. Recht §. 109.

Diese Classification beruhet auf der Verschiedenheit der Größe der Besitzungen und der sich danach richtenden Beanspruchung, indem ursprünglich ein Ackermann oder Vollspanner wahrscheinlich vier Hufen ³⁾, ein Halbspanner zwei Hufen (wozu nur ein halbes Gespann Pferde erforderlich war), ein Großköther eine Hufe und ein Kleinköther noch weniger Land cultivirte, ein Brinkfiker aber nur ein Haus und etwa einen Garten, auch wohl etwas Land besaß. In neuerer Zeit sind noch die Anbauer hinzugekommen, d. h. solche Dorfbewohner, welche sich auf dem Grundeigenthume der Gemeinde ⁴⁾ angesiedelt und angebaut haben, und außer einem Wohnhause in den meisten Fällen kein Grundeigenthum besitzen. Die Anbauer dürfen nicht ohne vorgängige Genehmigung der Gemeinde und, im Falle eines Widerspruchs, nicht ohne Entscheidung der Verwaltungs-Behörde über die vorgebrachten Gründe zugelassen, nach erfolgter Zulassung aber nicht mehr mit gutherrlichen Abgaben und Leistungen belegt werden ⁵⁾. Dorfbewohner, die völlig ohne Grundeigenthum, insbesondere ohne Wohnhaus sind und zur Miethe wohnen, werden Häuslinge genannt und sind keine Bauern im eigentlichen Sinne. Es läßt sich indeß von jenen Benennungen der Bauergüter allein auf deren Größe schon deshalb mit Sicherheit ein Schluß nicht ziehen, weil die Hufe von jeher kein fest normirter Flächenraum gewesen ist (§. 211.); ein bestimmteres Kennzeichen für die verschiedenen Größe-Klassen

3) Gesenius a. a. D. Bd. 2. S. 45 nimmt nur eine Hufe an; allein wenn man die Hufe zu 30 Morgen (§. 211.) rechnet, so würde ein Ackermann oder Vollspanner bei einer Hufe kein volles Gespann zur Beackerung seines Landes gebraucht haben, wohl aber bei 4 Hufen oder 120 Morgen. Vergl. Hagemann a. a. D. §. 55. Note 1.

4) Von dieser Regel kommen auch wohl insofern Ausnahmen vor, als der Bauplatz von einem Bauerhofs acquirirt wird.

5) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 56. — Abtösl. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. §. 6.

Die Vortheile, welche den neuen Anbauern in früherer Zeit aus landespolizeilichen Rücksichten gewährt wurden (Gesenius a. a. D. Bd. 2. S. 56.), insbesondere die Baufreiheiten, fallen jetzt weg. Landesf. Rescr. vom 19. März 1825.

der Höfe giebt die Dienstpflicht derselben an die Hand. (S. §. 227.)

Nach Verschiedenheit des dem Besitzer an dem Gute zustehenden Rechts unterscheiden sich solche Bauern, welche wahres oder wenigstens nutzbares Eigenthum, *dominium utile*, an dem Gute haben, und solche, denen nur ein erbliches Nutzungs- oder Colonatrecht zusteht. Zu den erstgedachten Bauergütern gehören, abgesehen von den Freisassen-Gütern, insbesondere die simpeln Zinsgüter, in Ansehung derer dem Besitzer wahres Eigenthum zusteht, und von welchen nur eine jährliche Abgabe für die ursprüngliche Verleihung gezahlt wird, ferner die Bauerlehne, die Erbenzinsgüter und die *superficies*, wo solche vorkommt. Zu der zweiten Art der oben bemerkten Bauergüter sind vorzüglich die am häufigsten vorkommenden Meiergüter zu zählen ⁶⁾.

Nach der Gutsherrschaft werden Cammer- und Patrimonial-Bauern, und unter diesen wieder als besondere Arten Kloster-, Kirchen- und Pfarrbauern, Burg- und Bürgermeier unterschieden; diese Unterscheidungen sind indeß rechtlich von nur geringer Bedeutung. (Vergl. §. 214.)

§. 211.

V. Lagerbücher und Ackermaasse.

1) Als einer Seits die hohe Wichtigkeit des Bauerstandes für den Staat immer fühlbarer, anderer Seits das Verhältniß des Bauern zu seinem Gutsherrn streitiger wurde, so gebot die Nothwendigkeit, sowohl aus landespolizeilichen, als aus privatrechtlichen Gründen, auf die Integrität der Bauerhöfe mit Strenge zu halten. Man fing daher an, Verzeichnisse über die in jedem Dorfe belegenen Bauerhöfe aufzunehmen und darin zu bemerken, welche Grundstücke zu einem jeden Hofe gehörten, welche Zinsen, Dienste und sonstige Pflichten davon zu leisten waren, von welchen Aekern Behten entrichtet werden mußten, wer die Gutsherrschaft

6) Vergl. Gesenius a. a. O. Bd. 2. S. 104.

war u. s. w. Aus welcher Zeit sich die ersten Verzeichnisse dieser Art herschreiben, ist nicht bekannt, ohne Zweifel ist aber ihre Errichtung sehr alt, denn schon in der Amts-Ordnung von 1541 ¹⁾ wird den Amtleuten aufgegeben, diese Erbhuf-Register zu erneuern. Aus diesen Aufzeichnungen entstanden die Erbreger, d. h. amtliche Verzeichnisse der in einer jeden Dorfschaft belegenen Bauerhöfe unter specieller Anführung der zu einem jeden derselben gehörigen Pertinenzien und der darauf haftenden Reallasten und Prästationen. Die meisten Erbreger wurden unter der Regierung des Herzogs Julius (1568—1589) angefertigt ²⁾, obwohl eine genaue Instruction, wie dieselben eingerichtet werden sollten, erst 1688 erfolgte ³⁾. Nach dieser Vorschrift sollten nicht nur die Bauerhöfe auf das Speciellste beschrieben werden, sondern auch die Rechte und Regalien des Landesfürsten, die Gränzen, Waldungen, Berechtigungen u. Zu mehrerer Beweisraft dieser Erbreger wurde die größte Vorsicht bei ihrer Anfertigung zur Pflicht gemacht und zu dem Zwecke angeordnet, daß sowohl die Unterthanen über ihre praestanda in Gegenwart eines Notars, welcher das Erbreger attestiren mußte, als auch die proprietarii und Gutsherren darüber, quo jure et titulo sie die Güter besäßen, vernommen werden sollten. Die ältesten Erbreger haben plenam fidem, es wird daraus die Qualität der Bauergüter erwiesen, und die Meierzinsen werden nach dem in dem Erbreger beschriebenen Quantum bei entstehenden Streitigkeiten regulirt, ohne Unterschied, ob der Gutsherr innerhalb oder außerhalb Landes angesessen ist, auch wird keine Erhöhung der Meierzinsen über das im Erbreger enthaltene Quatum gestattet ⁴⁾. Wenn mehrere Erbreger

-
- 1) Ein Abdruck dieser Amts-Ordn. findet sich in Gesenius, Meierrecht Bb. 2. Anl. 23.
 - 2) Gesenius a. a. O. Bb. 1. S. 447.
 - 3) Amts-Cammer-Ordn. vom 1. Juli 1688. Art. 9. Promt. I. 287.
 - 4) Attest der Justiz-Canzlei vom 19. März 1740. Promt. I. 289. — Vergl. Scholz, Jurist. Magazin n. F. Bb. 1. S. 4. S. 116. — Hagemann, Pract. Erörter. Bb. 5. Nr. 38. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 705. (II. 86.)

vorhanden sind, wodurch der Beweis der Pertinenzqualität geführt werden soll, so geht das älteste den späteren vor ⁵⁾. Um den zu den Erbregistern zu machenden Nachträgen volle Glaubwürdigkeit zu verschaffen, hat außer dem Beamten niemand die Befugniß, erforderlichen Falls in dieselben etwas zu notiren, und auch dieser nur nach vorgängiger Untersuchung (worüber ein förmliches, in ein besonderes Buch einzuschreibendes Protocoll angenommen werden muß) und unter dem Bemerken, in welchen Acten und Protocollen die umständlichen Nachrichten und Gründe des Zusages zu finden sind. Bei Extracten aus dem Erbregister soll dann jedes Mal bemerkt werden, ob und was in neuerer Zeit geschrieben, auch, wenn solches bekannt, von wem dies geschehen ist. Im processualischen Verfahren sind übrigens die Parteien mit ihren Einwendungen gegen solche Zusätze keineswegs ausgeschlossen, und der Richter soll diese ex officio nicht mehr berücksichtigen, als was Rechtsens ist ⁶⁾.

Verschieden von den Erbregistern sind die Dorf- und Feldbeschreibungen. Schon auf dem Landtage von 1613 ⁷⁾ wurde des landes- und gutherrlichen Interesses wegen die Anlegung zuverlässiger Feldregister, auf den Grund der Erbregister, beschlossen und durch zwei Ausschreiben von 1644 und 1657 die Ausführung angeordnet; indeß scheint diese damals dennoch unterblieben zu sein, denn die auf uns überkommenen Dorf- und Feldbeschreibungen sind erst in den Jahren 1744 und den folgenden in's Leben getreten. Sie enthalten nicht nur eine neue Beschreibung der Bauerhöfe und deren Befizungen, an Ackerländerei und Wiesen, sondern zugleich auch eine Vermessung derselben. Es wurden dazu Commissarien (Delegaten und Subdelegaten) mit der Ermächtigung angeordnet, in Fällen, wo sie es nöthig fanden, die Beamten zuzuziehen und die Beschreibungen den

5) Landesf. Declar. vom 9. Octbr. 1736. Promt. II. 207.

6) Verordn. vom 26. April 1770. Promt. I. 289.

7) Landt. Abschied vom 22. Novbr. 1643. Art. 7. — Ribbentrop, Sammlung der Landt. Abschiede Th. 2. S. 169.

Betheiligten zur Anerkennung vorzulegen. Der Zweck dieser Vermessungen und Beschreibungen war ein doppelter, einmal die einzelnen Besitzungen durch Gränzscheidungen festzustellen und ihre Qualität zum Zwecke der Besteuerung kennen zu lernen, und dann auch, die Länderei nach Möglichkeit zusammen zu legen, in Felder und Wannen zu theilen, unnöthige Wege, Triften u. aufzuheben u. f. w. ⁸⁾.

2) Die Größe der Aecker wird nach Fuß, Ruthen und Morgen, außergewöhnlich auch wohl nach Hufen bestimmt. Im Fürstenthume Wolfenbüttel wurde bei der im Jahre 1755 angeordneten General-Landes-Vermessung der Feldmorgen zu 120 Quadrat-Ruthen und die Quadrat-Ruthe zu 16 Fuß oder zu 8 Ellen bestimmt ⁹⁾, wogegen im Fürstenthume Blankenburg ein Feldmorgen 90 bis 140 Quadrat-Ruthen enthielt und der blankenburgische Fuß sich zum braunschweigischen wie 1284: 1265: 1444. verhielt ¹⁰⁾. Nach der neuen, für das ganze Land ergangenen Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 30. März 1837 soll ein Feldmorgen 120 Quadrat-Ruthen und ein Waldmorgen 160 Quadrat-Ruthen, die Ruthe (welche beim Feldmessen in Zehn- und

8) Vergl. Schrader, Bemerk. über die allgem. Landesvermessung u. im Scholz'schen Magazine n. F. Bd. 1. S. 3. Nr. 1. — Bode, Beiträge zu der Geschichte des Herzogth. Braunschweig. 1ster Beitrag. — Fredericksdorff, Anweisung für Justizbeamte Th. 1. S. 211. — Ueber die Beweiskraft der Dorf- und Feldbeschreibungen s. Scholz, Magazin n. F. Bd. 1. S. 4. Nr. 4. Den dort angeführten Entscheidungen der Obergerichte mag noch hinzugefügt werden, daß sich das Ob. Land. Ger. in einem Erkenntn. vom 20. Febr. 1834. J. G. Növig c. Kremling dahin ausgesprochen hat, daß der Feldriß und die Feldbeschreibung hinsichtlich der durch die General-Landesvermessung unter Zuziehung der Eigenthümer ermittelten Größe wirkliches Gesetz bilden, welches der Entscheidung über sämtliche Streitigkeiten wegen Größe und Gränze der Grundstücke zum Grunde zu legen sei und wonach entschieden werde, wo die Gränze zwischen zwei Grundstücken liegen müsse, also auch, ob eine vorhandene richtig sei.

9) Landesf. Instruction vom 28. Novbr. 1755. — Gesenius a. a. D. Bd. 2. Beil. I.

10) Gesenius a. a. D. Bd. 2. S. 33.

Hunderttheile eingetheilt wird) 16 Werkfuß, der Werkfuß 12 Zoll und der Zoll 12 Linien enthalten.

Die Bezeichnung der Größe der Grundstücke nach Hufen findet sich allein noch in älteren Landesgesetzen, Erbregistern, Meierbriefen, Lehnbriefen und anderen, besonders bei Reunionklagen wichtigen älteren Urkunden. Am gewöhnlichsten begreift man unter einer Hufe einen Flächenraum von 30 Morgen, allein dies steht so wenig durch ein Landesgesetz, als durch eine gleichmäßige Observanz fest. Der Landtags-Abchied vom 3. Juni 1597 ¹¹⁾ enthält zwar die Bestimmung, daß der Weinkauf nach der Hufenzahl entrichtet werden solle, läßt aber die Größe einer Hufe in Zweifel, und die Annahme der Schatz-Ordnung vom 10. Juli 1719 ¹²⁾, daß eine Hufe 30 Morgen halte, kann, da jenes Gesetz lediglich zum Zwecke der Besteuerung gegeben ist, auch nur in solchen Fällen, und zwar insbesondere bei Feststellung des Landschages, als entscheidende Norm dienen. Man hat sich deshalb in anderen Fällen nicht immer an diese Größe-Bestimmung gebunden, so daß bei Streitigkeiten über den Umfang einer Hufe nur das auf der fragl. Feldmark bestehende Herkommen Auskunft zu geben vermag ¹³⁾.

B. Einzelne Arten der Bauergüter.

§. 212.

I. Zinsgüter, insbesondere Erbenzinsgüter.

Eichhorn, §. 252, 258 u. 259.

Ueber Zinsgüter in weitester Bedeutung d. h., solche Grundstücke, von denen zu bestimmten Zeiten ein gewisser, entweder in Geld, oder in Producten der Landwirthschaft bestehender Zins oder Grundzins ¹⁾ entrichtet werden muß, ent-

11) Art. 19. Promt. II. 138.

12) S. v. Landschaz §. 3. Promt. II. 68.

13) Gesenius, Meierrecht Bd. 2. S. 39. — v. Eiehhaber, Braunsch. Landrecht Bd. 2. S. 382. — Pufendorf, Observat. jur. comm. etc. T. II. Obs. 185. — Pagemann, Landwirthsch. Recht §. 125.

1) Hierzu gehört auch der Rottzins, der früher in der Regel von allem Ackerlande geleistet werden mußte, welches durch Umbrechen

halten die hiesigen Landesgesetze etwas Eigenthümliches nicht. Als besondere Arten derselben, zeichnen sich die Zinsgüter im engeren Sinne und die Erbenzinsgüter aus. Jene sind der Dienstpflcht, so wie in der Regel auch dem Pertinenz-Verbande unterworfen, und es wird von denselben nur ein geringer Zins zum Zeichen eines früher bestandenen Abhängigkeits-Verhältnisses entrichtet. Die Besitzer solcher Güter haben fast alle Eigenthumsrechte an denselben. Diese Art von Zinsgütern kommt indeß nur selten vor, und findet sich wohl nur in dem ehemaligen Fürstenthume Blankenburg und im Stieftsamte Walkenried ²⁾. Völlig verschieden von denselben, und weniger günstig gestellt, sind die Erbenzinsgüter, deren Verbreitung allgemein ist, und über welche manche particularrechtliche Bestimmungen bestehen, die hier ausführlicher erörtert werden müssen.

Das Erbenzinsrecht ist ein erbliches dingliches Nutzungsrecht, ein *dominium utile*, an einem Grundstücke, welches dem Eigenthume sehr nahe kömmt und sich sowohl am Meierrechte, als von der römischen *Emphyteusis* unterscheidet ³⁾,

von Wiesen, Aengern und Holzungen gewonnen wurde (Amts-Cammer-Ordn. vom 1. Juli 1688. Art. 100. Promt. II. 299. — Verordn. vom 13. August 1750. Promt. I. 20. — Landschaftliche Privil. vom 9. April 1770. Art. 73.), jetzt aber ablösbar ist und von neuen Urbarmachungen nicht mehr gefordert werden darf. Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 22. §. 188.

2) S. Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten auf Bauerhöfen S. 148 und den daselbst mitgetheilten Bericht des Districtsgerichts Blankenburg vom Jahre 1832. — Scholz, Abfindungen von Bauergrundstücken S. 11. — Gesenius, Meierrecht Th. 2. S. 138.

3) Vergl. Struben, De jur. villic. Cap. II. §. 2. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 3. Nr. 22. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 112 u. 113. — Danz, Handbuch des Privatrechts Bd. 5. §. 526 flg. — Scholz, Abfindungen 2c. S. 10. — Höpfner, Comment. über die Institut. §. 904. — Stück, Pandect. Comment. Bd. 8. S. 549. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 317.

Ueber die Unterscheidung zwischen Erbenzinsgütern und Meiergütern s. Gesenius a. a. O. Bd. 2. S. 130 flg. — v. Bülow und Hagemann a. a. O. Bd. 3. Nr. 22.

obwohl die Geseze die Bezeichnungen »Erbenzins und Emphyteusis« häufig für gleichbedeutend nehmen ⁴⁾. Die näheren Merkmale des Erbenzinsrechts ergeben sich aus folgendem:

1) Der Erbenzins-Canon wird nur in recognitionem dominii directi bezahlt ⁵⁾, besteht immer in einer nicht willkürlich zu erhöhenden Geldabgabe ⁶⁾ und ist in den meisten

4) z. B. in dem landesf. Rescr. an die Cammer zu Blankenburg vom 11. Octbr. 1783. (Promt. I. 280.), wo beide Benennungen abwechselnd als gleichbedeutend gebraucht werden. — Erbenzinsgüter fanden sich schon vor der Einführung des röm. Rechts in Deutschland, und nur das Streben, den fremden Instituten auf Kosten der einheimischen Eingang zu verschaffen, konnte die Anwendung der röm. Grundsätze über die Emphyteusis auf die deutschen Erbenzinsgüter billigen. Diese Anwendung kann indeß wegen der Eigenthümlichkeit des deutschen Erbenzinses nur da, wo sich etwa eine wirkliche Emphyteusis bildete, was hin und wieder, besonders bei Klostergütern, der Fall gewesen ist, vollständig eintreten, so daß die Natur der deutschen Erbenzinsgüter auch jetzt noch die Regel ausmacht. Vergl. Hagemann a. a. D. §. 112. — v. Bülow und Hagemann a. a. D. Bd. 3. Nr. 22. — Struben I. c. Cap. II. §. 2. — Die Kirchen-Ordn. von 1709. Kap. XX. §. 5. unterscheidet zwischen Emphyteusis und Erbenzins, indem sie beide Arten der Verleihung verbietet.

5) Ob dies auch nach röm. Rechte der Fall ist, oder ob von diesem der Canon mehr als eine Pachtsumme angesehen wird, ist streitig; s. Schweppe a. a. D. §. 319. — Thibaut, System des Pandect. Rechts §. 632. — Glück a. a. D. Bd. 8. §. 605.

6) Verordn. vom 9. März 1737. — Landesf. Rescr. vom 16. Juli 1751. Promt. I. S. 280 u. 281. — Vergl. Hagemann a. a. D. §. 112. — Daß der Erbenzinnsmann keinen Anspruch auf Remissionen hat, leidet nach der hiesigen Praxis keinen Zweifel, und der Erbenzinsherr ist selbst dann zu einer Remission an den Contractsleistungen nicht verbunden, wenn dieselbe wegen Verlustes von Aufkünften aus nicht zu gewährenden Erwerbsquellen in Anspruch genommen wird und der Erbenzinsherr den Verlust, vorausgesetzt, daß er sich übrigens seines Rechts bediente, veranlaßt hat. Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 5. März 1833. J. S. Fischer c. Cammer. — Vergl. Geseuius a. a. D. Bd. 2. S. 132. — Ueber die entgegenstehende Meinung s. Strube a. a. D. Nr. 180. (V. 152.) — Jene Ansicht ist den römischen Rechtsgrundsätzen entsprechend. Schweppe a. a. D. §. 322. — Thibaut a. a. D. §. 632.

Fällen viel geringer als ein *locarium*. Der letzte Grund ist denn auch bei dem Verbote der Verleihung von Kirchengütern nach Erbenzinsrecht ⁷⁾ besonders hervorgehoben ⁸⁾, indem das Gesetz vorschreibt, daß dahin gestrebt werden solle, durch Verpachtung der Kirchengüter einen höheren Ertrag zu erlangen.

2) Der Erbenzinnsmann darf mit dem Gute nach Gefallen Veränderungen, wodurch dasselbe nicht deteriorirt wird, vornehmen, das Grundstück aber, bei Strafe des Verlustes seines Erbenzinsrechts, nur mit Vorwissen und Consens des Erbenzinsherrn veräußern, verpfänden, zur Aussteuer verschreiben oder einem Andern einthun; diese Genehmigung des Erbenzinsherrn muß binnen drei Monaten eingeholt und soll ohne erhebliche Ursache nicht versagt werden ⁹⁾.

3) Es ist nicht erlaubt, Erbenzinsland in Meierland zu

7) Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Kap. XX. §. 5. — Eben diese Bestimmung findet sich schon im canon. Rechte Cap. 5. X. De reb. ecl. alienand.

8) Ein anderer, nicht weniger wichtiger Grund ist der, daß die Ueberlassung auf Erbenzins eine Veräußerung enthält. Vergl. v. Bülow und Hagemann a. a. D. Bd. 3. Nr. 22.

9) Verordn. vom 3. April 1593. — Desgl. vom 2. April 1604. — Desgl. vom 29. Mai 1612. — Landt. Absch. vom 27. Januar 1619. Art. 10. — Allgem. Land. Ordn. Art. 30. — Verordn. vom 15. Decbr. 1704. Promt. I. 280 und II. 76. — Hierin unterscheidet sich der Erbenzins wesentlich von der Emphyteusis, bei welcher eine Veräußerung und selbst eine Theilung gestattet, und von der Einwilligung des dom. emphyt. unabhängig ist. Schweppe a. a. D. §. 322. — Glück, Commentar Bd. 8. §. 603 u. 607. — Daß die Erbtheilungsklage beim *ager vectigalis* stattfindet, sagt ausdrücklich L. 9 et 10. D. De famil. erisc. (X. 2.) — In Ermangelung einer entgegenstehenden lechtwilligen Verfügung wird das Erbenzinsrecht auf alle Intestaterben vererbt, und es haben dabei die Leibeserben des ersten Erwerbers vor anderen Miterben, mithin auch vor der Ehefrau, keinen Vorzug. Vergl. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 10. Septbr. 1824. J. C. Mast c. Borg. — Ob dies auch bei der röm. Emphyteusis der Fall sei, bejahet Thibaut a. a. D. §. 631. und Schweppe a. a. D. §. 321; anderer Meinung ist Glück a. a. D. Bd. 8. C. 528.

verwandeln, und den Canon zu erhöhen, oder überhaupt zu verändern ¹⁰⁾.

4) Wenn der Canon länger als zwei Jahre (bei den vor Wolfenbüttel gelegenen Erbenzinsgärten ein Jahr ¹¹⁾) nach dem Fälligkeitstermine unbezahlt bleibt, so verliert der Erbenzinsherr ipso jure sein Erbenzinsrecht ¹²⁾. Der Erbenzinsherr hat wegen des zu entrichtenden Canons eine gesetzliche, der Ingrossation nicht bedürftige Hypothek. (§. 204)

5) Sowohl bei kirchlichen, als weltlichen Erbenzinsgütern muß, so oft ein Sterbefall des Erbenzinsherrn eintritt, von den Erben desselben, bei Strafe des Verlustes des Erbenzinsrechts, binnen der nächsten drei Monate bei den Erbenzinsherrn *renovatio investiturae* nachgesucht werden ¹³⁾.

6) Die bei einer Veränderung in der Person des Erbenzinsherrn, sei es durch Veräußerung oder durch eingetretenen Sterbefall ¹⁴⁾, im Zweifel von dem neuen Acquirenten ¹⁵⁾ zu zahlenden Laudemien gelber sollen auf ein Billiges

10) Verordn. vom 9. März 1737. — Landesf. Rescr. vom 16. Juli 1751. Promt. I. 280 u. 281.

11) Verordn. vom 24. Januar 1696 und vom 4. August 1734. Promt. I. 279.

12) Verordn. vom 15. Decbr. 1704. Promt. I. 280. — Nach dem röm. Rechte geht die Emphyteusis wegen nicht bezahlten Canons verloren, wenn dieser bei der kirchlichen Emphyteusis in zwei, und bei einer andern in drei Jahren nicht bezahlt ist. L. 2. C. De jure emphyt. (IV. 66.) Nov. 7. c. 2. §. 3. — Vergl. Glück a. a. D. §. 606.

13) Verordn. vom 15. Decbr. 1704. — Landesf. Rescr. vom 16. Juli 1751. Promt. I. 279.

14) Bei einer Vererbung der Emphyteusis werden nach röm. Rechte Veränderungsgebühren nicht bezahlt. Glück a. a. D. Bd. 8. §. 613 u. 614. — Thibaut §. a. a. D. 632. — Dasselbe wird auch anerkannt in dem landesf. Rescr. an die Cammer zu Blankenburg vom 11. Octbr. 1783. Promt. I. 281. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 177. (III. 120.)

15) Das röm. Recht läßt nicht ganz zweifellos, ob der bisherige Besitzer oder der neue Acquirent das Laudemium zahlen müsse. Glück a. a. D. Bd. 8. C. 478. — Thibaut a. a. D. §. 632.

gesetzt werden und das Herkommen nicht überschreiten ¹⁶⁾. Im Falle der Veräußerung betragen dieselben der Regel nach zwei Procent der Kaufsumme; daß sie von der ganzen Kaufsumme, und deshalb auch von den auf den Grundstücken befindlichen Häusern, entrichtet werden müssen, ist bei den von der Cammer relevirenden Erbenzins-Grundstücken ausdrücklich bestimmt ¹⁷⁾. Auf die im gemeinen Rechte nicht vorgeschriebene Bezahlung von Laudemiiengelder bei Sterbefällen ¹⁸⁾, insbesondere auf die *praestatio duplicis canonis*, hat der Erbenzinsherr nur dann Anspruch, wenn dieselbe den Erbenzinsbriefen als eine besondere Bedingung hinzugefügt ist ¹⁹⁾. Das Leihhaus soll von der Entrichtung der Laudemiiengelder, des doppelten Canons und anderer Gebühren befreiet sein, wenn dasselbe ein ihm verpfändetes Cammer-Erbenzins-Grundstück acquirirt, auf welches bei dem öffentlichen Verkaufe nicht bis zum Betrage seiner Forderung geboten ist ²⁰⁾.

7) In den Erbenzinsbrief, welchen jeder Erbenzinssmann nur ein Mal zu lösen braucht, dürfen keine neue Bedingungen aufgenommen werden ²¹⁾.

8) Bei einer Veräußerung des Erbenzins-Grundstücks hat der Erbenzinsherr ein Vorkaufsrecht und der Verkäufer ist, bei Verlust des Erbenzinsrechts, verpflichtet, ihn zum Behufe der Ausübung desselben von dem Verkaufe zu benach-

16) Landesf. Rescr. vom 16. Juli 1751. Promt. I. 280.

17) Landesf. Rescr. vom 21. Decbr. 1797. Promt. I. 280.

18) Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 112.

19) Landesf. Rescr. vom 11. Octbr. 1783. Promt. I. 281.

20) Landesf. Rescr. vom 20. Septbr. 1826. Bege III. 213.

21) Verordn. vom 9. März 1737. Promt. I. 281. — Der Erbenzinsherr ist daher verbunden, die Verpflichtungen, welche er in dem ersten Erbenzinsbriefe übernommen hat, und die dem andern Contrahenten daraus entspringenden Rechte, wenn nicht durch spätere Verträge ein anderes Regulativ getroffen ist, jedem folgenden Erbenzinssmanne zu erfüllen resp. zu gewähren, und er darf sich dieser Verpflichtung einseitig, bei Ausfertigung späterer Erbenzinsbriefe, nicht entziehen. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 17. Decbr. 1832 J. C. Fischer c. Cammer.

richtigen 22). Bei unfreiwilligen Subhastationen hat das Gericht sofort nach abgehaltenem Subhastations-Termine den Erbenzinsherrn, unter Mittheilung des Licitations-Protocolls, aufzufordern, sich binnen zwei Monaten 23) über die Ausübung seines Vorkaufsrechts, und zwar bei Verlust desselben, zu erklären 24).

9) Der Erbenzinsherr trägt als solcher nie zu den Staatslasten bei 25). Wenn ein exremtes Erbenzins-Grundstück zu den Steuern herangezogen wird, so ist die Dispositions-Befugniß über den Steuer-Relutionschein eben den Beschränkungen unterworfen, welchen die Disposition über das Grundstück unterliegt; es darf daher der Erbenzinsherr im Allgemeinen nur unter Zustimmung des Erbenzinsherrn über das Capital verfügen, zu welchem Ende die an die Stelle der Steuer-Relutionscheine ausgestellte Landes-Schuldverschreibung außer Cours erklärt wird, und es, um dieselbe wieder in Cours zu erklären, der Zustimmung des Erbenzinsherrn nur in gewissen, gesetzlich bestimmten Fällen nicht bedarf, in welchen für die Sicherheit desselben auf andere Weise gesorgt ist 26). Es kann der Erbenzinsherr aber auch verlangen, daß der Relutionschein auf seinen Namen ausgestellt

22) Landesf. Rescr. vom 11. Octbr. 1783. Promt. I. 280. — Es muß dazu ohnehin, wie oben unter 2 angeführt worden, der Consens des Erbenzinsherrn eingeholt werden. — Das Vorkaufsrecht des Erbenzinsherrn gründet sich auf bestimmte Vorschriften des gemeinen Rechts. Glück a. a. D. Bd. 8. §. 607. — Thibaut a. a. D. §. 632. — Schweppe a. a. D. §. 321.

23) Diese Frist des Erbenzinsherrn zur Abgabe seiner Erklärung findet gemeinrechtlich bei allen Verkäufen Statt. L. 3. C. De jure emphyteut. (IV. 66.)

24) Landesf. Circul. Rescr. vom 17. Decbr. 1827. B. G. von 1828. Nr. 1.

25) Landtags-Abschied vom 14. Januar 1615. Art. 9. Ribbentrop's Sammlung Th. 1. S. 214. — Diese Bestimmung ist gemeinrechtlich. S. Glück a. a. D. §. 604. — Schweppe a. a. D. §. 322 — Thibaut a. a. D. §. 632.

26) Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 14. §. 11 u. 12. — Gesetz vom 19. Decbr. 1834. Nr. 17. §. 15. — Desgl. vom 14. Mai 1840. Nr. 23.

und ihm behändigt wird, wenn er zeitig nachweist, daß er den Erbenzinsmann mittelst eines Abfahes an dem Canon oder auf andere Weise wegen der zu übernehmenden Abgaben entschädigt hat ²⁷⁾).

Wenn Domanial- oder geistliche Güter, welche von den ordentlichen Steuern noch befreiet sein können ²⁸⁾, in Erbenzins gegeben werden, so darf dies nur unter der Verpflichtung zur Steuerzahlung geschehen ²⁹⁾.

10) Der Erbenzins gehört zu den ablösbaren Real-Eaften. (§. 271.)

Die Meierdings-, Voigtdings-, Heber-, Häger- und freien Güter sind im Wesentlichen wahre Erbenzinsgüter. Ihre Besitzer bekommen statt der Erbenzinsbriefe sogenannte Anfaßscheine ³⁰⁾.

II. Meiergüter.

§. 213.

Einleitung.

Das älteste auf uns überkommene Landesgesetz, welches Wichtigkeit für das Meierwesen hat, ist die Polizei-Ordnung vom 19. Januar 1563, denn wenn auch schon die Reverso vom 5. Decbr. 1478 und vom 4. Febr. 1487 ¹⁾ der Meier erwähnen, so ist dies doch nur bei Gelegenheit einer von den Landständen den Herzögen Wilhelm d. A. und Wilhelm d. J. verwilligten, von den Meiern auf sechs Jahre zu erhebenden Bede (Steuer) geschehen, und die Verträge der Herzöge mit der Stadt Braunschweig von 1553 und 1557 ²⁾ sind, ob-

27) Verordn. vom 5. März 1827. Nr. 5.

28) Land. Gr. Ges. vom 12. Decbr. 1832. §. 39.

29) Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Nr. 23. Art. 20. Nr. 2.

30) Geseuius Meierrecht Bd. 2. S. 134. — In einem Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 5. Septbr. 1823. J. G. Füllberg c. Runge wird die Verbindlichkeit des Hägermanns, einen Hägerbrief zu lösen, als eine allgemeine Observanz bezeichnet.

1) Hippentrop, Sammlung der Landt. Absch. Th. 1. S. 5 u. 8.

2) In dem ersten Vertrage versprach der Herzog Heinrich d. J., nachdem beide Theile einander die härtesten Bedrückungen der Meier

wohl von Wichtigkeit für die Kenntniß des damaligen Zustandes des Meierverhältnisses, doch keine allgemeine Landes-gesetz. Daß indeß die Gesetzgebung jener Zeit auch schon allgemeine Bestimmungen über das Verhältniß der Meier zu den Gutsherren enthalten haben muß, geht daraus hervor, daß spätere Verordnungen sich auf solche Bestimmungen beziehen. Die gedachte Landes- und Polizei-Ordnung schreibt vor, daß der Meier das Gut alle sechs Jahre gegen einen Weinkauf von 1 Tlhr. von Neuem zur Meierschaft annehmen solle, und verbietet die Steigerung der hergebrachten Meierzinsen ³⁾.

Von dieser Zeit an sind die landesfürstlichen Verordnungen in Betreff des Meierrechts mehr und mehr aufbewahrt. Zunächst ist eine Verordnung vom 22. Decbr. 1579 von Wichtigkeit, in welcher schon die Remission an Meierzinsen ein von Alters hergebrachter, landesüblicher Gebrauch genannt und die Unzulässigkeit der Erhöhung der Meierzinsen bezeugt wird. Ueberhaupt erkannte die damalige Gesetzgebung die Nothwendigkeit an, nach der Abschaffung des Sachsenrechts die Anwendung der Grundsätze des römischen Rechts auf das Meierverhältniß, wonach dieses als ein Pachtverhältniß angesehen wurde, zu bekämpfen und die Meier in Schutz zu nehmen, besonders da ihre Wichtigkeit in Betreff der Besteuerung immer mehr hervortrat. Von höchster Wich-

vorgeworfen hatten, die Meier der Stadt, wenn dieselben von dieser abgemeiert würden, nicht mit Gewalt bei der Meierstatt erhalten zu wollen, wogegen die Stadt ihrer Seits das Versprechen gab, ihren Meiern den Meierzins über das Herkommen nicht steigern und die Meierhöfe ungetheilt lassen zu wollen. Der zweite Vertrag, welchen die Stadt mit dem Herzoge Franz Otto wegen der Meier im celleschen Amte Gifhorn abschloß, erwähnt der Erblichkeit der Meiergüter schon als eines feststehenden Gewohnheitsrechts, unter sagt die Erhöhung des üblichen Zinses und verbietet die willkührliche Abmeierung. Metemeyer, Chronik der Stadt Braunschweig Th. 2. S. 921 u. 1372. — Ribbentrop, Beschreibung der Stadt Braunschweig, Einleitung S. CXXXIII. — Gesenius, Meierrecht Th. 1. S. 417 flg.

3) Gesenius a. a. D. S. 428.

tigkeit für das Meierrecht ist der Landtags-Abschied von 1597, welcher die Feststellung der rechtlichen Verhältnisse der Bauern, wonach die Landesfürsten schon seit längerer Zeit theils durch Verordnungen, theils durch Verträge gestrebt hatten, um eine Schranke gegen die Willkühr der Gutsherrn zu ziehen, als allgemeines Princip der Gesetzgebung bezeichnete und behandelte. Mit diesem Landtags-Abschiede ist daher eine Haupt-Epoche für den Bauernstand eingetreten, und das Meierrecht bildete seitdem einen höchst wichtigen Gegenstand der Gesetzgebung und der landständischen Berathungen. Es wurde als Grundsatz aufgestellt, daß der Meier bei der Meierstatt gelassen werden solle, wenngleich die Güter erledigt und heimgefallen sein sollten, und daß der Zins nicht erhöht werden dürfe; auch wurden die Abmeierungs- und Remissionsgründe festgesetzt. Diese Principe erhielten in den Verordnungen vom 12. Januar 1602, 2. April 1604, 29. Mai 1612 u. m. a. ihre weitere Ausführung, zugleich wurden in dem folgenden Landtags-Abschiede von 1619 auch die übermäßigen Abfindungen und Aussteuern und die zu hohen Wardierungen, d. h. Abschätzungen bei Mißwachs, Hagelschlag u. s. w., verboten, so wie die Bestimmungen getroffen, daß die Eheleistungen der Meier mit Vorwissen des Gutsherrn und vor Gericht aufgenommen werden sollten. Diese letzten Anordnungen hatten die Verordnung vom 4. April 1620, wegen Bestätigung der bauerlichen Contracte, zur Folge, was den sprechendsten Beweis von der Wichtigkeit giebt, welche man schon damals auf die Conservation der Höfe und des Vermögens ihrer Besitzer legte. Auf diese gesetzliche Basis gestützt, ging die Ausbildung des Meierrechts, welches einer der wichtigsten Zweige der Gesetzgebung blieb, rasch vor sich, bis das Meierverhältniß in neuester Zeit durch die Ablösbarkeit der dinglichen Lasten eine höchst wesentliche Veränderung und gewissermaßen eine völlige Umgestaltung erfahren hat.

§. 214.

B. Begriff und Eintheilung der Meier.

Eichhorn, §. 261.

Meier (major) wurde ursprünglich der Vorsteher irgend einer Verwaltung oder eines Haushalts genannt ¹⁾, sodann ein jeder Ackerbebauer, welcher nicht sein eigenes Land cultivirte, deshalb auch der Pächter; jetzt versteht man darunter denjenigen Landbebauer, welcher ein von ihm zum erblichen Nutzungsrechte besessenes Grundstück cultivirt und davon einen Meierzins ²⁾ entrichtet. Je nach der Größe der Meierhöfe werden die Meier in Voll-, Dreiviertel-, Halb- und Viertelmeier getheilt (S. §. 216); nach der Verschiedenheit der Gutsherrschaft unterscheidet man, jedoch mit nur geringer rechtlicher Bedeutung, unter Kirchen-, Kloster-, Pfarr-, Cammer- und Bürgermeiern. Bürger- oder Burgemeier sind die Meier, deren Gutsherrschaft in der Stadt, und vorzugsweise in Braunschweig domiciliirt ist, oder gewesen ist.

§. 215.

C. Dingliche Natur des Meier-Verhältnisses.

Eichhorn, §. 253 flg.

Das Meierverhältniß hat sich ohne Zweifel im Verlaufe der Zeit, von dem Aufhören der Leibeigenschaft bis zur Ablösbarkeit des gutsherrlichen Verbandes, völlig umgestaltet. Anfangs hatte der Meier wohl nur ein persönliches, auf einen gegenseitig kündbaren Contract ¹⁾ sich stützendes Recht an dem Meiergute, welches ihm vom Grundeigenthümer gegen einen Zins überlassen war, der nicht bloß in recognitionem dominii entrichtet wurde, sondern im Verhältnisse zum

1) Geseuius, Meierrecht Bd. 2. S. 1 flg. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 114.

2) Obwohl beim Meierverhältnisse zuweilen auch Dienste vorkommen, so sind doch nur die Meierzinsen charakteristisch und nothwendig. Vergl. R. Steinacker, Motive der braunsch. Ablös. Ordn. in Bezug auf die Dienste S. 9. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 241. (V. 4.)

1) Geseuius, Meierrecht Bd. 1. S. 408 u. 410. Bd. 2. S. 110

Ertrage des Guts stand, bei der neuen Bemeierung auf's Neue bedungen und nicht selten erhöht wurde. Indes konnte das Verhältniß des Meiers schon damals nicht völlig nach dem eines Zeitpächters beurtheilt werden, denn das Interesse beider Theile ließ es wünschenswerth erscheinen, daß das Meiergut längere Zeit und mit der Aussicht auf Vererbung in der Familie des Meiers an der Hand desselben blieb, zumal nachdem die Meliorationen, besonders an Gebäuden, sich vermehrten, die der Meierherr dem Meier bei dessen Abzuge zu ersetzen hatte ²⁾.

Das ursprüngliche Verhältniß des Meiers zu dem Gute mußte sich aber wesentlich ändern, als das Erbrecht des Meiers gesetzlich bestätigt und dem Gutsherrn verboten wurde, den Zins zu erhöhen oder den Meier willkürlich zu entsetzen (§. 219), wozu späterhin auch noch das Verbot kam, Meierland in Pachtland zu verwandeln ³⁾. Es war nunmehr aus dem früher der Pacht ähnlichen Verhältnisse ein erbliches Nutzungsrecht geworden, das mit dem römischen *dominium utile* ⁴⁾ zwar große Aehnlichkeit erhalten hat, indes dennoch ein eigenthümliches deutsches dingliches Recht ⁵⁾ geblieben ist und sich hauptsächlich dadurch charakterisirt,

2) Vergl. Runde, Rechtslehre von der Leibzucht §. 18. — v. Bülow und Hagemann, Pract.örter. Bd. 3. Nr. 22. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 106 flg.

3) Verordn. vom 9. März 1739. Promt. I. 281. — Ein diesem verbiethenden Gesetze zuwider eingegangener Pachtcontract ist absolut nichtig und kann kein Klagrecht erzeugen. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 21. April 1828. J. G. v. Odershausen c. Hartmann.

4) Die Verordn. vom 21. April 1745. Promt. II. G. 142 sagt ausdrücklich, daß nach bekannten Landesgesetzen dem Meier an dem Gute nur ein Nutzungsrecht, hingegen dem Gutsherrn das *dominium utile* zustehe. Vergl. Archiv für civil. Praxis Bd. 6. G. 418. Bd. 9. Beilageheft G. 12. — Gesenius a. a. D. Bd. 2. G. 104. Note I. — Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten G. 24.

5) Runde a. a. D. — v. Bülow und Hagemann a. a. D. — Hagemann a. a. D. §. 108. — Scholz a. a. D. §. 3. h. — Die dingliche Natur dieses erblichen Nutzungsrechts geht schon daraus hervor, daß nach Gesetz und Observanz nicht bloß die Verleiher und deren Erben, sondern auch die Singular-Successoren an das

a) daß das Gut dem Meier vom Gutsherrn nicht willkürlich entzogen werden, und daß dieser den Zins nicht erhöhen darf;

b) daß der Meier den Meier-Contract ebenfalls einseitig nicht kündigen darf, ausgenommen bei einzelnen, nicht als Pertinenzen zu den Höfen gehörenden Stücken; s. §. 222.

c) daß der ganzen Familie des Meiers das Recht zusteht, aus dem Gute versorgt zu werden, obwohl dasselbe nur auf ein Familienglied übertragen werden kann;

d) daß der Meier in der Regel Eigenthümer der Gebäude und der Meliorationen ist ⁶⁾;

e) daß er sich der possessorischnen Rechtsmittel, ja selbst der rei vindicatio ⁷⁾ bedienen kann und daß ihm die Praxis überhaupt alle auf das Colonat sich beziehenden dinglichen Klagen zugestehet und gegen ihn zuläßt ⁸⁾, so daß der Meier sich weder durch die exc. nominationis schützen, noch dem Gutsherrn die Proceßkosten aufbürden kann ⁹⁾.

Durch die Ablösung der Reallasten fallen alle Beschränkungen der Dispositionsbefugniß, welche in dem gutsherrlichen Verbande oder in dem Obereigenthume ihren rechtlichen Grund hatten, hinweg, das Grundstück wird volles und freies Eigenthum des Besitzers und nur aus landespolizeilichen Gründen bleiben bei den bäuerlichen Grundstücken ¹⁰⁾ die gesetzlichen Bestimmungen über Erbfolge, Erbtheilung,

Meierverhältniß gebunden sind. Struben, De jur. villic. Cap. 8. §. 20. — Ueber die entgegenstehende Ansicht s. Gesenius a. a. O. Th. 2. S. 111. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 137. (IV. 90.)

6) Vergl. Amts-Cammer-Ordn. vom 1. Juli 1688. Art. 88. — Verordn. vom 21. April 1745. Promt. II. 142. — Gesenius a. a. O. Th. 2. S. 125 u. 140. — Scholz, Abfindungen S. 19.

7) Verordn. vom 27. März 1705. — Desgl. vom 15. Januar 1712. Promt. II. 205.

8) Erf. des Ob. Land. Ger. vom 21. April 1828. J. G. v. Döbberhausen c. Hartmann; desgl. des Ob. Appell. Ger. vom 22. Juni 1830 in ders. Sache; desgl. des Ob. Land. Ger. vom 6. März 1834. J. G. Alms c. Lüders.

9) v. Bülow und Hagemann a. a. O. Bd. 4. Nr. 13. Note m.

10) Bei den städtischen Grundstücken ist solches nicht der Fall. Minist. Rescr. vom 14. März 1839.

Abfindung, Allentheil, Interimswirthschaft, Untheilbarkeit der Höfe und Pertinenz-Verhältnisse, Vereinigung mehrerer Bauerhöfe, Bestätigung der Verträge u. s. w. bestehen ¹¹⁾).

§. 216.

D. Begründung und Erneuerung des Meier-Verhältnisses.

Gichhorn, §. 259. 261. 262.

Der Meier-Contract ist ein eigenthümlicher Consensual-Contract (wenngleich der Erwerb des dinglichen Rechts am Gute erst durch die Besitz-Uebertragung geschieht), dessen Verbriefung von den Landesgesetzen zwar vorgeschrieben wird ¹⁾, indeß nicht als ein wesentliches Requisit des Contracts, und es giebt notorisch viele Meier, die keine Meierbriefe lösen ²⁾.

Der Meierbrief muß seinem Zwecke und Wesen nach folgendes enthalten:

a) Eine genaue Bezeichnung der contrahirenden Personen, und

b) des Meierguts und dessen Zubehörungen.

c) Eine Bestimmung über die Meierjahre.

d) Eine Bestimmung über die gützherrlichen Leistungen, insbesondere über die Meierzinsen und die Dienstleistungen, ferner über den Betrag des Weinkaufs und der Schreibgebühren, und endlich auch wohl über die dem Meier von dem Gutsherrn etwa zukommenden Gegenleistungen.

11) Ablös. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. §. 107 u. 110.

1) Landt. Abschied vom 3. Juni 1597. — Verordn. vom 21. Juni 1703. Promt. II. 138. — Die streitige Rechtsfrage, ob das Meierrecht durch Verjährung erworben werden kann? (Gesenius, Meierrecht Bb. 2. C. 393 flg.) ist nach der Gerichtspraxis zu bejahen, weil die dingliche Natur des Meierrechts in den hiesigen Landen nicht bezweifelt werden kann. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 21. April 1828. J. C. v. Oldershausen c. Hartmann. — Desgl. des Ob. Appell. Ger. vom 22. Juni 1830 in ders. Sache.

2) Gesenius a. a. O. Th. 2. C. 194. — In dem vorstehend erwähnten Erkenntnisse ist ebenfalls bemerkt, daß eine neue Bemeterung nach Ablauf von 9 Jahren nicht überall üblich sei.

e) Die Vollziehung der Urkunde durch Namens-Unterschrift der Contrahenten.

Zuweilen werden in den Meierbrief auch Bestimmungen über Remission an den Meierzinsen aufgenommen ³⁾. Gerichtliche Confirmation der Meierbriefe ist so wenig nach gemeinem Rechte, als nach den hiesigen Landesgesetzen, oder nach allgemein bestehender Observanz erforderlich ⁴⁾.

Alle Meier und deren Erben sind verpflichtet, nach Ablauf eines gewissen Zeitraums, den die Polizei-Ordnung vom 19. Januar 1563 auf sechs Jahre bestimmte, der aber nachher auf neun Jahre erweitert wurde, um neue Bemeierung nachzusuchen und das Gut von Neuem meierweise anzunehmen ⁵⁾; die Unterlassung dieser Vorschrift kann Grund zur Abmeierung geben. (§. 223). Während dieser Meierjahre tritt der Regel nach so wenig durch eine Veränderung in der Person des Gutsherrn, als durch eine solche in der Person des Meiers, wenn das Gut auf den Erben übergeht, die Nothwendigkeit einer neuen Bemeierung ein ⁶⁾. Ob dasselbe auch dann gilt, wenn der neue Meier kein Erbe des vorigen ist, lassen die Gesetze unentschieden ⁷⁾ und nur hinsichtlich der Klostermeiern findet sich die Vorschrift, daß bei denselben unbedingt die Bemeierung, ohne Rücksicht darauf, ob der Gutsherr oder der Meier abgeht, nur von 9 zu 9 Jahren erneuert werden soll ⁸⁾. Da die Verpflichtung der Meier

3) Gesenius a. a. D. Bd. 2. S. 202 flg., woselbst auch die im Königreiche Hannover bei Ausstellung der Meierbriefe zu beobachtenden Vorschriften angemerkt sind.

4) Gesenius a. a. D. Bd. 2. S. 223 flg.

5) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 19. — Verordn. vom 21. Juni 1703. Promt. II. 138. — Wegen der Kirchen- und Klostermeier s. Verordn. vom 24. April 1684 und Consist. Auschr. vom 26. Juli 1726. Promt. II. 137 u. 138. — Ueber die Gründe, weshalb ein Zeitraum von neun Jahren angenommen ist, s. Struben, De jur. villic. Cap. 8. §. 16.

6) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 19. — Verordn. vom 21. Juni 1703. Promt. II. 138.

7) S. hierüber Gesenius a. a. D. Bd. 2. S. 240.

8) Landesf. Rescr. vom 6. März 1786. Promt. II. 138.

zur Lösung neuer Meierbriefe nur zum Vortheile der Gutsherrn besteht, so ist diesen die Befugniß nicht abzusprechen, die Bemeierung auf eine längere Zeit, als auf neun Jahre zu verleihen. Hin und wieder haben sich auch durch das Herkommen noch andere Ausnahmen von jener Regel gebildet, indem z. B. Meierverhältnisse bestehen, nach welchen ein neuer Meierbrief so oft gelöst werden muß, als ein neuer Wirth in den Hof kömmt, ohne Rücksicht darauf, ob die Meierjahre abgelaufen sind oder nicht. Im Amte Thedinghausen werden die Meier-Contracte auf die Lebenszeit des Meiers und nicht auf bestimmte Jahre abgeschlossen; die Erneuerung geschieht auch nicht nur so oft ein neuer Wirth, sondern auch so oft eine neue Wirthinn auf den Hof kömmt ⁹⁾.

Von der Verpflichtung zur Erneuerung der Meierbriefe kann durch Verjährung eine Befreiung nicht erworben werden ¹⁰⁾.

Den Weinkauf oder die Erkenntlichkeits-Gebühr, welche der Meier seinem Gutsherrn sowohl bei der ersten Bemeierung, als auch bei der jedesmaligen Erneuerung des Meier-Contractes für die Ausfertigung des Meierbriefs zu geben hat, soll zwar, nach gesetzlicher Vorschrift ¹¹⁾, jeder Meier zu entrichten schuldig sein, gleichwohl ist diese Verpflichtung als ein wesentliches Stück der Meier-Contracte nicht anzusehen ¹²⁾, und es sind die Fälle durchaus nicht selten, in welchen die

9) Gesenius a. a. O. Bd. 2. S. 244.

10) Verordn. vom 21. Juni 1703. Promt. II. 139. — Es ist hier indeß nur von der praescriptio definitiva die Rede, denn daß die fragl. Befreiung durch unvorbenkliche Verjährung erworben werden kann, leidet keinen Zweifel. Gesenius a. a. O. Bd. 2. S. 259. — Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten auf Bauergütern S. 26.

11) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 19. Promt. II. 138.

12) Pufendorf, Observ. jur. commun. T. IV. Obs. 118. §. 2. — Stryk, Usus modern. T. I. Lib. 19. Tit. 2. §. 31. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 155. (I. 49.) — Die Meierordn. des Fürstenthums Calenberg vom 12. Mai 1772. Kap. 2. §. 1 läßt den Meier zum Beweise, daß er zur Bezahlung eines Weinkaufs bei Lösung des Meierbriefs nicht verpflichtet sei.

Meier von der Bezahlung eines Weinkaufs befreiet sind. Der Betrag des Weinkaufs wird zunächst durch Vertrag und Observanz bestimmt; es bestehen indeß darüber auch gesetzliche Vorschriften. Die älteste derselben findet sich in der Polizei-Ordnung von 1563, welche das maximum, ohne Berücksichtigung der Größe des Guts und der Qualität des Acker, auf einen Thaler festsetzte; nachher wurde durch die Verordnung vom 25. Januar 1597 für die Cammermeier der Weinkauf von jeder Hufe guten Landes, wenn der Zins nicht zu hoch sei, auf einen ganzen, von jeder Hufe schlechten Landes auf einen halben Thaler bestimmt. Statt dieser zwei Classen ordnete der Land. Absch. v. 5. Juni 1597 drei Classen an, und es sollte, je nach der Güte des Landes und der Höhe des Zinses, an Weinkauf 1 Thlr., ein halber Thlr. oder ein Ortsthaler (6 Ggr.) von jeder Hufe entrichtet werden ¹³). Diese Vorschrift wird jetzt noch insofern befolgt, als man 1 Thlr. als das maximum und 6 Ggr. als das minimum der Weinkaufssumme betrachtet, und im Uebrigen, wenn die Größe des Weinkaufs streitig ist, die für die Contributions-Erhebung gemachten fünf Classen der Länderei zum Grunde legt, so daß der Weinkauf für eine Hufe in erster Classe 1 Thlr., in zweiter 18 Ggr., in dritter 12 Ggr., in vierter 9 Ggr. und in fünfter 6 Ggr. ausmacht ¹⁴). Die gesetzlich normirte Weinkaufssumme darf um so weniger erhöht werden, als ausdrücklich bestimmt ist, daß kein Vertrag und kein Judicat dem Gutsherrn gegen den 19. Art. des Landtags-Abschiedes von 1597 zu Statten kommen solle ¹⁵). In Betreff der Cammer-, Stifts- und Kloster-Meier ist ausdrücklich festgesetzt, daß der Weinkauf, es mag derselbe herkömmlich bestimmt, streitig oder nicht streitig sein, bei den neuen Bemei-erungen durchgehends nach den fünf Contributionsclassen be-

13) Promt. II. 138.

14) Gesenius a. a. D. Bd. 2. S. 294.

15) Verordn. vom 9. März 1737. Promt. I. 281. — Landesf. Reser. vom 15. Novbr. 1749. Promt. II. 495. — Durch unverdenkliche Verjährung kann indeß das Recht auf einen höhern Weinkauf wohl erworben werden. Gesenius a. a. D. Bd. 2. S. 295.

rechnet und erhoben werden soll, doch bezieht sich diese Bestimmung nicht auf solche im Amte Theedinghausen und im Auslande belegene Meiergüter, vielmehr soll bei diesen das dortige Herkommen ferner befolgt werden ¹⁶⁾. Im Amte Theedinghausen behandelt der Gutsherr den Weinkauf bei jedem Falle mit dem Meier; wenn sich dieselben über die Größe der Summe, die sich nach dem Meierzinse richtet und um so höher bedungen zu werden pflegt, je geringer dieser ist, nicht einigen können, so wird der Weinkauf vom Richter bestimmt ¹⁷⁾.

Wenn das Meiergut rücksichtlich seiner einzelnen Theile verschiedene Gutsherrn hat und deshalb von mehreren Meierherren Meierbriefe gelöst werden müssen, so erhält jeder derselben seinen besondern Weinkauf ¹⁸⁾. Von mehreren Miterben eines Meiers bezahlt derjenige den Weinkauf ganz und allein, der den Naturalbesitz des Guts behält.

Da der Weinkauf eine Gebühr für die ausdrückliche Erneuerung des Contracts ist, welche durch Ertheilung eines neuen Meierbriefs geschieht, so kann derselbe bei einer stillschweigenden Verlängerung des Meier-Contracts nicht gefordert werden. Eben so wenig hat der Meierherr das Recht, ein jährliches Weinkaufsgeld zu fordern; von dieser Regel kann indeß eine Ausnahme dann eintreten, wenn durch das Erbrecht oder auf andere Weise rechtlich zu beweisen steht, daß von Alters her ein jährliches Weinkaufsgeld einen Theil des Meierzinses ausmacht ¹⁹⁾. Der fällige Weinkauf muß bei Strafe binnen drei Monaten nach der neuen Bemeuerung entrichtet werden ²⁰⁾, wenn der Meier-Contract darüber

16) Landesf. Rescr. vom 11. Juni 1827. Bege III. 317.

17) Gesenius a. a. O. Bd. 2. 297.

18) Anders verhält es sich natürlich dann, wenn die Gutsherrschaft unter Mehreren getheilt ist. — Im Fürstenth. Calenberg erhält in der Regel nur der Meierherr, dem die Hoffstelle gehört, mit Ausschluß der übrigen, den Weinkauf. Meier-Ordn. Kap. 1. §. 6. — Struben, De jur. villic. Cap. VIII. §. 17.

19) Landesf. Rescr. vom 15. Novbr. 1749. Promt. II. 495.

20) Gesenius Bd. 2. S. 322. — Vergl. Landesf. Rescr. v. 30. Novb. 1754. Promt. II. 141.

keine andere Bestimmung enthält. Für die Kloster- und Kirchenmeier ist die Strafe der Abmeierung auf die Nichtzahlung des Weinkaufs bestimmt 21). Nicht selten wird neben dem Weinkaufe auch noch eine Schreibgebühr für die Ausfertigung des Meierbriefs gefordert, worüber das Herkommen entscheidet 22).

§. 217.

E. Ueber die Person des Gutsherrn und des Meiers.

Das Recht zu vermeiern wird, wie sich von selbst versteht, dadurch bedingt, daß der Meierherr vertragsfähig ist und ein Dispositionsrecht über das Object des Meiercontractes hat. In letzter Beziehung ist indeß nicht das volle Eigenthumsrecht erforderlich, vielmehr genügt das dominium utile, was schon daraus hervorgeht, daß die meisten Meierherren ihre Meiergüter zu Lehn tragen. Da die Vermeierung gewissermaßen eine Veräußerung begreift, so kann den Verwaltern fremder Güter das Recht nicht zustehn, diese meierweise auszuthun; wegen der Kirchen- und Klostergüter bestehen dieserhalb specielle Verbote 1). Dagegen sind jene Administratoren nicht nur befugt, sondern auch verpflichtet, den Meiercontract zu erneuern, weil der Meierherr das Gut der Regel nach nicht einziehen darf. Geschlecht und Stand sind auf die Befugniß, Güter nach Meierrecht zu verleihen, ohne Einfluß; auch kann das zu vermeiernde Object Mehreren ge-

21) Verordn. vom 24. April 1684, Promt. II. 138. — Consistor. Rescr. vom 26. Juli 1726, Promt. II. 137.

22) Die ältere Gerichtspraxis schwankte, ob dem Meierherren eine solche Gebühr zukomme, da die Gesetze ausdrücklich bestimmen, daß für die Ausfertigung des Meierbriefs der Weinkauf bezahlt werden solle, und der Schreibgebühren nicht erwähnen. Gesenius a. a. D. Bd. 2. S. 342. — Bei der Ablösung des Meierzinses wird für die gezahlten Schreibgebühren eine Entschädigung nicht geleistet. Gesetz vom 20. Decbr. 1834, Nr. 20. §. 59.

1) Verordn. vom 5. April 1573 und vom 12. Januar 1602, Promt. II. 45. — Kirchen-Ordn. vom 1. Mai 1709, Kap. XX. §. 5. Promt. II. 25.

meinschaftlich gehören, in welchem Falle diese als eine Meierherrschaft angesehen werden ²⁾).

Der Meier darf, wenn von der Vermeierung eines Bauerguts die Rede ist, nicht schon ein Bauergut besitzen (S. §. 209) und er muß fähig sein, nicht nur das Gut wirtschaftlich zu benützen, sondern auch die dem Staate und dem Gutsherrn schulbigen Pflichten zu erfüllen ³⁾; übrigens ist es eben so wenig ein nothwendiges Requisit, daß der Meier Bauer sei, als das weibliche Geschlecht ⁴⁾ von der Bemeierung ausgeschlossen ist ⁵⁾. Wenn das zu vermeiernde Object kein Bauergut ist, so erleiden die in der Person des Meiers nothwendigen Erfordernisse die dem Meierverhältnisse entsprechenden Modificationen.

§. 218.

F. Gegenstand des Meier-Contractz.

Gegenstand des Meier-Contractz kann Alles sein, was verpachtet, vermiethet und auf Erbenzins ausgethan werden kann; es kommen daher nicht allein Bauergüter, obwohl diese am gewöhnlichsten, sondern auch einzelne Ländereien, Grundstücke auf städtischen Feldmarken, Schäfereien, Zehnten, Mühlen, Holzungen, Wiesen, Tristen u. als Objecte des Meierrechts vor ¹⁾.

§. 219.

G. Rechtsverhältniß des Meiers zu dem Meiergute und dem Allodium.

Der Meier hat am Meiergute nur ein erbliches Nutzungs-

2) Gesenius Meierrecht Bd. 2. S. 356 flg.

3) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 19. — Amts-Cammer-Ordn. von 1688. Art. 98. — Verordn. vom 15. August 1707. Promt. II. 133. — Vergl. Gesenius, Meierrecht Bd. 2. S. 360 fl.

4) Wenn daher eine Frau nicht das Colonatrecht an ihren Ehemann abgetreten hat, so ist sie die wahre colona geblieben und der Ehemann hat nur einen Mitbesitz und Mitgenuß des Guts nach Meierrecht erlangt. Daß dem Manne das Eigenthum des Hofes abgetreten sei, liegt nicht in dem Ausdruck »verschreiben«. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 1. März 1838. J. S. Ruckuck c. Pöppe.

5) Gesenius a. a. O. Bd. 2. S. 375 flg.

1) Gesenius, Meierrecht Bd. 2. S. 345 fl.

recht (§. 215), weshalb ihm alle Veräußerungen und sonstige Dispositionen über die Substanz desselben, insbesondere auch alle Beschränkungen und jede weitere Vermeinerung ¹⁾ untersagt sind (§. 209); dagegen ist er in der Regel Eigenthümer der auf dem Gute befindlichen Gebäude, des Hof- und Wirthschafts-Inventars und aller Meliorationen ²⁾. Da indeß ein Theil dieses Allodiums gewöhnlich dergestalt mit dem Colonate verbunden ist, daß er ohne Zerstörung der Sache oder ohne große Benachtheiligung der Wirthschaft davon nicht getrennt, und daher eintretenden Falls nur durch ein Aequivalent vergütet werden kann, so darf der Meier nur über das trennbare Allodium unbefchränkt verfügen, wogegen das untrennbare Allodium ³⁾ unter die Lehre von der Erstattung der auf eine fremde Sache gemachten Verwendungen zu stellen ist. Wenn das Meiergut an den Gutsherrn zurückfällt ⁴⁾, so erhält der Meier die Baubesserungen, Gahre, Saile und dergleichen nothwendige auch nützliche Meliorationen, überhaupt das untrennbare Allodium vom Gutsherrn ersetzt ⁵⁾. In Betreff der desfalligen Abschätzung bestimmt der Land-

1) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 19. Promt. II. 133. — Allgem. Land. Ordn. Art. 30. Promt. II. 77. — Es kann dem Meier daher auch nicht gestattet sein, eigenmächtig Realrechte auf das Gut zu legen, wenigstens werden dieselben, Falls sie sich nicht auf rechtsbeständige Verjährung gründen, nach der Regel „*resoluto jure concedentis resolvitur jus concessum*“ beim Heimfalle des Guts erlöschen müssen.

2) Verordn. vom 21. April 1745. Promt. II. 142.

3) Die Frage, welche Gegenstände zum trennbaren und welche zum untrennbaren Allodium zu zählen sind, läßt die vaterländische Gesetzgebung unbeantwortet; über die in dieser Hinsicht angenommenen Grundsätze s. Scholz, Abfindungen von Bauergütern §. 6. — Derselbe, Intestaterbrecht der Ehegatten auf Bauergütern §. 5. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 1. Nr. 36 u. 37. Bd. 2. Nr. 34. Bd. 5. Nr. 33. §. 3. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 150. (III. 115.) — Pufendorf, Observat. jur. comm. etc. T. 4. Obs. 178. — Struben, De jur. villic. Cap. III.

4) C. §. 223. — Andere Grundsätze treten bei der Vererbung des Meierguts (§. 242 flg.) und beim Concurse ein. Vergl. Scholz, Abfindungen von Bauergütern §. 6 u. 7.

5) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 19. Promt. II. 134. —

tags-Abschied von 1597, daß dieselbe unparteiisch erfolgen und das, was der Gutsherr zu den Meliorationen hergegeben, insbesondere auch, wenn die Gebäude aus den zu dem Hofe gehörigen Holztheilungen errichtet worden, die dritte Spanne, oder was sonst dem Herkommen gemäß ist, abgesetzt werden soll. Zu der Taxation selbst sollen aus drei verschiedenen Gerichtsbezirken, und zwar aus jedem drei unbescholtene, der Landwirthschaft und der Bauten kundige Männer gewählt, beeidigt und in Gegenwart der Parteien zur Taxation angewiesen werden. Aus den von diesen in Schürzen zu theilenden Taxatoren abgegebenen Schätzungen wird entweder die mittlere Summe genommen, oder da, wo solches hergebracht ist, die mittlere Zahl gesucht. Der sich hieraus ergebenden Taxe müssen sich die Parteien unterwerfen, wenn sie nicht etwa eine Parteilichkeit nachweisen können. Sollte sich indeß wegen zu hoher Taxe kein Meier zu dem Gute finden, so steht dem Gutsherrn frei, für die Meliorationen eine billige Summe zu bieten, und wenn diese dem abgehenden Meier nicht annehmbar erscheint, so soll der Hof ein Jahr lang wegen der Meliorationen für jedermann zum Kaufe ausstehen, während dieser Zeit aber dem Meier gelassen werden, der die Verpflichtung hat, den Hof im Stande zu erhalten und davon sämtliche Leistungen zu entrichten, wofür Sicherheit zu stellen ist. Findet sich binnen Jahresfrist kein Käufer, so sollen die Meliorationen dem Gutsherrn gegen die gebotene Summe überlassen werden ⁶⁾).

Der Meier hat das Recht, alle Nutzungen des Guts innerhalb der Gränzen seines Meierrechts, welches sich auch auf *accessiones fundi* ausdehnt, zu ziehen, und die Früchte erwirbt er ohne Zweifel, gleich dem *Emphyteuta*, schon durch *Separation* ⁷⁾.

In diesem Artikel wurde zugleich bestimmt, daß der Meier nicht anders, als mit Genehmigung des Gutsherrn bauen solle.

6) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 19. — Desgl. vom 27. Januar 1619. Art. 29. Promt. II. 141.

7) Struben, *De jure vill.* Cap. III. §. 1 & 2. — Hagemann, *Landwirthschaftsrecht* §. 276.

H. Von den Meierzinsen.

§. 220.

1. Leistung derselben.

Eichhorn, §. 252 u. 253.

Der Meierzins wird entweder in Naturalien oder in Geld entrichtet ¹⁾, es ist aber dem Meierherrn verboten, Gelbzinsen in Kornzinsen, und Kornzinsen in Gelbzinsen zu verwandeln ²⁾, so wie überhaupt den Zins zu erhöhen ³⁾. Das Getreide soll in markgebigem Korne geliefert werden ⁴⁾.

Der Meierherr kann in der Regel den vollen Meierzins, wie dieser von Alters hergebracht ist, fordern ⁵⁾, und es soll

1) Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 253.

2) Verordn. vom 9. März 1737. Promt. I. 281. — Es kann bei diesem bestimmten Verbote eine solche Verwandlung des Meierzinses von Seiten des Meierherrn nur durch unvordenkliche Verjährung begründet, anderer Seits aber auch das Recht, statt eines Meierzinses in Korn einen feststehenden Gelbzins, oder statt eines solchen einen Kornzins zu prästiren, nach den hier eintretenden Grundsätzen des gemeinen Rechts nicht anders, als durch qualifizierte Verjährung erworben werden, da die noch so lange, indeß nicht seit unvordenklicher Zeit fortgesetzte Annahme der einen Leistungsart statt der andern keine Thatfache ist, aus der sich auf die Einwilligung des Annehmenden in die Umwandlung des Zinses schließen läßt, vielmehr dazu, daß der Meier in den Quasibesitz der Befreiung von der Prästation des Zinses in der frühern Art gelange, ohne welche eine Verjährung sich nicht denken läßt, erforderlich ist, daß er die Leistung in der bisherigen Art verweigert und der Meierherr sich bei dieser Weigerung die Verjährungszeit hindurch beruhigt hat. In diesem Sinne erkannte das Ob. Land. Ger. am 12. März 1830. J. S. Raven c. Meier. Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. I. Nr. 39. — Strube a. a. D. Nr. 251. (IV. 17.) — Leyser, Medit. Sp. 462. Medit. 29.

3) Landt. Absch. von 1597. Art. 19. Promt. II. 134. — Strube, Rechtfl. Bedenk. Nr. 151. (III. 114.) — Struben, De jur. villic. Cap. 3. §. 2. — Hagemann a. a. D. §. 254.

4) Ebendas. — Vergl. Struben a. a. D. Nr. 157 u. 158. (III. 112. u. V. 44.)

5) Landt. Absch. von 1597. Art. 20. Promt. II. 134. — Verordn. vom 9. Octbr. 1682. — Landt. Absch. vom 10. Octbr. 1682.

der Meierherr, wenn seit fünf oder längeren Jahren ein gleichmäßiger Zins entrichtet ist, bei der Erhebung eines solchen Zinses ferner nachdrücklich und ohne Weitläufigkeit in *possessorio* geschützt werden, selbst wenn das entrichtete Quantum mit dem Erbregister nicht übereinstimmen sollte 6).

Das dem Gutsherrn in älterer Zeit zustehende Recht der Pfändung wegen liquider Zinsrückstände 7) wurde schon früh auf die Gutsherren, welche zugleich Gerichtsherren waren, beschränkt 8) und mußte mit dem Aufhören der Patri-
monial-Gerichtsbarkheit völlig untergehen. Statt dessen sind

Art. 16. — Amts-Gammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 97. — Verordn. vom 29. August 1718. Promt. II. 143.

- 6) Verordn. vom 8. Juli 1747. §. 9. — Landesf. Reser. vom 21. Novbr. 1747. Promt. II. 146. — Durch ein landesf. Reser. an die Justiz-Canzlei vom 8. März 1751 wurde die Verordn. vom 8. Juli 1747 dahin declarirt, daß sich dieselbe nur auf streitige Meierzinsen und nicht auf den Fall beziehe, daß der Meier anerkanntermaßen in den letzten fünf Jahren nicht den vollen Meierzins prästirt habe, weshalb die seit fünf oder längeren Jahren ante motam litem geschehene Prästation eines geringern, als des hergebrachten Meierzinses nur dann die Feststellung eines Provisoriums in der obengedachten Art begründen könne, wenn der Meier das Recht, einen geringern Meierzins als den früher geleisteten zu entrichten, in Anspruch genommen oder die Unmöglichkeit zur Abführung des hergebrachten Meierzinses vorgeschützt und der Meierherr sich mit der Erhebung des geringern Meierzinses fünf Jahre lang beruhigt habe. Diese Declaration scheint indeß mit der Verordnung nicht im Einklange zu stehen, da diese, ihrem wörtlichen Inhalte nach, sich lediglich auf den Schutz der Rechte des Meierherrn und nicht auch des Meiers bezieht.

- 7) Ein solches Recht kannte schon der Sachsenspiegel und es wurde dasselbe den Bürgern der Stadt Braunschweig noch in einer Convention zwischen dem Herzoge Heinrich d. A. und dem Rathe zu Braunschweig von 1453 ausdrücklich zugestanden. Gesenius, Meierrecht Bb. I. S. 358 u. 412.

- 8) Landt. Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 20. — Das von den Meierherren im Amte Theedinghausen hergebrachte Recht, ihre Meier auf ganz liquide und von diesen nicht in Zweifel gezogene Meierzinsen selbst auspfänden zu dürfen, wurde durch eine Verordn. vom 7. Octbr. 1776. (Promt. II. 136.) mit einigen Beschränkungen bestätigt.

die Gerichte angewiesen, auf ein von dem Berechtigten eingereichtes, mit authentischen, das Recht der Erhebung nachweisenden Documenten versehenes Verzeichniß solcher Grundabgaben des letzten Jahrs (auf Rückstände aus früheren Jahren ist das Verfahren nicht anwendbar) die Execution zu verfügen und dieselbe vollziehen zu lassen, nachdem der Debitor zuvor nochmals angemahnt worden und sich gezeigt hat, daß kein besonderer Grund zur Befristung vorhanden ist ⁹⁾. Außerdem ist dem Gutsherrn zur Sicherheit seiner Ansprüche auf den Meierzins eine gesetzliche Hypothek ertheilt. S. §. 202.

§. 221.

B. Remission an den Meierzinsen.

Sichhorn, §. 253.

Schon im 16ten Jahrhunderte wurde als ein althergebrachter landsittlicher Gebrauch bezeichnet, daß den Meiern, welche Mißwachs, Mäusefraß, Hagelschlag und Heereszug erlitten hätten, Remission an den Meierzinsen ertheilt werden solle, wenn solches auch im Meierbriefe nicht ausdrücklich versprochen sei ¹⁾. Dieser Gebrauch wurde in dem Landtags-Abchiede vom 3. Juni 1597. Art. 20 ²⁾ ausdrücklich mit dem Hinzufügen bestätigt, daß der Meier dem Gutsherrn den Schaden zeitig anzuzeigen habe. Die hierauf folgende große Menge von Remissions-Edicten, worin die Gutsherrn angewiesen wurden, ihren Meiern für das laufende Jahr einen Erlaß an den Meierzinsen zu gewähren, gaben den Landständen Anlaß zu Beschwerden und veranlaßten die

9) Verordn. v. 26. März 1823. Nr. 7. §. 13. — In dieser Verordn. ist zugleich verfügt, daß bei den Aemtern Verzeichnisse geführt werden sollen, in welche, auf Antrag des Berechtigten und nach Anhörung der Pflichtigen, die Grundgerechtsame des Erstern einzutragen sind. Beglaubte Extracte aus diesen Verzeichnissen sollen die zur Beitreibung der Gefälle erforderlichen Documente vertreten.

1) Verordn. vom 22. Decbr. 1579. — Gesenius, Meierrecht Bd. 1. S. 443.

2) Promt. II. 131.

Verordnung vom 9. Octbr. 1682 ³⁾), worin zwar die Verpflichtung der Gutsherren zur Remissions-Ertheilung bei Unglücksfällen des Meiers nochmals anerkannt und auch auf den Fall einer schweren Contributionslast ausgedehnt, zugleich aber bestimmt wurde, daß der Erlaß für die folgenden Jahre nicht zur Consequenz gezogen werden dürfe. Die bald nachher ergangene Amts-Cammer-Ordnung vom 1. Juli 1688 gab umständliche Vorschriften über das bei Mißwachs-Besichtigungen zu beobachtende Verfahren.

Zur Zeit gelten hinsichtlich der den Meiern zukommenden Remissionen und deren Ermittlung folgende Vorschriften, die zwar zunächst für die Cammermeier ergangen, allein allgemein wichtig sind, weil nach eben dem Verhältnisse, in welchem die Cammer ihren Meiern Remissionen ertheilt, auch die übrigen Meierherren ihren Meiern solche gewähren sollen ⁴⁾). Sobald der Meier wegen erlittenen Schadens an seinen Feldfrüchten durch Hagelschlag, Mißwachs oder andere Unglücksfälle Anspruch auf Remission an den Meierzinsen zu haben glaubt, hat sich derselbe deshalb zunächst und zwar, bei Verlust seines Anspruchs, in den ersten Tagen des Monats Juli an seinen Gutsherrn zu wenden, um zu versuchen, ob mit diesem in Güte eine Einigung zu erreichen ist. Wenn dieser Versuch fehlschlägt, so muß der Meier eine Besichtigung der Feldfrüchte beantragen, die unter Leitung eines von der Cammer, Direction der Domainen, zu ernennenden Commissarius durch drei unparteiische und der Feldmark kundige Achtsleute, indeß nicht eher, als bei dem wirklichen Anfange der Erndte und nachdem der Meierherr davon vorher benachrichtigt worden, vorgenommen wird ⁵⁾). Wenn durch die auf eine solche

3) Ebenbas. S. 143.

4) Verordn. vom 14. Octbr. 1715. — Desgl. vom 29. August 1718. — Desgl. vom 7. Octbr. 1776. Promt. II. 144 u. 150. — Die letzte Verordn. bezieht sich speciell auf die Meier im Amte Ethinghausen.

5) Verordn. vom 29. August 1718. — Desgl. vom 7. August 1775. Promt. II. 144 u. 148. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 152. (II. 141.) Nr. 153. (II. 128.) — Struben, De jur. villic.

Befichtigung gestützte Abschätzung, bei welcher indeß auf den Schaden, der durch die eigene Schuld des Meiers veranlaßt ist, keine Rücksicht genommen werden darf ⁶⁾, ermittelt wird, daß an dem bei der Veranlagung der Länderei zur Contribution angenommenen jährlichen Fruchtertrage ein durch Mißwachs herbeigeführter Abgang stattfindet ⁷⁾, so läßt die Cammer ihren Meiern Remissionen, indeß lediglich an dem vollen Zinse ⁸⁾, nach folgenden Proportionen zukommen:

Ist der Abgang am gewöhnlichen Ertrage ermittelt auf

$\frac{1}{3}$,	so wird am vollen Meierzinse abgesetzt	$\frac{1}{4}$,
$\frac{3}{8}$,	» » » » » »	$\frac{1}{4}$,
$\frac{2}{5}$,	» » » » » »	$\frac{1}{3}$,
$\frac{1}{2}$,	» » » » » »	$\frac{1}{3}$,
$\frac{3}{5}$,	» » » » » »	$\frac{1}{2}$,
$\frac{5}{8}$,	» » » » » »	$\frac{1}{2}$,
$\frac{2}{3}$,	» » » » » »	$\frac{1}{2}$,
$\frac{3}{4}$,	» » » » » »	$\frac{2}{3}$,
$\frac{4}{5}$,	» » » » » »	$\frac{2}{3}$,
$\frac{7}{8}$,	» » » » » »	$\frac{3}{4}$,
daß Ganze	» » » » » »	$\frac{3}{4}$.

Wegen eines Abganges, der weniger als $\frac{1}{3}$ beträgt, wird keine Remission ertheilt ⁹⁾. Im Falle die Feldfrüchte, in Betreff deren der Meier Remission in Anspruch nimmt, zugleich vom Wilde beschädigt sind, so kommt bei Ausmitte-

Cap. IV. §. 3 sqq. — a Cramm, De diff. jur. comm. etc. Obs. 8.

6) Berordn. vom 7. August 1775. Promt. II. 148.

7) Instruct. für die Feldbefichtigungs-Commissarien vom 17. Juni 1806. §. 17. Promt. I. 310.

8) Der volle Zins soll der Berechnung insbesondere auch dann zum Grunde gelegt werden, wenn der Meierzins im Allgemeinen auf ein geringeres Quantum gesetzt ist, als worin derselbe eigentlich besteht.

9) Schreiben der Cammer vom 23. April 1779. Promt. II. 149. — Die Kloster-Rathsstube ertheilte die Remissionen nach einem etwas andern Verhältnisse. Schreiben derselben vom 22. April 1779. Promt. II. 149.

lung der Remission der Betrag der erhaltenen Wildschadens-Vergütung in Berechnung ¹⁰⁾.

Die Frage, ob und welche Remission ein Gutsherr seinem Meier, wenn dieser durch Feuersbrunst Vermögens-Vergütung erlitten hat, angedeihen lassen muß? soll niemals durch ein gerichtliches Verfahren entschieden werden, sondern es soll darüber eine von dem Gutsherrn und dem Meier nachzusuchende landesfürstliche Commission *ex aequo et bono* Bestimmung treffen ¹¹⁾.

§. 222.

3. Herabsetzung und Erhöhung der Meierzinsen.

Um die mehr und mehr sich häufenden, langwierigen Prozesse zwischen den Meierzinspflichtigen und den Gutsherrn über die von jenen geforderten Erlasse an den Meierzinsen abzuschneiden, erschien die Verordnung vom 8. Juli 1747 ¹⁾, welche, von dem Grundsatz ausgehend, daß der Meier vor Allem im Stande bleiben müsse, die *onera publica* abzutragen, weil diese auf den Grundstücken selbst lasteten und deshalb sowohl von dem Meier, als von dem Gutsherrn zu tragen wären, folgende nähere Bestimmungen enthält:

Wenn neben den auf dem Grundstücke haftenden öffentlichen Abgaben auch dem Gutsherrn der volle Meierzins geleistet werden kann, ohne daß der Meier außer Stand gesetzt wird, seine Haushaltung und Ackerbewirthschaftung gebührend fortzusetzen, so soll der Meierherr den Zins ungekürzt erhalten. Dagegen kann sich der Gutsherr im entgegengesetzten Falle so wenig auf *rem judicatam*, als auf *jus quaesitum* mit Erfolg berufen, um den vollen Zins zu erhalten, vielmehr soll alsdann zunächst ein gütliches Uebereinkommen zwischen dem Meier und dem Gutsherrn versucht, und Falls diese nicht zu erreichen steht, in Gemäßheit obiger Grundsätze der Zustand des Meiers untersucht werden. Eine

10) Verordn. vom 16. Septbr. 1827. §. 53.

11) Verordn. vom 22. Juni 1747. Promt. II. 145.

1) Promt. II. 146.

solche Untersuchung gehört aber eben so wenig vor die Gerichte, als die Entscheidung darüber, ob der Meier eine Herabsetzung des Zinses, oder der Gutsherr eine Erhöhung desselben in Anspruch nehmen kann, vielmehr haben sich beide Theile in solchen Fällen bei der höchsten Verwaltungs-Behörde zu melden und Commissarien ²⁾ vorzuschlagen, von denen das, was der Meier nach obigen Grundsätzen leisten oder nicht leisten kann, ermittelt wird. Dieser Untersuchung wohnt die Obrigkeit des Orts bei, um die zur Auseinandersetzung der Sache erforderlichen Nachweisungen zu liefern.

Durch die Anwendung dieser gesetzlichen Vorschriften und insbesondere dadurch, daß die Commissarien nicht immer nach gleichen Grundsätzen und gewöhnlich zu günstig für die Pflichtigen verfahren, hielten sich die Gutsherrn für benachtheiligt, weshalb schon im Landtags-Abschiede vom 9. April 1770 eine anderweite gesetzliche Bestimmung vorbehalten wurde, die indeß erst in Gefolge des im Jahre 1823 gehaltenen Landtages durch die Verordnung im 26. März 1823. N. 11 erfolgte. Diese Verordnung soll, ohne den Grundsatz der frühern abzuändern, zur nähern Anleitung bei der Ausführung derselben dienen, um alle Unbilligkeit für den einen oder den andern Theil zu heben. Dieselbe nimmt als Regel an, daß der Meierzins, so wie er jetzt entrichtet wird, der Lage des Meiers angemessen ist, weshalb der Meier, wenn er auf Herabsetzung des Meierzinses antragen will, besonders nachweisen muß, daß und aus welchen Gründen er bei der Wirthschaft nicht mehr bestehen und die ihm obliegenden Lasten nicht mehr tragen kann, und zugleich aus einer vorläufigen Untersuchung sich ergeben muß, daß der Meier ohne seine Schuld zurückgekommen und durch wesentliche Veränderungen in seiner öconomischen Lage außer Stand gesetzt ist, auch bei einer guten Wirthschaft ferner den bisherigen Meierzins neben den übrigen Abgaben aufzubringen. Durch erlittene außerordentliche Unglücksfälle, als Kriegeschäden,

2) Für das Verfahren dieser Commissarien erfolgte unterm 21. Novbr. 1747 eine landesf. Anweisung. Promt. II. 147.

Feuersbrünste, Hagelschlag, Mäusefraß u. dergl. kann aber der Antrag auf eine solche Untersuchung niemals begründet werden, da dergleichen Unfälle nur den Grund zu zeitweisen Remissionen, nicht aber zu einer fortgesetzten Herabsetzung des Meierzinses abgeben können. Auf der andern Seite hat auch der Gutsherr, wenn er eine Erhöhung der Meierzinsen beantragen will, besondere Umstände nachzuweisen, woraus sich ergibt, daß die Lage des Meiers besser und derselbe vermögend geworden ist, einen höhern, als durch die frühere Herabsetzung bestimmten Zins abzutragen; ein Antrag auf Erhöhung des Meierzinses über den ursprünglichen Betrag ist aber überall unzulässig. Erst wenn sich nach dieser vorläufigen Untersuchung das Resultat ergibt, daß genügende Umstände obwalten, um zur Untersuchung der Kräfte des Meierhofs das in der Verordnung vom 8. Juli 1747 vorgeschriebene Verfahren eintreten zu lassen, soll diesem stattgegeben werden, dasselbe aber unter der unmittelbaren Leitung der Landes-Deconomie-Commission stehen. Der erste Antrag geschieht bei den Ämtern, und die Untersuchung des Hofes der Verordnung von 1747 gemäß von einer Local-Commission, welche aus dem Amte und einem von jedem Theile vorzuschlagenden Commissar besteht. Im §. 9 schreibt die Verordnung speciell die Grundsätze vor, wonach die Commissarien zu verfahren haben. Eine Herabsetzung des Meierzinses ist nicht anders zu verfügen, als wenn sich ergibt, daß dem Meier, nach Abzug der erforderlichen Ausgaben, nicht so viel übrig bleibt, als worauf er und seine Familie würden rechnen können, wenn sie den Hof nicht hätten und gegen Tagelohn arbeiteten. Gegen den Ausspruch der Landes-Deconomie-Commission steht dem, welcher sich für beschwert erachtet, eine Berufung beim Staats-Ministerium zu.

Die Verordnung von 1747 ist übrigens nicht auf einzelne, nach Meierrecht benutzte, aber nicht im Pertinenzverbande stehende Grundstücke anwendbar, vielmehr kann in Betreff solcher, wider den Willen des Meierherrs, eine Herabsetzung des Zinses nicht verlangt werden, da in diesem Falle der Meier nicht behindert ist, das Meierland dem ur-

sprünglichen Eigenthümer nach Ablauf der Meierjahre oder, Falls diese nicht bestimmt sind, nach drei Jahren zurückzugeben; der Gutsherr darf indeß auch in diesem Falle den Meiercontract nicht einseitig kündigen ³⁾).

Wenn ein Antrag auf Ablösung des Meierrechts gestellt ist, so steht weder dem Berechtigten behuf Erhöhung früher herabgesetzter Meierzinsen, noch dem Pflichtigen behuf Herabsetzung derselben weiter die Befugniß zu, eine Untersuchung der Kräfte des Meierhofs zu verlangen ⁴⁾.

§. 223.

J. Von der Abmeierung und Einziehung der Meiergüter.

Eichhorn, §. 263.

Von der Befugniß des Gutsherrn, den Meier der Meierstatt zu entsetzen, wurde in ältester Zeit und bis dahin, daß sich das Hörigkeits- und Pachtverhältniß nach und nach in ein Erbpachtrecht verwandelte, willkürlich Gebrauch gemacht, und der Grundsatz, daß der Gutsherr den Meier nicht ohne gerechten Grund abmeiern könne, bildete sich erst allmählig als Folge der mehr und mehr als unbestritten anerkannten Erblichkeit der Meiergüter aus. Die ersten bekannten gesetzlichen Bestimmungen über das Abmeierungsrecht finden sich im 19. Art. des Landt. Abschiedes vom 3. Juni 1597 ¹⁾,

3) Verordn. v. 26. März 1823. Nr. 11. §. 12. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 4. Nr. 82. — Strube, Rechts. Bedenk. Nr. 159. (II. 144.) — Hagemann, Landwirtschaftsrecht §. 256.

4) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 50.

1) Promt. II. 133. — In einem frühern Rescripte vom 14. Septbr. 1584 bezieht sich der Landesfürst zwar nicht nur auf kaiserliches geschriebenes Recht, sondern auch auf hiesige Landesgesetze, wonach der Meier sich selbst ipso jure abgemeiert haben solle, wenn er drei Jahre lang mit dem Zinse im Rückstande bleibe; indeß ist ein solches früheres Landesgesetz wenigstens auf uns nicht überkommen, und die von Gesenius, Meierrecht Bd. 1. S. 444. ausgesprochene Vermuthung, daß vielleicht schon die Amts-Ordn. von 1566 Bestimmungen über die Abmeierung enthalte, ist irrig. Die

wo dem Gutsherrn, jenes Recht willkürlich auszuüben, untersagt und die Abmeierung nur dann gestattet ist,

1) wenn der Meier ein, zwei oder mehrere Jahre den Zins nicht entrichtet, oder kein markgebiges Korn liefert; eine einjährige Säumniß möchte indeß zu keiner Zeit als genügender Grund zur Abmeierung angesehen sein ²⁾, und hinsichtlich der Kirchen- und Pfarrmeier ist später ausdrücklich ein zweijähriger Meierückstand als zur Ausübung des Abmeierungsrechts erforderlich vorgeschrieben ³⁾;

2) wenn der Meier die Güter ohne Einwilligung des Gutsherrn seinen Töchtern zur Aussteuer mitgibt, Anderen verpfändet, verkauft, vertauscht und sonst in fremde Hände kommen läßt, oder auf unerlaubte Weise beschwert (§. 209);

3) wenn er die Güter verwüstet oder ganz ausmergelt. Die Amts-Cammer-Ordnung vom 1. Juli 1688 Art. 98 ⁴⁾ macht den Beamten zur Pflicht, mit Vorwissen und Zuthun des Gutsherrn diejenigen Meier, welche durch schlechtes Haushalten, durch Faulenzen und Schwelgen die Höfe ruiniren und sich zur Ableistung des Dienstes und anderer Prästanda unfähig machen, abzumeiern.

Sinndeutung auf das kaiserliche Recht bezieht sich wahrscheinlich auf die bekannte Bestimmung hinsichtlich der Emphyteusis. L. 2. C. De jur. emphyt. (4. 66.) — Vergl. Runde, Deutsch. Privatrecht §. 514. — Struben, Access. ad jus villic. Nr. 39.

2) Vergl. landesf. Rescr. vom 14. Septbr. 1584. Promt. II. 134. Note **) — Pufendorf, Observat. jur. comm. T. IV. Obs. 183. — Struben, De jur. villic. Cap. 8. §. 9. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 280. — Die calenberg'sche Meier-Ordn. von 1772. Kap. 8. §. 2. enthält die Bestimmung, daß Abmeierung stattfindet, wenn der Meier an den Meiergefallen durch eigene Schuld so viel restire, als ein dreijähriges Quantum derselben betrage. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 173. (IV. 127.)

3) Consistor. Rescr. vom 26. Juli 1726. Promt. II. 137. — Diese Bestimmung beruht wahrscheinlich auf einer analogen Anwendung des röm. Rechts. L. 54. §. 1. L. 56. Locat. conduct. (19. 2.)

4) Promt. II. 135. — Vergl. Struben, l. c. Cap. 3. §. 13. & Cap. 4. §. 10. Note a. — Strube a. a. O. Nr. 35. (IV. 152.) — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 4. Nr. 11. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 280.

Im Falle ein solcher Grund zur Abmeierung vorhanden ist, tritt diese dennoch nicht *ipso jure* ⁵⁾ ein, weshalb der Gutsherr damit nicht eigenmächtig verfahren darf, sondern zunächst bei dem Gerichte gegen den Meier auf Abstellung der Beschwerden Klage führen muß, und ihm erst, wenn auf diese Weise den Beschwerden nicht abgeholfen wird, gestattet ist, zur Abmeierung zu schreiten ⁶⁾.

Außer den obigen Gründen kann auch das versäumte Nachsuchen um neue Bemeierung die Abmeierung zur Folge haben, und zwar wenn diese dem säumigen Meier vom Richter als Präjudiz angedrohet, oder auf den Fall der Versäumnis als Bedingung in den Meier-Contract aufgenommen ist ⁷⁾.

Nach erfolgter Abmeierung ⁸⁾ soll der Gutsherr das Gut wieder mit einem tauglichen Meier besetzen, und wenn ein Hof mehrere Gutsherren hat und diese sich über den

5) Der Landt. Absch. a. a. D. sagt, daß dem Gutsherrn in den benannten Fällen die Abmeierung nicht zu verdenken sei.

6) Daß indeß der Gutsherr auch in diesem Falle die Abmeierung nicht eigenmächtig vornehmen darf, sondern dieselbe, wenn nicht etwa der Meier freiwillig weichen sollte, ebenfalls durch die Gerichte erwirken muß, unterliegt keinem Zweifel. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 174. IV. 172. — Struben, l. c. Cap. 8. §. 22. — Scholz, Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht Bd. 2. Nr. 25. §. 5 u. 13. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 28. — In neuester Zeit ist auch die Beantwortung der Frage, ob die Untersuchung und Verfügung darüber, ob ein Meier das Colonat wegen Unfähigkeit räumen müsse, Sache der Gerichte oder der Verwaltungsbehörden sei? durch eine Entscheidung der Minist. Commission v. 7. Januar 1836. J. C. Dettmar c. Dettmar für die Gerichte ausgefallen. S. Scholz, Jurist. Magaz. n. F. Bd. 1. Heft 2. Nr. 3.

7) Verordn. v. 21. Juni 1703. Promt. II. 139. — Gesenius, Meierrecht Bd. 2. S. 256. — Struben l. c. Cap. 8. §. 14. — In keinem Falle kann aber auch die Unterlassung der neuen Bemeierung einen *ipso jure* eintretenden Verlust des Meierrechts zur Folge haben, sondern nur den Gutsherrn unter Umständen berechtigen, auf die Abmeierung anzutragen. Die heutige Praxis läßt hierüber keinen Zweifel zu, wie in einem Erk. des Ob. Land. Ger. vom 6. März 1834. J. C. Lüders c. Alms bescheinigt ist.

8) Landt. Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 19. Promt. II. 133. — Die

neuen Meier nicht einigen können, so steht dem Gutsherrn, welcher den größten Antheil am Hofe hat, das Recht zu, den neuen Meier zu bestimmen ⁹⁾.

Das Meiergut einzuziehen und für sich zu behalten, ist dem Gutsherrn nur dann gestattet, wenn dies zu seiner eigenen und seiner Familie Nothdurft erforderlich ist; andere Gründe, insbesondere Rücksicht darauf, daß dem Gutsherrn durch die Einziehung des Guts größere Bequemlichkeit und andere Vortheile erwachsen würden, genügen dazu nicht. Im Falle einer solchen Einziehung des Meierguts ist aber der Gutsherr verbunden, dem Meier die bestimmten Meierjahre auszuhalten, ihm den Contract auf Thoma zu kündigen, die Baubesserung, Gail und Gaare, so wie die sonstigen nothwendigen und nützlichen Verbesserungen, nach vorgängiger Taxe, auf nächstfolgende Petri zu bezahlen (§. 219) und alle vom Gute zu entrichtenden öffentlichen und Privatlasten zu übernehmen ¹⁰⁾.

C. Von den Diensten.

§. 224.

I. Einleitung.

Sichhorn, §. 248.

Von den persönlichen Diensten, welche die Landeseinwohner entweder ohne alle, oder gegen eine nur geringe Vergütung zu leisten verpflichtet sind, kommen hauptsächlich nur die hier zur Sprache, welche von den Landbewohnern gefordert werden können. Diese zerfallen in die Land- und

Abmeierung bewirkt auch den Verlust des Anspruchs der Ehefrau und der Kinder auf den Besitz des Meierhofs. v. Bülow und Hagemann a. a. D. Bd. 4. Nr. 10. — Hagemann a. a. D. §. 280.

- 9) Ebenbas. — Verordn. vom 15. August 1707. — Landesf. Resolut. vom 28. Novbr. 1712. — Landschaftl. Privilegien vom 9. April 1770. Art. 62. Promt. II. 136. — Scholz, Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht Bd. 2. Nr. 25.
- 10) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 19. Promt. II. 134. — Hagemann a. a. D. §. 280. — Scholz, Abfindungen von Bauerngütern §. 6.

Gerichtsfolge, die Gemeinde- oder Reihendienste und die Herrendienste. Die erste Art der Dienste ist auf die in der Landeshoheit liegende Gewalt, und die zweite auf die Gemeinde-Versaffung begründet, wogegen man, um den Ursprung der Herrendienste historisch nachzuweisen, nothwendig die Dienste, welche dem Landesfürsten geleistet werden, von denen, worauf den Gutsherren ein Recht zusteht, unterscheiden muß. Sene können mit ziemlicher Sicherheit dahin nachgewiesen werden, daß sie anfänglich dem Landesfürsten gleich den Steuern verwilligt sind, und sich mit diesen nach und nach zu einer feststehenden und der ständischen Bewilligung nicht mehr bedürfenden Leistung ausgebildet haben. Es zeigt sich dies aus den von der Ritterschaft und den Städten in ältester Zeit vielfach geführten Beschwerden über die Vermehrung der ihren Hinterlassen und Meiern auferlegten Dienste, und aus den darauf mit dem Landesfürsten abgeschlossenen Vergleichen, die sich hauptsächlich in den Landtags-Abschieden finden ¹⁾. Wie die gutherrlichen Dienste entstanden sind, ist bei weitem zweifelhafter, denn wenn man auch als die Regel annehmen kann, daß die Gutsherrschaft die Jurisdiction über das dienende Gut ausgeübt hat, und deshalb die Dienstpflicht in der Schutzherrlichkeit oder Vogtei des Gerichtsherrn, also in einem dem landesfürstlichen Rechte nahe kommenden Verhältnisse, ihren ersten Grund gehabt und sich nach und nach als ein Zubehör der Gerichtsfähigkeit, gleich den dem Landesfürsten zu leistenden Dienste, zu einer ständigen Leistung ausgebildet hat ²⁾, so trifft dies doch nicht in allen Fällen zu, es bleibt vielmehr wahrscheinlich, daß ein Theil der Dienste in Verträgen, vielleicht auch in der frühern Unfreiheit der Bauern begründet ist ³⁾.

1) R. Steinacker, Ueber die Motive der Ablösungs-Ordnung vom 20. Dec. 1834. in Bezug auf die Dienste. — Am deutlichsten er giebt sich das obige Verhältniß aus den Verhandlungen der Stadt Braunschweig mit den Herzögen über die von den Bürgermeiern geforderten Herrendienste. Gesenius, Meierrecht Bd. 2. S. 61.

2) Struben, De jur. villic. Cap. 5. §. 12 & 14.

3) Gesenius, Meierrecht Bd. 1. S. 253. — Mittermaier, Deutsches

II. Einzelne Arten der Dienste.

Eichhorn, §. 248.

§. 225.

A. Land- und Gerichtsfolge.

1) Unter Landfolge werden die Dienste verstanden, welche zum gemeinen Besten vermöge der in der Landeshoheit liegenden Gewalt auferlegt werden ¹⁾. Es gehört dahin:

a) Die Verpflichtung zur Vertheidigung des Landes gegen Kriegsgefahr, insbesondere die Verpflichtung zum Kriegsdienste und zu Kriegsfuhren. Alle Landeseinwohner sind in dem gesetzlichen Verhältnisse zur Vertheidigung des Vaterlandes im Kriegsdienste, und zum Waffendienste behuf des Gemeindefchutzes verpflichtet ²⁾. Die näheren Bestimmungen über die Verpflichtung zum Kriegsdienste enthält das Gesetz vom 23. Februar 1837 N^o 10. Kriegsfuhren, die von den Bespannten nach der Anzahl der Pferde zu verrichten sind, dürfen nur mit höchster Genehmigung verlangt, und unter den Namen von Kriegsfuhren sollen die Unterthanen nicht mit anderen Fuhren belästigt werden ³⁾. Die Emanation eines neuen Vorspann-Reglements steht bevor.

b) Die Verpflichtung zu Diensten, welche die gemeine Sicherheit erfordert, z. B. bei Feuergefähr, Wassersnoth u.

c) Die Verpflichtung zum Straßenbaue. Diese Art der Landfolge ist in neuester Zeit dadurch wesentlich geändert, daß die Chausseen vom Staate aus der Staats-Casse, die Landstraßen, Communications- und Feldwege aber von

Privatrecht (6te Aufl.) §. 189. — Daß das Verhältniß des Dienstherrn durchaus ein anderes, als das des Gutsheeren ist, und sich von der Dienstberechtigung eine Folgerung auf die Gutsheerschaft nicht ziehen läßt, unterliegt keinem Zweifel. Struben I. c. Cap. 3. §. 12. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 241. (V. 4.)

- 1) Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 231. — Struben, De jure villie. Cap. V. §. 3 & 4. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 514. (II. 8.) — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 190.
- 2) Land. Gr. Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 40.
- 3) Verordn. vom 21. Febr. 1709. — Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 19. — Landesf. Rescr. vom 22. Juli 1773. Promt. II. 57.

den Gemeinden und Feldmarks-Interessenten, mehr oder weniger unter Beihülfe des Staats, gebauet werden. (§. 169 flg.)

2) Die Gerichtsfolge enthält die Verpflichtung zur Verfolgung, Bewachung und Transportirung der Verbrecher ⁴⁾.

Alle Lasten, welche durch die Erfüllung allgemeiner Verbindlichkeiten des Landes oder einzelner Theile desselben herbeigeführt werden, müssen jetzt, insofern nicht besondere Rechtsverhältnisse eine Ausnahme begründen, von dem gesammten Lande ⁵⁾ oder dem betreffenden Landestheile in dem Maße getragen werden, daß Diejenigen, welchen die Last wirklich auferlegt ist, Entschädigung erhalten ⁶⁾.

§. 226.

B. Gemeinde- oder Reihewerke.

Die Gemeinde- oder Reihewerke bestehen in Dienstleistungen, welche sich auf die Gemeindeverfassung gründen, weshalb in der Regel dazu alle Gemeindemitglieder ohne Ausnahme verpflichtet sind, jedoch mit Rücksicht auf den Unterschied, welcher zwischen Gemeindemitgliedern im weitern und im engern Verbande besteht, indem hiernach auch die Verpflichtung umfassender oder beschränkter ist (§. 63). Im ausgedehntern Sinne gehören hierher auch die aus einem Corporations- oder Societäts-Verbande entspringenden Leistungen, als z. B. die Deich- und Uferbauten ¹⁾.

C. Herrendienste.

§. 227.

1. Arten der Dienstleistungen.

Eichhorn, §. 249.

a) Die Herrendienste sind entweder der herzoglichen

4) Vergl. Hagemann, Landwirtschaftsrecht §. 233. — Hagemann, Pract. Erört. Bd. 6. Nr. 93. — Mittermaier a. a. D. §. 190.

5) Befreiungen von den Staatslasten können nicht mehr eintreten, vielmehr trifft die Theilnahme an denselben alle Landeseinwohner oder Besitzer von Grundeigenthum im Staatsgebiete. Land. Gr. Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 39.

6) Ebenbas. §. 51. — Vergl. Hagemann a. a. D. §. 232.

1) S. Hagemann, Landwirtschaftsrecht §. 247 flg. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 190.

Cammer, oder Privatpersonen zu leisten; über jene disponiren die Geseze vorzugsweise, wogegen über diese häufig Vertrag und Herkommen entscheiden muß.

b) Die gemeinrechtliche Eintheilung der Dienstleistungen in Real- und Personal-Verpflichtungen fällt nach der Aufhebung des Häuslingsdienstes weg. (C. §. 213).

Nach ihrer innern Beschaffenheit zerfallen die Dienste in folgende Arten:

c) Spann- und Handdienste, letztere werden in der Regel nur von den Köthern, Brinksißern und Anbauern geleistet (§. 230).

d) Gemessene und ungemessene Dienste, je nachdem die Dienste nach Art, Zeit, Ort und Zahl der Leistungen bestimmt sind oder nicht; in jeder Rücksicht ungemessene Dienste kommen überhaupt nicht vor ²⁾. (Diese Eintheilung fällt zum Theile mit der folgenden zusammen.)

e) Ordentliche und außerordentliche Dienste ³⁾. Jene sind jetzt überall gemessen ⁴⁾ und bestehen bei den Cammer-Bauern, der Regel nach, wöchentlich für die Ackerleute und Vollmeier in zwei, und für die Halbspänner in einem Spanndiensttage, dagegen für die Rothfassen in zwei und für die Brinksißer in einem Handdiensttage ⁵⁾. Von dieser Anordnung ist indeß der vom vormaligen Fürstenthume Celle an das hiesige Land abgetretene Theil ausgeschlossen geblieben, in welchem es bei dem bestehenden Herkommen gelaß-

2) Vergl. Hagemann a. a. D. §. 235. Nr. 6. §. 243. — Mittermaier a. a. D. §. 195. — Haubold, Sächs. Privatrecht §. 468.

3) Vergl. Hagemann a. a. D. §. 230. Nr. 3.

4) Im Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 1. findet sich hierüber die erste geschliche Bestimmung, welche vorschreibt, daß in jedem Falle untersucht werden solle, ob der Dienst auf einem gültigen Rechtstitel beruhe, und daß, wo es an einem solchen fehle, der Besigstand aus der als Normalperiode angenommenen Zeit von Trinitatis 1556 bis dahin 1586 zur Norm dienen müsse, jedoch unter den Beschränkungen, daß künftig der Regel nach nicht mehr als zwei Diensttage in der Woche gefordert werden sollten.

5) Berordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 1. Promt. I. 244. — Die Häuslinge sollten einen halben Tag mit der Hand dienen.

sen ist 6). Bei der Leistung der außerordentlichen Dienste sollen die Pflichtigen mit dem ordinären Dienste verschont werden 7). Von denselben mögen hier folgende angeführt werden:

1) Die bei einigen Cammerglütern hergebrachte Verpflichtung der Spanndienstpflichtigen, während der Erndtzeit auch mit der Hand zu dienen; eine solche Dienstpflicht muß im Zweifel vom Berechtigten nachgewiesen werden 8).

2) Erndtedienst, Reisefuhren 9), Heusfuhren, Hufezahlpflügen, Hedespinnen und dergleichen Verrichtungen.

3) Burgfesten. Es soll hiermit dem Herkommen gemäß verfahren, der Pflichtige damit nicht zu sehr beschwert und der Dienst nicht zu anderen Arbeiten, insbesondere nicht zu Privat Zwecken verwandt werden 10).

4) Waasenfuhren nach Salzdhalm, Leinwandweben, Flachschwingen, Spinnen, Kräuterlesen, Brieftragen, Botenweidgehen und andere Verrichtungen zum Bedarf des Landesfürsten; diese Dienstleistungen sind von dem ordentlichen Dienste abzusetzen 11).

5) Hofdienst für das Bedürfnis des fürstlichen Hofla-

6) Ebenbas. — Unter diesem Landestheile wird das vormalige Amt Campen verstanden, welches mit den dazu gehörigen Dörfern durch einen Reces zwischen dem Churfürsten Georg Ludwig zu Hannover und dem Herzoge Anton Ulrich vom 25. Januar 1706 an Braunschweig abgetreten wurde. S. Hassel und Bege, Statistische Beschreibung der Fürstenth. Wolfenbüttel und Blankenburg Bd. 1. S. 456.

7) Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 3. Promt. I. 245.

8) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 1. Promt. I. 242.

9) Insbesondere auch zum Transporte von Korn. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 244. (II. 49.)

10) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 2. und vom 27. Januar 1619. Art. 18. Promt. I. 153. — Vergl. Hagemann a. a. O. §. 237. — In einem landesf. Rescripte an das abliche Gericht Duttenstedt vom 26. Mai 1652. (Promt. I. 154.) wurde ausdrücklich erklärt, daß die Festungsarbeiten zu den Burgfesten nicht zu ziehen wären.

11) Landt. Absch. vom 5. Juni 1597. Art. 3 u. 8. Promt. I. 242.

gerß ¹²⁾, und insbesondere Vorspann bei herrschaftlichen Reisen, wovon jedoch die Rothsassen, deren Pferde bei solchen Gelegenheiten nur zum Reiten gebraucht werden sollen, so wie auch alle diejenigen, welche anderen Dienstherren als der Cammer Spanndienste zu leisten haben, befreiet sind. Von den Pflichtigen ist dieser Dienst der Reihe nach zu leisten; es wird ihnen derselbe nicht am ordinären Dienste abgerechnet, aber dafür eine Geldentschädigung gezahlt ¹³⁾.

6) Brennholzfuhrn für die Hoffstätten und Magazine. Die Verpflichtung dazu ist nicht an den Besiz von Grundstücken geknüpft, sondern wird lediglich durch das Halten von Zugpferden begründet, indem sämtliche bespannte Einwohner gewisser Dörfer eine Quantität Brennholz, sowohl für die Hofhaltung, als für die Magazine anfahren müssen, wofür sie eine Geldentschädigung erhalten. Für die Hofhaltung muß der Ackermann zwei sechsfüßige Klaster, der Halbspänner ein solches Klaster und der Rothsasse, auch der Brinkfeger und Anbauer, welcher Pferde hält, mit jedem Pferde ein Viertel-Klaster anfahren. Die Anfuhr für die Magazine, welche nicht alljährlich gleich ist, wird nach eben dieser Proportion repartirt ¹⁴⁾.

7) Zu Jagddiensten sind in der Regel nur die Cammer-Bauern verpflichtet; für die Hintersassen der Ritterschaft streitet in dieser Hinsicht die *praesumptio libertatis* ¹⁵⁾.

§. 228.

2. Natur der Dienste.

Eichhorn, §. 250.

Nachdem der Häuslingsdienst aufgehoben ist ¹⁾, besteht

12) Struben, De jure villic. Cap. 5. §. 7. — Hagemann a. a. O. §. 233.

13) Berordn. vom 14. Mai 1771. — Desgl. vom 26. Januar 1775. Promt. II. 446.

14) Reglement vom 28. Juli 1763. Promt. I. 142. — Cammer-Reser. vom 28. Novbr. 1828. Bege II. 186.

15) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 6. — Desgl. vom 9. April 1770. Art. 53. Promt. I. 476.

1) Abldf. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 85.

die Dienstpflicht der Regel nach in einer mit dem Besitze eines bäuerlichen Grundstücks verknüpften, indeß ablösbaren Reallast ²⁾ und nur bei den Brennholzfuhren für die Hofstätten und Magazine stützt sich die Verpflichtung auf das Halten von Zugpferden ³⁾. In der Regel muß derjenige, welcher die Existenz einer Dienstpflicht oder die Erweiterung einer bestehenden Dienstpflicht behauptet, den Beweis füh-

- 2) Die Theorie von der Reallast der Dienste hat sich zwar früh gebildet, indeß paßte in ältester Zeit der Begriff einer Reallast auf die Dienste, auch abgesehen von dem Häuslingsdienste, insofern nicht völlig, als dieselben in mehrerer Beziehung von der Persönlichkeit des Pflichtigen abhingen, indem z. B. ritterfreie Güter, die in der Hand von Bauern dienstpflichtig geworden waren, dadurch, daß sie wieder in den Besitz adlicher Personen kamen, ihre frühere Dienstfreiheit zurückerhielten (Landt. Absch. vom 10. Octbr. 1601. Art. 46.); wie denn auch aus den Streitschriften zwischen dem Herzoge Heinrich d. J. und der Stadt Braunschweig in Betreff der Meier (Gesenius a. a. O. Bd. 1. S. 418.) hervorgeht, daß sich der Dienst bei der Theilung eines Hofes vermehrte und bei der Zusammenlegung mehrerer Höfe verminderte. R. Steinacker, Motive der braunschw. Ablös. Ordn. in Bezug auf die Dienste. Anderer Seits zeigt sich aber auch die Annahme besonders älterer Germanisten, daß ursprünglich alle Arten der Dienste auf der Person gehaftet hätten, und daß sie erst nach den mit der Leibeigenschaft vorgegangenen Veränderungen auf die Grundstücke gelegt worden (Bergius, Polizei- und Cammeral-Magazin Th. 2. S. 167.), abgesehen von ihrer historischen Widerlegung, schon deshalb unrichtig, weil das Verhältniß des Dienstherrn von dem des Gutsherrn durchaus verschieden ist. Vergl. Struben, De jure villic. Cap. 3. §. 12. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 241. (V. 4.) — Es ist auch wohl versucht, den Häuslingsdienst ebenfalls als eine, auf den von Inquilinen bewohnten Bauernhäusern ruhende Reallast darzustellen, indeß widerlegt sich diese Ansicht leicht dadurch, daß der Dienst von jeder Häuslingsfamilie geleistet werden mußte, daß derselbe nicht in Anspruch genommen wurde, wenn die Häuser nicht von Inquilinen bewohnt waren, und daß der Hauseigenthümer für die gehörige Ableistung des Dienstes nicht verantwortlich war.
- 3) Diese Verpflichtung richtet sich lediglich danach, wie die Pflichtigen bespannt sind, und nicht danach, wie sie nach dem Umfange ihres Grundeigenthums bespannt sein sollten. Pufendorf, Observat. jur. comm. T. III. Obs. 190. — Hagemann, Landwirthschafts-Recht §. 232.

ren ⁴⁾ ausgenommen, wenn für eine bestimmte Art von Diensten eine gesetzliche Präsumtion streitet, z. B. bei den Brennholz-fuhren für die Hofstätten und Magazine (§. 227). Neue Dienstberechtigungen zu erwerben, ist verboten ⁵⁾.

§. 229.

3. Benutzung der Dienste. — Dienstgeld.

Eichhorn, §. 250.

Die Dienste können nur auf die hergebrachte, die gesetzlich bestimmte oder die verabredete Weise gefordert werden. Das Mißbrauchen der Dienstberechtigung ist streng untersagt ¹⁾, und es ist namentlich verboten, die Dienste auf die Saat- oder Erntezeit aufsummen zu lassen, oder voraus zu nehmen ²⁾. Dies Verbot umfaßt jedoch den Fall nicht, daß in solchen Zeiten, oder auch in anderen dringenden Fällen zum Besten des Landesfürsten einige Dienste in Anspruch genommen werden, nur darf eine solche Anforderung vier Tage nicht überschreiten, und es müssen solche Dienste dem Pflichtigen für die folgende Woche abgerechnet werden ³⁾. An den Tagen, wo die Pflichtigen zur Leistung außerordentlicher Dienste herangezogen werden, sind dieselben mit dem gewöhnlichen Dienste zu verschonen ⁴⁾, und bei einer Collision zwischen den Aufforderungen mehrerer Dienstberechtigter geht die frühere der spätern vor ⁵⁾. Wenn die Pflichtigen nicht nur der Cammer, sondern zugleich auch Privatpersonen Dienste zu leisten haben, so soll bei der Benutzung der Dienste eine

4) Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 58. Promt. I. 254. — Vergl. Mittermeier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 191. — Haubold, Sächs. Privatrecht §. 464.

5) Ablöf. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 6.

1) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 1 u. 8. — Desgl. vom 27. Januar 1619. Art. 17. — Verordn. vom 22. Febr. 1656. — Desgl. vom 6. Mai 1667. Promt. I. 241 fig.

2) Amts-Cammer-Ordn. vom 1. Juli 1688. Art. 29. — Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 1 u. 4. Promt. I. 244.

3) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 1. Promt. I. 241.

4) Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 3. Promt. I. 245.

5) Landt. Absch. vom 27. Januar 1619. Art. 17. Promt. I. 242.

solche verhältnißmäßige Gleichheit beobachtet werden, daß die Privat-Dienstherrn in ihren Rechten keine Beeinträchtigung erleiden ⁶⁾.

Die mit dem Cammergute nicht mit verpachteten, sondern dem Landesfürsten reservirten Dienste dürfen nicht anders, als auf höchsten Befehl in Anspruch genommen werden; ausgenommen sind hiervon höchst eilige, das gemeine Beste oder das landesfürstliche Interesse betreffende Fälle, in denen das zeitige Einholen der höchsten Erlaubniß unmöglich, und deshalb den Behörden überlassen ist, auch ohne höchsten Befehl die Dienste zu fordern, doch muß hiervon alsdann ohne Verzug Anzeige gemacht werden. Der willkürliche Gebrauch solcher Dienste ist streng verboten ⁷⁾.

Diejenigen, welchen Dienste verpachtet oder sonst überlassen sind, dürfen dieselben nur ordnungsmäßig, insbesondere zu keinem andern, als dem bei der Ueberlassung beabsichtigten Zwecke gebrauchen, und nur zu der gehörigen Zeit in Anspruch nehmen. Anderer Seits ist denselben aber auch verboten, die Pflichtigen mit der Dienstleistung zu übersehen, und insbesondere Spanndienste in Handdienste zu verwandeln ⁸⁾. Die Pflichtigen zu Dienstleistungen, welche für schimpflich gehalten werden, namentlich bei krankem oder gestorbenem Viehe, so wie bei Reinigung der Ställe heranzuziehen, ist speciell für den wolfsbüttelschen und schöningschen District verboten ⁹⁾.

Die Verlegung der Dienste und die Uebertragung des Dienstrechts auf Dritte ist dem Berechtigten insofern gestattet, als für die Dienstpflichtigen dadurch eine größere Belästigung nicht entspringt ¹⁰⁾. Für die Domainen-Pächter be-

6) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 1. Promt. I. 212.

7) Verordn. vom 13. Juli 1786 und landesf. Refer. von demselben Tage. Promt. I. 249 flg.

8) Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 2 u. 4. — Verordn. vom 13. Juli 1786. §. 2. Promt. I. 214 flg.

9) Umlauf vom 13. Octbr. 1764. Leiste's Repertorium S. 93.

10) Verordn. vom 26. April 1770. — Desgl. vom 23. Juli 1797. Promt. I. 249 flg. — Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 192.

steht indeß die specielle Verpflichtung, die Dienste allein zum Nutzen des Amtshaushalts zu gebrauchen und sie Dritten nicht zu überlassen ¹¹⁾).

Für die dem domanio zu leistenden Dienste kann statt des Naturaldienstes als Entschädigung ein gewisses Dienstgeld ¹²⁾ gefordert, nicht aber anderer Seits die Befreiung vom Naturaldienste gegen Entrichtung eines Dienstgeldes in Anspruch genommen werden. Die Zahlung des Dienstgeldes befreiet vom Naturaldienste, und die Leistung dieses vom Dienstgelde, so daß die eine Art der Prästation die andere vollständig ausschließt. Wenn nicht wegen des Dienstgeldes ein Vertrag auf längere Zeit geschlossen ist, oder ein Erbdienstgeld bezahlt wird, so steht es der das domanium vertretenden Cammer zu jeder Zeit frei, statt des Dienstgeldes wieder den Naturaldienst zu fordern, und der Pflichtige kann sich hiergegen nicht auf Verjährung berufen ¹³⁾. Den Eigenthümern dienstberechtigter Privatbesitzungen ist gleichfalls gestattet, die Naturaldienstleistungen in eine Geldprästation zu verwandeln; es ist jedoch dabei ausdrücklich bestimmt, daß das Aequivalent der zu Lehn gehenden Dienste die Natur und Eigenschaft eines Lehns behalten und deshalb der Lehnscurie angezeigt werden muß ¹⁴⁾.

§. 230.

4. Leistung der Dienste.

Eichhorn, §. 251.

Die Dienste sind entweder von der Art, daß durch sie

11) Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 6. — Desgl. vom 13. Juli 1786. §. 1. Promt. I. 215 flg.

12) Dasselbe soll, wenn nicht ein Anderes ausbedungen oder hergebracht ist, für den Ackermann wöchentlich in 15 Mgr., für den Halbspänner in 7 Mgr. 4 Pf. und für den Röthler in 2 Mgr. bestehen. Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 1. — Verordn. vom 5. Decb. 1722. §. 5. — Desgl. v. 8. Octb. 1767. Promt. I. 242 flg.

13) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 1. — Desgl. v. 28. Juni 1702. Art. 11. — Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 1 u. 5. — Desgl. v. 8. Octbr. 1767. Promt. I. 242 flg. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 251. (IV. 17.)

14) Verordn. vom 26. April 1770. Promt. I. 249.

bestimmte Arbeiten beschafft werden müssen, oder von der Art, daß eine gewisse Anzahl Dienstage zu einer bestimmten Arbeitszeit zu leisten ist. Nur über diese letzte Dienstverpflichtung bestehen gesetzliche Bestimmungen, die sich zwar zunächst auf die Cammermeier beziehen, indeß auch in anderen Fällen analogisch angewandt werden.

Die Dienste sollen den Tag vorher, und zwar nicht zu spät auf den Abend, bestellt, und es soll dabei bemerkt werden, worin die Dienstleistung besteht ¹⁾. Der ordnungsmäßig bestellte, aber ohne gegründete Ursache zurückbleibende Pflichtige ist strafbar und schuldig, wenn es verlangt wird, den folgenden Tag nachzudienen. Bei fernerm Ungehorsame desselben ist der Berechtigte befugt, den Dienst auf Rechnung des Pflichtigen für Lohn leisten zu lassen und für einen Spanndiensttag in der Erndte- und Saatzeit 1 Thlr., außer solcher Zeit 1 Mfl., für einen Handdiensttag aber ohne Unterschied 10 Mgr. zu verlangen ²⁾. Die Dienste müssen von dazu tauglichen Personen geleistet werden, und die Arbeitszeit währt bei den ordentlichen Diensten in den Monaten April bis September einschließlich von 5 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, und in den übrigen Monaten von 7 Uhr Morgens bis nach 4 Uhr Abends ³⁾, jedoch genießen die Dienenden im ersten Zeitraume zwei, und im andern eine Ruhestunde. Zum Dienste untaugliche Personen sollen zurückgewiesen werden, und es soll der Pflichtige in solchen Fällen nicht nur das Dienstgeld, sondern außerdem noch eine Strafe von einem Mfl. bezahlen ⁴⁾. Die Pflichtigen müssen

1) Berordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 8. Promt. I. 245. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 192. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 235. Nr. 3.

2) Ebendaf. §. 14. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 246. (V. 135.)

3) Ueber die Frage, ob in diese Zeit die auf die Hin- und Herreise zu verwendende Zeit einzurechnen ist? s. Leyser, Meditat. ad pandect. Sp. 417. — Hagemann a. a. O. §. 235. Nr. 2. — Hagemann, Pract. Erört. Bd. 7. Nr. 109.

4) Allgem. Landes-Ordn. Art. 34. — Berordn. vom 5. Decbr. 1722

die zu den angefügten Dienstleistungen nöthigen Geschirre und Werkzeuge im tauglichen Stande mitbringen, und zwar bei Strafe von 10 Mgr. ⁵⁾ Die Dienstsuhren brauchen nicht über 4, höchstens 5 Meilen weit geleistet zu werden, so daß der Ort der Entfernung in einem Tage erreicht werden kann ⁶⁾. Die Spanndienste sind in der Regel mit 4 Pferden zu leisten, ausgenommen wenn der Pflichtige weniger Pferde hält und unvermögend ist, sich mehr anzuschaffen, so wie auch, wenn er Ochsen statt Pferde hält; in diesen Fällen muß sich der Dienstberechtigte begnügen, wenn der Pflichtige mit keinem schlechtern Gespanne zum Dienste kommt, als er zur eigenen Arbeit gebraucht ⁷⁾. Im Falle die Dienste nicht geleistet werden sollen, müssen sie frühzeitig abbestellt, oder es muß die durch das vergebliche Einstellen zum Dienen verursachte Versäumnis den Pflichtigen am folgenden Dienstage gut gerechnet werden ⁸⁾.

Der Jagddienstpflichtige, welcher nach gehöriger Bestellung ohne gegründete Ursache nicht erscheint, oder ohne Erlaubnis des Jagddirigenten sich vor der Zeit entfernt, soll 4 Ggr. Werthersatz und 6 Ggr. Strafe entrichten, für einen versäumten Jagdspanndienst aber 1 Thlr. Werthersatz und 1 Thlr. Strafe, in beiden Fällen außerdem auch die Tare des Wildprets erlegen, welches hat transportirt werden sollen, und ganz oder theilweis verdorben ist. Wenn der Jagddienstpflichtige das ihm zum Transporte anvertraute Wild nicht zur gehörigen Zeit und unbeschädigt abgeliefert, so ist er nicht nur zum vollen Ersatze des Schadens verpflichtet, sondern auch strafbar ⁹⁾.

§. 9. — Cammer-Rescript vom 2. Juni 1753. Promt. I. 243. — Vergl. Strube a. a. D. Nr. 248. (V. 78.)

5) Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 10. Promt. I. 246. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erdr. Bb. 3. Nr. 58.

6) Bei einer solchen weiten Entfernung werden zwei Dienstage in Anrechnung gebracht. Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 1. Promt. I. 242.

7) Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 11 u. 13. Promt. I. 246.

8) Ebendas. §. 15. — Vergl. Hagemann a. a. D. §. 235. Nr. 3.

9) Jagd-Strafgesetz vom 6. Juni 1839, Nr. 15. §. 59 u. 60.

§. 231.

5. Gegenleistungen des Dienstberechtigten.

Sichhorn, §. 251. Nr. VIII.

Außerdem, daß bei gewissen Dienstleistungen die Pflichten einen Anspruch auf eine wirkliche Geldentschädigung haben (§. 227.), tritt bei anderen Diensten sehr gewöhnlich eine Verpflichtung des Dienstberechtigten zur Verabreichung von Proben ein. Diese bestehen in den meisten Fällen in Naturalien, selten in Geld, und sowohl die Verpflichtung selbst, als auch deren Umfang beruht in der Regel lediglich auf dem Herkommen. Die vaterländische Gesetzgebung enthält über diese Gegenleistungen weiter keine Bestimmungen, als daß den Cammermeiern die denselben gebührenden Proben in hergebrachter Qualität und Quantität, insbesondere reine und gesunde Getränke und, wo ein solcher Gebrauch besteht, die gewöhnlichen Erndte-Mahlzeiten von den Nutznießern der Dienste bei Vermeidung einer Geldstrafe verabreicht werden sollen ¹⁾.

§. 232.

6. Dienstabrechnung, Dienstbeschwerden und Dienstzwang.

Die mit der Rechnungsführung über die verpachteten oder zum herrschaftlichen Behufe reservirten Dienste Beauftragten sollen mit den Dienstpflichtigen alle halbe Jahre in Gegenwart einer Gerichtsperson Dienstabrechnung halten ¹⁾.

- 1) Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 17. Promt. I. 247. — Vergl. Pufendorf, Observat. jur. comm. etc. T. I. Obs. 121. §. 15. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 191. Nr. 5 u. 192. Nr. 8. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 235. Nr. 3. Note. — Da die Vermuthung dafür streitet, daß niemand sich zu etwas Kästigem verstehen wird, wenn er sich dazu nicht verpflichtet glaubt; so nimmt die Praxis an, daß der Einwand des Dienstberechtigten, daß solche Gegenleistungen aus gutem Willen und ohne daß der Pflichtige dieselben als ein Recht in Anspruch nehmen könne, erfolgten, als eine Einrede des precarii erwiesen werden muß.
- 1) Verordn. vom 5. Januar 1741. Promt. I. 240. — Landesf. Circular-Rescr. vom 13. Juli 1786. §. 9. Promt. I. 253. — Cammer-Rescr. vom 24. Novbr. 1820. Bege l. 41.

Dienstbeschwerden der Pflichtigen gegen die Dienstherrn dürfen von letzteren nicht entschieden werden, vielmehr soll solches durch die Gerichte und zwar auf dem kürzesten Wege geschehen ²⁾. Wenn die Dienstberechtigung dem *domanio* zusteht, so muß die Beschwerde zunächst der Cammer vorgelegt, und erst dann, wenn die Cammer das Verfahren dessen, dem die Dienstberechtigung überlassen worden, billigt oder binnen spätestens 4 Wochen auf die Vorstellung nicht verfügt, darf der Weg Rechts eingeschlagen werden ³⁾. Es ist ein althergebrachtes Recht des Dienstherrn, die säumigen Dienstpflichtigen durch Zwangsmittel zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten ⁴⁾. Wenn den Nutznießern der von den Cammermeiern zu leistenden Dienste der Dienstzwang mit überlassen ist, so sollen dieselben die Säumigen und Ungehorsamen auspfänden und allenfalls mit Gefängniß von einem Tage bestrafen bedürfen ⁵⁾. In neuerer Zeit ist das Recht des Dienstherrn, die säumigen Dienstpflichtigen durch den gewöhnlichen Dienstzwang, innerhalb der gesetzlichen Schranken, zum Dienen anzuhalten, ohne daß es dazu eines gerichtlichen Verfahrens bedarf, anerkannt, jedoch soll der Dienstzwang in dem Falle, wenn über die Verpflichtung zu dienen selbst Streit entsteht, vor Entscheidung dieser Hauptfrage nicht ausgeübt werden ⁶⁾. Das Mißbrauchen des Dienstzwanges und insbesondere jede körperliche Züchtigung der Dienstpflichtigen ist streng verboten ⁷⁾.

2) Verordn. vom 19. Febr. 1814. Nr. 35. §. 12. — Desgl. vom 26. März 1823. Nr. 7. §. 12.

3) Verordn. vom 16. Januar 1756. — Desgl. vom 9. Septbr. 1794. Promt. I. 240.

4) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 20. Promt. II. 134. — Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 222 u. §. 235. Nr. 8. — Gemeinrechtlich ist der Dienstzwang nicht. Rittermaier, Deutsches Privatrecht (6te Aufl.) §. 191. Nr. 4.

5) Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 18. Promt. I. 247. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 245. (II. 30.)

6) Verordn. vom 19. Febr. 1814. Nr. 35. §. 12. — Desgl. vom 26. März 1823. Nr. 7. §. 12.

7) Verordn. vom 5. Decbr. 1722. §. 7. Promt. I. 245.

D. Von den Zehnten.

§. 233.

I. Einleitung.

Eichhorn, §. 252.

Der Zehnten wird entweder von den Früchten gegeben, welche der Grund und Boden trägt (Fruchtzehnten), oder von den durch die Landwirthschaft gewonnenen Thieren (Fleisch- oder Blutzehnten) ¹⁾. Ueber diese letzte Art des Zehntens, obwohl sie nicht ungewöhnlich ist, bestehen keine vaterländische particularrechtliche Bestimmungen, weshalb hier nur vom Fruchtzehnten, der im gemeinen Leben insbesondere unter Zehnten verstanden wird, die Rede sein kann.

Unter Fruchtzehnten begreift man alle Abgaben, welche in einem Theile der Erndte des pflichtigen Grundstücks bestehen und unmittelbar vom Boden bezogen werden; es gehören also auch dazu die Fünften, Vierten u. s. w., auch wenn das Stroh den Pflichtigen nach geschehenem Ausdrusche zurückgegeben wird ²⁾. Der Zehnten gehört zu den auf einem Bauergute ruhenden, jetzt ablösbaren Reallasten, welche entweder bei Ueberlassung des Guts vorbehalten, oder demselben vermöge voigteilicher Gewalt, Gerichtsbarkeit oder anderer Rechte auferlegt sind ³⁾. In neuester Zeit ist der Erwerb

1) Vergl. Strube, Rechtliche Bedenk. Nr. 258. (4. 198.) Nr. 259. (I. 102.) Nr. 260. (4. 47.) Nr. 261. (II. 44.) — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 3. Nr. 35. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 258.

Eine besondere Art des Zehntens ist auch der Bergzehnten, der beim Bergbaue vorkommt, s. §. 168. L. c.

2) Ablös. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. §. 60. — Es spricht indes die Rechtsvermuthung so lange für den zehnten Theil, bis der Zehntberechtigte beweist, daß er einen größern Theil zu fordern befugt ist. Strube, Rechtl. Bedenk. 256. (4. 169.) — Hagemann a. a. D. §. 257. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 186. Nr. 5.

3) Ueber den Ursprung des Zehntens s. Mittermaier a. a. D. §. 181. — Eichhorn, Rechtsgeschichte §. 186. — Ein großer Theil des ursprünglich geistlichen Zehntens ist schon früh zu weltlichem gewor-

neuer Reallasten von der Natur des Zehntens gänzlich verboten ⁴⁾).

Die erste umfassende Landes-Verordnung in Betreff des Zehntrechts erschien unter der Regierung Heinrich des Sün-
gern (15. Juli 1564). Seitdem beschäftigte sich die Gesetz-
gebung mit den Zehntrechts-Verhältnissen so angelegentlich,
daß es von Zeit zu Zeit erforderlich erschien, die darauf be-
züglichen Verordnungen zu sammeln und zusammen abdrucken
zu lassen. Solche Sammlungen, die auch wohl als beson-
dere Zehnt-Ordnungen bezeichnet werden, erschienen unterm
16. Juli 1695 und unterm 16. August 1709. Eine speci-
elle Ordnung in Betreff des Abzehntens erfolgte unterm 17.
Juni 1715.

§. 234.

II. Einzelne Arten der Zehnten.

Gichhorn, §. 254.

Ueber folgende Arten der Zehnten enthalten die Lan-
desgesetze besondere Bestimmungen:

a) Unter Rott-, Roval- oder Neubruchzehnten versteht
man den Zehnten, welcher von früher unkultivirten und erst
später urbar gemachten Aeckern entrichtet wird. Die ältere
Gesetzgebung schwankte, ob dieser Zehnten dem Landesfür-
sten ¹⁾ oder dem Grundeigenthümer gebühre ²⁾. Für die
letzte Ansicht sprach sich der 15. Art. des Landt. Abschiedes
vom 10. Octbr. 1601, und für die erste die allgemeine Lan-
des-Ordnung Art. 52, die Amts-Cammer-Ordnung vom
1. Juli 1688 und eine Verordnung vom 13. August 1750

den. Gichhorn a. a. D. §. 325. — Engelbrecht, Collat. jur.
comm. et brunsv. luneb. Cap. VIII. §. 5.

4) Ablös. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. §. 6.

1) Diese Ansicht stützte sich auf eine nicht begründete Regalität von
den Neubrüchen. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.)
§. 188.

2) Gemeinrechtlich ist diese Frage ebenfalls sehr bestritten. Hagemann,
Landwirthschaftsrecht §. 260. — v. Bülow und Hagemann, Pract.
Erört. Th. 3. Nr. 33.

aus 3). Die letzte derartige Bestimmung findet sich in den landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770. Art. 73, wo der Rottzins, in wörtlicher Uebereinstimmung mit dem Art. 15 des Landt. Abschiedes von 1601, dem Eigenthumsherrn zugesprochen 4) und dem Landesfürsten nur beim Umbrechen fürstlicher oder gemeiner Holzung vorbehalten wird. Jetzt sind alle Grundstücke, welche urbar gemacht werden, vom Rottzehnten für immer befreiet, ohne Unterschied, wem solcher gebühren würde 5).

b) Der Brachzehnten soll nach älteren Gesetzen 6) nur von solchen Früchten entrichtet werden, bei welchen das Land bei der Besaamung mit der Egge bestrichen wird. Die spätere Gesetzgebung hat indeß dieses Erkennungszeichen der Zehntpflichtigkeit nicht beibehalten, vielmehr ganz allgemein bestimmt, daß von jeder Art der in der Brache bestellten Gewächse und Früchte, namentlich von Flachs, Rüben, Rübensaam, Kohl und allem grün abzuschneidenden Futterkraute, wenn nicht eine andere Observanz entgegensteht, der Zehnten geleistet werden soll 7), und daß der Zehntpflichtige sich gegen die Forderung des Brachzehnten nur durch unvorzählige Verjährung soll schützen können 8). Um den Anbau der Futterkräuter zu heben, hat der Landesfürst die

3) Promt. I. 20 u. 124. II. 299.

4) Dieselbe Theorie findet auch gemeinrechtlich die meisten Vertheidiger, vorausgesetzt, daß nicht ein Anderer in Ansehung der Feldmark ein allgemeines Zehntrecht hat, dem alsdann auch vor dem Grundeigenthümer der Vorzug gebühren würde. Hagemann a. a. D. — v. Bülow und Hagemann a. a. D.

5) Gemeinh. Theil. Ordn. vom 20. Decbr. 1831. §. 188.

6) Namentlich nach dem 52. Art. der allgem. Land. Ordn. Promt. I. 124.

7) Verordn. vom 2. August 1703. — Declarat. vom 20. Januar 1744. — Desgl. vom 26. Novbr. 1756. Promt. I. 124. — Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 261 u. 266. — Pufendorf, Observat. jur. univ. T. II. Obs. 157. T. IV. Obs. 138. — Hagemann, Pract. Erört. Bd. 7. Nr. 74. — Mittermaier, Deutsches Privatrecht (6te Aufl.) §. 186.

8) Declarat. vom 27. Januar 1756. Promt. I. 125.

Erwartung ausgesprochen, daß sich die Zehntberechtigten statt des Naturalzehntens von den Futterfräutern mit einem billigen Geld-Äquivalent begnügen würden ⁹⁾. Die Naturalziehung des Zehntens vom Taback ist durch ein landesfürstliches Rescript untersagt; dem Berechtigten soll dafür eine Entschädigung von 12 Ggr. für den Morgen zu Theil werden ¹⁰⁾.

c) Streuzehnten ¹¹⁾ findet sich allein im Amte Thedinghausen. S. §. 235.

§. 235.

III. Vom Ziehen des Zehntens.

Das Auszehnten geschieht durch beeidigte Zehntmahler, die von dem Zehntherrn bestellt und gelohnt werden; dieselben sind für den Schaden verantwortlich, der durch Verzögerung beim Aussetzen des Zehntens entsteht. Vor geschehener Ausmahlung darf der Zehntpflichtige kein Getreide vom Acker wegbringen. Die ausgemahlten Zehntstiegen auszutauschen oder schlechte Garben dahin zu setzen, wo vermuthlich der Zehnten genommen wird, ist bei 10 Mfl. verboten, auch hat in einem solchen Falle der Zehntmahler das Recht, andere bessere Garben von dem übrigen Getreide zu nehmen ¹⁾.

Es sollen auf zehntpflichtige Aecker nur solche Stiegen oder Haufen gesetzt werden, die zehn oder zwanzig Garben halten, und größere Stiegen sollen dem Zehntherrn zufallen. Von den Garben, welche ohne Vorsätzlichkeit am Ende des Ackers übrig bleiben, bekommt der Zehntherr eine Garbe, wenn es mehr als fünf sind. Das nicht durch die Nothwendigkeit gebotene Setzen von Endelstiegen ist bei 10 Thlr.

9) Landesf. Circul. Rescr. vom 2. März 1802. Promt. I. 355.

10) Landesf. Rescr. vom 14. Septbr. 1778. Prom. II. 519. — Allgemeine Gesetzeskraft kann indeß diesem, an eine Privatperson ergangenen und nicht promulgirten Rescripte nicht beigelegt werden.

11) Vergl. Pagemann a. a. O. §. 262. — Pufendorf I. c. T. I. Obs. 112.

1) Allgem. Land. Ordn. Art. 48. 49 u. 50. Promt. II. 516. — Vgl. Pagemann, Landwirthschaftsrecht §. 265.

Estrafe unterlagt, und es steht dem Zehntherrn das Recht zu, solche unrichtige Haufen an sich zu nehmen. Von den Garben, welche unabsichtlich am Ende des Ackers übrig bleiben, bekommt der Zehnherr nur dann eine, wenn ihrer mehr als fünf sind ²⁾).

Vor der allgemeinen Landes- und Feldmark's-Vermessung mußte das gesammte Korn einerlei Art in der ganzen Feldmark gemähet und in Stiegen gesetzt sein, bevor der Zehnherr verpflichtet war, mit dem Zehntzuge zu verfahren. Nach der Vermessung wurde verordnet, daß der Zehnherr schon dann gehalten sein soll, den Zehnten zu ziehen, wenn ihm von dem Zehntpflichtigen angezeigt worden, daß das gesammte Korn derselben Art, oder auch nur zwei Dritttheile in einer Wanne abgemähet und in Stiegen gesetzt ist. Das alsdann von Einzelnen noch nicht in Stiegen gesetzte Korn muß von diesen dem Zehnherrn in die Zehntscheuer gefahren werden, auch ist der aus Nachlässigkeit Säumige strafbar. Sobald der Zehnherr um Absehung des Zehntens ersucht ist, muß derselbe mit dem Abzehnten des Rockens den folgenden Tag verfahren, den Weizen, Gersten und Hafer aber binnen 24 Stunden abzehnten. Nach Ablauf dieser Zeit dürfen die Zehntpflichtigen den Zehnten selbst aussetzen und das Korn einfahren, ausgenommen, wenn nach der Meldung Regenwetter einfällt, in welchem Falle der Zehnherr an die Meldung nicht gebunden ist, diese vielmehr, nachdem die Früchte wieder ausgetrocknet sind, wiederholt werden muß. Es soll indeß der Zehnherr bei veränderlichem Wetter den Zehntpflichtigen nicht zur Ungebühr aufhalten und dadurch zum Verderben der Früchte Anlaß geben. Diejenigen Fruchtarten, denen der Regen am leichtesten schadet, als Erbsen, Linsen, Wicken u. dergl. soll der Zehnherr innerhalb 8 Stunden nach dem Anmelden abzehnten lassen, widrigen Falls der Zehntpflichtige die Früchte, nachdem er selbst den Zehnten

2) Verordn. vom 16. Juli 1695. Promt. II. 517. — Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 185. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 254. (I. 186.) und Nr. 255. (IV. 73.)

abgesetzt hat, einfahren darf. Es steht übrigens dem Zehnherrn frei, die Abzehntung auch im Einzelnen vorzunehmen, und er darf einen solchen einzelnen Zehntbezug in dem Falle nicht verweigern, wenn der Pflichtige darauf anträgt, um Brodkorn zu erhalten; der letztere muß aber alsdann den Zehnten in die Zehntscheuer liefern ³⁾.

Hinsichtlich des Streuzehntens im Amte Ehedinghausen ist besonders bestimmt, daß der Zehntpflichtige, sobald das Korn aufgebracht ist, solches dem Zehnherrn anzeigen, und dann wenigstens noch einen halben Tag mit dem Abfahren warten soll. Nach Ablauf dieser Zeit ist der Zehntpflichtige befugt, den Zehnten selbst auszufahren und die Früchte abzufahren, jedoch müssen hiernächst dem Zehnherrn noch zwei Tage zum Abfahren des Zehntens gelassen werden, bevor das Vieh auf die Stoppel gebracht wird ⁴⁾.

Wenn ein zehntpflichtiges Grundstück durch Wild beschädigt ist, so gebührt dem Zehnherrn die dessen Rechte entsprechende Quote der dafür geleisteten Entschädigung; er kann jedoch für sich allein den Anspruch darauf gegen den Jagdherrn nicht verfolgen ⁵⁾.

IV. Von der Benutzung des Zehntrechts.

§. 236.

A. Ueberhaupt.

Der Zehnherr darf den Zehnten sowohl auf seinen Sitz, seinen Hof, sein Vorwerk oder sonst in seinen Gewahrsam, es sei innerhalb oder außerhalb der Feldmark, als auch in eine innerhalb der Feldmark belegene, von ihm gemiethete Scheuer fahren, aber nicht in eine außerhalb der Feldmark belegene, zu solchem Zwecke gemiethete Scheuer ¹⁾. Dem

3) Verordn. vom 17. Juni 1715. — Desgl. vom 14. Decbr. 1751. — Landesf. Rescr. vom 30. März 1770. Promt. II. 517.

4) Verordn. vom 7. Octbr. 1776. Promt. II. 369. — Vergl. Pagemann a. a. D. §. 262. — Pufendorf, Observat. jur. comm. etc. T. I. Obs. 112. T. II. Obs. 32.

5) Verordn. vom 16. Septbr. 1827. Nr. 23. §. 52.

1) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 17. — Verordn. vom 10.

Zehntherrn steht frei, den Zehnten zu verpachten, indes unter gewissen Beschränkungen (§. 237.), zu verleihen, zu verpfänden, auf Wiederkauf zu überlassen, oder auf andere Weise zu veräußern, nur dürfen Uebertragungen der letzten Art nicht dazu dienen, eine Verpachtung zu bemänteln ²⁾. Amtleute, Voigte und andere Amtsdienere sollen nur solche Zehnten ziehen dürfen, von denen sie Eigenthümer sind ³⁾.

§. 237.

B. Insbesondere Verpachtung des Zehntens.

Bei einer Verpachtung des Zehntens steht der Gemeinde der zehntpflichtigen Feldmark, oder auch einzelnen Mitgliedern dieser Gemeinde ein Vorzugsrecht zu ¹⁾; hierbei treten indes folgende Ausnahmen ein:

a) Die Zehnten, welche seit unvordenklicher Zeit bei fürstlichen Ämtern pachtweise gezogen sind, darf der Zehnherr nicht anderweit verdingen, es soll aber auch die bisherige Pachtsumme nicht verringert werden ²⁾.

b) Gegen die Pächter sowohl der fürstl. Amtshaushaltungen, als auch der Stifts-, Kloster-, ablichen und anderer Güter und Höfe, denen dazu gehörige, auswärts belegene Zehnten in Eins mit verpachtet sind, kann die zehntpflichtige Gemeinde das ihr bei Zehntverpachtungen gebührende Näherrecht nicht geltend machen ³⁾.

Octbr. 1651. §. 1. — Landschaftl. Privil. vom 9. April 1770. Art. 40. — Landesf. Resolution vom 27. Decbr. 1781. Promt. II. 508 flg.

2) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 17. — Verordn. vom 10. Octbr. 1651. §. 1. Promt. II. 508.

3) Verordn. vom 10. Octbr. 1651. §. 10. Promt. II. 510.

1) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 17. — Verordn. vom 10. Octbr. 1651. §. 2 u. 3. — Landschaftl. Privil. vom 9. April 1770. Art. 40. — Verordn. vom 1. Septbr. 1777. Promt. II. 508 flg. — Ueber die Rechtsverhältnisse des Zehntpächters s. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 185. Nr. 11.

2) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 17. — Verordn. vom 10. Octbr. 1651. §. 12. — Landschaftl. Privil. vom 9. April 1770. Art. 40. Promt. II. 508 flg.

3) Verordn. vom 27. Juli 1780. Promt. II. 515.

c) Wenn der Zehnten während eines Zeitraums von funfzig Jahren an Individuen, die außerhalb der zehntpflichtigen Feldmark wohnen, ohne begründeten Widerspruch verpachtet gewesen ist, so hat der Zehnherr das Recht, denselben auch ferner in dieser Art zu verpachten ⁴⁾.

d) Daß die zehntpflichtigen Gemeinden oder deren Mitglieder das Vorpachtrecht verlieren, wenn sie dem Zehnherrn für den Zehnten die gebührende Werthsumme nicht geben wollen ⁵⁾, wird unten weiter ausgeführt werden.

Der Gemeinde steht bei Erpachtung des Zehntens ein Vorzugsrecht vor einzelnen Gemeinde-Mitgliedern zu, vorausgesetzt, daß die Gemeinde (oder wenigstens zwei Drittheile derselben) sich zu eben der nicht simulirten Pacht erbietet, welche einzelne Gemeinde-Mitglieder offerirt haben. Wenn die Gemeinde das Vorpachtrecht ausübt, so muß sie, Falls das locarium in Geld besteht, dasselbe vorausbezahlen, Falls aber Korn ausbedungen ist, für die Bezahlung Sicherheit bestellen und zu solchem Ende unter sich zwei Individuen bestimmen, welche das Korn liefern. Bei dem geringsten Verzuge in Bezahlung der stipulirten Pachtsumme soll dem Zehnherrn schleunig und unentgeltlich gerichtliche Hülfe geleistet werden ⁶⁾.

Der Zehnherr, welcher den Zehnten verpachten will, muß dazu spätestens bis Johannis einen gerichtlichen Termin extrahiren, der noch vor der Mitte des Monats Juli anzusetzen ist, und zu welchem die Gemeinde der zehntpflichtigen Feldmark bei Strafe des Verlustes ihres Näherrechts vorgeladen werden muß. Wenn sich die Gemeinde in diesem Termine mit dem Zehnherrn über die Pachtsumme nicht einigen kann, insbesondere auch, wenn ein Dritter vor oder in dem Verpachtungs-Termine mehr als die Gemeinde geboten hat ⁷⁾,

4) Verordn. vom 10. Octbr. 1651. §. 3. Promt. II. 509.

5) Verordn. vom 1. Septb. 1777. Promt. II. 513.

6) Verordn. vom 20. Juni 1747. — Landschaftl. Privilegien vom 9. April 1770. Art. 40. Promt. II. 511 flg.

7) Der Zehnherr hat in dem behuf der Erklärung der zehntpflichtigen über die Ausübung ihres Vorpachtrechts zu extrahirenden Ter-

und die Gemeinde in diesen Pachtcontract zu treten nicht gewillt ist, so soll dieselbe für das Mal ihres Pachtrechts verlustig sein, und es soll dem Zehnherrn frei stehen, wenn das Gebot der Gemeinde nicht annehmlich ist, den Zehnten demjenigen, welcher mehr geboten hat, zu überlassen, oder auch von der Verpachtung völlig wieder abzugehen und den Zehnten selbst zu ziehen. Findet sich nach dem Termine, in welchem kein anderer Pachtlustiger mehr als die Gemeinde geboten hat, jemand, der eine höhere Pachtsumme geben will, so bleibt der Gemeinde ebenfalls das Näherrecht, jedoch unter der Voraussetzung, daß sie sich zu jenem höhern Gebote versteht. In dem Falle aber, daß so wenig in, als nach dem Verpachtungstermine ein annehmlches Gebot erfolgt, der Zehnherr indeß den Zehnten nicht selbst ziehen will und es nur darauf ankömmt, die Pachtsumme zwischen dem Zehnherrn und der Gemeinde zu bestimmen, liegt der competenten Gerichts-Obrigkeit die Verpflichtung ob, darauf zu sehen, daß keinem Theile bei der Verpachtung zu nahe geschieht, und daß der Billigkeit gemäß, etwa durch unverdächtige Waidiersleute aus anderen Gemeinden, ein adäquates locarium ermittelt wird ⁸⁾. Durch das Vorpachtrecht der zehntpflichtigen Gemeinde wird indeß der Zehnherr in seiner Befugniß, den Zehnten auf ein oder mehrere Jahre zu verpachten, nicht beschränkt, so daß sich die Gemeinde, wenn sie von dem Näherrechte Gebrauch machen will, eintretenden Falls zu eben so vielen Pachtjahren verstehen muß, als wozu sich ein Dritter erboten hat ⁹⁾. Wenn wüste zehntpflichtige Feldmarken von mehreren Gemeinden cultivirt werden und der Zehnherr den Zehnten nicht selbst ziehen will, so hängt es von der Wahl desselben ab, welchen von diesen Dorfschaften, oder welchen einzelnen Bewohnern derselben (wobei

mine entweder seinen Pächter zu stellen, oder den mit demselben abgeschlossenen Contract vorzulegen. Minister. Rescr. an den Eclesiastischen Curator vom 21. Septb. 1837.

8) Landesf. Rescr. vom 31. Juli 1741. — Verordn. vom 17. Mai 1763. — Desgl. vom 1. Septb. 1777. Promt. II. 511 flg.

9) Landesf. Declarat. vom 11. Juni 1787. Promt. II. 517.

darauf nichts ankömmt, ob diese Länderei auf den wüsten Feldmarken besizen oder nicht) er den Zehnten verpachten will ¹⁰⁾.

Nach geschehener Verpachtung des Zehntens an die Gemeinde können einzelne Mitglieder derselben das Näherrecht nicht gegen die übrigen ausüben, vielmehr muß sich jeder Zehntpflichtige mit dem Zehnten auf seinem Lande begnügen; wenn indeß einige Mitglieder ihren Zehnten gegen die auf ihren Antheil kommende Pachtsumme nicht selbst ziehen wollen und der Zehntherr mit denselben nicht besonders accor-diren will, so ist die Gemeinde schuldig, auch von solchen Ackerstücken den Zehnten in Pacht zu nehmen ¹¹⁾.

§. 238.

C. Erlaß am Zehnten.

Dem Zehntpflichtigen, welcher durch Feuersbrunst Vermögensverlust erlitten hat, steht ein Anspruch auf Erlaß am Zehnten zu. Es soll indeß ein über die Größe des Erlasses zwischen dem Zehntherrn und dem Zehntpflichtigen etwa entstehender Streit nicht durch ein gerichtliches Verfahren, sondern durch eine von der höchsten Landesbehörde anzuordnende Commission entschieden werden, von welcher die Remission ex aequo et bono mit Rücksicht sowohl auf den erlittenen Schaden, als auch auf das dem Zehntpflichtigen gebliebene Vermögen zu bestimmen ist ¹⁾.

E. Von den Pertinenzzen der Bauergüter.

Sichhorn, §. 151.

§. 239.

I. Pertinenzqualität.

Diejenigen Grundstücke, welche mit der Pertinenzqualität behaftet sind, das heißt, welche mit dem Bauergute ein

10) Verordn. vom 10. Octbr. 1651. §. 13. — Landesf. Declaration vom 2. August 1706. Promt. II. 510.

11) Landesf. Rescr. vom 3. Mai 1757. Promt. II. 512

1) Verordn. vom 22. Juni 1747. Promt. II. 145.

unzertrennliches Ganze bilden, dürfen nur mit gutherrlicher und landesfürstlicher Genehmigung davon getrennt werden, und stehen den fliegenden, flüchtigen Erbgrundstücken, d. h. den Grundstücken, über welche der Eigenthümer ein völlig freies Dispositionsrecht hat, entgegen ¹⁾. Die Geschlossenheit der Höfe besteht zunächst zu Gunsten des Zins- und des Dienstberechtigten, insbesondere des letztern, indem der Dienst von allen zu einem Bauerhofs als solchem gehörigen Grundstücken conjunctim geleistet werden muß und als untheilbar angesehen wird, weil es in der Natur des Dienstes liegt, daß der Berechtigte durch eine Zersplitterung benachtheiligt werden würde ²⁾. Ein anderer Grund für das Princip der Pertinenzqualität ist aber auch die landespolizeiliche Rücksicht auf das die Erhaltung der Bauergüter in ihrer Integrität erheischende Gemeinwohl, weshalb selbst in dem Falle, daß der Zins und der Dienst abgelöst und das Bauergut volles und freies Eigenthum geworden ist, das Pertinenzverhltniß bestehen bleibt ³⁾.

Das älteste Landesgesetz, in welchem die Trennung der zu einem Bauerhofs gehörigen Grundstücke von demselben

1) Pagemann, Landwirthschaftsrecht §. 160.

2) Geseuius, Meierrecht Bd. 2. S. 120. — Vergl. Refcr. der Geh. Rathsstube an die Regierung zu Blankenburg vom 12. Juni 1683. Promit. II. 204.

3) Ablös. Ordn. vom 20. Decbr. 1831. §. 110. — Bei einer behuf der Separation vorzunehmenden Vertauschung steht die Pertinenzqualität nicht entgegen, vielmehr geht diese auf das eingetauschte Grundstück von selbst über. Gemeinh. Theil. Ordn. vom 20. Decb. 1831. §. 43. — Auch bei Grundabtretungen zu Staatszwecken, wodurch Pertinenzstcke betroffen werden, ist eine besondere landesf. Genehmigung nicht erforderlich, indeß muß alsdann für die Verwendung oder Conservation des Verkauf=Capitals zu Gunsten des theilhabenden Hofes in dem Falle gesorgt werden, daß die durch die Grundabtretung bewirkte Schmlerung der Hofzubegehrungen von besonderer Erheblichkeit sind, und durch die Verwendung des Capitals zur Herstellung des frühern Umfangs des Grundbesitzes, oder doch durch die zinsbare Anlegung das Fortbestehen des Hofes bedingt wird. Minister. Refcr. an die Kreis=Direction Wolfenbüttel vom 13. Octbr. 1840.

allgemein verboten wird, ist der Landtags-Abschied vom 3. Juni 1597 ⁴⁾, der indeß dabei von der Voraussetzung ausgeht, daß dergleichen Grundstücke seit länger als 30 Jahren bei dem Hofe cultivirt sind. In dem Landtags-Abschiede vom 22. Novbr. 1643 wurde das Verbot wiederholt, und die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, dasselbe genau befolgt zu sehen, gab die erste Veranlassung zur Anlegung der Erbregifter (§. 211). Die allgemeine Landes-Ordnung vom 7. März 1647 enthält im 28. Art. das Verbot gleichfalls und bezeichnet zuerst dasjenige Land, von welchem der Dienst geleistet wird, als untrennbar von dem Hofe ⁵⁾. Diese Bestimmung der allgemeinen Landes-Ordnung liegt den späteren gesetzlichen Vorschriften zum Grunde, und da die allgem. Landes-Ordnung, die nur das platte Land betrifft, auf die Städte keine Anwendung findet ⁶⁾, so können auch die über die Pertinenzqualität der Bauerhöfe und deren Reunion erlassenen Verordnungen ausschließlich nur auf bäuerliche Grundstücke, und nicht auch auf solche innerhalb der städtischen Feldmarken belegene Grundstücke, die bäuerlichen Lasten unterworfen sind, bezogen werden ⁷⁾.

§. 240.

II. Verbot der Veräußerung der Pertinenzen.

Die allgemeine Landes-Ordnung verbietet, Länderei,

- 4) Das Princip der Geschlossenheit der Höfe war jedoch selbst zu jener Zeit keineswegs neu, und namentlich findet sich schon in dem Vertrage der Stadt Braunschweig mit dem Herzoge Heinrich d. J. vom 20. Octbr. 1553 die Zusage, daß die Meiergüter nicht zerrissen werden sollten.
- 5) Promt. II. 203. — Es ist daher die Dienstpflicht immer das nächste Erkennungszeichen der Pertinenz-Qualität, und die Praxis nimmt an, daß Länderei, welche nicht in den von dem Hofe zu leistenden Dienst gehört, im Zweifel nicht als Pertinenz, sondern als flüchtige Länderei angesehen werden muß. In diesem Sinne erkannte z. B. das Ob. Land. Ger. am 2. August 1824. J. C. Hartmann c. Hartmann.
- 6) Landesf. Rescr. vom 4. Mai 1743.
- 7) Minist. Rescr. an die Kreis-Direction Holzminben vom 14. März 1839. — Vergl. Engelbrecht, De reunione pertinent. §. 17.

von welcher von Alters her der Dienst geleistet ist, von dem Hofe zu trennen, und bestimmt für einen solchen Fall, daß nicht allein der Veräußernde und der Acquirent bestraft, sondern auch nach wie vor von dem Hofe der volle Dienst geleistet, und das Land unverzüglich wieder zu dem Hofe gebracht werden soll. Das Verbot ist nachher mehrmals wiederholt und dahin ausgedehnt, daß jede Veräußerung oder Verpfändung von Erb-, Lehn- oder Meier-, auch Pfarrmeier- und Erbenzins-Land, Wiesen, Gärten, Teichen, Weiden und anderen Stücken, welche nach dem Erbregeister oder sonstigen Documenten zu einem dienstpflichtigen Hofe ¹⁾ gehören, oder mit Genehmigung des Landesfürsten dazu gelegt sind, selbst jede Veräußerung von flüchtiger Länderei, wenn diese in den Erbregeistern als ein Pertinenz des Hofes bezeichnet worden ²⁾, ohne landesfürstlichen schriftlichen Consens nichtig sein soll ³⁾. Wüste Höfe (d. h. Höfe, worauf

- 1) Nach ausdrücklicher Bestimmung der landesf. Declarat. vom 18. März 1720 sollen dazu auch die Rothhöfe gerechnet werden. Hinsichtlich der Brinksfägerstellen galt bei der vormaligen Justiz-Ganzlei die Rechtsansicht, daß auf dieselben nur dann die Reunions-Gebiete Anwendung fänden, wenn der Brinksfäger als Rothfasse anzusehen und folchergestalt mit dem Dienste im Erbregeister beschrieben sei. Relat. Concell. vom 21. Mai 1754. — Auch die neuere Praxis hat sich, wie in einem Erk. des Ob. Land. Ger. vom 7. Juni 1831. J. C. Peinecke c. Peinecke bezeugt ist, für die Ansicht entschieden, daß nicht angenommen werden könne, daß bei Brinksfägerstellen in der Regel Pertinenz-Grundstücke befindlich wären, und daß der Dienst der Brinksfäger von Grundstücken erfolge, die mit der Stelle benutzt würden. — Ueber das Verbot der Theilung kleiner, nur für einen Haushalt berechneter Gebäude zc. s. §. 175.
- 2) Daß auch das nach der Landesvermessung gebliebene sogenannte Ueberschußland, so weit dasselbe auf die Höfe vertheilt worden (Schradcr, Bemerk. über die allgemeine Landesvermessung zc. in Scholz, Jurist. Magaz. n. F. Th. 1. S. 3. S. 39.), als accessorium dieser Höfe im Pertinenz-Verbande stehe, ist von vormaliger Justiz-Ganzlei in einem Decrete vom 9. April 1788. J. C. Nebdermeyer modo Mehrdorff c. Thielemann'schen Curator ausdrücklich anerkannt.
- 3) Allgem. Land. Ordn. Art. 28 u. 29. — Verordn. vom 24. April 1694. — Desgl. vom 27. März 1705. — Desgl. vom 15. Januar

sich kein Colon befindet) ⁴⁾, welche nebst ihren Zubehörungen bei anderen Höfen cultivirt werden, sind nicht als Pertinenzien derselben anzusehen ⁵⁾. Auch ist, als Ausnahme von dem Dismembrations-Verbote ⁶⁾, die Theilung eines Ackerhofs in zwei Halbspänner-Höfe unverboden, vorausgesetzt, daß nach der Theilung dem Dienst- und Gutsherrn eben das geleistet wird, was ihm von dem Ackerhose gebührt ⁷⁾.

Die Gränz-Regulirung mit dem Königreiche Hannover hat auf die Integrität der Höfe und die Pertinenz Eigenschaft der einzelnen, in ihrem Complexus begriffenen Grundstücke und Gerechtsame keinen Einfluß gehabt ⁸⁾, wie denn auch die Bestimmungen über Untheilbarkeit der Höfe und über Pertinenzverhältnisse nach der Ablösung der auf bauerlichen Grund-

1712. — Landesf. Decretat. vom 18. März 1720. — Verordn. vom 7. August 1721. Promt. II. 203. — Vergl. §. 239. Note 3.

— Von der Nothwendigkeit des gutherrlichen Consenses bei allen Veräußerungen bauerlicher Grundstücke ist im §. 209 die Rede gewesen. Die Verordn. vom 24. April 1694. Promt. II. 201 schreibt aber ausdrücklich vor, daß bei Veräußerung von Pertinenzien der landesfürstl. Consens auch dann ein wesentliches Requisit bleibe, wenn der gutherrliche Consens erfolgt sein sollte, und die späteren Landesgesetze erwähnen allein des ersten Consenses, als des vorzüglich nothwendigen. — Anders ist das Verhältniß im Hannöverschen, wo die Einwilligung des Landesfürsten nur dann erfordert wird, wenn kein Gutsherr vorhanden ist; namentlich nach der Verordn. vom 4. April 1766 in der Graffschaft Hoya. Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 161. (I. 23.) — Hagemann, Pract. Erört. Bd. 6. Nr. 11. — Des Dienstherrn Genehmigung ist nach der hannöv. Gesetzgebung, insbesondere nach der calenberg'schen Meierordnung Kap. IV. §. 2 bei Veräußerung von Pertinenzien nicht erforderlich, vorausgesetzt, daß dem Dienstherrn dadurch nichts entzogen wird. Strube a. a. O.

4) Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 122. — Hagemann, Pract. Erört. Bd. 5. Nr. 34.

5) Verordn. vom 7. August 1721. Promt. II. 207.

6) Speciell ist den Gutsherrn im Amte Thebinghausen die Berglieferung oneröser Höfe durch eine Verordn. vom 14. August 1766. Promt. I. 446 untersagt.

7) Land. Ordn. Art. 29. Promt. II. 204.

8) Gränz-Receß vom 24. Juni 1824. Nr. 6. §. 2.

stücken haftenden Reallasten nach wie vor bestehen bleiben 9).

§. 241.

III. Reunion der veräußerten Pertinenzen.

Im Falle Pertinenzen von einem Hofe ohne landesherrlichen Consens veräußert 1) sind, steht dem Hofbesitzer 2) die Reunionsklage 3) zu. Mit dieser, als eine *rei vindicatio* anzusehender Klage kann der Hofbesitzer dergleichen Pertinenzstücke gegen Erstattung des Kaufgeldes oder des Pfandschillings und der Meliorationen, in dem Falle aber, daß ein Verkauf oder eine Verpfändung nicht vorliegt, gegen Bezahlung des jetzigen Werths des Grundstücks von jedem dritten Besitzer zurückfordern 4). Früher sollte gegen die Reunionsklage weder eine *praescriptio definita*, noch inde-

9) Abths. Ordn. vom 20. Decbr. 1834. §. 110. — Auf Meiergüter, welche auf einer städtischen Feldmark liegen, findet diese Vorschrift keine Anwendung, da dieselben nicht als bäuerliche Grundstücke angesehen werden können. Minist. Rescr. an die Kreis-Direction Holzminden vom 14. März 1839.

1) Der Ausdruck »veräußern« wird hier im umfassendsten Sinne genommen und begreift namentlich auch das Vertauschen in sich. Vergl. v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 5. S. 177.

2) Also auch dem Interimswirthe. Runde, Von der Interimswirthschaft §. 57. S. 195.

3) Die Frage, ob eine während der westphälischen Regierungsperiode geschehene Veräußerung eines im bäuerrechtlichen Pertinenzverbande befindlichen Grundstücks nach den damals geltenden Gesetzen für rechtsbeständig zu halten sei? ist zu verneinen, weil die auf die bäuerlichen Verhältnisse bezüglichen besonderen Gesetze neben dem Code Napoléon in Wirksamkeit geblieben sind. Decret des Ob. Land. Ger. vom 17. Mai 1841. J. S. Timmermann c. Timmermann.

4) Verordn. v. 27. März 1705. — Landesf. Declarat. v. 2. Novbr. 1751. Promt. II. 205 flg. — Die auf den Grund der Reunions-Ebiete angestellte Klage hat daher die Natur eines Kaufs. Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 7. Febr. 1823. J. S. Dthmer c. v. Grone. — Ueber die Entschädigung des bisherigen Besitzers bei Wiederabtretung eines zu einem Meiergute gehörigen Stücks vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 162. (I. 44.)

finita statt finden und Schutz geben ⁵⁾; diese Bestimmung ist nachher aufgehoben, und damit die gehörig begründete Einrede der unvordenklichen Verjährung gegen die Reunionsklage zugelassen ⁶⁾. Eben so wurde auch die frühere Bestimmung, daß der Vindicant, sobald er die Präsumtion, daß die in Anspruch genommene Länderei zu seinem Hofe gehören, für sich habe, vom Beweise frei sein und der Beklagte den Beweis des Gegentheils übernehmen sollte ⁷⁾, später unter Verweisung auf die allgemeinen Regeln über die Beweislast aufgehoben ⁸⁾. Der Beweis der Pertinenz-Qualität wird zunächst durch die Erbregister, von denen, wenn mehrere vorhanden sind, das älteste den Vorzug hat ⁹⁾, geführt; jedoch kann in dem Falle, daß kein Erbregister vorhanden, oder das vorhandene so eingerichtet ist, daß daraus eine Pertinenz-Qualität nicht zu erweisen steht ¹⁰⁾, diese auch durch andere Mittel, z. B. durch Zeugen, Documente u. bewiesen werden ¹¹⁾.

F. Von der Erbfolge in Bauergüter.

Eichhorn, §. 364.

§. 242.

I. Allgemeines.

Bis in die erste Hälfte des funfzehnten Jahrhunderts kann von einem Erbrechte der Bauern in den hiesigen Lan-

5) Verordn. vom 27. März 1705. Promt. II. 205.

6) Verordn. vom 15. Januar 1712. Promt. II. 206. — Die Entgegenstellung der ordentlichen Verjährung ist dagegen auch jetzt noch unzulässig. Erk. des Ob. Land. Ger. v. 6. März 1834. J. G. Alms c. Lüders.

7) Verordn. vom 27. März 1705. Promt. II. 205.

8) Verordn. vom 15. Januar 1712. Promt. II. 206.

9) Landesf. Declarat. vom 9. Octbr. 1736. Promt. II. 207.

10) Vergl. §. 211. — Ueber die Zweifelhaftigkeit des Beweises der Pertinenz-Qualität durch die Erbregister s. Strube, Rechtl. Bedenken Nr. 144. (I. 75.)

11) Verordn. vom 15. Januar 1712. — Landesf. Declarat. vom 27. August 1713. — Desgl. vom 18. März 1720. — Desgl. vom 8. Juli 1737. Promt. II. 206 flg. — Ueber den Beweis durch

den im Allgemeinen wohl nur in den einzelnen Fällen die Rede sein, wo ihnen ein solches, als Ausnahme von der Regel, vertragmäßig bewilligt wurde ¹⁾. In Folge des für das Bauerrecht höchst wichtigen Vortrages Heinrich des Friedsamers mit der Landschaft vom 17. Mai 1433 ²⁾ erhielt das bauerliche Erbrecht eine weitere Ausdehnung, Allgemeinheit aber erst unter der Regierung Heinrichs des Jüngern, und gesetzlich anerkannt wurde dasselbe nicht früher als in dem salzbädlumer Landtags-Abschiede von 1597. Die jetzigen Eigenthümlichkeiten der Erbfolge in Bauergüter haben sich daher durch gerichtliche Verhandlungen und gesetzliche Bestimmungen erst in einer Zeit zu entwickeln angefangen, wo das röm. Recht bereits als gemeines Landrecht sanctionirt war, und durch dasselbe die deutschen Rechtsbegriffe mehr und mehr verdrängt wurden, so daß das jetzige bauerrechtliche Erbfolgesystem bei weitem weniger auf einer historischen Grundlage, als auf den gemeinrechtlichen Vorschriften beruhet, welche durch die Anforderungen der Zeit und nach dem Standpunkte, den die Bauergüter nach der Landesverfassung einnehmen, allerdings erhebliche Modificationen erlitten haben. Wenn deshalb auch die hieraus hervorgegangenen Eigenthümlichkeiten, so weit sie reichen, die Basis für die Entscheidungsnormen an die Hand geben müssen, so bilden sie doch auf der andern Seite zugleich die Gränzlinie, so daß Alles, was außer ihrer Einwirkung liegt, dem gemeinen Rechte angehört ³⁾.

In der Regel besteht der Nachlaß eines Hofbesizers nicht nur in dem Bauergute nebst dem davon untrennbaren Allo-

Meierbriefe s. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 145. (IV. 127.) — Bei dem Beweise der Pertinenz-Qualität kommt es auf desfallige Wissenschaft des Besizers des zu reunirenden Grundstücks nicht an. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 6. März 1834. J. G. Alms c. Lüders.

1) Vergl. Gesenius, Meierrecht Th. 1. §. 384. — Struben, De jur. villic. Cap. VIII. §. 1.

2) Ribbentrop, Samml. der Landt. Absch. Th. 1. Nr. 3.

3) Vergl. Scholz, Abfindungen von deutsch. Bauergütern §. 14.

dium, sondern auch in einem reinen Allodialvermögen, welches nicht mit der Pertinenz-Qualität behaftet ist. Auf letzteres findet das gemeine Erbrecht unbedingt Anwendung, wogegen über die Vererbung der Bauerhöfe, abgesehen von den Bauerlehenen (§. 258.) und den Zinsgütern (§. 212.), besondere Regeln und gesetzliche Bestimmungen bestehen, welche von den gemeinrechtlichen abweichen und hauptsächlich auf den Grundprincipen beruhen, a) daß vermöge der Untheilbarkeit der Höfe unter mehreren Erben nur einer das Gut selbst nebst dem untrennbaren Allodium erhalten kann, und die anderen auf Civilerbtheile (die Leibzucht für den überlebenden Gatten, und die Absindungen für die übrigen Erben) Anspruch haben; b) daß das Gut ausschließlich nur in der Familie dessen vererbt, von dem dasselbe herkömmt, weshalb in der Regel diejenigen, welche zum eigentlichen Hofbesitzer einheirathen, und deren Kinder mit den Nachkommen jenes gleiche Rechte nicht erlangen; und c) daß mehrere Bauergrüter nicht länger in der Hand eines Besitzers vereinigt bleiben sollen, als solches die Nothwendigkeit erheischt. C. §. 209. c.

Es besteht hiernach hinsichtlich der Hofbesitzer eine doppelte Erbfolge, einmal die sogenannte anticipirte, als Singularsuccession in den Hof und dessen Zubehörungen ⁴⁾, und

4) Hieraus folgt, daß in diesem Falle der Hofannehmer und die aus dem Hofe abgefundenen Kinder keineswegs alle Schulden und alle persönlichen Verbindlichkeiten des abtretenden Hofwirths zu bezahlen resp. zu erfüllen angehalten werden können, wenn nicht eine besondere Uebereinkunft sie dazu verpflichtet. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 29. Febr. 1828. J. C. Bohn c. Hansmann. — Vergl. Runde, Rechtslehre von der Leibzucht C. 465. §. 54. — Anders verhält es sich dagegen mit den unter universellem Titel succedirenden Erben des Colonus; diese sind an die Handlungen ihres Erblassers gebunden und deshalb auch zur Bezahlung seiner Schulden (bei den Abzufindenden gewöhnlich minus capierend.) verpflichtet. Struben, De jur. villic. C. 3. §. 33 am Ende. — Runde, Leibzucht Th. 2. §. 54. — Diese Wirkung findet auch dann Statt, wenn der unter universellem Titel angefallene Nachlaß in nichts Anderm, als in einem Bauergrute (ohne sonstiges reines Allodial-

dann die demnächstige universelle in das beim Absterben des Altvaters vorhandene Vermögen. Jene anticipirte Erbfolge, die uns hier zunächst interessirt, ist häufig zugleich eine un- freiwillige (§. 246.) und es kommen dabei ausschließlich nur diejenigen Erben, welche zu dieser Zeit vorhanden sind ⁵⁾, in Betracht, so daß auf nachgeborene, oder sonst in der Folge hinzugekommene Erben, so wie auf die zur Zeit des Todes des Erblassers zur Universalsuccession Gelangenden späterhin, so viel die anticipirte Erbfolge betrifft, keine Rücksicht mehr genommen wird.

Der Gutsherr vermag so wenig den Uebergang des Colonats auf den Erbfolger des abgegangenen Hofbesizers zu hindern, als es dazu seiner Gestattung bedarf ⁶⁾.

Vermögen) besteht, denn daß die Nachfolge in ein Bauergut nicht an sich als *successus singularis* zu betrachten sei, ist nicht zu bezweifeln, da hier die Prämissen fehlen, welche die *ex providentia majorum* deferirte Lehnsuccession zur singularen machen. Struben, *De jur. villic. Cap. 3. §. 31.* — Strube, *Rechtliche Bedenk.* 298. (I. 148.) — Hagemann, *Pract. Erbrt. Bd. 6. Nr. 11 u. Bd. 7. Nr. 47.*

Gegen den Satz, daß der Gutsabtretung eine anticipirte Erbfolge zum Grunde liege, spricht sich Puchta, *Rechtl. Natur der bürgerlichen Gutsabtretung §. 4. 5 u. 16* aus, indem derselbe, aus Vorliebe für das röm. Recht, die Ansicht zu vertheidigen sucht, daß das Gutsabtretungsgeschäft ein Kauf sei. Die aus einem solchen Principe nothwendig zu ziehenden Folgerungen lassen aber über die Unanwendbarkeit desselben, wenigstens auf die hiesigen gewöhnlichen bürgerlichen Verhältnisse, keinen Zweifel; eine Ausnahme ist §. 243. Note 7 angeführt.

- 5) Nach der Parodie »der Leibzüchter darf nicht züchten«. — C. Runde, *Leibzucht §. 66.*
- 6) Der Gutsherr hat zwar ein Widerspruchsrecht gegen die Person des Nachfolgers, dasselbe ist aber durch die Untüchtigkeit des Letztern zum Hofwirth bedingt, und fließt aus gleicher Quelle mit dem Rechte, auf die Entsetzung eines nachmals untüchtig gewordenen Hofbesizers zu bringen; es hindert also den Uebergang des Colonats nicht und kann nur denselben unter Umständen rückgängig machen. Vergl. Hagemann, *Landwirthschaftsrecht §. 272. a. C.* — Gesenius, *Meierrecht Bd. 2. C. 360 flg.* — Wenn eine Tochter Anerbinn ist, so hat das Widerspruchsrecht des Gutsherrn

Der dispositionsfähige Besitzer eines Bauerguts ¹⁾ hat die Befugniß, seinen Nachfolger unter seinen Kindern ²⁾ beliebig, und insbesondere ohne Rücksicht auf ein etwa herrschendes Majorat oder Minorat ³⁾, durch eine vertragsmäßige oder eine letztwillige Disposition zu bestimmen, und es ist derselbe dabei in materieller Hinsicht nur an die aus dem Verhältnisse selbst folgenden Bedingungen (z. B. wegen der Wirthschaftstüchtigkeit das Anerben) ⁴⁾ und in formeller Hinsicht an die im Allgemeinen für seine Rechtsgeschäfte gegebenen gesetzlichen Vorschriften gebunden.

vorzüglich nur gegen deren künftigen Ehemann statt. Hurlbusch, Erörterungen aus dem Civil- und Criminalrechte Th. 2. S. 216.

- Бухгалтер и. д. Губаровская З. П. 2. Л. 2. К. 204, 211.

stiftung des Unerben enthält und der gerichtlichen Confirmation (§. 98.) 6) bedarf, übertragen 7). Wenn die Bestim-

— Vergl. Runde, Lehre von der Leibzucht Th. 2. §. 7. — Scholz, Abfindungen von Bauergütern §. 23. — Auch ist die vertragsweise geschehene Zuschreibung eines Colonats, selbst unter einstweiligem Vorbehalte der Wirthschaftsführung oder des Nießbrauchs, nach den Grundsätzen des Bauerrechts, und schon nach römischem Rechte (L. 25 & 35. §. 5. C. De donationib. 8. 54.) der Wirkung nach einer wirklichen Uebergabe gleich zu achten, und überträgt ohne Weiteres das Eigenthum. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 6. März 1834. J. S. Fricke c. Fricke. — Vergl. Runde, Leibzucht Th. 2. §. 12. — Scholz a. a. O. §. 21.

6) Nach der ältern Gesetzgebung sollte diese Confirmation, damit die Colonnate nicht zu sehr mit Abgiften beschwert und dadurch außer Stand gesetzt würden, die gutherrlichen Lasten zu tragen, nicht eher geschehen, bis der schriftliche Consens des Guts Herrn beigebracht sei, oder die etwaigen Erinnerungen des Guts Herrn gehört und erörtert wären. Verordn. vom 26. April 1770. Promt. I. 266. — Es wird indeß auf diese Vorschrift nicht mehr gehalten, so daß dieselbe, vielleicht mit einzelnen Ausnahmefällen, völliig außer Anwendung gekommen ist. Auch die Verordn. v. 8. Decb. 1825. Nr. 27, die Bestätigung der von Bauern eingegangenen Verträge betr., läßt jene Vorschrift unerwähnt, bezeichnet dagegen ausdrücklich als eine Pflicht des Beamten, bei der der Confirmation vorangehenden causae cognitio zugleich mit dahin zu sehen, daß die einzugehenden Verbindlichkeiten nicht zum Nachtheile der Guts herrschaft gereichen. C. §. 98.

7) Eine eigenthümliche Observanz besteht in dem Fürstenthume Blankenburg und dem Stiftsamte Walkenried, indem hier die Eltern den Nachfolger im Hofe nur selten durch Gutsübertragungen bei Lebzeiten, wobei die Abfindungen den Kräften des Hofes gemäß festgestellt werden, sondern gewöhnlich durch Testamente oder Kauf-Contracte bestimmen. Im letztern Falle dient das Kaufgeld mit vorbehaltenem Wohnungsraume und wenigen Naturalien zum Unterhalte der Eltern, und bildet zugleich den Erbtheil der übrigen Kinder. Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten auf Bauergütern S. 148. — Degener, Ueber die Eigenthümlichkeit der bäuerlichen Hofverlass-Contracte im Fürstenth. Blankenburg, in Scholz Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht Bd. 1. — In einem Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 7. Octbr. 1828. J. S. Cammer c. Bischoff wird als notorisch bezeichnet, daß im Fürstenthume Blankenburg die Hofübergabe-Contracte in die Form von Kauf-Contracten

mung des Anerben in einem Testamente oder in einer andern letztwilligen Disposition geschehen soll, so finden lediglich die auf eine solche Verfügung sich beziehenden Vorschriften des gemeinen Rechts, insbesondere auch die gemeinrechtlichen Begünstigungen, z. B. in Betreff der Testamente der Landleute, der elterlichen Verfügungen unter Kindern u., Anwendung. Eine Folge hiervon ist, daß eine solche Disposition der obrigkeitlichen Bestätigung nicht bedarf, und daß die Nebenbestimmungen, z. B. wegen der Abfindungen (die nur als beschränkende Modification — *modus* — und nicht als Bedingung — *conditio* — zu betrachten sind), bei welchen die gerichtliche Confirmation ein nothwendiges Requisit ausmacht, noch mangelhaft sein können, ohne daß dies rechtlichen Einfluß auf jene letztwillige Bestimmung im Allgemeinen hat ⁸⁾).

Ueber die neben der Intestat-Erbfolge zulässige Bestimmung des Anerben s. den folgenden §. 244.

Wenn ein Bauer mehrere Höfe besitzt und mehrere Kinder hat, so darf derselbe die Höfe so wenig vertragsmäßig, als letztwillig auf ein und dasselbe Kind übertragen, es sollen vielmehr in einem solchen Falle die Höfe auf die Weise getheilt werden, daß kein Kind mehr als einen Hof erhält ⁹⁾.

§. 244.

III. Intestat-Erbfolge.

Aus dem Grundsatz des Bauerrechts, daß nur Einer der Miterben den Hof erhält und die übrigen Erben sich mit Civilerbtheilen begnügen müssen (§. 242.), folgt, daß kein Erbe behuf der Erbaueinandersetzung die Theilung des Hofes oder den Verkauf desselben verlangen, daß vielmehr den Erben nur das Recht zustehen kann, darauf zu dringen, daß

gekleidet würden, wodurch jedoch das Wesen jener Contracte selbst nicht geändert werde.

8) Vergl. Scholz, Jurist. Magazin n. F. Bd. 1. Heft 3. Nr. 4 und die daselbst mitgetheilten Präjudize der Obergerichte.

9) Landesf. Rescr. vom 3. Novbr. 1760. — Verordn. vom 4. Mai 1778. Promt. I. 72. — S. übrigens §. 209. c.

dem Auerben der Hof übergeben und die Abfindung für die übrigen Erben bestimmt werde ¹⁾).

Die Ausübung der Befugniß des Hofbesizers, unter seinen Kindern den Hofanerbten zu bestimmen, wird, die Tüchtigkeit des letztern vorausgesetzt, aus Rücksicht auf die Eigenthümlichkeiten der Colonat-Verfassung von der Gesetzgebung und der Gerichtspraxis auf jede Weise begünstigt. Es wird eine solche Bestimmung, da sie übrigens die Intestat-Erbfolge nach Bauerrecht völlig unverändert läßt, zu den auf Vertrag oder letzten Willen beruhenden erbchaftlichen Verfügungen nicht gerechnet, vielmehr nimmt die Praxis an, daß sie neben und außer diesen bestehen kann, weshalb dieselbe denn auch den sonstigen Erfordernissen und Formalitäten des Vertrags oder letztwilliger Dispositionen, sofern sie nicht mittelst derselben geschehen ist und darauf lediglich beruht, nicht unterliegt; vielmehr zu ihrer Rechtsgültigkeit nichts weiter, als eine ernsthafte und unzweideutige Willenserklärung erfordert wird ²⁾. Wenn der Erblasser über die Frage, welchem Auerben der Hof zufallen soll, eine Bestimmung überall nicht getroffen hat, so entscheidet auch hier zunächst die gemeinrechtliche Ordnung und die Nähe des Grades, jedoch finden, insbesondere bei Erben gleichen Gra-

1) Landess. Circul. Rescr. vom 13. Mai 1831. Nr. 10. in der Einleitung. — Nach der übereinstimmenden Ansicht der Obergerichte ist indeß der öffentliche Verkauf in dem Falle allerdings zulässig, daß darauf von mehreren Berechtigten oder von demjenigen derselben, welcher rechtlich zunächst dabei theilhaft ist, daß den Miterben zu ihren Theilen nur Abfindungen ausgesetzt werden, angetragen wird. Grk. des Ob. Land. Ger. vom 22. Octbr. 1827. und des Ob. Appell. Ger. vom 22. Juli 1828. J. C. Kremling c. Kremling.

2) Die Erkenntnisse der Obergerichte lassen hierüber keinen Zweifel zu, z. B. das Grk. des Ob. Land. Ger. vom 27. Febr. 1834. und des Ob. Appell. Ger. vom 17. Juni 1834. J. C. Bethge c. Bethge. — Desgl. des Ob. Land. Ger. vom 13. Decbr. 1837. J. C. Lehnhof c. Meier. — Vergl. Scholz, Jurist. Magazin n. F. Bd. 1. Heft 3. Nr. 4. — Derselbe, Abfindungen von Bauer-
gütern §. 19. *adg. n. 7. Jan 1852 ft. Volking c. Lepermann.*

des, Eigenthümlichkeiten Statt, die hauptsächlich auf Observanz beruhen; unser Particularrecht enthält für solche Fälle keine allgemeine Vorschriften. Diese Observanzen sind indeß keineswegs sämmtlich festbestehend oder nur in allen Landestheilen gleich, vielmehr nicht selten selbst in benachbarten Dörfern sehr verschieden. Versuche, die Observanzen zum Zwecke einer gesetzlichen Feststellung zu sammeln, sind bisher ohne genügendes Resultat geblieben. Die gewöhnlichsten, zum Theile mit dem gemeinen Erbrechte zusammenfallenden Observanzen sind folgende:

1) Die Leibeserben des Ehegatten, von dem der Hof herkömmt, haben ein Vorrecht vor dem aufgeheiratheten Ehegatten ³⁾, und dieser hat ein solches vor den Ascendenten und Collateralen nach dem Sprichworte »längst Leib, längst Gut« ⁴⁾.

2) Im Allgemeinen haben bei Erben gleichen Grades die männlichen Nachkommen vor den weiblichen einen Vorzug ⁵⁾, und die Kinder erster Ehe vor denen aus späteren

3) Wenn dieser mit dem Anerben concurrirt, so besteht sein Erbtheil in dem Nutzungsrechte des Colonats, welches bei dem Vater für dessen Lebenszeit und bei der Mutter so lange währt, bis der Anerbe im Stande ist, das Colonat zu verwalten. Der überlebende Ehegatte darf an diesem Rechte einen zweiten Ehegatten Theil nehmen lassen, resp. dasselbe auf diesen übertragen, und bei dem Aufhören des Rechts oder dem Entsagen auf dasselbe hat sowohl jener, als auch der zweite Ehegatte Anspruch auf eine Leibzucht, wie denn auch die Kinder aus dieser zweiten Ehe gewöhnlich eine Abfindung erhalten. Vergl. Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten auf deutschen Bauergütern §. 19 flg. — Hagemann, Pract. Erört. Bd. 7. Nr. 40. — Es widerspricht übrigens den bauerrechtlichen Principien keineswegs, daß selbst der bereits auf dem Allentheile sich befindende Colon wiederum zu dem, durch den Tod des Besitzers eröffneten Colonate gelangen und dasselbe aus einem neuen, besondern Rechtsgrunde nochmals erwerben kann. Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 26. Febr. 1833. J. S. Alte c. Eppers. — Desgl. des Ob. Appell. Ger. vom 23. Juli 1833 in derselben Sache.

4) Vergl. Scholz, Abfindungen von Bauergütern §. 39.

5) Vergl. Walbeck, Controversen-Entscheidungen S. 229. Note. —

1) 029 f. r. n. 1. Febr. 1839, J. S. Fuhrmann c. Heinemann.

Ehen, doch treten in beiden Fällen nicht selten Ausnahmen ein und es beruhet namentlich die letzte Regel keineswegs auf einer allgemeinen Rechtsgewohnheit ⁶⁾.

3) Zuweilen hat der älteste Sohn, zuweilen der jüngste ein Vorrecht vor seinen Geschwistern ⁷⁾, auch wohl in Ermangelung der Söhne die älteste oder jüngste Tochter. Bei der Succession der Collateralen wird das Majorat oder Minorat nicht berücksichtigt ⁸⁾.

4) Es wird auch wohl dem für den tüchtigsten befundenen Sohne, und in Ermangelung der Söhne einer noch unversorgten Tochter, und unter mehreren noch unverheiratheten Töchtern derjenigen, welche sich anständig zu verheirathen Gelegenheit findet, ein Vorzug eingeräumt ⁹⁾.

Wenn der Auerbe vom Erblasser nicht benannt ist, auch eine Observanz über das Erbfolgerecht nicht besteht und die Gleichberechtigten sich nicht einigen können, so entscheidet das Loos ¹⁰⁾.

Scholz, Abfindungen von Bauergrütern §. 17. — Hagemann a. a. O. — Geseuius, Meierrecht Bd. 2. S. 375.

- 6) Ein solches Vorzugsrecht gründet sich so wenig auf das röm., als auf das deutsche Recht; allein in den Gegenden, wo es gilt, überwiegt es den etwa daneben bestehenden, aus dem Majorate oder Minorate herzuleitenden Vorzug, so daß in Ermangelung elterlicher oder anderweiter Bestimmung, bei der Concurrenz von Kindern aus verschiedenen Ehen, das jüngste oder älteste Kind aus einer frühern dem jüngsten oder ältesten Kinde aus einer spätern Ehe vorgeht. In diesem Sinne erkannte das Ob. Land. Ger. am 13. Decbr. 1837. J. C. Lehnhof c. Meier.
- 7) S. über die Verschiedenheit und die Unbestimmtheit der bestehenden Observanzen Geseuius, Meierrecht Bd. 1. S. 538 flg. — Im vormaligen Amte Wickensen besteht die Observanz eines auf die Töchter sich erstreckenden Minorats, mit Ausnahme des Dorfs Euerbissen. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 4. August 1826. J. C. Störmer c. Coers und des Ob. Appell. Ger. vom 26. Febr. 1830. J. C. Fischer c. Fischer.
- 8) Vergl. Scholz, Abfindung von Bauergrütern §. 17. — Derselbe, Practische Bemerkungen über Majorat, Minorat und K örrecht in der Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht Bd. 1.
- 9) Geseuius, Meierrecht Bd. 1. S. 510.
- 10) Refcr. der Just. Canzlei vom 16. Decbr. 1718. Promt. II. 110.

Im Amte Thedinghausen allein steht die Erbfolge-Ordnung gesetzlich fest. Es gilt daselbst das Minorat, indess haben die Kinder erster Ehe vor denen aus späteren Ehen, und nach einem festbegründeten Gewohnheitsrechte die Söhne vor den Töchtern ein Vorzugsrecht ¹¹⁾).

Im Falle mehrere Höfe im Wege des Intestat-Erbrechts unter mehreren Gleichberechtigten zur Theilung kommen, so sollen jene nicht auf einen und denselben, sondern auf verschiedene Erben übergehen, so daß ein Erbe nicht mehr als einen Hof erhält ¹²⁾).

Kinder, welche aus dem Hofe wegheirathen oder sich außer demselben niederlassen, und zu diesem Zwecke von den Eltern ausgesteuert werden, treten damit aus der Gemeinschaft, worin sie bis dahin mit ihren Geschwistern in Ansehung der Nachfolge in den Hof und des Rechts zum Naturalbesitze desselben gestanden haben, und verlieren ihren Anspruch auf solchen Naturalbesitz ¹³⁾).

Schon oben im §. 242 ist angeführt, daß das Nach-

— Landesf. Circul. Rescr. vom 13. Mai 1831. Nr. 10. — Vgl. Waldeck, Controversen-Entscheidungen S. 223. — Eine Wahl unter den Nachfolgeberechtigten steht nach hiesigen Landesgesetzen dem Gutsherrn nicht zu, wie in manchen Provinzen des Königreichs Hannover der Fall ist. S. Hagemann a. a. D. Bd. 6. Nr. 85. — Pufendorf, Observat. jur. univ. T. 3. Obs. 182. — Eine von dem Obigen völlig abweichende Obsequanz findet sich im Fürstenthume Blankenburg und im Stiftsamte Walkenried, indem hier bei eröffnetener Intestat-Erbfolge die Erben zusammentreten und sich entweder über den Werth des Hofes für den Auerben einigen, oder solchen unter sich versteigern. S. Scholz, Intestat-Erbrecht der Ehegatten auf Bauerngütern S. 148. §. 62.

11) Landesf. Verordn. vom 25. April 1776. — Attest vom 22. März 1798. Promt. II. 140.

12) Landesf. Rescr. vom 3. Novbr. 1760. — Verordn. vom 4. Mai 1778. Promt. I. 72. S. §. 209. c.

13) Dieser Grundsatz des Bauerrechts ist von den Gerichten des Landes als feststehend angenommen und wird fortwährend befolgt. Erf. des Ob. Land. Ger. vom 16. August 1825. J. C. Drösemeyer c. Drösemeyer. — Desgl. vom 26. Febr. 1823. J. C. Alte c. Eppers.

folgerecht in ein Bauergut sich lediglich nach dem Zeitpunkte der Erbverlassung bestimmt; es wird dasselbe dem Auerben, im Falle der Intestat-Erbfolge, in dem Augenblicke, in welchem der Erblasser gestorben ist, deferirt und von ihm unter den nöthigen Voraussetzungen erworben, auch nach dem Tode des Erben auf dessen Nachfolger transferirt ¹⁴⁾.

§. 245.

IV. Von der Abfindung der nicht zur Succession gelangenden Erben.

Die Erben, welche nicht zur Succession in das Bauergut gelangen, erhalten als Surrogat dafür und für das mit dem Gute als Pertinenz verbundene Erbe ¹⁾ eine Abfindung oder Aussteuer ²⁾, welche gewöhnlich in baarem Gelde und Naturalien, zuweilen auch wohl in Länderei besteht ³⁾. Letztere muß indeß von einer solchen Qualität sein, daß der Colon darüber ein freies Dispositionsrecht hat, und es ist ausdrücklich verboten, den Kindern Lehn-, Erbenzins- und

14) Runde, Interimswirthschaft S. 82. — Scholz, Abfindungen von Bauergütern §. 15. 37 u. 40. — Hagemann, Pract. Erört. Bd. 7. Nr. 54. — Vergl. §. 247. Note 1.

1) Dieser Grund tritt insbesondere bei den Kindern des Interimswirths ein, die neben den Kindern des verstorbenen Hofeigenthümers kein Erbrecht auf das Colonat haben, sondern deren Anspruch auf eine Abfindung sich lediglich auf die von dem Interimswirthe gemachten Verwendungen in den Hof gründet. S. §. 247.

2) Den Abzufindenden kommt bis zu ihrer Befriedigung ein aus dem Miteigenthume hervorgehendes dingliches Recht am Gute zu, welches sich unter Anderm durch den Vorzug der Erbgelber im Concurse, oder eigentlich durch das ihnen darin gebührende Separationsrecht äußert. S. v. Bülow, Abhandlungen über einzelne Materien des bürgerlichen Rechts Th. 1. Abhandl. 6. — Scholz, Abfindungen von Bauergütern §. 64.

3) Neben der Abfindung wird häufig auch die Lieferung des Ehrenkleides und die unentgeltliche Beschaffung der Hochzeit durch den Auerben zugesichert. Diese Prästationen stehen der Abfindung gleich, sind aber nach der Praxis durch Vollziehung der Hochzeit streng bedingt, weshalb bei nicht erfolgtem Eintritte derselben eine Entschädigung nicht gefordert werden kann.

- Daselbst u. d. Fortsetzung 36 2. 17 2. 1. 203.

Langslet v. d. Fortenningen Jff 2. Lr 2. S. 203.

besondere im Stande bleiben, die öffentlichen und gutherrlichen Abgaben und Leistungen gehörig zu prästiren 7).

Die allgemeine Landes-Ordnung 8) bestimmt die Größe der Abfindung zum Höchsten von einem Ackerhofs auf 30 Fl., von einem Halbmeierhofs auf 15 Fl. und von einem Rothhofs auf 8 Fl. nebst den Hochzeitskosten, und verbietet eine höhere Auslobung bei Strafe doppelter Zahlung dessen, was jene Sätze überschreitet. Diese Bestimmung, welche ohnehin bei den veränderten Zeitverhältnissen nicht mehr unbedingt zur Anwendung kommen kann 9), beschränkt sich jeden Falls

7) Verordn. vom 4. April 1620. Promt. I. 207. — Instruction vom 17. Juni 1760. §. 12. Promt. I. 82. — Cammer-Rescr. vom 27. April 1825. Bege I. 175. — Wenn die Confirmation ertheilt ist, so steht dem Hofanerbem, welcher sich wegen anders befundener oder geänderter, oder bei der Confirmation gar nicht, oder nicht hinlänglich beachteter Umstände und Verhältnisse für beschwert erachtet, die Befugniß nicht zu, auf eine nochmalige Prüfung derselben, und zu dem Ende auf Untersuchung der Hofeskäfte zum Zwecke der Verminderung der Lasten gegen die Berechtigten klagbar zu werden. Erkenntn. des Ob. Appell. Ger. vom 16. Januar 1835. (Ein Abdruck desselben findet sich in Scholz, Jurist. Magazin Bd. 1. Heft 1. S. 107 flg.) Anders wird es sich in dem Falle verhalten, daß der Hof bei Uebertragung durch ein Testament zu stark mit Abfindungen oder Leibzuchten beschwert ist, indem dabei die Confirmation nicht Statt findet, und deshalb der Staat keine Gelegenheit gehabt hat, bei einer solchen Hofs-Uebertragung das öffentliche Interesse zu wahren. Vergl. Scholz, Abfindungen aus Bauergütern §. 28. — Wenn sich bei der Confirmation vorangehenden causae cognitio, oder bei einer testamentarischen Bestimmung über die Vererbung des Colonats zeigt, daß derselbe durch Abfindungen oder Leibzucht zu sehr beschwert ist, so müssen diese selbst dann herabgesetzt werden, wenn auch der Anerbe erklärt haben sollte, daß er alle Schulden kenne und übernehmen wolle, weil die durch eine solche Erklärung übernommene persönliche Verpflichtung gegen die das Gemeinwohl, die Erhaltung der Höfe, bezweckende landesgesetzliche Bestimmung nicht in Betracht kommen darf. In diesem Sinne hat das Ob. Land. Ger. unterm 26. Januar 1827. J. G. Brünig c. Brünig erkannt.

8) Art. 32 u. 33. Promt. I. 2.

9) Daß diese Ansicht von der Praxis angenommen ist, unterliegt keinem Zweifel. Die Obergerichte haben sich häufig im Sinne der-

auf die vom Hofe selbst erfolgende Ablage und bezieht sich nicht auch auf den übrigen Nachlaß des Erblassers, vielmehr bleiben hieran den auf solche Weise vom Hofe abgefundenen Erben ihre Rechte vorbehalten.

Nicht nur den Kindern des Hofeigenthümers, sondern in der Regel auch den Kindern des Interimswirths und des auf den Hof heirathenden Ehegatten steht *de jure* ein Anspruch auf eine Abfindung vom Hofe zu, bei deren Bestimmung auf dasjenige, was jener in den Hof gebracht, besonders aber auch auf seine Wirthschaftsführung, und darauf, ob von ihm das Gut und Mobidium im Stande erhalten ist, Rücksicht genommen werden muß. S. §. 247.

Wenn der Termin, zu welchem die Abfindungen fällig sein sollen, nicht bestimmt ist, so werden dieselben nach einer allgemeinen Observanz erst dann entrichtet, wenn die abzufindenden Erben sich verheirathen, oder vom Hofe kommen und einen eigenen Haushalt anfangen ¹⁰⁾; die Abfindungsgelder werden aber bis dahin nicht verzinst ¹¹⁾. Dagegen hat der Hofbesitzer die Verpflichtung, den noch nicht abgefundenen, unverheiratheten Erben Wohnung und Unterhalt im Hofe zu geben, wofür diese ihren Kräften angemessene Arbeiten leisten müssen ¹²⁾. Diese Verpflichtung der Alimentation

selben ausgesprochen, z. B. das Ob. Land. Ger. in einem Erk. vom 19. April 1836. J. C. Pels c. Greune.

- 10) Die Rechtsgültigkeit dieser Observanz leidet nach der heutigen Praxis keinen Zweifel. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 19. Juni 1828 und des Ob. Appell. Ger. vom 13. Novbr. 1829. J. C. Henke c. Henke. — Vergl. v. Bülow und Hagemann, Practische Erbt. Bd. 3. Nr. 16. und Bd. 7. Nr. 57.

Wenn der Fälligkeitstermin der Abfindung auf die Zeit der Verheirathung bestimmt ist, so kann dieser die Volljährigkeit allein nicht gleich gesetzt werden, wohl aber, nach der muthmaßlichen Absicht der Contrahenten, der Fall, wenn der Abzufindende auf andere Weise, als durch Heirath ein bleibendes Unterkommen außer dem Hofe findet. In diesem Sinne hat sich das Ob. Land. Ger. in einem Rejekt. vom 27. Januar 1834. J. C. Wiesener c. Fricke ausgesprochen.

- 11) Vergl. Scholz, Abfindungen von Bauergütern §. 59.

- 12) Ueber die Frage, ob der Abzufindende Lohn vom Hofbesitzer ver-

erstreckt sich insbesondere auch auf ungesunde und gebrechliche Miterben in dem Maße, daß solche lebenslänglich im Hofe verpflegt werden müssen; wogegen ihre Abfindung im Hofe bleibt ¹³⁾. Die noch nicht betagten ¹⁴⁾ Abfindungen der unverheirathet sterbenden Miterben des Hofbesizers fallen diesem, mit Ausschließung der übrigen Miterben, an, wenn keine Convention entgegen steht ¹⁵⁾ und der Verstorbene keine Leibeserben nachläßt. In letzter Beziehung ist gesetzlich bestimmt, daß die Abfindungen der unverheirathet gestorbenen Töchter, wenn dieselben uneheliche Kinder nachlassen, diesen

langen kann? s. Scholz a. a. D. §. 48. — Strube, Rechtl. Beh. Nr. 67. a. (III. 49.) — v. Bülow u. Hagemann, Pract. Erört. Bd. 2. Nr. 55. u. Bd. 7. Nr. 78.

13) Die fragl. Verbindlichkeit des Hofbesizers ist jedoch ihrer Natur nach nur subsidiarisch für den Fall, daß die ungesunden Kinder ihre Existenz durch ein eigenes Vermögen nicht begründen können. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 19. Juni 1828 und des Ob. App. Ger. vom 13. Novbr. 1829. J. C. Henke c. Henke. — Vergl. Runde, Leibzucht Th. 2. §. 20. — Scholz, Jurist. Magaz. n. F. Bd. 1. Heft 4. S. 65. Note. — Derf., Abfindungen von Bauer-
gütern §. 47.

14) Wenn der Todesfall des Abzufindenden nach eingetretenem Zahlungstermine erfolgt, so fällt die Abfindung den gesetzlichen Erben desselben zu. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 1. Juni 1832. und des Ob. Appell. Ger. vom 7. Januar 1833. J. C. Eilers c. Eilers. — Vergl. Scholz, Abfindungen von Bauer-
gütern §. 58.

15) Attest der Justiz-Canzlei vom 18. August 1751. Promt. I. 2. — Circul. Refcr. der Just. Canzl. vom 15. Febr. 1753. Promt. II. 82. — Das Erk. des Ob. Land. Ger. v. 19. Juni 1828. J. C. Henke c. Henke bezeichnet die obige Observanz als unzweifelhaft und durch die Praxis der Obergerichte hiesigen Landes anerkannt. In diesem Erkenntn. wird zugleich angeführt, daß nach der gleichmäßigen Praxis des Ob. Land. Ger. und des Ob. App. Ger. jener Grundsatz nicht nur von der in baarem Gelde bestehenden Abfindung, sondern von allem, was von dem Hofe und dessen untrennbarem Inventare zur Abfindung ausgesetzt sei, gelte, mithin nur von demjenigen, was außer dem Hofe und dem untrennbaren Inventare zum Nachlasse eines Bauers gehöre, den Kindern ein Erbtheil nach gemeinen Erbgangsrechten gebühre, auf welches sich die fragliche Observanz nicht erstreckte. Ein ganz ähnliches Herkommen besteht im Hannoverschen. Hagemann, Pract. Erört. Bd. 7. Nr. 57.

ausgezahlt werden sollen, weil jene sich durch außereheliche Schwängerung der Abfindung nicht verlustig machen ¹⁶⁾. Nach einer gewöhnlichen, der Billigkeit entnommenen Ansicht muß sich der Abzufindende, wenn dem Hofbesitzer die Entrichtung der Abfindungen in einer Summe zu schwer fällt, terminliche Zahlungen gefallen lassen ¹⁷⁾.

§. 246.

V. Von der Leibzucht oder dem Altentheile.

Gichhorn, §. 365.

Wenn der Besitzer eines Bauerhofs, insbesondere eines Meierhofs, durch Alter und Schwachheit, oder aus anderen Gründen zu dessen gehöriger Bewirthschaftung unfähig geworden ist, so erfordert sowohl das Interesse des Gutsheerrn, als auch das des Staates in Rücksicht auf die Conservation der Bauerhöfe in ihrem Bestande, daß der Hof an einen fähigern Wirth abgegeben wird ¹⁾. Der abtretende Hofswirth hat in diesem Falle das Recht auf die Leibzucht oder den Altentheil, das heißt, auf lebenslängliche Versorgung aus dem Hofe ²⁾.

Das Leibzuchts- oder Altentheilsrecht ist ein dingliches, von dem Eigenthumsrechte des neuen Hofbesizers unabhängiges Recht, so daß dasselbe auch dann bestehen bleibt, wenn

16) Landesf. Resolut. vom 27. Juni 1748. Promt. I. 2. — Vergl. Scholz, Intestat-Erbrecht der Ehegatten 2c. S. 102.

17) Scholz, Abfindungen von Bauergrütern §. 59. a. — v. Liebhaber, Einleitung in das braunsch. lüneb. Landrecht Th. 2. S. 415. — Eine gesetzliche Vorschrift, wie z. B. die hildesheimische Verordn. vom 9. April 1781. Abschn. II. §. 16 enthält, findet sich hierüber in der vaterländischen Gesetzgebung nicht.

1) Vergl. Kunde, Rechtslehre von der Leibzucht Th. 2. §. 6. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 56.

2) Vergl. Kunde a. a. D. §. 15 flg. — Zu Arbeiten auf dem Hofe ist der Leibzüchter dem Wesen und der Natur des Instituts nach nicht verpflichtet, wenn sich eine solche Verbindlichkeit nicht etwa auf Observanz oder auf ausdrückliche Uebereinkunft gründet. Kunde a. a. D. §. 81. — Hagemann, Pract. Erört. Bd. 7. Nr. 51.

letzteres verloren wird ³⁾. Bei dem abtretenden Hofbesitzer, von welchem das Colonat herkömmt, hat die Leibzucht die Natur eines reservirten Nuzungsrechts, wogegen das Leibzugsrecht bei dem auf den Hof Heirathenden, mag dies der Mann oder die Frau sein, theils darauf sich gründet, daß das eingebrachte Heirathsgut in den Hof verwandt ⁴⁾ wird und nicht zurückgefordert ⁵⁾ werden kann, theils als eine Entschädigung für die dem Hofe geleisteten Dienste angesehen wird, indem für beides zunächst ein Mitverwaltungs- und Mitbenutzungsrecht (*communio bonorum usufructuaria*) als Surrogat, und in Folge dessen bei der Abgabe des Hofes das Recht auf die Leibzucht eintritt ⁶⁾.

Worin die Leibzucht bestehen soll, wird in den meisten Fällen durch Vertrag, auch wohl durch letztwillige Disposition bestimmt. Existirt eine solche Bestimmung nicht, so entscheidet darüber Observanz oder richterliches Ermessen ⁷⁾.

- 3) Runbe a. a. O. §. 49. — Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 5. Nr. 33. Bd. 7. Nr. 51. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 57. S. 90. Note. — Des Vorbehalts einer Hypothek bedarf es daher nicht. Vergl. Haubold, Sächsisches Privatrecht §. 462.
- 4) Die Anwendung des Grundsatzes, daß der inferirte Brautschatz dem Bauergute verfällt, ist indeß nicht gerade durch die wirkliche Verwendung des Brautshatzes bedingt, vielmehr leidet derselbe überhaupt dann Anwendung, wenn nur der Brautshatz zum Besten des Hofes bestimmt und des Hofes wegen in die Ehe inferirt ist. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 6. März 1834. J. S. Friede c. Friede. S. auch §. 15. Nr. 6.
- 5) Von einigen Rechtslehrern wird dem Inferenten dann ein Zurückforderungsrecht zugestanden, wenn derselbe auf die Leibzucht verzichtet, und es halten dieselben dafür, daß, da die Leibzucht den landesgesetzlichen Erbtheil des überlebenden Gatten in sich schliesse, diesem das Recht zustehen müsse, statt der Leibzucht nicht nur seine Illaten, sondern außerdem auch jenen Erbtheil zu fordern. Vergl. Pufendorf, Animadv. T. I. Nr. 94. §. 2 u. 3. — Runbe a. a. O. S. 374. — Ein solches Wahlrecht dürfte sich aber mit den bauerrechtlichen Grundsätzen über die Vermögens-Verhältnisse der Eheleute schwerlich in Einklang bringen lassen. S. §. 15. Nr. 6.
- 6) Vergl. Runbe a. a. O. §. 18 u. 19. — Hagemann, Practische Erört. Bd. 2. Nr. 35. Bd. 8. a. Nr. 23.
- 7) Die Leibzucht besteht gewöhnlich in einer Wohnung, dem Genuße

Vor Allem kommen bei der Feststellung der Größe der Leibzucht die Kräfte des Hofes und die demselben zugebrachten Vortheile und Leistungen in Betracht ⁸⁾. Von den administrativen Behörden soll darauf gesehen werden, daß die Höfe möglichst lange von Leibzuchten befreiet bleiben und diese so mäßig, als den Umständen nach thunlich ist, bestimmt werden ⁹⁾; so wie auch darauf, daß, wenn der abtretende Hofswirth mehrere Höfe besitzt, derselbe diese nicht sämmtlich auf ein Mal, unter Vorbehalt einer Leibzucht, abgebe, vielmehr einen Hof wenigstens so lange zur Leibzucht behalte, bis eins seiner übrigen Kinder zur Antretung des Hofes befähigt sein werde ¹⁰⁾.

Der Leibzüchter kann, der Regel nach, die Leibzuchts-Prästationen nur auf dem verpflichteten Colonate verlangen; wenn er indeß dieselben hier gehoben hat, so trifft ihn in der Wahl des Ortes, wo er sie verzehren will, keine weitere Beschränkung, als daß dem Hofbesitzer dadurch keine neue Last aufgebürdet, oder die bestehende vermehrt werden darf ¹¹⁾. Der Leibzüchter verliert daher durch das Verlassen des Hofes in der Regel alle die Emolumente ¹²⁾, welche er an einem andern Orte ohne Schaden des Hofbesizers nicht würde genießen können. Hinsichtlich der Leibzuchtsländerei bestehen in Berücksichtigung dieser Grundsätze, die particularrechtlichen

gewisser Länderei, Beköstigung und anderen Naturalien, selten in einem Geld-Äquivalente. Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 57.

8) Vergl. Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten auf Bauergütern S. 32.

9) Instruction v. 17. Juni 1760. §. 12. Promt. I. 82. — Landesf. Rescr. vom 24. Juni 1788. Promt. I. 446. — Cammer-Rescript vom 14. Novbr. 1821. Bege I. 171. und vom 27. April 1825. Bege I. 175.

10) Landesf. Rescr. vom 3. Novbr. 1760. — Verordn. vom 4. Mai 1778. Promt. I. 72.

11) Vergl. Runde a. a. O. §. 48 u. 81. — v. Liebhaber, Braunsch. Landrecht Bd. 2. S. 416. — Hagemann, Pract. Erörter. Th. 2. Nr. 51.

12) z. B. Fütterung und Wohnung, Ausfütterung einer Kuh etc.

Bestimmungen, daß dem Leibzüchter, wenn er den Hof verläßt und außer Landes zieht, nicht gestattet ist, die Leibzuchtsländerei ferner selbst abzuernenden, das geerntete Korn und Stroh außer Landes zu verschleppen, oder die Länderei an auswärtige Unterthanen zu verpachten. In einem solchen Falle ist der Leibzüchter vielmehr gehalten, die Leibzuchtsländerei seinen Kindern oder dem Hofbesitzer gegen ein angemessenes Pachtgeld zu überlassen. Aber auch dann, wenn der Leibzüchter, ohne das Colonat zu verlassen, die ihm zur Nutzung überlassene Länderei nicht selbst cultiviren, sondern verpachten will, soll dem Hofbesitzer ein Vorpachtrecht zustehen, dieser indeß gehalten sein, dem Leibzüchter ein ebenso hohes Pachtgeld zu zahlen, als ein Dritter geboten hat ¹³⁾.

Die Erlegung der öffentlichen und Gemeinde-Abgaben von der Länderei und dem Viehe, deren Nutzung zur Leibzucht bestimmt ist, liegt dem Hofwirth ob, und dieser ist nur insofern befugt, die Erstattung derselben von dem Leibzüchter zu verlangen, als dies vertragsmäßig zwischen ihnen bestimmt ist. Wenn der Leibzüchter sich Grundstücke eigenthümlich, oder von mehreren Höfen den einen zur Leibzucht vorbehalten hat, so liegt ihm ob, die öffentlichen und Gemeinde-Abgaben, welche auf diese Grundstücke oder diesen Hof und das davon durchwinterte Vieh veranlagt sind, zu erlegen ¹⁴⁾.

Nach dem Tode des Leibzüchters ¹⁵⁾ fällt die Leibzucht

13) Verordn. vom 23. Septbr. 1737. Promt. II. 82. — Gemeinrechtlich ist eine solche Beschränkung des Leibzüchters bei der Verpachtung der Leibzuchtsländerei nicht anzunehmen; die hannöv. Praxis hat sich ebenfalls dagegen ausgesprochen. Runde a. a. D. §. 41 u. 81. — Pagemann a. a. D.

14) Gesetz vom 25. April 1840. Nr. 16. — Ueber die zum Theil abweichenden gesetzlichen Bestimmungen, Observanzen und Rechtsansichten in anderen Ländern s. Runde a. a. D. §. 57.

15) Durch den bürgerlichen Tod wird die Verpflichtung zur Leistung der Leibzucht, weil dieselbe in Alimenten besteht, nicht aufgehoben. Scholz a. a. D. S. 86. — Pagemann, Pract. Erörter. Bd. 7. Nr. 51. — Runde a. a. D. §. 80 am Ende. — Auch verliert eine Wittve, welche die Leibzucht bezieht, durch außereheliche

an den Hof zurück ¹⁶⁾, wogegen der übrige Nachlaß an die Intestat- oder Testamentserben übergeht ¹⁷⁾. Wenn beide Ehegatten die Leibzucht bezogen haben und einer von ihnen verstirbt, so behält der überlebende, nach der gewöhnlichen Observanz, die untheilbaren Leibzuchtsgegenstände ganz, von den theilbaren aber nur die Hälfte, es müßte denn das Altentheils-Object den Bedarf der Leibzüchter völlig decken sollen und dieser Bedarf für den einen Leibzüchter durch den Tod des andern nicht vermindert werden, z. B. Holz zur Feuerung ¹⁸⁾. Auch pflegt dann eine Ausnahme von der Verpflichtung zur partiellen Zurückgabe der theilbaren Leibzuchtsgegenstände zu Gunsten des überlebenden Leibzüchters einzutreten, wenn dieser noch unerzogene Kinder zu ernähren hat ¹⁹⁾. Im Falle der überlebende Leibzüchter sich wieder verheirathet ²⁰⁾, haben in der Regel so wenig die aus dieser Ehe erfolgenden Kinder, als der einheirathende Ehegatte einen Anspruch auf Alimente, Abfindungen oder Leibzucht

Schwängerung die Leibzucht nicht. Strube, Rechtl. Bedenk. 170. (V. 140.) — Runde a. a. D. §. 83. — Die Frage, ob die in einer Ehestiftung stipulirte, aber noch nicht genossene Leibzucht dann verloren gehe, wenn auf Scheidung der Ehe erkannt werde? bejahen v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. I. Nr. 52. Bd. 7. Nr. 51. — Runde a. a. D. §. 83.

16) Rescr. der Justiz-Canzlei vom 15. Febr. 1753. Promt. II. 83. — Runde a. a. D. §. 52.

17) Runde a. a. D. §. 52. — Strube, Rechtl. Bed. Nr. 168. (V. 34.) — Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten auf Baugutern S. 86. — Es ist daher der Hofbesitzer als solcher nicht verbunden; die Schulden des Leibzüchters zu bezahlen. Strube a. a. D. Nr. 171. (V. 42.) und 172. (V. 67.) — Runde a. a. D. §. 51. — Hagemann, Landwirtschaftsrecht §. 57 am Ende.

18) Vergl. Scholz a. a. D. §. 29. h. — Runde a. a. D. §. 80. — Gefenius, Meierrecht Bd. 1. S. 548.

19) S. Gefenius a. a. D. Bd. 1. S. 549. — v. Liebhaber, Braunschweigisches Landrecht Bd. 2. S. 416. — Scholz a. a. D. S. 84. — Der entgegengeetzten Ansicht ist Runde a. a. D. §. 80 am Ende.

20) Die Verheirathung des Leibzüchters wird nach Ansicht des §. 2 der Verordn. vom 24. März 1825. Nr. 4 nur in wenigen Fällen polizeilich gestattet werden können.

aus dem Hofe, vielmehr müssen dieselben den Hof nach dem Tode des Leibzüchters ohne Weiteres räumen ²¹⁾; Ausnahmen, die auch hierbei nicht selten vorkommen, gründen sich häufiger auf Vertrag als auf Observanz.

Obwohl die Begräbniskosten des Leibzüchters, wenn der Hofbesitzer dieselben nicht vertragsmäßig übernommen hat, nach gemeinrechtlichen Principien von den Erben des Leibzüchters und in dem Falle, daß dieser kein Vermögen hinterläßt, aus der Armencaße bestritten werden müssen ²²⁾, so besteht doch nicht selten ein Gewohnheitsrecht, wonach der erststerbende Leibzüchter von dem Besitzer des Hofes, und der letztsterbende von seinem Nachlasse beerdigt wird ²³⁾.

§. 247.

VI. Von der Interimswirthschaft.

Sichhorn, §. 366.

Wenn der Hofbesitzer verstirbt und der Erbe, auf welchen das Colonat übergeht ¹⁾, temporair, insbesondere wegen

21) G. Runde a. a. D. §. 21 u. 42. — Strube a. a. D. Nr. 33. (II. 145.) — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 57. — Vergl. Gesenius a. a. D. Bd. 1. S. 554.

22) Runde a. a. D. §. 53. — Strube a. a. D. Nr. 171. (V. 42.)

23) Gesenius a. a. D. Bd. 2. S. 555.

1) Die Interimswirthschaft setzt voraus, daß die Nachfolge in ein Colonat eröffnet und dieses einem neuen Colonen bereits angefallen ist. Runde, Rechtslehre von der Interimswirthschaft §. 23. — Struben, De jur. villic. Access. VI. p. 419. — Es kann daher nicht mehr von einer bloßen Hoffnung auf die Erwerbung des Colonats die Rede sein, vielmehr ist dasselbe schon ein wahres gegenwärtiges Vermögensstück des Nachfolgers geworden, und daher auf seine Erben nach gemeinrechtlichen Principien übertragbar. Sichhorn §. 337. — Runde, Deutsches Privatrecht §. 687. — Dieser Rechtsgrundsatz findet ohne Zweifel seine Anwendung nicht nur, wenn es sich von der Nachfolge in den eigentlichen Besitz des Hofes, sondern auch, wenn es sich um Abfindungen aus demselben handelt, so wie auch, wenn noch nicht feststeht, Wer unter mehreren Miterben den Hof, und Wer nur einen Civilertheil erhalten soll, und deshalb die Gesamtheit Aller als Inhaberin der Proprietät des Colonats angesehen werden muß. Daß nach diesen, in der Theorie

Minderjährigkeit, behindert wird, dem Hofe vorzustehen, so pflegt ²⁾ die Bewirthschaftung und der Genuß des Hofes auf gewisse Jahre (Mahl-, Interims-, Wirthschaftsjahre), in der Regel bis zur Volljährigkeit des Anerben, einem Dritten (Interimswirthe) überlassen zu werden, welcher als Vertreter des Anerben handelt ³⁾. Am gewöhnlichsten entsteht das Institut der Interimswirthschaft durch Verheirathung mit der Wittve des verstorbenen Hofbesizers ⁴⁾. Der Interimswirth ist verpflichtet, das, was er dem Hofe zubringt, zum Nutzen desselben zu verwenden, den Hof gehörig zu bewirthschaften

unbestrittenen Rechtsfällen, auch in der Praxis gehandelt wird, beweist eine Verfügung des Ob. Land. Gerichts I. C. Bues c. Bues, wonach eine Hypothekbestellung, die während der aufgeheirathete Ehegatte dem Hofe vorstand, nöthig geworden war, von den sämmtlichen, noch in ungetheilter Gemeinschaft lebenden Nachfolgern des vorigen Colonen geschehen mußte. Scholz, Abfindung von Bauergütern §. 29. b. — Derselbe, Intestaterbfolge der Ehegatten auf Bauergütern §. 36. c.

- 2) Nicht selten geschieht auch die Verwaltung des Hofes durch einen Vormund oder Curator, der den Hof entweder selbst bewirthschaftet oder verpachtet; namentlich wenn dem Anerben nur noch wenige Jahre an der Volljährigkeit fehlen. Vergl. Runde, Interimswirthschaft §. 31.
- 3) Die Interimswirthschaft gewährt ihrer Natur nach nicht das Colonatrecht selbst, nicht einmal ein temporaires Colonat, sondern lediglich eine temporaire Ausübung desselben, bei welcher der Interimswirth neben dem Gatten, der ihn zu sich aufnahm, bloß der Stellvertreter des eigentlichen Colonen ist. Runde a. a. D. §. 23. — Es begründet daher, wie die erste Zuheirathung, nur eine communio bonorum usufructuaria (§. 15. Nr. 6.), auch die Interimswirthschaft nur eine persönliche Dienstbarkeit an einer fremden Sache, vermöge deren der Berechtigte zwar die Nutzungen daran haben, die Substanz aber nicht angreifen darf. Verfügungen dieser Art können vielmehr, um rechtsbeständig zu sein, nur von den Nachfolgern des Colonen selbst ausgehen, oder wenigstens nur unter deren unmittelbarer Mitwirkung getroffen werden. Diese Rechtsgrundsätze finden sich in der Gesetzgebung befolgt, indem bei Ablösung von bäuerlichen Reallasten der Interimswirth an die Zustimmung des Anerben gebunden ist. (§. 272.)
- 4) Runde a. a. D. §. 30.

und thunlichst zu melioriren ⁵⁾, die Schulden desselben so viel als möglich von den Einkünften abzutragen, die Hofgebäude und Inventariestücke in gutem Stande zu erhalten, und die Kinder des frühern Hofbesizers zu ernähren und zu erziehen ⁶⁾. Für diese Leistungen erwirbt er das Recht auf eine Leibzucht für sich, und auf eine Abfindung für seine Kinder ⁷⁾. Ersatz für Verbesserungen oder Verwendungen kann er nicht fordern ⁸⁾, jedoch nach Umständen eine Vermehrung der bei Uebernahme des Hofes bedingungsweise bestimmten Leibzucht und der Abfindung seiner Kinder erwarten ⁹⁾. Auch erhält der Interimswirth für sich und seine Kinder ein eventuelles Nachfolgerecht für den Fall, daß Alle, welche aus dem frühern Erbfolge ein Anrecht auf den Hof erhalten haben, vor dem Interimswirthe und dessen Kindern verstorben sind, den Hof nicht annehmen wollen, oder zu dessen Bewirthschaftung bleibend unfähig sind ¹⁰⁾. Für Verschlechterungen des Colonats ist der Interimswirth, so weit ihm solche beigemessen werden können, Ersatz zu leisten schuldig, indeß sind diese eben so wenig, als etwaige Verbesserungen nach einzelnen Stücken und deren Werthe bei der Ueberlieferung, sondern im Ganzen und Allgemeinen zu beurtheilen, weshalb bei der Uebergabe des Hofes an den Interimswirth zwar nicht mit einer Abschätzung des Haus- und Hof-Inventars zu verfahren

5) Rescr. des Ob. Land. Ger. vom 2. Juli 1827. Bege I. 177.

6) Runde a. a. D. §. 56 flg. — Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 275. — Gesenius, Meierrecht Bd. 1. S. 555. — v. Liebhaber, Braunschw. Landrecht Bd. 2. S. 373. — Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten auf Bauergütern §. 38. a.

7) Runde a. a. D. §. 79 u. 82. — Gesenius a. a. D. S. 556. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 2. Nr. 35. — Hagemann a. a. D. §. 275.

8) Wenigstens dann nicht, wenn er die Verwendungen von dem in den Hof Eingebachten und von den Hofseinkünften, und nicht etwa von anderm freien Vermögen bestritten hat. Erl. des Ob. Land. Ger. vom 28. Octbr. 1817. J. S. Hesse c. Jacob.

9) Runde a. a. D. S. 276 u. 296. — Rescr. des Ob. Land. Ger. vom 2. Juli 1827. Bege I. 177.

10) Runde a. a. D. §. 87. — Hagemann a. a. D. §. 275.

ren, wohl aber über das dem Interimswirthe zu überliefernde Inventar ein vollständiges Verzeichniß aufzunehmen ist. 11)

Fünfter Abschnitt.

Von den Lehn- und Rittergütern.

§. 248.

A. Einleitung.

Die Geschichte des Lehnwesens zerfällt in drei Perioden, wovon die erste bis zur Erbllichkeit der Lehne, die zweite bis zur Veränderung der Kriegsverfassung, und die letzte bis zur gesetzlich zulässigen Aufhebung des Lehnverbandes führt. Die Erbllichkeit der Lehne wurde schon früh durch die Gewohnheiten des Reichslehnhofs, auch wohl durch die meisten Dienstrechte in den einzelnen Dienstfolgen eingeführt, als allgemeiner Rechtsatz aber nicht früher, als im 11ten Jahrhunderte anerkannt 1). In den hiesigen Landen läßt sich die Ausbildung des Lehnrechts erst seit der Regierung Heinrich des Löwen mit Sicherheit verfolgen; von der Zeit an ging dieselbe aber so rasch vor sich, daß schon Otto das Kind im Jahre 1235 die braunschw. lüneb. Lande dem Reiche zu Lehn auftrug, und dieselben vom Kaiser Friedrich II. mit der Herzogswürde als feudum femininum zurückerhielt 2). Bald kannte man beinahe keinen ansehnlichen Güterbesitz mehr ohne Lehnverband, und selbst der Staatsverband beruhete Jahrhunderte lang nur auf dem Institute des Lehns.

11) Rescr. des Ob. Land. Ger. vom 2. Juli 1827. Bege I. 177.

1) Eichhorn, Deutsch. Rechtsgesch. §. 259. Note c. — Da für die Reichsvasallen die Erbllichkeit am Ende des 10ten Jahrhunderts beim Reichslehnhofe entschieden war, so mußten die Reichsvasallen consequenter Weise dieselbe auch wohl in ihren eigenen Lehnhöfen anerkennen, wie denn auch das für die Lombardei gegebene Gesetz des Kaisers Conrad II. (1037.), welches die Erbllichkeit der Lehne aussprach, nothwendig in Deutschland selbst wirken mußte. Vergl. Mayr, Handbuch des gemeinen und bairischen Lehnrechts §. 12. Note 14. — Pâg, Lehrb. des Lehnrechts §. 13.

2) Koch, Pragmat. Geschichte des Hauses Braunschw. Lüneb. C. 87. — Moser, Braunschw. lüneb. Staatsrecht C. 653. §. 4.

wesens. Die Mannen, welchen das ritterliche Kriegswesen allein oblag, erhoben sich als Wehrstand und Ritterschaft zu einem eigenen, zunftmäßig eingerichteten Stande, und mit ihrer Macht wuchs ihr übermüthiges Streben, sich vom Landesfürsten so viel als möglich unabhängig zu machen, und diesen gleichfalls nur als großen Grundherrschaft zu behandeln. Diese im 13ten bis 15ten Jahrhunderte auf eine für die Fürsten und den bei weitem größten Theil der Landesbewohner höchst beklagenswerthe Weise bestehende, mit einer geordneten Staatsgewalt völlig unvereinbare, unregelmäßige Macht der Vasallen wurde zunächst ³⁾ durch die Veränderung der Kriegsverfassung ⁴⁾ gebrochen, welche die mit so großen Opfern für Staat und Fürst erkaufte Kriegshülfe der Vasallen entbehrlich machte. Diese suchten zwar in hartnäckigem Kampfe die erreichten Vorrechte und ihre politische Wichtigkeit beizubehalten, allein mit ihrem militairischen Zwecke hatte die Lehnverfassung ihre Basis verloren, und die sich mehr und mehr entwickelnde Landeshoheit erforderte neue und festere Grundlagen, so daß das Feudalinstitut nunmehr aus einer Staatsanstalt zu einem besonders modificirten Systeme von Eigenthum herabsank, und sich immer deutlicher als eine für die Gesamtheit drückende Beschränkung der freien Wirksamkeit der Staatsgewalt herausstellte. Das Lehnwesen ging seitdem rasch seinem Verfall entgegen, und das Zeitbedürfniß, das alte und veraltete Institut völlig zu vertilgen, trat immer bestimmter hervor. Es wurde daher im §. 37 des Landes-Grundgesetzes vom 12. Octbr. 1832 die Zulässigkeit der Aufhebung des lehnsherrlichen Verbandes ausgesprochen, und späterhin ⁵⁾ selbst die Errichtung neuer

3) Mitwirkende Ursachen waren die Kreuzzüge, weil während der Entfernung der Vasallen dem Regenten freiere Hand blieb, so wie auch der Wachsthum des Handels und das damit verbundene Aufblühen der Städte. Mayr a. a. D. §. 13.

4) Diese bestand in der durch die Erfindung des Schießpulvers nothwendig werdenden andern Bewaffnungsart, die zunächst die Anwerbung von Militair und später die Einführung stehender Heere zur Folge hatte.

5) Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 3.

Lehne gesetzlich verboten. Bei der Aufhebung des Lehnverbandes ist aber zugleich die Fürsorge der Gesetzgebung darauf gerichtet gewesen, daß mit Beseitigung der Nachtheile, welche das Fortbestehen des veralteten Lehnwesens verursacht, nicht zugleich die wohlthätigen Wirkungen desselben aufgehoben werden, ohne sich dieser auf andere Weise zu versichern, weshalb man die Erhaltung der in Folge des Lehnverbandes bestehenden größeren Grundbesitzungen, deren Existenz in gewisser Anzahl bei der Organisation der ständischen Verfassung als nothwendig vorausgesetzt ist, durch die Verwandelung solcher Besitzungen in Familien-Stammgüter zu erreichen gesucht hat.

Die älteste Quelle des vaterländischen Lehnrechts bildet das sächsische Lehnrecht, nach dessen Abschaffung das longobardische Lehnrecht, und neben diesem die deutschen Reichsgesetze eintraten. Die Landesgesetze, welche dem gemeinen Rechte derogiren, finden sich vorzüglich in den Landtags-Abschieden, den landschaftlichen Privilegien und den Hofgerichts-Ordnungen; außerdem auch in nicht zahlreichen Verordnungen, Ausschreiben, Rescripten u., die indeß, mit Ausnahme des Lehn-Aufhebungs-Gesetzes vom 28. März 1737, sich nur auf einzelne Bestimmungen beschränken *).

§. 249.

Sichhorn, §. 192 bis 199.

B. Verschiedene Arten der Lehne. — Afterlehn.

Das charakteristische Kennzeichen, wodurch sich das Lehn im eigentlichen Sinne von anderen Uebertragungen eines nutzbaren Rechts auf einen Andern unter Vorbehalt gewisser Rechte des Verleiher's, insbesondere des Rückfalls beim Eintritt bestimmter Voraussetzungen, unterscheidet, besteht in der gegenseitigen Verpflichtung der Lehnspersonen zu einer besondern Treue (Lehnstreue) 1). Das in der ältern Zeit eben-

6) Mascov, Notitia jur. et judicior. brunsv. luncb. Pag. 13. sqq. — du Roi, Anleitung zur Kenntniß der Quellen und Literatur des braunschw. wolfenb. Staats- und Privatrechts S. 163.

1) Mayr, Lehnrecht §. 42. — Páß, Lehnrecht §. 23.

falls wesentliches Merkmal, daß der Vasall zu Ritterdiensten oder zu Ehrendiensten verpflichtet war ²⁾, verlor seine Wichtigkeit, als eine andere Kriegsverfassung eintrat, und als auch Bürger- und Bauerlehne errichtet wurden ³⁾, bei denen nicht selten andere Leistungen der Vasallen vorkommen, als Zinsen, Dienste u. ⁴⁾ Die Ähnlichkeit der Feudalstra (Lehne im weitern Sinne) mit den eigentlichen Lehenen, besonders hinsichtlich der beschränkten Dispositionsbefugniß des Besitzers, hat nicht selten die Zusammenstellung beider in der Gesetzgebung zur Folge gehabt ⁵⁾.

Unter den geistlichen Lehenen kommen am gewöhnlichsten Kirchen-, Pfarr- und Altarlehne, und unter den weltlichen adliche, Patricier-, Bürger-, Bauer-, Hof- und Ritterlehne vor; als Hoheitslehne sind wohl allein die Jagdlehne noch bekannt.

Bei den Asterlehenen tritt in der Regel der Fall ein, daß der Landesfürst oberster Lehnsherr ist, wiewohl, hauptsächlich bei den kleinen Lehenen, Ausnahmen nicht selten sind. Ein unbeschränktes Recht, das Lehn Anderen einzuräumen, wurde den Vasallen schon in früherer Zeit nicht zugestanden ⁶⁾,

2) H. F. 26. §. 23.

3) Vergl. Mayr a. a. O. §. 60. — Haubold, Sächs. Privatrecht §. 390. Note a.

4) Vergl. Gesetz vom 28. März 1837. §. 13. — Der hauptsächlichste Unterschied der Bauerlehne und der Meiergüter zeigt sich in der Verschiedenheit der Erbfolge. Das Angeldbniß einer besondern Treue findet sich auch wohl in Meierbriefen, indem der Meier zusichert, dem Meierherrn treu, hold und gewärtig sein zu wollen; indeß wird dies Versprechen von dem Meier nie eidlich geleistet. Gesenius, Meierrecht Bd. 2. S. 135.

5) z. B. Verordn. vom 3. April 1593. Promt. II. 76. — Zu den uneigentlichen Lehenen gehören insbesondere auch die Erbzinslehne. Landesf. Refcr. vom 19. Novbr. 1824. Bege III. 294.

6) Das gemeine Lehnrecht, namentlich H. F. 3. §. 1, gestattet die Asterbelehnung ohne Consens des Lehnsherrn, wenn der Vasall nur sincere et sine fraude dabei zu Werke ging, und in H. F. 55. pr. wird nur die subinfeudatio fraudulenta gemißbilligt. — Boehmer, Princip. jur. feud. §. 287 sqq. — Mynsinger, Observat. C. I. Obs. 62. — Pufendorf, Observat. jur. univ.

vielmehr wurde, wenn die Afterbelehnung ohne Consens des Lehnsherrn geschehen war, angenommen, daß mit dem jure dantis auch das jus accipientis aufhöre; es genügte indeß zur Subinfeudation der vom Landesfürsten relevirenden Lehne selbst die stillschweigende Einwilligung des Oberlehnsherrn, die dann präsumirt werden sollte, wenn die Vasallen die Subinfeudationen den Lehnsbekennntnissen seit langer Zeit einverleibt hatten. Dieß wurde durch die Verordnung vom 6. Septbr. 1745 ⁷⁾ geändert, welche bestimmt, daß zu dergleichen Subinfeudationen der ausdrückliche Consens des Landesfürsten erforderlich sein solle, und zwar bei Strafe des Verlustes des Lehns, oder wenigstens der verasterlehten Stücke. Zugleich wurden, um künftige Irrungen wegen der bis dahin geschehenen Afterbelehnungen zu vermeiden, die Vasallen und Alle, welche Afterlehne erhalten hatten, aufgefordert, binnen 3 Jahren, vom Tage der Verordnung an, ihre austerlehns herrliche Befugniß und ihr vermeintes Austerlehnrecht bei Strafe des Verlustes ihres Rechts anzumelden.

Im Allgemeinen sollen alle gesetzliche Bestimmungen, welche sich zunächst nur auf die dem Landesfürsten unmittelbar zu Lehn gehenden Güter beziehen, auch von den denselben anhängenden Austerlehen verstanden werden ⁸⁾.

§. 250.

C. Lehnfähigkeit.

Sichhorn, §. 194 flg. 200 u. 201.

Sowohl hinsichtlich der objectiven, als der subjectiven Lehnfähigkeit gilt im Ganzen lediglich das gemeine Recht, insbesondere auch in Betreff der Fähigkeit zur Erwerbung

T. III. Obs. 140. — Es wird hierunter indeß allein die subinfeudatio per dationem, und nicht auch die per oblationem zu verstehen, letztere vielmehr ohne Consens des Oberlehnsherrn als nicht erlaubt anzusehen sein. Mayr a. a. O. §. 122. Nr. 4 u. 128.

7) Promt. II. 78. — Vergl. Senkenberg, De feud. brunsv. §. 37. Note. — v. Selchow, Anfangsgründe des braunschw. lüneb. Privatrechts §. 586.

8) Verordn. vom 2. April 1604. Promt. II. 76.

von Lehen, der eigentlichen Lehnfähigkeit. Uneheliche Kinder, auch wenn sie durch nachfolgende Ehe legitimirt sein sollten, sind von der Erwerbung neuer, insbesondere adlicher Lehne, ausgeschlossen ¹⁾, und die passive Lehnfähigkeit der Juden ²⁾ wird nothwendig durch die beschränkte Befugniß derselben zur Erwerbung von Grundstücken bedingt. (§. 41.) Fremde sind als solche nicht lehnsunfähig, indeß soll bei anderweiter Verleihung heimfallender adlicher Lehne im Allgemeinen den hiesigen Landeseinwohner vor Fremden der Vorzug gegeben werden ³⁾.

§. 251.

D. Investitur.

Sichhorn, §. 202—208, 216, 217 u. 222.

Die Einführung neuer Lehne ist gesetzlich verboten ¹⁾; bis dahin wurden bei der ersten Belehnung lediglich die Vorschriften des gemeinen Rechts befolgt, weil darüber particularrechtliche Bestimmungen nicht bestehen.

Der aus der Lehnstreue folgenden Verpflichtung, um Erneuerung der Investitur nachzusuchen, wenn ein anderer Vasall vermöge der ersten Investitur ein Recht am

- 1) Landt. Absch. vom 10. Octbr. 1601. Art. 31. — Senkenberg, De feud. brunsv. §. 18. — Reiske, De feud. brunsv. Cap. III. c. — Wismann, De feud. brunsv. Cap. II. §. 2. — Diese Bestimmung ist insofern abweichend von dem gem. Rechte, als solches dem Lehnsherrn gestattet, bei der Constituirung neuer Lehne über die relative Lehnunfähigkeit hinwegzusehen. Mayr, Handbuch des Lehnrechts §. 60.
- 2) Nach dem strengen Rechte (L. 4. C. De haeretic. I. 5. — L. 4. C. De apost. I. 7.) müssen Nichtchristen zwar für absolut lehnsunfähig erklärt werden, indeß ist dies längst in Deutschland außer Uebung gekommen, und es fehlt nicht an Beispielen von Belehnungen an Juden. Mayr a. a. O. Note 8. — Runde, Beiträge zur Erläuterung rechtl. Gegenstände Bd. 1. Nr. 5.
- 3) Landt. Absch. vom 10. Octbr. 1601. Art. 41. — Desgl. vom 9. April 1770. Art. 35. — Wismann l. c. — Senkendorf l. c. Note. — Ueber die Lehnunfähigkeit wegen körperlicher oder Gemüths-Gebrechen vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 101. (II. 97.)
- 1) Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 3.

Lehne erwirbt (Lehnfall), wenn in den Fällen, wo der Geschlechts-Senior Lehnsträger (Provasall) ist, mit der Person desselben eine Veränderung vorgeht, und wenn die Lehnsherrlichkeit an eine andere Person übergeht (Thronfall, Hauptfall), muß der Vasall, oder eintretenden Falls der Senior, auch wohl der vasallus possessor binnen Jahr und Tag nachkommen ²⁾, und zwar bei Vermeidung des lehnrechtlichen Präjudizes ³⁾. Bei einem Thronfalle pflegt eine öffentliche Aufforderung an die zur Muthung verpflichteten Vasallen zu ergehen ⁴⁾. Neben dem eigentlichen Vasallen haben auch die Mitbelehnten, welche indeß dabei von jenem, dem Geschlechts-Senior, oder dem vasallus possessor vertreten werden, zur Conservation der Lehnfolge um renovatio investiturae nachzusuchen ⁵⁾. Ueber die nachgesuchte Belehnung wird ein Muthschein ertheilt ⁶⁾.

- 2) Landt. Absch. vom 10. Octbr. 1601. Art. 43. — Desgl. vom 9. April 1770. Art. 42. Promt. II. 81. — Vergl. höchstes Patent v. 29. Juni 1831. — v. Liebhaver, Einleit. in das braunschv. Landrecht Th. 1. S. 206. — v. Selchow, Anfangsgründe des br. lüneb. Privatrechts §. 575 u. 589. — Senckenberg, De feud. brunsv. §. 33. — Wisman, De feud. brunsv. C. II. S. 2. §. 13 & 17. — Vgl. Grefe, Leitfaden zum Studium des hannov. Privatr. S. 105.
- 3) Vgl. höchstes Patent v. 29. Juni 1831. — Das lehnrechtliche Präjudiz besteht in der Strafe der Privation des Lehns, die indeß nach einer allgemeinen Praxis auf böslische Absicht beschränkt wird. Eichhorn §. 216. — Vgl. v. Selchow a. a. D. §. 575. — Grefe a. a. D. S. 103.
- 4) z. B. höchstes Patent vom 29. Juni 1831. — Vergl. Grefe a. a. D. — v. Selchow a. a. D. §. 575.
- 5) Senckenberg I. c. §. 29 & 30. — Reiske, De feud. brunsv. Cap. II. — Wisman, De feud. brunsv. Cap. II. Sect. 2. §. 12. — Pufendorf, Observ. jur. univ. T. IV. Obs. 220. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 7. Nr. 113. — v. Liebhaver, Einleit. in das br. lüneb. Landrecht Th. 1. S. 206. — v. Selchow a. a. D. §. 581. — Bei einer investitura eventuali wird nicht eher ein Belehnungsansuchen erfordert, bis der Fall der eventuellen Belehnung wirklich eingetreten ist. Nach dieser, dem sächsischen Lehnrechte entnommenen Theorie erkannte das Ob. Appell. Ger. unterm 19. Febr. 1841. J. S. Pratorius c. Schulz, mit Bezugnahme auf das in Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 303. (I. 88.) enthaltene Zeugniß.
- 6) Verordn. vom 20. Januar 1729. Promt. II. 81.

Den Vasallen ist bei Verlust des Lehns zur Pflicht gemacht, bei der Muthung eine vollständige und unumwundene Profession der Lehnstücke und deren Pertinenzen einzureichen ⁷⁾. Es wird von denselben verlangt, daß sie vor ihrer Zulassung zur wirklichen Lehnsempfängniß folgende Bescheinigungen und Nachweisungen beibringen: Ein beglaubtes Zeugniß über die Sterbezeit des letzten Lehnsträgers ⁸⁾; den ältesten und jüngsten Lehnbrief ⁹⁾ im Originale und eine Abschrift des letztern; ein Verzeichniß aller, beim Lehne interessirten Personen mit einer glaubhaften Bescheinigung ihres Alters und mit Benennung der Väter und Großväter derselben; eine Vollmacht von jedem Theilnehmer resp. von dem zu legitimirenden Vormunde oder Curator desselben; ein richtiges Verzeichniß aller zum Lehne gehörigen Stücke nach der Ordnung im Lehnbriefe und mit Anführung ihrer Lage, der etwaigen Veräußerungen, oder Verpfändungen und der außerdem auf dem Lehne ruhenden Lasten, so wie auch des Besitzers der veräußerten Stücke, wobei bemerkt werden muß, ob die Veräußerung mit Einwilligung des Lehnsherrn und der Lehnsvettern geschehen ist ¹⁰⁾.

Nach der Entrichtung der Lehnwaare (§. 252) wird der Lehnseid ¹¹⁾ von dem vollbürtigen Lehnfolger geleistet,

7) Verordn. vom 6. Septb. 1745. Promt. II. 78.

8) Dies wohl nur beim Lehn-, nicht aber auch beim Thron- oder Hauptfalle.

9) Daß die bona fide vorgelegten Lehnbriefe zurückgegeben werden sollen, ist ausdrücklich in der Verordnung vom 20. Januar 1729. (Promt. II. 82.) vorgeschrieben.

10) Beilage zu den Verordn. v. 6. Septbr. 1745 und 21. Juni 1781. — v. Liebhaber a. a. D. Bd. 1. S. 207. — Wismann, De feud. brunsv. C. II. Sect. 2. §. 13. — v. Selchow a. a. D. §. 576. — Was bei dem Nachsuchen um renov. invest. in den althannov. Provinzen beigebracht werden muß, führt Grefe a. a. D. S. 105 an.

11) Ueber die Formel des Lehnseides s. Leyser, Add. §. 28. — Lünig, Corp. jur. feud. T. II. p. 1446. — v. Liebhaber a. a. D. Th. 1. S. 209. — Der Lehnseid kann auch durch einen Bevollmächtigten geleistet werden. Leyser, Medit. ad pand. T. III. Nr. 113. §. 6. Cor. I. — Wismann l. c. C. II. S. 2. §. 17. —

für die minderjährigen gelobt der Vormund die Erfüllung der Lehnspflicht vorläufig mittelst Handschlages an ¹²⁾. Sodann stellt der Lehnsträger Reversalien aus ¹³⁾, worin er bekennt, die im Lehnbriefe benannten Stücke zu Lehn empfangen zu haben, und zugleich verspricht, keins derselben zu veräußern, oder von der Hand kommen zu lassen. Der (auf Pergament zu schreibende) neue Lehnbrief muß mit dem Inhalte des frühern vollkommen übereinstimmen ¹⁴⁾, und sowohl die sämtlichen Lehnstücke, als auch eintretenden Falls die vollen Namen der Aftervasallen enthalten ¹⁵⁾. Die Veränderungen in der Person des Lehnbesizers durch eine neue Investitur, oder durch Verkauf des Lehns sollen durch die braunschw. Anzeigen bekannt gemacht werden ¹⁶⁾.

Damit die Geschlechts-Register aller, von dem Landesfürsten beliebigen Familien bei dem Lehnhofe gehörig fortgeführt werden können, sollen die Lehnträger, so wie alle beim Lehne interessirten Agnaten, zunächst aber die Lehnbesizer, dahin sehen, daß die Abstammung und Vermehrung der Mitbelehnten, auch die Linien und Eintheilung ihrer Fa-

v. Seltchow a. a. D. §. 575. — Vergl. Grefe a. a. D. S. 106.

— Ein nothwendiges Requisit ist der Lehnseid nicht, bei Privatlehen wird er häufig nicht geleistet. Greve a. a. D. S. 102.

12) Senckenberg l. c. §. 26. — v. Liebhaber a. a. D. S. 210. —
— v. Seltchow a. a. D. §. 578 u. 593.

13) Senckenberg l. c. §. 72. — v. Liebhaber a. a. D. S. 211. —
— v. Seltchow a. a. D. §. 579.

14) Das preuß. Landrecht (I. 18. §. 141 u. 142.), welches dieses Verbot ebenfalls enthält, bestimmt zugleich, daß, wenn der muthende Vasall selbst in eine Abänderung ausdrücklich oder stillschweigend willigt, dadurch nur diejenigen, welche die Handlungen des Consentirenden anzuerkennen haben, gebunden werden, keineswegs aber die Agnaten oder Mitbeliehenen, Falls diese nicht ihre Zustimmung ausdrücklich erteilt haben. Vergl. Mayr a. a. D. §. 108. — Ueber die Controverse, ob der ältere oder jüngere Lehnbrief, im Falle sich beide widersprechen, den Vorzug verdiene, s. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 103. (II. 137.) — Senckenberg l. c. §. 27.

15) Verordn. vom 20. Januar 1729. Promt. II. 81. — Wismann l. c. C. II. S. 2. §. 16.

16) Landesf. Reser. vom 19. Decbr. 1755. Promt. I. 135.

milien zu ihrer Kenntniß kommen, und daß von Zeit zu Zeit die Todesfälle der Vasallen und Lehnleute, welche nicht unter väterlicher Gewalt gewesen, dem Geschlechts-Ältesten sofort notificirt werden, welcher sodann solches, und zwar jeden Sterbefall binnen Jahresfrist, unter Angabe der von dem Verstorbenen hinterlassenen Söhne, dem Lehnhofe anzuzeigen hat. Wenn ein Geschlechts-Senior oder, den Umständen nach, der Besitzer der Lehnsgüter sich hierin säumig bezeigt, so soll derselbe wegen eines jeden, dem Lehnhofe binnen jener Frist nicht angezeigten Sterbefalls eine Geldstrafe zahlen, deren Größe sich nach der Lehnwaare bestimmt und die, wenn die Lehnwaare 5 Thlr. nicht übersteigt, 1 Thlr., wenn diese bis 15 Thlr. beträgt, 2 Thlr. ausmacht, bei einer höhern Lehnwaare aber nach dem Verhältnisse steigt, daß je von 10 Thlr. 1 Thlr. mehr berechnet wird, bis die Strafe zum Höchsten 10 Thlr. erreicht ¹⁷⁾.

§. 252.

E. Lehnwaare.

Sichhorn, §. 216. IV.

Bei Erneuerung der Investitur (es sei wegen eines Lehn-, oder bei einem Thron- oder Hauptfalle) ¹⁾ kann der Lehnsherr eine sogenannte Lehnwaare ²⁾ fordern, deren Leistung eine persönliche Last des Belehnten ist ³⁾ und für die empfangene Belehnung entrichtet wird. Die Größe der Lehnwaare richtet sich zunächst nach dem, was deshalb bedungen, oder in den letzten drei Fällen gleichförmig gegeben und angenommen ist. Constirt hierüber nichts, so tritt bei den lan-

17) Verordn. vom 23. April 1714. — Desgl. vom 21. Juni 1784. Promt. II. 415.

1) Auch im Hannöverschen ist die Entrichtung der Lehnwaare bei dem Thron- oder Hauptfalle der Regel nach hergebracht. Grefe, Zeitfaden Th. 2. S. 106.

2) Vergl. Pufendorf, Observ. jur. univ. T. III. Nr. 34—36.

3) Die Lehnwaare kann daher, wenn der Belehnte im Rückstande blieb, nur von seinen Allodialerben gefordert werden. Mayr, Pandbuch des Lehnrechts §. 109.

deß. Lehen die vom Herzoge Heinrich d. I. bestimmte Taxe ⁴⁾ ein; für die Aftervasallen, welche die Lehnwaare an Aftervasallen zu entrichten haben, ist die Taxe in der Art bestimmt, daß von einer Hufe guten Landes 5 Thlr., minder guten Landes 3 oder 4 Thlr., von einem Zehnten der dritte Theil eines jährlichen Ertrages, von einer Mark Geldes ein Dörtsthaler, von einem braunschweigischen Scheffel Korn ein halber Thaler, von einem Rothhose, bei welchem keine Länderei ist, ein halber Thaler, wenn aber Länderei dazu gehört, nach Verhältniß derselben 3 Dörtsthaler (18 Ggr.), 1 Thlr., 5 Dörtsthaler (1 Thlr. 6 Ggr.), oder anderthalb Thaler bezahlt werden sollen ⁵⁾. Diese Taxe darf nicht überschritten, und überhaupt den Aftervasallen die Lehnwaare nicht gesteigert werden; auch ist verboten, ein Mehreres, als wirklich gezahlt ist, auf den Lehnbriefen anzumerken ⁶⁾. Von solchen Lehnstücken, die zwar im Lehnbriefe benannten sind, aber ohne Schuld des Vasallen so wenig in dessen Besitze, als im Besitze der Aftervasallen sich befinden, soll weder bei Hof-, noch bei Privatlehen eine Lehnwaare gefordert werden ⁷⁾. Wenn mehrere Lehnfälle, es sei in manu serviente oder dominante, in einem Jahre eintreten und auf

4) von Liebhaber, Einleit. in das braunsch. lüneb. Landrecht Th. 1. S. 215, nimmt an, daß diese Taxe eben die für die Aftervasallen bestimmte sei; es muß dies auch aus dem Art. 29 der Landsch. Privil. vom 9. April 1770 gefolgert werden. — Lehntaxe werden auch wohl die Gebühren, welche an die Lehnkanzlei zu entrichten sind, genannt, in welchem Falle die Benennung gleichbedeutend ist mit Schreibschilling, Lehnporteln, laudemium minus. Mayr a. a. D. §. 109.

5) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 29. — Landschafft. Privilegien vom 9. April 1770. Art. 29. Promt. I. 81. — Ueber die Taxen der Lehnwaaren im Hannoverschen s. Grefe a. a. D. S. 107. — Senckenberg, De feud. brunsv. §. 33.

6) Verordn. vom 20. Januar 1729. Promt. II. 81.

7) Landt. Absch. vom 3. Juni 1597. Art. 29. — Landschafft. Privilegien v. 9. April 1770. Art. 29. Promt. II. 81. — Senckenberg, De feud. brunsv. §. 33. — Wismann, De feud. brunsv. C. II. S. II. §. 14. — Strube, Recht. Bedenk. Nr. 114. (I. 130.)

den ersten Fall bis dahin, daß der zweite eintritt, noch keine Belehnung erfolgt ist, so hat der Vasall nur die einfache Lehnwaare zu entrichten ⁸⁾.

§. 253.

F. Lehndienste.

Sichow, §. 214.

Die Lehndienste, welche in Roß- und Hofdiensten bestanden und von dem besitzenden Vasall der Regel nach in eigener Person geleistet werden mußten ¹⁾, kamen in Abgang, als der Geist des alten Ritterwesens durch die Umgestaltung der Kriegsführung verschwand. Die Landesfürsten sahen sich genöthigt, Militair anzuwerben ²⁾, und die Vasallen wurden zu dem persönlichen Kriegsdienste, dem sie sich ohnehin zu entziehen suchten ³⁾, immer seltener aufgefordert, bis derselbe

8) Landt. Abschied vom 9. April 1770. Art. 42. Promt. II. 82. — Eben diese Bestimmung enthielt schon der gandersheimer Landt. Absch. vom 10. Octbr. 1601. Art. 43; indeß wollte die wolfsenbüttelsche Lehnscammer dieselbe als gültig nicht anerkennen, weil der Landt. Absch. für den br. wolfsenb. Landestheil keine verbindende Kraft habe. (Vergl. du Roi, Anleit. zur Kenntniß der Quellen des br. wolfsenb. Staats- und Privat-Rechts S. 101.) — Durch den Landt. Absch. von 1770 wurde der hierüber zwischen der Lehnscammer und den landesf. Lehnleuten entstandene Streit zu Gunsten der letzten entschieden. Mascov, Notitia jur et jud. brunsv. lüneb. p. 18. Note. — Wismann l. c. §. 15. — v. Seldow a. a. D. §. 582. Note 2.

1) Bei solchen Diensten erhielten die Vasallen Mahl und Futter. Wismann, De feud. brunsv. C. II. S. 2. §. 5. — Senckenberg, De feud. brunsv. §. 44. — v. Seldow, Anfangsgr. des br. lüneb. Privatrechts §. 591. — Landschaftl. Privil. vom 9. April 1770. Art. 54.

2) Schon im 16ten Jahrhunderte bestand das Militair aus einem Gemische von Lehnleuten und Söldnern. Bode, Beiträge zur Geschichte des Herzogth. Braunschweig S. 37.

3) Dies ergibt sich z. B. aus einem Ausschreiben vom 30. Novbr. 1588, in welchem der Herzog Julius mit nachdrücklichen Worten gegen die Abneigung der Ritterschaft zu persönlichen Kriegsdiensten eiferte.

mit der Einführung der stehenden Heere ganz außer Gebrauch kam ⁴⁾ und an die Stelle desselben eine Geldleistung trat. Die Hofdienste blieben länger bestehen, verschwanden aber ebenfalls im Verlaufe der Zeit völlig ⁵⁾, ohne daß für dieselben ein Surrogat eingetreten ist. In den landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770 Art. 54 wurde die Verpflichtung der Ritterschaft zu Hof- und Kriegsdiensten, nach Maßgabe der Lehnrechte, Landes-Compacte und alter Gewohnheiten, nochmals als fortbestehend ausdrücklich anerkannt, allein dies geschah aus keinem andern Grunde, als um die Befreiung der Rittergutsbesitzer von der allgemeinen Landesbesteuerung zu rechtfertigen, denn das Institut der Lehndienste bestand thatsächlich schon längst nicht mehr.

§. 254.

G. Lehngerichtsbarkeit.

Sichhorn, §. 215.

Die als ein Bestandtheil der Lehnstreue anzusehende Verpflichtung des Vasallen, sich in Lehnstreitigkeiten der Entscheidung des Lehnsherrn zu unterziehen, unterwarf denselben dem Lehnsgewichte (Lehnshofe — Mannengerichte), welches in seiner ursprünglichen Gestalt durch Lehnsgenossen, *pares curiae*, unter Vorsitz des Lehnsherrn gebildet wurde. Späterhin wurden mit Bewilligung der Vasallen Gelehrte, auch wohl fürstliche Räte hinzugezogen, und so entstand nach und nach für die Lehne, deren Lehnsherr der Landes-

4) Schon der Herzog Heinrich d. J. erkannte (1514), daß die Lehnsmannschaft zum Kriege nicht mehr brauchbar sei, und nahm das aus der Landeshoheit fließende Recht der Landfolge ernstlich wieder in Anspruch. Herzog Heinrich Julius führte eine Landwehr-Versaffung unter der Benennung »Militair-Ausschuß« ein, und seit der Regierungszeit des Herzogs August ging man von diesem Systeme dauernd zu dem geworbenen Militair über. Bode, Beiträge zu der Geschichte der Feudalstände im Herzogthume Braunschweig.

5) Die letzte allgemeine Aufforderung an die Ritterschaft, sich zu Hofdiensten bereit zu halten, erließ der Herzog Heinrich Julius unterm 5. Octbr. 1593; indeß sind diese Dienste bei Hoffesten noch längere Zeit in Anspruch genommen.

fürst war, eine regelmäßig bestellte Lehnscanzlei 1). Diese wurde nachher mit der Justizkanzlei verbunden 2), welche nicht allein in den streitigen Lehnssachen entschied, sondern auch die nicht streitigen Lehnssangelegenheiten besorgte. Mit der Aufhebung der privilegierten Gerichtsbarkeit ist auch die Lehnsggerichtsbarkeit verschwunden, und die Verwaltung der vom Landesfürsten relevirenden Lehne geschieht durch die Lehn- und Gränz-Commission 3).

§. 255.

H. Gesamtbelehnung — Eventualbelehnung — Anwartschaft.

Sichhorn, §. 209. 210 u. 220.

Als nach dem Aussterben des mittlern Hauses Braunschweig der Herzog August zur Regierung kam, hob derselbe bei den von dem Landesfürsten relevirenden Lehnen die vielen auf Expectanzen und Gesamtbelehnungen begründeten Anwartschaften, außer den simultanee investitis, welche a primis acquirentibus descendirten, wieder auf 1). Seitdem sind Expectanzen auf Lehne nur noch selten ertheilt; sie werden, wenn sie vorkommen, gewöhnlich mit einer Eventualbelehnung verbunden. Uebrigens geht die ältere Anwartschaft auf ein und dasselbe Lehn der jüngern, und die besondere der allgemeinen vor 2). Bei Wiederverleihung eröffneter,

1) v. Selchow, Anfangsgr. des braunschw. lüneb. Privatr. §. 599 u. 600. — Senckenberg, De feud. brunsv. Cap. VI.

2) Debedkind, Einleitung zum Proceß der br. wolfsenb. Gerichte §. 21.

3) Verordn. vom 13. Decbr. 1816. Nr. 15. — Ueber die Ausübung der Lehnsggerichtsbarkeit im Königreiche Hannover s. Grefe, Zeitfaden Th. 2. S. 106.

1) Verordn. vom 16. März 1637. Promt. I. 381. — Ueber die Befugniß des Lehnsherrn zur Ertheilung von Expectanzen, Eventual- und Gesamtbelehnungen s. Strube, Recht. Bedenk. Nr. 108. (I. 45.) und 109. (I. 116.) — Pätz, Lehnrecht §. 130. — Klüber, Deffentl. Recht §. 189.

2) v. Liebhaber, Einleitung Bd. 1. S. 205. — Pätz a. a. O. §. 133. — Wismann, De feud. brunsv. C. II. S. 2. §. 2. — Senckenberg, De feud. brunsv. §. 18. Note.

vom Landesfürsten relevirender Lehne soll verdienstlichen Landesbewohnern der Vorzug vor Fremden gegeben werden *).

§. 256.

I. Veräußerung der Lehne.

Sichhorn, §. 226—230.

Dem Vasallen ist jede Veräußerung des Lehns, sei es durch Verkauf, Verpfändung oder auf sonstige Weise, so wie auch jede andere Beschwerung ohne lehnherrlichen Consens untersagt; durch Uebertretung des Verbots macht sich der Vasall des Lehns ipso jure verlustig 1). Das Veräußer-

- 3) Landt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 35. — Da die Errichtung neuer Lehne untersagt ist (Ges. v. 28. März 1837. §. 3.), so wird auch die Wiederverleihung eröffneten Lehne nicht mehr vorkommen.
- 1) Verordnungen v. 3. April 1593. — 2. April 1604. — 29. Mai 1612. — 22. Octbr. 1629. — Allgem. Landes-Ordn. Art. 30. Promt. II. 76. — Vergl. Mayr, Handbuch des Lehnrechts §. 121. flg. — Senckenberg, De feud. brunsv. §. 35 u. 36. — Die Theilung des Lehns ist nicht verboten, wenn nicht dieserhalb besondere Bestimmungen getroffen sind, z. B. durch Anordnung des Majorats. v. Selchow, Anfangsgr. §. 589. — Senckenberg l. c. §. 40. — v. Fiebbaber, Einleitung in das hr. lüngb. Landrecht Th. 2. C. 226. Kap. 17. — Die sehr bestrittene Frage, ob die Söhne feuda antiqua oder nova jure antiqui concessa, welche von ihrem Vater veräußert worden, oder in deren Veräußerung ihr Vater seinen agnatischen Consens gegeben hat, von dem Käufer zurückfordern können (v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 2. Nr. 8. Bd. 8. h. Nr. 11. — Pufendorf, Observat. T. III. Nr. 146. — Strube, Rechtl. Bed. Bd. 3. Nr. 50. — Grese, Leitfaden zum Studium des hannov. Privatr. Th. 2. §. 107.), ist von dem Ob. Appell. Ger. verneinend entschieden. Scholz, Juristisches Magaz. Bd. 2. Heft 1. C. 50. — Den Vasallen, welche während der westphälischen Regierungszeit Lehne oder Lehnstücke, ohne Einwilligung des rechtmäßigen Lehnsherrn, veräußert haben, ist die Strafe des Verlustes erlassen, wenn sie binnen zwei Jahren nach der Verordn. vom 2. Januar 1818. Nr. 1. das Lehn in den vorigen Stand zurückgeführt, oder zu dem Ende den Weg Rechtens beschritten haben. Abtretungen von Lehnern während jener Regierungszeit an Personen, welche nicht die nächsten Lehnfolger, doch in der Mitbelehnenschaft begriffen, sind nicht ungültig, aber den Rechten näherer Lehnfolger unnachtheilig. Die

rungsverbot ist ausdrücklich auch auf den Fall ausgedehnt, daß Lehnstücke den Töchtern in dotem gegeben werden ²⁾. Eine Ausnahme bildet das Recht des Lehnbesizers, die Ablösung privatrechtlicher Realkasten in dem gesetzlich zulässigen Umfange zu verlangen, welches durch die Rechte des Lehnherrn und der Lehnfolger an dem belasteten Grundstücke oder an der Berechtigung nicht beschränkt wird. Denselben bleiben indeß auch nach der Ablösung alle ihnen gebührenden Rechte, welche auf die für das abgelösete Recht gegebene Entschädigung übergehen ³⁾.

Der Landesfürst hat die Zusage ertheilt, den Consens zur Verpfändung der Lehnüter auf gewisse Summen und Jahre ohne Grund nicht versagen zu wollen; auch soll mit den von den Vasallen zu zahlenden Consensgeldern die Gebühr und das alte Herkommen nicht überschritten werden ⁴⁾. Letztere dürfen höchstens ein Procent des aufzuborgenden Capitals betragen ⁵⁾, indeß sollen außerdem bei Ausfertigung des Consenses von jedem Tausend jährlich noch 4 Ggr. an die Armencasse bezahlt werden, und zwar von allen Jahren, auf welche der Consens ertheilt worden, in einer Summe ⁶⁾.

§. 257.

K. Lehn schul den.

Giechhorn, §. 234—237.

Bei nicht consentirten Lehnschulden kann der Gläubiger

Lehnsherrn und Lehnfolger können die ohne Consens veräußerten Lehne indeß erst dann zurückfordern, wenn sie zum Besitze des Lehns berrufen sind. Verordn. vom 2. Januar 1818. §. 11.

2) Allgem. Land. Ordn. Art. 31. Promt. I. 2. — Vergl. v. Eichhorn, Br. lüneb. Privatrecht §. 584. — Wismann, De feud. brunsv. C. II. Sect. II. §. 20.

3) Ablös. Ordn. v. 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 28. 120 u. 129 flg.

4) Landschaftl. Privilegien v. 9. April 1770. Art. 31. Promt. II. 80. — Vergl. Strube a. a. O. Nr. 117. (II. 96.) — Wismann, De feud. brunsv. C. II. Sect. II. §. 22.

5) Verordn. vom 20. Januar 1729. Promt. II. 82.

6) Landesf. Rescr. vom 10. Novbr. 1745, desgl. v. 20. Novb. 1745. und vom 8. Decbr. 1745. Promt. II. 80.

nur Execution in die Nutzungen des Lehns erhalten, und zwar nur auf so lange Zeit, als der Schuldner oder dessen Erben das Lehn im Besitze haben. Es werden dem Gläubiger in solchem Falle die Lehnstücke nebst Pertinenzen nach einer Designation und gegen einen Revers überwiesen, worin derselbe das lehnherrliche Obereigenthum anerkennt, sich zur Rückgabe des Lehns nach erlangter Befriedigung, nach dem Absterben des Schuldners ohne Erben, oder nach anderartigem Rückfalle des Lehns verpflichtet, und auch seine Verbindlichkeit zur Uebernahme der Lehnspflichten anerkennt. Ueber die Nutzung des Lehns muß der Gläubiger alljährlich Rechnung ablegen ¹⁾.

Wenn dagegen die Schulden mit lehnherrlichem Consense contrahirt sind, so ist die Execution nicht allein in die Nutzungen, sondern auch in das dominium utile zulässig, und der Gläubiger kann sich zu seiner Befriedigung derselben Rechtsmittel bedienen, wie bei Allodialgütern, jedoch mit Vorbehalt der Rechte der Mitbelehnten, welche in die Verpfändung des Lehns nicht gewilligt haben. Diese sollen durch die zur Befriedigung des Gläubigers getroffenen Maßregeln für den Fall, daß sie zur Lehnsuccession gelangen, in ihren Rechten nicht benachtheiligt werden ²⁾.

Die Söhne müssen die Lehnsschulden des Vaters unter allen Umständen anerkennen, ohne Unterschied, ob dieselben consentirt sind, oder nicht ³⁾.

1) Sazgl. Ordn. Art. 82. Promt. I. 296. — Verordn. v. 29. Mai 1612. Promt. II. 77. — Reiske, De feud. brunsv. Cap. IV. — Wismann, De jür. brunsv. C. II. Sect. II. §. 19. — Ueber die Frage, ob dem Vasallen, wenn wegen der Schulden die Substanz des Lehns nicht angegriffen werden darf, das benef. competentiae zustehe? s. Pufendorf, Observat. jur. univ. T. I. Nr. 63. — v. Bülow und Hagemann, Pract. Erbrt. Bd. 6. Nr. 5. Bd. 7. Nr. 2. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 120. (I. 5.) 121. (I. 6.) 123. (IV. 69.) und 124. (IV. 23.)

2) Sazgl. Ordn. Art. 82. — Hofger. Ordn. Tit. LXXV. Promt. I. 296.

3) S. den folgenden §. — Auf Schulden, welche durch unerlaubte

L. Succession in Lehnsgüter.

§. 258.

I. Allgemeines.

Eichhorn, §. 232. 351 flg.

An der gemeinrechtlichen Succession in Lehnsgüter sind durch particularrechtliche Bestimmungen Aenderungen nicht eingetreten ¹⁾. Die Frage über die Lehnfolgefähigkeit solcher unehelichen Kinder, welche durch die nachfolgende Ehe legitimirt worden ²⁾, ist gesetzlich dahin entschieden, daß lediglich die in rechtmäßiger Ehe gebornen Kinder als successionsfähig angesehen, und daß die durch nachfolgende Ehe oder auf irgend eine andere Art legitimirten Kinder von der Succession völlig ausgeschlossen sein sollen ³⁾.

Handlungen contrahirt sind, insbesondere auf Spielschulden, findet indeß jene Verbindlichkeit der Söhne keine Anwendung. Reiske l. c.

1) Von mehreren Söhnen, die der Vasall hinterläßt, bekommt gewöhnlich nur einer die Lehnsgüter, und die übrigen erhalten Competenzen aus denselben; nicht selten wird auch der Werth der Güter ermittelt, und der danach dem Abzufindenden zukommende Antheil als ein Lehnstamm den Gütern auferlegt. v. Liebhaber, Einleit. in das br. lüneb. Privatr. Th. 2. Kap. 17. S. 226. — Ueber das Successionsrecht der zu gleicher Zeit Verufenen s. Mayr, Lehnrecht §. 94. — Pufendorf, Observ. jur. comm. etc. T. II. Obs. 56. T. III. Obs. 136. — Die Töchter, welche in der Regel von der Lehnssuccession ausgeschlossen sind (Heinrichst. Stat. von 1602. Art. 16.), haben unter Umständen Anspruch auf eine dos aus dem Lehne S. §. 259.

2) Das longob. Lehnrecht (II. F. 26. §. 10.) schließt dergleichen Kinder von der Lehnssuccession aus, indeß war dennoch die entgegengesetzte Ansicht, vorzüglich im 15ten Jahrhundert, sehr gewöhnlich, fand auch mehr oder weniger in der Praxis Eingang, und wurde selbst in mehreren Ländern gesetzlich sanctionirt, z. B. im Preussischen, Landrecht I. 18. §. 361., in den königl. sächsischen Ländern, Haubolt, Sächs. Privatrecht §. 308. Note d. 1. — Vergl. Eichhorn, Rechtsgeschichte §. 449. — Mayr, Lehnrecht §. 82. Note 8. — Mynsinger, Observat. imper. cam. C. V. Obs. 42.

3) Verordn. vom 3. Januar 1593. Promt. I. 262. — Landschaftliche Privilegien v. 9. April 1770. Art. 32. Promt. II. 81. — Vergl. Pufendorf, Observ. jur. univ. T. I. Nr. 90. T. IV. Nr. 246. —

In Uebereinstimmung mit dem longob. Lehnrechte ⁴⁾ läßt die vaterländische Gesetzgebung den Kindern nur die Wahl, das Lehn mit dem übrigen väterlichen Nachlasse zugleich anzunehmen, also auch die darauf haftenden Schulden zu übernehmen, oder beide auszuschlagen, und zwar ohne Unterschied, ob *feuda antiqua* oder *nova*, *ex pacto et providentia majorum*, *hereditaria* oder *mixta* in Rede stehen ⁵⁾.

Hinsichtlich der Lehnfolgeordnung der Seitenverwandten geben die höheren Gerichte des Landes dem Linealgradual-Systeme, wobei zunächst die Nähe der Linie, und sodann in der Linie die Nähe des Grades entscheidet, den Vorzug ⁶⁾.

Bei Bauerlehen folgt aus dem Principe der Geschloß-

Engelbrecht, Collat. jur. comm. Cap. III. §. 1. — Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 6. Nr. 3. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 304. (III. 53.) — Reiske, De feud. brunsv. Cap. III. — Wis-
mann, De feud. brunsv. Cap. II. Sect. II. §. 8 & 9. —
Cramm, De diff. jur. comm. Obs. III. — Grefe, Leitfaden zum
Studium des hannov. Privatrechts §. 108.

4) H. F. 45. — Ueber die Versuche, besonders älterer Rechtslehrer,
diese Stelle auf verschiedene Weise zu interpretiren, worauf sich
auch die obige ausdrückliche Aufhebung der Unterscheidungen zwi-
schen feudis antiquis und novis etc. bezieht, s. Mayr a. a. D.
§. 81. Note 2.

5) Canzl. Ordn. Art. 82. Promt. I. 296. — Landt. Absch. vom
27. Januar 1619. — Art. 8. Promt. II. 81. — Reiske l. c.
C. IV. — Wismann l. c. C. II. Sect. II. §. 18. — v. Bülow,
Abhandl. Th. 2. Nr. 37. — Hagemann, Pract. Erörter. Bd. 7.
Nr. 46. — Grefe, Leitfaden §. 108.

6) Waldeck, Controversen-Entscheidungen S. 208 flg. — Hagemann
a. a. D. Th. 7. Nr. 60. — Strube a. a. D. Nr. 306. (5. 51.)
— Senckenberg, De feud. brunsv. §. 29. — Wismann l. c.
Cap. II. Sect. II. §. 12. — Nachdem sich im Hannoverschen der
Gerichtsgebrauch ebenfalls für die Lineal-Gradualfolge erklärt hatte,
ist sie daselbst gesetzlich eingeführt. Verordn. vom 24. Mai 1822.
— Off. Ges. Samml. Abth. I. S. 22. — Ueber die Controverse,
ob der Vasall über das Lehn unter seinen Kindern, sofern er diese
im Allodium nicht enterbt, letztwillig disponiren kann? s. Pufen-
dorf l. c. T. I. Obs. 189. T. IV. Obs. 39. — Hagemann a.
a. D. Bd. 6. Nr. 96. — Vergl. auch Mayr a. a. D. §. 130.

senheit der Höfe die Eigenthümlichkeit, daß, wenn nicht das ganze Bauergut, sondern nur ein wegen seiner Pertinenz-
Qualität davon untrennbarer Theil desselben im Lehnsvor-
bande steht, eine zweifache Erbfolge-Ordnung eintritt, nämlich
in Betreff des Hauptguts die bauerrechtliche, und hinsichtlich
der Zubehörang die Erbfolge nach Lehnrecht. Da nun der
Lehnserbe nicht zum Genusse des vom Gute untrennbaren
Lehns kommen kann, so erhält derselbe als Entschädigung
dafür vom Besitzer des Bauerhofs einen Lehnzins, der die
Natur des Lehns annimmt und nach Lehnrecht weiter vererbt
wird ⁷⁾. Die Größe eines solchen Lehnzinses, der in den
meisten Fällen in Korn, aber auch wohl in Geld besteht,
ist gesetzlich nicht bestimmt, so daß darüber zunächst Vertrag
oder Observanz, und erforderlichen Falls richterliches Ermessen,
unter Berücksichtigung der Ertragsfähigkeit des Lehngrund-
stücks, entscheiden muß ⁸⁾.

§. 259.

II. Abfindung der Töchter aus Lehnsgütern.

Sichhorn, §. 235. 303 u. 362.

Wenn die Töchter aus dem Allodium, worunter auch
wiederkäufliche Lehnsgüter zu verstehen sind, angemessene Ali-
mente, den Pflichttheil und eine standesmäßige Aussteuer
erhalten können, so soll dazu aus den vom Landesfürsten
relevirenden Lehnen ¹⁾, es mögen dies altväterliche oder neu
erkaufte sein, kein Zuschuß erfolgen. Im andern Falle haben
die Töchter, ohne Unterschied, ob sie mit Brüdern concurrir-
en oder nicht, das Recht auf eine Ausstattung aus den

7) Es werden deshalb bei der Allodification des Lehns die Lehnzinsen als das Lehn, und die Percipienten derselben als die Vasallen angesehen. Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 7.

8) Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 111. — Geseuius, Meierrecht Th. 2. S. 135. — Scholz, Abfindungen von Bauergütern S. 13.

1) Die von anderen Lehnsherren recognoscirenden Lehne sind von diesen gesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich ausgenommen, und es sollen wegen solcher Lehne Observanz und Verordnung einer jeden Lehnscammer entscheidend sein.

Lehngütern²⁾, und zwar, wenn überall kein väterliches Vermögen vorhanden ist, auf eine volle Ausstattung, außerdem auf einen Zuschuß zur Ergänzung der aus dem väterlichen Vermögen zu reichenden Aussteuer. Die Größe einer solchen dos ist in folgender Art bestimmt: Bei einem Werthe der Lehngüter von 20,000 Thaler sollen, wenn drei oder vier Töchter vorhanden sind, jeder Tochter 1000 Thlr., wenn nur eine Tochter da ist, dieser 2000 Thlr., und von zwei Töchtern einer jeden 1500 Thlr.; niemals aber, wenn auch mehr als vier Töchter vorhanden sind, von 20,000 Thlr. mehr als 4000 Thlr. pro dos constituiert werden. Bis dahin, daß die Töchter sich verheirathen, erhalten sie zum Unterhalte jährlich so viel aus dem Lehne, als die landwirthschaftlichen Zinsen der ihnen als dos gebührenden Capitale betragen, jedoch sollen diese Alimenten-Gelder für jede Tochter 150 Thlr. niemals übersteigen, und wenn drei Töchter vorhanden sind, so soll jede 40 bis 50 Thlr. des Jahrs erhalten. Differenzen, welche über die Größe der Alimenten-Gelder zwischen dem Lehnfolger und den Töchtern entstehen, entscheidet die höchste Behörde. Eine solche Verzinsung des Aussteuer-Capitals entbindet den Lehnbesitzer seiner Verpflichtung, die Töchter im Gute zu behalten. Wenn der Vater sein gesamntes Allodialvermögen oder den größten Theil desselben zum Ankaufe eines neuen Mannlehns verwandt hat, und die Töchter dadurch im Pflichttheile gekürzt werden, so haben die Söhne auch in diesem Falle nicht den Werth des Lehns, sondern nur den Kaufpreis desselben zu conferiren. Durch diese gesetzlichen Vorschriften sind indeß andern bestimmende Familien-Verträge nicht aufgehoben oder ausgeschlossen³⁾.

2) Eine solche, indeß immer nur subsidiarische Dotirung der Töchter des letzten Vasallen wird auch gemeinrechtlich angenommen und auf H. F. §. 6. begründet, wonach der Lehnfolger den wegen körperlicher Gebrechen vom Lehne Ausgeschlossenen zur Alimentation verpflichtet ist. Mayr, Lehnrecht §. 146. — Strube, Rechtliche Besenk. Nr. 58. (I. 57.)

3) Verordn. vom 15. Febr. 1714. Promt. I. 54. — Engelbrecht,

Den Töchtern adelicher und anderer Personen angesehenen Standes, die sich in Unehren schwängern lassen, brauchen deren Eltern, Brüder und Agnaten nicht mehr als den vierten Theil dessen zu geben, was denselben außerdem als Abfindung und Aussteuer zukommen würde 4).

§. 260.

III. Theilung der Lehnseinkünfte vom Sterbejahre.

Eichhorn, §. 363.

Bei einer Absonderung der Lehnstücke vom Allodium in dem Falle, daß die Lehnserben andere, als die Allodial-Erben sind 1), kommt es gewöhnlich auch auf eine Theilung der Lehnseinkünfte vom Sterbejahre an, in welcher Hinsicht das vaterländische Particularrecht nachstehende Bestimmungen enthält:

1) So viel die fructus 2) naturales und industriales 3) betrifft, so sollen die Einkünfte des ganzen Jahres

Collat. jur. comm. Cap. VII. §. 12. — Wismann, De feud. brunsv. Cap. II. Sect. II. §. 10. — Add. Leyseri ad Senckenberg, De feud. brunsv. §. 53.

4) Sandt. Absch. vom 9. April 1770. Art. 9. Promt. I. 263.

1) Ueber die anderen Fälle, in denen eine solche Trennung ebenfalls eintritt, nämlich wenn das Lehn an den Lehnsherrn heimfällt, wenn über das Allodium des Vasallen Concurs ausbricht, und wenn der Vasall das Lehn gültig veräußert (Vergl. Hagemann, Landwirthschaftsrecht §. 399. — Mayr, Lehnrecht §. 140.), enthält die vaterländische Gesetzgebung keine Bestimmungen. Auch das longob. Lehnrecht (II. F. 28.) erwähnt nur den im Texte angeführten Fall, und die obige Verordnung ist nach den verb. enunciat. eine Declaration des longob. Lehnrechts.

2) Da die percipirten Früchte zum Allodium gehören (Eichhorn §. 223. — Päß, Lehnrecht §. 169. — Mayr a. a. O. §. 144.), so kann hier nur von den fruct. pendent. die Rede sein.

3) Dem Lehnrechte liegt hier die ältere deutsche, von dem röm. Rechte völlig abweichende Ansicht über den Erwerb der Früchte zum Grunde. Vergl. Haubold, Sächs. Privatrecht §. 183. — Mayr a. a. O. §. 144.

von Michaelis bis Michaelis ⁴⁾ gerechnet und auf folgende Weise vertheilt werden: Stirbt der Vasall in dem Zeitraume vom 1. April bis zum 1. Octbr., so erhalten die Allodialerben die völligen Lehnsaufkünfte von dem mit Michaelis zu Ende gehenden Jahre. Wenn dagegen der Sterbetag des Vasallen nach dem 1. Octbr. und vor dem 1. April eingetreten ist, so gebührt dessen Allodialerben als Ersatz der auf die Erzielung der Früchte verwandten Kosten ein angemessenes Quantum derselben, und zwar, wenn der Erblasser zwischen dem 1. Octbr. und 1. Novbr. gestorben ist, die Hälfte, und für jeden spätern Monat, in welchen der Todestag fällt, bis zum 1. April, $\frac{1}{12}$ mehr. Die übrigen Früchte fallen den Lehnserben oder, bei Eröffnung des Lehns, dem Lehnsherrn zu ⁵⁾.

2) Die *fructus civiles*, worunter auch die Meier- und andere Zinsen, Zehnten, ständige und nicht ständige Gefälle und Einkünfte gehören, sollen jedes Mal *pro rata temporis et habito respectu ad diem mortis* nach den Monaten des von Michaelis zu Michaelis zu rechnenden Jahrs durchgängig gleich getheilt werden, jedoch in der Art, daß Zehnt Korn, Meierzinsen und dergleichen Einkünfte selbst dann, wenn sie erst nach Michaelis fällig werden, unter die Aufkünfte des vorher gegangenen, bis Michaelis laufenden Jahrs mit gezählt werden sollen, weil sie von der letzten Erndte erfolgen ⁶⁾.

4) Im preuß. Landrechte Th. 1. Tit. 7. §. 199. wird von Juli bis Juli gerechnet.

5) Dieselben Grundsätze müssen auch von dem Surrogate der natürlichen Früchte, den Pachtgeldern, gelten. Pufendorf, *Observ. jur. etc.* T. 1. Obs. 185. §. 2. — Cf. L. 25. §. 2. L. 26. 58. pr. De usufr. (VII. 1.)

6) Verordn. vom 27. Novb. 1749. Promt. II. 79. — Senckenberg, *De feud. brunsv.* §. 50. — Nach dem preuß. Landrechte Th. 1. Tit. 18. §. 510. gelten wegen der Nutzungen des letzten Jahrs durchaus die bei dem Nießbrauche ertheilten Vorschriften.

M. Aufhebung des Lehnsverhältnisses und Er- richtung von Familienstamm-Gütern.

§. 261.

I. Von dem Rechte auf Aufhebung des Feu- dal-Verbandes.

Alle im Umfange des Herzogthums belegenen Lehne jeder Art, sie mögen vom Landesfürsten, von öffentlichen Anstalten, Corporationen oder Privaten releviren, unmittelbare oder Austerlehne sein, sind der Aufhebung des lehnherrlichen und agnatischen Lehnverbandes unterworfen ¹⁾. Ausgenommen sind die Lehne, welche zur Zeit des Antrages auf Modification entweder auf vier oder weniger Augen stehen, oder bei welchen sämmtliche Mitbelehnte ohne lehnsfähige Descendenz sind ²⁾. Das Eintreten einer solchen Ausnahme nach erfolgtem Antrage ist der Aufhebung des Lehnverbandes nicht hinderlich ³⁾.

Die Aufhebung des Lehnverbandes kann sowohl vom Lehnsherrn, als vom Vasallen beantragt werden; sie bedürfen dazu und zur Ausführung des Antrages nicht der Einwilligung der Mitbelehnten, sonstigen Lehnsnachfolger, Eventual-Belehnten und Expectivirten, auch bei Austerlehnern nicht der Einwilligung des Oberlehnsherrn. Wenn Mehrere im ungetheilten Besitze sind, so entscheidet die nach dem Werthe der Antheile zu berechnende Mehrheit, und bei gleichen Antheilen, oder bei einem Zweifel über den Werth, die Meinung für die Aufhebung. Bei einer Naturaltheilung des Lehns kann jeder Besitzer für seinen Antheil die Aufhebung verlangen ⁴⁾.

Bei Rittergütern und deren lehnbaren Zubehörungen kann die Aufhebung des Lehnverbandes nur mit gegenseitiger Zustimmung des Lehnsherrn und des Vasallen, und mit Einwilligung der in der Seitenlinie zunächst und zugleich

1) Landes-Grundgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 37.

2) Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 2.

3) Ebendas. §. 9.

4) Ebendas. §. 4 u. 5.

berufenen Lehnsmachfolger beantragt und ausgeführt werden. Auf Asterlehne, welche Zubehörungen von Rittergütern sind, findet diese beschränkende Bestimmung keine Anwendung ⁵⁾.

Wenn das Lehn bei einem nicht lehnspflichtigen Bauernhofe als Pertinenz benutzt wird, so werden die Lehnzinsen als das Lehn, und die Percipienten als die Vasallen angesehen, nebst dem Hofbesitzer, wenn dieser selbst Antheil am Lehne hat. Ist aber der Hof selbst lehnspflichtig, so haben die Lehnzinsen nur die Natur der Lehnstämme ⁶⁾.

Bei ausbrechendem Concurse über das Lehn oder dessen Aufkünfte ist die Aufhebung des Lehnverbandes in allen Fällen, wo das Lehn nicht in Stammgut verwandelt wird, als von dem Vasallen beantragt anzunehmen ⁷⁾.

Der Antrag auf Aufhebung des Lehns kann einseitig nicht zurückgenommen werden ⁸⁾.

§. 262.

II. Entschädigung des Lehnsherrn.

Für die lehnsherrlichen Rechte, als die Lehndienste, die Lehnwaare, die Belehnungs- und Consensgebühren, das Retractrecht und den Heimfall gebührt den Lehnsherrn ein Ersatz, welcher von dem Werthe des Lehns zur Zeit des Aufhebungsantrages, ohne Abzug der darauf haftenden Schulden, bei Mannlehen $\frac{1}{25}$, bei Kunkellehen und bei im Nuzseigenthume öffentlicher Anstalten und Corporationen befindlichen Lehen $\frac{1}{50}$ beträgt. Der Werth ablösbarer Gerechtsame wird nach den Bestimmungen der Ablösungs-Ordnung ausgemittelt ¹⁾.

5) Ebendas. §. 6.

6) Ebendas. §. 7. — Vergl. Eichhorn §. 236.

7) Ebendas. §. 8.

8) Ebendas. §. 10.

1) Ebendas. §. 11. — Da der Werth des Lehns bei der Ermittelung desselben nach Maßgabe der §§. 30. 34 u. 35. der Ablös. Ordn. im 25fachen Betrage des jährlichen Reinertrages des Lehns, der auf Geld zu reduciren ist, besteht, so erhalten die Lehnsherrn als Ersatz für die Aufhebung des Lehnverbandes bei Mannlehen

Dieser Ersatz erfolgt auch von solchen Austerlehnen, welche die Oberlehns Herren anzuerkennen verbunden sind, und es erhalten davon die Oberlehns Herren $\frac{1}{3}$, und die Austerlehns Herren $\frac{2}{3}$. Bei sonstigen Austerlehnen bekommen die Oberlehns Herren jenen vollen Ersatz, und es müssen die Auster Vasallen außerdem noch die Hälfte desselben den Austerlehns Herren entrichten. Die von den Auster Vasallen den Besitzern von Rittergütern für die Aufhebung der Austerlehne, welche Zubehörungen der Rittergüter sind, geleistete Entschädigung bleibt den Besitzern ganz, bis der Lehnverband von ihren Besitzungen aufgehoben wird; erst sodann treten bei denselben die obigen Bestimmungen über die Aufhebung der übrigen Austerlehne ein, einstweilen aber sind die lehns herrlichen Rechte an der Entschädigung nach Maßgabe der Ablösungs Ordnung zu sichern ²⁾).

Wenn auf den Lehen außer den obgedachten lehns herrlichen Rechten noch andere Abgaben und Leistungen, als an die Lehnsherren zu entrichtende Zinsen, Dienste u. s. w. haften, so erstreckt sich auf diese die Aufhebung nicht, vielmehr müsse dieselben nach den Bestimmungen über die Ablösung der Reallasten besonders abgelöst werden ³⁾).

III. Von dem Lehnsoffenhebung: Geschäfte und dessen Wirkungen.

§. 263.

A. Allgemeine Bestimmungen.

Bei der Lehnsoffenhebung kommen im Allgemeinen die

die Werthsumme des einjährigen Reinertrages des Lehn, und bei anderen Lehen die Hälfte derselben. — Nach angestellter Berechnung fällt die Modificationssumme bei den hannoverschen Kronlehen um $\frac{2}{3}$, und bei anderen hannov. Lehen um $\frac{1}{3}$ geringer aus.

2) Ebenbas. §. 12. — Um indeß die mit einer solchen Sicherung verbundenen Weiterungen zu vermeiden, wird bei den kleinen Lehen die den Oberlehns Herren gebührende Entschädigung an diese sehr gewöhnlich sogleich ausbezahlt.

3) Ebenbas. §. 13.

für die Ablösung von Reallasten ergangenen gesetzlichen Bestimmungen in Anwendung 1).

Nachdem die Landes-Deconomie-Commission von der beabsichtigten Aufhebung des Lehns in Kenntniß gesetzt ist, fällt die Ausübung der lehnherrlichen Rechte weg und es tritt dafür die Verpflichtung des Vasallen ein, das Ablösungs-Capital jährlich mit vier Procent bis zur Einzahlung zu verzinsen. Im Falle sich der Abschluß des Lehns-Aufhebungsgeschäfts länger als ein Jahr verzögert, so wird von der Landes-Deconomie-Commission der einstweilen am Ende jeden Jahrs zu entrichtende Zinsbetrag provisorisch bestimmt 2).

Die Bestätigung des Lehns-Aufhebungsgeschäfts und dessen Eintragung in das Hypothekenbuch hat die Wirkung, daß das Lehn von der Zeit des Antrages an in, vom Lehns-Verbande freies Eigenthum verwandelt wird 3), und daß von diesem Zeitpunkte an alle auf den Lehns-Gesetzen und Lehns-Gewohnheiten beruhenden Rechte der Lehnherrn, Eventualbelehnten und Expectivirten gänzlich, die der Belehnten und Lehns-Nachfolger aber nach den unten angegebenen Bestimmungen erlöschen. Andere in Ansehung der allodificirten kleinen Lehne auf rechtsgültig bestehenden Dispositionen, Verträgen und Gewohnheiten beruhende Rechte werden durch die Allodification nicht aufgehoben; in Ansehung der allodificirten Rittergüter und deren lehnbaren Zubehörungen behalten selbige jedoch nur insofern Wirksamkeit, als sie mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Aufhebung der Lehne nicht im Widerspruche stehen 4).

1) Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 14.

2) Ebenbas. §. 15.

3) Es hört daher mit dem Antrage auf Allodification jede Erbsfolge nach Lehnrecht auf, mithin wird bei dem Ableben des besitzenden Vasallen während der Allodifications-Verhandlungen das von demselben besessene Lehn nach gemeinem Erbrechte auf dessen Erben übertragen, und den Lehnsagnaten steht gegen die Letztern nur der unten (Allodif. Ges. §. 20.) erwähnte Entschädigungsanspruch zu.

4) Ebenbas. §. 16.

Die Alimente der Töchter der Vasallen aus den Lehen und die ihnen eventuell gebührende Ausstattung, ferner die Lehnscmpetenzen verschuldeter Vasallen, die Leibgedinge, Witthümer und Leibzuchten verbleiben, als auf den Lehen und deren Surrogate haftende Lasten, denen, welche darauf bis zum Antrage auf Aufhebung bereits ein Recht erworben haben. Dasselbe ist der Fall mit den Lehnzinsen und Lehnstämme, jedoch hört die Vererbung der Lehnstämme, insofern sie nach Lehnrecht erfolgt, für die Lehnfolger in gleichem Maße wie bei Lehen auf. Es haben aber die Percipienten der Lehnstämme und als solche zu betrachtenden Lehnzinsen davon dem Besitzer des Lehns, von welchem sie erfolgen, zu der dem Lehnsherrn gebührenden Entschädigung (§. 262) einen verhältnißmäßigen Beitrag zu leisten. Diejenigen Percipienten der Lehnzinsen dagegen, welche von dem Lehne, das bei einem nicht lehnspflichtigen Bauerhofe als Pertinenz benutzt wird, erfolgen und die selbst als das Lehn zu betrachten sind, leisten den Ersatz dem Lehnsherrn unmittelbar, und wenn auch der Hofbesitzer Antheil am Lehne hat, so trägt er zu der Entschädigung nur von seinem Antheile bei ⁵⁾. Die Eventualbelehnten und Expectivirten, deren Ansprüche mit der Modification des Lehns erlöschen, haben nur insofern Anspruch auf Entschädigung, als die Eventualbelehnung und Anwartschaft unter lästigem Titel erworben ist, in welchem Falle sie Ersatz des Capitalwerths von demjenigen verlangen können, der ihnen die Lehnfolge zu gewähren, rechtlich verbunden gewesen sein würde. Dieser Anspruch erlischt jedoch:

1) wenn sie binnen zwei Jahren nach Publication des Gesetzes vom 28. März 1837 ihre Ansprüche mit Angabe des Grundes und Betrages bei der Landes-Deconomie-Commission nicht angemeldet haben;

2) wenn sie selbst oder ihre lehnfähigen Descendenten zur Zeit der Modification nicht mehr am Leben sind;

3) wenn sie im Falle der Nichtanerkennung ihrer An-

5) Ebenas. §. 17 flg.

sprüche bei Aufhebung des Lehns binnen der ihnen zu setzenden, mindestens sechsmonatigen Frist ihr Recht nicht klagbar gemacht haben ⁶⁾.

B. Besondere Bestimmungen.

§. 264.

1. Bei den Kleinen Lehnen.

Bei Lehnen, welche weder Rittergüter noch deren Zubehörungen sind, erlöschen die Rechte der Belehnten oder Lehnsnachfolger mit der Allodification, und zwar, insofern die Lehnsinhaber zur Zeit ihres Todes lehnsfähige Descendenz haben, ohne Entschädigung. Hinterlassen sie eine solche Descendenz nicht, so gebührt denjenigen, welche zur Nachfolge im Lehne gelangt sein würden, eine Entschädigung, welche die Hälfte des bei der Allodification angenommenen Werths des Lehns, jedoch nach Absatz des Allodifications-Capitals, betragen, und unter sie nach Verhältniß ihrer Successions-Rechte vertheilt werden soll. Lasten Lehnsstämme, Lehnszinsen oder andere Forderungen auf dem Lehne, für welche die Lehnsnachfolger mit haften müssen, so sind diesen und den Allodialerben solche nach Verhältniß anzurechnen. Den Lehnsnachfolgern steht wegen dieser Entschädigung ein Hypothekenrecht an dem allodificirten Lehne zu, welches den Vorzug vor allen Schulden, für welche der Lehnsfolger nicht zu haften hat, genießt. Dieser Entschädigungs-Anspruch kann während des Lebens der allodificirenden Vasallen, mit Einwilligung sämmtlicher lebenden Mitbelehnten, nach dessen Tode aber durch Befriedigung, oder mit Einwilligung der Berechtigten getilgt werden ¹⁾.

2. Besondere Bestimmungen bei Rittergütern und deren Zubehörungen.

§. 265.

a. Verwandlung in Familien-Stammgut.

Lehnbare Rittergüter und deren Zubehörungen, so wie

6) Ebendaf. §. 19.

1) Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 20.

die zu Gunsten der Mitbelehnten auf den Lehen haftenden Lehnstämme werden durch die Aufhebung des Lehnverbandes und Eintragung des Lehn-Aufhebungs-Geschäfts in das Hypothekenbuch in Familien-Stammgut verwandelt. Diese Umwandlung ist, damit ihre rechtliche Wirkung gegen Dritte eintrete, von der Landes-Deconomie-Commission durch die braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen ¹⁾.

§. 266.

b. Unveräußerlichkeit des Familien-Stammguts.

Das Familien-Stammgut ist unveräußerlich; es kann weder getheilt, noch mit Schulden belastet werden, jedoch steht dem Gutsinhaber frei, einzelne Stammguts-Portionen in dem Falle, wenn Stücke von gleichem Ertrage an deren Stelle gesetzt werden, mit landesf. Genehmigung zu veräußern. Die Nachfolger des jedesmaligen Besitzers können dessen Allodialerbschaft ausschlagen und nur in das Stammgut succediren, und sie haften für die Schulden ihres Vorgängers nicht weiter, als sie seine Allodialerben geworden sind. Nur wenn die Erhaltung oder nachhaltige Verbesserung des Stammguts selbst einen außerordentlichen Aufwand erfordert, und der Gutsinhaber andere Mittel zur Befriedigung dieses Bedürfnisses herbeizuschaffen nicht vermag, kann derselbe mit Genehmigung des Landesfürsten und zugleich, wenn er keine zunächst zur Succession berufene Descendenten hat, des in der Seitenlinie zunächst berufenen Stammguts-Nachfolgers ein, auch den Nachfolger verbindendes Anlehn aufnehmen. Die Einwilligung geschieht auf gewisse Jahre, und es soll Vorsehung dahin gethan werden, daß die Schuld in dieser Zeit aus den Gutsauskünften getilgt wird. Ist der Gutsbesitzer und der Nachfolger aus der Seitenlinie darüber nicht einig, ob die Aufnahme eines Anlehns erforderlich ist, so entscheidet die Landes-Deconomie-Commission mit Vorbehalt eines Recurses an das Staats-Ministerium; ein gerichtliches Verfahren ist dabei ausgeschlossen.

¹⁾ Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 21.

Während der Lebenszeit des Gutsinhabers haben die Gläubiger desselben das Recht, sich wegen der nicht consentirten Schulden durch Execution in die Gutsaufkünfte bezahlt zu machen. Den Gläubigern, welche zur Zeit der Modification des Lehns an dasselbe oder an den Besitzer Forderungen haben, verbleiben ihre Zuständigkeiten, der Umwandlung des Lehns ungeachtet, ungeschmälert. Bei der Modification soll aber eine, die allmähliche Tilgung dieser Schuld sichernde Einrichtung getroffen werden ¹⁾.

§. 267.

c. Vererbung des Familien- = Stammguts.

Die Vererbung des Familien- = Stammguts geschieht nach den Grundsätzen der Lehnsnachfolge, jedoch mit folgenden Abänderungen:

1) Bei Mannlehen geht nach Erlöschen des Mannsstammes die Nachfolge auf die weibliche Linie über, und zwar auf diejenige Person, welche dem letzten Inhaber des Stammguts dem Grade nach die nächste ist; in der weiblichen Linie tritt dann wieder der Vorzug des Mannsstammes ein.

2) Von mehreren zugleich zur Nachfolge Berufenen kann nur Einer, und zwar der Erstgeborene, zum Besitze des Guts gelangen; unter mehreren Linien hat die erstgeborene und in derselben der Erstgeborene den Vorzug; die Nachgeborenen erhalten Abfindungen. Mehrere in einer Hand vereinigte Stammgüter sollen bei dem nächsten Erb-falle, bei welchem mehrere zugleich Berufene concurriren, wieder getrennt werden und der Erstgeborene nur eins dieser Güter nach seiner Wahl, der zunächst Geborene das zweite u. s. f. erhalten. Ausnahmen hiervon können nur mit landesfürstlicher Genehmigung, unter Zuziehung der Betheiligten, stattfinden.

3) Die Abfindungen der Nachgeborenen und die der Töchter, so wie die Witthümer sollen nur in dem lebenslänglichen Genuße eines Theils der Gutsaufkünfte bestehen;

1) Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 22.

sie werden nicht vererbt, sondern fallen mit dem Tode des Berechtigten zum Besten des Gutsinhabers zurück. Dagegen hat der Stammguts-Nachfolger keinen Anspruch auf den Pflichttheil aus dem Allodialvermögen seines Erblassers.

4) Die Größe der Abfindungen richtet sich nach der Zahl sämtlicher abzufindenden Personen, die Wittve mit eingerechnet. Die Abfindung der letztern ist der jeder Tochter gleich und soll, wenn überhaupt abzufinden sind:

1 Person..... $\frac{1}{10}$.

2 Personen..... $\frac{1}{12}$.

3 » $\frac{1}{15}$.

4 » oder mehr $\frac{1}{20}$.

vom Reinertrage des Guts betragen. Die Abfindung jedes Sohns beträgt doppelt so viel, als die jeder Tochter.

Indeß darf, auch wenn mehr als 4 Personen abzufinden sind, der Gesamtbetrag der Abfindungen nicht mehr, als die Hälfte des Reinertrages des Guts betragen, vielmehr ist in einem solchen Falle der Gesamtbetrag aller Abfindungen auf die Hälfte des Reinertrages zu reduciren, und diese nach den obigen Bestimmungen unter sämtliche Abzufindende zu vertheilen.

Die Wittve und Töchter, welche aus dem Allodialvermögen des letzten Gutsinhabers so viel erhalten haben, als zu ihrem angemessenen Auskommen hinreicht, haben keinen Anspruch auf Abfindung aus dem Stammgute, und sie werden bei Ausmittlung der Größe der Abfindungen nicht mitgezählt.

5) Der Betrag der Abfindungen wird nach den zur Zeit des Todes des Erblassers bestehenden Verhältnissen festgestellt, und leidet so wenig durch eine nachherige Verminderung der Abzufindenden, als durch das Hinzukommen neuer Abfindungen durch neue Erbfälle Veränderung. Wenn indeß bei dem Tode des Besitzers eines Stammguts an noch Abfindungen zu Gunsten anderer Verwandten auf demselben haften, so sind die Abfindungen für seine Wittve, seine Töchter und seine nachgeborenen Söhne vorerst nicht nach dem vollen Reinertrage des Guts, sondern nur nach dem nach

Absatz jener älteren Abfindungen noch übrig bleibenden Theile zu bestimmen, später aber nach Verhältniß des Betrages der zurückfallenden älteren Abfindungen zu erhöhen.

Die auf Witthümer und Abfindungen rückständigen Jahrszahlungen verjähren innerhalb zweier Jahre.

Gültige Uebereinkommen über die Feststellung der Abfindungen bedürfen der Bestätigung der Landes-Deconomie-Commission; von dieser wird auch die Größe der Abfindungen, wenn eine gütliche Einigung nicht erreicht wird, bestimmt. Ueberhaupt soll die Schätzung des Reinertrages eines Stammguts nicht im gerichtlichen Wege, sondern durch die Landes-Deconomie-Commission angeordnet und festgestellt werden. Gegen die Verfügungen derselben findet der Recurs an das Staats-Ministerium Statt ¹⁾.

§. 268.

d. Verwandlung des Allodialguts in Familien-Stammgut.

Nicht nur das mit dem allodificirten Lehne verbundene Allodium, sondern auch jedes Allodial-Rittergut oder sonstige Landgut kann, vorausgesetzt, daß solches einen jährlichen Reinertrag von 1500 Thlr. ¹⁾ gewährt, unter landesfürstlicher Genehmigung durch eine einfache, jedoch bis zum Tode widerrufliche Erklärung des Eigenthümers bei der competenten richterlichen Behörde durch Vertrag, oder durch lehtwillige Verfügung zum Familien-Stammgute erklärt werden, insofern nur der Stifter seinen Notherben den Pflichttheil nicht verkürzt. Es treten alsdann dieselben rechtlichen Wirkungen hinsichtlich der Unveräußerlichkeit und Vererbung ein, wie bei den in Stammgut verwandelten Lehnen ²⁾.

¹⁾ Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 23.

²⁾ Die Bestimmung dieser Größe des Reinertrages beruht auf einer analogen Anwendung der Bestimmung des Wahlgesetzes vom 12. Octb. 1832. §. 11, nach welcher ein solcher Ertrag erfordert wird, um ein Gut in die Zahl der Rittergüter aufzunehmen.

²⁾ Gesetz vom 23. März 1837. Nr. 18. §. 24.

§. 269.

e. Erlöschen und Aufheben der Stammguts=Qualität, so wie Modification derselben.

Die Stammguts=Qualität erlischt, wenn das Stammgut im Wege einer nothwendigen Subhastation verkauft wird. Außerdem kann sie nur mit Zustimmung sämmtlicher lebender, zur Gutsnachfolge Berechtigter und unter landesfürstlicher Genehmigung aufgehoben werden. Unter eben diesen Voraussetzungen können auch die gesetzlichen Bestimmungen über die Unveräußerlichkeit und Vererbung der Familien-Stammgüter, so wie die Grundsätze über deren Belastung mit Abfindungen und Witthümern ergänzt und abgeändert, auch schon bestehende abweichende Verträge und Testamente aufrecht erhalten werden ¹⁾.

§. 270.

N. Von den Rittergütern.

Eichhorn, §. 287—289.

Zum Begriffe eines Ritterguts gehörte in hiesigen Landen auch schon vor der gesetzlich zugelassenen Aufhebung des Lehnverbandes nicht wesentlich die Lehnseigenschaft, da schon früher allodiale Rittergüter bestanden ¹⁾. Das einzige charakteristische Kennzeichen der Ritterguts=Qualität giebt die Rittermatrikel ²⁾ an die Hand, welche eine Nachweisung der als ritterschaftlich anzusehenden Grundstücke enthält, und von dem ständischen Ausschusse geführt wird ³⁾. Der Erwerb und Besitz eines Ritterguts ist so wenig durch den adelichen Stand des Erwerbers oder Besitzers bedingt, als durch sonstige eigenthümliche Bestimmungen beschränkt; es steht vielmehr einem Jeden, der überhaupt Eigenthum erwerben kann,

1) Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 25. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 341. (I. 27.)

1) Vergl. Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 24.

2) Diese ist ihrem Ursprunge nach ein Kataster für die Besteuerung derjenigen Besitzungen, von welchen besonders Kriegsdienste geleistet werden mußten. Vergl. Bode, Beitrag zu der Geschichte der Feudalstände im Herzogth. Braunschweig S. 14.

3) Land. Grundges. vom 12. Octbr. 1832. §. 127.

ohne Rücksicht auf den Stand oder auf sonstige persönliche Verhältnisse desselben frei, Rittergüter zu acquiriren und zu besitzen ⁴⁾).

Die früher an den Besitz von Rittergütern geknüpft gewesenen Vorrechte ⁵⁾ bestehen, mit Ausnahme der Landschaftschaft, nicht mehr ⁶⁾; namentlich ist die Patrimonial-Gerichtsbarkheit ⁷⁾, der privilegirte Gerichtsstand ⁸⁾ und die Befreiung von Staats- ⁹⁾ und Gemeindelaften ¹⁰⁾ aufgehoben. Statt der Patrimonial-Gerichtsbarkheit ist den Rittergutsbesitzern die Verwaltung der Localpolizei im Umfange der früheren Gerichtsbezirke beigelegt ¹¹⁾.

- 4) Schon in ältester Zeit besaßen Viele, die nicht Ritter waren und unter ihren Vorfahren keine Ritter zählten, größere und insbesondere auch solche Güter, von welchen der Kriegsdienst zu Pferde geleistet werden mußte, und es ist der Besitz sogenannter Rittergüter zu keiner Zeit durch die Ritterwürde, oder auch nur durch die ritterliche Abstammung bedingt gewesen. Vergl. Bode a. a. D. — v. Bülow, Mittheilungen zur Erläut. der br. Geschichte S. 4.
- 5) Vergl. Privilegien der Landschaft vom 9. April 1770. Art. 55 flg.
- 6) Einige, zwar nicht aufgehobene, aber zum Theil obsolet gewordene, geringfügige Privilegien, welche sich auf kirchliche Handlungen beziehen, als die Befugniß zu Haus-Taufen, Confirmationen und Copulationen, so wie zu stillen Beerdigungen ohne Dispensation, zu Trauergeläuten bei Todesfällen und zur Benutzung von Erbbeerbnissen (Landt. Absch. vom 10. Octbr. 1682. Art. 21. — Kirch. Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. IX. §. 7. — Landschaftl. Privilegien vom 9. April 1770. Art. 51 u. 69. Promt. I. 278. u. II. 293 u. 398.) möchten kaum Erwähnung verdienen.
- 7) Verordn. vom 14. Januar 1814. Nr. 14. §. 6. — Desgl. vom 26. März 1823. Nr. 7. §. 9. — Land. Gr. Ges. vom 12. Octb. 1832. §. 191.
- 8) Verordn. vom 15. Januar 1814. Nr. 14. §. 6. — Desgl. vom 26. März 1823. Nr. 7. §. 9. — Land. Gr. Ges. vom 12. Octb. 1832. §. 200.
- 9) Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 14. §. 1. — Landt. Absch. vom 11. Juli 1823. Nr. 23. Art. 8 u. 20. — Land. Gr. Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 39.
- 10) Land. Gr. Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 49 u. 51. — Nach der Verordn. vom 4. Mai 1830. Nr. 10. §. 38. sollen die Landgüter als zu der Gemeinde, worin sie belegen, gehörig betrachtet werden. Vergl. §. 48 flg., insbesondere §. 63. Note 11.
- 11) Verordn. vom 19. Febr. 1814. Nr. 35. §. 10. — Desgl. vom

Die mit einem Rittersitze versehenen, in die Rittermatrikel eingetragenen Güter sind landtagsfähig und bilden einen Wahlbezirk bei der Wahl der ritterschaftlichen Landtags-Abgeordneten, welche aus den Eigenthümern und lebenslänglichen Nutznießern solcher Güter gewählt werden müssen. Das Wahlrecht haftet auf dem ganzen Umfange der in die Rittermatrikel eingetragenen Zubehörungen der Güter und geht, gleich allen anderen, mit der Rittergutseigenschaft verbundenen Rechten, durch Abgang der den Rittersitz bildenden Gebäude, durch Zerstückelung oder Veräußerung einzelner Theile desselben verloren, ausgenommen, wenn eine Veräußerung einzelner Guts-Zubehörungen dessen Reinertrag nicht unter 1500 Thlr. ¹²⁾ vermindert, und dieselbe auf den Antrag des ständischen Ausschusses vom Landesfürsten genehmigt wird. Dieser Bewilligung bedarf es nicht, wenn eine als Zubehör in die Rittermatrikel eingetragene Grundberechtigung an Zehnten, Diensten, Zinsen u. abgelöst, und das dafür Empfangene oder damit Erworbene immatrikulirt wird. Wenn dagegen die Ablösung gegen Zahlung eines nicht sofort zur Ergänzung des Guts wieder angelegten Capitals erfolgt, so ist jene Bewilligung erforderlich, sie wird aber auf den Fall nicht versagt, daß durch die Ablösung der Reinertrag sich nicht unter 1500 Thlr. vermindert, oder einstweilen ein Capital, welches nach dem Zinsfuße von 4 Procent diesen Ertrag deckt, belegt und innerhalb fünf Jahren zur Ergänzung des Guts wieder verwandt wird; das Capital darf ohne Zustimmung des ständischen Ausschusses nicht erhoben werden. Mit Zustimmung der Mehrheit der Ritterschaft und mit Genehmigung des Landesfürsten können nicht landtagsfähige Güter, welche einen Reinertrag von mindestens 1500 Thlr. liefern, in die Rittermatrikel aufgenommen werden. Ein Recht zur

26. März 1823. Nr. 7. §. 10. — Desgl. von demselben Tage Nr. 9. §. 26.

12) Hieraus darf indeß nicht gefolgert werden, daß ein Rittergut wenigstens einen jährlichen Reinertrag von 1500 Thlr. abwerfen müsse, da mehrere Rittergüter notorisch keinen so hohen Ertrag geben. Vergl. Landst. Verhandl. 1836—1837. Abth. II. S. 611.

Aufnahme in die Matrikel haben die Güter, welche früher in derselben gestanden haben, nachher Eigenthum der Regierung geworden und dann wieder in die Hände von Privatpersonen übergegangen sind, jedoch muß dies entweder mit allen immatriculirten Zubehörungen, oder mit einem Bestande, der einen Reinertrag von 1500 Thlr. gewährt, der Fall sein ¹³⁾.

Ueber die Verwandlung der allodialen Rittergüter in Familien-Stammgüter s. §. 268.

Siebenter Abschnitt.

Von der Ablösbarkeit der privatrechtlichen Reallasten.
§. 271.

I. Von der Ablösbarkeit im Allgemeinen.

Alle privatrechtlichen Reallasten an Zehnten, Hand- und Spanndiensten, Geld-, Getreide- und sonstigen Natural-Abgaben und Leistungen, womit das Eigenthum oder das erbliche Besizrecht an einem Grundstücke beschwert ist, oder in Zukunft beschwert werden könnte, so wie auch alle bloß persönlichen, d. h. gewissen Personen ohne den Besiz eines Grundstücks obliegenden Dienste und Leistungen sind, ohne Rücksicht auf den Rechtsgrund ihrer Entstehung, der Ablösung dergestalt unterworfen, daß ihre Aufhebung gegen eine gesetzlich bestimmte Entschädigung verlangt werden darf ¹⁾.

Ueberall nicht ablösbar sind:

- 1) die öffentlichen Abgaben und Lasten, so wie die Landfolge;
- 2) die aus dem Gemeindeverbande, und
- 3) die aus einem Corporations- oder Societäts-Verbande entspringenden Leistungen.

Von der Ablösung nach den Bestimmungen der Ablösungs-Ordnung sind ausgenommen:

- 1) alle auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande

¹³⁾ Wahlgesetz vom 12. Octbr. 1832. §. 8 flg.

1) Land. Gr. Ges. vom 12. Octbr. 1832. §. 36. — Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 1.

als solchem beruhenden, und nicht aus einem gutherrlichen Verhältnisse originirenden Lasten und Leistungen;

2) die von einzelnen Gewerben zu entrichtenden Domal- und gutherrlichen Abgaben, insofern sie nur von dem Betriebe des Gewerbes erfolgen;

3) Abgaben und Leistungen von Mühlen, Ziegeleien, Thon- und Mergelgruben u., Falls diese unter Bedingungen ausgethan sind, die zu der Bewirthschaftung des Hauptguts in wesentlicher Beziehung stehen;

4) Abgaben von Steinbrüchen ²⁾, und solche, welche bergrechtlichen Ursprungs sind.

Die Vorschriften der Ablösungs-Ordnung finden keine Anwendung:

1) auf die aus dem Lehnverbande hervorgehenden Lasten und Leistungen ³⁾, wohl aber auf den für die Modification eines Lehns bedungenen Zins;

2) auf Dienstbarkeiten aller Art, das Schäfereirecht, auf Holzungsberechtigungen, auf das Jagd- und Fischereirecht und die mit solchen Rechten verbundenen Leistungen und Gegenleistungen ⁴⁾.

Von verschiedenartigen Lasten eines Grundstücks oder einer Berechtigung, als welche feste Geldabgaben, feste Naturalabgaben, Meierzinsen, Zehnten, Handdienste, Spanndienste und zufällige selbstständige Abgaben angesehen werden, ist, wenn sie demselben Berechtigten zustehen, eine jede für sich ablösbar. Einen Theil derselben Last abzulösen, kann einseitig nicht gefordert werden, und zufällige mit einem andern ablösbaren Rechte verbundene Abgaben müssen mit diesem zugleich abgelöst werden.

Verträge, letztwillige Verfügungen, Verjährung und Erkenntnisse können dem an sich zulässigen Antrage auf Ab-

2) Ueber den Grund dieser Ausnahme s. Landst. Verhandl. 1833 bis 1835. Abth. III. Nr. 106, S. 1331.

3) Nach der Aufhebung des Lehnverbandes sind die Lehnstämme und Lehnzinsen bei den Lehen, die keine Rittergüter sind, ablösbar. Gesetz vom 28. März 1837. Nr. 18. §. 18.

4) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 2 bis 4.

lösung nicht entgegengesetzt werden, indeß kann der Berechtigte in dem Falle, daß ihm hinsichtlich des belasteten Guts das Heimfallsrecht zusteht, die Ablösung verweigern, wenn und so lange dasselbe auf nicht mehr als vier Augen steht; auch braucht der Berechtigte den Antrag auf Ablösung von einem einzelnen Pflichtigen nur insofern anzunehmen, als derselbe mit der abzulösenden Leistung nicht im Rückstande ist, oder wegen eines streitigen Rückstandes Sicherheit leistet.

Durch das Recht dritter Personen an dem belasteten Grundstücke oder an der Berechtigung kann das Recht, die Ablösung zu verlangen, nicht beschränkt werden ⁵⁾.

§. 272.

II. Berechtigung zur Ablösung.

Das Recht, die Aufhebung der ablösbaren Lasten und Rechte gegen Entschädigung zu verlangen, ist gegenseitig, ausgenommen, daß bei den festen Geldabgaben, deren jährlicher Ertrag, ausschließlich der mit denselben verbundenen zufälligen Abgaben, die Summe von 10 Thlr. übersteigt, nur dem Pflichtigen der Antrag auf Ablösung zusteht ¹⁾.

Legitimirt zum Ablösungsgeschäfte ist der rechtmäßige Inhaber eines mit einer ablösbaren Last beschwerten Grundstücks oder Realrechts, so wie auch der rechtmäßige Inhaber einer ablösbaren Berechtigung. Als rechtmäßige Inhaber werden nicht nur die Eigenthümer und erblichen Nutzungsberechtigten, sondern auch Die angesehen, welche das belastete Grundstück oder Realrecht, oder die daran haftende ablösbare Berechtigung auf Wiederkauf, vermöge antichretischen Pfandrechts, vermöge des aus der väterlichen Gewalt, oder aus dem ehelichen Verhältnisse herrührenden Dispositionsrechts, oder als Interimswirthe benützen.

Wenn das Eigenthum oder erbliche Nutzungsrecht freitig ist, so ist der ordentliche Besitzer zur Vertretung des Guts oder der Berechtigung legitimirt.

5) Ebendas. §. 23 bis 28.

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 7. — Desgl. vom 14. Mai 1840. Nr. 22. §. 1.

Mehrere Mitinhaber eines Grundstücks oder einer Berechtigung, so wie mehrere solidarisch Berechtigte oder Verpflichtete zu einer Reallast werden nur als eine Person angesehen, weshalb die Ablösung von ihnen und gegen sie nur unter Eins und im Ganzen verlangt werden kann. Wenn dagegen die Last oder Berechtigung weder auf einer solchen Gemeinschaft, noch auf einem Solidarverhältnisse beruht, so kann nur von jedem Einzelnen und gegen jeden Einzelnen für seinen Antheil auf Ablösung angetragen werden. Hierbei treten indeß die Ausnahmen ein, daß Zehnten von Bodenerzeugnissen, welche einem und demselben Berechtigten aus einem und demselben Zehntrechte zustehen und von derselben Zehntflur erfolgen; Fleischzehnten, welche die Mitglieder einer Gemeinde an denselben Zehntherrn zu geben haben; Spanndienste und Handdienste, wenn sie bisher von einer und derselben dienstpflichtigen Gemeinde einer und derselben berechtigten Besizung geleistet werden mußten, nur gleichzeitig abgelöst werden können, wenn nicht der Berechtigte in die einzelne Ablösung willigt. Indeß können einzelne Zehntpflichtige auf Ablösung der Zehntpflicht von einzelnen Ackerstücken antragen, wenn diese zur Anlegung oder Erweiterung eines Haus- oder Hofplatzes, eines Gartens beim Hause, eines Weges oder eines Begräbnißplatzes bestimmt sind; auch ist solches sowohl einzelnen Dienstpflichtigen, als den Dienstherrn gestattet, wenn der Dienst nicht zur Bewirthschaftung eines Guts gebraucht wird, wenn die Dienstpflichtigen das Recht erworben haben, den Dienst nicht wirklich zu leisten, sondern nur ein Dienstgeld zu zahlen, und wenn ihnen dieses Recht für eine gewisse Zahl von Diensttagen zusteht, rücksichtlich solcher Dienstage. Außerdem sind auch mehrere Pflichtige befugt, gleichartige, demselben Berechtigten gebührende Grundlasten gemeinschaftlich abzulösen, wenn eine Verwirrung im Verfahren nicht zu besorgen ist. Gleiche Befugniß hat der Berechtigte, insofern er auf Ablösung antragen kann.

Bei solidarischen oder gemeinschaftlichen, von Einzelnen nicht ablösbaren Grundlasten oder Berechtigungen entscheidet

über die Frage, ob abgelöst werden soll? wie bei allen folgenden Verhandlungen die nach Verhältniß der Theilnahme, und nicht nach der Anzahl der Stimmenden zu berechnende Mehrheit der Betheiligten; bei Stimmengleichheit wird die Frage als bejahet angesehen. Wenn Antheile der Interessenten streitig oder zweifelhaft sind, und auch ein ordentlicher Besiß unter den Betheiligten nicht vorhanden ist, so sind behuf der Abstimmung unter den bei einem Grundstücke und einer Realberechtigung Betheiligten gleiche Theile anzunehmen; unter den Betheiligten bei einer auf verschiedenen Besißungen solidarisch oder nur gemeinschaftlich haftenden Reallast aber die Antheile nach dem Verhältnisse dieser Besißungen zu bestimmen.

Um selbstständig auf Ablösung antragen, oder bei der Abstimmung über eine gemeinschaftlich zu betreibende Ablösung durch seine Stimme den Ausschlag geben zu können, so wie auch, wenn auf Ablösung angetragen und das Geschäft vergleichsweise abgeschlossen, oder in wesentlichen Punkten von den gesetzlichen Bestimmungen vertragsweise abgewichen werden soll, bedarf der Vater, welcher kraft väterlicher Gewalt handelt, der Zustimmung der Kinder, denen das Eigenthum oder Nutzungsrecht zusteht; der Ehemann der, indeß nicht eidlich zu bestärkenden Zustimmung der Frau, welche das Gut oder die Berechtigung als Brautscap inferirt hat; der Interimswirth der Zustimmung des Anerben. Diese Zustimmung enthält, wenn sie nicht ausdrücklich beschränkt ertheilt worden, zugleich die Bevollmächtigung zu allen ferneren Verhandlungen. Zur gültigen Abgabe dieser, und eben sowohl einer jeden zu einem andern Zwecke erforderlichen Zustimmung bedürfen die, welche das 21ste Lebensjahr überschritten, das 25ste aber noch nicht zurückgelegt haben, so wie auch die Vormünder und Curatoren der Autorisation der Landes-Deconomie-Commission, die Concurß-Curatoren der Ermächtigung des Concurß-Gerichts, unter Zustimmung der Gläubiger, und solche Personen, denen die eigene Vermögens-Verwaltung zwar nicht entzogen, aber beschränkt ist, des Beitritts derjenigen Personen oder Behörden, durch

deren Mitwirkung die Gültigkeit ihrer Verwaltungs-Handlungen bedingt ist ²⁾).

Den Antrag auf Ablösung einseitig zurückzunehmen, steht dem Provocanten nicht frei, sobald der Provocat durch die Separations-Behörde von demselben in Kenntniß gesetzt ist ³⁾).

III. Entschädigung der Berechtigten.

§. 273.

1. Im Allgemeinen.

Der Berechtigte wird nach Maßgabe des nachhaltigen Reinertrages des abzulösenden Rechts, und zwar nach dem gemeinen Werthe dieses Reinertrages entschädigt. Bei der Ausmittelung des in baarem Gelde abzuschätzenden Werthes des Reinertrages wird nach folgenden Grundsätzen verfahren:

1) Wenn der Aufwand, welchen die Leistung für den Verpflichteten veranlaßt, für sich abgeschätzt, den ermittelten Werth des Nutzens, welchen sie dem Berechtigten gewährt, übersteigt, so wird die Entschädigung nur nach diesem Nutzen bestimmt.

2) Besondere Verhältnisse des Berechtigten, welche den Werth der Naturalleistung vermehren, werden in keinem Falle berücksichtigt.

Wenn, der Natur des Rechtsverhältnisses zufolge, besondere Unglücksfälle des Pflichtigen den Berechtigten unmittelbar oder mittelbar durch die Verbindlichkeit zur Remission mit treffen, so ist solches bei der Ermittlung des Reinertrages genau zu berücksichtigen.

Von dem Ertrage der Leistung werden abgesetzt:

a) die öffentlichen Abgaben, welche auf dem abzulösenden Rechte ruhen, b) die Kosten, welche dem Berechtigten die Gegenleistungen verursachen, und c) der Aufwand desselben bei der Erhebung oder Verwerthung der Abgabe oder Leistung.

2) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 8 bis 22.

3) Ebendaß. §. 29.

In der Regel macht der fünfundzwanzigfache Betrag des nachhaltigen jährlichen Reinertrages die dem Berechtigten zukommende Entschädigung aus. Diese soll in baarem Gelde geleistet werden, und eine anderartige Entschädigung bedarf einer besondern Uebereinkunft unter den Interessenten. Hierzu ist ausnahmsweise (Vergl. §. 272.) die Zustimmung derjenigen, welchen etwa die Disposition des Besitzers beschränkende Rechte an einem zu diesem Zwecke zu veräußernden Grundstück oder Realrechte zustehen, in dem Falle nicht erforderlich, wenn durch die Abtretung oder Veräußerung eines Theils das Uebrige dergestalt von einer Reallast befreiet wird, daß die Befreiung den Abgang ersetzt.

Wenn das abzulösende Recht dem Berechtigten einen Reinertrag überall nicht gewährt, so wie auch, wenn der Werth der Gegenleistung den Werth der Leistung übersteigt, so wird dasselbe ohne alle Entschädigung aufgehoben.

Im Falle dem Berechtigten oder Pflichtigen das Recht zusteht, zwischen zwei Arten der Entrichtung der Leistung zu wählen, so kann derselbe bestimmen, welcher Art der Leistung die Last bei der Ablösung zugehörig betrachtet werden soll 1). Diese Bestimmung findet indeß keine Anwendung auf das Recht des Dienstberechtigten, zwischen der Naturalleistung des Dienstes und der Erhebung des ordinairn Dienstgeldes zu wählen 2).

§. 274.

2. Entschädigung bei festen Geldabgaben.

Behuf der Ermittlung des Reinertrages bei festen Geldabgaben, zu denen auch die zwar nach den jedesmaligen Preisen veränderlichen, aber anstatt fester Naturalabgaben entrichteten, und durch den feststehenden Betrag der letzteren bestimmten Geldabgaben gehören, werden außer den öffentlichen Abgaben und den Gegenleistungen (§. 273.) für Erhebungskosten absezt:

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 30 flg.

2) Gesetz vom 29. Juli 1837. Nr. 36. §. 1.

1) wenn der Berechtigte die Abgabe von dem Pflichtigen abholen muß, fünf vom Hundert, und

2) wenn der Pflichtige dieselbe bringen muß und der Jahrsbetrag 10 Thlr. nicht übersteigt, zwei vom Hundert; wogegen bei solchen Abgaben von höherem Betrage ein Absatz für Erhebungskosten überall nicht Statt findet.

Bei festen Geldabgaben, die nicht alljährlich, sondern nach einer bestimmten Anzahl von Jahren zu entrichten sind, wird der jedesmalige Betrag durch die Zahl dieser Jahre getheilt, und das Ergebniß als Jahrsbetrag angesehen ¹⁾.

§. 275.

3. Entschädigung bei festen Naturalabgaben.

Der Ertrag fester Naturalabgaben, wozu alle diejenigen gerechnet werden, welche nach Maß und Beschaffenheit bestimmt und in gemessenen Zwischenräumen zu entrichten sind, wird nach ihrem Geldwerthe, unter Beobachtung der im §. 281 bemerkten Bestimmungen, ermittelt, und der Betrag des Absatzes für Erhebungs- und Verwerthungskosten soll, wenn der Pflichtige die Abgabe an einem bestimmten Orte frei abzuliefern hat, nicht mehr als fünf vom Hundert, und wenn dies nicht der Fall ist, nicht mehr als zehn vom Hundert betragen können; die Landes-Deconomie-Commission bestimmt innerhalb dieser Gränzen die Größe des Absatzes.

Wenn die festen Naturalabgaben nicht alljährlich, sondern in längeren Zwischenräumen zu entrichten sind, so wird dabei eben so verfahren, wie am Ende des §. 274 in Betreff der festen Geldabgaben bemerkt ist ¹⁾.

§. 276.

4. Entschädigung bei Meierzinsen.

Bei Ausmittlung des Ertrages der abzulösenden Meierzinsen wird der Betrag berechnet, zu welchem der Meier in Folge von Erkenntnissen, Verträgen oder Herkommen, zur

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 39 fig.

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 41 fig.

Zeit der Provocation, dauernd verbunden ist. Hinsichtlich der Verbindlichkeit des Berechtigten zu Remissionen ist auszumitteln, was der Meier, nach Absatz der ihm gebührenden Remissionen, in den letzten fünfzig Jahren, vom 1. Januar 1835 zurückgerechnet (wobei für die sechs Jahre von 1808 bis 1814 sechs frühere Jahre zur Berechnung kommen) ¹⁾, wirklich entrichtet hat, oder, im Falle er mit der Leistung im Rückstande ist, hätte entrichten sollen, und hiernach ist der jährliche Durchschnitt zu berechnen. Wenn sich der jährliche Betrag der wirklichen Præstation aus dem vollen Zeitraume nicht ermitteln läßt, so bestimmt die Landes-Deconomie-Commission den für die Remissionen abzusetzenden Betrag nach billigem Ermessen. Im Falle ein solcher jährlicher Durchschnitt der, nach Absatz der Remissionen, entrichteten Præstationen im Werthe höher sein sollte, als die Meierzinsen, wozu der Meier zur Zeit der Provocation dauernd verbunden ist, so wird der volle Betrag, ohne Rücksicht auf die Verbindlichkeit zu Remissionen, berechnet; wogegen, wenn der jährliche Durchschnitt geringer ist, der Betrag nach diesem Durchschnitte berechnet wird.

Der Capitalwerth des solchergestalt ermittelten Betrages des Meierzinses wird nach denselben Grundsätzen, wie bei festen Geldabgaben oder bei festen Naturalabgaben ermittelt ²⁾. (C. §. 274 und 275.)

§. 277.

5. Entschädigung bei zufälligen Abgaben.

Unter zufälligen Abgaben werden alle diejenigen verstanden, bei welchen entweder der Zeitpunkt der Entrichtung, oder der Umfang der Leistung, oder beides zugleich ungewiß ist.

1) Bei der Ermittlung des Ertrages der Veränderungsgebühren (des Weinkaufs, der Laudemien, der Antrittsgelder u.) werden auf ein Jahrhundert, ohne Rücksicht dar-

1) Die Normaljahre für die Remissionen werden daher von 1779 bis 1807 einschließlic, und von 1814—1834 einschließlic angenommen.

2) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 45 flg.

auf, ob in demselben mehrere oder weniger Fälle vorgekommen sind, gerechnet: wenn sie bei Vererbung des belasteten Grundstücks entrichtet werden, drei Fälle; wenn die Descendenten des verstorbenen Besitzers davon befreiet sind, ein Fall; wenn sie von dem einheirathenden Ehegatten erlegt werden müssen, drei Fälle; wenn sie der Interimswirth zu zahlen hat, ein Fall zur Hälfte; wenn sie auch im Falle des Ablebens des Berechtigten Statt finden, drei Fälle; wenn aber in diesem Falle der Besitz, bei dessen Wechsel die Entrichtung erfolgt, an ein Amt, eine Dignität oder ein Seniorat gebunden ist, vier Fälle; wenn die Veränderungsgebühren auch bei Veräußerungen in der dienenden Hand zu zahlen sind, ein Fall. Von mehreren neben einander bestehenden Fällen kommt jeder, wie er besteht, für sich zum Anschlag.

Um den Betrag dieser Gebühren zu ermitteln, wird dasjenige zum Grunde gelegt, was durch Gesetz, Vertrag, Erkenntniß oder Herkommen feststeht. Fehlt es hieran, so wird die Berechnung nach dem in den letzten sechs Fällen entrichteten Betrage gemacht, und kann auch dieser nicht ausgemittelt werden, so soll die Durchschnittssumme der bekannten Fälle als Einheit, wenn aber nur ein Fall bekannt ist, dieser zum Grunde gelegt werden. Der Betrag aller auf ein Jahrhundert fallenden Veränderungsgebühren wird zusammengerechnet und die Summe durch Hundert getheilt, um den jährlichen Durchschnitts-Ertrag der Veränderungsgebühren zu ermitteln. Im Falle die Veränderungsgebühren nach einer bestimmten Anzahl von Jahren zu entrichten sind, so wird zur Ermittlung des jährlichen Ertrages der Betrag durch diese Zahl der Jahre getheilt.

2) Nach eben diesen Grundsätzen soll bei der Ablösung aller anderen zufälligen Abgaben verfahren werden, insbesondere auch bei dem Sterbefälle oder Besthaupten, wobei ein Veränderungsfall auf ein Jahrhundert gerechnet wird.

3) Bei allen zufälligen Abgaben, die in Naturalien bestehen, werden als Betrag der Erhebungskosten wenigstens fünf vom Hundert, und bei Geldabgaben höchstens funfzehn

vom Hundert, bei Naturalabgaben aber, wenn sie der Pflichtige frei abzuliefern hat, höchstens zwanzig vom Hundert, andern Falls höchstens fünf und zwanzig vom Hundert des Rohertrages, und zwar nach Ermessen der Landes-Deconomie-Commission, abgesetzt.

4) Die bei Veräußerung des Obereigenthums zu entrichtenden Veränderungsgebühren, die bei Verpfändung des pflichtigen Grundstücks erhobenen Consensgeldes, die bei Veränderungenfällen gezahlten Schreibgebühren und das mit einem ablösbaren Rechte verbundene Heimfallsrecht werden durch die Ablösung der Rechte des Eigenthümers, erblichen Nutzungsberechtigten oder Obereigenthümers ohne Entschädigung aufgehoben ¹⁾.

§. 278.

6. Entschädigung bei Zehnten.

1) Unter Fruchtzehnten werden alle Abgaben verstanden, welche in einem Theile der Erndte des pflichtigen Grundstücks bestehen und unmittelbar vom Boden bezogen werden; es gehören also auch dazu die Fünften, Vierteln u., auch wenn das Stroh den Pflichtigen nach geschehenem Ausdrucke zurückgegeben wird.

a) Bei dem Feldzehnten, mag derselbe von allen Erzeugnissen des Grundstücks oder gewisser Theile desselben, oder nur von bestimmten Gegenständen des pflichtigen Ackers gezogen werden, ist durch Sachverständige zu bestimmen, welche Quantität nach dem mittleren Durchschnitte mehr oder weniger ergiebiger Jahre als Ertrag des Zehntens anzusehen ist. In beiden Fällen soll der auf der Feldmark übliche Fruchtwechsel und die Brachhaltung, so wie auch der gegenwärtige Zustand der dauernden Ertragsfähigkeit zum Grunde gelegt werden. Bei einer gemeinschaftlichen Ablösung des Zehntrechts kann jeder Feldmarkinteressent verlangen, daß seine Länderei separat abgeschätzt werde.

Nachdem der Zehnten in dieser Art auf eine feste Ma-

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 51 flg.

turalabgabe berechnet ist, wird der Geldwerth der letztern nach den im §. 281 angeführten Bestimmungen ermittelt.

Von dem Rohertrage soll, außer den im §. 273. a. u. h. bemerkten Absatzposten, für Erhebungs- und Verwerthungskosten abgesetzt werden: die Besoldung des Zehntmalers nach einem zehnjährigen Durchschnitte; die Kosten des Aberndtens, Einfahrens und Bansen, insofern diese Arbeiten nicht vom Zehntpflichtigen zu beschaffen sind, nach den Verhältnissen der drei letzten Jahre; die Kosten des Dreschens, insofern solches nicht von den Pflichtigen verrichtet werden muß, nach der Ueblichkeit des Orts; für Krimpsmaße eins vom Hundert des Rohertrags an Körnern; für die Kosten des Aufbewahrens, des Verkaufs, des Transports zum Markorte nach der Bestimmung der Landes-Deconomie-Commission, jedoch nicht mehr als zehn vom Hundert.

b) Bei der Abschätzung des Fleischzehnten wird der Naturalertrag nach dem Durchschnitte der letzten zehn Jahre vor der Provocation ermittelt, und der Reinertrag nach Abzug der Kosten (§. 273.) berechnet. Die Pflichtigen tragen zu dem Ablösungs-Capitale nach Verhältniß des Viehstammes bei, welcher ihnen nach der Gemeinheits-Theilungsordnung bei Specialtheilungen berechnet wird.

c) Wenn der Zehnten, er sei Frucht- oder Fleischzehnten, in den letzten zwanzig Jahren unausgesetzt entweder abgefordert, oder der Gestalt verpachtet gewesen, daß das Pachtgeld für sich ersichtlich ist, so kann sowohl der Berechtigte, als der Pflichtige verlangen, daß der Pachtpreis, welcher in jener Zeit durchschnittlich jährlich entrichtet worden, als der jährliche Reinertrag bei der Ablösung angesehen werde. Indes steht auch in diesem Falle jedem Theile frei, auf Abschätzung des Naturalertrags durch Sachverständige anzutragen, es hat derselbe jedoch alsdann die Kosten dieses Verfahrens allein zu tragen, wenn das Ergebnis nicht günstiger für ihn ausfällt, als das aus dem Pächtertrage 1).

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 60 flg.

§. 279.

7. Entschädigung bei Diensten.

a) Naturaldienst. Wenn der rechtliche Umfang der durch die Dienste zu beschaffenden Verrichtungen nicht feststeht, so sind die Interessenten befugt, die gerichtliche Feststellung des Rechts an sich zu verlangen; geschieht dieß nicht, so wird der Besitzstand der zwölf Jahre von 1822 bis 1833 zum Grunde gelegt. Es werden hierbei alle Bestimmungen, welche Einfluß auf die zu beschaffenden Arbeiten haben, so wie auch die Kräfte des Pflichtigen berücksichtigt.

Bei der Abschätzung der Dienste ist zu unterscheiden, ob 1) der Umfang der durch sie zu beschaffenden Arbeit, oder 2) nur die Anzahl der zu leistenden Dienstage und die Dauer der Arbeitszeit, nicht aber zugleich der Umfang der darin zu beschaffenden Arbeit feststeht. Wenn im Allgemeinen nur die Anzahl der Dienstage, bei gewissen Arten der vorkommenden Arbeiten aber zugleich feststeht, was in einem Dienstage beschafft werden muß, so ist nach dem Durchschnitte der zwölf Jahre von 1822 bis 1833, oder wo solcher nicht mit Gewißheit ermittelt werden kann, nach dem wirthschaftlichen Bedarfe des Guts zu bestimmen, wie viele Dienstage von der ganzen Anzahl auf Arbeiten fallen, für welche eine solche Norm feststeht, und für welche solche nicht Statt hat. Für den ersten Theil der Dienstage ist dann der Umfang der darin zu beschaffenden Arbeiten, nach ihren verschiedenen Arten gesondert, zu berechnen, und dieser Theil des Dienstes der oben unter Nummer 1, der letzte Theil der Dienstage aber der unter Nummer 2 erwähnten Classe beizuzählen.

Wenn der Umfang der zu beschaffenden Arbeit feststeht, so werden hiernach und nach der Art der Arbeit die Kosten, welche der Berechtigte aufwenden muß, um den Naturaldienst zu ersetzen, geschätzt; ist aber nur die Anzahl der Dienstage und die Dauer der Arbeitszeit bestimmt, so wird der Werth eines Dienstages geschätzt. In beiden Fällen sind bei der Schätzung nicht nur die Menge und Art der zu beschaffenden Arbeiten, oder die Dauer der täglichen Arbeitszeit, sondern auch die Qualität der Dienstarbeit, wie solche

sich nach den Kräften der Pflichtigen und dem Herkommen ergibt, die Verpflichtung des Berechtigten zur Gewährung eines Erlasses und alle sonstigen Umstände, welche auf den Werth von Einfluß sein können, zu berücksichtigen. Der Werth der einzelnen Arten der Dienstarbeit und der einzelnen Dienstage, wonach die Entschädigung des Berechtigten berechnet wird, ist durch die Kreiscommissionen ermittelt. Nur wenn ein Pflichtiger zu Dienstleistungen unter besonderen, von der Kreiscommission unberücksichtigt gelassenen Modificationen verpflichtet ist, wird eine specielle Schätzung des Werthes der Dienste zugelassen ¹⁾).

Haben die Mitglieder einer zur Naturalleistung verpflichteten Gemeinde in den bemerkten zwölf Jahren den Dienst gar nicht, oder nicht vollständig geleistet, sondern dafür das ordinaire Dienstgeld entrichtet, so wird, Falls der Dienst gar nicht, oder doch nicht zur Hälfte wirklich geleistet ist, die Hälfte nach obigen Schätzungen und die andere Hälfte nach dem ordinären Dienstgelde veranschlagt; Falls aber mehr als die Hälfte der Dienstage abgeleistet worden, ist der durchschnittlich in den fraglichen zwölf Jahren wirklich geleistete Dienst nach dem durch obige Schätzung bestimmten Werthe, der nicht geleistete aber nach dem ordinären Dienstgelde zu berechnen. Wenn der Dienst in jenen zwölf Jahren verpachtet gewesen ist, oder nicht mehr zu ermitteln steht, für welchen Theil desselben die Pflichtigen das ordinaire Dienstgeld bezahlt haben, so wird der jährliche Werth des Dienstes zu drei Vierteltheilen nach obigen Schätzungen, der Rest hingegen nach dem ordinären Dienstgelde berechnet. Ist endlich der Dienst in dem erwähnten Zeitraume deshalb nicht geleistet, weil über die Berechtigung ein, später durch gerichtliche Entscheidung erledigter Rechtsstreit bestand, oder kommen andere, als die obigen Fälle vor, so haben die Separationsbehörden zu bestimmen, welcher Theil des Dienstes als wirklich, und welcher als durch Entrichtung des Dienstgeldes abgeleistet zu betrachten ist. Bei solchen Diensten,

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 71 flg.

für deren Umfang und Naturalleistung, der Natur der Sache nach, ein zwölfjähriger Besitzstand keinen Maßstab giebt, wird die Berechnungsart des jährlichen Werthes von der Separationsbehörde bestimmt.

In der Regel soll die Entschädigung des Berechtigten, insofern und insoweit der Jahrswerth des Dienstes durch Schätzung ausgemittelt ist, in dem achtzehnfachen Betrage des ermittelten Jahrsbetrages bestehen, insofern und insoweit er aber nach dem ordinären Dienstgelde berechnet wird, den fünfundzwanzigfachen Betrag des Jahrswerthes ausmachen. Wenn dem Berechtigten die Befugniß zusteht, entweder die Naturalleistung des Dienstes, oder ein ordinaires Dienstgeld zu fordern, so gebührt ihm für das Dienstrecht eine Entschädigung mindestens zu dem 25fachen Betrage des ordinären Dienstgeldes. Erreicht daher entweder der 18fache Betrag des Jahrswerthes der Naturalnutzung oder der, durch die gemischte, für die oben bezeichneten Fälle vorgeschriebene Berechnung ermittelte Capitalbetrag den 25fachen jährlichen Betrag jenes ordinären Dienstgeldes nicht, so bildet dieser allein die Capitalentschädigung. Eine Ausnahme hiervon tritt ein, wenn der Werth des während der 12 Normaljahre in natura genutzten Dienstes, nach den Grundsätzen der Ablösungsordnung ermittelt, im Durchschnitte für den Dienstag geringer ist, als das entsprechende ordinäre Dienstgeld, in welchem Falle dem Berechtigten für den Theil, welcher in den Normaljahren durchschnittlich in natura geleistet ist, nur eine Entschädigung zu dem 25fachen Betrage des Werthes der Naturaldienstleistung gebührt ²⁾.

Der für die sämmtlichen Mitglieder einer Gemeinde ermittelte Reinertrag der Dienste wird im Verhältniß ihrer Theilnahme an dem Dienste, welchen sie einem Berechtigten zu leisten hatten, auf die Einzelnen vertheilt, ohne Unterschied, ob sie in den 12 Jahren, aus welchen der Durch-

²⁾ Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 77 flg. — Gesetz vom 29. Juli 1837. Nr. 36. §. 2 u. 3.

schnitt genommen ist, den Dienst gepachtet, geleistet oder dafür das ordinaire Dienstgeld gegeben haben.

b) Wenn der Pflichtige das Recht hat, die Naturalleistung des Dienstes ganz oder theilweise zu verweigern, und statt derselben ein feststehendes Dienstgeld, oder eine feste Naturalabgabe zu zahlen, so erfolgt die gänzliche oder theilweise Entschädigung nach den Bestimmungen über die Ablösung fester Geld- oder Naturalabgaben. (§. 274 u. 275.)

c) Ist der Dienst mit Gelde belegt, so kann weder der Berechtigte, noch der Pflichtige von dem in dem Dienstleistungsvertrage etwa bedungenen Kündigungsrechte Gebrauch machen, sondern die Ablösung ist mit Publication des Ablösungsgesetzes als geschehen betrachtet.

d) Der Häuslingsdienst wird seit dem 1. Januar 1835 nicht mehr geleistet, und das Häuslingschutgeld nicht mehr entrichtet. Diese Dienste und Schutgelder sind, insofern sie zum Cammergute oder zum Kloster- und Studienfonds gehören, ohne alle Entschädigung aufgehoben; die Entschädigung der milden Stiftungen, städtischen Aerarien und Privatpersonen ist vom Staate übernommen ³⁾. Um diese Entschädigung zu ermitteln, wird der Jahrsertrag dieser Lasten nach dem Besitzstande in den zwölf Jahren von 1822 bis 1833 nach folgenden Grundlagen berechnet, als: die Anzahl

3) Es ist hier indeß nur von solchen Schutgeldern die Rede, welche von den Pflichtigen kraft eines gutherrlichen Rechts gefordert werden können, und nur in Betreff dieser ist vom Staate eine Entschädigung zugesichert. Wenn daher von den mit Grundstücken nicht angefassenen Gemeindegemeinschaften unter dem Namen von Schutgeldern Abgaben erhoben werden, welche in dem Gemeindeverbande ihren Ursprung haben, und mithin als eine Communallast anzusehen sind, so stehen die Vorschriften der Ablösungs-Ordnung der fernern Erhebung solcher Abgaben überall nicht entgegen, es findet auf diese vielmehr die Bestimmung des §. 2 der Ablös. Ordnung Anwendung, wonach solche Abgaben den Gegenstand eines Ablösungs-Verfahrens nicht bilden können. Nach dieser, durch ein Minister. Refer. vom 31. Octbr. 1835 gebilligten Ansicht hat die Landes-Deconomie-Commission in vorgekommenen Fällen zum Definitiven entschieden.

der Pflichtigen nach dem Durchschnitte der 12 Jahre, und der halbe Betrag des Schutzgeldes oder ordinären Dienstgeldes, der Dienst mag wirklich geleistet sein oder nicht. Wenn dieser Betrag nicht feststeht, so ist der bei demjenigen Amte übliche Betrag zu berechnen, zu welchem das berechnete Gut vor dem Jahre 1806 gehört hat. Der 20fache Betrag des solchergestalt ausgemittelten Jahrsertrags bildet das Entschädigungs-Capital. Hat der Gutsherr in den obigen 12 Jahren das Recht auf den Häuslingsdienst und das Schutzgeld nicht ausgeübt und deshalb auch nicht geklagt, so gebührt ihm keine Entschädigung ⁴⁾.

IV. Ausmittlung des Umfanges der abzulösenden Lasten und der Normalpreise.

§. 280.

1. Ausmittlung des Umfanges der Lasten.

Zum Zwecke der Ausmittlung des Umfanges der Lasten ist sowohl der Berechtigte, als der Pflichtige schuldig, die im Besitze habenden Urkunden, welche über ablösbare Berechtigungen und deren Ertrag Auskunft geben, den Separations- Behörden vorzulegen.

Um den Beweis des Besitzstandes während der Normaljahre von 1822 bis 1833 hinsichtlich der Dienste zu sichern, steht den Betheiligten frei, auch ohne Antrag auf Ablösung, den Besitzstand in diesen Jahren und wie viele Tage wirklich gebient, und für wie viele das ordinaire Dienstgeld gezahlt worden, durch die Aemter feststellen zu lassen ⁴⁾.

§. 281.

2. Ausmittlung der Normalpreise.

Der Geldwerth aller Naturalien, mag die Berechnung den Ertrag der Leistung des Pflichtigen, oder der Gegenleistungen des Berechtigten, oder die Kosten, welche dieser aufwenden muß, um den Naturaldienst zu ersetzen, betreffen, so

4) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 82 flg.

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 88 flg.

wie der Geldwerth der Dienste ist in den Fällen, wo das Gesetz die Normalpreise nicht bestimmt hat, durch die Kreis-Commissionen ermittelt und danach festgesetzt ¹⁾).

Durch das Gesetz sind die Preise

für den Himten Weizen auf 22 Ggr.

» » » Roggen » 17 »

» » » Gerste » 13 » und

» » » Hafer » 9 »

bestimmt. Ausgenommen ist hiervon das Getreide, welches von so schlechter Beschaffenheit ist, daß dasselbe zum größern Handel sich nicht eignet; für dieses haben gleichfalls die Kreiscommissionen den Preis ermittelt. Von den gesetzlich feststehenden oder ermittelten Kornpreisen werden bei sackfälligen Zinsen zehn vom Hundert abgesetzt ²⁾).

§. 282.

V. Perfection des Ablösungsgeschäfts.

Jedes Ablösungsgeschäft, mag dasselbe durch freie Uebereinkunft zwischen den Betheiligten, oder unter Leitung der Behörden ¹⁾ erfolgt sein, bedarf der Bestätigung der Landes-Deconomie-Commission (eine andere obrigkeitliche Bestätigung ist auch bei Bauergütern nicht erforderlich), und das bestätigte Ablösungsgeschäft kann von den Contrahenten nur aus solchen Gründen angefochten werden, aus welchen die Anfechtung eines obrigkeitlich bestätigten Vertrags rechtlich zulässig ist. Außerdem ist auch die Eintragung des Geschäfts in das Hypothekenbuch ein wesentliches Erforderniß, und erst wenn beide Requisite vorhanden sind, entsteht aus

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. Nr. 20. §. 91 flg. — Bekanntmach. der Normalpreise für den Kreis Braunschweig v. 21. April 1836. Nr. 16. — Für Helmstedt v. 16. August 1836. Nr. 23. — Für Gandersheim vom 16. August 1836. Nr. 24. — Für Holzminden vom 26. Febr. 1837. Nr. 12. — Für Wolfenbüttel vom 21. Octbr. 1837. № 44. und für Blankenburg vom 3. Decbr. 1841. № 5.

2) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. № 20. §. 91 flg.

1) Die Vorschriften über das Verfahren enthält das Gesetz vom 20. Decbr. 1834. G. u. B. G. von 1835. № 2.

denselben ein für die contrahirenden Theile klagbares Recht. Sobald die über das Geschäft aufgenommene Urkunde zur Bestätigung eingereicht ist, kann keine Partei mehr davon abgehen; die Verweigerung der Bestätigung macht das Geschäft für beide Theile unverbindlich 2).

VI. Wirkungen des Ablösungsvertrags.

§. 283.

1. Wirkungen unter den Parteien.

Durch die Ablösung wird die volle Freiheit von der Realast erworben, und in Folge dessen fallen für den Ablösenden alle die Beschränkungen der Dispositionsbefugniß hinweg, welche in dem zwischen ihm und dem Berechtigten bestandenen gutherrlichen Verbande, oder in dem Obereigenthumsrechte ihren alleinigen rechtlichen Grund hatten. Die Befreiung kann nicht vor dem Tage der Eintragung des Ablösungsvertrags in das Hypothekenbuch eintreten, wohl aber weiter hinausgeschoben werden. Die Verzinsung des Ablösungs-Capitals tritt bei Geld- und Natural-Abgaben mit dem Fälligkeitstermine der letzten Naturalleistung, jedoch bei Zehnten mit dem auf die letzte Zehnterhebung folgenden ersten Januar ein. Veränderungsgebühren können schon von der Zeit der geschehenen Mittheilung des Ablösungs-Antrags an den Provocaten nicht mehr gefordert, und von demselben Zeitpunkte an kann auch das Heimfallsrecht nicht mehr ausgeübt werden. Dagegen hat der Pflichtige für das den Veränderungsgebühren entsprechende Ablösungs-Capital die Zinsen zu 4 Procent von der Mittheilung des Ablösungs-Antrags an bis zum Eintritte der Befreiung von der Last bei diesem Eintritte zu bezahlen.

Aus Gründen des, auf der Erhaltung des Bestandes der Bauergüter beruhenden allgemeinen Wohls bleiben die Rechte über Erbfolge, Erbtheilungen, Abfindungen, Altheil, Interimswirthschaft, Untheilbarkeit der Höfe und Pertenzenverhältnisse, Vereinigung mehrerer Bauerhöfe, Bestäti-

2) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. № 20. §. 101 flg.

gung der Verträge u. s. w. auch nach der Ablösung der Reallasten in Kraft ¹⁾. Diese Bestimmung bezieht sich indeß nur auf Bauergüter, und findet auf solche Grundstücke, welche zwar in gutsherrlichem Verbande stehen, oder bäuerlichen Lasten unterworfen sind, indeß innerhalb einer städtischen Feldmark liegen, keine Anwendung ²⁾.

2. Wirkungen gegen dritte Personen.

§. 284.

a. Allgemeine Wirkungen.

Dritten Betheiligten verbleiben im Allgemeinen auch nach der Ablösung alle Rechte, welche ihnen an dem befreiten Grundstücke oder an dem Gegenstande der Ablösung bisher gehörten, und zwar auf die Weise, daß ihre Rechte auf die für die Ablösung gegebene Entschädigung übergehen und der Empfänger in der freien Disposition darüber eben den Beschränkungen unterworfen bleibt, denen er hinsichtlich des abgelösten Rechts unterworfen war.

Nur in dem Falle können dritte Betheiligte das Ablösungsgeschäft anfechten, wenn die Parteien, um sie zu verfürzen, betrüglich verfahren haben.

Die Separations-Behörden sollen die betheiligten Dritten thunlichst zu ermitteln suchen, und Sorge tragen, daß deren Rechte nicht gefährdet werden. Den Parteien steht es frei, sich gegen die Ansprüche unbekannter Dritter durch Edictalladungen sicher zu stellen. Nach erfolgter Präclusion ist eine Restitution bis zur Ausführung des Geschäfts nur aus erheblichen Gründen, gegen den bestätigten Recesß jedoch nur aus solchen Gründen zulässig, aus welchen dieselbe gegen ein rechtskräftiges Erkenntniß gestattet ist. Wenn die Interessenten nicht auf Edictalladung antragen, so hat die Landes-Deconomie-Commission die bestätigten Ablösungen binnen einem Vierteljahre nach geschehener Eintragung in das Hypothekenbuch öffentlich bekannt zu machen, und zwar

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. № 20. §. 107 flg.

2) Ministerial-Rescript vom 14. März 1839.

unter dem Präjudize, daß nach Ablauf eines Jahrs dritte Betheiligte das Ablösungsgeschäft überall nicht mehr anfechten, deren Rechte an der abgelösten Last oder der Entschädigung für dieselbe gegen den Pflichtigen nicht mehr geltend gemacht werden können, und die auf einer gegebenen Landabfindung ruhenden, der Eintragung nicht bedürfenden gesetzlichen Hypotheken erlösen. Diese Präjudize treten nach Ablauf eines Jahrs von selbst in Kraft, und es findet eine Restitution dagegen in keinem Falle Statt.

Der ablösende Pflichtige wird von allen Ansprüchen dritter Betheiligter in Beziehung auf die abgelöste Reallast und das dafür festgesetzte Ablösungscapital jeden Falls, und selbst vor erfolgter Präclusion und vor Ablauf eines Jahrs nach Publication des Ablösungsgeschäfts dadurch frei, daß er einen gerichtlichen Termin zur Auszahlung des Ablösungscapitals erwirkt, zu demselben Alle, welche Ansprüche zu haben glauben, edictaliter unter Androhung des Ausschlusses vorladen läßt, und in dem Termine das Capital an den Betheiligten zahlt oder, bei erhobenem Widerspruche, gerichtlich deponirt, es sei denn, daß das Ablösungsgeschäft schon gerichtlich angefochten wäre, oder in dem Termine noch angefochten würde. Nach der geschehenen ersten Abschlagszahlung vor Gericht bedarf es bei ferneren Zahlungen nur der Vorladung derjenigen Dritten, welche solche bei der ersten Vorladung verlangt haben. Wenn der Pflichtige dem Berechtigten Grundstücke oder Rechte abgetreten hat, so ist er mit der Abtretung sofort aller Verbindlichkeit gegen Dritte enthoben, es sei denn, daß der Ablösungsvertrag selbst gerichtlich angefochten würde.

Der Berechtigte bleibt auch nach Ablauf eines Jahrs und nach gänzlicher Befreiung des Pflichtigen von den begründeten Ansprüchen Dritter diesen verhaftet, und sie können ihre Rechte auch an den Entschädigungsgegenständen verfolgen, insofern sie nicht auf den Grund einer Edictalladung mit ihren Rechten präcludirt, oder ihre Rechte nach den obigen Bestimmungen erloschen sind ¹⁾.

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. № 20. §. 120 fig.

§. 285.

b. Wirkungen des Ablösungs-Geschäfts für die Lehnsherrn und Fideicommissnachfolger, Gutsherren u.

Zur Sicherheit des Lehnsherrn, des Gutsherrn, der Lehnsherrn- und Fideicommissnachfolger und Agenten, imgleichen des Wiederkaufsberechtigten und des antichretischen Schuldners soll deren, an der abgelösten Gerechtsame bestandenes, auf den Gegenstand der Entschädigung übergehendes Anrecht bei dem Ablösungscapitale, den abgetretenen Grundstücken oder Realrechten in dem Hypothekenbuche bemerkt werden. Indes können diese Betheiligten der Verwendung des Ablösungscapitals, oder der für die veräußerten Grundstücke oder Gerechtsame eingehenden Kaufgelder zu folgenden Zwecken nicht widersprechen:

1) zur Deckung eines durch die Ablösung selbst entstandenen Capitalbedarfs; in diesem Falle nehmen die gemachten Verbesserungen die rechtlichen Eigenschaften der abgelösten Last an;

2) zur Ablösung von Lasten, die auf der Besizung des Berechtigten haften;

3) zur Abtragung solcher Schulden, wofür sie nicht bloß subsidiarisch, sondern gleich dem Schuldner selbst haften;

4) zum Ankaufe von Grundeigenthum, dessen Werth dem Capitale entspricht, und auf welches die Gerechtsame jener Dritten übergehen;

5) zur Belegung beim Leihhause, wenn in der Obligation die Beschränkung des Dispositionsrechts des Inhabers bemerkt wird.

Wenn die Fälle 1 und 2 nicht eintreten, so können die betheiligten Dritten verlangen, daß die Gelder zur Tilgung der unter 3 erwähnten Schulden verwandt werden. Sind alle unter 1 bis 3 genannten Fälle nicht vorhanden, so steht dem Inhaber der abgelösten Berechtigung frei, an die Stelle der empfangenen Entschädigung ihm gehörende, fruchttragende Allodialstücke zu setzen, deren Werth der Entschädigung entspricht, wogegen ihm dann über diese freie Dispositionsbefugniß bleibt. Auch können die Betheiligten der Verwen-

derung des Ablösungs-Capitals und der Kaufgelber für abgetretene Grundstücke und Realrechte zum Ankauf von Cammer- oder Landesschuldverschreibungen nicht widersprechen, wenn die angekauften Schuldverschreibungen nach dem Nennwerthe oder, Falls der Courswerth unter jenem steht, nach diesem an die Stelle des Ablösungs-Capitals treten und außer Cours erklärt werden. Solche Schuldverschreibungen dürfen aber sodann nur in dem Falle ohne Zustimmung der dritten Betheiligten wieder in Cours erklärt werden, daß die Verwendung des Ablösungs-Capitals zu einem der oben unter 1 bis 5 bemerkten Zwecke geschehen, oder die Substitution allodialer Grundstücke unter der obigen Bedingung nachgewiesen ist. Wenn der Berechtigte das Ablösungs-Capital unter Zustimmung des Lehnsherrn und der in der Seitenlinie zunächst und zugleich berufenen Lehn-, Fideicommiß- oder Stammguts-Nachfolger bei Privatpersonen zinsbar auf Hypothek belegt, und die Beschränkung des Inhabers in dem Dispositionsrechte über das Capital in der Schuldverschreibung und im Hypothekenbuche bemerkt wird, so ist die Zustimmung der übrigen Agnaten und Mitbelehnten zu dieser Verwendung des Capitals nicht erforderlich 1).

Der Inhaber eines Lehn-Fideicommißguts oder sonstigen erblichen Rechts, so wie der Besitzer eines auf Wiederkauf oder antichretisch ausgethanen Grundstücks kann deshalb, weil eine ihm zustehende Berechtigung abgelöst ist, weder eine Entschädigung oder Gewährleistung von dem Obereigenthümer, Eigenthümer oder Agnaten, noch eine Verminderung der diesen zu entrichtenden Gebühren und Abgaben, noch eine Herabsetzung der seinen Miterben ausgesetzten Erbgelber, Abfindungen, Leibzuchten, Lehnstammgelder oder sonstigen Leistungen verlangen. Wenn ein solcher Inhaber auf dem Grundstücke haftende Lasten ablöst, so kann er die darauf aus seinem Vermögen verwendeten Summen in allen Fällen, wo ein Ersatz der Meliorationen Statt hat, insonder-

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. № 20. §. 129 flg. — Desgl. vom 14. Mai 1840. № 22. §. 2 flg.

heit bei einer Separation des Lehnß vom Erbe, ersetzt verlangen.

In keinem Falle kann ein Pflichtiger wegen der erfolgten Ablösung auf Gewährleistung, Entschädigung oder Verminderung der von ihm zu entrichtenden sonstigen gutherrlichen Abgaben und Reallasten, der bereits festgesetzten Abfindungen, Erbgelder, Leibzuchten, Lehnstammgelder oder sonstigen Leistungen Anspruch machen ²⁾.

§. 286.

c. Wirkung des Ablösungs-Geschäfts für die Realgläubiger.

Wenn eine abgelöste Berechtigung für eine hypothekarische oder sonstige dingliche Schuld (als Leibzucht, Erbgelder, Abfindungen, Lehnstämme u.) haftet, so bleiben dem Gläubiger bei, oder nach der Ablösung nicht nur alle ihm sonst zustehenden rechtlichen Sicherungsmittel, sondern er darf auch sowohl bei dem Ablösungs-Capitale eine, die Disposition über dasselbe beschränkende Bemerkung, als auch, Falls sein Schuldner Grundstücke oder Rechte als Entschädigung empfangen hat, auf diese sein Forderungsrecht eintragen lassen. Dagegen können so wenig die Hypothekgläubiger des Berechtigten, als des Verpflichteten wegen der Ablösung eine Zahlung der Schuld vor der Verfallzeit fordern, und eben so wenig die an dem pflichtigen Gute zu Leibzuchten, Abfindungen, Erbgeldern und Lehnstämmen bereits Berechtigten wegen der Ablösung Anspruch auf Erhöhung ihrer Forderung machen ¹⁾.

§. 287.

d. Wirkung des Ablösungs-Geschäfts auf Pachtverhältnisse.

Daß in einem Pachtvertrage gegebene Versprechen, daß eine Ablösung nicht Statt haben solle, ist wirkungslos. Wenn über die Folgen der Ablösung in dem Pachtvertrage

²⁾ Gesetz vom 20. Decbr. 1834. № 20. §. 132 flg.

¹⁾ Gesetz vom 20. Decbr. 1834. № 20. §. 135.

besondere Verabredungen nicht festgestellt sind, so treten dabei folgende Bestimmungen ein:

Der Verpächter muß binnen 4 Wochen nach erfolgtem Antrage auf Ablösung hiervon, und binnen einer gleichen Frist nach der Bestätigung des Ablösungsgeschäfts von dessen Inhalte den Pächter in Kenntniß setzen, widrigen Falls dieser sich nicht mit der gesetzlich bestimmten Entschädigung zu begnügen braucht, sondern solche, wie sie nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen sich ergibt, verlangen kann. Wenn der Pächter sich bei der gesetzlichen Entschädigung nicht beruhigen will, so steht ihm frei, die Pacht zu kündigen, ausgenommen, wenn nach dem Urtheile der Landes-Deconomie-Commission das abgelöste Recht so unbedeutend ist, daß aus der Ablösung keine erhebliche Veränderung der Wirthschaftsverhältnisse entsteht. Er muß binnen 3 Monaten, nachdem ihm der Ablösungsrecess mitgetheilt ist, von dem Kündigungsrechte, bei Verlust desselben, Gebrauch machen, und kann in jedem Falle das Pachtgut erst am Ende des Wirthschaftsjahrs zurückgeben, in welchem dasselbe in derselben Feldfolge ist, wie bei der Annahme.

Wenn ein für sich allein verpachtetes Recht abgelöst ist, so wird der Pachtvertrag durch die Ablösung ohne alle Entschädigung aufgehoben, indem nur dann dem Pächter eine Entschädigung zukommt, wenn das abgelöste Recht in Verbindung mit anderen Gegenständen verpachtet ist. Erfolgt in diesem Falle die Ablösung durch Capitalzahlung, so muß der Verpächter dem Pächter jährlich vier vom Hundert des Ablösungs-Capitals vergüten. Eine gleiche Entschädigung tritt auch dann ein, wenn der Verpächter bei der Ablösung eine Last zur Abrechnung bringt, die der Pächter nicht zu tragen hat, wogegen, wenn diese Abrechnung auch dem Pächter zum Vortheile gereicht, die Entschädigung desselben von der Landes-Deconomie-Commission bestimmt wird. Im Falle die obigen Zinsen geringer sind, als die dem Ablösungs-Gegenstande entsprechende Pachtsumme, so wird diese dem Pächter abgesetzt. So weit das Capital zu solchen landwirthschaftlichen Einrichtungen, welche durch die Ablösung noth-

wendig geworden sind, verwandt wird, fällt die Vergütung weg, wogegen der Pächter diese Einrichtungen unentgeltlich benützt. Bei einer Entschädigung in Grundstücken oder Gerechtsamen hängt es von dem Pächter ab, ob er solche gegen Abtragung sämmtlicher, auf denselben haftenden Lasten übernehmen, oder als Entschädigung vier vom Hundert des Ablösungs-Capitals verlangen will. Wenn in Folge der Dienst-Ablösungen die Vermehrung des Inventars erforderlich wird, so kann der Pächter entweder das Fehlende auf seine Kosten anschaffen, oder verlangen, daß ihm das Capital vom Verpächter zu vier Procent Zinsen gegen genügende Sicherheit vorgeliehen wird; er ist sodann gehalten, bei Rückgabe der Pacht das vermehrte Inventar gegen die Taxe zu übergeben.

Wenn das belastete Gut verpachtet und die abgelöste Last vom Pächter übernommen ist, so muß derselbe, Falls die Ablösung durch Capitalzahlung erfolgt ist, dem Verpächter eine jährliche Vergütung von vier vom Hundert des Ablösungs-Capitals zahlen; Falls aber die Ablösung durch Abtretung von Grundstücken bewirkt wird, soll der hieraus für den Pächter entstehende Nachtheil gegen den ermittelten Jahrswerth der abgelösten Leistung compensirt, und danach der Ersatz bestimmt werden. Die Entschädigung fällt ganz weg, wenn eine Last des verpachteten Guts durch Abrechnung eines demselben zustehenden Rechts abgelöst wird, und der Pächter sowohl die Last zu tragen, als das Recht zu nutzen hat. Im andern Falle entsteht die Verbindlichkeit zu einer Entschädigung im Betrage von vier vom Hundert des Capitalwerths der abgelösten Last für den, welcher von beiden die Last trug, gegen den, welcher das Recht genützt hat. Wenn endlich der Pächter die abgelöste Last nicht übernommen hat und die Ablösung durch Land erfolgt, so ist der dem Pächter daraus erwachsende Nachtheil speciel zu ermitteln und von dem Verpächter zu ersetzen ¹⁾.

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1834. № 20. §. 136 flg.

§. 288.

VII. Ablösungs-Capitale und statt derselben abgetretene Grundstücke.

1) Das Ablösungs-Capital haftet nebst Zinsen, sofern es im Hypothekenbuche eingetragen ist, auf dem von der Reallast, für welche es eingetreten ist, befreieten Grundstücke oder Gute als Grundlast, mag der Berechtigte das Capital stehen lassen, oder ein Dritter dasselbe herleihen, vorausgesetzt, daß dieser Umstand in der Schuldverschreibung bemerkt und die unmittelbar von dem Herleiher an den Berechtigten geleistete Zahlung behuf Ablösung der Reallast durch eine öffentliche Urkunde nachgewiesen ist. Wenn das befreiete Grundstück oder Realrecht zu einem, dem Pertinenzverbande unterworfenen Gute in dem Verhältnisse eines untrennbaren Zubehörs steht, so wird das Ablösungs-Capital als auf dem ganzen Umfange dieses Guts haftend betrachtet. Ueber den Vorzug der Ablösungs-Capitale im Concurse s. §. 205.

Das Ablösungs-Capital selbst, welches bis zur Zahlung mit vier Procent zu verzinsen ist, kann der Berechtigte, wenn er selbst auf Ablösung angetragen hat, erst nach fünf Jahren, Falls solches vom Pflichtige geschehen ist, erst nach drei Jahren, vom Anfange des Zinsenslaufs angerechnet, und auch dann erst nach vorgängiger halbjähriger Kündigung verlangen. Innerhalb dieses Zeitraumes darf sich der Pflichtige Zahlungstermine setzen, die, dafern der Berechtigte nicht in eine Abweichung willigt, immer auf Johannis oder Weihnachten, und auf Abträge von mindestens 100 Thlr. bestimmt sein müssen. Wenn der Schuldner mit einer versprochenen Abschlagszahlung einen Monat oder mit den Zinsen drei Monate im Rückstande bleibt, oder wenn das Grundstück verkauft wird, so kann der Gläubiger das ganze Capital oder den Rest sofort kündigen, und in den ersten Fällen nach drei, im letzten Falle nach sechs Monaten Zahlung verlangen ¹⁾.

2) Ist dem Berechtigten statt des Ablösungs-Capitals

1) Gesetz vom 20. Decbr. 1831. № 20. §. 112 flg.

ein Grundstück abgetreten, so bleiben auf diesem die darauf besonders ruhenden Lasten (z. B. Zehnten, Dienstbarkeiten) haften und gehen auf den Erwerber mit über. Die Belastungen aber, welche auf dem Grundstück nur vermöge dessen Verbindung mit dem Hauptgute haften (z. B. Dienste, auch wohl Zinsen), bleiben auf dem Hauptgute des abtretenden Pflichtigen. Dasselbe findet Statt, im Falle behuf Abtragung des Ablösungs-Capitals ein Grundstück verkauft ist. Wenn das Grundstück mit für die abgelöste Reallast haftet, so wird das Eigenthum dem Käufer nicht eher übertragen, als bis eine dem Kaufpreise gleichkommende Summe auf das Ablösungs-Capital abbezahlt, und von der auf das belastete Gut eingeschriebenen Hypothekschuld gelöscht ist ²⁾).

3) Ueber die Verwendung der Entschädigungs-Capitale für Grundvermögensstücke der Schulen und Pfarren s. §. 67 a. E. Die Zahlung solcher Capitale geschieht an die Haupt-Finanzcasse, welche darüber allein, nicht aber der Nutznießer des Gegenstandes, wofür die Entschädigung gezahlt wird, noch eine andere Casse oder Behörde mit dem Erfolge der Liberation Quittung ertheilen kann ³⁾).

2) Ebenbas. §. 118 u. 119.

3) Gesetz vom 3. Juli 1837. № 27. §. 2.

IV. K a p i t e l.

G r e c h t.

Erbrecht.

§. 289.

A. Allgemeines.

Sichhorn, §. 329—333.

Das Erbrecht wird im Herzogthume Braunschweig im Ganzen nach gemeinem Rechte ¹⁾, und zwar — abgesehen von der Succession kraft Erbvertrags und in Lehn-, Stamm- und Bauergüter (wovon §. 258. 267 u. 242 flg. die Rede gewesen ist) — zunächst nach römischem Rechte beurtheilt. Die hierbei vorkommenden geringen Abweichungen gründen sich mehr auf statutarische Bestimmungen, Gerichtsgebrauch und Observanz, als auf Gesetz. Völlig eigenthümliche, von den römischen Rechtsansichten durchaus abweichende Bestimmungen bestehen nur über die Erbfolge der Ehegatten.

§. 290.

B. Vertragmäßige Erbfolge.

Sichhorn, §. 340—349.

Vor Einführung des römischen Rechts waren Testamente oder andere einseitige letztwillige Anordnungen unbekannt, dagegen Erbverträge sehr gewöhnlich und so allgemein im Gebrauche, daß sich dieses eigenthümliche deutsche Rechtsinstitut, obwohl den römischen Rechtsbegriffen entgegen, auch nach der Reception des fremden Rechts erhielt und die Rechtsgelehrten nicht umhin konnten, dasselbe anzuerkennen. Um indeß ihrem Systeme nicht ganz ungetreu zu werden, suchten letztere nach Gründen, aus welchen die Erbverträge auch nach römischem Rechte aufrecht erhalten werden könnten, behaupteten die Widderruflichkeit derselben, und forderten zu ihrer Rechtsbeständigkeit bald eine Befräftigung durch den Eid, bald Formen,

1) v. Selchow, Anfangsgr. des br. lüneb. Privatrechts §. 351.

wie diese das römische Recht für letztwillige Verfügungen vorschreibt. Allein der bestehende Gebrauch der Erbverträge war zu sehr durch die Nationalsitte sanctionirt, und die ängstlichen Rücksichten der entsitteten Römer ¹⁾ fanden bei den Deutschen zu wenig Anklang, als daß jene Bestrebungen von wesentlichem Einflusse auf das Institut hätten bleiben können. Es hat sich dasselbe vielmehr in seiner deutschrechtlichen Form erhalten, und es finden darauf auch nur deutsche Rechtsprincipe, mit Ausschluß der römischen, Anwendung ²⁾. Es beruhet daher die Rechtsbeständigkeit der Erbverträge ³⁾ weder auf der Beobachtung einer bestimmten Form ⁴⁾, noch auf einer eiblichen Befräftigung ⁵⁾, oder auf einer ausdrücklichen Zufi-

- 1) *§. L. ult. C. De pact. (IV. 54.) — L. 4. C. De inutil. stipulat. (VIII. 39.)* — Glück, *Commentar der Pandecten* Bd. 6. *§. 553.* — Runde, *Deutsch. Privatrecht* *§. 659.*
- 2) Vergl. Mittermaier, *Deutsch. Privatrecht* *§. 401.* — Runde a. a. D. *§. 660.* — *Archiv für civilist. Praxis* Bd. 2. *§. 315. §. 11.* — v. Bülow und Hagemann, *Pract. Erört.* Bd. 4. Nr. 29. *§. 6.*
- 3) Daß die Erbverträge sich sowohl auf das ganze Vermögen, als auf einen Theil desselben erstrecken, und im letzten Falle neben der Intestaterbsfolge bestehen können, leidet keinen Zweifel. Glück a. a. D. Bd. 6. *§. 555.* — Die gesetzlichen Vorschriften über Notherben-Einsetzung im Testamente brauchen im Erbvertrage nicht beobachtet zu werden, und selbst die Verletzung des Pflichttheils hat nicht die Ungültigkeit des Vertrages zur Folge, sondern begründet nur die Ergänzungsklage. Mittermaier a. a. D. *§. 403.* — Runde, *Rechtslehre von der Erbzucht* *§. 507.*
- 4) Daß schriftliche Abfassung des Erbvergleichs erforderlich sei, wie Eichhorn *§. 342* gegen die Ansicht von Runde a. a. D. *§. 660.* v. Bülow und Hagemann a. a. D. Nr. 29. *§. 6.* Westphal, *Deutsches Privatrecht* Th. 2. Abh. 71. *§. 1.* Thibaut, *System des Pandect. Rechts* *§. 678* behauptet, trifft wenigstens nach hiesiger Gerichtspraxis nicht zu. *Erk. des Ob. Land. Ger.* vom 10. Juli 1834. *J. E. Böker c. Zorns.* — Die bei Erbverträgen über bauerliche Grundstücke nothwendige gerichtliche Confirmation (*§. 98.*) beruhet auf der Eigenthümlichkeit des Bauerrechts; gemeinrechtlich ist hier die Confirmation eben so wenig, wie bei anderen Verträgen erforderlich. Vergl. Mittermaier a. a. D. *§. 402.* — Runde a. a. D. *§. 660.*
- 5) Mittermaier a. a. D. *§. 402.* — v. Bülow und Hagemann a. a. D. Nr. 29. *§. 6.* — Runde a. a. D. *§. 660.* — Eine Ausnahme

herung ihrer Unwiderruflichkeit, sondern, gleichwie bei anderen Verträgen, allein auf wechselseitiger, an sich nach allgemeinen Rechtsprincipen gültigen Einwilligung der Contrahenten, wodurch ein einseitiger Widerruf ⁶⁾, so wie das Recht, den Erbvergleich durch letzten Willen abzuändern oder aufzuheben ⁷⁾, ausgeschlossen wird, nicht aber auch die Freiheit, unter Lebenden über das Vermögen ⁸⁾ zu verfügen, wosfern nicht auch hierauf ausdrücklich Verzicht geleistet ist ⁹⁾. Nach einer allgemeinen, unbestrittenen Praxis haben alle Arten von Erbverträgen die Vermuthung der Gültigkeit für sich ¹⁰⁾.

Diese gemeinrechtlichen Grundsätze über Erbverträge haben durch die vaterländische Gesetzgebung Modificationen nicht erlitten.

Die Erbverträge unter Eheleuten werden gewöhnlich durch Ehe Stiftungen errichtet; bei den Landleuten ist dies die Regel, und wenn sich in denselben die Disposition findet, daß nach gemeinem Rechte succedirt werden solle, so wird hierunter hauptsächlich die Verordnung vom 30. Decb. 1754, die Erbfolge der Ehegatten betreffend, (s. §. 294) verstanden und nur in subsidium das eigentliche gemeine Recht ¹¹⁾.

s. unten bei der vertragsmäßigen Renunciation auf eine elterliche Erbschaft. — Es ist indeß, wie überhaupt zur Eingehung eines Vertrages, so insbesondere eines Singular- und mit keiner Gegenleistung verbundenen Erbvertrages die ernstliche Absicht, sich vertragsmäßig verbindlich zu machen, als zum Wesen unerlässlich, und sie muß aus den Erklärungen oder Handlungen des Paciscenten mit hinlänglicher Bestimmtheit hervorgehen. In diesem Sinne erkannte das Ob. Appell. Ger. am 25. März 1837. J. G. Perbel o. Meerdorf.

6) Mittermaier a. a. D. §. 403. — v. Bülow und Hagemann a. a. D. Nr. 29. §. 6. — Archiv für civilist. Praxis Bd. 2. S. 316.

7) Mittermaier a. a. D. §. 403.

8) Wenn nur eine einzelne Sache Gegenstand des Vertrages ist, so erwirbt der Vertragserbe ein sofort wirksames Recht, kraft dessen er das Eigenthum mit dem Tode des Erblassers erwirbt, und die Sache daher von jedem Dritten vindiciren kann. S. Eichhorn §. 344.

9) Mittermaier a. a. D. §. 403. — Runde a. a. D. §. 661. — Haubold, Sächsisches Privatrecht §. 334.

10) Schweppe a. a. D. §. 785. — Thibaut a. a. D. §. 678.

11) Attest der Justiz-Canzlei vom 1. Juni 1804. Promt. I. 266.

In Betreff der renunciativen Erbverträge besteht die particularrechtliche Bestimmung, daß ein Kind, welches nach erlangter Volljährigkeit gegen eine gewisse Abfindungssumme auf die väterliche oder mütterliche Erbschaft eidlich renunciirt ¹²⁾, oder darüber gerichtlich transigirt und solchen Vergleich eidlich bestärkt hat, hiergegen, auch wenn sich nachher eine *laesio enormis*, selbst *quoad legitimam*, ergeben sollte, nur dann in integrum restituirt werden soll, wenn bewiesen werden kann, daß das Kind durch listige und betrügliche Ueberredung zu dem Verzicht oder Vergleiche verleitet ist ¹³⁾.

§. 291.

C. Testamentarische Erbfolge.

Eichhorn, §. 350.

Die testamentarische Erbfolge wird, als ein rein römisches Institut (§. 290), im Allgemeinen lediglich nach den Grundsätzen des römischen Rechts beurtheilt ¹⁾, insbesondere ist dies

- 12) Das Reichs-Cammergericht hielt im 16ten Jahrhundert überhaupt nur einen beschworenen Erbfolge-Verzicht für bindend. Eichhorn, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 3. S. 404. Note u. — Vergl. Leyer, *Medit. ad pand. Sp. 45. Med. 1.*
- 13) Verordn. vom 7. April 1712. Promt. II. 287. — Eine ganz gleiche Bestimmung enthält das sächsische Recht. Haubold a. a. O. §. 333. Note c. 2.
- 1) Es dürfen indeß hierbei die Abweichungen, welche das deutsche Recht insofern an die Hand giebt, als der Erblasser zuweilen durch Verträge oder gesetzliche Bestimmung (z. B. bei den Bauergütern und wegen der Lehn- und Stammgutseigenschaft des Grundeigenthums) in der freien Disposition über einen Theil seines Vermögens beschränkt ist, nicht außer Acht gelassen werden. — Bei der *donatio mortis causa* bedarf es nach der Praxis der hiesigen Obergerichte der römischrechtlichen Förmlichkeiten nicht, wenn die Acceptation erfolgt ist. Ueberhaupt muß in dem Falle, daß ein Geschäft als Schenkung auf den Todesfall keine Wirksamkeit haben würde, aber als Erbvertrag bestehen kann, ein solcher angenommen werden, weil nach den Grundsätzen des heutigen Rechts Verträge überall an keine Form gebunden sind, und jeder nichts Unerlaubtes enthaltende Vertrag möglichst aufrecht zu erhalten ist. Erkenntn. des Ob. Land. Ger. vom 10. Juli 1834. J. S. Böker c. Torné.

der Fall bei den Privattestamenten. Von den öffentlichen Testamenten kommt nur das gerichtliche ²⁾ vor; das testamentum principi oblatum ist nicht in Gebrauch gekommen und wird in der vaterländischen Gesetzgebung überall nicht erwähnt ³⁾.

Von der Nothwendigkeit, in dem Testamente eine Summe für die Amts-Armen- und die Amts-Begebesserungs-Casse auszusetzen, ist §. 96 die Rede gewesen.

In Beziehung auf die während der westphälischen Regierungs-Periode errichteten Testamente wurde gesetzlich bestimmt, daß die Gültigkeit der Testamente nach den Gesetzen beurtheilt werden sollte, unter deren Herrschaft sie errichtet wären. Es schien indeß bedenklich, in Ansehung der nach fremdartigen Formen errichteten Testamente die Zeitfrist ihrer Gültigkeit unbeschränkt zu lassen, weshalb ferner verordnet wurde, daß künftig nur die nach den Formen des gemeinen und hiesigen Rechts eingerichteten Testamente als gültig angesehen werden sollten, wenn der Testator nach dem 1. Sept. 1814 verstorben sei. Ausgenommen hiervon blieben alle die

— Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 436. (V. 126.) — Archiv für civil. Praxis Bd. 2. S. 315. — Linde, Archiv für Civilrecht und Proc. Bd. 2. S. 97.

- 2) Das gerichtliche Testament der heutigen Praxis war den Römern unbekannt und hat seine Entstehung erst im Mittelalter erhalten. S. Archiv für civil. Praxis Bd. 5. S. 171. — Mittermaier, Deutsches Privatrecht §. 409. — Glück, Pandect. Comment. Bd. 34. S. 156 flg.

Die Errichtung eines gerichtlichen letzten Willens muß vor einem Richter und einem Actuar geschehen; es kann indeß im Behinderungsfalle des Einen auch von dem Andern allein ein gültiges Testament aufgenommen werden. Fredericksdorff, Anweisung für Just. Beamte Th. 3, S. 322. — Landesf. Circul. Rescript vom 16. Decbr. 1825. Nr. 28. — Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 322. (II. 51.) — Jurist. Zeitung 1831. Heft 1. S. 84.

- 3) Der Behauptung in Schweppe's röm. Privatrechte §. 822, daß diese Testamentsform in Deutschland überhaupt keinen Eingang gefunden habe, widerspricht das preuß. Landrecht Th. 1. Tit. 12. §. 175 u. 176, so wie auch das bairische Landrecht Th. 3. Kap. 4. §. 3. — Vergl. Glück a. a. O. Bd. 34. S. 178.

öffentlichen oder auch verschlossenen Testamente, welche unmittelbar aus der Verwahrung eines Notars in die eines Gerichts übergangen, oder von dem Testirer dem Gerichte übergeben wurden; diese sollten zu jeder Zeit als gerichtliche Testamente betrachtet werden, und auch ohne Umänderung ihre Gültigkeit behalten ⁴⁾).

Die gerichtliche Aufnahme und Deposition der Testamente steht, als eine Handlung der freiwilligen Gerichtsbarkeit ⁵⁾, ausschließlich den Stadtgerichten und Aemtern zu, weshalb die Landeseinwohner, obwohl sie nicht verbunden sind, ihre letzte Willensverordnung gerade bei dem Gerichte ihres Wohnorts ⁶⁾ zu insinuiren oder niederzulegen ⁷⁾, solches doch lediglich nur bei einem andern Stadtgerichte oder Amte, und nicht auch bei einem Kreisgerichte oder einem höheren Gerichte vornehmen dürfen ⁸⁾. Diese Vorschrift findet insbesondere auch in der Stadt Braunschweig, wo früher in

4) Verordn. vom 3. Febr. 1814. Nr. 27. §. 47.

5) Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht §. 409.

6) Hiermit stimmt das gemeine Recht überein. Thibaut, Pandecten-Recht §. 694. — Glück, Comment. Bd. 2. §. 194. Note 91. — Leyser, Meditat. ad pandect. Sp. 354. M. 1. — Nach Eröffnung des Testaments wird dasselbe an das der Verlassenschaft halber zuständige Gericht abzugeben sein. Eine hannov. Verordn. v. 31. Octb. 1829. (Offic. Gesefz. 1829. Abth. 1. §. 133.) schreibt solches ausdrücklich vor.

7) Die gemeinrechtliche Controverse, ob ein durch einen Procurator offerirtes Testament öffentlichen Glauben erhalte? (Thibaut a. a. D. §. 694. — Schweppe, Röm. Recht §. 822.) ist für das Königreich Hannover durch die Verordn. vom 24. Mai 1822. (Offic. Gesefz. 1822. Abth. 1. §. 119.) dahin entschieden, daß alle nicht von dem Disponenten selbst niedergelegten Testamente nichtig sein sollen.

8) Verordn. vom 1. April 1752. Promt. II. 389. — Landess. Decretat. vom 20. Decbr. 1825. Nr. 29. §. 1. — Gesefz vom 15. Octbr. 1832. Nr. 33. §. 7. — Im Königreiche Hannover besteht eine solche Beschränkung nicht, vielmehr dürfen die Landeseinwohner ihren letzten Willen vor jedem, mit Civil-Jurisdiction versehenen, ja selbst vor einem ausländischen Gerichte unter Beobachtung der bei diesem vorgeschriebenen Formalitäten gültig errichten. Verordn. vom 29. Octbr. 1822. Offic. Gesefzsaml. 1822. Abth. 1. §. 381.

Betreff der Deposition der Testamente singuläre Vorschriften bestanden ⁹⁾, dergestalt Anwendung, daß die Localbeamten daselbst zwar von den Einwohnern nicht nur ihrer, sondern auch anderer Gerichtsbezirke Testamente auf- und annehmen dürfen, selbige jedoch an ein von den drei Bezirksbeamten gemeinschaftlich zu beaufsichtigendes und zu verwahrendes Depositum abgeben sollen, auch von ihnen vereint der Depositenschein ausgestellt und die Publication der errichteten und niedergelegten Testamente verfügt werden muß ¹⁰⁾.

Von Predigern aufgenommene Testamente sind ungültig ¹¹⁾.

So lange sich die Truppen im Lande befinden, wird die Errichtung von Testamenten der Militairpersonen von den ordentlichen Civilbeamten vorgenommen; dagegen können die Testamente, während die Truppen im Felde stehen, vor dem Auditeur errichtet werden, der indeß gehalten ist, die aufgenommenen Testamente nach erfolgtem Rückmarsche dem competenten Civilgerichte zu übergeben ¹²⁾.

Hinsichtlich der Testamente der Eheleute ¹³⁾ ist bestimmt, daß der Ehegatte, welcher zur zweiten Ehe schreitet, dem

9) S. Promt. II. 389. Note.

10) Landesf. Declarat. vom 20. Decbr. 1825. Nr. 20. §. 2.

11) Kirch. Ordn. vom 1. Mai 1709. Kap. IV. §. 7. Promt. II. 229.

— Das canonische Recht gestattet die Errichtung von Testamenten vor dem competenten Pfarrer und zwei oder drei Zeugen, und es werden solche Testamente zu den öffentlichen gerechnet. Diese Testamentsform kam aber dadurch in Deutschland außer Gebrauch, daß durch die Notariats-Ordnung von 1512 der Form des röm. Rechts bei Errichtung der Testamente der Vorzug gegeben wurde. Glück a. a. O. Bd. 34. §. 1408. a. — Ausnahmsweise ist indeß in einigen Ländern die canonische Testamentsform durch statutarische Bestimmungen aufrecht erhalten. Mittermaier a. a. O. §. 409.

12) Verordn. vom 26. Mai 1837. Nr. 24. S. 315. §. 170 u. 171.

13) Die Frage, ob der dem überlebenden Ehegatten gesetzlich gebührende Erbtheil (§. 294.) als ein Pflichttheil anzusehen sei? verneint die Gerichtspraxis. Erkl. des Ob. Land. Ger. vom 25. Juli 1833. J. S. Wendt c. Käsevit. — Eschenburg, Intestaterbfolge der Ehegatten (Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten auf deutsch. Bauergütern, Anhang) §. 30 und 1ste Anmerk. — Dies stimmt

zweiten Ehegatten von seinem Vermögen nicht mehr eigenthümlich zuwenden ¹⁴⁾ darf, als er jedem seiner Kinder aus früheren Ehen zu gleichem Theile anzuweisen vermögend ist ¹⁵⁾. Wenn jedoch der Kindestheil, den der überlebende Ehemann seiner zweiten Ehefrau hinterlassen darf, nicht so beträchtlich ist, daß diese davon als Wittwe, mit Zuziehung ihres eigenen Vermögens, ihrem Stande gemäß nothdürftig leben kann ¹⁶⁾, und wenn dadurch, daß zur Alimentation der Wittwe mehr, als die Einkünfte ihres Kindestheils betragen, ausgesetzt wird, die Kinder nicht in eine eben solche Verlegenheit hinsichtlich ihres Lebensunterhalts gerathen, als die Wittwe, so ist zwar dem Ehemanne gestattet, seiner künftigen Wittwe zu ihrem Unterhalte von seinem Vermögen mehr, als der Kindestheil beträgt, lektwillig zuzuwenden, jedoch dieses Mehrere nicht als Eigenthum, sondern nur zum Nießbrauche auf Lebenszeit ¹⁷⁾, und unter der Verpflichtung für die Wittwe, daß diese den zum Nießbrauche erhaltenen Ver-

auch mit dem, nach v. Wangerow's Leitfaden zu Pandecten-Vorlesungen §. 474. Anmerk. ganz allgemein anerkannten Grundsätze, daß von der Intestaterbfolge kein Schluß auf den Pflichttheil zu ziehen sei, überein. Anderer Meinung ist Pufendorf, *Observat. jur. T. I. Obs. 86. §. 15.* und v. Selchow, *Anfangsgründe des br. lüneb. Privatrechts §. 359.*

- 14) Unter diesem in der Verordnung gebrauchten allgemeinen Ausdrucke muß, in Uebereinstimmung mit dem gemeinen Rechte (Thibaut, *Pandectenrecht §. 393.* — v. Wening-Ingenheim *Bd. 4. §. 65.*), jede Freigebigkeit, sie mag sich auf ein Geschäft inter vivos oder mortis causa gründen, verstanden werden.
- 15) Das gemeine Recht drückt sich auch in dieser Hinsicht genauer aus, indem dasselbe dem conjux binubus verbietet, dem zweiten Ehegatten mehr aus seinem Vermögen zu hinterlassen, als einem Kinde erster Ehe, welches von ihm am Geringsten bedacht ist. Thibaut und v. Wening-Ingenheim a. a. O.
- 16) Vergl. v. Bülow und Hagemann, *Pract. Erbrt. Bd. 2. Nr. 40. Bd. 8 b. Nr. 13.* — Strube, *Rechtl. Bedenk. Nr. 190. (II. 58.)*
- 17) Auch nach röm. Rechte muß die arme Wittwe den ihr gebührenden Erbtheil, obwohl sie denselben zum Eigenthume bekömmt, in dem Falle, daß sie mit eigenen Kindern succedirt, ungeschmälert erhalten. v. Wening-Ingenheim *Bd. 5. §. 31.* — Schweppe, *Röm. Privatrecht §. 976.*

mögenstheil dereinst den Kindern hinterläßt und dafür Sicherheit stellt ¹⁸⁾. Den obigen Fall, daß ein Ehegatte zur zweiten Ehe geschritten ist, ausgenommen, steht dem Ehegatten frei, über sein Vermögen nach Gefallen durch letztwillige Verfügung, Vertrag, oder auf andere Weise zu disponiren, sofern diese Befugniß nicht anderweit durch ausdrückliche Gesetze und Verordnungen beschränkt ist ¹⁹⁾.

Von allen Legaten wird in eben den Fällen und in eben der Art eine Erbschaftsteuer erhoben, wie solches bei Intestaterben vorgeschrieben ist. S. §. 292 a. E.

D. Intestat-Erbfolge.

§. 292.

I. Allgemeines.

Gichhorn, §. 329—334.

Das Intestat-Erbrecht, abgesehen von der Erbfolge in Bauer-, Lehn- und Stammgüter, wovon in den Paragraphen 242 flg. 258 u. 267 die Rede gewesen ist, folgt ebenfalls völlig der römischen Lehre. Insbesondere ist dies der Fall hinsichtlich des Erbfolge-Rechts, und nur hinsichtlich der Erbfolge-Ordnung treten einzelne eigenthümliche Bestimmungen ein.

Die in älterer Zeit auch im hiesigen Lande über das Mußtheil, das Heergewette (Heergeräthe) und die Gerade (Frauen- und Mistelgerade) geltenden, den Erben nachtheiligen Bestimmungen ¹⁾ sind aufgehoben, und es ist zugleich verordnet, daß den Erben, gleichviel, ob sie ab intestato

18) Verordn. vom 30. Decbr. 1754. Promt. I. 283.

19) Ebendaf.

1) S. Gichhorn §. 330 u. 336. — Mittermaier, Deutsch. Privatrecht §. 396. — Runde, Deutsch. Privatrecht §. 682 u. 683. — Paulb, Sächf. Privatrecht §. 315. — Unter den Landleuten hat sich indeß dennoch hin und wieder eine Gewohnheit erhalten, welche dem abgeschafften Institute ähnlich ist, indem sich die Söhne die väterlichen und die Töchter die mütterlichen Kleidungsstücke aneignen. S. Eschenburg, Intestaterbfolge der Ehegatten (hinter Scholz, Intestaterbrecht der Ehegatten auf Bauerngütern) S. 220.

oder ex testamento zur Erbschaft berufen sind, die Erbschaft ohne Abzug jener Bestandtheile anheim fallen soll. Ausnahmsweise sollen indeß, im Falle eine Erbschaft oder ein Vermächtniß in ein anderes Land verabsolgt werden muß, wo jene Rechte noch bestehen, dieselben auch hier jure re-torsionis in gleichem Maße und gleicher Qualität zur Anwendung kommen können 2).

Hinsichtlich der Vererbung der Bergtheile bei den Communion-Bergwerken ist ausdrücklich bestimmt, daß das Intestat-Erbrecht nach den Gesetzen, Statuten und Gewohnheiten des Orts beurtheilt werden soll, wo der Verstorbene sein Domicil gehabt hat 3). Bis dahin waren in solchen Fällen die beim Communion-Bergamte, als dem foro rei sitae, geltenden Successions-Rechte zur Anwendung gekommen 4).

Von allen Allodial-Erbschaften, welche aus dem Nachlasse einer in hiesigen Landen domiciliirten Person herrühren, wird in allen Fällen, wo die Erben weder Ascendenten, noch Descendenten 5), noch Ehegatten des Verstorbenen sind, mö-

2) Verordn. vom 8. Juli 1625. — Desgl. vom 12. Mai 1657. Promt. I. 440.

3) Verordn. vom 19. August 1751. Promt. I. 96. — Eine ganz gleiche Vorschrift enthält die hannöv. Verordn. vom 17. April 1745, erneuert unterm 5. März 1816. — Vergl. Strube, Rechtl. Bedenk. Nr. 308. (4. 38.)

Das Ob. Appell. Ger. hat sich dahin ausgesprochen, daß sich überhaupt das Successionsrecht nach den, an dem Wohnorte des Erblassers geltenden Gesetzen richte, und daher denjenigen, welche hierauf von den Rechten des Gerichtsstandes verschiedene Rechte gründeten, der Beweis nachzulassen sei; daß indeß aus dieser Competenz der zur Anwendung kommenden Gesetze nicht auch die Competenz des Gerichts folge. Eschenburg a. a. O. S. 242. — Vgl. Hagemann, Pract. Erört. Bd. 6. Nr. 24, wo diese Rechtsansicht ebenfalls vertheidigt wird. — Pufendorf, Observ. jur. T. I. Obs. 28. — v. Gelchow, Anfangsgründe des braunschw. lüneb. Privat-Rechts §. 351.

4) Landesf. Resolution vom 16. Mai 1739. Promt. I. 96. Note.

5) Auch auf Adoptivkinder findet die Vorschrift wegen der Erbschafts-Steuer keine Anwendung, da an dieselben als sui die Erbschaft vermöge fingirter Personen-Einheit fällt. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 28. Mai 1841. J. J. Steuer-Collegium c. Rißing.

gen dieselben Inländer oder Ausländer sein, eine Erbschaftssteuer erhoben, welche für vollbürtige und Halbgeschwister $2\frac{1}{2}$, für alle übrige Erben ohne Ausnahme aber 5 Procent vom Betrage der Erbschaft nach Abzug der Schulden ausmacht. Bei Vererbung von Lehen und Familien-Fideicommissen wird die Erbschaftssteuer nur vom *Modium* berechnet ⁶⁾.

§. 293.

II. Singulaire Bestimmungen über die Succession der Kinder, der Eltern und der Seiten-Verwandten.

Eichhorn, §. 335.

1) Die Justiz-Canzlei hat früher den unehelichen Kindern, wenn der Vater ohne eheliche Leibeserben gestorben ist, sextans der väterlichen Verlassenschaft zuerkannt ¹⁾. Dies ist indeß später durch eine landesfürstliche Verordnung ²⁾ ausdrücklich verboten, welche zugleich bestimmt, daß alle ³⁾

6) Verordn. vom 29. Octbr. 1821. Nr. 10. §. 7.

1) Attest vom 1. Octbr. 1722. Promt. II. 18. Note. — Diese, dem röm. Rechte entnommene Bestimmung bezieht sich ohnehin nur auf die *liberi naturales* (Concubinen-Kinder), und kann wohl schon deshalb bei uns keine Anwendung finden, weil Concubinen-Kinder im Sinne des röm. Rechts bei uns nicht vorkommen können, da das Concubinat durch eine Verordn. vom 3. Januar 1593 ausdrücklich verboten ist. *Spurii* oder *vulgo quaesiti* hatten, wenn sie nicht etwa von einer *mater illustris* geboren waren, auch schon nach röm. Grundsätzen kein Erbrecht auf den väterlichen Nachlaß. Thibaut, Pandectenrecht §. 682. — v. Wangerow, Leitfaden zu Pandecten-Vorlesungen §. 413. Anmerk. 1. — Runde, Deutsches Privatrecht §. 686.

2) Verordn. vom 9. April 1770. Promt. II. 18. — Vergl. L. 3. J. De SCt. Orphit. (3. 4.) L. 5. C. Ad SCt. Orphit. (6. 57.)

3) Also auch die sogenannten Brautkinder (nach einem öffentlichen Eheverlöbniß geborene), denen z. B. im Hannoverschen (v. Bülow und Hagemann, Pract. Erört. Bd. 1. Nr. 27.) und im Königsreiche Sachsen (Haubold, Sächs. Privatrecht §. 308.) gleiche Rechte mit ehelich geborenen beigelegt werden. Eine Ausnahme tritt allein bei den legitimirten Kindern ein, sobald es nicht auf eine Succession in Lehngüter ankommt. (§. 17 u. 258.)

außer den Ehen erzeugten Kinder von jedem Intestat-Erbrechte auf die Verlassenschaft ihrer Väter ⁴⁾ gänzlich ausgeschlossen sein, jedoch aus derselben Alimente erhalten sollen. (§. 17. N. 2.)

2) In den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel hat sich noch das aus dem Sachsenrechte herrührende Minorat erhalten, d. h. das Recht, daß dem jüngsten Kinde die väterlichen Grundstücke mit der Verpflichtung zufallen, seine Geschwister abzufinden; die Söhne haben dabei einen Vorzug vor den Töchtern ⁵⁾.

3) Die Bestimmung des gemeinen Rechts, wonach die Eltern ihre leiblichen Kinder ⁶⁾ zugleich mit deren vollbürtigen Geschwistern, unter Ausschließung der halbbürtigen Geschwister, beerben, ist ausdrücklich als gültig anerkannt ⁷⁾.

4) Im Verhältniß zur Mutter und zu den mütterlichen Verwandten sind uneheliche Kinder jeder Art den ehelichen ganz gleichgestellt, und es läßt sich eine Ausnahme wohl nur hinsichtlich der im Incest geborenen Kinder rechtfertigen. S. v. Wangerow a. a. D. §. 404. Anmerk. 6. §. 413. Anmerk. 2. — v. Bülow, Abhandlungen über Materien des röm. Rechts Th. 1. Nr. 8. — Thibaut a. a. D. §. 682.

5) Attest des Magistrats zu Braunschweig vom 21. Februar 1708. (Gesenius, Meierrecht Th. 1. S. 436. Note.) Desgl. vom 21. Juli 1708. — v. Liebhaf, Braunschw. Landrecht Th. 2. S. 222. — Heinrichstädtische Statuten vom 25. Januar 1602. Art. XVI. — Vergl. Scholz, Pract. Bemerkungen über Majorat 2c. S. 12. Note, in der Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht Bd. 1. — Die heinrichsst. Statuten bezeichnen dieses dem jüngsten Kinde beigelegte Recht als einen landesfittlichen Gebrauch. Vergl. Mittermaier a. a. D. §. 416.

6) Der allgemeine Ausdruck »Kinder« umfaßt zugleich die Enkel und alle entfernteren Descendenten. L. 201 & 220. D. De verb. signific. (50. 16.) — Eschenburg, Intestaterbfolge der Ehegatten. §. 20.

7) Verordn. vom 30. Decbr. 1754. Promt. I. 283. — Landesfürstl. Declarat. vom 15. August 1776. Promt. I. 286. — Die Controverse, ob die Kinder der vollbürtigen Geschwister des Erblassers in der zweiten Classe zur Succession gelangen, wenn sie bloß mit Ascendenten concurriren, hat der Gerichtsgebrauch bejahend entschieden. Thibaut a. a. D. §. 685. — v. Wangerow a. a. D.

Mit Berücksichtigung der im folgenden Paragraphen angeführten Rechtsgrundsätze über das Intestat-Erbrecht der Ehegatten stellt sich die im hiesigen Lande geltende Intestat-Erbfolge folgendermaßen heraus:

Erste Klasse: Descendenten und der überlebende Ehegatte.

Zweite Klasse: ~~Descendenten~~ zur einen, und Ascendenten zur andern Hälfte.

In Ermangelung von Ascendenten, der Ehegatte allein.

In Ermangelung des Ehegatten, Ascendenten und vollbürtige Geschwister oder deren Kinder nach gemeinem Rechte.

Dritte Klasse: Die halbbürtigen Geschwister oder deren Kinder nach gemeinem Rechte.

Vierte Klasse: Alle übrigen Seitenverwandten nach gemeinem Rechte ⁸⁾).

Ueber die Vererbung der Pfarr-Einkünfte vom Sterbe-Quartale und vom Gnadenhalbjahre auf die Wittwe und die Kinder des verstorbenen Predigers s. §. 70.

§. 294.

III. Erbfolge der Ehegatten.

Sichhorn, §. 338.

Das römische Recht giebt dem überlebenden Ehegatten bekanntlich nur dann ein ausschließliches Intestat-Erbrecht, wenn keine successionsfähige Blutsverwandte des verstorbenen Ehegatten vorhanden sind, und läßt nur die arme Wittwe mit jeder Classe der Verwandten concurriren ¹⁾. Diese Rechts-

§. 416. Anmerk. 2. Nr. 7. — Eschenburg a. a. D. §. 24. Ergänzung von Scholz. — Eine Ausnahme hiervon findet indeß in der Stadt Wolfenbüttel Statt, indem hier zufolge des Art. 17. der heinrichstädtischen Statuten der Vater und die Mutter eines Verstorbenen in Ermangelung von Geschwistern des Letztern allein erben sollen, woraus folgt, daß sie die Geschwisterkinder des Erblassers von der Succession ausschließen. Vergl. Eschenburg a. a. D. §. 24. Ergänzung von Scholz.

8) G. Eschenburg a. a. D. §. 27.

1) Thibaut, System des Pandectenrechts §. 689. — v. Wening-In-

principe entsprachen zu wenig den von den römischen sehr verschiedenen deutschen Güterrechten der Ehegatten, als daß sie volle Aufnahme hätten finden können, und eine nothwendige Folge hiervon war, daß fast in allen Territorien die Intestat-Erbfolge der Ehegatten durch besondere Landesgesetze und Statuten festgestellt, und die Anwendung des römischen Rechts ausgeschlossen wurde. Dies ist auch im hiesigen Lande und zwar, abgesehen von früheren statutarischen Bestimmungen einzelner Städte, besonders durch die landesfürstlichen Verordnungen vom 26. August 1689 ²⁾ und vom 30. Decbr. 1754 ³⁾ geschehen. Die hierauf sich stützenden, jetzt allgemein geltenden particularrechtlichen Vorschriften sind folgende:

1) Wenn ein Ehegatte verstirbt, ohne Ascendenten oder Descendenten zu hinterlassen, und ohne über sein Vermögen durch Erbvertrag oder Testament rechtsbeständig disponirt zu

genheim, Lehrbuch des gemeinen Civilrechts Bd. 5. §. 31. — Schweppe, Röm. Privatrecht §. 834 u. 976.

- 2) Diese Verordnung bestätigte eigentlich nur ein bis dahin in hiesigen Landen bestandenes Gewohnheitsrecht, wonach der überlebende Ehegatte zur Succession gelangte, wenn keine Descendenten und Ascendenten vorhanden waren. Engelbrecht, Collat. jur. comm. etc. Cap. I. §. 7. — Hahn, Observat. theoret. pract. ad Wesenbec. Tit. Unde vir et uxor. Nr. 3. — du Roi, Anlei- tung zur Kenntniß der Quellen und Literatur des braunschw. Staats- und Privatrechts §. 190.
- 3) Ausführliche Nachweisungen über die geschichtliche Entstehung un- sers heutigen Intestat-Erbrechts der Ehegatten finden sich in Eschenburg's Abhandlung über die Intestat-Erbfolge der Ehegat- ten in den herzogl. braunschw. Landen (Scholz, Intestat-Erb- recht der Ehegatten auf deutschen Bauergütern. Anhang.) — Ueber die statutarische Portion der Ehegatten im Königreiche Hannover s. Grefe, Leitfaden zum Studium des hannövr. Privatrechts Th. 2. §. 96. Durch ein Edict vom 21. December 1694 wurde jede portio statutaria im Calenbergischen und Grubenhagenschen aufge- hoben, und die Anwendung des röm. Rechts bei Verlassenschaften der Ehegatten vorgeschrieben, sofern keine rechtsbeständige letztwil- lige Bestimmung bestehe; indeß ist die portio statutaria dennoch nicht allein in vielen Städten, sondern selbst hier und da auf dem platten Lande bestehen geblieben.

haben, so beerbt ihn der überlebende Ehegatte mit Ausschließung der Seitenverwandten ⁴⁾).

2) Der überlebende Ehegatte, welcher mit Descendenten ⁵⁾ des verstorbenen concurrirt, bekömmt Kindestheil ⁶⁾ und zwar zum völligen Eigenthume und nicht bloß zum Nießbrauche, ohne Unterschied, ob der Miterben viele oder wenige, und ob sie zugleich auch seine eigenen, oder nur die Descendenten des Verstorbenen sind. Es soll aber die Wittwe bei der Theilung des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes mit den Kindern, es mögen diese sämmtlich, oder zum Theil ihre leiblichen oder ihre Stieffinder sein, ihr Heirathsgut und was sie sonst erweislich ein- und zugebracht hat, nicht conferiren, vielmehr berechtigt sein, solches Alles nebst dem, was ihr außerdem eigenthümlich an- und zugehört, vorweg zu nehmen, vorausgesetzt, daß sie dasselbe nicht von ihrem verstorbenen Ehemanne vor oder während der Ehe geschenkt bekommen hat, indem die Wittve allerdings Alles zu conferiren gehalten ist, was von ihrem Ehemanne herrührt, oder wodurch beim Absterben desselben ihr Vermögen sich verbessert befindet, namentlich die von ihrem Ehemanne erhaltene Kleidung und Schmucksachen, auch die sponsalitia largitatem, jedoch mit Ausnahme der täglichen Kleidung ⁷⁾. Eben so muß auch der überlebende Ehemann dasjenige, was von seiner verstorbenen Ehefrau herrührt und bei deren Tode noch vorhanden ist, mit zur Erbschaft bringen. Anderer Seits

4) Verordn. vom 26. August 1689. Promt. I. 282.

5) Die Verordnung nennt zwar nur Kinder, allein es müssen daunter sämmtliche Descendenten verstanden werden. S. Note 4 des vorhergehenden Paragraphen.

6) Wenn die Concurrirenden keine Kinder, sondern Enkel sind, so muß, da die Verordnung über diesen Fall nicht speciell verfügt, das gemeine Recht zu Hülfe kommen, wonach Kinder der entfernten Grade immer nach Stämmen succediren sollen. Thibaut a. a. D. §. 368. — v. Wangerow, Leitfaden zu Pandecten-Vorlesungen §. 414. Anmerk. Nr. 2. — Vergl. Eschenburg a. a. D. §. 22 u. 23. — Diese römisch-rechtliche Bestimmung ist ausdrücklich in den heinrichstädtischen Statuten Tit. 16 bestätigt.

7) Landesf. Rescr. vom 17. April 1756. Promt. I. 284.

kann aber auch der überlebende Ehegatte die Collation von den Descendenten verlangen ⁸⁾. Was der überlebende Ehegatte zu seinem Antheile von dem Nachlasse des verstorbenen erworben hat, verliert er durch Wiederverheirathung nicht (§. 15). Der Ehemann erhält überdies an den Erbtheilen seiner eigenen Kinder den lebenslänglichen Nießbrauch (§. 19.) ⁹⁾.

3) Wenn der überlebende Ehegatte nicht mit Kindern, sondern mit Ascendenten concurrirt, so erhält derselbe die eine Hälfte der gesamten Erbschaft des verstorbenen Ehegatten, und die Ascendenten ¹⁰⁾, es mögen mehrere oder nur einer sein, erhalten die andere Hälfte. In diesem Falle fällt alle und jede Collation weg ¹¹⁾, und der Ehegatte verliert auch hier

8) Die Gesetzgebung sagt dies zwar nicht ausdrücklich, indeß läßt eine richtige Interpretation der Verordn. vom 30. Decbr. 1754 über die desfallige Absicht des Gesetzgebers keinen Zweifel, weshalb denn auch die Gerichtspraxis die obige Ansicht angenommen hat. Erk. des Ob. Land. Ger. vom 25. Juli 1833, bestätigt durch das ~~Erk. des Ob. Appell. Ger. vom 30. Januar 1834.~~ J. C. Käse-
viter c. Wendt. — In jenem Erkenntniß ist zugleich die gemein-
rechtliche Controverse, ob die Verpflichtung und Berechtigung in
Ansehung der Collation auch auf die Erben der Descendenten sich
übertrage (v. Wening-Ingenheim a. a. D. §. 180 u. 181.), mit
Rücksicht auf die Natur der erbchaftlichen Repräsentation bejahend
entschieden. S. Eschenburg a. a. D. §. 40. Anmerk. 1.

9) Verordn. vom 30. Decbr. 1754. Promt. I. 283.

10) Diese Bestimmung ist um so eigenthümlicher, als das röm. Recht die Ascendenten mit den vollbürtigen Geschwistern des Verstorbenen zur Succession beruft (Thibaut a. a. D. §. 685.), letztere aber nach unserm Particularrechte durch den überlebenden Ehegatten ausgeschlossen, und deshalb die Ascendenten durch die Concurrenz mit dem Ehegatten in eine höhere Classe gesetzt werden.

11) Es folgt dies, wenn auch das Gesetz sich darüber nicht mit bestimmten Worten ausspricht, doch schon daraus, daß die Ascendenten niemals zur Collation verpflichtet sind (v. Wening-Ingenheim a. a. D. Bd. 5. §. 180.), und es daher zu einer Ungleichheit der Rechte führen würde, wenn der mit den Ascendenten zusammen zur Erbschaft berufene Ehegatte conferiren sollte. Außerdem ist aber auch durch eine landesf. Declaration vom 17. April 1756. Promt. I. 284 ausdrücklich bestimmt, daß der Wittve, wenn sie mit ihres Mannes Ascendenten zur Erbschaft gelangt, auch die Feierkleider und sponsalitia largitas, die sie bei einer Concurrenz

reparat. in der
Lange Joh.

nichts von dem erhaltenen Erbtheile durch Eingehung einer andern Ehe ¹²⁾).

4) In allen diesen Fällen muß ein jeder Erbe (also auch der Ehegatte, der, weil sein Erbtheil eine pars quota ist, als wahrer Erbe angesehen werden muß) die auf der Erbschaft ruhenden Schulden und sonstigen Lasten zu seinem Theile übernehmen ¹³⁾).

5) Der dem überlebenden Ehegatten bei einer Instanz-Erbfolge zukommende Erbtheil ist indeß nicht als ein ihm gebührender Pflichttheil anzusehen; s. §. 291. Note 13.

§. 295.

IV. Außerordentliches Erbrecht.

Gichhorn, §. 339.

1) Den Armen-Anstalten in den Städten ist zwar kein Erbrecht in den Nachlaß ihrer Beneficiaten beigelegt, indeß sollen dieselben in den Fällen, daß letztere ohne Hinterlassung von Descendenten oder eines Ehegatten versterben, befugt sein, den Nachlaß nur nach Abzug der dem Verstorbenen ertheilten Unterstützungen mit dem Interusurio an die Erben herauszugeben, und wenn die Beneficiaten die Unterstützung aus der Armen-Anstalt in der Absicht aufgegeben haben, dieser die Hoffnung auf Ersatz der Unterstützung zu entziehen, oder um in einem hohen Sarge beerdigt zu werden, so sind die Erben derselben, auch die Descendenten und Ehegatten, verpflichtet, aus dem Nachlasse die von dem Verstorbenen genossenen Unterstützungen der Anstalt zu ersetzen ¹⁾.

mit Descendenten ebenfalls conferiren muß, gelassen werden sollen, wobei der Gesetzgeber offenbar den allgemeinen Rechtsgrundsatz vor Augen gehabt hat, daß zwischen dem Ehegatten und den Ascendenten überhaupt keine Collation Statt findet. Vergl. Eschenburg a. a. O. §. 37 u. 38.

12) Verordn. vom 30. Decbr. 1754. Promt. I. 283.

13) Ebendaf.

1) Verordn. vom 17. Juni 1751. — Landesf. Declar. vom 17. Juli 1751. Promt. I. 33. — Diese particularrechtlichen Bestimmungen stehen der Praxis des gemeinen Rechts, wonach die Armenhäuser ihre unbeerbten Beneficiaten beerben sollen (Thibaut, System des Pandectenrechts §. 689.), nicht entgegen.

2) Als Ausnahme sowohl von den gemeinrechtlichen, als auch von diesen particularrechtlichen Bestimmungen besteht für die Stadt Braunschweig die singuläre Vorschrift, daß der sämtliche Nachlaß der dortigen Beguinen oder Hospitaliten, ohne Unterschied, ob derselbe in das Hospital gebracht ist oder nicht, bei deren Absterben dem Beguinenhause oder Hospitale zufallen soll. Dies tritt auch in dem Falle ein, daß die Beneficiaten die Anstalt wieder verlassen haben, ausgenommen, wenn sie bei ihrem Abzuge noch bei voller Gesundheit und Leibeskraft gewesen sind, auf die Wiedererstattung ihrer Einkaufsgelder Verzicht gethan, und dasjenige, was sie während ihrer Anwesenheit im Hospitale an Unterstützungen irgend einer Art genossen, derselben vergütet, auch bei dem Provisor des Hospitals zeitig genug, d. h. wenigstens drei volle Monate vor ihrem Abzuge, auf ihr Benefiz förmlich verzichtet haben 2).

3) Die gemeinrechtliche Vorschrift, daß erblose Güter an den Fiskus fallen sollen 3), hat durch das vaterländische Particularrecht im Allgemeinen keine Aenderung erlitten 4), nur tritt in der Stadt Wolfenbüttel die singuläre Bestimmung ein, daß daselbst die Hälfte einer solchen Erbschaft der Stadt-Casse anheim fällt 5).

§. 296.

E. Fideicommissse.

Sichhorn, §. 368—371.

Um das Publicum gegen die Nachtheile zu schützen, welche für dasselbe daraus entstehen können, daß nicht zur

2) Verordn. vom 29. Octbr. 1778. Promt. I. 91.

3) L. 4. C. De bon. vacant. (10. 10.) — Erbe ist der Fiskus nicht. Schweppe, Röm. Privatrecht §. 981. a.

4) Engelbrecht, Collat. jur. comm. etc. Cap. 10. §. 5.

5) Heinrichstädtische Statuten Tit. 18. — Die fortbestehende Gültigkeit dieser Bestimmung bezeugte das Ob. Land. Ger. in einem Erkenntn. vom 12. Juni 1838. und das Ob. App. Ger. in einem Erkenntn. vom 3. Febr. 1839. J. C. des Stadt-Magistrats zu Wolfenbüttel gegen das Finanz-Collegium. — Beispiele, daß bona vacantia den Städten, wo dieselben eintreten, und nicht dem Fis-

öffentlichen Kunde gebracht wird, wenn Grundstücken oder Capitalien die Fideicommiß-Qualität beigelegt ist und der Fiduciar für den wahren Eigenthümer des Fideicommisses gehalten wird, hat der Gesetzgeber die Gültigkeit solcher Dispositionen folgendermaßen von der Ingrossation ¹⁾ abhängig gemacht:

Alle Güter und Capitalien, welche durch Testament, Familien-Vertrag, Uebereinkunft oder auf andere Weise mit einem Fideicommissе onerirt worden, sollen von demjenigen, zu dessen Vortheile das Fideicommiß errichtet ist (dem Fideicommissar), binnen 3 Monaten nach Vollziehung des Vertrages oder nach Publication des Testaments unter Vorlegung der correspondirenden Verträge, Testamente u. bei dem Stadtgerichte oder Amte, unter dessen Jurisdiction die Güter gelegen sind, oder die Capitalien ausstehen, zur Eintragung in besonders dazu bestimmte Gerichtsbücher angemeldet werden, widrigen Falls die Fideicommissе nichtig sind, und kein Theil daraus ein Klage- oder Einreden-Recht hernehmen kann. Eine Ausnahme soll nur dann eintreten, wenn diejenigen, zu deren Gunsten das Fideicommiß errichtet worden, abwesend oder minderjährig sind, oder wenn denselben die Errichtung des Fideicommisses nicht bekannt geworden ist. In diesen Fällen hat der Fiduciar die Verpflichtung, das Fideicommiß binnen der gesetzlichen Frist, und zwar bei einer Strafe von fünf Procent, eintragen zu lassen, und wenn derselbe dieser Verpflichtung nicht nachkömmt, so behalten

cus zufallen, findet sich auch in Stabe, Lüneburg und Uelzen. Pufendorf, Observ. jur. T. II. Anhang S. 152 u. T. III. Obs. 14. §. 19.

- 1) Häufig fordern Particular-Gesetze zur Rechtsbeständigkeit fortdauernder Fideicommissе außer der Ingrossation auch die obrigkeitliche Bestätigung, z. B. im Fürstenthume Donabrück, im Königreiche Sachsen und im Königreiche Preußen. S. Grefe, Leitfaden zur Kenntniß des hannöv. Privatrechts S. 235. — Haubold, Lehrbuch des sächs. Privatrechts §. 391. — Preuß. Landrecht Th. 2. Tit. 4. §. 62. — Die landesf. Genehmigung ist nicht erforderlich (Runde, Deutsch. Privatrecht §. 696.), ausgenommen bei Errichtung von Familien-Stammgütern. S. §. 268.

zwar die Fideicommissare gegen ihn ihre Rechtszuständigkeiten, indeß tritt bei solchen Fideicommiss-Gütern, die inzwischen in Besiz eines Dritten gekommen oder verpfändet sein sollten, in Ansehung Dritter, welche andern Falls durch die Versäumung der Eintragung ohne Schuld Schaden leiden würden, ebenfalls die Nichtigkeit der Fideicommiss ein. Das Stadt-Gericht oder Amt ist verpflichtet, dem Fideicommiss-Interessenten über die geschehene Anmeldung eine Bescheinigung zu ertheilen, und auch für die ungesäumte Eintragung des Erforderlichen in das Hypothekenbuch zu sorgen 2).

Ueber Familien-Stammgüter s. §. 265 flg.

-
- 2) Verordn. vom 1. Decbr. 1758. Promt. I. 325. — Verordn. vom 12. Novbr. 1827. Nr. 27. — Vergl. Mittermaier, Deutsch. Privatrecht (6te Aufl.) §. 158.

R e g i s t e r.

(Die Zahlen beziehen sich auf die Seiten.)

A.

Abfindung von Bauergütern
 551. Verzinsung 554. Ver-
 stung 556. Vererbung 555.
 Aus Lehnsgütern 583. Aus
 Familien-Stammgut. 594.
Ablösung privatrechtlicher Re-
allasten 600. Legitimation
 602. Entschädigung des Be-
 rechtigten 605, bei Geldab-
 gaben 606, bei Naturalab-
 gaben 607, bei Meierzinsen
 607, bei zufälligen Abgaben
 608, bei Zehnten 610, bei
 Diensten 612. Ausmitte-
 lung des Umfangs der La-
 sten 616. Normalpreise 616.
 Perfection des Geschäfts 617.
 Wirkungen d. Vertrags 618,
 unter den Parteien 618, ge-
 gen Dritte 619, für die
 Lehn- und Fideicommiß-
 Nachfolger, Gutsherren u.
 621, für die Realgläubiger
 623, auf Pachtverhältnisse
 623.
Ablösungs-Capitale 626. S.
 auch Hypotheken.
Abmeierungsrecht 507.
Abschlagzahlung 250. 270.
 336. 337. 340. 626.
Abshof 135.
Abwesende, Todeserklärung 26.
Curatel 81.

Abzugsrecht 135.
Acceptation der Wechsel. S.
 Wechsel.
Achtung, äußere 89.
Ackerhof, Theilung 538.
Ackermaße 476.
Actio aestimatoria injuria-
rum 351.
Adel 90. Verlust 91.
Adelsbrief 91.
Adoption 57.
Adventitien der Kinder, Nieß-
brauch und Verwaltungs-
Recht des Vaters 61.
Asterlehn 567.
Alimentationspflicht 57, in Be-
 treff nicht abgefundener Kin-
 der bei Bauergütern 554,
 bei Lehen 584, in Betreff
 der Wittve und der Kinder
 des Leibzüchters 560.
Allodialgut, Verwandlung in
Familienstammgut 596.
Allodification s. Lehnverhält-
 niß, Aufhebung.
Allodium bei Bauergütern 497.
Altentheil s. Leibzucht.
Amt, städtisches 148.
Amts-Armencassen 189.
Amts-Handelsbücher 240.
Anbauer, Zulassung 472.
Theilnahme an den Ge-
meinde-Vertheilen 161.
Weiderecht 422.

Anerbenrecht, Translation 551.

Entsagung 75.

Anrichtigkeit 88.

Ansatzscheine 484.

Antichret. Verpfändung 446.

Anwartschaften auf Lehne 577.
591.

Armaturstücke 395.

Arme, Ernährung 189. Den-
selben eingegebene Sachen.
190.

Armenanstalten 189. Erbrecht
647.

Armenrechnungen 190.

Ascendenten, Erbfolge bei Con-
currenz mit dem überleben-
den Ehegatten 646.

Asche, Auffauf 280.

Auctionen 282.

Aufgebot 44.

Auflassung 398. 466.

Aufnahme in den Unterthanen-
verband 125.

Ausbeute der Bergtheile 367.

Ausrodungen 359. 424.

Außpielen 283. 314.

Ausstattung der Töchter aus
Lehngütern 583.

Auswandern 126.

Avifiren 325.

B.

Bankzettel, verlorene 260.

Bannrechte 226.

Bauern 92. Eintheilung 471.

Bauergüter 466. Begriff 468.

Unveräußerlichkeit 470. Un-
theilbarkeit 470. Pertinen-
zen 534. Erbfolge 540.

Anerbenrecht 471. Bestim-
mung des Anerben 544. 547.

Intestaterbfolge 546. Erb-
folge des Interimswirthe
563.

Bauerhof 469. Als Heiraths-
gut 52. Vereinigung meh-
rerer 470. 546. 550.

Bauerlehne 473. 582. 588.
591.

Bauermeister 157.

Bauhandwerker 206. 291.

Baulebung 94.

Baumaterialien, Abschleppen
292.

Beamte, öffentliche. Schen-
kungen 313.

Beamten-Wittwen- und Wai-
sen-Versorgungsanstalt 293.

Theilnahme und Beiträge
294. Pensionen 296.

Bedemund 94.

Begräbniskosten 460, des
Leibzüchters 561.

Beguinen und Hospitaliten in
Braunschweig, deren Beer-
bung 648.

Behörden, städtische s. Magi-
strat, Stadtverordnete, Hülf-
sbeamte — Verhältnis zu der
Landesregierung und den
Landesbehörden 156.

Beholdungsrecht 437.

Belehnung 569.

Bemeierung 491.

Bergbau 367. auf Braun-
und Steinkohlen 368.

Bergtheile. Befreiung vom
Arrest 367. Hypothekbe-
stellung 367. Beerbung
640.

Bestätigung der Verträge 241.
der Wechsel 348.

Besthaupt 94.

Bibeln der Bibelgesellschaft. 394.

Bierzwang 227.

Bona receptitia 51. mater-
na 51.

Brachhaltung 430.

Brachzehnten 527.
 Brandversicher. Gesellschaften, auswärtige 309. Auszahlung und Verwendung der Entschädigungssummen 309.
 Brandversicher. Gesellschaft, inländische s. Landes-Brandversicherungs-Anstalt.
 Branntweinzwang 227.
 Braunkohlen 368.
 Brautschatz 48.
 Brennholzfuhrn 516. 517.
 Briefe, Auslieferung durch die Postämter 220.
 Buchhandel 223.
 Bürger 143.
 Bürgerrecht 143. 145. Ver-
 lust 146. Ruhen 146. Eh-
 renbürgerrecht 146.
 Bürgerstand 92.
 Bürgerwerden. Fähigkeit 144.
 Recht 144. Nothwendigk. 145.
 Burgfesten 515.
 Buschwerk auf Weideplätzen 424.

C.

Cämmerer 156.
 Cämmerer = Vermögen 147.
 Cämmergut, Veräußerung 279.
 Capitale, Minderjähriger 76.
 An- und Ausleihen 234.
 Cassenscheine 269.
 Cassenverband der Kirchen 171.
 Catholiken 110. Verheirathung mit anderen Religionsverwandten 34.
 Cession der Hypotheken 460.
 Cessio honorum des Wech-
 selschuldners 348.
 Chauffeegeld 386.
 Collationspflicht der Wittve 645. des überlebenden Ehe-
 manns 645. der Descenden-
 ten 646.

Commissionshandel 311.
 Commissionsverhältnisse, kauf-
 männliche 311.
 Commissionswaaren im Con-
 curse 447.
 Communalsteuer 147.
 Communicationswege 374. 385.
 Communio bonorum usu-
 fructuaria 52.
 Concessionen zum Gewerbetrie-
 be 207. der Müller 208. 212.
 Concubinat 28.
 Corpus bonorum 173.
 Creditgeben 253. 254. 278.
 Curatel 81.

D.

Darlehen 252. der Leihhaus-
 Anstalt 268. zu Ablösungs-
 Capitalien 269. Kündi-
 gungsfrist 270.
 Darlehen auf Früchte 254.
 Datowechsel 332.
 Decretum de alienando 74.
 de solvendo 76.
 Deposita 274.
 Depositenscheine 274.
 Deputatholz = Verkauf 279.
 Deputationen, städtische 155.
 Descendenten, Erbfolge bei
 Concurrnz mit dem über-
 lebenden Ehegatten 645.
 Deserteur, Vermögens = Ver-
 waltung 83.
 Detailhandel 222.
 Dienstabrechnung 523.
 Dienstbarkeiten 417.
 Dienstbeschwerden 524.
 Dienstboten 94. Dienstver-
 hältniß und Dienstvertrag
 96. Gleichzeitige Vermie-
 thung 97. Dienstantritt u.
 Abgang 97. Dienstzeit 98.
 Abgehen vom Dienstvertrage

98. Aufhebung des Dienstverhältnisses 99. Aufkündigung 100. Zwang zur Fortsetz. des Dienstes 102. Entlassung 102. Kleidung und Livree 103. Geschenke 104. Lohn s. Liedlohn. Kost 104. 461. Dienstleistungen 105. Unterwürfigkeit 105. Thätlichkeiten und Scheltworte 105. Treue 106. Entfernung vom Hause 106. Schadensersatz 106. Behandlung 106. Zuchtigungsrecht der Herrschaft 107. Erkranken des Dienstaboten 107. Haft der Herrschaft aus Handlungen des Dienstaboten 107. Vorfertigung von Handwerksarbeit durch Dienstaboten 206.
 Dienstbuch 103.
 Dienste 510.
 Dienstgeld 520.
 Dienstleistungen, Ermiethen 290.
 Dienstzeugniß 108.
 Dienstzwang 524.
 Discretionstage 335.
 Dismembrationsverbot 393. 536.
 Dispensationen bei Ehehindernissen 35.
 Dorf- und Felddesreibungen 475.
 Dorfhandwerker 192. 207.
 Dorfgemeinden 137. 157. S. Landgemeinden.
 Totalvermögen der Ehefrau 48. 645.
 E.
 Ehe, Klagen auf Vollziehung 33. Trennung 54. Ehefrau, Wohnortrecht und Gerichtsstand 47. Gesezliche Hypothek 48. 457.
 Ehegatten, Vermögensverhältnisse 48. S. Priv. dotis. Wiederheirathende 50. Erbfolge 643. Testamente 637. Kindesheil 638. Mitverwaltung: und Mitbenutzungsrecht bei Bauergütern 52. Rückforderungsrecht des Eingebachten bei Bauergütern 53.
 Ehehindernisse 35. Verwandtschaft 35. Alter 36. Religionsverschiedenheit 37. Vormundschaft 44.
 Eherecht 28.
 Ehescheidung 54.
 Ehestiftungs-Contract 34.
 Ehe- und Verlöbnißsachen 29. S. Wiederverheirathung.
 Ehre 84.
 Ehrenbürgerrecht 146.
 Ehrenzeichen 90.
 Ehrlosigkeit 84.
 Eigenthum. Beschränkung aus Staats- und Gemeinderücksichten 392. Erwerbung 393 flg.
 Einwohner, städtische 143.
 Eisenbahnen 389.
 Emphyteusis 478.
 Erbenzinsbrief 482.
 Erbenzinscanon 479. 481.
 Erbenzinsgüter 473. 477. steuerfreie 483.
 Erbenzinsland, Verwandlung in Meierland 480.
 Erbenzinsrecht 478.
 Erbfolge, vertragmäßige 631. testamentarische 634. ab intestato 639. bei Bauergütern 540. bei Bergtheilen 368.

Erbfolge-Ordnung 639. bei
 Lehen 582.
 Erblose Güter 648.
 Erbrecht 631. der Ehegatten
 638. der unehelichen Kinder
 22. 58. 641. der Eltern
 642. außerordentliches 647.
 Erbregister 474.
 Erbschaft, vacante, Verwal-
 tung 81.
 Erbschaftsschulden 647.
 Erbschaftsteuer 639. 640.
 Erbtheil des Ehegatten ist kein
 Pflichttheil 553.
 Erbverträge 631. unter Ehe-
 gatten 633. renunciative 634.
 Erbverzichte 634.
 Evangelisch-lutherische Religi-
 onsverwandte 109.
 Eventualbelehnung 577. 591.
 Excusationen bei Vormund-
 schaften 68.
 Expropriation 387. 392.
 Extraposten 221.

F.

Familienbeiräthe 70.
 Familienstammgut 592. Un-
 veräußerlichkeit 593. Ver-
 erbung 594. Abfindung der
 Nachgeborenen u. der Töch-
 ter 594. Witthum 595.
 Verwandlung des Allodial-
 guts in Familienstammgut
 596. Erlöschn und Auf-
 heben der Stammguts-Qua-
 lität 597.
 Faustpfänder s. Handpfänder.
 Feldwege 385.
 Felle, Aufkauf 280.
 Feudalverband s. Lehn.
 Feudastra 567.
 Fideicommiss 648. Ingrossa-
 tion 649.

Findelkinder 59.
 Finden s. Sachen, gefundene.
 Fischerei 356.
 Fiscus 228.
 Flecken 137.
 Fleischzehnten 525.
 Flüsse 355.
 Forderungen 233. Beendigung
 248. aus unerlaubten Hand-
 lungen 351.
 Forenfen 134.
 Forst-Bewirthschaftung 358.
 Forst-Besoldungsbeiträge 358.
 Forsthoheit 358.
 Freimeister 195.
 Freizügigkeit 120. 135.
 Fremde 133. 143. Gestattung
 des Aufenthalts 134. Steu-
 erpflichtigkeit 134. Grund-
 besitzer 134. Rechte im Con-
 curse 134.
 Fremdlingsbrecht 135.
 Fruchtzehnten s. Zehnten.
 Früchte, auf dem Halme 279.
 Kauf von inscirten Feld-
 marken 280. des Lehns 585.
 Futterkräuter, Schonung 428.

G.

Geburt, eheliche und uneheli-
 che 21.
 Geisteschwäche 25.
 Geldmäkler 312.
 Gemeinde-Anrechte 138.
 — Beamte 139. 148.
 — Bezirke 137.
 — Dienste 511. 513.
 — Genossen 143.
 — Gut, städtisches 147.
 — Lasten 139.
 — Proceffe 151. 167.
 — Rechnung 160.
 — Verband 161.
 — Vermögen 137.

- Gemeinde-Verwaltung 137.
 Gemeinheiten 137. 401.
 Gemeinheits- Theilung 402.
 Theilbarkeit 402. General-
 und Specialtheilung 403.
 Recht auf Generaltheilung
 104. auf Specialtheilung
 406. Legitimation 408.
 Beschränkung durch Ver-
 träge 409. Theilnehmungs-
 recht 410. Entschädigung
 411. Perfection des Ver-
 trages 411. Eigenschaft der
 Entschädigung u. Benutzung
 der eingetauschten Grund-
 stücke 412. Capitalabfin-
 dung 413. Wirkungen des
 Vertrages hinsichtlich Dritter
 414. auf Pachtverhältnisse
 415. Verfahren 417.
 Gemüthsgebrechen 25.
 Generalhypothek 465.
 Gerade 639.
 Gerechtsame, städtische, Ver-
 äußerung 157.
 Gerichtsfolge 511. 513.
 Gesamtbelehrung 577.
 Gesamtgilden 195.
 Gesangbücher d. Soldaten 395.
 Geschenke der Ehefrau 645.
 Geschlechtsregister 572.
 Geschwächte, Entschädigungs-
 klage 33.
 Gesellen 203. Heirathen 41.
 Gesellenhalten 201.
 Gesellen- u. Geschicklichkeitsprobe
 203.
 Gesellen- u. Krankencasse 205.
 — Lohn 205. 462.
 — Wandern 204.
 Gesinde s. Diensthoten.
 Gesindemakler 235.
 Gewährleistung beim Kauf-
 Contracte 287.
 Gewässer, öffentliche 355.
 Gewalt, väterliche. Erwer-
 bung 56. Aufhebung 61.
 Gewerbe 192. außer dem Gil-
 deverbände 195. 207.
 Gilden 193. Aufsicht 195.
 Aufnahme 196. Auflösung
 196. Verwaltung 196. Ei-
 genmächtigkeiten 205. 207.
 Strafen 206.
 Gildebezirke 206.
 Gildebeschluß 198.
 Gildecasse 199.
 Gilde deputirter, obrigkeitlicher
 195. 196.
 Gilbediener 197.
 Gilderechtsame, Verlust 201.
 Gildemißbräuche 198.
 Gildemitglieder, Aufnahme 196
 Gildeprivilegien 194.
 Gilderechnung 197.
 Gildeschulden 198.
 Gildeversammlung 197.
 Gildevorsteher 196.
 Giro 342.
 Glaubenswechsel 110. 112.
 Gnadenhalbjahr bei Predigern
 180.
 Gottesdienstliche Lasten 171.
 Grasverkauf auf den Wiesen
 279.
 Großhandel 222.
 Grundbesitzungen der Kirchen,
 Pfarren und Schulen, Ab-
 gabenfreiheit 173.
 Grundeigenthum. Erwerb durch
 Juden 118.
 Grundstücke. Verkäufe 234.
 statt Ablösungs-Capitale ab-
 getretene 626. Minderjäh-
 riger, Verkauf 73.
 Grundstücke, städtische. Ver-
 äußerung od. Theilung 150.
 157. Ankauf 151. 157.

Grundvermögenstheile d. Pfarren, Schulen u., Ablösungen und Separationen 174. Entschädigungscapitale 627. Grundzins 477. Gütergemeinschaft, eheliche 48.

S.

Härgergüter 481. Häuslinge 472. Häuslingsdienst 615. Hagelschaden : Versicherungs-Societät 310. Handdienste s. Herrendienste. Handel 221. mit rohen Producten 223. mit Werken der Wissenschaft und Kunst 223. Handelsbetrieb 221. Handels-Concessionisten auf dem Lande 221. Handels-Obligationen 320. Handelszünfte 222. Handpfänder 441. 262. im Concurse 447. Handwerker, inländische 206. auf dem Lande 208. Handwerksgebräuche der Gesellen 205. Handwerksgefallen s. Gesellen. Hausstrauung 46. Hazartspiele 314. Hebergüter 484. Heergewette 639. Heerstraßen 373. 387. Heirathen der Gesellen 205. Heiraths-Consens 38. Heirathsgut, Collation 645. Herrendienste 511. Arten 513. Leistung 515. 519. Natur 516. Benützung 518. Verpachtung 519. Verlegung 519. Uebertragung des Rechts 519. Gegenleistungen 523. Dienstabrechnung

223. Dienstbeschwerde 524. Dienstzwang 524. Ablösung 612. Hirtenloses Weiden des Viehes 420. Hofbesitzer, Bestimmung durch's Loos 75. Hofdienste 515. Hofenhandel 222. Holzanforderung 441. Holzberechtigung 438. Holzungen, Ausroden 359. 424. Holzverkauf 279. Hospitaliten in Braunschweig, Beerbung 648. Hudegerechtigkeit 419. Hülsbeamte, städtische 156. Hürdelager 437. Hüten zwischen den Stiegen 420. Hüttenbediente und Arbeiter, Weiderecht 423. Hufe 477. Hypothek, gesetzliche 450. 462. 463. 464. öffentliche 453. der Ehefrau 48. der Pflegebefohlenen 69. der Kirchen und milden Stiftungen 450. 452. des Fiscus 450. 452. 462. der Guts-, Erbenzins- und Lehnsherren 450. 463. der Wechselgläubiger 348. 452. der Gläubiger der Ablösungscapitale 451. 462. der Capital-Entschädigungen bei Gemeinheitstheilungen 451. 462. der Allodifications-Capitale 451. 462. der Lehnsmachfolger 451. 463. der Städte und übrigen Gemeinden 452. der Brandversicherungs-Anstalt 452. 462. der Erbgelder

452. 463. Cession und Lö-
schung 460. Wirkung gegen
dritte Besitzer 465.
Hypothekenbücher. Einrichtung
und Führung 459. Eintra-
gung 241. 455. 465.
Hypothekenrecht 450.

J.

Jagddienste 516. 522.
Jagdfolge 366.
Jagdzeit 360.
Jagdrecht 359.
Indigenat 122.
Indossament 341.
Infamie 85.
Ingrossation 455.
Injurienklagen 351.
Interdiction 82.
Interimswirth. Verpflichtun-
gen 562. Rechte 563.
Interimswirtheft 561.
Intestat-Erbfolge 639. 643.
Intestat-Erbrecht der Ehegatten
643.
Instrumentum garantigio-
natum 248. 345.
Inventarisation, des Vermö-
gens der Kinder 62. des
vormundschaftlichen Vermö-
gens 72. des Gemeindever-
mögens 166.
Investitur 569.
Juden 112. Rechtszustand
115. Staatsbürgerrecht 116.
Rechtsbeschränkungen 117.
Judeneid 119.

K.

Kaufbücher der Handelscon-
cessionisten auf dem Lande
221.
Kauf-Contract 276. Gewähr-
leistung 287.

Kaufen und Verkaufen, Be-
schränkungen hinsichtlich des
Subjects 277. des Objects
278.

Kaufgeld, Verzinsung 284.
Kaufmannsgüter, Transport
313.

Kinder, eheliche und uneheliche
21. Alimentations-Anspruch
57. Erziehung 60. Religi-
ons-Erziehung 34. 60. 70.

Kinder, uneheliche. Legitima-
tion 22. 57. Religions-Er-
ziehung 34. 70. Lehnfähigkeit
22. 569. 581. Erbrecht
22. 58. 641. Aufnahme in
Gilden 22. Benennung des
Vaters bei Tausen u. Pro-
clamationen 22.

Kindergut 61.

Kindestheil der Ehegatten 638.
645.

Kirche, herrschende 108, evan-
gelisch-lutherische 109, refor-
mirte 109, catholische 110.

Kirchenbauten 171.

Kirchenbediener 176. Weiderecht
422. Wittwen 179.

Kirchengebäude 171. 172.

Kirchengelder, Ausleihen 175.

Kirchengüter 170. 175. 480.

Kirchengewalt 109.

Kirchenländerei 175.

Kirchenrechnungen 175.

Kirchenvermögen 170. Ver-
waltung 174.

Kirchliche Lasten 171.

Klöster 182.

Klosterfonds 184.

Klostergüter, Unveräußerlich-
keit 184.

Korn auf dem Halme, Ver-
kauf 279.

Kornmäcker 312.

Kranke, arme. 25. 190.
 Krankheit u. Körperschwäche 25.
 Krankheitskosten 460.
 Kriegsdienst 512.
 Kriegsführen 512.
 Kuren 367. 368. 369.

L.

Lagerbücher 473.
 Landes = Brandversicherungs-
 Anstalt 300. Aufnahme 300.
 Verpflichtung zum Beitritte
 301. Versicherungsvertrag
 302. 303. Versicherungs-
 Summe 302. 303. Revision
 der Gebäudetaxen 302.
 Fortbestehen u. Aufhebung
 des Vertrags 303. Versi-
 cherung mit Hypothek bela-
 steter Gebäude 304. Bei-
 träge und Eintrittsgelder
 304. Abrechnung 305. Re-
 servefonds 305. Anlehne der
 Anstalt 306. Vergütung der
 Brandschäden 307. Auszah-
 lung und Verwendung der
 Entschädigungsgelder 308.
 Landes = Creditinstitut 262.
 Landeseinwohner. Rechte und
 Pflichten 122. Vorzüge vor
 Fremden 125. Angehören
 einer Gemeinde 137.
 Landeseinwohner = Recht 119.
 120. Erwerb u. Verlust 125.
 Landeslasten 513.
 Landesverweisung 127.
 Landfolge 511. 512.
 Landgemeinden. Gemeinde =
 Verwaltung 157. Vortheile
 und Lasten 161. Vermögen
 165. Proceffe 167.
 Landhandwerker 208.
 Landstandschafft d. Städte 142.
 der Rittergutsbesitzer 599.

Landstrafen 373. 385.
 Lasten, städtische 147. Be-
 freiungen 148.
 Laudemiiengelder 481.
 Lebensalter, zur Ausübung po-
 litischer Rechte 23. zur Ver-
 heirathung 36.
 Legitimation unehelicher Kinder
 22. 57.
 Lehn, neues 569.
 Lehnbrief 572.
 Lehndienst 575.
 Lehnfolgefähigkeit 581.
 Lehnfolge = Ordnung 582.
 Lehngerichtbarkeit 576.
 Lehngüter 564. Arten 566.
 Veräußerung 578. Ver-
 pfändung 579. Succession
 581. Abfindung der Wöch-
 ter 583.
 Lehnrecht 566.
 Lehnauflünfte vom Sterbe-
 jahre 585.
 Lehnschulden 579.
 Lehnseid 571.
 Lehnfähigkeit 568.
 Lehnsmuthung 571.
 Lehnprofession 571.
 Lehnstämme 588. 591. 592.
 Lehnverhältniß, Aufhebung
 587. Entschädigung des
 Lehnsherrn 588. Geschäft
 589. Wirkungen 591. bei
 kleinen Lehen 592.
 Lehnzins 583. 588. 591. 592.
 Lehnwaare 573.
 Lehnwesen 564.
 Lehre, Fortschicken daraus 203.
 Lehrgeld 202.
 Lehrlinge 202. Aufnahme in
 Gilden 88.
 Lehrherr 202.
 Lehrvertrag 202.
 Lehrzeit 202.

- Leibeigenschaft 93.
 Leibzucht 556. Deffentliche u. Gemeinde = Abgaben 559. Vererbung 559.
 Leibzuchtsländerei 558.
 Leibzuchtsprästationen 558.
 Leihhausanstalt 261. Verpflichtung zur Annahme von Capitalien 271.
 Leihhaus = Assignationen 267.
 Leihhaus = Obligationen, abhandeltommene 260.
 Leihhauspfand, Einlösen 266.
 Leihhaus = Scheine 265.
 Leihhaus = Schuldverschreibungen 271.
 Leihhauszinsen 272.
 Leinsaamen, Ankauf von inficirten Feldmarken 280.
 Leseholz sammeln 441.
 Liedlohn 103. Betrag 103. Fälligkeit 104. Vorzugsrecht im Concurse 104.
 Linealgradual = System 582.
 Löhne der Bauarbeiter 292.
 Loosnummern = Tausch 292.
 Lotterie = Collecteur, Schenkungen an selbige 314. 315.
 Lotterien 314.
 Lotterieloose 315.
 Lumpen, Aufkauf 280.
M.
 Märkte 225.
 Magistrat 148. Zahl der Mitglieder 153. Wählbarkeit 153. Wahl 153. Dauer des Amts 154. Pflichten 154. Zwangsmittel 155. Geschäftsführung 155. Disciplinargewalt 156.
 Mahlmühlen, Anlegung 211.
 Mahlwerk 209.
 Majorat bei Bauergütern 544. 549.
 Makler f. Geld =, Wechsel-, Waaren = Makler.
 Mandat 311.
 Markgenossen 143.
 Marklösung 287.
 Mastnahrung 442.
 Materialienz. Begebauten 391.
 Meier 487. Requisite 496. Rechte am Gute 488. 496. 498.
 Meierbrief 490.
 Meiercontract 490. 495. Gegenstand 496.
 Meierdingsgüter 484.
 Meiergüter 473. 484. Meliorationen 497. Zurückfallen an den Gutsherrn 497.
 Einziehung 507.
 Meierherr 495.
 Meierhöfe 487.
 Meierjahre 491.
 Meierrecht 485.
 Meierverhältniß 487.
 Meierzins 499. Remissionen 501. Herabsetzung und Erhöhung 504.
 Meister, Verpflichtungen 201.
 Meisterbrief 200.
 Meister = Geschicklichkeitsprobe 200. 208.
 Meisterschaft 199.
 Meisterwittwen 201. 208.
 Messen 225.
 Meßwechsel 333.
 Miethcontract, Beschränkungen hinsichtlich des Subjects 288. Aufhebung durch Kauf 289.
 Miethpfennig f. Liedlohn.
 Miethzeit bei Wohnungen 289.
 Militair = Effecten 395.
 Militairpersonen, Todeserklärung 27.
 Militairpflichtige, ausgetretene, Vermögensbeschlagnahme 83.

Minderjährige, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 80.

Minorat bei Bauergütern 544.
549. 550. in Braunschweig 642.

Moratorien 251.

Mortificirung abhandengekommener Schuldschreibungen 258. Pfandscheine 265.

Mühlen, Anlegung und Erweiterung 209.

Mühlenordnung 209.

Mühlenzwang 227.

Müllergewerbe 208.

Münzfuß, Veränderung 249.

Münzsorten 248.

Mußtheil 639.

Muthung des Lehns 571.

Muttergut 63.

N.

Nachbarrecht 161.

Nachdruck und Nachbildungen 223.

Nachsteuer 120. 135.

Näherrecht beim Kaufe 284.
bei Pachtung 290.

Negocegebühren 235.

Neubbruchzehnten 526.

Nießbrauchsrecht der Eltern 638. des Vaters 61. 646.

Nomen activum 448.

Normal-Wildstand 362. 364.

Notoriats-Instrumente 237.

Novalzehnten 526.

O.

Obervormundschaft 71.

Obligationen, Verpfänden 267.

Ortsэрheber 160.

Ortsgeschworene 160. 166.

Ortsvorsteher 158. Wahl 159.
Entlassung 159. Besoldung

160. Dienstfunctionen 158.

165.

Ortsvorsteher = Gehülfen 159.

P.

Pachtcontract, Beschränkung hinsichtlich des Subjects 288. Aufhebung durch Kauf 290.

Pachhof, Ersatzverpflichtung 350.

Pactum antichreticum 446.

Pactum commissorium 446.

Parochiallasten 171

Patrizier 91.

Patronatspfarre 171.

Patronatrecht 176.

Pertinenzien der Bauergüter

534. Pertinenzqualität 534.

540. Veräußerungs-Verbot

536. Reunion 539.

Pfändung 448.

Pfandleihung 262. 445.

Pfandrecht 443. Priorität 460.

Pfarrhäuser, Bauten 173. 179. 422.

Pfarrwitwenhäuser, Bauten *d. K. u. d. K. u. d. K.* 173.

Pferdeweide 423.

Pflichttheil 647.

Polizeibehörde in den Städten 155.

Postanstalten, Ersatzverpflichtung 220. 349.

Posten, Benutzung der Wege 220. Hülfleistung 220.

Postmäßige Gegenstände 219.
Postordnung 218.

Poststücke, Beschlagnahme 220.

Postwesen 217.

Prädialservituten 418. städtische 418. ländliche 419.

Präsentation des Wechsels 326.

Privilegium dotis 48. in der Stadt Braunschweig 50. 54.

der Ehefrauen der Admini-
stratoren frommer Stiftun-
gen 49. der Ehefrauen der
Anleiher von Kirchengeldern
175.

Proceßkosten in Gemeindefa-
chen 168.

Proben beim Herrendienste 523.

Protest des Wechsels 336.

Provision bei Darlehen und
Verkäufen 234.

R.

Rang, Titel u. 90.

Reallasten, privatrechtliche. S.
Ablösung.

Receptum 351.

Rechtlosigkeit 88.

Regalgewerbe 217.

Reihedienste 511. 513.

Religiöns-Erziehung der Kin-
der 34.

Religiöns-Parteien, Gleichstel-
lung 108.

Religiöns-Uebung 108. S.
Kirche.

Remission am Meierzinse 501.

Renovatio investiturae bei
Erbenzinsgütern 481. bei
Lehngütern 570.

Respecttage 335.

Restitution wegen Minderjäh-
rigkeit 80.

Retourwechsel 339.

Retractrecht 286.

Reunion veräußerter Pertinen-
zen 539.

Rittergüter 564. 597. Land-
standschaft 599.

Rittermatrikel 597.

Rothwild, Beschränkung 362.

Rottzehnten 526.

Rückwechsel 336.

S.

Saatkorn, Vorleihen 256.

Sachen, dem Verkehre entzo-
gene 393, gestohlene, Vin-
dication 393, gefundene 395.

Säen um die Hälfte 254.

Salinen 370.

Salpeter 370.

Salzhandel 370.

Sammlungen zu Zwecken der
Wohlthätigkeit 191.

Schäferei = Gerechtigkeit 431.

Schäfererecht 431.

Schafhalten 431.

Schenkung 313.

Schiffahrt 356.

Schürfen 367. 368. 369.

Schuldienner 178. 186. Wei-
derecht 422. 423.

Schulen 185.

Schulgeld 187.

Schulhäuser, Bauten 173. 186.

Schulpflichtigkeit 188.

Schulverschäumniß 189.

Schwarzwild, Ausrottung 362.
Ersatz des durch Schwarz-
wild verursachten Schadens
363.

Schweinehude 421.

Separation s. Gemeinheits-
Theilung.

Servituten 417.

Söhne, Vorzugsrecht vor den
Töchtern 548. 642.

Solawechsel 339.

Soldaten, Vermögensverwal-
tung 82.

Spanndienste 515.

Sparcasse 260.

Special-Inquisition 87.

Special-Theilung s. Gemein-
heits-Theilung.

Spiel 314.

Staatsangehörigkeit 121.

Staatsbürgerrecht 119.
 Staatslasten von Erbenzin-
 gütern 483.
 Städte, Landstandschafft 142.
 Städte-Ordnung 142.
 Städtewesen, Verfall 141.
 Stadtbezirke 143.
 Stadtgemeinden 137. Ent-
 stehungszeit und Stadtrechte
 140. Gerichtsbarkeit 141.
 Vermögensverwaltung 146.
 Rechte 146. Lasten 147.
 Vertreter 146.
 Stadtgesetze 142.
 Stadtverordnete 148. Wahl
 149. Stellvertreter 149.
 Zahl 149. Wählbarkeit 149.
 Dienstzeit 149. Rechte und
 Pflichten 150. Mitwirkung
 beim städtischen Haushalte
 150. 151. Bewilligungs-
 recht 150. 152. Zustimmung
 151. 152. Gutachten 151.
 152. Anträge 151. Vorste-
 her und Protocollführer 152.
 Geschäfte d. Vorstehers 152.
 Versammlung 152. Beschluß
 152. Differenzen mit dem
 Magistrate 153. Auflösung
 der Stadtverordneten = Ver-
 sammlung 150.
 Stammgüter f. Familien =
 Stammgüter.
 Standeserhöhung 90.
 Statuten der Städte 142.
 Steinkohlen 368.
 Stellvertretungs-Contract 292.
 Stempelpapier 238.
 Stempelsteuer 238.
 Sterbe- und Todencassen 299.
 Sterbequartal b. Predigern 180.
 Stifter 182.
 Stiftungen, milde 168. 191.
 240. Administratoren 169.

Verwaltung des Vermögens
 169. Schuldner 170. Be-
 freiung von Staatslasten
 170.
 Stolzgebühren 112.
 Stoppel-Umbrechung 429. 430.
 Straßenbau f. Wege.
 Streuzehnten 530.
 Subhastatio necessaria 280.
 voluntaria 282.
 Subinfeudation 568.
 Superficies 473.

I.

Testamente 631. 634. Auf-
 nahme und Deposition 636.
 der Eheleute 637. während
 der westphälischen Regie-
 rungszeit errichtete 635.
 von Predigern aufgenom-
 mene 637.
 Theilung von Gebäuden 393.
 Thronfall 570.
 Titel, Rang, Würden 90.
 Tod, Vermuthung desselben 26.
 Todes = Erklärung 26. 82.
 Torfstechen 370.
 Trauschein 38.
 Trauung 45.
 Trödelcontract 275.
 Turpitude 89.

II.

Unehrlichkeit 88.
 Unterbeamte, städtische. S.
 Hüfsbeamte.
 Unterthanenrecht f. Landesein-
 wohnerrecht.
 Unterthanenverband, Aufnah-
 me und Entlassung 122.
 Unzuchtsbrüche 23.
 Urkunden, öffentliche 236. 237.
 der Stadtgemeinden 153.
 Ufowechsel 331.

B.

Bäterliche Gewalt 56.
 Baluta 321.
 Variiren unter Wechselfplich-
 tigen 337.
 Baterschaft, Vermuthung der-
 selben 23.
 Venia aetatis 24.
 Verfügungen, testwillige 631.
 634.
 Verheirathung, in den geschlos-
 senen Wochen 47. der Catho-
 liken mit anderen Religions-
 verwandten 34. 37. der Ju-
 den mit Christen 37.
 Verkaufen s. Kaufen.
 Verkauf, meistbietender, öffent-
 licher 280.
 Verlobte, Zusammenwohnen
 32.
 Verlöbniß 29.
 Verlöbnißsachen 29.
 Vermahlen des Getreides 209.
 Vermeiern 495.
 Vermiether, Pfandrecht 445.
 Versatzgeschäft 262.
 Versicherungsanstalt, braun-
 schweigische 297.
 Verträge 233. Entstehung
 234. schriftliche 235. Abga-
 ben 239. Eintragung in die
 Amtshandels- und Hypo-
 thekenbücher 240. Bestäti-
 gung 241.
 Vertrag zwischen Meister und
 Gesellen 204.
 Verwaltung, städtische. Auf-
 sicht 156.
 Verwandtschaft 28.
 Verzicht der Kinder auf die
 elterliche Erbschaft 634.
 Verzugszinsen der Staatscas-
 sen 229.
 Victualienhandel 222.

Viehseuchen 425.
 Vindication gestohlener Sachen
 393.
 Volljährigkeit, unvollkomme-
 ne 79.
 Volljährigkeitsalter 23. 79.
 Vorkaufsrecht 284. des Erben-
 zinsherrn 482.
 Vormund, rechnungsführender
 70. evangelischer 70.
 Vormundschaft 64. Bestellung
 65. Unfähigkeit und Excusa-
 tion 68. Verwaltung 73.
 Rechnungsablage 77. Be-
 endigung 79. über Kinder
 der Forensen 134.
 Vorpachtsrecht 290. 532.
 Vorzugsrecht der Pfandgläu-
 biger s. Pfandrecht.

W.

Waaren, Verkauf und Einfüh-
 rung 206.
 Waarenhandel 223.
 Waarenmäkler 313.
 Waasenfuhren 515.
 Waffendienst 512.
 Waldnutzungsrecht 437.
 Waldstreu 441.
 Wassermühlen, neue Einrich-
 tungen 213.
 Wasserregal 355.
 Wechsel, von Mehreren aus-
 gestellte 320. mehrere Exem-
 plare 323. Avisiren 325.
 Präsentiren 326. Accepta-
 tion 327. per honor di
 lettera 330. Verfallzeit
 331. Zahlung 334. 337.
 Protest 336. Variiren 337.
 eigene 339. Indossiren 341.
 Erlöschen der Wechselkraft
 345. verlorene 346. Ver-
 bindlichkeit der Erben 347.

Vorzugsrecht im Concurse 347.
 Wechselcontract. Wirkung 324.
 Bevollmächtigte 344.
 Wechselform 320.
 Wechselfähigkeit 317.
 Wechselmakler 312. 344.
 Wechselrecht 315.
 Wege 373. Herstellung und Unterhaltung 375. 385.
 Beitragspflicht 379. Verbreiterung 391. Abtretung von Grundstücken zu Wegebauten 387.
 Wegebesserung, Abgabe von Contracten 240. Materialien 391.
 Weggelder 386.
 Weiderecht 419.
 Weinkauf 492.
 Wegzug aus einem Bundesstaate in einen andern 120.
 Wiederverheirathung 41. 50. 646. 647. geschiedener Ehegatten 43. 56.
 Wiederkaufs-Contract 446.
 Wiederwechsel 336.
 Wiesen, Hegung 425.
 Wiesenbehütung mit Schweinen und Gänsen 421.
 Wild, Abwehr 362.
 Wilddiebsflinten 395.
 Wildfolge 366.
 Wildhüter 363.
 Wildschaden 360. Entschädigung des Zehntherrn 530.
 Windmühlen 213.
 Wirth. Haftten für die Sachen der Reisenden 351. Verpflichtung zur Aufnahme der Reisenden 351.

Wittwen der Prediger 179. der Opferleute, Organisten und Schullehrer 181.
 Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt 293. 298.
 Wohnortsrecht 127. gesetzliches 127. der Kinder 80. 131. 132. der Ehefrau 131.
 Erwerbung 129. Recht des bleibenden Aufenthalts 130.
 Verlust 130. Recht der Rückkehr 132.
 Wohnorts-Streitigkeiten 133.
 Wüste Höfe 537.

3.

Zahlung 248. bei Wechseln 334. 337.
 Zehnten 525. Arten 526. Ziehen 528. Verpachtung 531. Erlaß 534.
 Zehntherr, Entschädigung bei Wildschäden 530.
 Zehntmahler 528.
 Zehntrecht, Benutzung 530.
 Zehntzug 528.
 Zeugniß der Juden 118.
 Ziegenhude 421.
 Zinscoupons 273.
 Zinsen 254. ultra alterum tantum 256. von Waarenschulden 284. Locirung im Concurse 257. bei Sparcassen 261. S. Leihhauszinsen.
 Zinsfuß 254.
 Zinsgüter 473. 477.
 Zinswucher 257.
 Züchtigungsrecht 107.
 Zünfte s. Gilden.
 Zuschläge in den Forsten 424.

Gandersheim, gedruckt bei Friedrich Hertel.

Einbesserungen und Druckfehler.

- Seite 28. Zeile 13 v. o. l. Verwandtschaft statt Brevandtschaft.
- » 35. » 17 v. o. l. Geschwistern statt Rindern.
- » 47. » 4 v. o. l. unnachtheiligen statt nachtheiligen.
- » 52. » 6 v. o. l. eigenthümliche statt eigenthümiche.
- » 57. » 6 v. u. l. Remuneration statt Renumeration.
- » 66. » 5 v. o. ist hinter »Weiteres« ein Punkt zu setzen und das Folgende bis Seite 67. 3. 20 v. o. zu streichen, da nach Emanation des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. № 33 die Bestellung sämtlicher Vormünder durch die Stadtgerichte und Kemter ohne Mitwirkung der Kreisgerichte geschieht.
- » 77. » 7 v. u. l. 10. Mai statt 18. Mai.
- » 122. » 15 v. o. l. Aufnahme statt Ausnahme.
- » 122. » 18 v. o. l. gehört statt gehören.
- » 129. » 17 v. o. l. statutarisch statt statuturisch.
- » 146. » 21 v. v. l. Stadtgemeinden für Statgemeinden.
- » 154. » 2 v. o. l. gewinnen statt gewin-
- » 172. » 4 v. u. l. Wiese statt Weise.
- » 189. » 11 v. u. l. Landgemeinden statt Langemeinden.
- » 206. » 18 v. o. l. von statt don.
- » 210. » 6 v. o. hinter »des Landesfürsten« ist hinzuzufügen »und der Interessenten«.
- » 217. » 16 v. o. l. nach statt noch.
- » 219. » 5 v. o. l. Bewahrung statt Bewachung.
- » 219. » 9 v. o. l. nach statt noch.
- » 226. » 3 v. u. ist statt »alle titulo onoroso« zu lesen »alle nicht titulo onoroso«.
- » 235. » 18 v. o. l. Wissen statt Willen.
- » 236. » 19 v. u. l. unerfahren statt urerfahren.
- » 241. » 18 v. o. l. Verträge statt Vorträge.
- » 244. » 7 v. u. l. Ausdruck statt Abdruck.
- » 250. » 5 v. u. l. Stückzahlung statt Rückzahlung.
- » 257. » 14 v. o. l. gangbar statt ganzbar.
- » 304. » 15 u. 16 v. o. l. Hypothekschulden st. Hypothekshulden.

Seite 305. Zeile 24 v. o. l. Schlußabrechnung statt Schußabrechnung.

» 305. » 5 v. u. l. fließen statt schließen.

» 327. » 18 v. o. l. Wechsels statt Wechsel.

» 337. » 1 v. o. l. Trassat statt Tressat.

» 343. » 18 v. o. l. Discretionstage statt Discretionstagen.

» 355. » 19 v. u. l. Baurecht statt Bauerrecht.

» 357. » 18 v. o. l. Fischen statt Fischer.

» 360. » 10 v. o. l. nicht statt mit.

» 416. » 1 v. u. ist das vorangestellte »muß« hinter »Inventars« zu setzen.

» 465. » 19 v. o. l. dritter statt Dritter.

» 477. » 9 v. u. l. Producten statt Prudecten.

» 478. » 18 v. o. l. vom statt am.

